

Dissertation

**Der Prozess der deutschen Wiedervereinigung
aus der Sicht der angelsächsischen Partner, dem
Vereinigten Königreich und den Vereinigten
Staaten von Amerika**

von

Jörg Beck

betreut durch

Herrn Professor Dr. Hermann Hiery

Lehrstuhl für Neueste Geschichte

an der

Universität Bayreuth

Zweitkorrektor: Professor Dr. Jan-Otmar Hesse

Zum sehr großen Dank
für die extrem starke Unterstützung
an meine Mutter

Frau Ilse Beck

Vorwort

Die Dissertation „Der Prozess der Deutschen Wiedervereinigung aus der Sicht der angelsächsischen Partnerstaaten, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika“ an der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth wurde begutachtet von Herrn Professor Dr. Hermann Hiery, Inhaber des Lehrstuhls für Neueste Geschichte an der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth und Herrn Professor Dr. Jan-Otmar Hesse, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth. Die Dissertation wurde am 15. November 2017 angenommen.

Jörg Beck

Bayreuth, 24. Juli 2019

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	8
A Problembereich und Fragestellungen	8
B Zum Forschungsinteresse der Kapitel im Einzelnen	9
C Forschungsstand	12
C 1 Forschungsstand in der Sekundärliteratur	12
C 2 Überblick und Kritik der verwendeten Quellen	15
Methodik	25
Materialzugang	25
Der Prozess der deutschen Wiedervereinigung aus der Sicht der angelsächsischen Partner, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika	29
1 Das transatlantische Verhältnis vor der deutschen Wiedervereinigung	29
1.1 Der Besuch von Präsident Ronald Reagan in West – Berlin 1987	29
1.1.1 Begeisterung und Kritik in den Printmedien	29
1.1.2 Besuch im Spiegel von Leserbriefen	30
1.2 Die DDR aus der Sicht der angelsächsischen Westmächte – Berichte in den Printmedien	31
1.3 Das westdeutsche – angelsächsische Verhältnis im Frühjahr 1989	34
1.3.1 Betrachtung in den Printmedien	34
1.3.2 Kommentierung und Leserbriefe	38
1.4 Gorbatschow und die Westdeutschen	44
1.4.1 Allgemeine Berichterstattung in den Printmedien	44
1.4.2 Kommentare und Leserbriefe	48
2 Zusammenbruch der DDR	54
2.1 Flucht aus der DDR	54
2.1.1 Fluchtberichterstattung	54
2.1.2 Kommentare und Leserbriefe	76
2.2 40 Jahre DDR	84
2.2.1 Darstellung der Feierlichkeiten und die Lage im Land	84
2.2.2 Gorbatschow und das DDR – Jubiläum	89

2.2.3	Kommentare und Leserbriefe mit deutschlandpolitischem Diskurs	92
2.3	Egon Krenz	97
2.3.1	Reaktionen in den Printmedien	97
2.3.2	Kommentare zum Machtwechsel in der DDR	106
3	Der 9. November 1989	111
3.1	Der 9. November 1989 und die internationalen Reaktionen	111
3.1.1	Positive Reaktionen	111
3.1.2	Ängste und Bedenken in den Printmedien	113
3.1.3	Zukunftserwartungen in den Printmedien	121
3.1.4	Kommentare und Leserbriefe	131
3.2	Die Lage in der DDR und die Darstellung der Reformdebatte aus der Sicht der Printmedien	157
3.3	Der „10 – Punkte – Plan“ von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl	172
3.3.1	Der „10 – Punkte – Plan“ im Lichte der angelsächsischen Printmedien	172
3.3.2	Kritik der Regierungen im Lichte der Printmedien	175
3.3.3	Kommentare und Leserbriefe	177
4	Ottawa und die Folgen	182
4.1	Die Weiterentwicklung der Deutschlanddebatte mit ihren offenen Fragen und Zielen	182
4.1.1	Die Berichterstattung zur Positionierung der Regierungen in den Printmedien	182
4.1.2	Kommentare und Leserbriefe	195
4.2	Die Debatte um die polnische Westgrenze	210
4.2.1	Die Darstellung der Sachlage aus der Sicht der Printmedien	210
4.2.2	Die veröffentlichte Meinung in den Printmedien mit Kommentaren und Leserbriefen	218
5	Die ersten freien Volkskammerwahlen in der DDR vom 18. März 1990 und die Folgen	227
5.1	Ereignisse und Regierungsreaktionen in den Printmedien	227
5.2	Kommentare und Leserbriefe	234

6 Die deutsche Wirtschafts- und Sozialunion aus britischer und US – amerikanischer Sichtweise	244
6.1 Die Darstellung des Sachverhaltes in den Printmedien	244
6.2 Kommentare und Leserbriefe	256
7 1990 - Der Sommer zur Einheit	262
7.1 Der Gipfel von Washington D.C.	262
7.1.1 Die Betrachtung des Gipfels und den unmittelbar vorangehenden und nachfolgenden Ereignissen in den angelsächsischen Printmedien	262
7.1.2 Kommentare und Leserbriefe	277
7.2 Ridley – Affäre und die Vorgeschichte des Treffens von Chequers	287
7.2.1 Berichterstattung	287
7.2.2 Kommentare und Leserbriefe	291
7.3 Erfolg im Kaukasus	297
7.3.1 Berichterstattung	297
7.3.2 Kommentare und Leserbriefe	302
7.4 Verträge zur deutschen Wiedervereinigung	307
7.4.1 Die Verträge im Lichte der Printmedien	307
7.4.2 Kommentierung	311
8 Der 3. Oktober 1990 – Wiedervereinigung und Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990	315
8.1 Behandlungen in den Printmedien	315
8.2 Reaktionen in Kommentare und Leserbriefen	320
Fazit	332
Zeittafel zur friedlichen Revolution in der DDR und zur deutschen Wiedervereinigung 1989 – 1990	339
Archiv der George Herbert Walker Bush Library	343
Quellenverzeichnis	344
Internetquellenverzeichnis	371
Literaturverzeichnis	372
Lebenslauf	
Eidesstattliche Versicherung	

Einleitung

A. Problembereich und Fragestellungen

Die vorliegende Dissertation „Der Prozess der deutschen Wiedervereinigung aus Sicht der angelsächsischen Partner, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika“ will herausarbeiten, wie in Zeitungen und Zeitschriften im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Thematik der deutschen Wiedervereinigung in den Jahren 1989 und 1990 berichtet, kommentiert und diskutiert wurde. Dabei wurden insgesamt 32 Zeitungen und Zeitschriften ausgewertet. Ergänzend wird in den ersten Kapiteln auch auf Berichte über die DDR von 1983 bis 1989 und den Besuch von Ronald Reagan in West - Berlin 1987 eingegangen. Zusätzlich sind auch Originaldokumente aus der George Bush Presidential Library in College Station, Texas, eingesehen und analysiert worden. Außerdem ist auf Fachliteratur zurückgegriffen worden. Neben der journalistischen Berichterstattung ist vor allem die Auswertung von Kommentaren und Leserbriefen, die in den Zeitungen und Nachrichtenmagazinen abgedruckt waren, für die Dissertation von Bedeutung. Ein wichtiges Erkenntnisinteresse der Dissertation besteht darin, herauszuarbeiten, wie die Zeitungen von religiösen Gemeinschaften und ethnischen und nationalen Minderheiten die Wiedervereinigungsdebatte im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika begleitet hatten. Außerdem ist ganz bewusst auch die Berichterstattung von Regionalzeitungen einbezogen worden. Allerdings beschäftigten sich zu jener Zeit nur Regionalzeitungen in den Vereinigten Staaten von Amerika mit internationalen Fragestellungen, wie der deutschen Einheit. In britischen Lokalzeitungen spielten zur selben Zeit Fragen der internationalen Politik kaum eine Rolle. Letztlich wird auch der Frage nachgegangen, wie der Einfluss der Printmedien sich auf das Verhalten der Regierungen auswirkte. Zur Ergänzung werden vereinzelt Publikationen von Akteuren aus der damaligen Zeit herangezogen. Ausserdem wird mit Archivbeständen aus der George Herbert Walker Bush Library in College Station, Texas gearbeitet.

B. Zum Forschungsinteresse der Kapiteln im Einzelnen

Im ersten Unterkapitel „Der Besuch von Präsident Ronald Reagan in West – Berlin 1987“ des ersten Abschnitts „Das transatlantische Verhältnis vor der Wiedervereinigung“ geht es darum, wie in US – amerikanischen Printmedien am Beispiel der „Time“ die Rede des 40. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika am 12. Juni 1987 dargestellt wurde, wie die Situation in der ganzen Stadt dargelegt wurde und wie die Reaktionen auch in Leserforen auf die Rede des US – Präsidenten Ronald Reagan mit seiner in die Geschichte eingegangenen Aufforderung an den Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow „General Secretary Gorbachev, if you seek peace, if you seek prosperity for the Soviet Union and Eastern Europe, if you seek liberalization, come here to this gate. Mr Gorbachev, open this gate. Mr Gorbachev, tear down this wall“, waren. Danach geht die Dissertation in dem Unterkapitel, „Die DDR aus der Sicht der angelsächsischen Westmächte“, auf die Sichtweise der zitierten Printmedien im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika auf die DDR im Zeitraum zwischen 1983 und 1989 ein. „Das westdeutsch – angelsächsische Verhältnis im Frühjahr 1989 – im Spiegel der zitierten angelsächsischen Printmedien“ ist das Thema des dritten Unterkapitels im ersten Abschnitt. Mit dem in der Bundesrepublik Deutschland sehr umjubelten Besuch des Generalsekretärs der KPdSU, Michail Gorbatschow, zwischen dem 12. und 15. Juni 1989 und der intensiven Berichterstattung in Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika beschäftigt sich das vierte Unterkapitel mit dem Titel „Gorbatschow und die Westdeutschen“. Das erste Unterkapitel „Flucht aus der DDR“ im zweiten Abschnitt „Zusammenbruch der DDR“ geht ausführlich auf den Umgang der angelsächsischen Printmedien mit der Flucht der Menschen aus der DDR im Sommer 1989 und dem damit einhergehenden Aufflammen der Diskussion über die deutsche Frage ein. Das darauf folgende Unterkapitel „40 Jahre DDR“ beschäftigt sich in der ersten Untergliederung „Darstellung der Feierlichkeiten und die Lage im Land“ und der zweiten Untergliederung „Gorbatschow und das Jubiläum“ mit den Feierlichkeiten der DDR – Staatsführung zum 40. Jahrestag zur Gründung des deutschen Teilstaates, vor dem Hintergrund großer Massenproteste und der weiterhin anhaltenden Fluchtwelle aus der DDR, sowie dem Besuch des Generalsekretärs der KPdSU, Michail Gorbatschow, und dessen kaum mehr kaschierten Kritik an der mangelnden Reformbereitschaft der Ost – Berliner Machthaber aus der Perspektive der ausgewerteten angelsächsischen Printmedien und den Diskussionen dazu in den

dortigen Leserforen. Im Fokus der untersuchten angelsächsischen Printmedien und ihrer Leser stand schließlich auch der Machtwechsel von Erich Honecker hin zu Egon Krenz an der Spitze der DDR. Der 3. Abschnitt „Der 9. November 1989“ befasst sich mit der Zeit nach dem Fall der Berliner Mauer. So geht es im ersten Unterabschnitt „Der 9. November 1989 und die internationalen Reaktionen“, in den Untergliederungen „Positive Reaktionen“, „Ängste und Bedenken in den Printmedien“, „Zukunftserwartungen in den Printmedien“ und „Kommentare und Leserbriefe“, um die internationalen Reaktionen auf den Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 im Lichte der Zeitungen und Magazine im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika. Das Unterkapitel „Die Lage der DDR und Darstellung der Reformdebatte dort aus der Sicht der bearbeiteten angelsächsischen Printmedien“ analysiert die Berichterstattung über die Situation in der DDR nach dem Mauerfall vom 9. November 1989. Auf große Medienresonanz im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika stieß der „10 – Punkte – Plan“ von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, dies wird im dritten Unterabschnitt „Der 10 – Punkte – Plan von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl“ mit den Untergliederungen „Der 10 – Punkte – Plan“ im Lichte der angelsächsischen Printmedien“, „Kritik der Regierungen im Lichte der angelsächsischen Printmedien“ und „Kommentare und Leserbriefe“, aufgezeigt. Im vierten Abschnitt „Ottawa und die Folgen“ liegt das Erkenntnisinteresse des ersten Unterabschnitts „Die Weiterentwicklung der Deutschlanddebatte mit ihren offenen Fragen und Zielen“ in der Berichterstattung und Kommentierung über die Weiterentwicklung in der deutschen Frage nach der „Open skies – Konferenz“ in Ottawa und dem dort verabredeten „Zwei + Vier – Verhandlungsformat“ zur Regelung der außenpolitischen Fragestellungen der deutschen Wiedervereinigung. Im zweiten Unterabschnitt dieses Kapitels „Die Debatte um die polnische Westgrenze“ ist die in den untersuchten angelsächsischen Printmedien sowohl in der Berichterstattung als auch in den Kommentaren emotional wiedergegebene Debatte um die Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die Bundesrepublik Deutschland das Thema. Unter der Überschrift „Die ersten freien Volkskammerwahlen in der DDR vom 18. März 1990 und die Folgen“ wird im fünften Abschnitt der Dissertation analysiert, wie in den untersuchten Printmedien in Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika in der Berichterstattung, der Kommentierung und den Leserbriefen das Wahlergebnis der DDR – Volkskammerwahl vom 18. März 1990 und dem damit verbundenen Voranschreiten des deutschen Einigungsprozesses abgebildet wurde. Der sechste Abschnitt, „Die deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion aus britischer und

US – amerikanischer Sichtweise', geht auf die Thematik des Zustandekommens der für die deutsche Wiedervereinigung sehr bedeutenden Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in der Berichterstattung und Kommentierung in den ausgewählten angelsächsischen Medien ein. Der siebte Abschnitt der Dissertation „1990 - Der Sommer zur Einheit“ behandelt in seinem ersten Unterabschnitt „Der Gipfel von Washington“, das Gipfeltreffen und dessen unmittelbare Vorgeschichte zwischen dem sowjetischen Staatspräsidenten, Michail Gorbatschow, und dem 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, George Herbert Walker Bush, in Washington D.C., in der Sichtweise der abgebildeten britischen und US – amerikanischen Printmedien sowie den mit dem Gipfeltreffen eingeläuteten Schub für den deutsch – deutschen Einigungsprozess. Besonders in den zitierten Printmedien im Vereinigten Königreich spielte die Affäre um ein Interview des britischen Handelsministers Nicholas Ridley, der die Abtretung weiterer britischer Souveränitätsrechte an die Europäische Gemeinschaft mit einer fiktiven Abtretung von Souveränitätsrechten an Adolf Hitler gleichstellte und unterstellte, dass Deutschland mit seinen französischen Pudeln Europa übernehmen wolle, eine große Rolle. In der Hochphase des deutsch – deutschen Einigungsprozesses belegte dies in der Sicht vieler Zeitungen eine nach wie vor bestehende Deutschlandfeindlichkeit in Teilen der Regierung Thatcher, weshalb sich das zweite Unterkapitel mit dem Titel „Ridley – Affäre und die Vorgeschichte des Treffens von Chequers in den angelsächsischen Printmedien“, damit auseinandersetzt. Eine hervorgehobene Stellung nimmt im siebten Abschnitt das dritte Unterkapitel „Erfolg im Kaukasus“, in welchem auf die breite Berichterstattung und Diskussion zur Reise von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in die Sowjetunion am 15. und 16. Juli 1989 sowie ihre Ergebnisse aus der Sicht der bearbeiteten angelsächsischen Printmedien eingegangen wird, ein. Im letzten Unterkapitel des siebten Abschnitts „Verträge zur deutschen Wiedervereinigung“, ist die Beendigung der Verhandlungen im „Zwei + Vier – Verhandlungsformat“ mit der Unterzeichnung der Verträge „über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ und „über gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion“ in der Betrachtung der dargestellten angelsächsischen Printmedien das Thema. Der letzte Abschnitt der Dissertation „Der 3. Oktober 1990 – Wiedervereinigung und die Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990“ schließt die Dissertation mit einer Betrachtung des Vollzugs der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 und der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 aus der Sichtweise der untersuchten Printmedien im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika ab.

C. Forschungsstand

C.1 Forschungsstand in der Sekundärliteratur

Die hier untersuchte Thematik, die sich mit der Berichterstattung der Printmedien in den angelsächsischen Staaten, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika zur deutschen Wiedervereinigung 1989/1990 beschäftigt, ist ein Desiderat der Forschung. Die benutzte Sekundärliteratur behandelt die Perspektive der Printmedien aus dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika entweder sehr stiefmütterlich oder geht überhaupt nicht darauf ein. So ließ Andreas H. Apel in seinem Werk „Von der Volkskammerwahl zur Deutschen Einheit“ (1.) die Perspektive der Printmedien in den angelsächsischen Partnerstaaten völlig außen vor. Sein Werk beschäftigte sich vielmehr mit der Frage, wie es zur ersten freien DDR - Volkskammerwahl kam und wie die letzte DDR-Volkskammer und die letzte DDR – Regierung die Herausforderung des Weges zur Wiedervereinigung annahm. Ebenso blendete Klaus Blessing die angelsächsischen Printmedien aus und beschäftigte sich mehr mit der Frage, wer aus seiner Sicht in der SED schuld war, dass die DDR wirtschaftlich nicht gerettet wurde. (2.). Auch das jüngst erschienene Buch von Frederic Bozo und Andreas Rödder, das die deutsche Wiedervereinigung aus multinationaler Perspektive untersuchte, berücksichtigte nicht die Sichtweise der Printmedien in den angelsächsischen Partnerstaaten (3.). Dieses Buch legte seinen Schwerpunkt auf das Ende der Systemkonfrontation zwischen NATO und Warschauer Pakt. Selbst Heinrich Bordtfelds Buch „Washington, Bonn, Berlin – Die USA und die deutsche Einheit“ (4.) ließ die US – Medien weitgehend außer Betracht und beschäftigte sich mit den politischen Abläufen zur deutschen Wiedervereinigung. Barbara Danek behandelte in ihrem 2017 erschienenen Buch „Die Sowjetunion und die deutsche Einheit. Eine Analyse sowjetischer Gesprächsprotokolle und Pressemeldungen“ (5.), eine mit der Dissertation vergleichbarer Thematik, aber eben aus sowjetischer Perspektive und nur auf sehr wenige Medien begrenzt.

(1.) Apel, Andreas H; Von der Volkskammerwahl zur Deutschen Einheit;

(2.) Siehe auch: Blessing, Klaus; Wer verkaufte die DDR? Wie leitende Genossen den Boden für die Wende bereiteten;

(3.) Siehe auch:Bozo, Frederic und Rödder, Andreas; German reunification. A multinational history;

(4.) Bordtfeld, Heinrich; Washington, Bonn, Berlin – Die USA und die deutsche Einheit;

(5.) Danek, Barbara; Die Sowjetunion und die deutsche Einheit. Eine Analyse sowjetischer Gesprächsprotokolle und Pressemeldung

John Andreas Fuchs ging in seinem Essay „Angelsächsische Widersprüche. Die Reaktionen Londons und Washingtons auf den deutschen Einigungsprozess“ (1.) faktisch auf die Regierungsreaktionen, nicht aber auf die Presseberichterstattung in den beiden Staaten ein. Auch Manfred Görtemaker beschäftigte sich nicht mit den Diskussionen über die deutsche Wiedervereinigung in den angelsächsischen Printmedien (2.), auch wenn er in seinem Buch „Unifying Germany zum Teil angelsächsische Literatur zur Deutschen Wiedervereinigung mitberücksichtigte. Martin Kalb thematisierte besonders die Rolle des 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika im Prozess der deutschen Wiedervereinigung (3.). Für Hanns Jürgen Küsters liegt in seinem Buch der Schwerpunkt auch in den deutsch – sowjetischen Beziehungen 1989/1990 und die Parallelität vom Beginn des Zerfalls der Sowjetunion und der Deutschen Wiedervereinigung(4.). Michael Ludwig befasste sich in seinem Buch mit Polen und der deutschen Frage (5.). Gerhard A. Ritter interessierte sich in seinem Buch vor allem für die deutsche Einheit aus der Sicht des Bundesaußenministers Hans – Dietrich Genscher und seine Rolle im deutschen Wiedervereinigungsprozess 1989/1990 (6.). Andreas Rödder betonte in diesem Buch immer wieder die deutsche Perspektive und stellte die Verknüpfungen von innen- und außenpolitischem Handeln zur deutschen Wiedervereinigung dar. Des Weiteren ging er intensiv auf Hintergründe ein (7.). Venanz Schubert hatte besonders die europäische Sichtweise im Blick, wobei auch hier kein Printmedienschwerpunkt vorliegt (8.).

- (1.) Fuchs, John Andreas; Angelsächsische Widersprüche. Die Reaktionen Londons und Wahingtons auf den deutschen Einigungsprozess.
- (2.) Siehe auch: Görtemaker, Manfred; Unifying Germany;
- (3.) Siehe auch: Kalb, Martin; Die Herstellung der deutschen Einheit – Der Beitrag von George Bush;
- (4.) Siehe auch: Küsters, Hanns Jürgen; Der Zerfall der Sowjetunion und Deutschlands Wiedervereinigung. The decline oft he Soviet Empire and German reunification;
- (5.) Siehe auch: Ludwig, Michael; Polen und die deutsche Frage;
- (6.) Siehe auch: Ritter, Gerhard A.; Hans – Dietrich Genscher das Auswärtige Amt und die deutsche Vereiniung;
- (7.) Siehe auch: Rödder, Andreas; Deutschland einig Vaterland – Die Geschichte der deutschen Wiedervereinigung und Geschichte der Wiedervereinigung;
- (8.) Siehe auch: Schubert, Venanz; Deutschland in Europa – Wiedervereinigung und Integration;

Dies galt des Weiteren für Martin Sabrow (1.). Alexander von Plato legte mit seinem Buch den Kern auf die Diplomatie rund um die deutsche Wiedervereinigung. Vor allem aber war bei ihm das diplomatische Agieren im Tauziehen mit der sowjetischen Staats- und Parteiführung im Vordergrund (2.). Ähnlich arbeitete auch Werner Weidenfeld (3.). Andreas Wirsching beschäftigte sich mit dem Weg hin zur deutschen Wiedervereinigung ab 1982, dem Jahr des Amtsantritts von Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl (4.). Michael Wolffsohn brachte ein herausragendes Beispiel zu deutschlandpolitischen Diskussion in den Vereinigten Staaten von Amerika, fokussiert auf einen Meinungsbeitrag von Ellie Wiesel in der „New York Times“, beschäftigte sich aber mehr mit Fragestellungen aus deutsch – jüdischer Sicht im Allgemeinen (5.).

Bei den ethnischen Minderheiten und religiösen Gemeinschaften fiel auf, dass jüdische Zeitungen sowohl in Großbritannien als auch in den Vereinigten Staaten von Amerika sich sehr intensiv mit der Frage der deutschen Wiedervereinigung in den Jahren 1989 und 1990 befassten, während beispielsweise die englischsprachigen Zeitungen für Menschen mit afrikanisch – karibischer Herkunft und anderer ethnischer Minderheiten sich kaum mit den Vorgängen in Mitteleuropa auseinandersetzten. Allerdings stieß die in den Fokus des Interesses gerückte deutsche Frage auf thematischen Zuspruch bei Zeitungen mit christlichem Hintergrund

- (1.) Siehe auch: Sabrow, Martin; Die schwierige Einheit und Experiment Einheit. Zeithistorische Essays;
- (2.) Siehe auch: Von Plato, Alexander; Die Vereinigung Deutschlands – Ein weltpolitisches Machtspiel;
- (3.) Siehe auch: Weidenfeld, Werner; Außenpolitik und die deutsche Einheit;
- (4.) Siehe auch: Wirsching, Andreas; Abschied vom Provisorium, 1982 – 1990, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland;
- (5.) Siehe auch: Wolffsohn, Michael; Keine Angst vor Deutschland;

C.2. Überblick und Kritik der verwendeten Quellen

Herangezogen für die Dissertation wurden verschiedene Zeitungen und Zeitschriften im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika. In diesem Unterkapitel der Einleitung wird auch soweit möglich auf die Geschichte, die Auflagen und politische Orientierung der benutzten Zeitungen anhand von Sekundärliteratur zurückgegriffen. Leider kann aus zeitlichen und finanziellen Gründen auf Informationen die zusätzlich in Sekundärliteratur in der Congressional Library in Washington oder der Villanova University in Villanova, Pennsylvania vorhanden sind nicht zurückgegriffen werden.

„Die „Church of England Newspaper“ ist eine in London, England, erscheinende Wochenzeitung der Church of England. Ihre politische Einstellung ist die Vertretung von politischen Themen aus Sicht der Church of England, weswegen sie auch für die Dissertation von Interesse ist. Über die Auflage ist nichts bekannt“ (1.). Der „Jewish Chronicle“ ist eine in London, England, erscheinende jüdische Wochenzeitung der Kessler Foundation. Im Juni 2013 ist eine Auflage von 22.640 Zeitungen bekannt gewesen“ (2.). Der „Jewish Chronicle“ wird in der Dissertation zitiert, um den Diskussionsprozess zur Deutschen Einheit in der einflussreichen jüdischen Gemeinschaft des Vereinigten Königreichs in der Dissertation wiederzugeben. Von den konservativen britischen Tageszeitungen werden in der Dissertation „Evening Standard“, „Sun“ und „Daily Telegraph“ bearbeitet, um die Sichtweise des konservativen Meinungsspektrums im Vereinigten Königreich aufzuzeigen. „Beim „Evening Standard“ handelt es sich um eine in London, England, erscheinende Werbetageszeitung. Sie gehört zu 75, 1% Alexander Jewgenjewitsch Lebedew. Ihre Auflage wird auf 900.000 Exemplare täglich geschätzt“ (3.). Der „Evening Standard“ wird zitiert, um eine Tageszeitung mit einer sehr umfangreichen und breitgestreuten Leserschaft in der Dissertation abzubilden. „Die „Sun“, die in London, England, erscheint, wird von der „News Group Newspaper“ herausgegeben. Sie ist eine Tageszeitung, die konservativ und antieuropäisch geprägt ist. Die Auflage ist 2009 auf 2,9 Million Exemplare täglich taxiert worden“ (4.).

(1.) siehe auch: www.churchnewspaper.com; vom 12. Juni 2016;

(2.) siehe auch: www.thejc.com; vom 12. Juni 2016;

(3.) siehe auch: www.standard.co.uk; vom 12. Juni 2016;

(4.) siehe auch: www.thesun.co.uk; vom 12. Juni 2016

Vorgängerzeitung der „Sun“ ist der 1911 gegründete „Daily Herald“, der 1922 zur offiziellen Zeitung des britischen Gewerkschaftsdachverband TUC geworden ist (1.). 1930 hat die TUC 51 % des „Daily Herald“ an Odhams Press verkauft (www.historic-newspapers.co.uk/old-newspapers/the-sun vom 22.09.2018). 1961 ist Odhams von Daily Mirror Newspapers aufgekauft worden, um am 31. Dezember 1961 die International Publishing Corporation zu gründen (1.). Die TUC hat 1964 ihren 49 % - Anteil am „Daily Herald“ verkauft, damit die „Sun“ gegründet werden konnte(1.). Dies ist am 15. September 1964 erfolgt (1.). Am 15. November 1969 ist die „Sun“ vom Medienunternehmer Rupert Murdoch aufgekauft worden (1.). 1978 hat die „Sun“ ihre Unterstützung für die Conservative Party unter der Führung von Margaret Thatcher begonnen (1.). Die Unterstützung hat sich unter ihrem Nachfolger John Major zunächst fortgesetzt (1.). So titelte sie am Tag der Unterhauswahlen vom 9. April 1992, dass falls Neill Kinnock von der Labour Party gewinne, der Letzte der Großbritannien verlässt, nicht vergessen solle, das Licht auszumachen (1.). Es gilt als weithin sicher, dass diese Kampagne John Major geholfen hat, die Wahl zu gewinnen (1.). Danach hat die „Sun“ die nächsten drei Wahlen Tony Blair von der Labour Party unterstützt (1.). Die „Sun“ wird zitiert um die Meinungsgestaltung der mit der „Bild-Zeitung“ in Deutschland vergleichbaren Tageszeitung aufzuzeigen. Der „Sunday Telegraph“ erscheint in London, England. Herausgeber ist die „Telegraph Media Group“. 2015 hat der „Daily Telegraph“ eine Auflage von 489.739 Exemplaren werktags und sonntags von 741.617 Zeitungen“ erzielt“ (2.) Der „Daily – Telegraph“ ist 1855 gegründet worden (3.). Die Zeitung ist insgesamt von einer sehr vielschichtigen und wechselvollen Herausgebergeschichte geprägt (3.). 1961 ist als Schwesterzeitung der „Sunday-Telegraph“ gegründet worden(3.). Diese für den britischen Zeitungsmarkt bedeutsame Tageszeitung ist wichtig für die Meinungsbildung in der britischen Gesellschaft und daher für die Darlegung zur Debatte über die Deutsche Wiedervereinigung 1989/1990 unverzichtbar.

(1.) siehe auch: www.historic-newspapers.co.uk/old-newspapers/the-sun vom 22.09.2018;

(2.) siehe auch: www.telegraph.co.uk vom 12. Juni 2016;

(3.) siehe auch: www.historic-newspapers.co.uk/old-newspapers/daily-telegraph vom 22.09.2018;

Die Tageszeitung „Independent“ erscheint in London, England. Diese Tageszeitung ist am 7. Oktober 1986 gegründet worden und ist die jüngste nationale Tageszeitung (1.). Ihr Erstherausgeber von 1986 bis 1994 ist Andraes Whittam Smith gewesen (1.). Seit 25. März 2010 ist Alexander Jewgenjewitsch Lebedew Eigentümer der Independent Print Limited (1.). Im Juni 2015 hat der „Independent“ werktags eine Auflage von 57.930 Zeitungen gehabt. Sonntags hat die Auflage im Juni 2015 97.218 Exemplare betragen“ (2.). Der „Independent“ hat ein umfangreiches Spektrum über die Berichterstattung und die Debatten zur Deutschen Wiedervereinigung geboten und ist deshalb für die Dissertation von herausragendem Interesse „Die „Financial Times“ ist eine Tageszeitung, die in London, England erscheint. Die Financial Times ist am 13. Februar 1888 gegründet worden (3.). Financial Times ist erhältlich in 140 Staaten und weist 55 Korrespondentenbüros auf (3.). Der derzeitige Herausgeber heißt Lionel Barber. Die „Financial Times“ steht politisch für freie Marktwirtschaft und Globalisierung und sieht sich als Wirtschaftszeitung (3.). Bei der Unterhauswahl 2010 hat sie die Conservative Party unterstützt und bei den vier vorangegangenen Wahlen die Labour Party (3.). Sie hat im März 2014 eine Auflage von 234.193 Exemplaren erreicht“ (4.). Die Tageszeitungen „Guardian“, „Observer“ und „Times“ sind aus technischen Gründen nicht bearbeitet worden.

„Die deutschsprachige „New Yorker Staatszeitung und Herold“ hat eine sehr breit angelegte Berichterstattung zu der Thematik der deutschen Wiedervereinigung herausgebracht. Sie ist früher in Long Island, New York, publiziert worden, heute aber in Sarasota, Florida. Sie erscheint wöchentlich. Ihr Eigentümer ist Jes Rau. Eine Auflagenzahl ist nicht bekannt“ (5.). Für die Dissertation ist sie herangezogen worden, da sie als deutschsprachige Zeitung die Sichtweise der noch deutschsprachigen Einwanderer in den Vereinigten Staaten von Amerika in Teilen wiedergibt. „American Israelite“, „Christian Science Monitor“ und „Jewish Advocate“ werden als Beispiele für Zeitungen in den Vereinigten Staaten von Amerika mit religiöser Orientierung zitiert.

(1.) siehe auch: www.historic-newspapers.co.uk/old-newspaper/independent; vom 22.09.2018;

(2.) siehe auch: www.independent.co.uk; vom 12. Juni 2016;

(3.) siehe auch: www.historic-newspapers.co.uk/old-newspaper/financial-times; vom 22.09.2018;

(4.) siehe auch: www.ft.com; vom 12. Juni 2016;

(5.) siehe auch: www.germancorner.com/NYStaatsZ; vom 12. Juni 2016;

„Die Zeitung „American Israelite“ stellt eine jüdische Wochenzeitung dar, die in Cincinnati, Ohio, erscheint. Herausgeber ist Nathanel Deutsch. Die Höhe der Auflage ist nicht bekannt“ (1.). Die Zeitung wird in der Dissertation zitiert, da sie das Meinungsbild der Menschen jüdischen Glaubens im Rust Belt repräsentiert. „Der „Christian Science Monitor“ ist eine teilreligiöse Tageszeitung aus Boston, Massachusetts, die am 25. November 1908 erstmals erschienen ist (2.). Erster Chefredakteur ist Archibald Mc Lellan gewesen ist, dessen Ziel es gewesen ist, die wirklichen Nachrichten der Welt in einer sauberen und ganzheitlichen Weise zu publizieren, die die Sensationsberichterstattung vieler anderer Zeitungen vermeidet (3.). Frühzeitig ist von der Zeitung das Schweigen der westlichen Demokratien zur Politik von Adolf Hitler sowie zu dessen Umgang mit den Juden nach der nationalsozialistischen Machtergreifung im Deutschen Reich kritisiert worden (4.). Vielfache Zustimmung hat die Zeitung zu ihrer Berichterstattung über die Situation im Nahen Osten nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 erhalten (5.) Eigentümer ist die „Christian Science Glaubensgemeinschaft“. Die Druckauflage hat 2011 75.052 Exemplare betragen“ (6.). Die Zeitung wird zitiert, um auch aus US – Sicht zumindest einen teilreligiösen Blick mit christlicher Perspektive auf die Thematik in der Dissertation aufzuführen. „Der „Jewish Advocate“ aus Boston, Massachusetts, stellt eine jüdische Wochenzeitung dar. Sie ist im Eigentum der „Jewish Advocate Publishing Corporation“. Ihre Auflage ist 2015 auf 40 Exemplare taxiert worden“ (7.). Für die Dissertation ist diese Zeitung zur Auswertung ausgewählt worden, da sie ein Teil der Haltung der jüdischen Gemeinschaft in den New England – Staaten wiedergibt. „Chicago Tribune“, „Los Angeles Times“, „Newsweek“, „New York Times“, „Time“ und „Washington Post“ sind Printmedien aus den Vereinigten Staaten, die in der Dissertation als Beispiele für überregionale Tageszeitungen zur Bearbeitung herangezogen werden.

(1.) siehe auch: www.americanisraelite.com; vom 12. Juni 2016;

(2.) siehe auch: Vaughn, Stephen L.; Encyclopedia of American Journalism; S.99;

(3.) siehe auch: Vaughn, Stephen L.; Encyclopedia of American Journalism; S.99;

(4.) siehe auch: Vaughn, Stephen L.; Encyclopedia of American Journalism; S.100;

(5.) siehe auch: Vaughn, Stephen L.; Encyclopedia of American Journalism; S.100;

(6.) siehe auch: www.cs.monitor.com; vom 12. Juni 2016;

(7.) siehe auch www.thejewishadvocate.com; vom 12. Juni 2016

Die „Chicago Tribune“ erscheint in Chicago, Illinois, gilt als konservativ ausgerichtete Tageszeitung der „Tribune Company“ (1.). Diese Tageszeitung ist 1847 gegründet worden. Die Auflagenzahlen sind Ende 2006 mit 576132 taxiert worden, womit diese Tageszeitung zu den acht größten Tageszeitungen der Vereinigten Staaten von Amerika gezählt hat (2.) Die „Chicago Tribune ist für die Bearbeitung der Dissertation von Interesse gewesen, da sie die Ansichten einer konservativen Leserschaft wiedergibt und aus der Wirtschaftsmetropole Chicago, Illinois stammt. Die „Los Angeles Times“ ist eine Tageszeitung, die in Los Angeles, Kalifornien, erscheint. Sie gehört dem Unternehmen Tribune Publishing (3.). Abgesehen von einer gewerkschaftsfeindlichen Haltung Ende des 19. Jahrhunderts und zu Anfang des 20. Jahrhunderts (4.), lässt sich die Los Angeles Times seiner politischen Richtung nicht zuordnen. Die Auflage hat im März 2013 653.868 Zeitungen werktags und 954.010 sonntags betragen“ (3.). Die Los Angeles Time gilt seit dem späten 19. Jahrhundert als die Zeitung, die eine starke Rolle bei der Entwicklung von Los Angeles hat (5.). Die Sie ist im Besitz der Familien Ottis und Chandler gewesen und wurde 1964 an der New Yorker Börse gelistet (6.). „Die „Newsweek“ ist ein wöchentlich erscheinendes Nachrichtenmagazin aus New York, New York das von „IBT Media“ herausgegeben wird und erstmals im Februar 1933 noch unter dem Zeitungsnamen „News-Week“, erschienen ist. (7.). Im Oktober 1937 ist die Fusion mit „Today“ zur „Newsweek“ erfolgt (8.). 1961 hat die „Washington Post Company“ „Newsweek“ gekauft (9.).

(1.) siehe auch: www.chicagotribune.com; vom 12. Juni 2016;

(2.) siehe auch: Vaughn, Stephen L.; Encyclopedia of American Journalism; 2008; S.93ff;

(3.) siehe auch: www.latimes.com; vom 12. Juni 2016;

(4.) siehe auch: Wallace, Aurora; Newspaper and the Marking of Modern America; S.78;

(5.) siehe auch: Wallace, Aurora; Newspaper and the Marking of Modern America S.77;

(6.) siehe auch: Wallace, Aurora; Newspaper and the Marking of Modern America; S.78ff;

(7.) siehe auch: Vaughn, Stephen L.; Encyclopedia of American Journalism; S.362;

(8.) siehe auch: Vaughn, Stephen L.; Encyclopedia of American Journalism; S.362;

(9.) siehe auch: Vaughn, Stephen L.; Encyclopedia of American Journalism; S.362

Als erstes Magazin hat „Newsweek“ über moralische Bedenken im Bezug auf den Vietnamkrieg sowie auf dessen Wirkungen auf die amerikanische Gesellschaft im Jahr 1967 geschrieben (1.). Die Auflage wird mit 1.527.156 Exemplaren gegenwärtig angegeben“ (2). Das Magazin „Newsweek ist eines der bedeutendsten Politik- und Gesellschaftsmagazine der Vereinigten Staaten von Amerika und daher für die Dissertation wichtig. „Die „New York Times“ ist eine Tageszeitung aus New York, New York. Sie gehört zur „The New York Times Company“ und ist 1851 als New-York Daily Times gegründet worden. (3.) Ihre Gründungsherausgeber sind Henry Jarvis Raymond und George Jones (4.) Unter der Führung von Adolph Ochs ist aus der New-York Daily Times, die New York Times geworden (5.). 1919 ist die New York Times die einzige Zeitung gewesen, die den ganzen Text des Friedensvertrages von Versaille veröffentlicht hat (6.) Kritisch ist gesehen worden, dass die Zeitung während des Zweiten Weltkrieges Berichte über die nationalsozialistischen Vernichtungslager lediglich auf hinteren Seiten abdruckte (7.) Andererseits gilt die New York Times auch als die Zeitung, die mit ihrem Journalisten William F. Laurence erstmals vollumfänglich über das Manhattan Programm zum Bau von Atombomben berichtet hat (8.) In ihrer politischen Berichterstattung findet eine themenbezogene Diversifizierung statt. Im März 2013 hat die tägliche verkaufte Auflage bei 1.865.318 Exemplaren und sonntags bei 2.322.429 Exemplaren gelegen“ (9.). Die „New York Times“ ist mit einer der politischsten Tageszeitungen der Vereinigten Staaten von Amerika und damit für die Dissertation unverzichtbar.

(1.) siehe auch: Vaughn, Stephen L.; Encyclopedia of American Journalism; S.363;

(2.) siehe auch: www.newsweek.com; vom 12. Juni 2016;

(3.) siehe auch: Wallace, Aurora; Newspaper and the Marking of Modern America; S.156;

(4.) siehe auch: Wallace, Aurora; Newspaper and the Marking of Modern America; S.157;

(5.) siehe auch: Wallace, Aurora; Newspaper and the Marking of Modern America; S.157;

(6.) siehe auch: Wallace, Aurora; Newspaper and the Marking of Modern America; S.160;

(7.) siehe auch: Wallace, Aurora; Newspaper and the Marking of Modern America; S.160;

(8.) siehe auch: Wallace, Aurora; Newspaper and the Marking of Modern America; S.161;

(9.) siehe auch: www.nytimes.com; vom 12.Juni 2016;

„Die „Time“ ist ein wöchentlich erscheinendes Nachrichtenmagazin aus New York, New York. Gegründet worden ist das Nachrichtenmagazin 1923 als erstes Nachrichtenmagazin in diesem Format von den Absolventen der Yale Universität Henry R. Luce und Briton Hadden (1.). Das Nachrichtenmagazin hat immer großes Gewicht auf die Erklärung von Ereignissen gegeben (2.). Die durchschnittlichen Leser sind Angehörige der Mittelschicht, die in kleineren Städten leben (3.). Der Erstherausgeber Henry R. Luce hat eine kritische Einstellung zum staatlichen Interventionismus des Präsidenten Franklin D. Roosevelt und zum Isolationismus gegenüber Deutschland nach dem Kriegsbeginn (Zweiter Weltkrieg) gehabt (4.). Henry L. Luce hat als Herausgeber in der Nachkriegszeit mit dem liberalen Flügel der Republikanischen Partei sympathisiert, ist für eine Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion eingetreten, hat als Sohn eines chinesischen Missionars die Machtergreifung der Kommunisten dort 1949 abgelehnt und bis zu seinem Tod 1967 den Vietnamkrieg unterstützt (5.). Unter dem Herausgeber Henry Grunwald hat sich „Time“ ab 1970 mehr in die politische Mitte orientiert und hat 1973 als erstes politische Magazin den Rücktritt von Präsident Nixon wegen des Watergateskandals gefordert (6.). 1990 hat Time Inc. mit Warner Communication, einem Multimediakonglomerat fusioniert (7.) Die verkaufte Auflage wird auf 5,2 Millionen Exemplare taxiert“ (8.). Auch bei der „Time“ handelt es sich um ein bedeutendes politisch - gesellschaftliches Nachrichtenmagazin in den Vereinigten Staaten von Amerika, weshalb es für die Dissertation von Bedeutung ist.

- (1.) siehe auch: Vaughn, Stephen L.; Encyclopedia of American Journalism; S.537;
- (2.) siehe auch: Vaughn, Stephen L.; Encyclopedia of American Journalism; S.537;
- (3.) siehe auch: Vaughn, Stephen L.; Encyclopedia of American Journalism S.537;
- (4.) siehe auch: Vaughn, Stephen L.; Encyclopedia of American Journalism; S.538;
- (5.) siehe auch: Vaughn, Stephen L.; Encyclopedia of American Journalism S.538;
- (6.) siehe auch: Vaughn, Stephen L.; Encyclopedia of American Journalism; S.538;
- (7.) siehe auch: Vaughn, Stephen L.; Encyclopedia of American Journalism; S.363;
- (8.) siehe auch: www.time.com; vom 12. Juni 2016;

Die „Washington Post“ ist eine Tageszeitung aus Washington D.C. Sie ist erstmals am 6. Dezember 1877 erschienen (1.). Ihre verschiedenen Eigentümer waren sowohl zu den Demokraten als auch zu den Republikanern politisch hin orientiert (2.). Die „Washington Post“ Journalisten Carl Bernstein und Bob Woodward waren die führenden Investigativjournalisten zur Aufklärung des Watergate Skandals, der zum Rücktritt des 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Richard Nixon, geführt hat (3.). Sie gehört Jeff Bezos. Politisch hat die „Washington Post“ lange als links gegolten. Mittlerweile wird sie als überwiegend liberal mit konservativen Einsprengseln gesehen. Ihre Auflagenzahlen sind 2013 mit 472.767 werktags und 838.014 Exemplaren angegeben worden (4.). Neben der „New York Times“ ist die „Washington Post“ die bedeutendste politische Tageszeitung der Vereinigten Staaten von Amerika und daher für die Dissertation unverzichtbar. Mit der „Baltimore Sun“, dem „Boston Globe“, „Newsday Inc.“, „Patriot News“, „Philadelphia Daily News“ und „Philadelphia Inquirer“ benutze ich diese repräsentativen Regionalzeitungen von der Ostküste der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Auswahl dieser Zeitungen ist getroffen worden, um eine vielseitige Wiedergabe des Meinungsspektrums aus dieser Region in der Dissertation abzubilden. „Die „Baltimore Sun“ ist eine Tageszeitung aus Baltimore, Maryland. Sie ist politisch liberal orientiert und gehört zur „Tribune Publishing“. Sie hat im Juni 2013 eine Auflage von 177.054 Exemplaren werktags und 309.061 Exemplaren sonntags gehabt“ (5.). Mit der „Baltimore Sun“ findet eine liberale Sichtweise auf dem Bundesstaat Maryland Eingang in die Dissertation. „Der „Boston Globe“ erscheint in Boston, Massachusetts und ist eine politisch liberal orientierte Tageszeitung (6.). Diese Tageszeitung ist am 4. März 1872 von sechs Bostoner Geschäftsleuten unter der Führung von Eben Jordan gegründet worden (7.).

(1.) siehe auch: Wallace, Aurora; Newspaper and the Marking of Modern America; S.164;

(2.) siehe auch: Wallace, Aurora; Newspaper and the Marking of Modern America; S.164;

(3.) siehe auch: Wallace, Aurora; Newspaper and the Marking of Modern America; S.169;

(4.) siehe auch: www.washingtonpost.com; vom 12. Juni 2016;

(5.) siehe auch: www.baltimoresun.com; vom 12. Juni 2016;

(6.) siehe auch: www.bostonglobe.com; vom 12. Juni 2016;

(7.) siehe auch: Vaughn, Stephen L.; Encyclopedia of American Journalism S.56;

„Boston Globe“ ist massiv durch die große Depression in den 1930er Jahren beeinträchtigt worden (1.). „Boston Globe“ – Journalisten sind aktiv an der Aufklärung der Skandale um sexuellen Missbrauch in der katholischen Kirche in den Vereinigten Staaten von Amerika beteiligt gewesen (2.). Sie gehört zur „Boston Globe Media Partners LLC“. Ihre Auflage hat im März 2013 254.572 Exemplare werktags, 2012 samstags 223.623 Exemplare und sonntags 2013 im März 382.452 Exemplare gehabt“ (3.). „Boston Globe“ ist als Tagesszeitung mit engagierten Journalisten sehr interessant für die Dissertation und wird deshalb zitiert. Die „Newsday Inc.“ ist eine Tageszeitung von „Cablevision“ mit Sitz in Melville, New York. Eine politische Orientierung ist nicht bekannt. Werktags hat sie im Jahr 2014 eine Auflage von 437.000 Exemplaren und sonntags von 495.000 Exemplaren gehabt (4.). Mit der Zitierung von „Newsday Inc. bereichert eine weitere Tageszeitung aus dem Bundesstaat New York die Dissertation „Die „Patriot News“ erscheint in Mechanicsburg, Pennsylvania. Sie gehört zu „Advance Publications“. Eine politische Ausrichtung ist nicht bekannt. Eine Auflagengröße ist nicht zu ermitteln (5.). Die „Philadelphia Daily News“ ist eine Tageszeitung aus Philadelphia, Pennsylvania, die von Montag bis Samstag erscheint. Sie gehört zu „Interstate General Media“. Eine politische Ausrichtung ist nicht bekannt. Die Auflagenhöhe ist im April 2010 auf 97.694 Exemplare taxiert worden“ (6.). „Der „Philadelphia Inquirer“ ist eine Tageszeitung aus Philadelphia, Pennsylvania, die zur „Philadelphia Media Network“ und erstmals 1829 als Pennsylvania Inquirer erschienen ist (7.) zählt und politisch traditionell den Republikanern zugeneigt gewesen ist(8.). Im Juli 2015 ist die Auflagenhöhe werktags mit 158.546 Exemplaren angegeben und sonntags auf 312.197 Exemplare taxiert worden“ (9.).

(1.) siehe auch: Vaughn, Stephen L.; Encyclopedia of American; S.57;

(2.) siehe auch: Vaughn, Stephen L.; Encyclopedia of American; S.57;

(3.) siehe auch: www.bostonglobe.com; vom 12. Juni 2016;

(4.) siehe auch: www.newsday.com; vom 12. Juni 2016;

(5.) siehe auch: www.pennlive.com; vom 12. Juni 2016;

(6.) siehe auch: www.philly.com; vom 12. Juni 2016;

(7.) Vaughn, Stephen L.; Encyclopedia of American Journalism; S.384;

(8.) siehe auch: Vaughn, Stephen L.; Encyclopedia of American Journalism; S.385;

(9.) siehe auch: www.inquirer.com; vom 12. Juni 2016;

Mit „Patriot News“, „Philaladephia Daily News“, und „Philadelphia Inquirer“ sind Beispiele für die vielfältige regionale Zeitungslandschaft im Bundesstaat Pennsylvania für die Darlegung unterschiedlicher Sichtweisen herangezogen worden. Beispielfür die Zeitungen von der Golf von Mexikoküste der Vereinigten Staaten von Amerika analysiere ich in der Dissertation „Austin American Statesman“, „Orlando Sentinel“ und „St. Petersburg Times“. Sie stehen repräsentativ für die breit gefächerte politische Ausrichtung der Regionalzeitungen in der Region, „Der „Austin American Statesman“ ist eine Tageszeitung aus Austin, Texas. Sie gehört zur „Cox Media Group“. Ihre politische Ausrichtung gilt als uneinheitlich. Die Auflage hat im Juni 2013 129.519 Exemplare werktags und 183.519 Exemplare sonntags betragen“ (1.). „Der „Orlando Sentinel“ ist eine Tageszeitung von „Tribune Publishing“ aus Orlando, Florida. Eine genaue politische Positionierung ist nicht ersichtlich. Die Auflage hat im Juli 2014 151.000 Exemplare werktags und 258.000 Exemplare sonntags betragen“ (2.). „Die „St. Petersburg Times“ aus St. Petersburg, Florida, ist am 1. Januar 2012 in der „Tanpa Bay Times“ aufgegangen. Diese erscheint in St. Petersburg, Florida und gehört zur „Times Publishing Company“. Mit dem Obameter ist die Amtsführung des 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika sehr kritisch beobachtet worden. Werktags ist im September 2011 eine Auflage von 240.024 Exemplaren und sonntags von 403.229 Exemplaren angegeben worden“ (3.). „Arkansas Gazette“, „Cleveland Plain Dealer“, „St. Louis Post – Dispatch“ und „Star Tribune“ stehen für Zeitungen aus eher ländlich geprägten US – Bundesstaaten. Diese Zeitungen repräsentieren einen Querschnitt des Meinungsspektrums in den eher ländlich geprägten Regionen der Vereinigten Staaten von Amerika und sind daher für die Dissertation zur Bearbeitung herangezogen worden. „Die „Arkansas Gazette“ aus Little Rock, Arkansas, ist 1991 in der ebenfalls in Little Rock, Arkansas, ansässigen „Arkansas Democrat Gazette“ aufgegangen. Diese erscheint täglich und gilt politisch als eher konservativ. Sie gehört zur „WEHCO Media Inc.“. Die Tageszeitung hat 2008 eine Ausgabe von 192.212 Exemplaren werktags und 309.061 Exemplaren sonntags gehabt“ (4.).

(1.) siehe auch: www.statesman.com; vom 12. Juni 2016;

(2.) siehe auch: www.orlandosentinel.com; vom 12. Juni 2016;

(3.) siehe auch: www.tampabay.com; vom 12. Juni 2016;

(4.) siehe auch: www.arkansasonline.com; vom 12. Juni 2016;

„Bei dem „Cleveland Plain Dealer“ handelt es sich um eine politisch ausgewogene Tageszeitung aus Cleveland, Ohio. Herausgeber ist „Advance Publications“. Über die Auflage sind keine genaueren Angaben zu finden gewesen“ (1.). Der „St. Louis Post – Dispatch“ ist eine Tageszeitung aus St. Louis, Missouri, die zu der Unternehmung „Lee Enterprises“ gehört. Sie ist erstmals am 12. Dezember 1878 erschienen (2). Traditionell ist eine liberale Grundhaltung und eine politische Nähe zur Demokratischen Partei gegeben (3.). Die Auflagenzahlen haben im März 2014 137.380 Exemplare werktags und 223.826 Exemplare sonntags betragen“ (4). „Die „Star Tribune“ aus Minneapolis, Minnesota, ist eine Tageszeitung, der „Star Tribune Media Company“. Eine politische Orientierung ist nicht bekannt. 2016 hat die Auflage der Zeitung bei 288.315 Exemplaren werktags und 581.063 Exemplaren sonntags gelegen“ (5.). „Pacific Daily News“ wird als Tageszeitung der zu den Vereinigten Staaten von Amerika zählenden Marianeninsel Guam zitiert. Von Interesse ist hier gewesen, darzustellen, wie auf dieser für die Vereinigten Staaten von Amerika so bedeutenden Insel die Berichterstattung über die deutsche Einheit gewesen ist. Die „Pacific Daily News“ aus Hagatna, Guam, gehört zur „Gannett Company“ und ist eine Tageszeitung. Eine politische Ausrichtung und zu aktuellen Auflagenzahlen ist nichts bekannt (6.). „Die „Seattle Times“ steht für eine regionale Tageszeitung aus Seattle, Washington, an der Westküste der Vereinigten Staaten von Amerika und gleichzeitig einer wirtschaftlich sehr bedeutsamen Konglomeration für dieses Land, weshalb sie für die Analyse in der Dissertation von großem Interesse gewesen ist. Sie gehört zur „Seattle Times Company“. Eine politische Orientierung ist nicht bekannt. Die Zeitungsaufgabe hat im März 2013 229.764 Exemplare werktags und 336.363 Exemplare sonntags betragen (7.).

(1.) siehe auch: www.plaindealer.com; vom 12. Juni 2016;

(2.) siehe auch: Vaughn, Stephen L.; Encyclopedia of American Journalism; S. 501;

(3.) siehe auch: Vaughn, Stephen L.; Encyclopedia of American Journalism; S.501;

(4.) siehe auch: www.stltoday.com; vom 12. Juni 2016;

(5.) siehe auch: www.startribune.com; vom 12. Juni 2016;

(6.) siehe auch: www.guampdn.com; vom 12. Juni 2016;

(7.) siehe auch: www.seattletimes.com; vom 12. Juni 2016;

Methodik

In der Dissertation kommt zum einen die qualitative Vorgehensweise zur Anwendung. Zeitungsartikel, Kommentare, Leserbriefe und Dokumente des 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika werden ausgewertet und interpretiert und zwar hinsichtlich der Frage der deutschen Wiedervereinigung. Berichte, Zeitungsartikel, Zeitungskommentare, Leserbriefe und Dokumente wurden anhand einer bisher noch nicht aufgeworfenen Fragestellung neu analysiert. Gearbeitet wurde mit Hilfe einer Querschnittanalyse. Bei dem bearbeiteten Zeitraum handelt es sich im Wesentlichen um eine Zeitspanne zwischen 1982 und 1990. Der Aufbau der Dissertation erfolgt so, dass in den Unterkapiteln, die Zeitungsartikel und die Zeitungskommentare mit den Leserbriefen jeweils getrennt bearbeitet werden. Am Ende der Bearbeitung erfolgt jeweils eine kurze Zusammenfassung über die wichtigsten Inhalte der Berichterstattung und der Kommentierungen einschließlich der Leserbriefe zu den jeweiligen Unterkapiteln und ein Zwischenfazit, das die Forschungsergebnisse der Unterkapitel darstellt. Am Ende der Dissertation wird in einem Fazit das Forschungsergebnis für die ganze Dissertation aufgearbeitet. Die behandelten Presseauszüge werden in der Dissertation auszugsweise so knapp wie möglich zitiert. Längere Zitate sind dort unumgänglich, wo emotionale Empfindungen, wie die von Überlebenden des Holocaust zur Frage der deutschen Wiedervereinigung in der Argumentation eine Rolle spielen und diese mit angemessenem Respekt dargestellt werden müssen. Die Diskussionen in jüdischen Zeitungen und von Juden, wie sie auch in nichtjüdischen Printmedien über die deutsche Wiedervereinigung stattfanden, ziehen sich über den gesamten Kern des bearbeiteten Dissertationszeitraums und werden entsprechend auch den Unterkapiteln thematisch zugeordnet, denen sie vom Diskussionstand am nächsten stehen. Spezielle Unterkapitel zu der Darstellung der jüdischen Perspektive wären nicht angebracht gewesen, da die Diskussionszusammenhänge mit dem Einigungsprozess korrelieren.

Materialzugang

Zunächst recherchierte ich für meine Dissertation in verschiedenen britischen und US – amerikanischen Zeitungen durch Bestellung bei bundesweiten Zeitungsarchiven über die Universitätsbibliothek der Universität Bayreuth. Zusätzlich unternahm ich noch Recherchereisen nach London, England, in die British National Library, nach

Washington D.C. zur Congressional Library und nach College Station, Texas zu der George Bush Presidential Library, um meine Rechercheunterlagen und Informationen zu komplementieren. In geringerem Umfang nutzte ich auch Literatur aus meinem Privateigentum. Für die Sekundärliteratur recherchierte ich auch in den Beständen der Deutschen Nationalbibliothek in Frankfurt am Main.

Der Prozess der deutschen Wiedervereinigung aus der Sicht der angelsächsischen Partner, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika

1 Das transatlantische Verhältnis vor der deutschen Wiedervereinigung

1.1 Der Besuch von Präsident Ronald Reagan in West – Berlin 1987

1.1.1 Begeisterung und Kritik in den Printmedien

Ein im Nachhinein bemerkenswerter Besuch stattete der damalige US – Präsident Ronald Reagan West – Berlin am 12. Juni 1987 ab. Der Besuch fand im Rahmen der Feierlichkeiten zur 750 – jährigen Gründung von Berlin statt, die in beiden Teilen der Stadt unterschiedlich gefeiert wurde. Dabei richtete das Staatsoberhaupt der Vereinigten Staaten von Amerika, laut des Zeitungsartikels ‚Back to the Wall‘ in der „Time“ vom 22. Juni 1987 im Rahmen einer Kundgebung vor dem Brandenburger Tor folgende Worte an den Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow: „General Secretary Gorbachev, if you seek peace, if you seek prosperity for the Soviet Union and Eastern Europe, if you seek liberalization, come here to this gate. Mr Gorbachev, open this gate. Mr. Gorbachev, tear down this wall“ (1.). Die Aussage fand vor dem Hintergrund einer steigenden Popularität des Generalsekretärs der KPdSU statt, der für seine Abrüstungsvorschläge und Reformbemühungen in der Sowjetunion, in Westeuropa, in Meinungsumfragen höhere Popularitätswerte einfuhr als Präsident Reagan. Über den Besuch in West – Berlin führte die „Time“ in ihrem Artikel ‚Back to the Wall‘ von George J. Church in der Ausgabe vom 22. Juni 1987 weiter aus, dass der 40. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, diese Sätze vor einem Publikum von 20.000 Zuhörern sagte. An die gewalttätigen Protestierer in der Stadt richtete er folgende Worte: „I invite those who protest today to mark this fact: because we remained strong the Soviets came back to the table“ and are on the verge of a treaty „eliminating, for the first time, an entire class of nuclear weapons“ (1.).

1.) „Time; 22. Juni 1987; S.16 ff;

Ebenfalls am 22. Juni 1987 befasste sich die „Time“ in dem Kurzartikel ‚Meanwhile, in East Berlin‘ mit dem Versuch vieler junger Menschen in Ost – Berlin einem drei tägigen Rockkonzert in West – Berlin zuzuhören, der dann von den DDR – Staatsorganen vereitelt wurde, kurz vor dem Reaganbesuch, auseinander: „Six days before Ronald Reagan made his speech near the Brandenburg Gate, a different set of Western emissaries did start turns in the same location. British Rock Star David Bowie, Eurythmics and Genesis performed on succesive nights in front of the Reichstag building, home of the former German parliament, before more than 60.000 pop – music fans. Some 350 yards away on the other side of the Berlin Wall, crowds of young people clashed with with East German riot police who prevented them from getting close enough to hear the music. When police chased them with nightsticks, angry rock fans pelted them with bottles and chanted. „The Wall must go.“ In the apparent hope that the Soviet campaign for glasnost will allow them more freedom, they also shouted, „We want Gorbachev!“ The concerts coincided with the celebrations of Berlin’s 750th anniversary, and the bands, amplified by loudspeakers, could be heard on both sides of the Wall. Dieser „Time“ – Bericht führte auf deutliche Weise seiner Leserschaft die politisch wie gesellschaftlich ambivalente Situation in der geteilten Stadt vor.

1.1.2 Besuch im Spiegel von Leserbriefen

Am 13. Juli 1987 veröffentlichte die „Time“ die zwei Leserbriefe zu der Rede von Ronald Reagan vor dem Brandenburger Tor am 12. Juni 1987, in der er den sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow aufforderte, die Berliner Mauer niederzureißen:

„President Reagan’s Brandenburg Gate speech was excellent. It made me proud to be an American. Comrade Gorbachev, let us know the date when you will rip out the first chunk of the Wall. Such an honorable decision will surely open the road to peace.“Milan Radivoyevitch, Cleveland

„The two great leaders, Gorbachev and Reagan, have a big problem in common: the Wall. Gorbachev should raze the Wall, and Reagan should tear down the thick barrier of distrust and disgrace that has grown around him.“

Antti A. Pesonen, Kerava, Finland (1.)

(1) „Time“; 13. Juli 1987

Fazit

Sowohl die Zeitungsberichte der „Time“ vom 22. Juni 1987 als auch deren Kommentierung in den Leserbriefen vom 13. Juli 1987 zeigten die unterschiedliche Wahrnehmung der Teilung der Stadt durch die verschiedenen Akteure, vor deren Hintergrund die Aufforderung des 40. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Ronald Reagan, an den Generalsekretär der KPdSU erfolgte, die Berliner Mauer nieder zu reißen und das Brandenburger Tor zu öffnen. Auf der einen Seite standen diejenigen, die in Ost – Berlin friedlich dem Rockkonzert bekannter britischer Rockbands vor dem Reichstag zu hören wollten, dafür aber von den Schergen der DDR – Staatsmacht zusammengeschlagen wurden und auf der anderen Seite, Vertreter einer linksradikalen Szene in West – Berlin, die nicht nur ihre Kritik an Ronald Reagan zum Ausdruck bringen, die auch in dem finnischen Leserbrief in der „Time“ vom 13. Juli 1987 geäußert wurde, sondern diesen auch gewalttätig bekämpfen wollten. Dies transportierte ein diffuses Bild von Berlin in der „Time“, das so aussah, als ob in West - Berlin der linke Mob gegen den 40. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika wütete, während in Ost – Berlin Menschen für das Zuhören von Rockmusik, was in West – Berlin Selbstverständlichkeit war, zusammengeschlagen wurden. Die Veröffentlichung der beiden Artikel sowohl über den Reagan – Besuch in West – Berlin als auch über das Zusammenschlagen der Rockmusikliebhaber in Ost – Berlin, legt nahe, dass es den „Time“ – Redakteuren darum ging, auszudrücken, dass die Aufforderung von Ronald Reagan an Michail Gorbatschow, die Berliner Mauer zu öffnen, auch die Hoffnung für die Menschen in Ost – Berlin darstellen sollte, irgendwann die Musik, die sie hören wollten, ausführlich hören zu können.

1.2 Die DDR aus der Sicht der angelsächsischen Westmächte – Berichte in den Printmedien

Die Sichtweise der Bürger des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika im allgemeinen auf das DDR – Regime, haben auch Zeitungsartikel wie ‚East Germany - Heavy Traffic - a failed assassination‘ aus der „Time“ vom 24. Januar 1983 negativ beeinflusst. Hier war zu lesen: „The convoy of cars was speeding down the Street of the Red Army outside East Berlin shortly after midday on New Year's Eve. Suddenly near the village of Klosterfelde, a green Soviet - made Lada 1300 overtook the stream of Volvos carrying security guards and ducked into line behind the chauffeur

driven Citroën of East German Leader Erich Honecker, 70. When the Volvos forced the Lada off the road, its driver, Paul Essling, a heating engineer from Klosterfelde, jumped out, drew a revolver and began firing shots at Honecker's car. After wounding a security officer, Essling was quickly surrounded by other guards carrying automatic weapons. He committed suicide by shooting himself twice, one through his head. Honecker was not injured“ (1). Für die ostdeutschen Staatsorgane war dies nach Angaben der „Time“ nur eine erfundene Geschichte, auch wenn der Stern – Journalist Bub, glaubwürdig das Gegenteil versicherte. Außerdem wollte Essling, so Bub nach Angaben der „Time“, mit seinem Anschlag auf das Luxusleben der DDR – Führung in ihrer Wohnsiedlung in Wandlitz bei Berlin aufmerksam machen.

Dazu passte auch der Zeitungsbericht zum 35. Jahrestag zur Gründung der DDR , East Germany's 35 – year itch‘ am 8. Oktober 1984 in der „Financial Times“, hierbei ging es um die Gründung der DDR in der sowjetischen Besatzungszone zum 7. Oktober 1949. Aber auch, dass die dadurch bedingte Teilung Deutschlands auch noch 35 Jahre später keine andauernde Spannung für den Rest von Europa bedeutet, wie der kürzliche Fluchtversuch von 90 Menschen aus der DDR über die bundesdeutsche Vertretung in Prag zeigte sowie andere Fluchtversuche im Jahr 1984 (2). Aus diesem Zeitungsartikel wird zusätzlich ersichtlich, dass 1984 ein gesteigertes Maß an Unzufriedenheit der Menschen in der DDR mit der SED – Diktatur vorhanden war und es aus diesem Grund schon zu Botschaftsfluchten kam.

Zu der Sicht auf die angelsächsische Betrachtung der Menschenrechtssituation in der DDR war auch der Zeitungsbericht ‚East Germany likely to free civil rights activist‘ vom 9. Februar 1988 von Leslie Colitt in der Financial Times aufschlussreich: „East Germany is expected to free Mrs. Vera Wollenberger, a founder of the opposition grass roots (Protestant) church and the only civil rights activist remaining in prison after last month's attempt by nearly 200 East Germans to unfurl banners at an official rally.

Seven people have been released from custody since Friday. Two were allowed to remain in East Germany. A third was stripped of his citizenship and sent to West Germany. Four others released to West Germany were given passports valid for reentry in six months. Such passports in the past have been granted only to writers and artists and are seen by the four recipients as a possible attempt by East Germany to solve

(1.) „Time“; 24. Januar 1983; S. 27;

(2.) „Financial Times“; 8. Oktober 1984; S.16;

political conflicts with political solutions.“ (1.). Vera Wollenberger heißt heute Vera Lengsfeld, nach dem 1991 herauskam, dass ihr Mann sie im Auftrag des DDR - Staatssicherheitsdienstes bespitzelt hatte. Sie gehörte zwischen 1990 und 2005 zunächst für die Ostgrünen, ab 1993 für Bündnis 90/Die Grünen und ab 1996 für die CDU dem Deutschen Bundestag an (2.).

Etwas aus der Reihe fiel der Zeitungsbericht von Henry Kamm ‚A riddle for Communists: Why does the East German economy prosper?‘, in der „New York Times“ vom 13. März 1989, in der das DDR – System als wirtschaftliches Erfolgsmodell dargestellt wurde und zwar als Land an der Spitze der kommunistischen Welt sowohl in der Produktivität als in den technologischen Errungenschaften. Des Weiteren wurde ausgeführt, dass laut Wirtschaftsexperten die westdeutsche Produktivität 20 Prozent höher sei, wobei aber berücksichtigt werden müsse, dass die DDR- Wirtschaft zentralistisch organisiert sei und dass der Zugang zu fortschrittlicher westlicher Technologie begrenzt ist. Die DDR wäre der wichtigste Exporteur von Maschienteilen und anderen fortgeschrittenen Produkten im Comecon. Zuletzt wurde behauptet, dass sich die anderen kommunistischen Staaten Europas nach dem Lebensstandard der DDR – Bewohner sehnen würden (3.).

Mit der Überschrift ‚Auch DDR – Bürger wollen „Perestroika“‘, wartete die „New Yorker Staatszeitung und Herold“ in ihrer Ausgabe vom 6./7. Mai 1989 auf. Dort war zu lesen: „Vorsichtig zwar, aber doch deutlich vernehmbar meldet sich zunehmend die Opposition in der DDR zu Wort. Sie will Veränderungen durch mehr Öffentlichkeit und Demokratisierung, verpackt in Gorbatschows Formel von Glasnost und Perestroika. Die Altherren - Riege im Politbüro der SED kommt nicht nur dadurch in Argumentationsschwierigkeiten. Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ verzichtet in einem Aufruf auch bewusst darauf, sich als Organisation oder gar Partei zu verstehen, deren Tätigkeit durch die Verhaftung führender Köpfe rasch und nachhaltig gelähmt werden könnte“ (4.). Die „New Yorker Staatszeitung und Herold“ vermerkte in diesem Beitrag vom 6./7. Mai 1989 ein Anwachsen der regimekritischen Bürgerschaft in der DDR.

Fazit

Beispielhaft für die Berichterstattung über die DDR in den angelsächsischen Medien war

- (1.) Financial Times“; 9. Februar 1988; S. 2;
- (2.) siehe auch: www.vera-lengsfeld.de; vom 14. Mai 2016
- (3.) „New York Times“; 13. März 1989; A 3;
- (4.) „New Yorker Staatszeitung und Herold“; 6./7. Mai 1989; A

auch ein Zeitungsartikel wie ‚East Germany - Heavy Traffic - a failed assassination‘ aus der „Time“ vom 24. Januar 1983 in der es um einen vereitelten Anschlag auf Erich Honecker ging, der von der DDR dementiert wurde. Intensiv wurde sich auch mit der Menschenrechtsslage in der DDR auseinandergesetzt, wie in dem Zeitungsartikel ‚East Germany likely to free civil rights activist‘ am 9. Februar 1988 von Leslie Colitt in der „Financial Times“. Außerdem war die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR von Interesse, so zum Beispiel der Bericht von Henry A. Kamm in der „New York Times“ mit dem Titel ‚A riddle for Communists: Why does the East German economy prosper?‘ Dieses Unterkapitel belegt die eindeutig negative Tendenz in der Berichterstattung über die DDR in Printmedien im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika vor dem 9. November 1989. Daran ändern auch einzelne positive Zeitungsartikel, wie der von Henry Kamm in der „New York Times“ vom 13. März 1989, nichts.

1.3 Das westdeutsch – angelsächsische Verhältnis im Frühjahr 1989

1.3.1 Betrachtung in den Printmedien

Über die Stellung der Berliner Mauer im Ost – West – Verhältnis schrieb Michael Meyer, in der Ausgabe der „Newsweek“ vom 6. März 1989 unter der Überschrift ‚A scar that will last‘, dies: „The contemporary German question accounts for Washington’s nervousness over West German opinion polls. More than 80 % percent of West Germans view Mikhail Gorbachev as a peacemaker; 79 % want all nuclear weapons withdrawn from Europe and 44 % favor neutrality. West Germans, host to the largest concentration of military power in the West, are tired of jets screeching over their rooftops, tanks rutting their fields and trucks fouling up traffic on the Autobahn“ (1.). Weiter berichtete er über die unterschiedliche und extrem gegensätzliche Situation in Berlin: „Dustin Hoffman swooped into West Berlin last week and, at the glittery Berlinale film festival, walked away with a coveted Golden Bear award for his new movie, „Rain Man“. About the same time, on the other side of the wall, a pair of young Germans seeking asylum crashed their car through the gates of West Germany’s mission to East Berlin and made it inside. The week before an East German was machine – gunned as he tried to scale the wall; he bled to death where he lay“ (1.). Bei dem Mauertoten

(1.) „Newsweek“; 6. März 1989; S. 21 f;

handelte es sich um Chris Gueffroy. Er war der letzte bekannte Mensch, den die DDR – Grenztruppen am 5. Februar 1989 an der Berliner Mauer ermordeten, was aufzeigt, dass die Berliner Mauer noch im Jahr 1989 ein grausames Machtmittel des totalitären Honecker – Staates war, auch wenn nach der Ermordung von Chris Gueffroy aufgrund des Drucks der westlichen Alliierten der Schießbefehl an der DDR – Grenze aufgehoben wurde (1.).

In der Diskussion über die Modernisierung der atomaren Kurzstreckenraketen, in Westeuropa, welches ein Schwerpunktthema im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und seinen angelsächsischen Partnern im Frühjahr 1989 war, berichtete die „New Yorker Staatszeitung und Herold“ in der Ausgabe vom 11./12. März 1989 unter der Überschrift „Ernste Meinungsverschiedenheiten Bonn - London“ unter anderem: „Bundeskanzler Helmut Kohl und die britische Premierministerin Margaret Thatcher haben bei ihren Treffen in Frankfurt ihre Meinungsunterschiede über die Modernisierung der Kurzstrecken – Atomwaffen nicht beilegen können. Zum Abschluss der 19. deutsch – britischen Konsultationen bekannten sie sich trotzdem zu einem „starken und einigen Bündnis“ in der westlichen Allianz“ (2.). Die „New Yorker Staatszeitung und Herold“ ging in diesem Zeitungsartikel vom 11./12. März 1989 offenbar von angespannteren Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und ihren angelsächsischen Partnern, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika, aus.

Der „Independent“ berichtete in einem Artikel ‚Kohl prompts fear‘ von Colin Hughes vom 24. April 1989 über die Auseinandersetzungen um eine Modernisierung der atomaren Kurzstreckenraketen zwischen Bonn, London und Washington: „Britain and the United States are expected to warn Chancellor Kohl of West Germany this week that his sudden change of mind, on the modernisation of short – range nuclear weapons threatens to play into Soviet hands by splitting NATO. ... The West German government wants early negotiations between Washington and Moscow on reducing short – range nuclear – weapons and nuclear artillery in Europe, and deferment of the decision to modernize NATO short – range missiles in Europe, when it should be linked to progress in all arm control talks. ... Britain and the US want a clear signal from the summit that NATO rejects the very idea of negotiations on short – range missiles. Otherwise, they fear that the West German government will be exposed to considerable pressure from Mr Gorbachev

(1.) siehe auch: www.chronik-der-mauer.de/node/171315 vom 14. Mai 2016;

(2.) „New Yorker Staatszeitung und Herold“; 11./12. März 1989; S.1;

when he visits Bonn in June“ (1.). Der „Independent“ – Artikel stellte die divergierenden Positionen der amerikanischen und der britischen Regierung auf der einen sowie der Bundesregierung auf der anderen Seite in Bezug auf die Nachrüstung der atomaren Kurzstreckenraketen gegenüber.

Am 2. Mai 1989 stand in der „Washington Post“ ein Artikel von Robert J. McCartney unter der Überschrift ‚Bonn seeks more independent NATO role‘, der sich mit der grundlegenden Bedeutung der Auseinandersetzungen um die Nachrüstung der atomaren Kurzstreckenraketen in Deutschland befasste. Er schrieb hierzu: „Chancellor Helmut Kohl’s willingness to challenge the United States and Britain over the fate of short – range nuclear weapons on its soil reflects an escalating desire in West Germany to cease playing a differential role and assume a stronger more independent stance within the Western Alliance“ (2.). Robert J. McCartney sah in der Konfrontation mit London und Washington über die Nachrüstung der atomaren Kurzstreckenraketen, den Versuch von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl sich zu profilieren und so eine eher negative Stimmungslage in der westdeutschen Bevölkerung für sich zu wenden.

Über die Feierlichkeiten zum 40 – jährigen in Kraft treten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland informierte Patricia Clough im „Independent“ vom 24. Mai 1989. Unter der Überschrift ‚Germany celebrates its transition to a succesful democracy‘ war dort zu lesen: „West Germany commemorates, in a formal state ceremony, the day 40 years ago when, on orders of the victorious Aliies and, to the indifference of the public, the country was born. There will no doubt be tones of pride that the Federal Republic, intended merely as an temporary arrangement, has developed into the longest, most stable and most succesful democracy the Germans have ever known, achieving wealth, respect and power beyond anything the founding fathers could ever have imagined“ (3.). Der Artikel von Patricia Clough zeichnete insgesamt ein sehr positives Bild von dem vierzigjährigen westdeutschen Staat.

Ann Devroy berichtete in der „Washington Post“ vom 1. Juni 1989 über den Deutschland – Besuch von US - Präsident Bush am 31. Mai 1989 in ihrem Artikel unter der Überschrift ‚Bush declares ‚The time is right‘ to’ let Europe be whole and free‘: „President Bush affirming that the „liberating power“ of democracy has been unleashed across the world, said here today that „the time is right“ for the nations of the East and

(1.) „Independent“; 24. April 1989; S.1;

(2.) „Washington Post“; 2. Mai 1989; A 11;

(3.) „Independent“; 24. Mai 1989; S.10;

the West to reconcile. In a speech capping the NATO summit and his visit to West Germany, the president said that for 40 years, „The world has waited long enough. The time is right. Let Europe be whole and free“ (1.). Zu der Entwicklung im sowjetischen Machtbereich führte der US – amerikanische Präsident laut des Artikels in der Washington Post weiter aus, dass die Forderung nach mehr Demokratie über Eurasien sich ausbreitet. Zu der Berlinfrage äußerte er sich wie folgt: „Let Berlin be next“. As his predecessor did, Bush called the Berlin wall „a monument to the failure of communism“. The wall built by East Germany, he said, must come down“ (1.). Bemerkenswert ist auch, die, in dem Artikel geschilderte Reaktion der Amtlichen Deutschen Nachrichtenagentur der DDR, die Bushs Forderungen in Bezug auf Berlin barsch als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR zurückwies. Aus dem Artikel der „Washington Post“ vom 1. Juni 1989 ging darüber hinaus eine hohe Sympathie des US – Präsidenten Bush für Deutschland hervor, Die auch nicht durch zwischenzeitliche Dissensen über die Nachrüstung der atomaren Kurzstreckenraketen der USA in Europa getrübt wurde. Diese spielten bei dem Besuch offiziell keine Rolle mehr.

Fazit

Neben Berichten über die deutsche Teilung und den 40. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik Deutschland beherrschten vor allem Zeitungsartikel über den Disput der Regierungen in Bonn, London und Washington D.C. über die Nachrüstung der atomaren Sprengköpfe bei Kurzstreckenraketen die Berichterstattung in den überregionalen Printmedien, wo in dem Zeitungsartikel von Robert McCartney in der „Washington Post“ vom 2. Mai 1989 mit der Überschrift ‚Bonn seeks more independent NATO role‘, der Bundesregierung unterstellt wurde, in der NATO eine unabhängigere Rolle spielen zu wollen. Auffallend ist aber, dass trotz der Auseinandersetzungen um die Nachrüstung der atomaren Sprengköpfe bei Kurzstreckenraketen, Ann Devroy in ihren Zeitungsbericht ‚Bush declares ‚The time is right‘ to let Europe be whole and free‘ vom 1. Juni 1989, die hohe Sympathie des 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika für Deutschland zum Ausdruck kommen lies.

(1.) „Washington Post“; 1. Juni 1989; A.1 und A 32;

1.3.2 Kommentierung und Leserbriefe

Zu dem im vorigen Unterkapitel zitierten Zeitungsartikel ‚A scar that will last‘ von Michael Meyer in der „Newsweek“ vom 6. März 1989 erschienen in der Newsweek vom 3. April 1989 diese Leserbriefe:

„To describe West Germany’s basic commitment to reunification as a political anachronism shows little understanding of what is not a political problem, but a human one. Germans are killed by other Germans for attempting to cross the border. Families suffer forced separation. Nuclear weapons are poised and ready to explode on German soil. The German question is not dead. I wish it were.“

Dominik von Malaise; Hamburg, West Germany

„My parents and I were allowed to leave East Germany in 1977. We left our relatives and many good friends behind. It is true that I don’t think about the wall, but when I stand in front of it I invariably get quite emotional. I hate the wall and the inhumanity that it represents. It must be a weak government that needs this wall, and weapons, in order to keep its citizens inside the country. In the past the Germans made many mistakes, but what is wrong with the wish of many Germans to meet with their relatives and friends?“

J. Atmanagara; Berlin, West Germany

The German question is not dead; it is very much alive. Give the German people on both sides the wall a chance to vote on their future and you would see that the majority longs for a united Germany.“

Martin Maier; Munich, West Germany

„Many West Germans, especially students, complain about the American presence in Germany. I would love to see these same West Germans in line for hours outside a shop just so they could buy some groceries. I bet they wouldn’t complain again. If it weren’t for the United States, they would be in the same shoes as their unfortunate neighbors!“

D.M. Adorfst; Salzburg, Austria (1.)

Auch aus diesen Leserbriefen lässt sich die unterschiedliche emotionale Empfindungsweise vieler Menschen zu der Thematik der deutschen Teilung herauslesen.

(1.) „Newsweek“; 3. April 1989; S.5 f;

Eine Woche später, am 10. April 1989, veröffentlichte die Newsweek die folgenden beiden Leserbriefe zur Deutschen Frage:

„As a young German I was pretty shocked after I read your article „A scar that will last“. I am used to hear the sentence „The German question is dead“ from East German leader Erich Honecker and his fellow communist, but reading it of an international news magazine was more than a surprise. After World War II, Germany was shattered economically, politically and morally. The people had other problems to deal with than the one of reunification. But now we members of the new generation of Germans are asking ourselves why we shouldn't have the natural right of all peoples to love our country – our whole country. When I was born the wall had already been built and it became a fact to me. But that that does not mean I accept its existence. I will try to do my share to reunite our people and our country. The German question remains open and it will be buried the day we reach unification – not one moment earlier“.

Thomas Boghardt; Oststeinbeck, West Germany

„The desire for reunification of the two Germanys is still alive. An opinion poll conducted secretly last year by the Communist government in East Germany showed an overwhelming majority against the present status quo. Young people especially are becoming more and more aware that there is only one German nation, only one Fatherland. This an interesting development as this generation was born after the division of Germany in 1945. It is important that we Germans never get used to the division of our country“.

Thomas Schaal; Starnberg, West Germany (1.)

Beide Leserbriefschreiber aus unterschiedlichen Regionen Westdeutschlands hielten an der Idee der deutschen Einheit fest.

Zu der Gesamtlage äusserte sich Peter Jenkins, in seinem Meinungsbeitrag im „Independent“ vom 27. April 1989 ‚Gorbachev's dream means NATO disarray‘. wie folgt: „As they fulminate against the German Federal Republic, the United States and Britain themselves stand on weak and shifting grounds. Mrs Thatcher's position, which is the most unbending of all, is simply not sustainable in the changed world. The status quo is no longer an available option ... Much more appropriate today is that the Poles, the Hungarians and everybody else be free to decide for themselves what kind of countries they want to live in. The West should take Mr Gorbachev at his words when he told UN last year that freedom of choice was a universal principle which allows for no

(1.) „Newsweek“; 10. April 1989;

exceptions“ (1.). In seinem Kommentar im „Independent“ unterstützte Peter Jenkins weiter die Positionierung der Bundesregierung.

Im „Independent“ waren am 3. Mai 1989, diese beiden in Auszügen wiedergegebenen Leserbriefe zu der Diskussion um die Nachrüstung von atomaren Kurzstreckenraketen unter dem Titel ‚Short – range missiles in Germany‘ zu lesen:

„As a West German living in London, may I add my voice to those already heard in your columns on the subject of the present crisis in NATO, precipitated by my government’s proposals for early talks with the Soviet Union on removal of short – range missiles from the territory of the Federal Republic? I say my government although I basically support like the overwhelming majority of West Germans at present, the even more radical proposals for a complete denuclearisation of Europe advanced by the current opposition of Social Democrats and Greens which may will to power at Bonn in approximately 18 months’ time“.

Ludwig Rang, London, NW3

„The negative response London and Washington to the West German proposal for early negotiations on reducing short – range nuclear weapons is a strange manifestation of their stated desire for a new East – West relationship. If nothing else, attempting to create Alliance unity at the expense of unity within some countries, including West Germany, seems a remarkably short – sighted tactic“

Dr. Raj Thamoheram, National Director Safer World Project, Bristol (1.)

Die beiden Leserbriefe unterstützten, die auch von der Bundesregierung vertretene Position, auf die Modernisierung der atomaren Kurzstreckenraketen zu verzichten.

Bezug nehmend auf die Diskussionen um die Nachrüstung der atomaren Kurzstreckenraketen, trat Doug Bandow in seinem Kommentar ‚The Germans need a nuclear arsenal‘, in der „New York Times“ vom 2. Mai 1989, für die Ausrüstung Westdeutschlands mit nuklearen Sprengköpfen ein. Er begründete dies so: „Rather than bicker with Bonn over one nuclear issue after another, the Bush Administration should withdraw the United States promise of providing a nuclear „umbrella“ for Europe. At the same time, Washington should encourage Bonn to build its own limited but credible nuclear arsenal to deter a Soviet attack. This idea is not far – fetched, especially when compared with the accepted doctrine that the United States would launch an all – out nuclear strike to deter a Soviet conventional attack on Europe. Does anyone really believe that the United States would risk incineration of scores of its cities

(1.) „Independent“; 3. Mai 1989; S.27;

to prevent the Soviet flag flying over Bonn? Of course not. More likely, the United States would try to contain the nuclear damage on the battlefields of Europe“ (1.).

Mit der Bedeutung Deutschlands besonders im Hinblick auf die Nachrüstungsdebatte beschäftigte sich George F. Will in seinem Kommentar für die „Washington Post“ am 4. Mai 1989 unter der Überschrift ‚Germany’s importance‘: „The century will end as it began, and as it was in much of the middle part; worry about Germany. Suddenly „das Land der Mitte“ is back in the middle of Western worries. The government of Helmut Kohl, its political support evaporating has panicked and pendered to antinuclear and pro – Gorbachev sentiment by falling away from a NATO decision to modernize short range nuclear forces. But much more is at stake than these weapons. The supposed utility of ths forces is threefold: By being there, those weapons would prevent the Soviet Union from concentrating conventional forces for the Blitzkrieg NATO fears most. Because any ban on short – range weapons would be utterly unverifiable, NATO must assume the Soviets will retain such weapons, so NATO weapons are needed to deter Soviets use of them. And in an extreme situation, NATO could use such weapons – the lowest rung on the escalation ladder – to alter the nature of a conflict. Small nuclear weapons are linked to larger ones“ (2.). George F. Will argumentierte in seinem Kommentar für die Haltung der britischen und amerikanischen Regierung.

Eine ‚Ernste Allianzkrise‘ sah der Leitkommentar der „New Yorker Staatszeitung und Herold“ in der Ausgabe vom 13./14. Mai 1989 in der andauernden Debatte zwischen Bonn auf der einen Seite sowie Washington D.C. und London auf der anderen Seite, um die Modernisierung der atomaren Kurzstreckenraketen in Westeuropa. So war darin zu lesen, dass der Gegensatz zwischen Bonn auf der, Washington und London auf der anderen Seite über die nuklearbestückten Kurzstreckenraketen in Europa hat das Ausmaß einer ernsten Allianzkrise angenommen habe. Die Verbündeten, deren Politik in diesem tiefgehenden Dissens über Sinn und Zweck von Verhandlungen mit Moskau erstarrt ist, hätten jetzt nur noch wenig Zeit, um eine haltbare Einigung zu finden, die der Sache gerecht wird und den gemeinsamen Sicherheitsinteressen (3.). Des Weiteren sah der Leitkommentar der „New Yorker Staatszeitung und Herold“ in der Ausgabe vom 13./14. Mai 1989 das NATO Bündnis durch den Streit um die Modernisierung der atomaren Kurzstreckenraketen in Europa als beschädigt an.

Für eine faktische Neubewertung einer deutschen Wiedervereinigung durch die

(1.) „New York Times“; 2. Mai 1989; A 25;

(2.) „Washington Post“; 4. Mai 1989; A 23;

(3.) „New Yorker Staatszeitung und Herold“; 13./14 Mai 1989;

Vereinigten Staaten von Amerika, trat in der der „New York Times“, vom 15. Mai 1989 in seinem Kommentar ‚There’s little to fear in a unified Germany‘, Robert Gerald Livingston ein, da seiner Meinung nach, von einem wiedervereinigten Deutschland keine Gefahr ausgehen würde. Er beründete dies im Wesentlichen so: „German reunification is the dirty little secret of United States foreign policy. No one wants to come right out and say that it soon will be the greatest danger facing the West, but that’s what almost everyone thinks. Actually, reunification has been going on for years. But clinging to an outdated thesis about its dangers, the U.S. risks serious harm to its longterm relations with Bonn. The fear is that a reunited Germany would produce another Kaiser Wilhelm, or even a Hitler, who would drag the world into war once again. A corollary is that Bonn’s longing for reunification will lead it to conclude a neutrallity pact with Moscow, tearing apart the Western alliance. As a prisoner of this outmoded thinking, Washington often takes potentially destructive policy postions. It rebuffs Bonn’s request for negotiations with Moscow on reducing short – range missiles. It may be contemplating ways to thwart the growth in relations between East Germany and West Germany“ (1.).

Im Leitkommentar des „Independent“ am 25 .Mai 1989 zum Jubiläum von 40 – Jahre Grundgesetz unter dem Titel ‚The best Germany we have had‘, wurde geäußert: „Unlike Britain, France and Spain, which are nation states with long histories and more or less fixed borders, Germany has always been a fluid entity, expanding restlessly and destructively, only to be truncated and then divided. This week its largest remaining component, the Federal Republic, celebrates 40 years of existence. Its emergence as much the most prosperous, democratic and civilised state to have flourished on German soil is a tribute to the hard work and good sense of a people chastened by the horrors of war; and also to the wisdom of the Western allies who shaped the Basic Law, or constitution, on which it was founded“ (2.) Auch der Leitkommentar des „Independent“ vom 25. Mai 1989 gab eine positive Sicht auf die Bilanz von vierzig Jahren Bundesrepublik Deutschland.

Über die der westlichen Welt zugewandte Einstellung und Lebensweise junger Westdeutscher schrieb Stephan Götz Richter in seinem Kommentar in der „New York Times“ vom 7. Juli 1989 unter der Überschrift ‚West, not East, for young Germans‘ dies: „To a member of the young generations of West Germans, accusations of drift, appeasement and reunification seem quite bizzare. We grew up at a time when our

(1.) „New York Times“; 15. Mai 1989; A 19;

(2.) „Independent“; 25. Mai 1989; S.24;

country was firmly anchored in the West. Many of us have done military service. Relatively few of us have set foot on East German soil or know of relatives there. Members of the backpack generation we have travelled all over Europe and the U.S. This experience has provided us with a sense of roots even more in the West than in West Germany itself“ (1.)

Fazit

Die Leserbriefे unterstützten wie hier dargelegt überwiegend die Position der Nichtnachrüstung Kurzstreckenraketen mit atomaren Sprengköpfen. Bei den Kommentaren fielen besonders die Kommentare von George F. Will mit seinem Kommentar ‚Germany’s importance‘ in der „Washington Post“ vom 4. Mai 1989, der klar die Position der Regierungen in London und Washington D.C unterstützte, und Doug Bandow, der in seinem Kommentar ‚The Germans need a nuclear arsenal‘ für die „New York Times“ vom 2. Mai 1989, der sich sogar für eine eigene Nuklearbewaffnung Westdeutschlands aussprach, auf. Dagegen stellte sich Peter Jenkins in seinem Kommentar ‚Gorbachev’s dream means NATO disarray‘ im „Independent“ vom 27. April 1989 hinter die Positionierung der Bundesregierung in der Nachrüstungsdebatte. Ein Gegensatz fällt auf in der in Zeitungsartikeln wie dem Kommentar ‚West, not East, for young Germans‘ von Stephan Götz – Richter in der „New York Times“ vom 7. Juli 1989, vertretenen Ansicht, dass die deutsche Frage vor allem bei den westdeutschen Jugendlichen nicht mehr aktuell sei und dem starken Bekenntnis zu Deutschland, dass besonders in den Leserbriefen von deutschen Leserbriefschreibern zu dem Zeitungsartikel ‚A scar that will last‘ von Michael Meyer in der „Newsweek“ vom 6. März 1989 in den Ausgaben der Newsweek vom 3. April 1989 und 10. April 1989 zum Ausdruck kam. Bei allen Dissonanzen überwog ein insgesamt positives Bild Westdeutschlands in den Printmedien der angelsächsischen Partnerstaaten, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika im Frühjahr 1989.

(1.) „New York Times“; 7. Juli 1989; A 29 ;

1.4 Gorbatschow und die Westdeutschen

1.4.1 Allgemeine Berichterstattung in den Printmedien

Von Interesse im Hinblick auf eine zukünftig mögliche deutsche Wiedervereinigung ist ein Bericht ‚One Germany wouldn’t worry Moscow‘ im „Independent“ über Äußerungen des Leiters der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU, Valentin Falin, vom 13. Mai 1989. Edward Steen schrieb hierzu: „The spectre of German reunification is being raised to frighten West Europeans into accepting the US position on updating Lance short – range missiles in West Germany according to the Kremlin’s foreign – policy expert on Germany, Valentin Falin. He implied the Soviet Union viewed reunification with equanimity. ... Mr Falin stopped short of renewing the offers Stalin made in the 1950s of a reunified, but neutral, Germany. But his statement of Moscow’s sunny attitude to the pulling down of the iron curtain between Hungary and Austria – „Such positive developments will certainly not be the last – is coupled with implicit regret about the Berlin Wall. The problem of the relations between the two German states proves one thing: the politics of force has condemned itself. The future depend on reason“ (1.). Bemerkenswert an den, auf die im Artikel von Valentin Falin bezug genommenen Aussagen war, dass der sowjetische Diplomat eine Wiedervereinigung für die Zukunft nicht mehr kategorisch ausschloss, so wie es bei Vertretern der Sowjetunion davor üblich war.

In der „Pacific Daily News“ war im Vorfeld des Besuchs des Generalsekretärs der KPdSU, Michail Gorbatschow, in der Zeit vom 12. bis zum 15. Juni 1989 ein Zeitungsartikel, mit dem Titel ‚Gorbachev to visit West Germany‘, zu lesen. Dieser beschäftigte sich hauptsächlich mit den wirtschaftspolitischen Aspekten dieses Besuchs. So wurde darin aufgeführt: „When President Mikhail Gorbachev of the Soviet Union visits West Germany this week, he’ll look a lot more like budding capitalist than a communist. With superpower relations rapidly improving, Gorbachev is turning his attention to improving his nation’s faltering economy. The inquisitive president will find there’s much to learn from West Germany, one of the world’s richest countries and the global leader in exports.“ (2.).

Die „Washington Post“ betitelte einen Bericht vom 13. Juni 1989 von David Remnick mit den deutschen Worten ‚Willkommen Gorbatschow!‘ und beschrieb den mit

(1.) „Independent“; 13. Mai 1989; S. 2;

(2.) „Pacific Daily News“; 12. Juni 1989; S.16;

Begeisterung aufgenommenen Besuch von Michail Gorbatschow durch die westdeutsche Bevölkerung so: „The enthusiasm for the Soviet leader here is nearly unanimous. According to a survey published today in the West German press. 90 percent of those polled said they had confidence in Gorbachev, while only 58 percent expressed the same trust in President Bush and just 50 percent in West German Chancellor Helmut Kohl. Gorbachev's two – year – old book, „Perestroika“, has shot up to seventh on West German best seller lists. Magazines and newspapers are filled with long adoring letters. And, in a poll conducted by Stern magazine asking which country West Germans feel most threatened by, nearly half answered the United States or various West European countries, while only 15 percent said the Soviet Union“ (1.). David Remnick fuhr mit einer interessanten Passage weiter: „Bild – Zeitung“ the country's splashie most popular newspaper, was agog over Gorbachev's arrival. „Gorbachev has enormous erotic radiance“ read a headline that ran over a feature story quoting German reaction to the visit. In a front - page welcome to Gorbachev, „Bild – Zeitung“ also asked the Soviet leader to tear down the Berlin Wall“ (1.).

Robert J. McCartney veröffentlichte am 14. Juni 1989 in der „Washington Post“ einen Artikel unter der Überschrift ‚Gorbachev, Kohl pledge peace effort‘, in welchem er sich mit der gemeinsamen Erklärung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion befasste. Darin war unter anderem zu lesen: „Sowjet Union and Western Germany pledged in a unique East – West document to strive for disarmament, intensify their bilateral cooperation, and respect peoples' rights of selfdetermination with the overall aim of „overcoming the division of Europe“. Visiting Soviet President Mikhail Gorbachev and West German Chancellor Helmut Kohl signed the joined declaration, the first of its kind between the Soviet Union and a Western country, committing their governments to seek „a peaceful European order or a common European home“ (2). Zu dem Inhalt der Erklärung stand in dem Artikel weiter: „In the declaration described by both governments as the most important accord to be reached during Gorbachev's visit, the two countries called for an end to the East – West arms race. „War must no longer be an political instrument. Security policy and armed forces planning must exclusively serve the purpose of reducing and eliminating the danger of war and of safeguarding peace with fewer weapons“, the statement said. It echoed previous statement governments of both governments in calling for 50

(1.) „Washington Post“, 13. Juni 1989; A 22;

(2.) „Washington Post“, 14. Juni 1989; A 20;

percent reductions in U.S. and Soviet long range nuclear weapons, for a ban on chemical weapons, and for „the establishment of a stable and secure balance of conventional forces at a lower level“. But it made no preference to short – range nuclear weapons, principally because Bonn feared it would eliminate its NATO allies if it joined the Soviets in endorsing a position on the subject different from that of NATO as a whole“ (1.). Trotzdem gaben sich beide Regierungen euphorisch, da beide Nationen künftig in jedem Fall enger zusammenarbeiten wollen würden und auf ein Ende der Ost – West – Konfrontation hinarbeiten würden. Trotz der Zurückhaltung von Robert J. McCartney in seiner Berichterstattung, geht er auf das in der gemeinsamen Erklärung erwähnte und von beiden Seiten in gegenseitigem Einvernehmen akzeptierte Selbstbestimmungsrecht der Völker ein, was für beide Seiten eine Sensation war.

Auch Serge Schmemmann befasste sich in der „New York Times“ vom 14. Juni 1989 unter der Überschrift ‚Bonn declaration: Heal the wounds‘ mit der gemeinsamen Erklärung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion: „Though the declaration was largely conceptual and stayed safely within the political bounds of existing East – West relations, the concluding phrase declared that „it is in line with the deep, long – cherished yearning of the peoples to heal the wounds of the past through understanding and reconciliation and to build jointly better future“ (2.) Serge Schmemmann hob vor allem das aussöhnende Element zwischen den Deutschen und den Bürgern der Sowjetunion in der gemeinsamen Erklärung hervor.

Zur Begeisterung der Westdeutschen für Michail Gorbatschow stand in der „Washington Post“ am 15. Juni 1989 der Bericht unter der Überschrift ‚Gorbomania is more than a passing ecstasy‘ von David Remnick. Er berichtete hier: „Mikhail Gorbachev, Superstar“ used the cobbled squares of Bonn as his stage this week as people screamed, hoisted banners and thrust their confused children forward for a kiss. Here and there, a tear was shed. To look at the people and the breathless headlines that followed, one would have thought that U 2 or Madonna were performing, and not the balding, middle – aged leader of the Soviet Union. Although it does at times have the antic feel of „Beatlemania“. „Gorbomania“ is more a measure of real hope than of passing ecstasy. The Gorbachev phenomenon is a potent blend of policy and personality, an ability both to embody for various peoples their deepest aspirations, and, simply to connect“(3.). David Remnick versuchte die offen gezeigte Begeisterung

(1.) „Washington Post“; 14. Juni 1989; A 20;

(2.) „New York Times“; 14. Juni 1989; A 12;

(3.) „Washington Post“; 15. Juni 1989; A 29;

vieler Westdeutscher für Michail Gorbatschow mit seinen Vergleichen mit der Begeisterung, mit auch schon seinerzeit populären Größen aus der Popmusik zu untermauern.

In dem Artikel ‚Wall not eternal, Gorbachev says‘ beschäftigte sich David Remnick in der „Washington Post“ vom 16. Juni 1989 mit Äußerungen von Michail Gorbatschow zur Berliner Mauer auf einer Pressekonferenz bei seinem Westdeutschlandbesuch und setzte diese in den zeitgeschichtlichen Kontext. Unter anderem schrieb der Journalist: „Soviet President Mikhail Gorbachev suggested today that the Berlin Wall, the most powerful symbol of the division between East and West, might someday be torn down, saying, „Nothing is eternal in this world“. Gorbachev said that the wall, whose destruction has been urged in dramatic fashion by Presidents Bush and Reagan during visits to West Germany, „could disappear once the conditions that created the need for it disappear“ (1.). Im weiteren Verlauf des Artikels fügte der Journalist diesen Aussagen hinzu: „West German government spokesman Hans Klein promptly praised Gorbachev’s comment on the Berlin Wall as „immensely positive“. Bush in a speech in Mainz, West Germany, two weeks ago, called the wall „a monument to the failure of communism“ and said forcefully „that it must come down“. Reagan, in 1987 visit to West Germany made a similar demand. Nearly 200 people have died trying to flee across the wall, which rings West Berlin, or the heavily fortified border between the two Germanys. East Germany has defended the existence of the 101 – mile – long wall on grounds that it was built to prevent an outflow of skilled workers and professionals needed by the East German economy“ (1.).

Harry Anderson schrieb über den Gorbatschowbesuch in der Bundesrepublik Deutschland am 26. Juni 1989 den Artikel ‚Gorbimania in Germany‘ in der „Newsweek“: „Gorbi! Gorbi!“ chanted the crowd as the Soviet leader accepted a small child’s gift of flowers. Last week West Germans gave Mikhail Gorbachev the most enthusiastic welcome a foreign leader has received since John F. Kennedy’s mission to West Berlin in 1963. But where Kennedy offered cold – war confrontation, Gorbachev told the West Germans what they wanted to hear: „The new realities cannot be ignored by anyone,“ the Kremlin chief told a press conference in Bonn. „We are destined to live in a period of peace in world relations.“ ... Even before the Gorbachev visit one poll indicated that the Soviet leader was trusted by 90 % of the West German public, compared with only with 58 % for President Bush. So powerful was the „Gorbimania“

(1.) „Washington Post“; 16. Juni 1989; A 29;

that Kohl was to stress his country's continuing commitment to the West" (1.). Der „Newsweek“ Autor brachten in seinem Artikel aufgrund der Gorbatschow freundlichen Stimmung und einem möglichen Abwahlszenario für die Regierung Kohl Zweifel an der Bündnistreue Westdeutschlands zum Ausdruck. Zu der Rolle der deutschen Frage beim Gorbatschowbesuch schrieb Anderson: „But he may have missed an opportunity by his silence on the two – Germany's question. He ignored Kohl's remark that the continuing division of Germany is like an open sore for us.“ And in response to a reporter's question about the Berlin Wall, he said only that East Germany built the wall as a „sovereign right,“ and that it can disappear when those conditions that created it fall away“ (1.).

Fazit

In den Zeitungsberichten kam eine große Begeisterung für Michail Gorbatschow, dem Generalsekretär der KPdSU, zum Ausdruck. In dem „Newsweek“ Artikel ‚Gorbimania in Germany‘ vom 26. Juni 1989, wurde dies von dem Autor Harry Anderson in Verbindung mit einem möglichen Abwahlszenario für die Bundesregierung unter Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl als ein Anlass zur Sorge im Hinblick auf die Bündnistreue Westdeutschlands gewertet. Auffallend war die Berichterstattung von David Remnick in der „Washington Post“ vom 16. Juni 1989, in dem dieser unter der Überschrift ‚Wall not eternal, Gorbachev says‘ informierte, dass der Generalsekretär der KPdSU auf einer Pressekonferenz gesagt hatte, dass die Berliner Mauer nicht für immer existieren müsse. Ähnlich aufhorchen lies schon ein Bericht im „Independent“ vom 13. Mai 1989 mit dem Titel ‚One Germany wouldn't worry Moscow‘ von Edward Steen, in dem dieser Valentin Falin, den Leiter der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU, zitierte, dass ein vereinigtes Deutschland eines Tages für Moskau keinen Grund zur Sorge darstellen würde

1.4.2 Kommentare und Leserbriefe

Edward Mortimer kommentierte den Besuch von Michail Gorbatschow in der Bundesrepublik Deutschland am 13. Juni 1989 in der „Financial Times“ unter der Überschrift ‚Too close for NATO's comfort‘ so: „Mikhail Gorbachev has arrived in Bonn. So what? Nowadays heads of state spend most of their time flying back and forth, and

(1.) „Newsweek“; 26. Juni 1989; S. 26;

Mr Gorbachev has a penchant for foreign travel. He is not the only national leader to find his opposite numbers abroad more polite and more amenable, and foreign crowds more enthusiastic, than he can usually count on them being at home. He is probably more popular in every NATO capital than the local politicians. Why should he not go to West Germany and be popular there too? Of course there is no reason at all. But it is quite evident that his reception in West Germany causes anxiety, not perhaps in every NATO capital, but certainly in London, Paris and Washington“ (1.). Des Weiteren bekundete Edward Mortimer sein Verständnis für die Haltung der Westdeutschen, da nach den INF – Vereinbarungen zur Abrüstung bei atomaren Mittelstreckenraketen kein wirklicher Grund bestehe die Kurzstreckenraketen nachzurüsten und das aus der Geschichte nicht erwiesen sei, ob die Sowjetunion gegenwärtig noch eine Bedrohung für Westdeutschland sei. Edward Mortimer beurteilte den Besuch des Generalsekretärs der KPdSU, Michail Gorbatschow, in Westdeutschland vom 12. bis zum 15. Juni 1989 entspannt.

Der Leitkommentar unter der Überschrift ‚What rings in German streets‘ in der „New York Times“ vom 21. Juni 1989, sah in der euphorischen Begeisterung vieler westdeutscher Bürger für den Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, keinen Affront gegen die Vereinigten Staaten von Amerika und gegen deren 41. Präsidenten, George Bush, oder gar eine Tendenz hin zur Neutralität und Wiedervereinigung, sondern eine große Hoffnung auf andauernde Freiheit, Frieden und Ausgleich mit der Sowjetunion. So war in dem Kommentar zu lesen: „Gor – bi! Gor – bi! Gor – bi!“ the West German crowds chanted as though greeting the arrival of rock musicians. Why such enthusiasm for Mikhail Gorbatschow? Some alarmed Americans, aware of the polite but muted welcome George Bush received just two weeks earlier, grope for answers: Mr Gorbachev is a Pied Piper of German neutralism ... and neutralism is the first step down the path to what Germans really want the most – reunification. Too complicated; There’s a simpler sounder answer. Germans want assurance of a continued future in freedom. What Mr Gorbachev brought with him to Bonn was hope – for a future that is freer from fear of East – West military confrontation“ (2.).

Frederick Painton machte sich in der „Time“ am 26. Juni 1989 unter dem Titel ‚Gorbi! Gorbi! Gorbi!‘ diese Gedanken zu dessen Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland vom 12. Juni 1989 bis 15. Juni 1989: „Gorbi! Gorbi! Gorbi!“ The crowd of

(1.) „Financial Times“; 13. Juni 1989; S. 23;

(2.) „New York Times“; 21. Juni 1989; A 2 ;

5.000, crammed behind police barricades at Bonn's 18th century town hall, picked up the rhythmic chant as soon as the black ZIL limousine bearing Mikhail Gorbachev pulled into the cobblestone market square. Signs in three languages bobbed above the sea of people. One banner urged in Russian, please go further! Another, in German, exclaimed, glasnost opens up new ways: a Germany free of east and west. An English – language banner was somewhat less euphoric: Welcome, Gorb, make love, not walls. The significance of Gorbachev's four days visit to West Germany last week, was perhaps best evoked by someone in the welcoming crowd who waved a flag with the U.S. Stars and Stripes seen on one side and the Soviet hammer and sickle on the other, a makeshift banner that seemed to reflect West Germany's increasingly visible ambition to play an assertive and more independent role between the two superpowers“ (1.). Darüber hinaus beschrieb der „Time“ – Journalist die hohe Popularität von Michail Gorbatschow, die höher war als die von, im Gegensatz zu ihm demokratisch gewählten, US – Präsidenten George H. Bush unter den Westdeutschen. Dennoch betonte Painton, dass während des Besuchs keine Zweifel am NATO – Bündnis oder an der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft aufkamen. Zum Höhepunkt des Gorbatschow Besuchs in Bonn berichtete der „Time“ – Reporter folgendes: „In historic terms, the crowning achievement of the visit came on the second day, when Gorbachev and Kohl signed a document that the Soviets described as unprecedented, in term of its scope, in relations between Moscow and a Western ally. In the accord, the two countries pledged to respect human rights, expand economic cooperation, coordinate enviromental policies and weave a network of other ties through educational, athletic and cultural exchanges. „War can no longer be a tool of politics“, the document said. „The countries of Europe can and should be able to live together without mutual fear and in peaceful competition“. West German officials were euphoric that Gorbachev concurred with human – rights and self – determination declarations that Moscow had never accepted in the past. Said a top Kohl adviser: „Both sides agree to eliminate the division of Europe, to change the status quo. Never before have the Soviets agreed to such things. I think this may be the cornerstone of the common European home“ (1.). Frederick Painton ging in der „Time“ auf die historische Bedeutung der gemeinsamen Erklärung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion ein.

Zu diesem Artikel veröffentlichte die „Time“ am 17. Juli 1989 folgende Leserbriefe:

(1.) Time; 26. Juni 1989; S. 6 ff;

„We hope the approving West German chorus of „Gorbi! Gorbi! Gorbi!“ (June 26) will persuade the Bush Administration to try to understand why Gorbachev has won such a phenomenal global respect. He is urging that we confront the realities of our time with a new way of thinking“.

Douglas Mattern, Director World Citizen Diplomats, Palo Alto, California

„Perestroika and Glasnost, the possible reduction of nuclear and conventional weapons, the welcome Gorbachev receives wherever he goes and the easing of state controls in Eastern Europe are signs that should be seen as contributions to reducing cold war tensions. Why, then do I have this feeling of doubt? It was Lenin who said one must know how to retreat in order to attain eventual victory. Who can blame people for being cautious“?

R.T. John Parker, Wellington, New Zealand

„In Europe, we are aware of America’s concern about West Germany’s Gorbimania. But we have been thinking too long in terms of friend or foe. Without the threat of an East – West confrontation, Europeans would be able to breathe easier. We have a long way to go to achieve this goal, and we want the U.S. on our side. Turning to one does not mean turning away from the other“.

Annette Schmidt, Bretzenheim, West Germany

„The West Germans greeted the Soviet Leader with such overwhelming enthusiasm because of their deep longing for peace. Since World War II, we have feared a new war. Let us support Gorbachev with his promises to destroy weapons and respect human rights“.

Peter Henke, Siegen, West Germany

„We may be witnessing the last convulsions of Communism, but we also face exhaustion of our planet by capitalism’s commercial exploitation. Are both systems nearing the end of their natural life cycles? Are we in the throes of begetting a new economic order in which the present political divisions will no longer be relevant? Judging from his overtures to Europe, Gorbachev seems to think so“.

Alex Philipse, The Hague (1.)

Die Leserbriefे gaben insgesamt ein weltweites Wohlwollen gegenüber der Politik des Generalsekretärs der KPdSU, Michail Gorbatschow, wieder.

(1.) „Time“, 17. Juli 1989, Letters;

Fazit

Auch die Kommentare und Leserbriefe beurteilten den Besuch des Generalsekretärs der KPdSU in der Bundesrepublik Deutschland überwiegend positiv. Lediglich aus dem Leserbrief von R.T. John Parker in der „Time“ vom 17. Juli 1989 waren Zweifel an der Redlichkeit des Handelns von Gorbatschow herauszulesen. Vor allem aber hob Frederic Painton in seinem Kommentar ‚Gorbi! Gorbi! Gorbi!‘ in der „Time“ vom 26. Juni 1989 die gemeinsame Erklärung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion als das herausragende Ereignis hervor. Auch verwies er auf die Freude der westdeutschen Regierung darüber, dass Michail Gorbatschow, darin sowohl die Menschenrechte als auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannte, was ansonsten von Seiten der Sowjetunion in dieser Eindeutigkeit noch nie geschehen war. Der Besuch des Generalsekretärs der KPdSU in Westdeutschland vom 12. bis 15. Juni 1989 wurde in den angelsächsischen Printmedien überwiegend positiv bewertet. Viel wurde über den begeisterten Empfang des sowjetischen Generalsekretärs berichtet. Allerdings kamen die herausragenden Ergebnisse dieses Besuchs, wie die Äußerung Gorbatschows, dass die Berliner Mauer nicht ewig bestehen müsse, und die gegenseitige Anerkennung von Menschenrechten und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht, obwohl die Sowjetunion noch kurze Zeit vorher dies in dieser Form nicht anerkannt hätte, der Bedeutung entsprechend in allen Medien herüber. Auffallend ist auch, dass sich der Historiker Andreas Rödder in seiner Monographie „Geschichte der deutschen Wiedervereinigung“ überhaupt nicht zu dem Besuch des sowjetischen Spitzenpolitikers in Westdeutschland vom 12. bis zum 15. Juni 1989 äußerte, sondern ganz lapidar zu der Entwicklung der sowjetischen Politik im Sommer 1989 schrieb: „Nun verkündete Gorbatschow Wahlfreiheit und Gewaltverzicht, und Anfang Juli 1989 beschlossen die Regierungschefs der Warschauer – Pakt – Staaten ganz formell, dass jedes Volk selbst das Schicksal seines Landes bestimmt und das Recht hat, selbst das gesellschaftspolitische und ökonomische System, die staatliche Ordnung, die es für sich als geeignet betrachtet, zu bestimmen. Von Selbstbestimmung war auch früher schon die Rede gewesen, aber wie sie sich mit dem leninschen Geist vertragen sollte, von dem Gorbatschow ebenfalls sprach, war ebenso wenig klar wie die Antwort auf die Frage, ob sie nun für die kommunistischen Parteien oder für die gesamte Bevölkerung gelten sollte. Angesichts der beinahe zwei Generationen währenden Erfahrungen mit der sowjetischen Herrschaft blieb bis weit in den Herbst des Jahres 1989 hinein ein großer Rest an Unsicherheit, wie der Kreml

wirklich reagieren würde, wenn die Machtfrage gestellt wurde“ (1.). Durch die Negierung des Westdeutschlandbesuchs von Michail Gorbatschow und des begeisterten Empfangs, den ihm Teile der Bevölkerung bereitetten ist Andreas Rödder auch nicht aufgefallen, dass die damalige Bundesregierung unter Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, die Anerkennung sowohl der Menschenrechte wie des Selbstbestimmungsrechts der Völker durch den sowjetischen Generalsekretär, in der gemeinsamen Erklärung zu diesem Besuch, schon als entscheidenden Durchbruch in der Deutschlandfrage werteten, was beispielsweise mit Frederick Painton, einem für die „Time“ arbeitenden Journalisten auffiel.

(1.) Rödder, Andreas; 2011; S.10;

2. Zusammenbruch der DDR

2.1 Flucht aus der DDR

2.1.1 Fluchtberichterstattung

Der „Independent“ veröffentlichte am 1. August 1989 einen Zeitungsartikel ‚Hungary holds back fleeing East Germans‘ von Patricia Clough, der sich mit der Festnahme von Menschen aus der DDR beschäftigte, die versuchten über die ungarisch – österreichische Grenze zu fliehen. Die Journalistin schrieb darin: „Probably with reluctance, reformist Hungary is helping neo – Stalinist East Germany to prevent an exodus of its people across Hungary’s newly opened border with the West. This has come as a shock to hundreds of East Germans, who thought the removal of the barbed wire along about half of the 214 – mile border between Hungary and Austria had opened an easy exit to West Germany. They have been detained by Hungarian border patrols, reported to the East German embassy in Budapest and sent back home with incriminating stamps in their passports. There many have been arrested and charged with „fleeing the republic“, a crime punishable by up to five years in jail“ (1.).

Die „Washington Post“ berichtete in ihrem Artikel vom 5. August 1989 ‚The new route to freedom‘ von Robert J. McCartney, über die Fluchtbewegungen von Menschen aus der DDR über Ungarn nach Westeuropa und dort besonders nach Westdeutschland: „Each weekday morning they struggle into the West German consulate here. Black – eyed from lack of sleep, many with scratches or torn clothing after a night hiding in woods or fields, East Germans arrive after slipping surreptitiously from Hungary into Austria. They take advantage of a relatively lightly protected border, which three months ago became the only spot along the Iron Curtain where barbered wire no longer blocks the way to the West. „We heard the Hungarians had taken down the barriers. That’s why we came“, said Guido Hofmann, 24, a waiter from Magdeburg, East Germany, who crossed the frontier before dawn on August 2“ (2.). Die massiven Fluchtbewegungen über die ungarisch – österreichische Grenze resultierten, laut dem Artikel, aufgrund des Abbaus der Sperranlagen an dieser Grenze seit dem 2. Mai 1989. Zusätzlich erwähnte Robert J. McCartney noch, dass vermehrt DDR – Flüchtlinge Zuflucht in den Vertretungen der BRD in Ost – Berlin und Prag suchten.

(1.) „Independent“; 1. August 1989; S. 8;

(2.) „Washington Post“; 5. August 1989; A 9 und A 10;

Über die Weiterentwicklung der Flüchtlingskrise berichtete Patricia Clough in ihrem Artikel ‚Bonn tries to control flight to the West‘ am 14. August 1989 im „Independent“: „About 50 young East Germans shouting „we want to get out“ demonstrated at the Brandenburg Gate at the Berlin Wall yesterday as the tide of people trying to flee or emigrate to the West continued to rise unabated. Several were carried off by police. West Germany announced that its embassy in Budapest, where over 180 East Germans have taken refuge in the hopes of getting out to the West, will be closed to the public from today because it has become hopelessly overcrowded. Bonn’s mission in East Berlin was closed for the same reason early last week after 131 people fled there“ (1.). Der Zeitungsbericht von Patricia Clough zeugte davon, dass der Höhepunkt der DDR – Flüchtlingskrise noch lange nicht überschritten war.

Außerdem ging die „Washington Post“ am 20. August 1989 auf die Massenflucht im Rahmen des paneuropäischen Picknicks, einer Veranstaltung der Paneuropa – Union und der ungarischen Oppositionsgruppierung Demokratisches Forum ein, bei der für drei Stunden ein Grenztor zur Republik Österreich geöffnet wurde, in dem Artikel ‚Hundreds of East Germans flee to Austria at picnic‘, ein. Bei dieser Gelegenheit flohen mehrere hundert DDR – Flüchtlinge nach Österreich. Unter anderem war zu lesen, dass als das Grenztor geöffnet wurde, sich die ungarischen Grenzpolizisten bereithielten, die Papiere zu stempeln. Laut Presseagentur seien 500 Menschen durch das normalerweise geschlossene Tor geflüchtet (2.). Die Massenflucht bei Sopron vom 19. August 1989 stellte den ersten dramatischen Höhepunkt der DDR - Flüchtlingskrise dar.

Über die Massenflucht von Menschen aus der DDR, während des Picknicks der Paneuropa Union, schrieb Patricia Clough in der Tageszeitung „Independent“ den Bericht ‚Picnic break for East Germans‘. Darin war zu lesen: „Some 900 East German refugees, overjoyed and exhausted, were streaming into West German reception camps yesterday after the biggest, most spectacular and most astonishing mass escape. The Hungarian, Austrian and West German authorities all cooperated in the escape which took place on Saturday afternoon under the cover of a „Pan – European Picnic“ at a spot near Sopron where the barbed – wire fence – the „Iron Curtain“ on Hungary’s border with Austria – had been dismantled. An Austrian Pan – European Movement and the Hungarian Democratic Forum for the Dismantling of the Borders under the patronage of MEP Otto von Habsburg, and Imre Poszgay, the leading Hungarian reformist minister,

(1.) „Independent“; 14. August 1989; S. 6;

(2.) „Washington Post“; 20. August 1989; A 19;

had put up posters and scattered leaflets inviting inhabitants and visitors on both sides of the border to the picnic“ (1.). Auch Patricia Clough geht in ihren Zeitungsartikel im „Independent“ vom 21. August 1989 auf die dramatische Massenflucht von Menschen aus der DDR bei Sopron am 19. August 1989 ein.

In der Ausgabe vom 26./27. August 1989 berichtete die „New Yorker Staatszeitung und Herold“ ebenfalls über die dramatische Massenflucht beim Grenzpicknick der Paneuropaunion in Sopron am 19. August 1989. Unter der Überschrift ‚Bonn war bereits unterrichtet‘, hieß es: „Bei der grössten Massenflucht seit dem Mauerbau haben sich am Wochenende mehrere hundert DDR – Bürger aus dem Urlaub in Ungarn über die grüne Grenze nach Österreich abgesetzt. Die Regierungen in Bonn, Budapest und Wien waren schon vorher darüber informiert, dass viele DDR – Bürger ein österreichisch – ungarisches Treffen in Sopron dicht an der Grenze dazu benützen würden, einen großen Fluchtversuch zu riskieren. Flugblätter über das Treffen an der Grenze hatten die DDR – Bürger auf die Fluchtgelegenheit aufmerksam gemacht“ (2.). Auf das „Paneuropa – Picknick der Paneuropa – Union am 19. August 1989 bei Sopron“ ging Andreas Rödder ein, in dem er in seinem Buch „Geschichte der Deutschen Wiedervereinigung“ schrieb, dass „661 Menschen bei dieser Gelegenheit am 19. August 1989 nach Österreich flohen, was das erste jener dramatischen Ereignisse gewesen sei, die schließlich im Herbst 1989 kulminierten“ (3.)

Am 25. August 1989 empfingen Bundeskanzler Dr. Kohl und Bundesaußenminister Genscher den ungarischen Ministerpräsidenten Nemeth und den ungarischen Außenminister Horn zu einem Geheimgespräch auf Schloss Gymnich, um mit Ihnen über die Flüchtlingskrise zu reden. Robert J. McCartney informierte darüber die Leser der „Washington Post“ am 26. August 1989 unter der Überschrift ‚Bonn, Budapest discuss East German escapes‘: „The trip was made public only after the discussion were completed and the Hungarian leaders had returned to Budapest, and the Bonn government maintained tight secrecy over the content of the talks. But a West German official hinted that Budapest would be taking some new actions in the next few days regarding the thousands of East Germans now in Hungary who are believed to be contemplating an escape to West Germany by crossing the Hungarian border into Austria. Hundreds of East Germans have been slipping across the border each week, taking advantage of Hungary’s removal of barbed wire and alarm systems along several

(1.) „Independent“; 21. August 1989; S.6;

(2.) „New Yorker Staatszeitung und Herold“; 26./27. August 1989; A 1;

(3.) Siehe auch: Rödder, Andreas; 2011; S. 2;

stretches of the frontier. Once in Austria, the East Germans make their way to the West German consulate in Vienna, where they are given train fare to one of several refugee centers in West Germany“ (1.).

Das Treffen der ungarischen Regierungsführung mit der Spitze der Bundesregierung am 25. August 1989 fand in dem Buch „Geschichte der Deutschen Wiedervereinigung“ von Andreas Rödder in dieser Weise Erwähnung, „dass am 25. August der damalige ungarische Ministerpräsident Miklos Nemeth und der damalige ungarische Außenminister Gyula Horn zu einer streng geheimen Zusammenkunft auf Schloss Gymnich bei Bonn eintrafen, wobei Miklos Nemeth, so das von Genscher diktierte Protokoll, die schweren ökonomischen Probleme in Ungarn auf den Tisch legte und Unterstützung aus dem Westen erbat, um den ungarischen Reformkurs fortsetzen zu können. Des Weiteren zeigte er die Bereitschaft, im Hinblick auf den Fluchtwillen der Menschen aus der DDR nach Westdeutschland zu helfen“ (2.).

Am 28. August 1989 erschien in der „Newsweek“ unter der Überschrift ‚Holes in the Iron Curtain‘ ein Artikel von Harry Anderson über die sich verstärkende Fluchtbereitschaft vieler DDR – Touristen über Ungarn in die Bundesrepublik Deutschland: „This summer the word is out around Eastern Europe: Hungary has ripped open a stretch of the Iron Curtain, so come on down. ... By car, bus, train, bicycle and even by thumb, one of the biggest migrations in recent history has gotten underway this summer. Once an unbroken chain of barbed wire, electronic sensing devices and armed guards, the Iron Curtain is in tatters today. Hundreds of East Germans and Romanians each day through Hungary, which began dismantling the physical barrier to Austria last May.“ (3.). Harry Anderson beschrieb weiter die Unschlüssigkeit der ungarischen Behörden gegenüber den DDR – Flüchtlingen. Zwar wurden keine Menschen mehr in die DDR zurückgebracht. Auch wurde, seinen Angaben zur Folge verzichtet, DDR – Flüchtlinge, die an der ungarisch – österreichischen Grenze aufgegriffen wurden, als sie in die BRD fliehen wollten, ein Vermerk in die Pässe zu stempeln, aber die Ausreise wurde den Menschen laut dem „Newsweek“ – Reporter nicht gewährt.

Auch Serge Schmemmann teilte in seinem Zeitungsbericht ‚East German rulers‘ fate: Clinging to the faith‘ vom 29. August 1989 den Lesern der „New York Times“ mit, dass das Ost – Berliner Regime, trotz der anhaltenden Massenflucht von Menschen aus der

(1.) „Washington Post“; 26. August 1989; A 16;

(2.) Vergleiche auch die Darstellung von Rödder, Andreas; 2011; S. 24;

(3.) „Newsweek“; 28. August 1989; S.16;

DDR, nicht zu Reformen bereit sei. So schrieb der Journalist: „Even the dramatic flight by thousands of East Germans to West Germany, many citing frustration at the stagnation of their country, seems not to have shaken Erich Honecker, the East German leader, and his Politbüro comrades from the conviction that their state has no reason – and no way – to alter its ideology or system“ (1.).

In der „Financial Times“ vom 31. August 1989 stellte Leslie Colitt, die politische Situation, um die DDR – Staats – und Parteiführung in seinem Artikel ‚Stalinist bulwark fends off tide of reform‘, so dar: „Despite the record number of East Germans escaping through Hungary to the West, the hardline East German leadership yesterday dug in its heels and rejected any suggestion of political reform. Mr. Kurt Tiedge, head of the Communist Party’s political academy, said nothing absolutely nothing argued in favour of a change in policy. East Germany is a firm bulwark of socialism and had no need for either a social market economy or any othe change, he said in the Party newspaper Neues Deutschland. Earlier this week, East Germany’s 77 – year – old leader, Mr. Erich Honecker thanked the population on page one of „Neues Deutschland“ for the congratulations he had received on his recent birthday and the get – well wishes after his gall bladder operation. He said they had strengthened his conviction that the policies of the late party congress would continue to be sucessfully realised. But as East Germany prepares to celebrate its 40th anniversary on October 7, popular discontent is greater than at any time since the German Democratic Republic was founded in 1949“ (2). In dem von Leslie Colitt verfassten Artikel wurde auch auf die Schwäche der DDR – Opposition hingewiesen, die überwiegend aus Intellektuellen bestand und in weiten Teilen der Bevölkerung nicht verankert war. Über den Sinn einer reformierten DDR lies der „Financial Times“ - Journalist, Otto Reinhold, einen Berater des SED – Zentralkomitees philosophieren. Otto Reinhold kam dabei zu dem Ergebnis, dass eine kapitalistische DDR neben einer kapitalistischen BRD keinen Sinn ergebe und Reformen in der DDR im Ergebnis zu einer deutschen Wiedervereinigung führen würden.

Über den Fortgang der deutsch - deutschen Flüchtlingskrise berichtete Imre Karas in der „Washington Post“ vom 1. September 1989 unter der Überschrift ‚Hungary to help East Germans flee‘: „Hungary moved today to clear a legal path for tens of thousands East Germans now in that country to flee the East Bloc for the West, a move seen likely to strain Warsaw Pact relations. ... Hungarian Foreign Minister flow to East Berlin to

(1.) „New York Times“; 29. August 1989; A 8;

(2.) „Financial Times“; 31. August 1989; S. 2;

renounce a bilateral treaty between his country and East Germany that has blocked Budapest from recognizing West German travel documents acquired by would – be East German emigrants. The previously unannounced trip underscored the urgency with which Hungary views the situation, which is expected to come to a climax this weekend as the customary summer holiday period ends with 150.000 to 200.000 East Germans vacationing in Hungary. Of these, about 10 percent reportedly intend to flee to the West, following up to 6000 who have already emigrated illegally across Hungary's recently unbarricaded borders. In a related move that would eventually provide a basis for citizens of any East bloc country to emigrate legally to the West once they reached Hungary, the government today issued draft decrees ratifying the Geneva Convention for Refugees. This action, however, cannot take effect until approved by the Presidential council, which is scheduled to meet September 29, government spokesman Zsolt Bajok said" (1.). Aus diesem Zeitungsartikel wurde mehr als deutlich, in welche schwierige diplomatische Situation die ungarische Regierung durch die DDR - Flüchtlingskrise gekommen war.

Auch wurde ab September in den angelsächsischen Medien einhergehend mit der Fluchtbewegung aus der DDR in die Bundesrepublik wieder eine Debatte über eine mögliche Wiedervereinigung geführt. So informierte David Goodhart in seinem Beitrag ‚Unification of Germany on Agenda‘ ausgehend von einem vorangegangenen Beitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 1. September 1989 dies für die „Financial Times“: „The West German Government now believes German reunification has become a current issue of world politics – and one senior member of Government has proposed an international conference on reunification according to a report in the conservative daily newspaper, The Frankfurter Allgemeine Zeitung. The report, which was confirmed by one leading political figure, added that Chancellor Helmut Kohl had corrected his previous view that reunification was not on the immediate international political agenda. However, the Chancellor has rejected the idea of an international conference on reunification as counter – productive. He believes that the Western allies are not yet ready for such a step. The debate over the new importance of the reunification theme came during an official discussion between the three center – right coalition parties last Tuesday evening. After the meeting, the government spokesman gave details only of the discussion about the refugee flow from East Germany“ (2.). Offensichtlich führten die DDR – Flüchtlingsströme in der Bundesrepublik Deutschland wieder zu einem verstärkten Bewusstsein für die offene deutsche Frage.

(1.) „Washington Post“; 1. September 1989; A 1 und A 23;

(2.) „Financial Times“; 1. September 1989; S. 2;

Über die Absicht vieler sich in Ungarn aufhaltender Menschen aus der DDR nach Westdeutschland zu fliehen, informierte die ‚Pacific Sunday News‘, in einem Zeitungsartikel von Alex Brady unter der Überschrift ‚Thousands of Germans poised to flee‘, ihre Leser im Wesentlichen wie folgt: „Thousands of East Germans hoping to seize a chance to flee to freedom, waited nervously in Hungary on Friday for promised transit to West Germany. Dozens flew illegally from neighboring Czechoslovakia to join the caravan west. Hungary’s Red Cross, accommodating an estimated 3.000 in Budapest, opened a new „tent city“ for 3.000 more at Zanka near Lake Balaton, a popular spot for many of the estimated 200.000 East Germans vacationing in Hungary“ (1.).

Am 5. September 1989 berichtete die ‚Washington Post‘ über neue Hindernisse für die DDR – Flüchtlinge in Ungarn. Unter anderem war in dem Artikel von Blaine Harden unter der Überschrift ‚Refugees face new obstacle‘ zu lesen, dass eine Lösung der Flüchtlingsfrage noch mehrere Wochen in Anspruch nehmen würde, und dass der ungarische Innenminister Istvan Horvarth mitgeteilt habe, dass es keine Massenausreise der Flüchtlinge aus der DDR gäbe, solange sich Ost- und Westdeutschland nicht darüber geeinigt hätten (2.). An diesem Artikel zeigte sich, dass allein für die Lösung des Ungarn betreffenden Teils der DDR – Flüchtlingskrise enorme Hindernisse überwunden werden mussten.

Serge Schmemmann informierte die Leser der ‚New York Times‘ am 6. September 1989 über Versuche der DDR – Führung DDR – Flüchtlinge in Ungarn zur Rückkehr zu bewegen, wobei ihnen wieder ihr altes Beschäftigungsverhältnis und Straffreiheit zugesichert wurden. Unter der Überschrift ‚East Germany tries to persuade its refugees in Hungary to return‘ veröffentlichte der Journalist: „East German officials began trying to persuade East Germans here seeking to reach the West to return home. But the efforts were met with disdain and anger from refugees already made edgy by indications that their release to the West could still be days or weeks away“ (3.). Aus dem Zeitungsartikel ging auch hervor, dass die Bemühungen der DDR – Führung, die DDR – Flüchtlinge zur Rückkehr zu bewegen, in Ungarn auf keine nennenswerte Resonanz stießen.

(1.) ‚Pacific Sunday News‘; 3. September 1989;

(2.) ‚Washington Post‘; 5. September 1989; A 14;

(3.) ‚New York Times‘; 6. September 1989; A 12;

Imre Karas ging am 11. September 1989 in der „Washington Post“ mit dem Artikel ‚Hungary allows thousands of East Germans to flee to West‘, auf die von der ungarischen Regierung am 10. September 1989 gegebene Erlaubnis für die DDR – Flüchtlinge über die österreichische Grenze auszureisen, ein: „Hungary in a move reflecting the upheaval that Soviet President Mikhail Gorbachev openness are causing in the Warsaw Pact, opened its border with Austria today to allow thousands of East Germans to flee to West Germany rather than to return to their Communist – ruled homeland. East Germany promptly accused its East bloc ally of acting illegally and, in a scathing statement carried by its state – run ADN news agency, charged that Hungary „has engaged in the organized smuggling of human beings“. ... Hungarian Foreign Minister Gyula Horn said in an interview on state television that there a now „about 60.000“ East Germans in Hungary – many of them vacationing – „and more and more are coming, and among them there is a growing number of those who do not want to return home but want to settle primarily in West Germany“. (1.). Damit beendete die ungarische Regierung in einem humanitären Akt auf der Basis des internationalen Rechts, aber unter Mißachtung gegebener Bündnisversprechen gegenüber der DDR, als einem Partnerstaat des Warschauer Pakts, ein sich über Wochen hinziehendes Flüchtlingsdrama auf ihrem Territorium.

Aufgrund der Fluchtbewegungen vieler DDR – Bürger stellte die „Time“ in einem Artikel von Frederick Pajnton vom 11. September 1989 die Frage ‚One Germany?‘. Der Journalist schrieb dazu im Wesentlichen: „But the issue of relations between the two Germanies, and their separateness, was a matter of increasingly urgent discussion. Declared Kohl: „The German question is still on the international political agenda“. ... Today, uncomfortably caught between anxiety and hope, German on both sides contemplate the implications of an astonishing transformation in East – West relations. No longer can the two Germanies remain immune to the churn around them: the expectation of more comprehensive disarmament agreements between Washington and Moscow, the ferment of liberalization in the Soviet bloc, the apparent metamorphosis of the Soviet Union into a less threatening power.“ (2.).

(1.) „Washington Post“; 11. September 1989; A 1 und A 18;

(2.) „Time“; 11. September 1989; S. 10 ff;

Letztlich machte der Autor des „Time“ – Artikels ‚One Germany?‘ noch darauf aufmerksam, dass es in den deutschen Nachbarstaaten, besonders aber in Grossbritannien, noch viele Ressentiments gegen eine deutsche Wiedervereinigung gäbe und das für den sowjetischen Generalsekretär diese auch nicht auf der Tagesordnung stünde.

Im Hinblick auf die Reaktionen der DDR – Flüchtlinge, nachdem die ungarische Regierung ihnen die Ausreise über Österreich nach Westdeutschland gewährt hatte, berichtete Imre Karacs im „Independent“ mit der Überschrift ‚No one looks back as East Germans cross to new life in West‘ am 12. September 1989: „Two hours after Sunday night’s announcement that all East Germans would be allowed to leave Hungary for the West, the refugee camp at Zugliget, on the outskirts of Budapest, was all but deserted. The tents, even private possessions of the tourists, were there, but their owners had gone. They did not waste any time picking them up. „You would do the same in their shoes“, a Red Cross worker said. „They want to get out to the West as soon as possible, before the people here change their minds“ (1.). Aus diesem Zeitungsbericht ist ersichtlich, dass die DDR –Flüchtlinge nach ihrer Ausreiseerlaubnis so schnell wie möglich Ungarn in Richtung Westdeutschland verließen, da auch die Angst bestand, dass Ungarn die Grenzen wieder schließen würde.

Zu der Kritik der DDR – Führung an der Bundesregierung wegen ihrer Flüchtlingspolitik berichtete John Tagliabue in der „New York Times“ vom 12. September 1989, unter der Überschrift ‚East Berlin faults Bonn for Exodus‘: „East Germany declared that its citizens had been led westward by silver pieces paid by West Germany as of a grand crusade against communism. The charges, made on East German television news, appeared to be part of a propaganda offensive against the flight of the East Germans to West Germany through Hungary“ (2.).

Über die Motive der ungarischen Regierung die Flüchtlinge aus der DDR am 11. September 1989 ausreisen zu lassen schrieb Judy Dempsey in der „Financial Times“ am 13. September 1989 in ihrem Bericht ‚Hungary cautions East Germany against rash decisions‘: „The Hungarian government began to spell out the motives behind its foreign police decisions yesterday, as East Germans continued to cross the border in Austria. The East Germans authorities have already accused Hungary of interfering in their internal affairs after the government in Budapest decided to grant safe passage for thousands of East Germans wishing to leave for the West.

(1.) „Independent“; 12. September 1989; S. 8;

(2.) „New York Times“; 12. September 1989; A 14;

Hungary's unilateral decision was the theme of a lengthy article published in Magyar Hirlap, the Hungarian government newspaper, which, instead of using conciliatory language to assuage its East German allies, chose to spell out Hungary's foreign policy motives. First, the government had been guided by what the paper termed universal civil rights. Second, the country's own foreign policy had undergone a change from previous years or compared to that of two decades earlier. The goal of its foreign policy is to try to achieve the unity of state borders, instead of separate countries and people" (1.). Judy Dempsey von der „Financial Times“ sah am 13. September 1989 die Motivlage der ungarischen Regierung die DDR – Flüchtlinge nach Westeuropa ausreisen zu lassen, darin begründet, dass sich die Regierung von der Existenz universeller Menschenrechte leiten ließ und, dass sich die ungarische Außenpolitik einem grundlegenden Wandel im Vergleich zu vorangegangenen Jahrzehnten unterzogen hatte.

Über die deutschlandpolitische Debatte in Westdeutschland schrieb Edward Steen den Artikel ‚West Germans turn to talk of reunification‘ im „The Independent“ vom 14. September 1989, worin stand: „East Germany should be encouraged to improve human rights by conditional promises of economic help, the Prime Minister of Bavaria, Max Streibl, said yesterday. He also told television viewers: „If the German Democratic Republic takes decisive steps in this direction, we are ready to give considerable economic support“. ... Chancellor Helmut Kohl's government has not yet explicitly shifted its ground. On paper it remains committed to the same old policy of, paying for better living conditions and more traveling to the West for the 16,7 million other Germans with soft loans, and a semblance of respect for the regime in East Berlin“ (2.). Auf der Basis von Äußerungen des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten, Max Streibl, sah Edward Steen Anzeichen einer neuen deutschlandpolitischen Debatte in Westdeutschland, wenngleich er auch berichtete, dass die Bundesregierung an ihrem bisherigen deutschlandpolitischem Kurs festhielt.

Die „Church England Newspaper“ befasste sich am 15. September 1989 unter der Überschrift ‚GDR church calls for reforms‘, mit der Haltung der evangelischen Kirche in der DDR zu der Massenemigration von Menschen aus der DDR nach Westdeutschland.

(1.) „Financial Times“; 13. September 1989; S. 2;

(2.) „Independent“; 14. September 1989; S. 8;

Bezüglich der Reformforderungen der evangelischen Kirche war in dem Artikel zunächst zu lesen: „With the trickle of East German refugees moving through Hungary to Austria turning into a flood this week leader's of the country's Protestant Church have appealed to Erich Honecker to introduce reforms which will remove the need for mass emigration. In an Open Letter read out from thousands of pulpits throughout East Germany last weekend the leaders said that the refusal of the state to undertake reforms which are long overdue „is the major cause of the exit applications“ (1.). Gleichzeitig wurde in dem Artikel aber auch Kritik an den Flüchtlingen geäußert: „There were harsh words too for those seeking to leave. The leaders reiterated the Church's longstanding and often repeated conviction that the discontented citizens should stay and work for a better society. „Our society needs every individual with his talents and capabilities. It loses variety and become poorer if people emigrate. It said that the idea that everything is far better in the west is „an illusion“ (2.).

Henry Kamm schrieb am 15. September 1989 zu den Motiven der ungarischen Regierung die DDR – Flüchtlinge nach Österreich ausreisen zu lassen in der „New York Times“ den Zeitungsartikel ‚Hungary's motive: Earning Western good will‘: „Initially embarrassed at serving as an escape hatch for East German fleeing to West Germany, Hungary now appears to believe that having allowed more than 13.000 citizens of an ally to flee to a country in the opposing alliance will do it more good in the West than harm in the east. In an interview, Deputy Foreign Minister Ferenc Somogyi placed the exodus in the context of Hungary's attempt to convert its one – party state into a democracy, its stagnant and debt – ridden centralized economy into a market system and its membership in the Soviet bloc into neutrality. „We want to open up and diversify relations with Western Europe and the West in general“ (3.). Für Henry Kamm lag das Motiv für Ungarns Grenzöffnung für die DDR – Flüchtlinge in seiner Hinwendung zur westlichen Staatengemeinschaft begründet.

(1.) „Church of England Newspaper“; 15. September 1989; S.1;

(2.)„Church of England Newspaper“; 15. September 1989; S.1;

(3.)„New York Times“; 15. September 1989; A 10;

Auch Rod Nordland widmete für die „Newsweek“ am 18. September 1989 unter der Überschrift ‚Hungary’s East – West hot potato‘ einen weiteren Artikel zu der sich in Ungarn abspielenden deutsch – deutschen Flüchtlingskrise. Dort schrieb er über die Schwierigkeiten Ungarns in dieser Situation als Ostblockland mit westlichen Freiheiten unter anderem: „It’s like a hot potato in our hands“, Interior Minister Istvan Horvath said last week. „And both West Germany and East Germany want us to cool it down.“ Vacation time is over in East Germany, but ten of thousands of vacationers are still not returning from Hungary. Six thousand East Germans are in Hungary, 6500 others have already fled to safety Austria and many thousands of others are in campgrounds and private accommodations waiting to see what will happen. Late last week, Horvath said he „hopes and trusts“ that the East Germans will be allowed to leave, probably early this week. And he said Hungary would act on its own if there is no diplomatic agreement between the Germans. „If this doesn’t happen, there’s no question that Hungary will have to do something, and we will find a solution in a very short time“ (1.). Des Weiteren schrieb Nordland über die Entbehrungen der Flüchtlinge, ihr Leben in der DDR, das sie zurückließen und die Lücke, die sie in der Gesellschaft der DDR riessen. John M. Goshko schrieb in der „Washington Post“ den Artikel ‚East Germans charge Bonn with inducing exodus‘ am 20. September 1989. Darin berichtete er von Vorwürfen der DDR – Spitze, die Bundesrepublik Deutschland würde mit den DDR – Flüchtlingen Menschenhandel betreiben, während gleichzeitig der KPdSU – Politiker und spätere russische Präsident Boris Jelzin die DDR – Führung angriff und für eine deutsche Wiedervereinigung eintrat. Unter anderem war darin zu lesen: „After more than a week of uncertainty how to explain the mass flight of more than 16.000 of its citizens, East Germany accused West Germany of having plotted since last spring to entice glibble people into fleeing there through Hungary. Under the headline „Trafficking in human beings“, the Communist Party daily, „Neues Deutschland“, and several other newspapers published an identical, full – page article purporting to document how the Bonn government had „prepared in military style an scrupulously executed ... an attempt to discredit 40 years of socialist construction by East German citizens“. In addition, Neues Deutschland attacked radical Soviet politician Boris Yeltsin for his recent remarks in the United States sympathising with those who fled and supporting the idea of German reunification“ (2.).

(1.) „Newsweek“; 18. September 1989; S.11;

(2.) „Washington Post“; 20 September 1989; A 27 und A 31;

Weiter bemerkte John M. Goshko, dass die eigentlich von der ungarischen Regierung bitter enttäuschte Ost – Berliner Führung auf Druck des Kremls ihre Propagandakampagnen wieder mehr gegen die Bundesrepublik Deutschland richtete, um das offenkundige sich Auseinanderentwickeln des Warschauer Pakts zu kaschieren.

Zu der Erlaubnis der ungarischen Regierung die Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen zu lassen führte Andreas Rödder in seinem Buch „Geschichte der deutschen Wiedervereinigung“ aus, dass „Ungarn am 11. September 1989 seine Grenzen nach Österreich öffnete, und bis zum Ende 30.000 Menschen aus der DDR via Ungarn in die Bundesrepublik übersiedelten. Sie gehörten, laut Andreas Rödder, in hohem Maße zu den Unzufriedenen, nicht offen oppositionell agierenden Funktionseliten, die einmal mehr - wie schon nach 1949 bis zum Mauerbau das Gebiet der DDR verließen, wo ihr Fehlen die Versorgungsmängel weiter verschärfte. Zugleich projizierten, so der Autor, die westdeutschen Medien die Massenflucht aus der DDR in das Land zurück und übermittelten unentwegt das Glück der erfolgreich Geflohenen“ (1.).

John Eisenhammer verfasste am 20. September 1989 mit ‚Czechs try to stop East Germans‘ im „Independent“ einen Artikel über die sich weiter verschärfende DDR – Flüchtlingssituation, worin er ausführte: „Czechoslovak border guards have begun trying to staunch the flow of East Germans seeking an escape route to the West. Refugees arriving in West Germany say border patrols have increased and guards are confiscating identity papers and car keys from East Germans they suspect of trying to reach Hungary en route to the West. Many refugees still have managed to swim across the Danube to Hungary, where they can take coaches to the West“ (2.). Aus dem Zeitungsartikel gingen die Bemühungen der tschechisch – slowakischen Staatsführung hervor, ihren Genossen in Ost – Berlin zu Hilfe zu kommen und die Fluchtbewegung aus der DDR über die Tschechoslowakei und Ungarn nach Westeuropa einzudämmen. Über die absurdesten Propagandalügen des SED – Regimes während der Flüchtlingskrise schrieb Leslie Colitt in der „Financial Times“ vom 22. September 1989 unter der Überschrift ‚East Germany blames exodus on kidnappers‘ diesen Artikel: „East Germany yesterday blamed Western agents, slave traders and kidnappers for the recent exodus of its citizens from Hungary to the West. The anti – Western and anti – Hungarian campaign in the Party newspaper „Neues Deutschland“ was apparently

1.) Rödder, Andreas; 2011; S. 25/26;

2.) „Independent“; 20. September 1989; S.10;

designed to divert attention from growing demands for reforms by the opposition and the Protestant Church. In a front page interview in „Neues Deutschland“, an East German cook – and Party member – described how he was dropped by a kidnapper in Budapest and woke up on a bus bound for Vienna. Mr. Hartmut Ferworn, a cook on the East German railway, said he was approached in a Budapest cafe, given a doped cigarette – a favourite method of western – agents – and woke up on a bus to be told that he had reached freedom. He later managed to return to East Germany“ (1.). Dieser Zeitungsbericht war so bezeichnend für die Lebenslügen in die sich das SED – Regime immer mehr verstrickte, denn dieser Vorfall geschah niemals.

Andrew Nagorski ging in seinem Zeitungsartikel ‚Why Hungary opened the gates‘ in der „Newsweek“ vom 25. September 1989 auf die Gründe ein, warum die ungarische Führung den Menschen aus der DDR die Ausreise nach Westeuropa einräumte: „The leadership is intent on proving to its citizens and the West that it is committed to the emergence of a new Hungary: an avowedly Western – style democracy. The Communist Party is desperately trying to recast itself before impending free elections. Despite a badly splintered opposition, the Communists have been steadily losing ground, and they are no longer assured of winning a slim plurality“ (2.). Der zweite Grund für den „Newsweek“ – Korrespondenten war die ungarische Sicht der Sowjetunion: „Senior Hungarian officials are convinced that Mikhail Gorbatschow’s major preoccupations at home, the economy and restless nationalities, effectively rule out a Soviet crackdown in Eastern Europe for the foreseeable future. While the Kremlin reacted warily to the East German exodus, it did not interfere. Gorbachev has to hope that the Hungarian reform experiment will succeed, which would lend encouragement to his own efforts“ (2.). Als dritten Grund erwähnte Andrew Nagorski die ungarische Sicht der Nachbarstaaten: „Some Hungarians argue that the refugee issue is only the latest in a series of developments that alarm East Germany, Czechoslovakia and Romania – and that by itself it did not make much difference. „They were already convinced that Hungary is selling out going West“, says historian Geza Jeszensky of Karl Marx University. Hungarians openly hope that their example, along with Poland’s, will contribute to pressure on the hard – line regimes to reform, decreasing their isolation“ (2.). Zusammengefasst wollte Ungarn sich durch seine Politik gegenüber den DDR – Flüchtlingen dem Westen öffnen und hoffte, dass sein Reformmodell sich beispielhaft auf die Sowjetunion auswirken würde und dadurch die kommunistischen

(1.) „Financial Times“; 22. September 1989; S. 2;

(2.) „Newsweek“; 25. September 1989; S. 14;

Hardliner – Staaten, wie die DDR, die Tschechoslowakei und Rumänien, immer mehr in die Isolation gedrängt werden würden.

Die „Time“ beschäftigte sich in einem Titelartikel, ‚The Great Escape‘ von Daniel Benjamin vom 25. September 1989 weiter unter anderem auch mit den internationalen Aspekten der DDR - Flüchtlingskrise. Zunächst berichtete der „Time“ – Reporter über die Ausreise der DDR – Flüchtlinge über Österreich nach Westdeutschland, der die ungarische Regierung am 11. September 1989 zustimmte. Danach ging er auf die internationale Bedeutung dieser Entscheidung ein: „In a remarkable display of Warsaw Pact disunity, Hungary had acceded to the wishes of West Germany and thrown upon the door. The fugitive East Germans were free. In all, nearly 9000 East Germans arrived in that first great wave after Hungary opened the floodgates. Then the movement slowed, as most of the would be emigrants pent up in Hungary took their leave. Throughout the remainder of the week, however, some 5000 more availed themselves of the extraordinary opening of the Iron Curtain. Even if no more depart through the Hungarian connection, though, the migration has already been the largest collective movement of East Germans to the West since the Berlin wall was erected in 1961“ (1.). Im weiteren Verlauf des Artikels stellte der Autor die Verbitterung der Ost – Berliner Staats- und Parteiführung über die ungarische Entscheidung dar, die sehr heftig war. Zumal das DDR – Regime sich durch einen Warschauer Pakt Staat bloßgestellt sah. Danach ging Daniel Benjamin noch auf den Entscheidungsprozess und die Entscheidungsbegründung der ungarischen Regierung ein, wo er die ungarischen Verpflichtungen aus der KSZE – Schlußakte von 1975 hervorhob und der von Ungarn erst 1989 unterzeichneten UN – Flüchtlingskonvention betonte, die jeden Unterzeichnerstaat dazu verpflichtete Flüchtlinge in das Land ihrer Wahl durchreisen zu lassen, das bereit ist sie aufzunehmen, wie in diesem Fall die Bundesrepublik Deutschland bei den DDR – Flüchtlingen. Ausserdem informierte der „Time“ – Artikel seine Leser über die heftigen Reaktionen, die die ungarische Entscheidung hervor rief. Zum einen kritisierte die rumänische Nachrichtenagentur Agentur Agerpress, die Bundesregierung für ihre angebliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR. Vor allem aber warf die Amtliche Deutsche Nachrichtenagentur, das Sprachrohr des DDR – Regimes, laut der „Time“, der ungarischen Regierung Menschenhandel vor. Nach Angaben des amerikanischen Magazins wies dies der ungarische Aussenminister Gyula Horn zurück und hielt der DDR – Führung ihrer eigenen

(1.) „Time“; 25. September 1989; S. 14 ff;

Geschäfte mit der Bundesregierung im Rahmen von politischen Häftlingsfreikäufen vor. Blaine Harden veröffentlichte am 26. September 1989 in der „Washington Post“ einen Artikel unter der Überschrift ‚East German refugees pour into embassy‘, indem über die sich verschärfende Flüchtlingssituation in der Prager Botschaft der Bundesrepublik Deutschland berichtet wurde. So war in dem Zeitungsartikel zu lesen: „At the base of the embassy’s iron spike fence, they tossed over their bags and started to climb. Scores of German hands reached out to help, and within seconds they were hoisted over into friendly confines of a big backyard teeming with nearly 1000 fellow defectors. Safely inside to beds in heated tents and issued powder blue jogging suits, courtesy of the Bonn government. Supper, too, was shipped in from West Germany, as were the portable toilets“ (1.). Dieser Ausschnitt aus dem Zeitungsartikel von Blaine Harden am 26. September 1989 in der „Washington Post“ machte die immer dramatischer werdende Situation der DDR – Flüchtlinge in der bundesdeutschen Botschaft in Prag offensichtlich.

Am selben Tag erschien ein Artikel in der „Washington Post“ mit dem Titel ‚8000 join protest in Leipzig‘ über Bürgerproteste in Leipzig. Vor allem war darin zu lesen: „About 8000 people marched through this East German city today, calling for more democracy in their communist homeland and singing „We shall overcome“, witnesses reported. An Associated Press at the scene and human rights activists said security forces arrested scores of people after protesters blocked traffic in downtown Leipzig. The Leipzig demonstration began after a religious service in the St. Nicholas Church. The Monday evening services, known as „peace prayers“, have become a rallying point for dissidents and rights activists in recent months and frequently have been followed by demonstrations“ (2.). Dieser Artikel zeigte auf, dass immer mehr Menschen auch in der DDR bereit waren gegen das stalinistische Honecker – System aufzubegehren.

‚Embassy in Prague is besieged by East Germans‘ war am 26. September 1989 der Titel eines Artikels von Edward Lucas im „Independent“. Der Journalist beschäftigte sich mit der Überfüllung der bundesdeutschen Botschaft in Prag durch Menschen aus der DDR: „A secluded corner of a Prague park, normally the resort of mournful Bohemian lovers, offers a last remaining bolthole for East Germans wishing to reach the West. More than 900 East German would – be migrants have already climbed over the iron railings separating the park from the West German embassy garden, and

(1.) „Washington Post“; 26. September 1989; A 1;

(2.) „Washington Post“; 26. September 1989; A 24;

according to their „camp leader“, Egon Sündermann, dozens more arriving every day“ (1.). Auch dieser Ausschnitt aus einem „The Independent“ – Artikel vom 26. September 1989 belegte die Dramatik der DDR – Flüchtlingskrise in der bundesdeutschen Vertretung in Prag.

Einen weiteren Artikel von David Marsh vor allem über die massiver werdende humanitäre Krise der DDR, besonders im Hinblick auf die DDR - Flüchtlinge in der bundesdeutschen Botschaft in Prag, veröffentlichte die „Financial Times“ am 27. September 1989 unter der Überschrift, ‚East Germany makes offer to fugitives in Prague‘: „Hopes of a breakthrough over the more than 1.000 East German fugitives quartered in the West German embassy in Prague rose yesterday after they were guaranteed emigration by Mr. Wolfgang Vogel, the official East German emissary.“ (2.).

Über die innere Entwicklung im SED – Staat berichtete Patricia Clough, im „Independent“ vom 27. September 1989 in ihrem Zeitungsartikel ‚East Germany springs a surprise with its new soft line‘ folgendes: „East German reform campaigners were puzzling over a new soft line by the government after being allowed to hold the big demonstration there for many years, almost undisturbed by the police. A procession of between 5.000 and 8.000 people wound its way through the streets of Leipzig on Monday night, shouting „Freedom, not tutelage“, „Liberty, equality, fraternity“ and demanding human rights, freedom of opinion and an end to the ban on the new reform group New Forum. They sang „We shall overcome“ and the „Internationale“ (3.). Dieser Zeitungsartikel von Patricia Clough zeigte ebenfalls, wie sich immer mehr Menschen in der DDR versuchten gegen den staatlichen Unterdrückungsapparat zu wehren.

Über die Weiterentwicklung der Flüchtlingskrise in der bundesdeutschen Botschaft in Prag, schrieb Edward Lucas, in seinem Zeitungsbericht ‚Revolving door at besieged Prague embassy‘ im „Independent“ vom 27. September 1989: „More than 100 East Germans yesterday left the West German embassy in Prague, but even as they queued to board waiting buses outside the front door at the back of the embassy more would – be emigrants were climbing over the garden railings, keeping the numbers inside the embassy at more than 1100. The East Germans who left were taking up an offer made today by the East German lawyer, Mr Wolfgang Vogel, who acts as his

(1.) „Independent“; 26. September 1989; S.11;

(2.) „Financial Times“; 27. September 1989; S. 2;

(3.) „Interpendent“; 27. September 1989; S. 15;

government's emissary in such cases. In the presence of senior West German officials, who arrived today from Bonn and East Berlin, Mr Vogel offered those prepared to return to East Germany immunity from prosecution. And a guarantee of permission to emigrate within six months" (1.). Gerade hier Flüchtlingen kaum noch Eindruck machten. Im Hinblick auf die angespannte Situation der fluchtwilligen Menschen aus der DDR in der bundesrepublikanischen Botschaft in Prag berichtete Edward Lucas in seinem Zeitungsartikel ‚Bonn worried about embassy‘ im „Independent“ vom 30. September 1989: „West Germany yesterday appealed to Czechoslovakia for humanitarian help in relieving conditions in its overcrowded embassy in Prague, where the number of East German would – be emigrants is climbing towards 3.000. But initial Czechoslovak reaction ranged from the cautious to the unfavourable“ (2.). Aus dem Bericht von Edward Lucas war zu ersehen, wie massiv die DDR – Flüchtlingskrise in der bundesdeutschen Botschaft in Prag, die Bundesregierung forderte.

Am 30. September 1989 verkündete der damalige Bundesaußenminister Genscher auf dem Balkon der bundesdeutschen Botschaft in Prag an die DDR – Flüchtlinge in den Botschaften in Prag und Warschau, dass ihre Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland möglich sei. Daraufhin wurden die Botschaftsflüchtlinge in Sonderzügen über das DDR – Gebiet nach Westdeutschland gefahren. In dem Artikel von Blaine Harden, ‚East Berlin agrees to let refugees go‘, in der Washington Post vom 1. Oktober 1989, wurde über die Ereignisse in Prag geschildert: „An extraordinary agreement by East and West Germany was announced tonight, ending the growing diplomatic and humanitarian crisis over thousands of East German refugees packed on the grounds of Bonn's embassies here and in Warsaw. Within hours the first train carrying jubilant refugees began to leave for the West. West German Foreign Minister, who arrived here unexpectedly, tonight told an exultant throng of more than 3500 East German refugees at the West German embassy that they were free to leave for the West. The refugees, including more than 700 children, were crowded into a cold, muddy tent city on the embassy grounds where there was so little room that people had been sleeping in shifts. The first of five trains departed Prague at 8.55 p.m. They were to travel at two – hour intervals through East Germany to the West German town of Hof in Bavaria, with the first one expected to arrive early Sunday“ (3.). Hier wurde abermals deutlich,

(1.) „Independent“, 27. September 1989; S. 15;

(2.) „Independent“, 30. September 1989; S.10

(3.) „Washington Post“, 1. Oktober 1989; A 1 und A 25;

welche Strapazen die Menschen auf sich nahmen, um dem Honecker – Staat zu entkommen.

„Refugees allowed to leave“ lautete die Überschrift eines Zeitungsartikels vom 2. Oktober 1989 in der „Pacific Daily News“ über die Erlaubnis für die DDR – Flüchtlinge in den bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau, in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen zu dürfen. Dazu hieß es im Kern: „Thousands of East Germans who sought refuge in West German embassies in Czechoslovakia and Poland were allowed to emigrate to the West on Saturday under a remarkable accord between Soviet bloc and NATO nations. The agreement covers nearly 3500 East Germans who began packing the West German Embassy here several weeks ago and another 600 East Germans at the West German embassy in Warsaw. ... East - Germany, a hard – line Communist nation that had harshly criticized Warsaw Pact ally Hungary for allowing a similar refugee exodus earlier this month, said it was granting the transfer as a „humanitarian act“ (2.).

In der „Washington Post“ ging Blaine Harden in der Ausgabe vom 2. Oktober 1989 unter der Überschrift ‚More East Germans flee to Bonn’s embassies‘ auf die Tatsache ein, dass kurz nachdem die DDR – Machthaber die DDR – Flüchtlinge in den Botschaften in Prag und Warschau ausreisen ließen, diese Botschaften von Menschen, die vor den Zuständen in der DDR flohen, um Hilfe und Unterkunft baten. Unter anderem war in diesem Bericht zu lesen: „Just hours after West and East Germany appeared to have resolved a crisis at Bonn’s embassy here, allowing 5500 East German refugees to go to the West, hundreds more slipped through Czechoslovak police lines and took refuge today, renewing the drama. After a day of attempting to fend off about 300 East Germans who reached the embassy entrance this morning. West German ambassador Herrmann Huber allowed them insight tonight „for the time being“. In Bonn, however, a Foreign Ministry spokesman said they would not be forced to leave the embassy. West German Foreign Minister Hans – Dietrich Genscher said on West German television that this government would „use all our powers“ to help those seeking refuge and hoped for a „parallel solution“ to the problem of the latest arrivals at the embassy here... In addition, there were reports that some East Germans had jumped on moving trains as they passed through East German territory en route to the border city of Hof, where the refugees from Prague first reached West German soil.

(1.) „Pacific Daily News“; 2. Oktober 1989; S.2;

Welcome to a free country“, the loudspeaker at the Hof railroad station said as the first train arrives at 6.15 a.m”. (1.). Dieser Zeitungsberichtsausschnitt zeugte von dem weiterhin unbedingten Willen vieler Menschen in der DDR ihrem Staat den Rücken zu kehren.

Robert J. McCartney berichtete am 2. Oktober 1989 unter der Überschrift ‚Soviet pressure seen playing role in decision‘ in der „Washington Post“ über die bisherige sowjetische Rolle in der Flüchtlingskrise im Hinblick auf den damaligen sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse dies: „Shevardnadse said he would help by contracting certain governments and his intervention was „very important“, Bonn diplomats said. The Soviets probably wanted to resolve the issue before East Germany’s 40th anniversary celebration this week so as not to detract from the visit to East Berlin by Soviet President Mikhail Gorbachev, they said. „Now that it’s been formally announced that Gorbachev is coming, there must be a substantial Soviet interest in not having the situation marred by a major international loss of face for East Germany“, a West German diplomat said“ (2.). Dieser Zeitungsartikelausschnitt gab Aufschluss darüber, dass die DDR – Flüchtlingskrise in den bundesdeutschen Botschaften die internationalen Beziehungen bereits stark tangiert hatte.

Aber auch die nächsten DDR – Flüchtlinge durften die Prager Botschaft der Bundesrepublik Deutschland noch verlassen und mit dem Zug über das DDR-Hoheitsgebiet nach Westdeutschland ausreisen. Danach hob die kommunistische DDR – Staatsführung die Möglichkeit des visafreien Reisens in die Tschechoslowakei auf. Blaine Harden schilderte die Ereignisse in dem Artikel ‚East Germany lets refugees leave, bars free travel to Czechoslovakia‘ in der Washington Post vom 4. Oktober 1989 so: „East Germany agreed today to let an estimated 10.000 more of its citizens flee to West from Prague, but it acted to block further emigration by halting visa – free travel to Czechoslovakia. The agreement to allow the second mass exodus in four days came after more than 5000 East Germans take refuge at the West German Embassy here, overwhelming its facilities and causing what the Red Cross called a health emergency. Czechoslovak officials said 5000 to 6000 more East Germans where elsewhere in the area intending to go to the West. West German authorities had expected the evacuation to begin tonight, but by midnight there was no sign of the 11 special trains that were to be supplied by East Germany“ (3.).

(1.)„Washington Post“; 2. Oktober 1989; A1 und A 20;

(2.)„Washington Post“; 2. Oktober 1989; A 20;

(3.)„Washington Post“; 4. Oktober 1989; A 1;

Mit Bezug zum 4. Oktober 1989 meinte Andreas Rödder in seinem Buch „Geschichte der deutschen Wiedervereinigung“ schließlich, dass „die DDR – Führung mit diesem „humanitären Akt“, als den sie ihre Ausreiseerlaubnis deklarierte, das Problem noch immer nicht gelöst hatte, da einen Tag nach der Abreise der Züge befanden sich abermals 6000 Menschen in der Prager Botschaft, viele weitere in der Nähe und auf dem Weg dorthin. zurückgewiesene Ausreisewillige versuchten, auf die Züge aufzuspringen“ (1.).

Am 5. Oktober 1989 verfasste Judy Dempsey einen Zeitungsartikel, den sie mit den Worten ‚East Germany lets refugees leave‘ überschrieb, in der „Financial Times“ über die unter wiederum schwierigen Umständen erfolgte Ausreise von weiteren 11.000 DDR – Flüchtlingen aus der bundesdeutschen Botschaft in Prag: „About 11.000 jubilant East Germans were last night heading out of Czechoslovakia towards the West German border after a day of uncertainty over whether they would be allowed to leave at all. Only late in the afternoon did the East German authorities finally provide the trains to take the refugees to the West. Thousands of tired but clearly delighted young people filed into dozens of East German buses in Prague’s old quarter in the early evening. The queue to board the buses stretched through the old town up to the West Germany embassy on Vlasska Street. Since Sunday, more than 6.000 people had waited in the grounds of the embassy to travel to the West, while 2.000 more waited patiently outside in the square. A further 3.000 East Germans had rushed over the border in the previous 24 hours. As the week wore on, conditions in the beautiful baroque Lobkovice Palace, which houses the embassy, became critical.“ (2.). Auch dieser Abschnitt aus einem Zeitungsartikel der „Financial Times“ vom 5. Oktober 1989 belegte, dass es offenbar kein Abflauen der Massenfluchtbewegung aus der DDR gab.

Fazit

Die DDR – Flüchtlingskrise vom Sommer 1989 fand in den angelsächsischen Printmedien in der Berichterstattung einen weitreichenden Widerhall. Schon ihr erster großer Höhepunkt, das Grenzpicknick an der österreichisch – ungarischen Grenze bei Sopron der Paneuropa Union mit dem Demokratischen Forum in Ungarn unter der Schirmherrschaft des deutsch – österreichischen Europapolitikers Otto von Habsburg

(1.) Rödder, Andreas; 2011; S. 26/27;

(2.) „Financial Times“; 5. Oktober 1989; S.1;

mit der Massenflucht von mehreren hundert Flüchtlingen, fand große Resonanz. Sehr intensiv war die Berichterstattung über die Zuspitzung der Flüchtlingskrise in Ungarn und der Entscheidung der ungarischen Regierung vom 10. September 1989 den fluchtwilligen Menschen aus der DDR die Ausreise über die österreichische Grenze zu gewähren. Die Gründe der ungarischen Regierung die Warschauer Pakt – Solidarität mit dem Bündnispartner DDR hierfür zu verlassen waren sehr anschaulich im „Time“ – Bericht ‚The Great Escape‘ von Daniel Benjamin vom 25. September 1989 dargelegt. Auch die stilistischen Höhepunkte der DDR – Propaganda über die erfundene Entführung eines DDR – Eisenbahnkochs von Budapest nach Wien beschrieb Leslie Colitt in der „Financial Times“ vom 22. September 1989 unter der Überschrift ‚East Germany blames exodus on kidnappers‘ beispielhaft. Ebenso informierten die Zeitungen im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika ausführlich über die Situation der DDR – Botschaftsflüchtlinge in den bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau und der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost – Berlin. Im Zentrum der Berichterstattung stand hier die bundesdeutsche Botschaft Prag. Die Berichterstattung wurde von August bis zum 30. September 1989 hierüber immer dramatischer. Danach gestatte die DDR – Führung den Prager und Warschauer Botschaftsflüchtlingen über das DDR – Territorium nach Westdeutschland auszureisen, was auch in Zeitungsberichten wie ‚Refugees allowed to leave‘ vom 2. Oktober 1989 in der „Pacific Daily News“ seinen Niederschlag fand. Grundsätzlich war die Berichterstattung in den angelsächsischen Printmedien den DDR - Flüchtlingen sehr gewogen. Lediglich die „Church of England Newspaper“ machte sich die Positionierung einiger protestantischer regimenaher Kirchenführer zu eigen, in dem sie in ihrem Bericht ‚GDR church calls for reforms‘ am 15. September 1989 unwidersprochen deren Kritik wiedergab, dass die Flüchtlinge anstatt zu fliehen besser in der DDR bleiben sollten und an einer besseren Gesellschaft arbeiten sollten, als ob dies unter Erich Honecker auch nur ansatzweise jemals möglich gewesen wäre und nicht gerade die Perspektivlosigkeit des DDR – Systems viele Menschen zur Flucht in die Bundesrepublik Deutschland veranlasste. Vermehrt wurde in verschiedenen Zeitungsberichten einhergehend mit der Flüchtlingskrise wieder die deutsche Frage angesprochen. Hervor tat sich dabei die in London, England, erscheinende „Financial Times“, so wurde in dem Zeitungsbericht vom 31. August 1989 von Leslie Colitt, mit der Überschrift ‚Stalinist bulwark fends off tide of reform‘, in dem der DDR – Regierungsberater Otto Reinhold so zitiert wurde, dass eine kapitalistische DDR neben der kapitalistischen Bundesrepublik Deutschland keinen

Sinn ergeben würde und Reformen in der DDR langfristig zu einer Wiedervereinigung führen würde. Auch der Zeitungsbericht von David Goodhart ‚Unification of Germany on Agenda‘ ausgehend von einem vorangegangenen Beitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 1. September 1989 für die „Financial Times“, informierte die Leser, dass auch die Bundesregierung sich wieder intensiver mit dieser Frage befassen würde, aber der Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl eine Konferenz zu der Thematik mit Rücksicht auf Befindlichkeiten der westlichen Alliierten zu dem Zeitpunkt noch abgelehnt hätte

2.1.2 Kommentare und Leserbriefe

Am 10. August 1989 wurde im Leitkommentar des „Independent“ unter der Überschrift ‚The exodus from East Germany‘, über die Gründe der Fluchtbewegung von Ost – nach Westdeutschland, folgendes kommentiert: „The East German foreign minister accused the West Germans of encouraging citizens of the German Democratic Republic to leave. The unfortunate East Germans need no encouragement. From watching western television and from visits to relatives in the Federal Republic, they know how miserably their lives compare, in spiritual, as well as material terms. Looking to the East and growing intellectual freedom in Hungary, Poland and, to a lesser degree, within the Soviet Union. Yet at home, nothing stirs: under the 76 – year – old Erich Honecker, the GDR’s communist leaders have clung to their withered ideological laurels, and obdurately refuse any worthwhile political liberalisation.“ (1.). Der Leitkommentar des „Independent“ stellte die Hauptfluchtursachen für die Flüchtlinge aus der DDR in seinem Leitkommentar klar dar und sah sie in der mangelnden Liberalisierung in der DDR.

Die „Washington Post“ vom 23. August 1989 versuchte in ihrem Diskussionsbeitrag ‚East German hopes and dangers‘ darzulegen, warum in Ostdeutschland kein Regimewechsel zu erwarten sei, da nach Ansicht auch westlicher Regierungen ein Regimewechsel dort zur Instabilität führen könnte und zu dem Aufwerfen der Wiedervereinigungsfrage führen würde, egal ob sie von den beiden deutschen Regierungen gewollt sei oder nicht. Dem fügte die Redaktion hinzu: „Just about everybody agrees to that prudent proposition except, of course, the people who live in East Germany. Since the beginning of the year, in a country of 17 million people, 65.000 have abandoned their homes and made their way to the West often at great risk

(1.) „Independent“; 10. August 1989; S. 20;

to themselves. There could hardly be a more convincing demonstration of the state of morale there, or of the people's contempt for the regime. Hundreds have taken refuge in the West Germans missions in East Berlin, Prague and Budapest. Since late spring a couple of thousands have pushed through the half – open border between Hungary and Austria; now, with the increasing crowds, one person has been killed in a scuffle with a Hungarian guard. Reform elsewhere in Eastern Europe is being driven by economic crisis. There is no reform in East Germany because there is no crisis. One conspicuous reason for it is that the West Germans, doing what they can to alleviate conditions there, subsidize East Germany to extent of about \$ 2 billion a year. But in return for those subsidies they have obtained wider travel rights across the border. As more West Germans visit relatives in the East, and vice versa, the disparities between the two states become clearer to both. With the events in Poland and Hungary, East Germans are responding to a rising hope of freedom“ (1.).

Die DDR – Flüchtlingslage kommentierte der „Independent“ in seinem Leitkommentar ‚A state which has lost its meaning‘ vom 12. September 1989 so: „Some 45.000 have already left the German Democratic Republic legally this year to settle in West Germany. A further 60.000 are believed to be taking part in the flight from Hungary which the GDR government has so roundly condemned. Estimates of how many more would like to leave, range up to and beyond a million: an injection of predominantly young, skilled and motivated fellow Germans from which the economy of the Federal Republic can only gain. ... Their departure is a devastating vote of no confidence in the GDR's leadership and in the validity of the German Democratic Republic itself“ (2.). Der Zeitungskommentar des „Independent“ ging am 12. September 1989 zusätzlich davon aus, dass circa eine Millionen Menschen die DDR nach wie vor verlassen wollten.

Flora Lewis schrieb zu der mit der DDR - Flüchtlingskrise wieder ins Zentrum des Interesses gerückten deutschen Frage, in der „New York Times“ vom 12. September 1989 in ihrem Kommentar ‚Go slow on Germany‘: „The German question is again at the heart of European affairs. It is in the heartlines in a concrete human way, with thousands of East Germans encamped in Hungary trying to take the longer back road to the other side of their divided country. ... This is a time that permits great hope. The West must encourage those who strive for democracy. But it must also soberly consider the Western adjustment needed as the East lurches to change, and be careful

(1.) „Washington Post“; 23. August 1989; A 26;

(2.) „Independent“; 12. September 1989; S. 16;

not to provoke upheaval, through false promises or dire warnings about Germany“ (1.). Flora Lewis trat in ihrem Kommentar für eine moderate Unterstützung der Veränderungen in Osteuropa durch die westliche Staatengemeinschaft ein.

Zu der einhergehend mit der DDR - Flüchtlingskrise geführten Debatte über eine eventuelle deutsche Wiedervereinigung meinte Peter Jenkins in seinem Kommentar ‚One answer to the German question‘ vom 13. September 1989 im „Independent“ unter anderem: „The German question, everyone is saying, is on the agenda again. If so, why and what does it mean? It has placed on the agenda by events, the latest of which is the spectacular exodus of East Germans through Hungary. It is not because the Germans have embarked upon one of what one writer has called „those romantic excursions into the past which have repeatedly characterised German history“. ... In thinking about the German Question, we ought not to be governed by old prejudices and out – of – date assumptions. The cold war was conducted in the name of freedom and, today, if the coming of freedom to East Germany brings a desire for unity which finds its echo in the Federal Republic, we ought not to be opposed“ (2.). Auch aus dem Kommentar von Peter Jenkins im „Independent“ vom 13. September 1989 ging eindeutig hervor, dass die DDR – Flüchtlingskrise in Ungarn die deutsche Frage in den Vordergrund des internationalen Bewusstseins gerückt hatte.

Zu dem Kommentar von Peter Jenkins waren im „Independent“ folgende Leserbriefe am 14. und 15. September 1989 zu lesen:

„Whenever I have been to Germany recently“, writes Peter Jenkins „it has been with foreigners who have brought up the German Question. The Germans treated it as scarcely worth talking about“. That could be well so. But the thought that occurs to me is: what kind of Germans did Peter Jenkins meet? If he mixed largely with Germans like himself, it is not surprising that he finds no stirrings of nationalistic excitement., just as by meeting a decade earlier with Americans like himself, he failed to notice the new right stirrings which were about to transform the American political scene by bringing Ronald Reagan to power. All too often even, the best journalists confuse their own image in the mirror with reality. Peter Jenkins did this once before in the pre – Reagan America. Could he be making the same mistake about pre – somebody – or – other

(1.) „New York Times“; 12. September 1989; A 25;

(2.) „Independent“; 13. September 1989; S. 21;

Germany?“

Peregrine Worstthorne, „Sunday Telegraph“, London, E 14 (1.)

„There are a few, if any in Britain who do not view the influx of refugees from East to West Germany with excitement and sympathy. One of the many encouraging of what is happening, as Peter Jenkins points out is that, at least in the West, there is no resurrection of the very real fears 40 years ago about a reunited Germany and its threat to world peace. For this we have to thank, in large measure, the vision of the founding fathers of the European Community, and the success of their successors in creating a true community. Especially the leaders of France and West Germany deserve great credit. If it were not for their efforts, the spectre of Franco – German rivalry, and with it, the eventual threat of war, would not be banished“.

Lord Walston, Frome, Somerset (2.)

Die Leserbriefe wiesen zu dem Zeitpunkt auf eine ambivalente Stimmung im Hinblick auf die deutsche Frage unter der Leserschaft des „Independent“ hin.

In Weiterführung der Diskussion über die deutsche Frage, veröffentlichte die britische Tageszeitung „Independent“ am 22. September 1989 einen weiteren Leserbrief:

„If reunification were to occur under the conditions which would be least likely to cause alarm in the Eastern and Western blocs, namely the creation of a non militarily aligned and nuclear weapons free state, it would have significant strategic consequences. There would then be a swathe of neutral, non – nuclear countries between the military alliances in central Europe: Finland, Sweden, Germany, Switzerland, Austria and Yugoslavia. That could significantly increase the strategic stability of Europe, help towards the gradual dissolution of the alliances and contribute to further improving the common security of us all“.

Councillor Malcolm Savidge, Town House, Aberdeen (3.).

Dieser Leserbriefschreiber erwartete sich von einer möglichen deutschen Wiedervereinigung eine nuklearwaffenfreie Zone in Mitteleuropa mit Auswirkungen auf die Stabilität in Europa.

Jim Hoagland kommentierte am 18. September 1989 unter der Überschrift ‚Honecker’s Götterdämmerung‘ in der „Washington Post“, die Unfähigkeit des SED – Regimes für die Menschen, die im Begriff waren vor ihm zu fliehen, akzeptable Antworten zu finden.

(1.) „Independent“, 14. September 1989; S. 27;

(2.) „Independent“, 15. September 1989; S.21;

(3.) „Independent“, 22. September 1989; S. 25;

Auch Jim Hoagland ging von dem Aufwerfen der deutsch – deutschen Lage auf die Wiedervereinigungsdebatte über, indem er schrieb: „Fig leaves are also tumbling in West Germany, where politicians have had to use double language to talk about reunification. They have told their people that Bonn was working for reunification as a paramount national goal, while winking at and reassuring the four powers who divided and occupied Germany at the end of World War II that Bonn understood the German question could only be resolved in the European context of a final, formal settlement blessed by France, Britain, the United States and the Soviet Union. This imposed double vision produced Ostpolitik – Bonn’s effort to buy in both political and economic terms better treatment for East Germans and other East Europeans in return for normalizing state – to - state relations. We will stabilize the better to wish you away, successive Bonn governments told a smiling Honecker. The East German exodus shows that Ostpolitik and stabilization have been overtaken by events. Limited liberalization has not made the East German dictatorship bearable for its subject. And, as West German diplomats are now acknowledging to colleagues, Honecker is right to say that if the regime liberalizes so much that it resembles the other much larger German state politically and economically. In the short term, the exodus in a political windfall for Kohl, who will be able to use it to neutralism his reactive right wing and to humiliate the opposition Social Democrats“ (1.).

Jes Rau kommentierte unter der Überschrift ‚Die Wiedervereinigung ist wieder möglich‘ die Lage der DDR in der Flüchtlingskrise, im „New Yorker Staatsanzeiger und Herold“ vom 23./ 24. September 1989, so: „Das DDR – Regime steht nun auch unter Entscheidungsdruck. Wenn nämlich das ungarische Loch im Eisernen Vorhang nicht bald geflickt wird, droht die DDR auszubluten. Die alten obrigkeitsstaatlichen Instinkte der SED – Führung sind keineswegs ausgestorben. So überrascht es nicht, dass das Politbüro der Partei erwägt, die der Bevölkerung gewährten Reiseerleichterungen wieder rückgängig zu machen“ (2).

Zu dem Leitartikel ‚The Great Escape‘ von der Ausgabe vom 25. September 1989 veröffentlichte die „Time“ am 16. Oktober 1989 diese Leserbriefe:

„It’s the first free election for East Germany, and people are voting with their feet.“

Erkki J. Eytola, Helsinki

„The thousands of East Germans stampeding across the border of Hungary in their frantic escape to West Germany are not so much fleeing into Communism running

(1.) „Washington Post“; 18. September 1989; A 19;

(2.) „New Yorker Staatszeitung und Herold; 23./24. September 1990; A 2;

toward their long – denied humanity. Communism has failed miserably because it is an ideology better suited to beehives and anthills than human societies. It is uniqueness of stars. As a former resident of a Communist country, I often wish reincarnations existed the individual human mind, in both its nobility and its ugliness, so that Karl Marx and Friedrich Engels could return in the form of an ant and a bee, respectively. As human beings they blew it“.

Ed Binder, Montreal

„Mikhail Gorbachev’s attempts to reform the Soviet Union have increased the pressure on the Old Guard in East Berlin. East Germans yearn for real democracy and freedom. They seem to be fed up with empty propaganda, especially that directed against West Germany. For those, who managed to break away, their German dream has come true. For those who didn’t, lethargy, frustration and isolation lie ahead“.

Burkhard F. Eberle, Münster, West Germany.

„The fear East Germany’s Communist leaders feel of being swallowed up by West Germany is really a dread of losing control. That is no reason for a political philosophy to remain in power“.

Mark W. Brandt, Palm Harbour, Florida

„Despite the initial euphoria, an expanded exodus from East to West may halt the Germans’ honeymoon with the concept of reunification. Judging from West Germans’ treatment of foreign workers, their fraternity with their Eastern brothers will end when the newcomers compete seriously in the labor market“.

Hanns John Maier Sr., Ubatuba, Brazil (1.)

Aus diesen Leserbriefen ging eine überwiegende Sympathie für die DDR – Flüchtlinge hervor.

In seinem Kommentar für die Newsweek ‚Confronting a new Europe‘ am 2. Oktober 1989 beschäftigte sich Andrew Nagorski mit der Weiterentwicklung der deutsch – deutschen Beziehungen vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise: „The dramatic exodus of nearly 17.000 East Germans through Hungary over the past two weeks and both Hungary’s and Poland’s determined drive to demolish the East – West divide fall precisely into that category. „The German question has been on the agenda all the time, but it was on the bottom“, says one West German official. „It has now been pushed higher up by these events“. This is not a case of reunification lurking around next corner. The United States and its West European allies should be wary of such scenarios. But after spending more than three years in Bonn and participating in

(1.) „Time“; 16. Oktober 1989; Letters;

numerous discussions of the German question in both East and West, I am convinced that this rekindled interest offers an opportunity that should not be missed“ (2). Des Weiteren gab Andrew Nagorski zu bedenken, dass Bonn über seine Transferzahlungen an Ost – Berlin nachdenken müsse, denn diese würden den DDR – Diktator nur dazu ermuntern, weiterhin Reformanstrengungen zu widerstehen. Zum Umgang mit den Ost – Berliner – Machthabern, vor allem einem möglichen Nachfolger von Erich Honecker, riet Andrew Nagorski der Bonner Regierung, diese finanziell unter Druck zu setzen, damit die DDR – Machthaber den Weg von Reformen einschlagen würden. Im Hinblick auf die deutsche Frage, schlug der „Newsweek“ – Kommentator eine Lösung unter Beachtung des europäischen Kontextes vor.

Über die Flüchtlingskrise und die aufkeimende Demonstrationsbewegung war in der „Washington Post“ am 4. Oktober 1989 diese Ansicht der Redaktion unter dem Titel ‚East Germans on the move‘ abgedruckt. „No sooner had those thousands of refugees left the West German Embassy in Prague on Monday, under an extraordinary deal bringing them to the West, than the embassy began to fill again with more thousands. Now the East German government in desperation has closed its border with Czechoslovakia, and its people will have to get visas, which you can assume, will not be granted lightly. Meanwhile there was another big demonstration in Leipzig. After church services, thousands of people marched through the street singing „We shall overcome“ and – it must have chilled East Germany’s aging leadership to hear o fit – shouting „Gorby! Gorby!“ (2.). Weiter wurde berichtet, dass noch mehrere Menschen in der DDR am liebsten in den Westen übersiedeln würden, und dass bereits in den letzten 12 Monaten 140.000 der 16 Millionen DDR – Bewohner die DDR in Richtung Westdeutschland verlassen hätten, wovon die meisten junge Leute, oftmals Ehepaare mit Kindern, auf dem Höhepunkt ihrer Energie und Produktivität gewesen waren. Hieraus wurde offensichtlich, dass die Fluchtbewegung der DDR bereits einen demografischen aber auch ökonomischen Schaden zugefügt hatte.

Zu der Frage wie die DDR – Flüchtlingsbewegung verlangsamt werden könne, war im Leitkommentar ‚How to slow the East German exodus‘ der „New York Times“ vom 6. Oktober 1989 zu lesen: „The U.S. and West Germany have always welcomed refugees from tyranny, and it’s right to extend that hospitality. But the rush to exit in recent weeks has its complications. The arrival of skilled young workers may benefit Bonn

(1.) „Newsweek“; 2. Oktober 1989; S.4;

(2.) „Washington Post“; 4. Oktober 1989; A 26

economically by spurring growth, but it creates political strains. Some West Germans resent the newcomers. Others worry that the exodus will cause border closings, impeding contact with their relatives in the East. These concerns give the U.S. and West Germany an interest. In encouraging reform without disorder throughout Eastern Europe. The Soviets share this interest. But the goal may not be achievable in East Germany, almost certainly not with Erich Honecker and his henchmen in charge. That's why Washington, Moscow and Bonn want more pragmatic East German leaders to surface soon“ (1.). Nach Meinung des Leitkommentars der „New York Times“ waren die politischen Eliten in Washington, Moskau und Bonn der Ansicht, dass nur ein Austausch der Ost – Berliner Führung hin zu pragmatischeren Führungskräften die DDR – Flüchtlingskrise lindern könnte.

Fazit

Hinsichtlich des Verständnisses für die DDR – Flüchtlinge und der Ursache der Flüchtlingskrise, in der mangelnden Flexibilität, Sturheit und ideologischen Borniertheit des Honecker – Regimes waren sich die Kommentatoren und Leserbriefschreiber einig. Im Hinblick auf die deutsche Frage waren die Ansichten sehr divergierend. Bei den Leserbriefschreibern im „Independent“ als Reaktion auf den Kommentar von Peter Jenkins ‚One answer to the German question‘ vom 13. September 1989 waren sowohl zustimmende und einer Wiedervereinigung grundsätzlich nicht negativ gegenüber eingestellten Leserbriefen als auch einer deutschen Wiedervereinigung kritisch eingestellten Leserbriefen gegeben. Ähnlich ist es bei den Kommentaren, während Flora Lewis, in ihrem Kommentar „Go slow on Germany“ sich, wenn überhaupt, für ein behutsames herangehen an die deutsche Frage eintrat, warben Peter Jenkins in seinem Kommentar ‚One answer to the German question‘ im „Independent“ vom 13. September 1989 und letztlich auch Andrew Nagorski in seinem Kommentar ‚Confronting a new Europe‘ in der „Newsweek“ vom 2. Oktober 1989 für eine eher positive Einstellung im Hinblick auf eine irgendwann mögliche deutsche Wiedervereinigung. Die Flucht der Menschen aus der DDR wurde meistens mit Wohlwollen in den Printmedien im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika begleitet. Doch zur Frage, ob die deutsche Frage wieder mehr in Betracht gezogen werden sollte herrschte sowohl im Sommer als auch im Frühherbst 1989 keine einheitliche Sichtweise in den betrachteten Ländern vor. Einer in Betracht

(1.) New York Times; 6. Oktober 1989;

gezogenen deutschen Wiedervereinigung, standen Leserbriefschreiber und Kommentatoren beiderseits des Atlantiks unterschiedlich gegenüber. Andreas Rödder setzte in seinem Buch „Geschichte der deutschen Wiedervereinigung“ ebenfalls sehr intensiv mit der DDR – Flüchtlingskrise vom Sommer 1989 auseinander (1.). Doch ging er nicht auf die mit der Flüchtlingskrise aufkeimenden Diskussionen um eine deutsche Wiedervereinigung ein, die in den angelsächsischen Partnerstaaten wie in der Bundesrepublik Deutschland im Spätsommer 1989 begann, noch erwähnte er die völkerrechtlichen Grundlagen, die für die Entscheidung der ungarischen Regierung vom 10. September 1989 von besonderer Wichtigkeit waren, die Flüchtlinge aus der DDR in ihr zur Aufnahme bereites Zielland, die Bundesrepublik Deutschland, ausreisen zu lassen. Diese völkerrechtlichen Grundlagen wurden zu jener Zeit selbst teilweise in den angelsächsischen Printmedien aufgeführt.

2.2 40 Jahre DDR

2.2.1 Darstellung der Feierlichkeiten und die Lage im Land

Aufschlussreich war der Bericht ‚East Germans stage protest‘ von David Remnick am 8. Oktober 1989 in der „Washington Post“, über die von Protesten begleiteten Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Bestehens der DDR, bei denen es nach dem Verlassen von Ost – Berlin durch den Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, zu Ausschreitungen der totalitären DDR – Staatsmacht gegenüber Protestierenden kam. David Remnick schrieb darüber dies: „Waving fists and chanting for freedom and a new government, several thousand young East Berliners staged a spontaneous illegal demonstration here today just after conservative East German leader Erich Honecker Soviet President a muted call for reform. Although Gorbachev avoided direct criticism of the East German government, Honecker was blunt saying he would keep to his present course and that hopes of any „policies leading back to capitalism were built on sand“ according to the official news agency. ...Despite the presence of uniformed police and extraordinarily tight security at the border crossings to West Berlin, a growing crowd on the Alexanderplatz, a square near the main government buildings, began shouting demands for change. „Freedom! Freedom!“ the crowd chanted. „Gorby! Gorby!“ Others

(1.) Vergleiche Rödder, Andreas; 2011; S.20ff insbesondere S.20 – 25;

shouted „Down with Honecker!“ and waved the V for – victory sign above their heads“ (1.). Die Demonstranten zeigten der DDR – Führung letztlich auf, dass es für sie nichts zu feiern gab.

Pascal Pivat berichtete in dem „Newsweek“ – Artikel ‚The GDR’s unhappy birthday‘ vom 9. Oktober 1989 unter anderem dies: „There is not much to celebrate. Communist leader Erich Honecker, 77 and pallid, appeared in public for the first time in six weeks to greet new ambassadors. Honecker faces growing dissent at home, along with increasingly daring calls for reform. Last week as many as 8000 East Germans marched through the streets of Leipzig chanting „liberty, equality, fraternity“; it was the country’s largest public protest since June 1953. And a coalition of intellectuals students, artists – and even some party members – formed New Forum, the largest unofficial opposition group in the country’s history“ (2.). In dem „Newsweek“ - Artikel wurde darüber hinaus geschildert, wie sich neben dem Neuen Forum auch noch weitere Oppositionsgruppen bildeten. Von besonderem Interesse ist der letzte Abschnitt des Artikels von Pascal Privat, in dem er über das Verhältnis des DDR – Regimes zum sowjetischen Regime und anderen kommunistischen Regimes zum 40. Jahrestag der DDR schrieb: „Gorbachev’s presence is supposed to show the world that old friendships rise above tactical differences, but the plan could backfire: China’s leadership was severely embarrassed by student protests during the Soviet leader’s official visit to Beijing last May. China, in a show of gratitude for East Germany’s official support after the Tiannanmen massacre, is sending a high – level delegation led by Deputy Prime Minister Yao Yilin. Romanian leader Nicolae Ceaucescu, one of Honecker’s few remaining friends in Eastern Europe will attend, as will Polish President Wojciech Jaruzelski and Czechoslovak Communist Party leader Milos Jakes. Hungary, on the other hand, is sending a small, low – level delegation. No matter how magnificent the official anniversary celebrations will be, they are unlikely to divert world attention from East Germany’s troubles for long“ (2.). Auch der „Newsweek“ – Bericht sah für die DDR eigentlich keinen Grund zu feiern.

Zu den Protesten und der gewaltbereitschaft auf Seiten der DDR - Staatsmacht rund um die Feierlichkeiten zum 40 – jährigen Bestehen der DDR meinte Andreas Rödder in seinem Buch „Geschichte der deutschen Wiedervereinigung“, „dass die Tage rund um den 40. Jahrestag der Staatsgründung der DDR entscheidend waren, da während der offiziellen Feierlichkeiten

(1.) „Washington Post“; 8. Oktober 1989; A 1 und A 40;

(2.) „Newsweek“; 9. Oktober 1989; S.11;

mehrere zehntausend Menschen in Ost – Berlin sowie in anderen Großstädten und in kleineren Orten demonstrierten. Dabei gingen die Kräfte der Staatsmacht am Wochenende des 7. und 8. Oktober in Ost – Berlin, in Dresden und andernorts mit brutaler Gewalt gegen die Demonstranten vor. Bereits am 22. September hatte Erich Honecker, so der Historiker, die Anweisung gegeben, dass diese feindlichen Aktionen im Keime erstickt werden müssten. Zur Sicherung der Vierzig – Jahr – Feiern wurde vorsorglich die Nationale Volksarmee in Stellung gebracht, und für den Zeitraum vom 6. bis zum 9. Oktober wurde erhöhte Gefechtsbereitschaft befohlen“ (1.)

Am 10. Oktober 1989 befasste sich Robert J. McCartney in der „Washington Post“ unter der Überschrift ‚Tens of thousands protest in East Germany‘ mit den Massendemonstrationen am 9. Oktober 1989 gegen die stalinistische Staatsführung um Erich Honecker und der damit einhergehenden angespannten Situation in der DDR. So berichtete der Journalist vor allem über folgende Fakten: „More than 50.000 demonstrators in the East German city of Leipzig demanded on Monday that the government reform its rigid Communist policies, in what was the largest single demonstration yet in eight consecutive nights of protests around the country. Hundreds of police in riot gear sealed off the center of Leipzig, but did not break up the crowds as they did on the weekend. West german television reported that no clashes occurred, as the protesters assembled near the downtown St. Nikolai’s church after a weekly „peace service“ (2.). Diese Demonstration, die noch unter der Herrschaft Honeckers stattfand, und die Dank einiger besonnener werdender und die Zeichen der Zeit erkennender SED – Funktionäre nicht in das befürchtete und von Honecker angedachte Blutbad führte, zeigte offen auf, dass das SED – Regime kaum noch Rückhalt unter den Menschen, die in der DDR lebten, hatte.

Zu der in die Geschichte eingegangenen friedlich verlaufenden Leipziger Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989 und deren Konsequenzen führte Andreas Rödder in seinem Buch, „Geschichte der deutschen Wiedervereinigung“, auf, „dass mit der „Kapitulation der Staatsmacht in Leipzig“ das Regime die letzte Möglichkeit hatte verstreichen lassen, Massendemonstrationen und Bürgerbewegung gewaltsam zu unterdrücken. Zunehmend griff der Protest nun auch auf regimeloyale Bürger und auf Mitglieder der SED und ihrer Organisation selbst über, wie der Historiker ausführte.

(1.) Rödder, Andreas; 2011; S.28;

(2.) „Washington Post“; 10. Oktober 1989; A 1 und A36;

Viele Mitglieder der SED sprachen, so ein Bericht der Staatssicherheit, ganz offen darüber, dass die Partei- und Staatsführung nicht mehr in der Lage und fähig sei, die Situation real einzuschätzen und entsprechende Maßnahmen für dringend erforderliche Veränderungen durchzusetzen (1.).

Der Bericht ‚East Germany tries to keep soul – searching in the party‘ von Serge Schmemman in der „New York Times“ vom 15. Oktober 1989 beschäftigte sich mit der Frage, ob eine Teilung der Macht in der DDR zu erwarten sei. Dazu stand in dem Zeitungsartikel: „Though rumors have wafted back and forth across the Berlin Wall of major rifts in the Communist Party, even of plans to oust Erich Honecker, the hard evidence remains limited and ambiguous. One thing that leaders reared under Stalin evidently have not forgotten is how to safeguard secrecy. ... Most diplomats are saying that the leaders are likely to make more concessions especially in areas such as consumer goods, foreign travel and even glasnost, giving newspapers more leeway in their coverage and commentary. But the history and age of leadership seems to rule out any real sharing of power“ (2.). Serge Schmemman hielt eine Teilung der Macht durch die SED für eher unwahrscheinlich, aber Reformen für möglich.

In der „Newsweek“ setzte sich auch Harry Anderson am 16. Oktober 1989 mit den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR vor dem Hintergrund der anhaltenden Flüchtlingskrise und den immer massiver werdenden Massendemonstrationen in dem Artikel ‚The flight to freedom‘ so auseinander: „Happy birthday, police state“, shouted a demonstrator as the security troops launched into the crowd. Late week some 5000 young East Germans gathered outside the Palace of the Republic in East Berlin, hoping to see Mikhail Gorbachev, who had come to celebrate East Germany’s 40th anniversary as an independent state. Disappointed, they began marching through the streets; they chanted „Gorby, Gorby“ while baton – wielding cops beat, kicked and punched them. ... A similar scene had occurred in Dresden only three nights before, as 8000 to 10.000 stone – throwing protesters fought a seven – hour battle with police. „They were going at women and children“, said Katrin Ulbricht, a political dissident in Dresden. Ninety people were reportedly injured in the worst violence in East Germany since Soviet troops put down riots by thousands of striking workers in 1953. „I’m absolutely astounded at the people’s reactions“, said Ulbricht. „They are usually so meek and accepting. It just shows how widespread the discontent is“ (3.).

(1) Rödder, Andreas ; 2011; S. 29;

(2) „New York Times“; 15. Oktober 1989; A 2;

(3) „Newsweek“; 16. Oktober 1989; S. 8 ff;

Auch aus diesem Zeitungsartikel ging die steigende Protesthaltung der DDR – Bevölkerung hervor.

Am 17. Oktober 1989 lieferte Leslie Colitt in der „Financial Times“ einen aufschlussreichen Bericht mit dem Titel ‚100.000 join East Germany’s biggest protest‘ über die Montagsdemonstration am vorangegangenen Tag in Leipzig: „More than 100.000 protesters in the East German city of Leipzig chanting ‚We are the people‘, last night staged the largest demonstration held in the country. Police were almost nowhere to be seen. The protest put fresh pressure on East Germany’s hardline Communist leaders to allow opposition groups to function openly. A repeated roar from the crowd was ‚Legalize New Forum,‘ a reference to the largest of the pro – civil rights groups to have emerged in the wave of dissent since summer. Yesterday’s demonstration began at four churches where services were held for the release of political prisoners and for reforms. Throughout the day, city officials broadcast pleas through loudspeakers in the streets, urging people not to demonstrate. Demonstrations can easily become violent, the Mayor of Leipzig said in his appeal. The pleas, however, were ignored. The crowd repeatedly called out: We don’t want words; we need deeds, and sang the Internationale in the square in front of Leipzig’s Gewandhaus orchestra building. Freedom to travel, the crowd called out, holding up banners for contested elections“ (1.). Die Größe der Demonstrationen steigerte sich je weiter der Oktober 1989 voranschritt immer mehr.

Am 23. Oktober 1989 schrieb Jill Smolowe in der „Time“ unter der Überschrift, ‚Lending an Ear‘ über Umstände und Anfänge eines Dialogs zwischen Bürgerbewegung und Funktionären des DDR – Regimes: „A nation’s leadership often hears what it wants to hear, but few have seemed quite so deaf to the public’s demands as East Germany’s rulers. Thousands flee the country, protesters stage hunger strikes in churches. Soviet leader Mikhail Gorbachev offers a gentle lecture in person – none of it seemed to make a difference. But last week as the cries for democratic reform reached a crescendo in cities across East Germany, the leaders in East Berlin demonstrated that their hearing faculties were intact – and that they were distressed by the rising noise level. After a two – day session, the 21 members of the ruling Politbüro issued a statement that for the first time expressed official concern about the recent exodus of 50.000 East Germans to the West. Then, in an unprecedented gesture of conciliation, the leadership acknowledged, „We are open to discussion“. Hinting that press and travel restrictions might be eased, the statement continued, „Together, we want to discuss all

(1.) „Financial Times“; 17. Oktober 1989; S. 28;

basic questions of our society“. The Politburo’s tentative first toward a softening of its policies was already more than many had anticipated“ (1.). Der Artikel beschrieb im weiteren Verlauf, die Sorge, dass das DDR – Regime, um die Proteste niederzuschlagen, noch zu einem Massaker wie es die chinesische Staats – und Parteiführung am 4. Juni 1989 gegen für Demokratie protestierende Studenten auf dem Tien’anmen – Platz in Peking ausführte, willens wäre.

Fazit

Der Zeitungsartikel ‚East Germans stage protest‘ von David Remnick am 8. Oktober 1989 in der „Washington Post“ befasste sich mit den Protesten der Menschen in der DDR zu den 40 – jährigen DDR - Feierlichkeiten des SED – Regimes. Dem schloss sich auch, wie viele andere Zeitungsberichte im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika der „Newsweek“ – Artikel ‚The GDR’s unhappy birthday‘ vom 9. Oktober 1989 von Pascal Pivat an. Mit dem weiter anhaltenden Massenprotest, besonders in Leipzig, und der Angst vor gewalttätigem durchgreifen der DDR – Staatsorgane befasste sich Robert J. McCartney in der „Washington Post“ vom 10. Oktober 1989 mit seinem Zeitungsartikel unter der Überschrift ‚Tens of thousands protest in East Germany‘. ‚East Germany tries to keep soul – searching in the party‘ von Serge Schmemmann in der „New York Times“ vom 15. Oktober 1989 informierte über Mutmaßungen über eine Machtteilung in der DDR. Über den beginnenden Dialog mit regimekritischen Bürgern berichtete Jill Smolove in ihrem Zeitungsartikel ‚Lending an Ear‘ in der „Time“ vom 23. Oktober 1989.

2.2.2 Gorbatschow und das DDR - Jubiläum

Girard C. Streichen berichtete unter dem Titel ‚Gorbachev urges patience in East Berlin‘ in der „Pacific Sunday News“ vom 8. Oktober 1989 von dem Besuch des Generalsekretärs der KPdSU zu den Feierlichkeiten zum 40 – jährigen Bestehen der DDR am 6. und 7. Oktober 1989, wo er einerseits seinen Dissens über die Erforderlichkeit von Reformen in der DDR nicht mehr verbarg und andererseits soweit möglich von den Menschen in der DDR für seine Reformpolitik bejubelt und um Unterstützung gebeten wurde. So war hierin zu lesen: „Police clashed with protesters

(1.) „Time“; 23. Oktober 1989; S. 10/11;

in Dresden and Magdeburg and communist authorities barred East Berlin. Dissatisfied East Germans continued to flee their country in search of freedom in the West. Gorbachev expressed „complete confidence“ in the East Germans ability to deal with rising discontent, and he appeared to hint that the hard – line leadership should change its ways. „We know our German friends well and their ability to think through problems to learn from life and to make correspondending political changes if they are necessary“, he said. Some in the crowd called out „Gorby help us, Gorby keep it up“ as they saw the leader, whose reforms have made him almost a hero to many East Germans but have been rejected by the government“ (1.).

Von Interesse ist auch ein Kurzbericht in der „New Yorker Staatszeitung und Herold“ in der Ausgabe vom 14./15. Oktober 1989 mit der Schlagzeile ‚Gorbatschow kritisiert Honecker‘, worin nach der Rückkehr von Michail Gorbatschow von seinem Besuch zu den Feierlichkeiten zum 40. Gründungsjubiläum der DDR, zu lesen war: „Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow hat nach dem brutalen niederknüppeln friedlicher Demonstranten am Rande der DDR – Jubiläumsfeierlichkeiten seine diplomatische Zurückhaltung aufgegeben und von der SED – Führung Veränderungen verlangt. Bei seiner Rückkehr in Moskau erklärte er, er habe in der DDR „viele feurige Befürworter der Perestroika“ gefunden und Staats- und Parteichef Erich Honecker auf die Notwendigkeit von Reformen hingewiesen. Damit erteilte Gorbatschow Honecker eine schallende Ohrfeige, denn dieser hatte Reformen klar abgelehnt“ (2.).

Über die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989, mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow, vor dem Hintergrund der deutsch – deutschen Flüchtlingskrise berichtete Frederick Painton in seinem Artikel ‚Bleak Anniversary‘ in der „Time“ von 16. Oktober 1989: „To East Germany’s aging, hardline Communist leadership, President Mikhail Gorbachev must have looked like the unwanted guest at a birthday party that had turned into something of a flop. Arriving in East Berlin last week with his wife Raisa to take part in celebrating the 40th anniversary of the German Democratic Republic, Gorbachev – the symbol of reform and change in the East bloc – found himself treated coolly by a leadership that considers glasnost and perestroika as an anathema to East Germany and the rest of the Communist world. In an era in which media often make the moment, East German television did not cover Gorbachev live as he arrived at East Berlin’s Schönefeld

(1.) Pacific Sunday News“; 8. Oktober 1989;

(2.) „New Yorker Staatszeitung und Herold“; 14./15. Oktober 1989; A 1;

airport. Perhaps because it has worried about Gorbachev's popular appeal, the government had omitted publishing a time schedule for his visit, in an apparent effort to limit the size of welcoming crowds. On his motorcade route into the center of East Berlin Gorbachev was greeted mainly by thin lines of selected welcomers waving plastic East German and Soviet flags issued for the occasion." (1.). Frederick Painton schrieb weiter über das gleichzeitig andauernde Flüchtlingsdrama von Menschen aus der DDR, die über die bundesdeutschen Botschaften in Prag und in Warschau versuchten in die BRD zu gelangen. Er beschrieb auch die Angst dieser Menschen, dass eine Flucht aus der DDR nach den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Staatsgründung wieder schwieriger werden könnte. Danach beschrieb der „Time“ – Journalist den wohl denkwürdigsten Abschnitt des Gorbatschow – Besuchs so: „After attending a ceremony in memory of the victims of the Nazi regime, he found an opportunity to move into a nearby crowd. A contingent of youthful East German admirers chanted, „Gorbi, Gorbi“, and we are staying here!“ – a reference who were not. „Don't panic. Don't get depressed“, Gorbachev said reassuringly. „We'll go on together, fighting for socialism. Be patient“. Throughout, Gorbachev was a model of diplomacy and courtesy. Asked at an impromptu news conference if he thought the situation in East Germany was dangerous, he said no, adding, „Alongside our problems in the Soviet Union, there is no comparison. Perestroika in our country would not have begun if it had been suggested to us from outside“. Then in a plug for perestroika, he said, „I think that dangers exist only for those who don't grasp the situation, those who don't react to life. We know our German friends have the ability to learn from life, to make changes“ (1.). Frederick Painton ging in seinem Artikel auf den wohl historischsten Satz des sowjetischen Generalsekretärs Michail Gorbatschow ein, der die Lage der DDR – Führung analytisch genau erfasste.

Fazit

Die hier wiedergegebenen Auszüge von Zeitungsberichten aus Printmedien im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika, vor allem der „Time“ – Artikel von Frederick Painton in ‚Bleak Anniversary‘ vom 16. Oktober 1989, über den Besuch des Generalsekretärs der KPdSU, Michail Gorbatschow, zu den Feierlichkeiten zum vierzigjährigen Bestehen der DDR, spiegeln eindeutig dessen kritische Haltung

(1.)„Time“; 16. Oktober 1989; S.12 ff;

zum SED – Regime in der DDR und dessen Verweigerung von Reformen wieder. Des Weiteren erfolgte in diesen Zeitungsartikeln eine umfangreiche Darstellung der Protestbewegung in der DDR gegen das spätstalinistische Honeckerregime und die große Zustimmung der Menschen in der DDR zu Michail Gorbatschow und dessen Reformkurs.

2.2.3 Kommentare und Leserbriefe mit deutschlandpolitischem Diskurs

Am 10. Oktober 1989 äußerte sich der ehemalige US - Außenminister Henry Kissinger zu der wieder intensiver geführten Debatte zur deutschen Frage, in der „Washington Post“ unter der Überschrift ‚Superpowers and the new Europe‘, so: „Proping up Communist rule in Eastern Europe by military means apparently seems too risky to a Soviet leadership reluctant to hazard the carefully crafted new image. Moscow may be hoping that in the end the calculation of the mutual national interest buttressed by geographic proximity can substitute at least to some extent for ideological conformity. The jury is still out as to whether this strategy will work in Hungary or Poland. But it cannot work in East Germany. There the Communist Party is in no position to mobilize national feelings because these feelings run counter to the very existence of East German state. West Germany by definition, and increasingly by its policies, keeps the hope for reunification alive. East Germany faces the dilemma that opposition to reform will turn it into an anachronism while liberalization will undermine its reason for being. ... Such military redeployments would inevitably project the future of Germany to the forefront of European politics because East Germany will face new internal pressures, especially on Soviet ground forces are removed. The German issue can in any case no longer be avoided.“ (1.). Doch die deutschlandpolitischen Aussagen von Henry Kissinger blieben nicht unwidersprochen. Auf die deutschlandpolitischen Einlassungen in seinem Meinungsbeitrag ‚Superpowers and the new Europe‘ des deutschstämmigen US – Politikers Kissinger, der aufgrund seines religiösen Bekenntnisses vor der nationalsozialistischen Diktatur in die Vereinigten Staaten von Amerika emigrieren musste, antwortete Shelby L. Stanton in dem Leserbrief ‚Germany must be reunited‘ in der „Washington Post“ vom 16. Oktober 1989 wie folgt: „I was surprised to read that Henry Kissinger’s solutions for stability and peace in „New Europe“ are grounded on the same flawed policy of artificial national boundaries that doomed his quest for peace

(1.) „Washington Post“; 10. Oktober 1989; A 21;

during Vietnam conflict. The division of Vietnam into southern and northern halves involved the United States and Henry Kissinger in a protracted and futile struggle to enforce this unnatural severance. Nations and people seek unification, as demonstrated by our own Civil War. Now Mr. Kissinger is advocating that Germany remain divided as partitioned by allied occupation zones following World War II. His suggestion that West Germany accept these borders as final like having Vietnam recarved into a southern and northern part of separating a conquered United States into two countries at the Mississippi River. Furthermore Germany has been stripped of its Pomeranian and Silesian Provinces, which are now under Polish jurisdiction (similar to California and Texas taken out of the USA). The latter difficulty is the probable basis of Mr Kissinger's claims that German politicians are prone to meddle in „East Europe“. There is little doubt that Germany brought these troubles upon itself by initiating the great tragedy of World War II with its consequent holocaust of the Jewish people, barbarian bombing campaigns waged by both sides and overwhelming human and property destruction. During this terrible conflict, however, the militant Prussian heart of Germany was destroyed. The current existence of East and West Germany is merely an unacceptable manifestation of adverse Anglo – Soviet relationships that will linger as a potential spark setting off another world war until Germany is properly reunited as one nation within the global community“.

Shelby L. Stanton , Bethesda (1.)

Auf den Leserbrief von Shelby L. Stanton reagierte der nationale Direktor des polnisch – amerikanischen Kongresses, Jan Nowak, wiederum mit einem Leserbrief in der Ausgabe der „Washington Post“ vom 26. Oktober 1989 unter der Überschrift ‚A reunited Germany – but within present borders‘. Darin war zu lesen: „I agree with Shelby L. Stanton that reunification of Germany should not be opposed. However, it is hard to accept his conclusion that Germany should regain the territories that it lost in the war of aggression launched by the German Reich. As a Polish – born American, I could not deny the German people their moral right to live in one state. Polish people claimed the same right for themselves and were reunited after 123 years of pation among Poland's rapacious neighbors. The example of Poland shows clearly that no nation can remain forever divided against its will. The allies paid a very high price in two wars fought to resist German attempts to conquer other nations. Germany's neighbors have every reason to fear a reunited Germany, which once again would become the predominant power on the European continent. But any loosening of the

(1.) „Washington Post“; 16. Oktober 1989; A 18;

Soviet grip over Eastern Europe may bring about the reunification of Germany whether other like it or not. The question before the world is not so much the reemergence of one German state but what kind of Germany will arise when the present division of Europe comes end“.

Jan Novak, Annandale (1.)

Die deutsche Frage wurde auch in dem Diskussionsbeitrag ‚Facing up to the German Question‘ in der „Newsweek“ in einem Beitrag von Russell Watson vom 16. Oktober 1989 aufgegriffen: „The turmoil in Germany is another of the unpredictable events that are accelerating the pace of political evolution in Europe. The Soviet empire is breaking up, and as Western Europe reaches out to the East, a picture begins to emerge of what the continent could look like by the first decade of the 21st century. It is a scene full of both hope and peril“ (2.). Als Gründe hierfür gab der Autor des Artikels, Russell Watson folgende Punkte an: „Except for a nominal, tripwire presence U.S. and Soviet forces will withdraw from Europe. The two military alliances, NATO and the Warsaw Pact, will begin to wither away or will create a new mission for themselves by becoming more political in nature. The European Community will move beyond its economic function and become a powerful political force promoting closer ties between East and West. Moscow will allow the East European countries considerable independence, insisting only that they retain at least symbolic membership in the Warsaw Pact. Following the lead of Poland and Hungary, Czechoslovakia will abandon the Soviet political and economic model. East Germany will change, too, but Bulgaria and Romania will remain mired in authoritarian backwardness. In the long run, the more reformist countries of Eastern Europe will become something like Austria: democracies with market economies, maintaining a formal, studied neutrality between East and West“ (2.). Außerdem berichtete der „Newsweek“ – Autor, dass laut Umfragen 79 Prozent der Westdeutschen und 71 Prozent der Ostdeutschen die Wiedervereinigung befürworten würden. Auch ging Russel Watson auf die noch 1989 von dem damaligen Finanzminister Dr. Theodor Waigel von der CSU erhobenen Forderung nach einer Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937 ein. Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse lehnte die Forderung als revanchsionistisch ab und der bundesdeutsche Außenminister Hans – Dietrich Genscher versicherte, dass die Unverletzlichkeit der Grenzen die Grundlage für friedlichen Beziehungen in Europa sind.

(1.) „Washington Post“; 26. Oktober 1989; A 30;

(2.) „Newsweek“; 16. Oktober 1989; S.14;

Am 13. November 1989 druckte die „Newsweek“ unter der Überschrift ‚Exodus to the West‘ diese Leserreaktionen auf ihre die deutsch Frage betreffenden Artikel vom 16. Oktober 1989 ab:

„Referring to your article ‚The fight to Freedom‘, I wonder if communism is the real reason why so many East Germans fled to West? I believe that the exodus was caused by the West German media’s exaggerated description of West Germany’s standard of living and by the Bonn government’s much – publicized facilities for East German refugees. If the refugees wanted freedom and economic reforms in their country, they should have raised their voices against the Honecker regime instead of fleeing to seek affluence and saying they did so for political reasons. True freedom – loving East Germans stayed home and demonstrated their resistance, which together with apparent pressure from Moscow brought some change“.

Paul D. Panakal, Castrop – Rauxel, West Germany

Thank you for your coverage of the East German crisis, which I found very informative. However, I would like to point out that the actual of East Germans desiring reunification is probably higher than the 71 % mentioned in the article ‚Facing up the German Question‘. Most East Germans do not have telephones, and those who do, have them because of their status in the Communist Party. Besides many East Germans who privately desire German unification might not admit it on the phone for fear the Staatssicherheit (State Security) may be listening“.

Jeffrey W. Bishop, Klagenfurt, Austria

„As newly arrived refugees from Czechoslovakia to West Germany, we can watch with satisfaction the East German exodus to the West. We wish those young people the fulfilment of their dreams of a new life of freedom and democracy. Thousands of people not only from East Germany but from other East European countries have escaped from communism, but what about the millions who cannot or do not want to leave their homelands even though they long for freedom and economic prosperity? The partial democratic reforms in Poland, in Hungary and the Soviet Union must only be the beginning of the move to real democracy in the whole of East Europe“.

Iva Gerlich, Pavel Gerlich, Altomünster, West Germany

„Times are changing, and emotions and hope in Germany about reunification are growing. However, the ignorance of our wishes by the Western allies makes Germans feel that the division of our country is really a Treaty of Versailles of the second world war. The effects of the actual Versailles Treaty are well known“.

Cyrill Wahrer, Schramberg, West Germany

„Former U.S. Secretary of State Henry Kissinger displayed a stunning ignorance of history in his interview when he said. „To speak of a German special historical relationship in Poland is absurd“. It is correct to abhor Hitler's aggression against Poland in 1939, but it is incorrect to ignore the very legitimate historical interests Germans have in Poland. Much of what is Poland today was Germany for hundreds of years. It was not just any German territory, but the heartland of much of what we associate with Germany today. I would not advocate any modern – day designs on reclamation of current Polish territory by Germans. But to say that a nation has no „special historical relationship“ to a land that was cradle of its people and the birthplace of thousands of West Germans who are living today is absurd“.

Timothy J. Krueger, Hamburg West Germany (1.)

Die in der „Newsweek“ am 13. November 1989 zu dem Thema deutsche Einheit veröffentlichten Leserbriefe waren in einem für Deutschland wohlwollenden Ton gehalten.

Fazit

Die Diskussion um die deutsche Frage ging auch in der ersten Oktoberhälfte 1989 unvermindert weiter. Besonders der Meinungsbeitrag in der „Washington Post vom 10. Oktober 1989 des ehemaligen US - Außenministers äußerte Henry Kissinger unter der Überschrift ‚Superpowers and the new Europe‘, der sehr wiedervereinigungskritisch war, zog Reaktionen in Leserbriefen nach sich, wobei beide sich letztlich für die deutsche Wiedervereinigung aussprachen, wenn auch bei Jan Novak unter Betonung der Wahrung polnischer Interessen. Der Weiteren wurde in der „Newsweek“ vom 16. Oktober 1989 unter der Überschrift ‚Facing up to the German Question‘ ein Diskussionbeitrag gebracht, der engagierte Leserbriefreaktionen aus Deutschland und Österreich nach sich zogen, die eine positive Einstellung zur deutschen Frage hatten. Die Zeitungsberichte, Kommentare und Leserbriefe zeigen, dass je deutlicher die innenpolitischen Probleme offenbar wurden, so dass der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, sogar öffentlich auf Distanz zum Honecker – Regime ging, desto intensiver wurde die deutsche Frage aufgeworfen. Trotz negativer Kommentare, beispielsweise von Henry Kissinger, zeigte sich aber in Leserforen, dass es sowohl in den Vereinigten Staaten von Amerika aber auch in Westdeutschland Sympathien für eine deutsche Wiedervereinigung gab. Professor Dr. Andreas Rödder ging in seinem (1). „Newsweek“; 13. November 1989; S. 6;

Buch „Geschichte der deutschen Wiedervereinigung“, im Gegensatz zu den angelsächsischen Printmedien weder auf das SED - regimiekristische Verhalten des Generalsekretärs der KPdSU Michail Gorbatschow während seines Besuches zu den Feierlichkeiten zum 40 – jährigen Bestehen der DDR ein, noch befasste er sich mit den intensiver werdenden deutschlandpolitischen Diskurs der ersten Herbsthäfte 1989. Beides war aber von zentraler Bedeutung für den weiteren Verlauf der Ereignisse. Lediglich die Massenproteste der Menschen in der DDR gegen das Honecker – Regime führte der Professor für Neueste Geschichte an der Universität Mainz in seinem Buch „Geschichte der deutschen Wiedervereinigung“ auf

2.3 Egon Krenz

2.3.1 Reaktionen in den Printmedien

Leslie Colitt stellte den Honecker – Rücktritt vom 18. Oktober 1989 und die Gründe dafür in seinem Artikel ‚Honecker steps down in East Germany after protests‘ in der „Financial Times“ vom 19. Oktober 1989, so dar: „Veteran East following mass street demonstrations in support of political reforms. His successor Mr. Egon Krenz at 52 the youngest member of the politburo, immediately pledged a change in direction for the country. Having held a reputation until appointment was attacked by East German reformist groups. Mr. Honecker, 77, the man behind the building of the Berlin Wall, was released from all his functions yesterday by the Central Committee of the country’s Communist Party. Mr. Honecker’s retirement on grounds of health amounted to an ignominious departure only 11 days after he celebrated his country’s anniversary with the Soviet leader Mr. Mikhail Gorbachev. The presence of the reform – minded Mr. Gorbachev in East Berlin and massive dissatisfaction with the orthodox leadership triggerd growing demonstrations for reforms in East German cities. In addition tens of thousands of East Germans have fled to the West since August in an exodus that has both angered and embarrassed the East German leadership“ (1.) Ausserdem wurde in dem Artikel berichtet, dass neben Honecker weitere hohe DDR – Funktionäre wie das für Wirtschaftsfragen zuständige Politbürmitglied Günter Mittag und das für Propaganda und Medien zuständige Politbüromitglied Joachim Herrmann zum Rückzug aus dem Politbüro überredet wurden. Helmut Kohl und George H. Bush

(1.) „Financial Times“; 19. Oktober 1989; S.1;

wollten sich, nach Angaben von Leslie Colitt, noch kein Urteil über den Wechsel erlauben.

Zu der Person Egon Krenz wusste Ferdinand Protzman, unter der Überschrift ‚East German with new job‘, in der „New York Times“ vom 19. Oktober 1989 zu schildern: „On his first visit to West Germany in June, Egon Krenz and the members of his delegation spoke knowledgeably of choice foods, fine wines and the privileges of power“, three topics most of their compatriots can only dream about. „He was utterly unsympathetic“, said Brigitte Schulte, the parliamentary floor leader for the Social Democrats, who accompanied Mr Krenz on the two – day trip. „He struck me as the consummate apparatschick, a true child of the system, surrounded by the oldest advisers, the sort of people who would do anything. I was totally shocked“ (1.). Ferdinand Protzman stellte Egon Krenz in seinem Artikel letztlich als abgehobenen und unsympathischen kommunistischen Apparatschick dar.

Zu den ersten Amtshandlungen von Egon Krenz nach seiner Amtsübernahme berichtete Serge Schmemmann in der „New York Times“ vom 20. Oktober 1989, unter der Überschrift ‚New chapter promised by East German leader‘, im Kern, dass Egon Krenz einen schnellen Start hinlegte, in dem er eine Fabrik besuchte und sich mit Arbeitern austauschte und in dem er einer Forderung vieler Menschen in der DDR entgegenkam und den Entwurf eines neuen Reisegesetzes anordnete (2.). Serge Schmemmann zeigte in seinem Zeitungsbericht einige erste Reformschritte, wie das Anordnen eines neuen Reisegesetzes, von Egon Krenz auf.

Über den Stand der Wiedervereinigungsdebatte in Westdeutschland nach dem Amtsantritt von Staats- und Parteichef Egon Krenz in der DDR, schrieb Patricia Clough in ihrem Zeitungsbericht ‚West Germans believe new mood in East augurs reunification‘ im „Independent“ vom 21. Oktober 1989: „West German leaders are becoming increasingly convinced that at the far end of what is happening in East Germany in the Communist bloc lies a reunited Germany. They are equally convinced that it will be a Germany no – one need ever fear. This conviction has nothing to do with the removal of Erich Honecker as East German leader and his replacement by Egon Krenz, and very little to do with promises of a dialogue about solutions to the country’s problems. West German leaders are highly sceptical about the new show of flexibility which, they suspect, is a device to keep in power and buy time until the hoped

(1.) „New York Times“; 19. Oktober 1989; A 8;

(2.) „New York Times“; 20. Oktober 1989; A 12;

– for day when Mikhail Gorbachev is swept away in Moscow“ (1.). Patricia Clough vermeldete im „Independent“, dass in politischen Kreisen in Westdeutschland die Überzeugung anzutreffen sei, dass am Ende des derzeitigen politischen Prozesses in der DDR und in Osteuropa die deutsche Wiedervereinigung möglich wäre.

Des Weiteren berichtete Steve Crawshaw in seinem Artikel ‚East Germany’s refugees may return to homeland‘ im „Independent“ vom 21. Oktober 1989 über Angebote der neuen DDR – Führung zur Rückkehr von Flüchtlingen: „In a drastic bid to stem or even reverse the exodus of tens thousands of its citizens in recent weeks, East Germany said yesterday that those who had fled to the West would be allowed to apply to return. ... Yesterday’s statement from the East German Foreign Ministry said: „We need every man and every woman, and we are willing to find out and eradicate reasons that have led to so many people turning their backs on us“ (2.).

Zu der ersten Demonstration in Ost – Berlin seit dem Machtantritt von Egon Krenz, schrieb Henry Kamm den Zeitungsartikel ‚East Berliners march for democracy‘ in der „New York Times“ vom 22. Oktober 1989. Darin hies es: „Several thousand East Berliners marched hand – in – hand in a single line through the center of the city in the first demonstration for more democracy in East Germany capital since Egon Krenz replaced Erich Honecker as Communist party leader. The police did not interfere. ... Conversations with East Berliners since Mr Krenz replaced Mr Honecker indicate that it will take more than replacing one hard – line leader with another to calm the unrest that has erupted in the last month“ (3.). Aus dem Zeitungsbericht von Henry Kamm ging hervor, dass die Menschen mit Egon Krenz als neuem Machthaber nicht zufrieden waren und ihnen dessen Reformanstrengungen nicht weit genug gingen.

Hinsichtlich der Aussichten auf eine Politik in Richtung deutscher Wiedervereinigung mit Egon Krenz, war in dem Zeitungsartikel ‚Krenz gives Bonn reason to wait for reunification‘ von Serge Schmemmann in der „New York Times“ vom 22. Oktober 1989 zu lesen: „Already in his first few days in office, the new East German leader, Egon Krenz, has given West Germany what Communists news agencies like to call a „resolute rebuff“. Though he did not directly address reunification – the very term is largely taboo in a state that would vanish in a single Germany. Mr Krenz haughtily rejected tutelage from outside. He told church leaders it was important to preserve a

(1.) „Independent“; 21. Oktober 1989; S. 10;

(2.) „Independent“; 21. Oktober 1990; S. 10;

(3.) „New York Times“; 22. Oktober 1989; A 16;

separate East Germany, and he told workers that while he hoped to let them travel much more freely abroad, the automatic citizenship offered by West Germany still posed problems. Criticizing West Germany is nothing new among East German Communists“ (1.). Laut dem Zeitungsbericht von Serge Schmemmann war nicht davon auszugehen, dass Egon Krenz eine deutsche Wiedervereinigung anstrebte.

Über steigende Proteste auch in Ost – Berlin informierte Steve Crawshaw am 23. Oktober 1989 im „Independent“ unter der Titelüberschrift ‚For thousands in East Berlin, the times have yet to change‘: „Despite the attempts by the new leadership in East Berlin to persuade East Germans that things are now changing, popular protests are continuing, apparently undiminished. In East Berlin on Saturday, several thousand demonstrators ignored appeals from one of the country’s senior leaders to end the protest, and formed a human chain through the city center“ (2.). Steve Crawshaw berichtet von einer immer stärker werdenden Protestbewegung in Ost – Berlin.

Am 24. Oktober 1989 brachte Steve Crawshaw den Aufmacher im „Independent“ ‚250.000 march in Leipzig as East German turmoil grows‘. Darin war im Besonderen zu lesen, dass am vorherigen Tag 250.000 Menschen durch die Straßen von Leipzig marschierten und tausende in drei weiteren Städten protestierten, was den größten Protest der bisherigen friedlichen Revolution in der DDR. Dies war ein klares Zeichen, dass der politische Druck für Reformen in Ostdeutschland nicht nach dem Führungswechsel in der vorangegangenen Woche vorbei ist (3.). Es wurde offenkundig, dass alle Protestrekorde in der DDR mit jeder weiteren Montagsdemonstration in Leipzig gebrochen wurden.

‚Dialogue with New Forum begins‘ lautete der Artikel, den Patricia Clough über die Aufnahme von Gesprächen zwischen der DDR – Staatsführung und der Bürgerrechtsbewegung „Neues Forum“ am 27. Oktober 1989 im „Independent“ brachte. Darin hieß es im Kern: „East Germany passes another milestone yesterday when the Communist leadership had its first official meeting with representatives of the opposition. Professor Jens Reich, a molecular biologist, and Sebastian Pflugbeil, a physicist, both members of the main reformist group, New Forum, had talks with Günter Schabowski, one of the more liberal members of the Politbüro, at party

(1.) „New York Times; 22. Oktober 1989; A 2;

(2.) „Independent“; 23. Oktober 1989; S. 8;

(3.) „Independent“; 24. Oktober 1989; S.1;

headquarters. For weeks, the regime had insisted that change could be discussed only through normal party channels“ (1.). Mit dem Zugehen der DDR – Staatsführung auf die Bürgerrechtsbewegung „Neues Forum“ wurde ein neuer politischer Umgangsstil der SED mit politisch Andersdenkenden immer deutlicher.

Jill Smolowe ging mit dem Artikel ‚Trading Places‘ in der „Time“ vom 30. Oktober 1989 auf den Machtwechsel in der DDR von Erich Honecker zu Egon Krenz am 18. Oktober 1989 ein. Sie teilte den Lesern der „Time“ mit, dass zwar gesundheitliche Gründe für den Abtritt Honeckers von der SED angegeben wurden. Doch, so schrieb die Journalistin weiter, sei der wahre Grund in der Flüchtlingskrise und in den auch nach außen hin populärer werdenden Reformforderungen von Menschen, die die DDR nicht verlassen wollten, zu sehen. Die US – Journalistin beschrieb Egon Krenz nicht als den Reformführer der DDR, sondern als Übergangsfürer. Außerdem wurden in dem „Time“ - Artikel die ersten Amtshandlungen des neuen DDR – Staats- und Parteichefs dargestellt, die doch einige Neuerungen was Offenheit angeht, im Vergleich zu seinem Vorgänger hatten: „While Krenz acknowledged that „problems in recent months have not been sufficiently assessed“, he stated that the party would maintain firm control. „Socialism“, he said, „is not negotiable“. His only conciliatory gesture was a hint that travel restrictions might be relaxed. At the same time, he encouraged East Germans to stay home, and admitted that the flight of 135.000 citizens this year was a „draining of life – blood“ that amounted to „a human, political and economic loss“. The next day, however, Krenz went on a good – guy offensive that favorably impressed his critics. He was shown on television chatting, Gorbachev – style, with factory workers in East Berlin“ (2.). Auf die Reaktionen der ostdeutschen Opposition und führender westdeutscher Politiker wurde in dem „Time“ – Artikel folgendermaßen eingegangen: „Others were not ready to give Krenz the benefit of the doubt. „It makes one fearful when, again, one person is taking on the three positions formerly held by Honecker“, said Bärbel Bohley, a cofounder of New Forum, the largest of the new reform groups. The night after Krenz’s walk about, more than 20.000 people demonstrated in Dresden, signaling that the pressure for democratic reform would continue“ (2.).

Patricia Clogh schilderte im „Independent“ vom 31. Oktober 1989 ebenfalls, die weiterhin stark anwachsende Demonstrationsbewegung bei den Montagsdemonstrationen in Leipzig unter dem Titel ‚Half a million demand reform in

(1.) „Independent“; 27. Oktober 1989; S. 10;

(2.) „Time“; 30. Oktober 1989; S. 32 ff

latest Leipzig demonstration': „People power surged through the streets of Leipzig last night. Mightier, more confident and more impatient for change than ever before. ... It was the biggest of the new customary Monday demonstrations in Leipzig and therefore the biggest in East Germany so far. „The whole of the city is full“, a Protestant church source said. And subtly the message on the banners and in the rhythmic chanting of the crowds was changing – the people are tiring of talk and want action“ (1.).

Am 3. November 1989 befasste sich die „Church of England Newspaper“ in dem Artikel ‚Christians show little support for Krenz‘ von Jonathan Mortimer mit der Einstellung der Christen in der DDR zu dem neuen DDR – Staats- und Parteichef Egon Krenz. So war zu seiner Person zu lesen, dass der neue Staats- und Parteichef Egon Krenz wenig Sympathie in der Bevölkerung der DDR. Die Zeitung ging auch darauf ein, dass Krenz die blutige Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung am 4. Juni 1989 enthusiastisch unterstützt hatte (2.). Für die anglikanische Kirchenzeitung hatte Egon Krenz wenig Vertrauen bei den Christen in der DDR.

Michael Meyer beschäftigte sich unter der Überschrift ‚Egon, here we come‘ in der „Newsweek“ vom 13. November 1989 mit der größten Demonstration zur Wende in der DDR am 4. November 1989 in Ost – Berlin: Einleitend schrieb er: „Change is coming to East Germany, and it is coming with the force of an avalanche. When several thousand protesters began a march outside East Berlin's state television headquarters last Saturday, they had no idea were starting one of the biggest demonstrations in European history. As they paraded through the streets nearly two thirds of the city's population turned out to join them. „Freedom“, they chanted. „Democracy“. They waved banners: „Egon, here we come“ – a warnsign to the country's new leader, Egon Krenz, that the people were on the rise. By the time the crowd reached the Alexanderplatz, a central square half a mile from the Berlin wall, they numbered close to a million. To thunderous applause, protesters demanded free elections, freedom of the press and an end to the police state“ (3.). Doch über der Demonstration schwebte auch nach wie vor die Angst vor einer chinesischen Lösung, wie dies das blutige Massaker an der chinesischen Demokratiebewegung durch die massenmörderische chinesische Staatsführung vom 4. Juni 1989 vorgemacht hatte und was auf Sympathie in der DDR – Staats- und Parteiführung um Erich Honecker und Egon Krenz gestoßen war. Hinsichtlich der Reformbemühungen von Egon Krenz berichtete der „Newsweek“ –

(1.) „Independent“; 31. Oktober 1989; S.12;

(2.) „Church of England Newspaper“; 3. November 1989; S.7;

(3.) „Newsweek“ 13. November 1989; S. 12;

Artikel, dass sich die DDR – Bewohner im staatlichen Fernsehen offener äußern konnten und die offiziellen Printmedien Interviews mit Oppositionellen herausbrachten. Auch versprach Egon Krenz die Schaffung eines Verfassungsgerichts sowie die Legalisierung alternativer sozialer Gruppen. Die Stimmung unter den Bürgern bezüglich der Person Egon Krenz gab Michael Meyer in seinem Artikel als vorsichtig und skeptisch wieder.

In der „Financial Times“ vom 6. November 1989 berichtete Leslie Colitt unter dem Titel: ‚East Germany eases travel curbs‘ über Reiseerleichterungen für DDR – Bürger: „East Germany yesterday announced a relaxation of its rules on foreign travel as a fresh wave of up to 15.000 East German refugees descended on West Germany. With the communist regime on the defensive, a minister called for resignation of the entire party Politbüro to allow Mr Egon Krenz the recently appointed leader, to push for democratic reforms. The easier travel laws will mean that every East German will be entitled and can get a visa for trips abroad for up to 30 days a year, with extensions if necessary. Visa applications will be handled within 30 or within three days or less in urgent cases. Mr Friedrich Dickel, the Interior Minister, said the measures would go to parliament for approval by December 20 and were expected to go into force by the end of the year. He also suggested that East Germany would abolish the crime of fleeing the republic by saying nobody would be punished for seeking to emigrate. People would be punished only if they directly violated the borders – an apparent reference to attempts to scale the Berlin Wall“ (1.). Des Weiteren kam in dem Artikel klar zum Ausdruck, dass trotz der zaghaften Reformschritte, die Unzufriedenheit mit dem SED – Regime weiter anhielt und dadurch die Flüchtlingskrise nicht abflaute. Schliesslich sah sich die DDR – Führung genötigt ihren Bürgern die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland über die Tschechoslowakei zu gestatten. Hinsichtlich der Belastungen bezüglich der Flüchtlingskrise für Westdeutschland und Hilfsangeboten der US - Regierung schrieb die „Financial Times“, dass US – Präsident Bush angeordnet hatte, Westdeutschland zu helfen, falls die Flüchtlingskrise Chaos verursachen würde.

Robert J. McCartney schrieb in der „Washington Post“ am 7. November 1989 einen Artikel mit der Überschrift ‚German migration worrying Bonn‘, in dem es um die Herausforderungen für Westdeutschland ging, die der Massenexodus aus der DDR verursachte. Außerdem stellte der Journalist die Lage in der DDR dar. So war in dem

(1.) „Financial Times“; 6. November 1989; S.1;

Artikel zu lesen: „As thousands of East German refugees continue to pour into West Germany, politicians and labor leaders who must cope with the influx warned today that a massive new immigration would be hard to absorb and would aggravate West German unemployment and housing shortages. ... In the Communist state, meanwhile, there was little sign that liberalizing initiatives announced by the government have begun to satisfy widespread demands for greater freedom. ...While some East Germans welcomed a proposed law that would permit some travel to the West for those who wish to continue living in the East, the country's loosely organized political opposition movement declared today that the measure fell far short of fundamental political change“ (1.). Die Reaktionen auf das geplante Reisegesetz waren unterschiedlich. Während systemnahe Kreise in der evangelischen Kirche in der DDR um den Ost – Berliner Bischof Werner Leich (2.) darin einen Schritt sahen, auf dem weiter gegangen werden sollte, kam von mehreren Oppositionsgruppen Kritik, dass die Regierung weiterhin nur Reisen von bis zu 30 Tagen im Jahr in westliche Länder erlauben wolle und die Regierung nicht verrate, woher die Reisenden harte Währung für ihre Reisen hernehmen sollten.

(1.) „Washington Post“; 7. November 1989; A1 und A 21;

(2.)Werner Leich

„Werner Leich wurde am 31. Januar 1927 im thüringischen Mühlhausen geboren. Seinen Dienst in der Thüringer Landeskirche begann er 1951 als Vikar in Angelroda bei Arnstadt. Von 1954 bis 1969 war Leich Pfarrer in Wurzbach und Oßla bei Lobenstein, von 1969 an Superintendent in Lobenstein. 1966 bis 1977 war er 1.Vorsitzender der Lutherischen Bekenntnisgemeinschaft der Thüringer Kirche. 1977 wurde er von der Landessynode zum Landesbischof gewählt. Im Mai 1978 trat Werner Leich die Nachfolge von Landesbischof Ingo Braecklein an. Von 1980 bis 1983 leitete er das Lutherkomitee der Evangelischen Kirchen. Von 1983 bis 1986 war Leich Leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche der DDR und von 1986 bis 1990 Vorsitzender der Konferenz der Kirchenleitungen in der DDR, dem Leitungsorgan des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Anlässlich des Lutherjahres 1983 erhielt Leich die Ehrendoktorwürde der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 1984 die Franklin D. Roosevelt Four Freedoms Medal. 1989 verlieh ihm die Theologische Akademie Budapest die Ehrendoktorwürde, ebenso 1990 die Wittenberg University Springfield/ Ohio. Im selben Jahr bekam Werner Leich den Wittenberg-Preis des Lutherinstituts Washington D.C.“ (2.).

Zu (2.) www.ekmd.de/presse/pressemitteilungen/archivpressestelleerfurt/34713.html vom 16. Juni 2017;

surge of emigration to West Germany , the measure seemed to attract little excitement. „Travel is not the primary problem any more“, said Sebastian Pflugbeil, a founding member of the opposition movement ‚New Forum‘. „Too many have left the country already. The leadership must take other steps to prove that it is earnest in its reform efforts“ (1.). Die Stellungnahme von Sebastian Pflugbeil vom Neuen Forum zeigte die nach wie vor bestehende Unzufriedenheit mit dem SED – Regime und das Verlangen nach noch weitergehenden Reformen unter den Menschen in der DDR auf.

Robert Pear informierte die Leser der „New York Times“ mit seinem Zeitungsbericht ‚U.S. considers East German measures inadequate‘ am 7. November 1989, dass die politische Elite in Washington D.C. das neue Reisegesetz und die bisherigen Reformanstrengungen der DDR – Führung für noch nicht ausreichend hielt. So war dazu zu lesen: „Bush Administration officials said that the situation in East Germany was unstable and unpredictable because the steps taken by the country’s new leadership were inadequate to end the turmoil there. The State Department reacted coolly to measures announced by Egon Krenz, the East German leader, that would allow East Germans to travel outside their country for up to 30 days a year“ (2.).

Einem weiteren wichtigen Revolutionsereignis, nämlich dem Rücktritt der DDR – Regierung unter dem Altstalinisten Willi Stoph am 7. November 1989 schenkte Robert J. McCartney mit dem Artikel ‚East German cabinet steps down‘ in der Ausgabe der „Washington Post“ vom 8. November 1989 Beachtung: „East German Prime Minister Willi Stoph and his entire 44 – member cabinet resigned today in an apparent bid to persuade a skeptical nation that the embattled Communist leadership is serious about breaking with the past to carry out its avowed goal of socialist renewal. Stoph and the rest of the cabinet stepped down in the face of massive, almost nightly demonstrations throughout East Germany for fundamental democratic change and the continuing flight of more than 4000 citizens a day to the West. No official explanation was given for the action, but the government struck a plaintive note in a statement that urged all East Germans to continue working, to maintain public order and not to flee the country“ (3.). In diesem Zeitungsartikel wurde abermals deutlich, dass die Machtbasis der DDR – Führung dermaßen erschüttert war, dass immer mehr Teile von ihr abtreten mussten.

(1.) „New York Times“; 7. November 1989; A 14;

(2.) „New York Times“; 7. November 1989; A 13;

(3.) „Washington Post“; 8. November 1989; A1;

Fazit

Die meisten Printmedien im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika erwarteten von Egon Krenz an der Spitze der DDR nicht viel, zum Teil wurde er nur als Übergangslösung bezeichnet, wie beispielsweise bei Jill Smolowe in dem Artikel ‚Trading Places‘ in der „Time“ vom 30. Oktober 1989. Dennoch wurde seinen Reformbemühungen viel Aufmerksamkeit zu Teil, so zum Beispiel der Zeitungsartikel von Serge Schmemann in der „New York Times“ vom 20. Oktober 1989, unter der Überschrift ‚New chapter promised by East German leader‘. Auch wurde Egon Krenz nicht als Mann für die Wiedervereinigung gesehen wie der Zeitungsartikel ‚Krenz gives Bonn reason to wait for reunification‘ von Serge Schmemann in der „New York Times“ vom 22. Oktober 1989 belegte. Dennoch berichtete Patricia Clough in ihrem Zeitungsbericht ‚West Germans believe new mood in East augurs reunification‘ im „Independent“ vom 21. Oktober 1989, dass sich Bonner Politiker wieder mehr Hoffnung auf eine deutsche Wiedervereinigung nach dem Machtwechsel in der DDR machten. Außerdem wurde sowohl über die weiterhin stark anwachsende Demonstrationenbewegung bei den Montagsdemonstrationen in Leipzig, unter dem Titel ‚Half a million demand reform in latest Leipzig demonstration‘ von Patricia Clough im „Independent“ vom 31. Oktober 1989 informiert als auch über die größte Demonstration in der Geschichte der DDR auf dem Ost - Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989, wie in der „Newsweek“ vom 13. November 1989 unter dem Titel ‚Egon, here we come‘. Schließlich fand auch der Entwurf eines neuen Reisegesetzes Beachtung in den angelsächsischen Printmedien wie die Zeitungsberichte von Leslie Colitt in der „Financial Times“ vom 6. November 1989 unter dem Titel ‚East Germany eases travel curbs‘ oder Robert Pear mit der Überschrift ‚U.S. considers East German measures inadequate‘ am 7. November 1989 in der „New York Times“ belegen.

2.3.2 Kommentare zum Machtwechsel in der DDR

Hinsichtlich des Endes der Ära von Erich Honecker war im Leitkommentar ‚East Berlin bows to pressure‘ des „Independent“ am 19. Oktober 1989 zu lesen: „In any event, the pessimists have been routed. It may now be hoped that the GDR’s leadership – and before long, Czechoslovakia’s will lift the dead hand of the state from the daily lives of their people. Even the best intenoined reforms may however prove too little and too late to keep abreast of the pace of change. The GDR is also unique in being only part

of a nation. Without communism, it would lose its justification for an existence separate from the Federal Republic, and seem merely an unsuccessful sibling. Successful reforms could thus ultimately prove fatal“ (1.). Im „Independent“ wurde mit dem Honecker – Abtritt die DDR - Existenfrage verstärkt aufgeworfen.

Leslie Colitt charakterisierte in seinem Artikel ‚East Germany braced for rule by the hardliner nobody loves‘ für die „Financial Times“ am 19. Oktober 1989 den neuen Staats- und Parteivorsitzenden der DDR, Egon Krenz, so: „Mr Egon Krenz who succeeded Mr. Erich Honecker yesterday as the East German Party leader and President comes to power with the ominous reputation among the East Germans of being even more of a hardliner than his 77 – year – old mentor. Mr Krenz is faced with rising popular unrest and an organised opposition movement which could soon put his reputation to the test. However, the choice of the 52 – year – old Mr. Krenz, who suffers from diabetes, was a logical one for the arch – conservative Politburo“ (2.).

Leslie Colitt beschrieb den neuen Mann an der Spitze der DDR als denjenigen der alles versuchen würde, die Machtrolle der SED zu verteidigen. Im weiteren Verlauf des „Financial Times“ – Artikels wird dargestellt, dass Krenz zwar die blutige Niederschlagung des Pekinger Studentenaufstands gut hies, aber die Sicherheitskräfte, für die er verantwortlich war, während der Leipziger Montagsdemonstrationen zurückhielt, und nicht wie am 7. Oktober 1989 vor der Ost – Berliner Gethsemane – Kirche, hart durchgreifen lies. Auch wurde erwähnt, dass er als Verantwortlicher für die Freie Deutsche Jugend, der SED – Jugendorganisation keinen wirklichen Kontakt zu den Jugendlichen in der DDR hatte und somit auch nichts von der frustrierten Stimmung unter den Jugendlichen und den jungen Erwachsenen mitbekam, die zu zehntausenden im Sommer 1989 in den Westen flüchteten.

Zu dem Stabwechsel in der DDR Staats- und Parteispitze vom 18. Oktober 1989 meinte die „Washington Post“ am 19. Oktober 1989 unter der Überschrift ‚East Germany changes hands‘: „East Germany astonishingly, has been ruled by only two men in its 40 years as a state. Both considered themselves to be the loyal viceroys of the Soviets, but both ultimately fell they were more rigidly Stalinist than the Soviets turned out to be. The first, Walter Ulbricht, was removed by Moscow in 1971 when he stubbornly resisted the accommodations that the Soviets were working out with the West Germans. The second, Erich Honecker, was dropped yesterday because he had no answer but rigid resistance to a pressure for reform that had started in the Soviet Union

(1.) „Independent“; 19. Oktober 1989; S. 28;

(2.) „Financial Times“; 19. Oktober 1989; S. 2;

itself. No doubt Mr. Honecker considers his career up to the past few weeks, to have been success. East Germany ensures everyone a job, a place to sleep and enough to eat – unlike the Germany of Mr. Honecker's youth 60 years ago“ (1.). In dieser Zeitungsanalyse der „Washington Post“ wurde besonders darauf hingewiesen, dass die DDR in den letzten 40 Jahren von zwei Stalinisten regiert wurde, die im Wesentlichen und bis zuletzt immer rigider waren als die sowjetischen Diktatoren seit dem Tode Stalins 1953 selber.

John Kay kommentierte den Wechsel an der DDR – Staats- und Parteispitze von Erich Honecker zu Egon Krenz in der Boulevardzeitung „Sun“ am 19. Oktober 1989 unter der Überschrift ‚Hard – Man Honecker out! ‚Kid‘ Krenz in‘: „Hated East German leader Erich Honecker was axed yesterday in a masterminded by Russian supremo Mikhail Gorbachev. His successor was named as Egon Krenz, 52, the youngest member of the ruling Politbüro – average age 67. And Krenz immediately pledged big reforms. ... Krenz is a Communist hardliner, like Honecker, who ruled the country 18 years. The former security chief was Honecker's choice as „crown prince“. But he knows he must make changes if the Communist regime is to survive in the future of mass demands of democracy. In the last six weeks. 50.000 people have fled to the West and huge demos have swept major cities“ (2.). Auch das britische Boulevardblatt „Sun“ beschäftigte sich mit dem Führungswechsel an der DDR Staats- und Parteispitze und gab einen knappen Hinweis auf die Umstände, die die Grundlage für das Ende der Honecker – Diktatur darstellten.

‚East Berlin must move‘ war die Überschrift des Kommentars von Flora Lewis in der „New York Times“ vom 22. Oktober 1989, in der sie die Notwendigkeit für die DDR – Führung herausstellte, zügig Reformen durchzuführen, da ansonsten der ganze osteuropäische Transformationsprozeß aufgrund von politischen Turbulenzen in der DDR gefährdet sei. Dazu führte die Autorin konkret aus: „But the immediate German question which could be decisive in rulling out future options, is how much time the regime has to catch up with demands for reform. ... They don't have as long to learn as those who began reforming earlier. That's the critical danger. Nobody wants East Germany to exploide in turmoil, not West Germans, not Russians or Poles, not Americans or the French, or other Western Europeans. It would upset the whole process of European transformation, with dangerous political – strategic

(1.) „Washington“ Post; 19. Oktober 1989; A 26;

(2.) „Sun“; 19. Oktober 1989; S.8;

consequences“ (1.).

Russell Watson charakterisierte Egon Krenz in seiner „Newsweek“ – Darstellung , A model apparatchik‘ vom 30. Oktober 1989 so: „Until last Wednesday, Krenz, 52, was Honecker’s man. He followed the same path to power: Years as an official in the Communist youth movement and then a promotion to the Politburo and authority over the security apparatus. According to communist sources, the two men had almost a father – son relationship. Unlike his austere mentor, Krenz is vigorous and outgoing, though he is widely believed to be a heavy drinker and a diabetic. Krenz is evidently decided not to hold out in Honecker’s bunker. „We have to see and react to the times; otherwise life will punish us“, he declared last week – using almost exactly the same words that Gorbachev spoke in East Berlin less than two weeks before“ (2.). Für Russel Watson stellte Egon Krenz ein politisches Ziehkind Erich Honeckers dar.

Fazit

Die Kommentare über den Nacfolger von Erich Honecker an der DDR – Spitze waren negativ in den Printmedien sowohl im Vereinigten Königreich als auch in den Vereinigten Staaten von Amerika. Russel Watson charakterisierte in der „Newsweek“ vom 30. Oktober 1989 unter der Überschrift , A model apparatchik‘ sogar als Alkoholiker und Diabetiker. Die Notwendigkeit für die Staatsführung der DDR unter Egon Krenz Reformen in der DDR voranzutreiben untermauerte Flora Lewis in ihrem Kommentar ‚East Berlin must move‘ in der „New York Times“ vom 22. Oktober 1989, da ein implodieren der DDR, ihrer Meinung nach, gefährlich für ganz Europa sei. Egon Krenz wurde in den Printmedien, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika nicht positiv bewertet, da er zuvor ein Teil des Unterdrückungssystem von Erich Honecker als zweiter Mann im Staate war. Auch wenn seine Reformschritte Beachtung fanden, so wurde der weiterhin anwachsenden Demonstrationsbewegung und dem nicht versiegenden Flüchtlingsstrom aus der DDR die höhere Aufmerksamkeit eingeräumt. Des Weiteren wurde in der Berichterstattung, der Kritik, an dem von ihm veranlassten Entwurf zu einem liberaleren Reisegesetz für die DDR, ein bedeutenderer Stellenwert zugestanden. Auch im Einklang mit der Berichterstattung in den angelsächsischen Medien sind die Einlassungen von Andreas Rödder in seinem Buch „Geschichte der

(1.) „New York Times“; 22. Oktober 1989; A 23;

(2.) „Newsweek“; 30. Oktober 1989; S.11;

deutschen Wiedervereinigung“ darin zu sehen, dass „einen Tag nach dem Politbüro das Zentralkomitee der SED tagte, das Egon Krenz zum neuen Generalsekretär wählte. Dieser versprach eine Wende und Dialog unter zwei Bedingungen, nämlich erstens „den Sozialismus und keine gemeinsamen Errungenschaften preiszugeben“ und zweitens die DDR als „souveränes Land“ zu erhalten. Krenz hoffte, so der Historiker, mit einigen inhaltlichen Korrekturen die inhaltliche Initiative wiedergewinnen zu können. Die Entwicklung lief allerdings in die entgegengesetzte Richtung, denn Honeckers Sturz beschleunigte den Erosionsprozess der SED – Herrschaft, nach Ansicht des Mainzer Zeitgeschichtlers, nur noch mehr“ (1.).

(1.) Rödder, Andreas; 2011; S.31;

3 Der 9. November 1989

3.1 Der 9. November 1989 und die internationalen Reaktionen

3.1.1 Positive Reaktionen

Über die unmittelbaren Reaktionen auf den Fall der Mauer im politischen Establishment in den Vereinigten Staaten in Washington D.C. berichtete David Hoffman in der Ausgabe der „Washington Post“ vom 10. November 1989 unter dem Titel ‚Bush hails dramatic decision‘, dass Präsident Bush die Entscheidung der DDR-Führung begrüße alle Reisebeschränkungen für die Menschen in der DDR aufzuheben. Gleichzeitig war in dem Zeitungsartikel zu lesen, dass es für den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu früh sei über eine Wiedervereinigung zu reden, aber die Berliner Mauer nun keine Bedeutung mehr hätte (1.). David Hoffman schrieb letztlich, dass Präsident Bush die historischen Ereignisse in Berlin besonnen kommentierte. Weiter teilte der Journalist seinen Lesern mit, dass der Pressesprecher des Pentagon, Pete Williams informiert habe, dass zwei Kontingentkrankenhäuser der U.S. Armee und einige Gebäude auf Militärbasen in Westdeutschland als Unterkünfte für bis zu 980 Flüchtlinge aus Ostdeutschland für bis zu sechs Monate zur Verfügung gestellt würden. Wichtig war dem US – Präsidenten, laut dem Zeitungsartikel, die sowjetische Regierung nicht zu provozieren und den Ereignissen ihren Lauf zu lassen.

Zum Berliner Mauerfall war mit freudigem Unterton der Zeitungsbericht ‚East Berliner sums it up‘ in der „Arkansas Gazette“ vom 10. November 1989 zu lesen: „Communist East German in an astonishing attempt to pacify its restive citizens, Thursday opened the 28 – year – old Berlin Wall, the ultimate symbol of Cold War division. The embattled government stunned by world dropping all restrictions on travel to the West and opening all its borders in an action that will allow all its 16.4 million citizens to move about freely. Late Thursday and early today, thousands of exultant East Germans poured through Berlin checkpoints and entered the West at other crossings. Jubilant people danced atop the wall, a sight unthinkable only hours earlier“ (2.)

‚Wall of shame becomes a relic‘ lautete die Überschrift eines weiteren Zeitungsartikels zum Ende der Berliner Mauer in der „Arkansas Gazette“ vom 10. November 1989 von

(1.) „Washington Post“; 10. November 1989; A 37 und A 39;

(2.) „Arkansas Gazette“; 10. November 1989; S.1;

Larry Eichel, der auch auf die bisherige mörderische Wirklichkeit der DDR – Grenzanlagen einging. So war hier zu lesen: „On the night of February 6, 1989, border guards shot and killed a 20 – year – old – worker trying to scale the Berlin Wall. Chris Gueffroy was the 77th East German to lose his life trying to escape from his country since the 28 – mile barrier of concrete and electrified razor – wire went up in 1961. ... During the past 28 – years, the jagged, gray, wall that divides Berlin has come to be the embodiment of the term „Iron Curtain“ and the symbol of the Cold War itself. Now it seems well on its way to becoming a relic“ (1.).

Über die freudige Stimmung in Berlin, gab auch der Zeitungsbericht ‚Let us have a beer over there‘, von Alison Smale in der Arkansas Gazette vom 10. November 1989 Auskunft. Darin war aufgeführt: „There were wild scenes at Checkpoint Charlie, the most famous crossing in the infamous Berlin Wall, when hundreds of East Germans arrived Thursday night and tried to get through. Minutes after West German television said it had heard East Germans were allowed to cross at Checkpoint Charlie, about 300 East Berliners arrived carrying only their identity papers. Watched by cheering West Berliners, waving from 50 yards away, the East Germans tried to persuade their border police to let the through. „I just want to go over and have a good time“, one man said. „We’ve got to get back to work tomorrow“. „Let us have a beer over there“, a woman said. “We’ll come back“ (2.).

Auch in der „Pacific Daily News“ war am 11. November 1989 ein Zeitungsartikel mit positiver Berichterstattung über die Berliner Maueröffnung zu finden. Unter der Überschrift ‚East Germany opens borders‘ hieß es: „East Germany opened the Berlin Wall and its other borders Thursday, and its cheering citizens crossed freely to the West for the first time since 1961. Hundreds of people danced on the wall. Late Thursday and early Friday, exultant East Germans coursed through Berlin Wall checkpoints and others entered West Germany at border crossings. Near Brandenburg Gate, East Germans raced through streams of police water cannons and where pulled up the wall by young West Germans atop it. Some Germans used hammers to chip away at the barrier for keepsakes or in their own small way try to destroy the infamous symbol of East – West division“ (3.).

Einen Artikel hinsichtlich der Kritik an Präsident Bushs Verhalten zum Mauerfall brachte die „Washington Post“ mit der Autorin Helen Dewar unter der Überschrift ‚Mitchell urges

(1.) „Arkansas Gazette“; 10. November 1989; A 4;

(2.) „Arkansas Gazette“; 10. November 1989;

(3.) „Pacific Daily News“; 11. November 1989; S. 2;

Bush to visit West Berlin‘ am 14. November 1989 heraus: „Senate Majority Leader George J. Mitchell (Democrats - Maine) called yesterday on President Bush to go to West Berlin to „acknowledge the tremendous significance of the symbolic destruction of the Berlin Wall and to give voice to the exhilaration felt by all Americans“, at the historic event“ (1.).

Fazit

In den ersten Tagen nach dem Mauerfall gab es besonders in den Vereinigten Staaten von Amerika eine zum Teil euphorische Berichterstattung über die Ereignisse in Berlin vom 9. November 1989. Besonders auffallend war die „Arkansas Gazette“ aus Little Rock, Arkansas, die für eine Regionalzeitung in den Vereinigten Staaten eine sehr umfangreiche und zunächst sehr euphorische Berichterstattung brachte, wie in den Berichten ‚East Berliner sums it up‘ und ‚Let us have a beer over there‘ vom 10. November 1989. Offenbar war die Stimmung in den Vereinigten Staaten von Amerika zu den Ereignissen in Berlin aus der Sicht des damaligen demokratischen Mehrheitsführer im Senat, George Mitchell, so positiv, dass, laut dem Zeitungsbericht der „Washington Post“ vom 14. November 1989, ‚Mitchell urges Bush to visit West Berlin‘, dieser, den sich besonnen und zurückhaltend gebenden republikanischen US – Präsidenten Bush aufforderte nach Berlin zu reisen und den Berlinern die Begeisterung der US – Amerikaner für die Vorgänge in ihrer Stadt mitzuteilen.

3.1.2 Ängste und Bedenken in den Printmedien

Über die Haltung der politischen Führung in Washington D.C. zu der DDR – Grenzöffnung stand in dem Zeitungsartikel ‚U.S: worry rises over Europe’s stability‘ von Thomas L. Friedman, in der „New York Times“ vom 10. November 1989, dies: „President Bush hailed East Germany’s opening of its border as a good development. But privately his administration is growing concerned that the postwar European order is coming apart before any new structure has been established. Speaking at an inpromptu news conference at the White House after being briefed on the day’s developments. Mr Bush said, „Of corse, I welcome the decision by the East German leadership to open the

(1.) „Washington Post“; 14. November 1989; A 40;

borders to those wishing to emigrate or travel“ ... The upbeat tone of the President’s remarks was in contrast of the deeper concerns in the Administration over the uncertainty of what may happen next in East Germany, in relation between the two Germanys and in Europe as a whole. The entire structure of the postwar European order, which maintained stability for the last 40 years, has been based on a divided Germany“ (1.). Für Thomas L. Friedman äußerte der 41. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika zwar seine Freude über die Grenzöffnung der DDR, gleichzeitig berichtete er aber über Sorgen in der US – Administration über die Nachkriegsstabilität in Europa, die, so schrieb der Journalist der „New York Times“, auf der Teilung Deutschlands fußte.

Speziell zu den sowjetischen Reaktionen zur DDR – Grenzöffnung berichtete David Remnick unter der Überschrift ‚Soviets accept Wall’s fall, not reunification‘ in der „Washington Post“ vom 11. November 1989, dass die sowjetische Führung die Grenzöffnung zwar begrüßte, aber eine Wiedervereinigung ablehnte. So schrieb der Reporter: „The Soviet Union today welcomed what it called the „virtual destruction of the Berlin Wall“ but warned that it would not tolerate the reunification of the two German states or an East German departure from the military alliance. Moscow’s position against reunification clashes sharply taken with that by West German chancellor Helmut Kohl who spoke in West Berlin tonight of the „unity of the German nation“. Foreign Ministry spokesman Gennadi Gerasimov said that while East Germany’s historic decision to permit its citizens to travel and emigrate freely to the West is causing a „brain drain“ and „could“ lead to economic and political instability in Europe, the decision was a positive development that „destroyed all the stereotypes about the Iron Curtain“ (2.). Aus dem Artikelabschnitt ging ganz klar hervor, dass die sowjetische Führung zu diesem Zeitpunkt noch nichts von der Wiedervereinigung wissen wollte.

Unterdessen versuchte die Bundesregierung Ängste der Ungarn und Polen zu zerstreuen, sie würde sich nur noch mit den Herausforderungen in der DDR beschäftigen, wie John Tagliabue in seinem Zeitungsartikel ‚Bonn seeks to allay fears of Poland and Hungary‘ am 12. November 1989 in der „New York Times“ darlegte: „As Eastern Europe struggles to grasp the breadth and depth of events in Berlin, West Germany is trying to calm apprehension among Eastern European governments most inclined to liberalization that Bonn’s renewed fixation with East Germany might deflect attention from their own needs. These governments are worried that Bonn’s offer this

(1.) „New York Times“; 10. November 1989; A 16;

(2.) „Washington Post“; 11. November 1989; A 23;

week to provide East Germany with a new dimension of economic aid comes at the expense of investment in their own decrepit factories and industries. And they cannot yet grasp the consequences of the possible re – emergence, in the heart of Europe, of 77 million united Germans generating roughly one – third of the continents economic – might“ (1.).

Edward Cody berichtete in seinem Artikel ‚Notion of one Germany stirs unease in Europe‘ in der „Washington Post“ vom 13. November 1989, am Beispiel der Niederlande über die Ressentiments vieler Menschen, die den Zweiten Weltkrieg in den von der deutschen Wehrmacht besetzten Ländern überlebt hatten, gegenüber einer deutschen Wiedervereinigung. So schrieb er unter anderem: „A Dutch journalist recalled, for example, that he refused to vacation in West Germany for 30 years after the war, seared by memories from his time in a Nazi prison camp. At his wife’s urging, he finally relented, he said – only to fall into a furious historical argument with a businessman on his first evening in a German bar. Partly because he speaks Dutch with a German accent, the Dutch often have complained of Prince Bernhard, the husband of Juliana, the queen mother. ... In addition, despite its position as a neighbor of Germany and a prewar appreciation of German culture, the Netherlands had not looked to German political tradition, which entered only with Panzer divisions in May 1940 and left a lasting impression during five years of occupation. The Dutch, like the British, French and other Europeans who faced Hitler’s Germany, therefore found comfort in the fact that Germany was split in two at the end of the war“ (2.). Auch aus diesem Bericht der „Washington Post“, gingen vorhandene Ressentiments in den westeuropäischen Nachbarstaaten Westdeutschlands gegenüber einer deutschen Wiedervereinigung deutlich hervor.

Joel Brinkley informierte die Leser der „New York Times“ am 13. November 1989 über die Haltung Israels zur DDR – Grenzöffnung unter der Überschrift ‚Israelis speak of misgivings over Germany‘ wie folgt: „While much of the rest of the world rejoices, Israelis are watching events in Germany with a wariness born of bitter memories. The moment it appeared that East Germany might draw closer to the Western world, Israeli officials reacted not with welcome but with warning. They said Israel would never open diplomatic relations unless East Germany formally apologized for the German role in the genocide and entered into a war reparation agreement with Israel. East Germany has steadfastly denied any responsibility for any of Nazi Germany’s crimes. That issue

(1.) „New York Times“; 12. November 1989; A 21;

(2.) „Washington Post“; 13. November 1989; A 26;

is extraordinarily important to Israelis, especially the 100.000 who are survivors of the Nazi horror. Prime Minister Yitzchak Shamir, whose parents died at the hands of the Nazis, was wary when asked about the upheaval in Germany saying. „This period of instability carries many dangers“ (1.). Die israelische Haltung gegenüber der DDR – Grenzöffnung vom 9. November 1989, war laut dem Zeitungsartikel von Joel Brinkley, von Missmut wegen der jüdischen Erfahrung mit dem im deutschen Namen in der Shoa begangenen einzigartig schwersten Verbrechen der Menschheitsgeschichte geprägt.

Gary Blonston ging in seinem Zeitungsartikel ‚Thoughts of unified Germany chill many who recall country’s past‘ in den „Patriot News“ vom 13. November 1989, ebenfalls auf die schwierigen Empfindungen von Überlebenden des Holocaust zum Berliner Mauerfall, anhand des Beispiels von dem aus Luxemburg stammenden Arnold Mayer, ein. So hieß hierzu: „Thoughts of a unified Germany chill many who recall country’s past. There was something about the singing, all those German voices rising in triumphant concord, East and West. It was the music of unity, the music of an old powerful Germany, and, as it rang out on worldwide broadcasts last week, it chilled like an unseasonable wind. For some in the United States, as in Western Europe, Poland, Israel and elsewhere, it tempered the joy shared with those who breached the Berlin Wall. Even as Princeton historian Arnold Mayer made academic fun of those troubled by the possibility of a new, reunified Germany – We wanted the wall to come down, so now it’s down, and suddenly, ‚No, no, no, that’s not really what we wanted“ – he, too, admitted feeling a visceral jolt. As a young Jew in Luxembourg in 1940, Mayer fled the Nazi invasion. Last week as he listened to a new generation of Germans celebrate the coming of a new day, those feelings returned“ (2.).

Auch in den „Pacific Daily News“ vom 13. November 1989 war unter der Überschrift ‚Not everyone foresees a united Germany‘ ein Zeitungsartikel von George Gedda zu lesen, der aufzeigte, dass nicht jeder von der Idee eines wiedervereinigten Deutschlands begeistert sei. So schrieb der Journalist: „The lifting of travel restrictions by East Germany on Thursday has breathed new life into the idea of a single German state, drawing expressions of support from the Bush administration and others, but Soviet affairs expert William Hyland says despite these assertions, a reunited Germany is „really terrifying to most of the countries involved, to the West Germans, to the U.S., Soviet Union, Poland and Czechoslovakia. „No one really wants Germany unity except

(1.) „New York Times“; 13. November 1989; A 12;

(2.) „Patriot News“; 13. November 1989; A 3;

the East German people, and they turn to be a decisive factor“, says Hyland a one – time top aide to former Secretary of State Henry A. Kissinger“ (1.).

Susan Birnbaum stellte in ihrem Zeitungsartikel ‚Holocaust Survivors confront their feelings for a changing Germany‘ im „Jewish Advocate“ vom 16. November 1989 negative Sichtweisen von Holocaust - Überlebenden auf die Ereignisse in Deutschland dar. So war in ihrem Zeitungsartikel zu lesen: „Jewish survivors of Nazi Europe, who last week viewed scenes of Germans exulting at the Berlin Wall, are now being forced to once again confront their feelings about the Holocaust, and most particularly, Germany. With the Berlin Wall literally crumbling before the television viewers‘ eyes, the possibility of German reunification is touching a still exposed nerve of many survivors, and in many instances, wounds that have not closed. While in private several Jews said that „The division of Germany was the best thing that ever happened to it“, others say they are pained by the favorable attention given to the Germans, in contrast with the deaf ear the world turned toward the Jews in the Holocaust“ (2.).

Bezüglich der Einstellung des ehemaligen US – Außenministers Henry Kissinger, der 1938 es schaffte aus Deutschland in die Vereinigten Staaten von Amerika zu emigrieren, da er als Jude von den Nationalsozialisten verfolgt wurde, zur einer möglichen Deutschen Wiedervereinigung, informierte Michael G. Gordon die Leser der „New York Times“ am 16. November 1989 unter der Überschrift ‚Kissinger expects a united Germany‘ wie folgt: „In an appearance on Tuesday night before the World Affairs Council in Philadelphia, Mr Kissinger asserted that „reunification on Germany is now inevitable“. Mr Kissinger indicated that he did not welcome the prospect of a unified Germany and noted „that the same can be said of almost all Europeans, East and West. He declared, however that changes East Germany have set in motion political and economic forces that cannot be reversed“ (3.). Henry Kissinger lehnte persönlich eine deutsche Wiedervereinigung, laut des Zeitungsartikels von Michael G. Gordon, ab. Aber er war der Meinung, dass die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen, die in Ostdeutschland in Bewegung geraten waren, nicht mehr zurückgedreht werden konnten, letztlich zur deutschen Wiedervereinigung führen würden.

Der Zeitungsartikel ‚We’re happy but not satisfied‘ der „Church of England Newspaper“ vom 17. November 1989 endete mit der Darstellung einer sehr bedenklichen Reaktion auf die Ereignisse vom 9. November 1989 aus den Reihen der anglikanischen Kirche i

(1.) „Pacific Daily News“; 13. November 1989; S. 8;

(2.) „Jewish Advocate“; 16. November 1989; S.1;

(3.) „New York Times“; 16. November 1989; A 21;

in England: „However a warning to be cautious about developments in East Germany came on Sunday from the retired Bishop of Reading, the Rt Rev Eric Wild, comparing scenes around the Wall last week to Hitler’s Nuremberg rallies he warned that British youth must be prepared to fight again if Germany reunites. He said: „I hope that our sons won’t have to go through the same thing, but if the evil comes again I hope they will stand firm“ (1.).

Joy, fear over new Germany‘ war die Überschrift des Zeitungsberichts von Larry King im „Philadelphia Inquirer“ vom 22. November 1989, der sich mit den Empfindungen der jüdischen Gemeinschaft in Pennsylvania mit den Ereignissen in Deutschland befasste. So ging er wie folgt auf die oftmals ambivalenten Reaktionen der Holocaust – Überlebenden in der jüdischen Gemeinde ein: „Like many Jewish survivors of the Holocaust – in which 6 million Jews died in Nazi death camps – Mrs Zymuntowicz equated a unified Germany with horrible suffering. „I had very mixed feelings“, she said. „A feeling of joy, and a feeling of fear. Joy because there should not be freedom for some if there is not freedom for all. And fear because of what happened in the past. „I pray to god that they will have learned a lesson from the past“. Mrs Zymuntowicz was 13 when Nazi Germany invaded Poland. Her family was herded from its small town, first to a Jewish ghetto, then to the Auschwitz concentration camp. Her entire family perished there, and she still wears the identification number that the Nazis tattooed into her forearm. It galls her, she said, that many Germans – especially those who control East Germany – still refuse to acknowledge either the extent of the atrocities or any responsibility for them.“ (2.).

Über die Ablehnung einer möglichen deutschen Wiedervereinigung durch den republikanischen Senator Rudy Boschwitz, der als zweijähriger mit seinen Eltern aufgrund des jüdischen Glaubens der Familie 1933 aus Berlin floh, berichtete die „Star Tribune“ in ihrer Ausgabe vom 25. November 1989. Unter der Überschrift ‚Boschwitz opposing reunification of East, West Germany‘ schrieb der Journalist Robert Whereatt,

(1.) „Church of England Newspaper“; 17. November 1989; S. 1;

(2.) „Philadelphia Inquirer“; 22. November 1989; N 3;

dass U.S. Senator Rudy Boschwitz (1.), ein deutscher Einwanderer, der sich am Freitag gegen ein deutsche Wiedervereinigung aussprach, wegen der Bedrohungen eines solchen Deutschlands für den Rest von Europa (2.).

Wie an Universitäten in den Vereinigten Staaten von Amerika über eine mögliche deutsche Wiedervereinigung gedacht wurde, schilderte Eric Pace in seinem Zeitungsartikel ‚Scolars say veneer of nonchalance masks worry on German unification‘ in der „New York Times“ vom 26. November 1989: „Experts at American universities say anxiety about the prospect of German reunification is widespread in Europe and in the United States despite declarations by Western leaders that they are unconcerned and that the issue should be resolved by the Germans themselves“ (3.) Experten an Universitäten in den Vereinigten Staaten von Amerika sahen eine deutsche Wiedervereinigung eher aus dem Blickwinkel, dass gegenüber ihr weitverbreiteter Argwohn in Europa und den Vereinigten Staaten herrschen würde, und dies trotz anderslautender Erklärungen von anderen westlichen Staats- und Regierungschefs.

(1.) Rudolph Boschwitz

„Rudolph Boschwitz wurde am 7. November 1930 in Berlin geboren und ist ein US-amerikanischer Unternehmer und Politiker. Von Dezember 1978 bis Januar 1991 war er US-Senator für den Bundesstaat Minnesota .Boschwitz stammt aus einer jüdischen Familie, mit der er bereits als Kleinkind aus dem nationalsozialistischen Deutschland in die Vereinigten Staaten floh. Er wuchs in New Rochelle, New York auf. Nach seinem Schulabschluss besuchte er die Johns Hopkins University in Baltimore sowie die Stern School of Business und New York University School of Law in New York City, welche er 1953 als Bachelor of Laws abschloss. 1953–54 diente er beim US Army Signal Corps. 1963 gründete er in Minnesota den Sperrholzfabrikanten Plywood Minnesota (heute Home Valu Interiors). Von 1971 bis 1978 war Boschwitz im Republican National Committee vertreten. Im November 1978 wurde er für die Republikanische Partei (*Independent-Republican Party*) in den Senat gewählt. Durch das Ausscheiden von Vorgänger Wendell Anderson nahm er dessen Platz bereits ab dem 30. November 1978 ein. Nach einer erfolgreichen Wiederwahl verlor er 1990 gegen den demokratischen Herausforderer Paul Wellstone. 1991 wurde er als Abgesandter von US-Präsident George Bush zur Verhandlungsführung bei der Operation Salomon eingesetzt. 1996 trat er erneut bei den Wahlen zum Senat gegen Paul Wellstone an, unterlag aber deutlich. Seitdem nimmt er Aufgaben in verschiedenen Organisationen und Delegationen wahr; unter anderem war er im Jahr 2005 als Nachfolger von Richard S. Williamson amerikanischer Repräsentant bei der UN-Menschenrechtskommission. Boschwitz ist seit 1956 mit Ellen Antoinette Loewenstein verheiratet. Sie haben vier Söhne gemeinsam (1.).

Zu (1.) Siehe auch: wikipedia.org/wiki/Rudy_Boschwitz; vom 18. Juni 2017;

(2.) „Star Tribune“; 25. November 1989; S. 6 B;

(3.) „New York Times“; 26. November 1989;

Fazit

Schon kurz nach der Maueröffnung waren in den angelsächsischen Medien auch stark negative Berichte zu vernehmen. So brachte der Zeitungsartikel ‚U.S: worry rises over Europe’s stability‘ von Thomas L. Friedman, in der „New York Times“ vom 10. November 1989, die Sorgen in der US – Regierung über die weitere Stabilität in Europa zum Ausdruck. Joel Brinkley informierte die Leser der „New York Times“ am 13. November 1989 über die negative Haltung Israels zur DDR – Grenzöffnung aufgrund der Holocaust – Erfahrungen vieler Israelis, der respektlosen Umgangsweise der DDR – Führung mit der deutschen Vergangenheit und dem Staat Israel unter der Überschrift ‚Israelis speak of misgivings over Germany‘. Ebenfalls negativ war die Haltung der republikanischen US – Politiker Henry Kissinger, wie in dem Zeitungsartikel von Michael G. Gordon in der „New York Times“ vom 16. November 1989 unter der Überschrift ‚Kissinger expects a united Germany‘ zum Ausdruck kam, und des Senators Rudy Boschwitz dessen Widerstand gegen eine deutsche Wiedervereinigung unter der Überschrift ‚Boschwitz opposing reunification of East, West Germany‘ in einem Zeitungsartikel im „Star Tribune“ vom 25. November 1989 von dem Journalist Robert Whereatt angekündigt wurde. Über die negative Einstellung zu einer deutschen Wiedervereinigung an US – Universitäten war in dem Zeitungsbericht ‚Scholars say veneer of nonchalance masks worry on German unification‘ in der „New York Times“ vom 26. November 1989 von Eric Pace zu lesen. Die Ängste von Holocaust – Überlebenden und deren emotionalen Empfindungen brachten insbesondere, jüdische Zeitungen, wie „Jewish Advocate“ mit dem Zeitungsartikel ‚Holocaust Survivors confront their feelings for a changing Germany‘ von Susan Birnbaum am 16. November 1989 oder dem „Philadelphia Inquirer“ mit dem Zeitungsartikel ‚Joy, fear over new Germany‘ von Larry King am 22. November 1989 zur Geltung. Gar eine neue Kriegsgefahr in den Ereignissen in Berlin vom 9. November 1989 sah in dem Zeitungsbericht ‚We’re happy but not satisfied‘ der Church of England Newspaper vom 17. November 1989 der pensionierte anglikanische Bischof von Reading, the Rt Rev Eric Wild.

3.1.3 Zukunftserwartungen in den Printmedien

Am 11. November 1989 berichtete Jim Hoagland in der „Washington Post“ in dem Artikel ‚Leaders worry how German events might affect European Community integration plans‘ über Sorgen in Westeuropa, dass die Ereignisse in Deutschland die Integrationspläne der europäischen Gemeinschaft berühren könnten. So war in dem Artikel zu lesen: „The reopening of the border between East and West Germany is sending shock waves through Western Europe at a moment when major decisions about the political and economic policies of the world’s largest trading bloc are pending and being intensely debated. The open satisfaction that political leaders and citizens alike in Paris, London and other European Community capitals show over the new freedoms gained by East Germans is balanced with a quieter concern over the impact the sudden changes will have on West Germany and its relations with the 11 other members of the European Community“ (1.).

Über beginnende Eingliederungsgedanken zu der DDR in die Europäische Gemeinschaft informierte David Buchan am 13. November 1989 in der „Financial Times“ unter der Überschrift ‚European Community could embrace East Germany: ‘The European Community could embrace East Germany and still complete its march towards political unity. Mr Jaques Delors, the Commission President, suggested yesterday. Mr Delors said on West German television that East Germany’s membership of the Community was up to its people to decide, weighing up the pros and cons ... and in the light of the constraints of history. He was confident that West Germany wishes to continue with the other European Community countries, with all Germans, to go towards not only an economic Europe but towards the political unity of Europe‘ (2.). Aus dem Artikelausschnitt aus der „Financial Times“ war ersichtlich, dass der damalige Präsident der Europäischen Kommission, Jaques Delors, keine Probleme sah, dass Gebiet der DDR nach einer deutschen Wiedervereinigung in die Europäische Gemeinschaft einzubinden.

Zu der Bereitschaft der Europäischen Gemeinschaft mit der DDR nach dem Fall der Mauer Handelsabkommen abzuschließen, schrieb David E. Sanger in der „New York Times“ vom 14. November 1989 unter dem Titel ‚West Europe‘ is called open to trade with East Germany‘, dass ein führen der Beamter der Europäischen Gemeinschaft,

(1.) „Washington Post“; 11. November 1989; A 23;

(2.) „Financial Times“; 13. November 1989; S.1;

dass die westeuropäischen Staaten sich vorbereiten Ostdeutschland umfangreiche Vereinbarungen bezüglich Handel und Wirtschaft anzubieten. Der Vizepräsident Franz Andriessen schloss laut diesem Bericht eine Mitgliedschaft der DDR in der Europäischen Gemeinschaft zu einem späteren Zeitpunkt nicht aus (1.).

Paul West berichtete in der „Baltimore Sun“ vom 14. November 1989 unter der Überschrift ‚United Germany allied to West, seen by Quayle‘, dass der damalige Vize – Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Dan Quayle, ein vereinigtes Deutschland weiterhin als Teil des politischen Westens sah. So schrieb er: „Calling the reunification of East and West Germany „Inevitable“, Vice – President Dan Quale predicted yesterday that the new Germany would allign itself with the United States and its allies. Mr Quayle sidestepped the difficult issue of how the Soviet Union would permit a unified Germany to take a pro – Western tilt in military matters, calling that a question that can only be resolved through discussions with U.S. allies in Europe and with the Soviet Union“ (2.).

In einem Hinweis auf zusätzliche Reformfortschritte in der DDR in Richtung der jüdischen Gemeinde und Israel schrieb David Kantor im „Jewish Chronicle“ vom 17. November 1989 unter der Überschrift ‚Rethink urged in East Germany‘, über die Forderung der jüdischen Gemeinde in Ostdeutschland an die DDR – Regierung, die Verantwortung für den Holocaust nicht mehr abzuweisen und diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen: „East Germany’s 450 member Jewish community has called on its Government to end 40 years of denying responsibility for the Holocaust, to admit that there is as much antisemitism in Eastern Europe as in the West, and to establish diplomatic relations with Israel. A statement issued in Dresden, welcomed the current political reforms but said that they should include the facts of the Nazi past. Textbooks should be rewritten as soon as possible so as to give a true picture of German history during the discrimination against, and persecution of, Jews in East Germany, when Stalinism prevailed there“ (3.). Dieser Zeitungsbericht zeugte auch von der massiven Geschichtsverfälschung, die das stalinistische DDR – Regime aus ideologischen Gründen betrieb.

(1.) „New York Times“; 14. November 1989;

(2.) „Baltimore Sun“; 14. November 1989; 2 A;

(3.) „Jewish Chronicle“; 17. November 1989; S. 4;

Robin Toner informierte die Leser der „New York Times“ vom 1. Dezember 1989 unter der Überschrift ‚Survey finds Americans favor a reunited Germany‘, dass Umfragen sowohl in den Vereinigten Staaten von Amerika als auch in Frankreich und dem Vereinigten Königreich hohe Zustimmungswerte für eine Wiedervereinigung ergeben hätten. So war zu lesen: „The latest New York Times/CBS News Poll found few signs off apprehension about a reunited Germany, even among Americans aged 65 and over the generation that fought World War II. Only 16 percent of Americans said they thought a reunified Germany would „try to dominate the world,“ while 73 percent said it would not. The poll reflects a broader trend, with new surveys in France and Britain showing similar support for a unified Germany. Sixty – seven percent of the American public said they felt Germany should be reunited, including 64 percent of those 65 and older. Seventy – four percent of the French said reunification was desirable, although 49 percent said it was desirable only several years down the road, according to a survey published this week by the French newspaper Le Figaro. And 61 percent of the British public said it would be a good idea for the two Germanys to reunite, according to a poll conducted for the „Sunday Times“ of London (1.).

Europe backs idea of one Germany‘ war die Überschrift von dem Zeitungsartikel von Alan Riding in der „New York Times“ vom 10. Dezember 1989 über das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft in Straßburg vom 8. und 9. Dezember 1989. Darin war unter anderem zu lesen: „European leaders endorsed the idea of a single German state, but they attached a series of conditions aimed at insuring that moves toward German unity do not bring instability to Europe. In a statement after the two – day summit meeting in this town on the French – German border, the European Community said German reunification should respect existing agreements and take place in the context of the East West dialogue and European integration“ (2.). Alan Riding übermittelte seinen Lesern vor allem ein „Ja Aber!“ der Staats- und Regierungschefs der europäischen Gemeinschaft zu einer deutschen Wiedervereinigung, da aus der Abschlusserklärung des Gipfeltreffens hervorging, dass bei einer deutschen Wiedervereinigung bestehende Übereinkommen und der „Ost – West – Dialog“ beachtet werden müsse, womit schon eine gehörige Portion Skepsis gegenüber den Deutschen zu entnehmen war.

Zu einer Aufwertung der westdeutsch – amerikanischen politischen Beziehungen auch

(1.) „New York Times“; 1. Dezember 1989; A 21;

(2.) „New York Times“; 10. Dezember 1989; A 32;

im Vergleich zu den britisch – amerikanischen politischen Beziehungen berichtete Thomas L. Friedman in seinem Zeitungsbericht ‚U.S. ties with West Germany begin to eclipse relationship with Britain‘ in der „New York Times“ vom 10. Dezember 1989 im Kern dies: „While no one in the Administration will say so, it has become clear in recent months that the longtime special relationship between the United States and Britain is being overshadowed by an increasingly demanded relationship between Washington and Bonn. It is not that Washington is downgrading ties with London, Administration officials say. It is simply bowing to the fact that at this moment in history Germany is Washington’s main concern in Europe. From Washington’s perspective, no issue has potential to destabilize Europe more than unification of the two Germanys, and no single country has more economic resources to help stabilize Eastern Europe than West Germany“ (1.). Nach der Darstellung von Thomas L. Friedman intensivierte die Regierung in Washington deshalb ihre Beziehungen zur westdeutschen Regierung, da sie davon ausging, dass Westdeutschland aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke als Stabilitätsanker für das im Umbruch befindliche Osteuropa, hilfreich sei.

Über die Haltung des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der europäischen Gemeinschaft am 8. und 9. Dezember 1989 in Straßburg zu einer möglichen deutschen Wiedervereinigung, schrieb Isabel Hilton in ihrem Artikel ‚European Community verdict on German question‘ im „Independent“ vom 11. Dezember 1989 dies: „The final declaration supports reunification through the free self – determination of the German people, but notes that the process should fully respect „the relevant agreements and treaties and all the principles defined by the Helsinki Final Act in a context of dialogue and East – West cooperation. It also has to be placed in the perspective of the European Integration“. Behind those words lie a multitude of concerns. Central for West Germany are the electoral anxieties of the Chancellor, Helmut Kohl who was determined that the statement should reaffirm the right of the German people to self – determination. But Mr Kohl refused to confirm publicly that he had told his fellow heads of government that a united Germany would respect existing borders, in particular the Oder – Neisse line“ (2.). Isabel Hilton zeigte klar die ambivalente Haltung zur Wiedervereinigung auf, die bei mehreren Regierungen Westeuropas zum greifen war.

(1.) New York Times“; 10. Dezember 1989; A 32;

(2.) „Independent“; 11. Dezember 1989; S. 8;

Unter der Überschrift ‚Baker: Effort to rush German reunification risks instability‘ war am 12. Dezember 1989 in der „Pacific Daily News“ zu lesen, dass der Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, James Baker III, sich für ein langsames Tempo hin zu einer deutschen Wiedervereinigung aussprach, da ein zu schnelles Tempo, die Gefahr von Instabilität in sich berge. So stand in dem Zeitungsartikel hierzu: „Any effort to rush the reunification of East and West Germany would risk instability, Secretary of State, James A. Baker III said Sunday before leaving for urgent talks with allied leaders on the rapid changes sweeping the Communist East. ... Political uncertainty in East Germany „tends a bit, could tend, toward instability“, Baker said. „We’ve made it clear, all along in this process that we do not seek to take unilateral advantage of what’s going on there at the expense of the Soviet Union, and we want the process to continue to unfold in a stable way“ (1.).

Von Interesse ist die Haltung des britischen Oppositionsführers Neil Kinnock zu den Ereignissen, die er in einer Rede Mitte Dezember 1989 auf einem Parteitag der bundesdeutschen Sozialdemokraten in West – Berlin zum Ausdruck brachte, wie Ralph Atkins in der „Financial Times“ vom 19. Dezember 1989 schrieb: „A European vision, in which the calvary charge towards freedom in the East led to progress with stability for all was set out by Mr. Neil Kinnock, Labour leader. Joyous upheavals in Eastern Europe this year need to be replaced by a new form of staediness, he said. Progress must be built in East and West Europe around freedom, cooperation, solidarity and negotiated disarmament. In his speech to West Germany’s Social Democratic Party conference in West – Berlin, Mr. Kinnock sought to boost his standing as a pro – European – and to distance his socialism from that of the Eastern Europe. Such was the progress in Europe that it was possible for him to come to West - Berlin and – slipping into German – say: I am, you are, those in the East are, we in the West are, Europeans. That is the basis upon which we must construct the common future. Mr. Kinnock stopped short of backing reunification but said those Germans pressing forward „are expressing the great ideal potential for a Germany that has a unity in freedom and peace with itself and with its neighbours“ (2.). Der britische Oppositionsführer stand offensichtlich der deutschen Frage wohlwollender gegenüber, als die britische Premierministerin, Margaret Thatcher.

Imre Karacs berichtete in seinem Artikel ‚Kohl vision of one Germany within a united Europe‘ im „Independent“ vom 19. Dezember 1989 vor allem: „On the eve of his East

(1.). « Pacific Daily News“; 12. Dezember 1989; S.12;

(2.). „Financial Times“; 19. Dezember 1989; S. 8;

German visit, Chancellor Helmut Kohl called for German unity, but said the new Germany would be an integral part of Europe and would not be created overnight. „We want to surmount the division of Europe – including our own country – by organic means“, Mr Kohl said in a speech to the Hungarian parliament yesterday“ (1.). Aus dieser Aussage des westdeutschen Bundeskanzlers war zu erkennen, dass der Politiker im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung stark auf die europäische Karte setzte.

Unter der Überschrift ‚NATO sieht neue Möglichkeiten‘ schrieb die „New Yorker Staatszeitung und Herold“ in ihrer Ausgabe vom 23. Dezember 1989, zu der Haltung der NATO zu einer möglichen deutschen Wiedervereinigung: „Die NATO bringt der Vereinigung der beiden deutschen Staaten mehr Wohlwollen entgegen als die Europäische Gemeinschaft. In ihrem Communiqué zum Abschluss ihrer Herbsttagung in Brüssel übernehmen die Außenminister der 16 Mitgliedstaaten zwar ohne Änderung die Formel der Bedingungen, welche die Europäische Gemeinschaft für den Einigungsprozeß entwickelt hat; sie stellen ihr jedoch eine dynamische Formulierung voran, in der sie von „neuen Möglichkeiten“ sprachen, „die Trennung Europas und damit Deutschlands und insbesondere auch Berlins zu überwinden“. Diese neue Lage öffne zumal „den Weg zu einer immer engeren Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten“ (2.). Die „New Yorker Staatszeitung und Herold“ sah die NATO einer möglichen deutschen Wiedervereinigung verhältnismäßig wohlwollend gegenüber eingestellt.

Am 20. Januar 1990 war aufgrund der immer komplizierter werdenden Situation in der DDR unter Einbeziehung der anhaltend großen Flüchtlingsströme aus der DDR nach Westdeutschland und den Reaktionen der westdeutschen Regierung auch im Hinblick auf eine mögliche Wiedervereinigung in der „Washington Post“ dieser Artikel mit dem Titel ‚Bonn’s balancing act: Allies’ fears on unity versus more refugees‘ von Marc Fisher zu lesen. Darin wurde vor allem berichtet: „The West German Government is sending two different messages about the pace of reunification, as fears of another exodus from East Germany have complicated Bonn’s already delicate pursuit of a single German state. To the East Chancellor Helmut Kohl seemed this week to be transmitting the idea that progress toward a single Germany will accelerate. His top adviser on East German affairs, Rudolf Seiters, said on Thursday that Bonn wants the new East German government that is to be elected in May to state that economic aid

(1.). „Independent“; 19. Dezember 1989; S. 8;

(2.). „New Yorker Staatszeitung und Herold“; 23. Dezember 1989; S. 4;

from West Germany is a step toward unification and not just an end in itself. At the same time, Kohl moved twice this week to reassure the United States and the West European allies that he has no timetable for German unity and that the merger of the two Germanys would come only as a part of a major restructuring of Europe's political and security structure" (1.). Der weiter anhaltende Flüchtlingszustrom aus der DDR brachte, laut Marc Fisher, die Bundesregierung immer mehr in Zugzwänge sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.

„East Germany willing to talk to Israel“ war die Überschrift über einen Zeitungsartikel im „Boston Globe“ vom 27. Januar 1990, in welchem über die Bereitschaft der DDR - Regierung informiert wurde mit Israel diplomatische Beziehungen aufzunehmen und über die Entschädigung von Holocaust – Opfern zu verhandeln: „Hans Modrow, the East German premier, said yesterday that his country wants to establish diplomatic relations with Israel and is prepared to discuss reparations for Nazi victims. East Germany has never had full diplomatic relations with Israel because it refused to accept any responsibility for the Holocaust. But Modrow told a news conference after meeting with Austrian leaders that East Germany has proposed negotiations on establishing ties. „There will probably be negotiations, and the problem of reparation will be aired“, he told reporters“ (2.).

Michael Dobbs registrierte in seinem Artikel „Gorbachev shifts on unification“ in der „Washington Post“ vom 31. Januar 1990 eine vorsichtige Änderung des Generalsekretärs der KPdSU, Michail Gorbatschow, in seiner Haltung bezüglich einer möglichen Wiedervereinigung. So war in diesem Bericht zu lesen: „Soviet President Mikhail Gorbachev appeared to soften the Kremlin's long – standing opposition to German reunification in talks today with East German Premier Hans Modrow, emphasizing that the issue should be solved jointly by East and West. At a news conference here following a day of discussions with Soviet leaders, Modrow spoke of a stage – by – stage union of East and West Germany, describing reunification as a real possibility. He said he had discussed the idea with Gorbachev and that the Soviet leader had ruled it out“ (3.). Hier zeigte sich erstmals eine Lockerung in der sowjetischen Haltung gegenüber einer deutschen Wiedervereinigung.

Marc Fisher ging in seinem Artikel, ‚West Germans laud Gorbachev on unification‘ in der „Washington Post“ vom 1. Februar 1990, auf die Reaktionen in Westdeutschland

(1.). „Washington Post“; 20. Januar 1990; A 15;

(2.). „Boston Globe“; 27. Januar 1990; S. 4;

(3.). „Washington Post“; 31. Januar 1990; A 1;

auf die vorsichtige Meinungsänderung von dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow. Sein Fokus lag dabei auf der Reaktion von Bundeskanzler Dr. Kohl. Beispielsweise war zu lesen: „West German leaders across the political spectrum said today that German single a Germany is not in doubt. Chancellor Helmut Kohl said Gorbachev has recognised the historic changes in East Germany and realized that after more than 40 years of Soviet opposition to a single Germany, unification is now inevitable“ (1.). Die vorsichtige Haltungsänderung von Michail Gorbatschow in Bezug auf die deutsche Einheit, wurde besonders von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl positiv zur Kenntnis genommen.

Besonderes Interesse fand in der US – Presse auch die Haltung Israels zu einer möglichen deutschen Wiedervereinigung. Dies zeigte auch der Bericht ‚Prospect of reunified Germany raises concerns in Israel‘ von Jackson Diehl in der „Washington Post“ vom 2. Februar 1990. Unter anderem war darin zu lesen: „Israelis struggle to come to terms with the growing prospect of German reunification, the government of Prime Minister Yitzhak Shamir has been torn between its clear unease over the development and Israel’s fruitful relationship with West Germany. Tensions between Israel and the Bonn government have flared this week as Israeli and East German delegations held three days of talks in Copenhagen on establishing relations for the first time. According to Israeli and East German officials and press reports here, the West German government of Chancellor Helmut Kohl was unhappy that Israel did not initially consult it about the talks, which ended Wednesday with an agreement that meetings would continue“ (2.). Der Ausschnitt aus dem Zeitungsartikel von Jackson Diehl zeigte deutlich, die noch vorhandene Aversionen, besonders in Teilen der israelischen Regierung, gegenüber einer deutschen Wiedervereinigung auf.

Über den Vorschlag, des sowjetischen Außenministers, Eduard Schewardnadse, in Europa, sowie in Kanada und den Vereinigten Staaten von Amerika Volksabstimmungen über eine deutsche Wiedervereinigung abhalten zu lassen, informierte der „Orlando Sentinel“ in seiner Ausgabe vom 3. Februar 1990 unter der Überschrift ‚Soviet: United Germany merits Nazi victims‘ vote‘ wie folgt: „Europe, the United States and Canada suffered so much at the hands of the Nazis that their people

(1.) „Washington Post“, 1. Februar 1990; A 14;

(2.) „Washington Post“, 2. Februar 1990;

should vote on German reunification, Eduard A. Shevardnadse said in an interview, published Friday. The Soviet foreign ministers also offered the strongest Kremlin endorsement yet of a united Germany but repeated long – standing Soviet conditions that the process not happen too quickly or cause instability in Europe“ (1.).

Auf den Vorschlag des sowjetischen Außenministers, Eduard Schewardnadse, folgte umgehend die Ablehnung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Helmut Kohl, wie der „Orlando Sentinel“ in seiner Ausgabe vom 4. Februar 1990 berichtete. So konnte man hierin, unter dem Titel ‚Kohl rejects Soviet idea for unity vote‘, lesen, dass Bundeskanzler DR. Kohl Volksabstimmungen in anderen Staaten zur deutschen Wiedervereinigung ablehnte, da dies eine deutsche Angelegenheit sei (2.).

Die Berichterstattung über die Bereitschaft der DDR – Regierung die Opfer der Shoa zu kompensieren ging weiter, wobei ein Zeitungsartikel von Ari L. Goldman in der „New York Times“ vom 9. Februar 1990, mit dem Titel ‚East Germany agrees to pay reparations to the Jewish victims of the Nazis‘, in dem er von der Bereitschaft der DDR – Regierung von Ministerpräsident Hans Modrow informierte, Reparationen für die Opfer der Shoa zu zahlen. Dies hatte das SED – Regime bislang immer abgelehnt. Zu lesen war dazu: „East Germany, which has long refused to accept responsibility for the crimes of the Nazis against the Jews, has for the first time agreed to pay reparations to Jewish victims, the World Jewish Congress said yesterday. In a statement released at the Manhattan headquarters of the congress, Prime Minister Hans Modrow of East Germany said his Government recognized “the responsibility for the entire German people for the past“ and stood „ready to provide material support“ for those who were persecuted“ (3.).

‚East Germany to compensate Jewish Survivors‘, war schließlich sogar die Überschrift eines Zeitungsartikels in der „Arkansas Gazette“ vom 9. Februar 1990, in dem über die Bereitschaft der DDR – Regierung die Verantwortlichkeit der DDR für den Holocaust anzuerkennen und die Opfer zu entschädigen, berichtet wurde. So war hier zu lesen: „East Germany, abandoning four decades of denial, has recognized its people share responsibility for the Holocaust, Premier Hans Modrow said in a letter released Thursday. In the letter to Edgar Bronfman, president of the World Jewish

(1.) „Orlando Sentinel“; 3. Februar 1990; A 13;

(2.) „Orlando Sentinel“; 4. Februar 1990; A 16;

(3.) „New York Times“; 9. Februar 1990; A10;

Congress, Modrow pledged „material support“ for the victims of Nazi persecution. Some 6 million Jews are estimated to have been killed by Nazi Germany. Until now, East Germany denied any responsibility, saying it was a new state created in 1949 by communists and could not accept blame for crimes committed by the Third Reich in World War II. Communists also suffered persecution under the Nazis“ (1.).

Fazit

Schon bald nach dem Mauerfall erschienen in den Printmedien im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika Zeitungsartikel, in denen über Zukunftsplanungen für Deutschland und Europa berichtet wurde. So informierte David Buchan am 13. November 1989 in der „Financial Times“ unter der Überschrift ‚European Community could embrace East Germany‘ über Planungen in der Europäischen Gemeinschaft, die DDR langfristig einzugliedern. Paul West berichtete in der „Baltimore Sun“ vom 14. November 1989 unter der Überschrift ‚United Germany allied to West, seen by Quayle‘, dass der Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika auf jeden Fall, sollte es zu einer Wiedervereinigung kommen, das wiedervereinigte Deutschland im westlichen Staatenbündnis verankert sehen wollte. David Kantor verwies im „Jewish Chronicle“ vom 17. November 1989 unter der Überschrift ‚Rethink urged in East Germany‘, auf die Forderung der jüdischen Gemeinde in Ostdeutschland an die DDR – Regierung, die Verantwortung für den Holocaust nicht mehr abzuweisen und diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Laut der „New York Times“ vom 1. Dezember 1989 unterstützten dem Zeitungsbericht ‚Survey finds Americans favor a reunited Germany‘ zur Folge, 61 % der Bürger des Vereinigten Königreich und 65 % der Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika eine deutsche Wiedervereinigung. Wichtig für die deutsche Frage war auch die Haltung der NATO. Auch hier vermeldete die „New Yorker Staatszeitung und Herold“ in ihrer Ausgabe vom 23. Dezember 1989 unter dem Titel ‚NATO sieht neue Möglichkeiten‘, dass die NATO einer Wiedervereinigung wohlwollend gegenüberstünde. Auch die Bereitschaft DDR zu Gesprächen mit Israel über Reparationsforderungen aus Zeiten des Holocaust und die Bereitschaft der DDR – Führung den Staat Israel anzuerkennen, wurde im „Boston Globe“ vom 27. Januar

(1.) „Arkansas Gazette“; 9. Februar 1990; 11 A;

1990, dem 45. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, mit dem Zeitungsbericht ‚East Germany willing to talk to Israel‘ erwähnt. Über diese Bereitschaft wurde auch weiterhin mehrfach berichtet. Wichtig war den untersuchten Printmedien die Änderung der sowjetischen Haltung zur Frage der Wiedervereinigung, wie der Zeitungsartikel ‚Gorbachev shifts on unification‘ in der „Washington Post“ von Michael Dobbs vom 31. Januar 1990 zeigte.

3.1.4 Kommentare und Leserbriefe

Die in ihrer Konsequenz unbeabsichtigte Öffnung der Berliner Mauer durch das Krenz – Regime in der DDR kommentierte die „Washington Post“ in ihrer Ausgabe vom 10. November 1989 unter der Überschrift ‚East Germany opens the gate‘ so: „East Germans no longer have to climb out of the back window to leave home. In the latest amazing decision in this amazing week, their government has said they can use the front door. They no longer have to make the detour through Czechoslovakia but now can walk directly into West Germany through the border checkpoints. That goes a long way toward meeting one of the demonstrators demands, but it doesn’t quite get there. It is not yet an open border. East German travelers, whether going west only for a visit or for good, will still need visas issued by the police. They will still have to pass heavily guarded gates that they know could be shut again at any moment without warning. It’s only by as doing as the Hungarians did last May and by beginning to tear down the fences and walls and the East German government can hope to make its people believe this week’s changes are irreversible!“ (1.). Für diesen Kommentar bedeutete die Maueröffnung, dass die Menschen aus der DDR künftig ohne Umwege nach Westdeutschland reisen konnten.

Der „Orlando Sentinel“ kommentierte in seinem Leitkommentar vom 10. November 1989 die Maueröffnung, unter der Überschrift ‚East Germany opens door of hope‘, so: „As East Germany churns with discontent, two startling events suggest that the reforms people seek may be at hand. The government has thrown open its borders. East Germany now may travel freely to the West for the first time since the Berlin Wall went up in 1961. More important, East German leader Egon Krenz publicly supports a law that would allow free elections. He also has promised fewer controls on the press (1.) „Washington Post“; 10. November 1989; A 26;

and the right of people to assemble“ (1.). Hervorzuheben waren für den „Orlando Sentinel“ in seinem Leitkommentar zum Mauerfall vor allem die Versprechungen von Staats- und Parteichef Egon Krenz in Hinblick auf freie Wahlen, Presse- und Versammlungsfreiheit.

Trevor Kavanagh schrieb in der „Sun“ am 10. November 1989 unter der Überschrift ‚End of the Berlin Wall‘ zur Maueröffnung: „The hated Berlin Wall which has divided East and West for 28 years was thrown wide open last night. The Wall a symbol of tyranny since it was built in 1961, now seems certain to be pulled down. East Germany announced it was removing the last barriers to the West. They will be allowed to walk through the Wall unchecked. Or they can cross to West Germany at any border point. The decision announced yesterday could open the floodgates to another one million East Germans who want to settle in the West. And last night West Germany said: „Let them all come. No one will be turned back“. East Germany’s climbdown – a stunning move by a country that once ruthlessly gunned down escapers – was revealed by media chief Guenter Schabowski“ (2.). Für Trevor Kavanagh war das Ereignis nur mit Superlativen zu beschreiben.

Die Tageszeitung „Daily Telegraph“ kommentierte in ihrem Leitkommentar am 10. November 1989 die Ereignisse vom 9. November 1989 in Berlin unter der Überschrift ‚Making history‘ so: „We sometimes expect that great events, historic changes, will unfold before us at a stately pace over a period of years, providing the opportunity to adjust slowly to new realities. Nothing is more bewildering than the sheer pace of change – revolution, even – in Eastern Europe. In a matter of months, the prospect has opened of living the balance of our lives in an international climate quite unlike any we have known since 1945. On this, the eve of Armistice Day, we devote these pages to an examination of some of the great issues posed by the developing situation in Eastern Europe, and in Eastern Germany in particular“ (1.).

Auch für den „Daily Telegraph“ war die Maueröffnung ein historisches Ereignis von herausgehobener Bedeutung. George Walden schrieb zum Ende seiner Analyse ‚The Wall comes tumbling down‘ im Hinblick auf die Auswirkungen des Mauerfalls auf die europäische Integration im „Daily Telegraph“ vom 10. November 1989: „The question for the European Economical Community is less the speed of its integration than of facing up to the economic

(1.)„Orlando Sentinel“; 10. November 1989; A 18;

(2.) „Sun“; 10. November 1989; S.1;

(3.)„Daily Telegraph“; 10. November 1989; S. 20;

consequences of the peace – should that peace prove permanent. Hitherto the Community has depended for its stability on subtle economic and political balance between the leading triumvirate of Britain, France and West Germany. A larger, richer and politically more assertive Germany would shake this delicate structure to the core. The traditionalist reaction would be to think in terms of a new Franco – British entente to counter – balance German influence. Rooted as it is in 19th century power politics, such thinking may be out of date. When the „threat“ is economic and comes from our friends, and when the Russians could conceivably be moving towards a more peaceable posture, old – fashioned strategic reflexes could prove of limited utility. For the British, a massive training and educational effort would be a more intelligent response to the „German threat“ than new strategic arrangements with the French“ (1.). George Walden dachte schon darüber nach wie man der ökonomischen Herausforderung durch die neue Lage in Deutschland über die Europäische Gemeinschaft beikommen könnte.

Darüber hinaus waren am 10. November 1989 im „Daily Telegraph“ folgende Leserbriefe abgedruckt, die sich in die Diskussion, um eine mögliche Wiedervereinigung einbrachten:

With the prospect of a revived Greater Germany, one should perhaps spare a thought for the countries which will be most directly afflicted. Twice this century, our continent has been convulsed by wars rooted in the problems of Eastern Europe, and on both occasions notably in Yalta 1945, the Western Powers were content to leave the region to the mercy of the local warlords. Of course it was fatuous, at Munich or with the guarantee of Poland in 1939, to pretend that we could compete with Germany or Russia in the power of the East. But there is surely a middle way between intervention and desertion. ... What is important that German reunification should not be discussed exclusively in terms of great power, politics or economic opportunism. Countries such as Poland will be pushed back into the arms of the Kremlin if they suspect that their relationships with an invigorated Germany might the fate of Central America. They need to be reassured that the reunification of Germany would be a step on the road to the reunification of all Europe.

Professor Norman Davies, London WCI

Would a reunited Germany revive that Pan – German nationalism which helped to undermine the Habsburg empire and triumphed with the „Anschluss of Austria in

(1.). „Daily Telegraph“; 10. November 1989; S. 20;

1938“? Or in other words, are we likely to witness the rebirth of another, greater, „German Reich“. To ask these questions is legitimate and to answer them in the affirmative, even though some Pan – German tendencies have recently become noticeable in Austria, would be unjustified. The years since 1945 have taught Germans the lesson that not increased Lebensraum – that dream which turned into a nightmare – but democracy, brings prosperity. That is why German history will not repeat itself, not even as farce“.

George Clare, Darham, Suffolk

Is not the exodus of thousands of young East Germans – to the future detriment of that state – reminiscent of Brownings Pied Piper of Hamelin? This event was due to the intrasigence of the mayor and cooperation. The „wondrous portal“ which opened wide can be likened to the border post at Marktredwitz“.

G. Alcock, Newbury, Berkshire

Christopher Dawson, whose centenary is celebrated, this year, wrote after the 1939 – 45 War. „This fate of Germany is the fate of Europe, and the very existence of Europe as an international society, depends on the solution of the German problem“. Nazi Germany, he said, cut the people off from their authentic cultural roots. Dawson held that Europe is a society of peoples and like other great civilisations, has its own religious foundation; that its exceptional achievements are ultimately due to the dynamism of its religious impulse. He believed that a divided Europe could be healed by a Germany united in a federation of states spiritually bound together by its authentic cultural unity. Prosperity linked with the spiritual vitality of Europe would make Germany a cornerstone of European unity in diversity“.

Desmond Sullivan, Oxford

„Now that the media is slowly waking up to the fact that Germany was not invented solely to be beaten in wars, it is not time that the British were allowed to learn a little more about the German way of doing things? BBC broadcasters hardly ever bother to say German words properly. We import more from West Germany than from any other country. Could we not start importing some of the German habits, which struck me when living in Bonn? German dustmen in clean uniforms take away all kinds of unwieldy rubbish as part of the service; our British dustmen, dressed for the tumbrell, offer to pick up light cardboard boxes, only if „I make it worth their while“. Knowing the British we are more likely to import German duvets – always too narrow, too thin and

too short – than anything as useful as modest language ability or pride in good service“.

Mrs Sarah Johnson, London N1G

„No one knows what is going to happen in East Germany. But it appears that Mr Mitterand has claimed that he has no fear of a united Germany. Others have said that it is time to bury the saying, „France loves Germany so much that it is delighted that there are two of her“. However in a recent debate in the French National Assembly, the question was raised of how a united and strong Germany will fit in the existing arrangements of Western Europe; and one deputy was brutal enough to ask how such a Germany will be controlled. It has been noted that at the last Franco – German summit the Government of Bonn was reluctant to accept the tempo to revise the Treaty of Rome in the sense of greater unity“.

Professor Douglas Johnson, London WCI (1.)

Die Leserschaft des „Daily Telgraph“ hatte, wie aus den Leserbriefen zu schließen war, zum Teil erhebliche Vorbehalte gegenüber einem wiedervereinigten Deutschland.

Im Leitkommentar in der „New York Times“ war am 10. November 1989 zu den Ereignissen in Berlin in der vorangegangenen Nacht unter der Überschrift ‚East Germany’s great awakening‘, war zu lesen: „Physically, the Berlin wall still stands. But its capacity to divide a country and a Continent seems at an end. East Germany’s hastily reshaped Politbüro now promises its people what even two weeks ago was unthinkable: unrestricted travel to the West; free elections; market – oriented economic reforms. Deathbed conversions are always suspect. But what Marxists call objective realities suggest this great awakening endure“ (2.). Der Leitkommentar der „New York Times“ ging davon aus, dass die Grenzöffnung durch die DDR – Führung bestand haben würde.

Im Leitkommentar der „Arkansas Gazette“ hieß es, unter der Überschrift ‚Democracy knocks in East Germany‘ vom 10. November 1989 schließlich: „Before this quiet revolution is over it is plausible that the world will see German reunification. In earlier decades of this century, the prospect of a newly reunited Germany would have been alarming development to many of its neighbors in Europe. What it would mean now is problematical, but unification is quickly moving toward the realm of possibility before this century’s end“ (3.). Der Leitkommentar der Arkansas Gazette sah mit dem Fall der Berliner Mauer die Wiedervereinigung kommen.

(1.)„Daily Telegraph“; 10. November 1989; S. 20;

(2.)„New York Times“; 10. November 1989; A 36;

(3.)„Arkansas Gazette“; 10. November 1989;

Die Haltung zu den Ereignissen zumindestens eines Teils der Holocaust - Überlebenden brachte der ehemalige, wider jedes Recht und jede Menschlichkeit in den Konzentrationslagern Auschwitz und Buchenwald gefangengehaltene Friedensnobelpreisträger, Elie Wiesel (1.), in einem Artikel der „New York Times“ kurz nach dem Mauerfall zum Ausdruck. Dieser Artikel wurde am 15. Dezember 1989 in der deutschen Wochenzeitung „Zeit“ mit der Überschrift "Vergeßt ihr die Vergangenheit?" übersetzt und lautete wie folgt: "Wie die meisten Menschen, die für die erzwungene Teilung und Unterdrückung nur Abscheu empfinden, freue ich mich für die Bürger von Ost - Berlin. Und ebenso für die Westberliner. Es war ein bewegendes, bereicherndes Erlebnis, im Fernsehen mit ansehen zu können, wie Zehntausende junger Deutscher die Freiheit feierten. Wann immer und wo immer die Freiheit den Sieg davon trägt, sollten sich überall auf der Welt die Menschen freuen. ...Dass dieses erstaunliche Ereignis ausgerechnet in Berlin stattfand, gab ihm noch eine zusätzliche Bedeutung: Vor fünfzig Jahren war dies die Hauptstadt des absolut Bösen in der Geschichte; heute ist sie plötzlich zum Symbol der Hoffnung geworden.

(1.) Elie Wiesel

Elie Wiesel wurde am 30. September 1928 in Sighet (Siebenbürgen/heute Rumänien) geboren und wuchs in einer chassidischen und somit jüdisch-orthodoxen Familie auf. Erst richteten deutsche Besatzer im Frühjahr 1944 in Sighet ein Ghetto ein, dann wurde die Familie Wiesel nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Die Mutter und die jüngere Schwester wurden in den Gaskammern ermordet. Ende Januar 1945 gelangte Elie Wiesel mit seinem Vater auf einem Evakuierungstransport in das KZ Buchenwald und wurde im "Kleinen Lager" untergebracht. Hier starb sein Vater kurz nach der Ankunft. In Baracke 66, ein Asyl für Kinder und Jugendliche, das politische Häftlinge 1945 erwirkten, wurde Elie Wiesel am 11. April 1945 befreit. Der sechzehnjährige Elie Wiesel ging mit dem Kinderhilfswerk nach Paris, dort traf er seine beiden älteren Schwestern wieder, die auch überleben konnten. Später studierte er Philosophie, französische Literatur und Psychologie an der Sorbonne. Als Journalist für israelische Zeitungen unternahm er Reisen, arbeitete auch als Berichterstatter für die UNO und lernte somit einflussreiche Intellektuelle und Politiker kennen. Mitte der fünfziger Jahre gelang es ihm, seine Erfahrungen der Verfolgung und der Konzentrationslager erstmals in Worte zu fassen: 1956 erschien die jiddisch geschriebene Zeugenaussage "Un di Welt hot geschwign" (Und die Welt hat geschwiegen), die in gekürzter Form 1958 als "Nacht" seinen Ruhm als Schriftsteller begründete und in mehr als 30 Sprachen übersetzt wurde. Seit 1956 lebte Elie Wiesel in den USA und schrieb vor allem in französischer Sprache Romane, Dramen, theologische und politische Essays zur Erinnerung an die Opfer der Shoah. Er ist Autor von mehr als 40 Büchern. 1963 wurde Wiesel amerikanischer Staatsbürger. Zeitlebens unterstützt und befürwortet er den Staat Israel. Seit 1972 lehrt er an verschiedenen amerikanischen Hochschulen jüdische Studien und verschiedene Geisteswissenschaften. Als Vorsitzender des U.S. Holocaust Memorial Council in der Zeit von 1980 bis 1986 hat Elie Wiesel entscheidend dazu beigetragen, die amerikanische Gesellschaft zur Auseinandersetzung mit der Shoah zu bewegen. Für sein Lebenswerk und sein Engagement, sich für Menschenrechte und Frieden einzusetzen, erhielt Elie Wiesel 1986 den Friedensnobelpreis. Er verstarb am 2. Juli 2016“.

zu (1.): Siehe auch: www.buchenwald.de/919/; vom 24. Juni 2017

Wenn so etwas möglich ist, dachte ich bei mir, braucht man die Hoffnung auf ähnliche Entwicklungen in anderen Teilen der Welt - etwa im Nahen Osten - nicht gänzlich aufzugeben“ (1.). Doch dann brachte er seine Erfahrungen mit Deutschland und die daraus resultierenden Empfindungen zum Ausdruck: „Dann, wie so oft, wurden meine Gefühle von politischen Erwägungen verdrängt. ... Ich kann nicht verhehlen, dass ich besonders als Jude darüber besorgt, ja beunruhigt bin. Immer wenn Deutschland zu mächtig wurde, verfiel es den Versuchungen des Ultra – Nationalismus. Heißt das, ich traute Deutschlands Jugend nicht? Nein, ich traue ihr. Ich hoffe, sie hat die Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg gelernt und wird durch die Erinnerung daran vor einer Wiederholung bewahrt. Aber solange die alte Generation noch lebt, muss man wachsam und auf der Hut sein. In Deutschland werden ja weiterhin reaktionäre; antisemitische Zeitschriften veröffentlicht; ehemalige Nazis sind immer noch in eigenen Vereinen zusammengeschlossen; einer ihrer führenden Vertreter wurde kürzlich in Berlin in ein hohes Amt gewählt. Der Trend geht hin zur Normalisierung des politischen Bewusstseins wie der Geschichte. Wenn diese Entwicklung ungehindert andauert, wird sie dann nicht zu dem ganz natürlichen Wunsch führen, das Kapitel der Vergangenheit abzuschließen? Ist nicht der Lauf der Ereignisse zu rasch? Liegt in der Beschleunigung der Geschichte nicht eine Gefahr? Mit anderen Worten: Was sich in Berlin vollzieht, beunruhigt mich - nicht nur im Hinblick auf mögliche Auswirkungen auf die Zukunft, sondern auch auf die Einstellung zur Vergangenheit“ (1.).

Zu der Reaktion des 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu der Berliner Maueröffnung war im Leitkommentar im „Orlando Sentinel“ vom 11. November 1989 mit der Überschrift ‚Seize the moment, Mr Bush‘ unter anderem zu lesen: „Holes in the Iron Curtain present a rare opportunity to ease tensions and examine issues, such as the reunification of Germany, that have long appeared insoluble. All the more dissapointing then has been President Bushs tepid response. His description of East Germany’s reforms as a „great victory“ sounded flat, at this historic moment, we should be hearing a great hurrah from the leader of the free world“ (2.). Der Leitkommentar im „Orlando Sentinel“ vom 11. November 1989 kritisierte die zurückhaltende Reaktion von Präsident George Herbert Walker Bush auf das Ende der Berliner Mauer.

Am 13. November 1989 kommentierte W.F. Deedes die Wiedervereinigungsdebatte im „Daily Telegraph“ unter der Überschrift ‚The rise of the Fourth Reich is far from nigh‘

(1.). Wolffsohn, Michael; 1992; S. 47 f;

(2.)„Orlando Sentinel“; 11. November 1989; A 22;

unter anderem so: „As events in East Germany, and the prospect of a united Germany looms, we shall hear more from people like my friend Conor Cruise O'Brien about the dangers of a „Fourth Reich“. We still have some robust German haters in our midst, themselves of what we did at Versailles and what then happened in Germany. ... As I have reason to know, because I was in Germany in the critical year of 1945, we learnt from these mistakers. We set out up to help West Germany to rebuild a liberal democracy and what we helped to rebuild then seems to be proving durable that the Soviet Union's designs. Versailles was no end of a lesson“ (2.). W. F. Deedes teilte nicht die Bedenken der Deutschlandkritiker in seinem Kommentar im „Daily Telegraph“ vom 13. November 1989. Er unterfütterte dies mit den Erfahrungen aus der Entwicklung in Westdeutschland nach 1945.

Anne – Marie Burley trat in ihrem Kommentar ‚High – stakes poker at the Berlin Wall‘ in der „New York Times“ vom 13. November 1989 weiterhin für eine deutsche Zweistaatlichkeit und für die Anerkennung der DDR – Staatsbürgerschaft durch die Bundesrepublik Deutschland ein. So meinte sie: „The stage is set for a major West German concession, a carefully orchestrated and worded suspension of automatic citizen rights in the interests of preserving peace, freedom and prosperity for the German nation in all its parts. Bonn may honestly declare that for the East Germans themselves, a moratorium on immigration is necessary. Preserving two German states would also be a step toward guaranteeing peace and stability in Europe“ (2.).

Trudy Rubin sah in ihrem Kommentar für die „Arkansas Gazette“ mit dem Titel ‚East German changes catch West unprepared‘ vom 13. November 1989, aufgrund des Mauerfalls Westdeutschland in einer Identitätskrise, die alle angehe. So meinte sie: „West Germany is going through a major identity crisis and we are all involved. For four decades West Germans paid lip service to the idea that Germany would one day be reunified, but few took the idea seriously, or expected it soon. ... Now in a space of a few weeks a rebellious East German population has changed all that, forcing the East German government to announce Thursday that it will permit free emigration to West Germany, and effectively destroying the Berlin Wall. Like poor relations who no longer accept care packages but want to move into the house, the flood of immigrants – and the marching millions in East German streets – are forcing West Germans to redefine

(1.)Daily Telegraph“; 13. November 1989; S. 16;

(2.)„New York Times“; 13. November 1989; A 21;

who they are and what is their place in Europe. The psychological struggle isn't easy, but it's outcome will affect not only Europe but us as well" (1.).

In der „Washington Post“ vom 14. November 1989 kritisierte Mary McGrory in ihrem Kommentar ‚Berlin and Bush's emotional wall‘ das zurückhaltende Verhalten des US – Präsidenten Bush hinsichtlich der Ereignisse in Berlin vom 9. November 1989 vor allem mit folgenden Worten: „George Bush's stricken expression and lame words about an event that had the rest of mankind quickly singing hosanas were an awful letdown at a high moment in history. He later, laboriously, escalated his enthusiasm. All he needed to have said was a simple fervent, „Let freedom ring“. His first reaction could perhaps be explained by an observation from a man who served a president who went to the wall and proclaimed „Ich bin ein Berliner“ On the „Today show“, Ted Sorensen, speech writer for John F. Kennedy said, „We have contingency plans for war, but not for peace“. Representant Gary Ackerman (Democrats – New York) put it another way, „We have generals working on worst – case scenarios; we need statesman on best cases“. Still, there are those people who see a newborn baby and think of all the trouble it will cause, disrupting its parents' lives, maybe breaking their hearts. Others cheer the simple fact of birth: It means life goes on“ (2.).

Für eine deutsche Wiedervereinigung plädierte David Broder in seinem Kommentar ‚Berlin Wall breakdown means Germany united‘, der am 16. November 1989 in der „Pacific Daily News“ veröffentlicht wurde. Er begründete dies im Wesentlichen so: „But nothing so dramatized the revolution sweeping the communist world at the celebrations at Brandenburg Gate by East Germans freed after 28 years to mingle with friends and family in the West. If there ever has been a victory of the human spirit and of the unquenchable thirst for freedom, this is it. The Wall was the single clearest symbol of an empire haunted by fear of its own people. So long as it stood, one could suspect that the masters of the Soviet Union would not sacrifice political control of their empire even for their professed goal of economic reform. ... The talks coming up in two weeks between Bush and Gorbachev are the most important such discussions since the end of World War II. A new era is beginning and both the United States and the U.S.S.R. have important decisions to make None is more vital than the question which now confronts both nations of how to deal with a revived and resurgent Germany“ (3.).

(1.)Arkansas Gazette; 13. November 1989;

(2.)„Washington Post“; 14. November 1989; A2;

(3.)„Pacific, Daily News“; 16. November 1989; S. 24;

Der Kommentar ‚The wall fell down‘ in der „Church of England Newspaper“ vom 17. November 1989 wurde mit Zitaten aus dem Alten Testament und dort dem Buch Joschua begonnen. Danach ging der Kommentar dazu über, das Ereignis sehr spirituell zu hinterfragen: „It is not surprising that commentators and cartoonists have rushed to the story of Joshua and the destruction to the walls of Jericho to try to find some symbolic parallel to the extraordinary events in Berlin last week. Whatever the outcome of what has happened in the city ultimately be, there is no doubt, that events of world – shattering importance have taken place. That it should all happen when the Annual Remembrance Day was at hand only adds to the emotional content to such an historic occasion. To make any kind of essay into the political implications to the changes in Western Europe, at this early stage, would be both arrogant and foolish. With the passing of even a few days between writing and reading, the picture may change significantly. ... What arises the prophetic context is the need to ask if and how in the hand of God of history is at work in these events?“ (1.). Der Leitkommentar in der „Church of England Newspaper“ vom 17. November 1989 hatte einen sehr skeptischen Unterton zu den Ereignissen in Berlin.

Mitdem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen beschäftigte sich Stephen S. Rosenfeld in seinem Kommentar ‚Striking a Balance on Germany‘ in der „Washington Post“ vom 17. November 1989. Er schrieb dazu unter anderem folgendes: „Suddenly the idea of German reunification is on everyone’s lips, but it is the idea of German self – determination that needs to be addressed first. Before it is to be decided what the eventual political shape of Germany will be, Americans, Soviets and other European countries have to join with Germans to think out just what role Germans are going to have shaping it. Until now „German self – determination“ has been a slogan for firing in the ideological wars. We of the West tended to put out of mind the strenuous efforts we made – the very opposite of leaving it to the West Germans – to ensure that West Germans would be a democratic and Western – allied country, one that could be said to have made its choice for freedom. Meanwhile, we necessarily treated East Germany as a place that had been forcibly denied any similar choice and was deeply entitled to it. The casual assumption was that the Soviet Union would pay in the coin of broken alliance for the East’s expected association with the West“ (2.). Stephen S. Rosenfeld brachte einige Gedanken, zu der wieder massiver geführten Debatte um das

(1) „Church of England Newspaper“; 17. November 1989; S. 2;

(2) „Washington Post“; 17. November 1989; A 23;

Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, ein.

Charles Krauthammer sorgte sich in seinem Kommentar ‚Danger of Liberation‘ in der „Washington Post“ vom 17. November 1989, über die Gefahren, die die Umwälzungen in Deutschland und Osteuropa mit sich bringen könnten. Er meinte gegenüber den Lesern: „There was some mindless complaining last week that President Bush had shown insufficient enthusiasm for the fall of the Berlin Wall. What was he supposed to do? Get up and sing „Deutschland über alles“? Senate Majority Leader George Mitchell (Democrats – Maine) suggested Bush hasten to Berlin. And say what? You don’t visit the site of revolution in order to emote. You go to give definition to the revolution, to enunciate a new policy, to offer a vision of a new order. Mitchell has no suggestion as to what the new order might be. Or you can go to gloat. There is little the United States can do to help the liberation of Eastern Europe. But there is one thing it can do to hinder. That is to shove a thumb in Mikhail Gorbachev’s eye by crowing about the obvious, namely that communism is finished, and its empire dissolving. Proclaiming our manifest victory would serve only to energize Gorbachev’s internal enemies and further demoralize his allies. Which is why Bush’s semi – comatose response to the opening of the wall, whether calculated or not, was exactly right“ (1.). Charles Krauthammer zitierte im Weiteren den Vizeaußenminister Lawrence Eagleburger, der die politische Stabilität der Bipolarität des kalten Krieges pries, während er die aufkommende Multipolarität fürchtete und vor ihr warnte. Auch sprach der Journalist den wiederaufkeimenden Nationalismus in Ost- und Zentraleuropa an. Der Kommentator bekräftigte dies darüber hinaus mit der Aussage, dass die deutsche Frage, auch wenn sie die bedeutendste sei, nur eine von vielen sei. Albaner und Serben, Bulgaren und Türken, erinnerten, seiner Meinung an den Antagonismus, den man glaubte im 20. Jahrhundert überwunden zu haben.

In dem Kommentar ‚What do we do next?‘ meinte der „Newsweek“ – Kommentator Scott Sullivan zu den Reaktionen von Präsident Bush auf die Ereignisse in Deutschland: „George Bush’s admonitions to exercise „patience and imagination“ are wise. Bush would do well to heed his own counsel when he meets with Mikhail Gorbachev at the forthcoming Malta summit. His blithe announcement more than two weeks ago that America would support early German reunification was premature and unhelpful. He may well come to regret having made it“ (2.). Zu einem möglichen Wiedervereinigungsprozess äußerte er sich daher so: „All the elements of the new

(1.) „Washington Post“; 17. November 1989; A 23;

(2.) „Newsweek“; 20. November 1989; S. 26 f;

European dilemma meet in Germany, the richest, potentially the most populous traditionally the most expansive state on the Continent. Since last week the latent issue of reunification has taken on a terrible urgency. In the very long run, of course, no one can prevent the two German states from amalgamating. But full reunification right away is an unattractive option. It terrifies France and Poland. It would enfeeble NATO when the West needs desperately to keep up its guard against a failure of arms control or of Gorbachev's reforms" (1.). Der Kommentator war einer deutschen Wiedervereinigung gegenüber abgeneigt eingestellt.

Über den „Fall“ der Berliner Mauer schrieb der Journalist der „Time“, George J. Church, am 20. November 1989 unter der Überschrift ‚Freedom‘ dies: „For 28 years it had stood as the symbol of the division of Europe and the world, of Communist suppression, of the xenophobia of a regime that had to lock its people in lest they be tempered by another freer life – the Berlin Wall, that hideous, 28 – mile – long scar through the heart of a once proud European capital, not to mention the soul of a people. And men – proof! – it was gone. Not physically, at least yet, but gone as an effective barrier between East and West, opened in one unthinkable, stunning stroke to people it had kept apart for more than a generation. It was one of those rare times when the tectonic plates of history shift beneath men's feet, and nothing after is quite the same. What happened in Berlin last week was a combination of the fall of the Bastille and a New Year's eve blowout, of revolution and celebration. At the stroke of midnight on November 9, a date that not only Germans would remember, thousands who had gathered on both sides of the Wall let out a roar and started going through it, as well as up and over, West Berliners pulled East Berliners to the top of the barrier along which in years past many as East Germans had been shot while trying to escape; at times the Wall almost disappeared beneath waves of humanity“ (2.). Auch wurde in dem Artikel an den Bau der Berliner Mauer 1961 erinnert. Schließlich wurde auf die am Beginn der Dissertation erwähnte Rede von US – Präsident Ronald Reagan von 12. Juni 1987 vor dem Brandenburger Tor eingegangen und diese in den folgenden Kontext gesetzt: „Ronald Reagan in 1987, standing at the Brandenburg Gate with his back to the barrier, was the most recent in a long line of visiting Western leaders challenged the Communists to level the Wall if they wanted to proof that they were serious about liberalizing their societies. „Mr. Gorbachev, open this gate“! cried the President. „Mr. Gorbachev, tear down this wall“! There was no answer from Moscow at this time; only

(1.) „Newsweek“, 20. November 1989; S. 26 f;

(2.) „Time“, 20. November 1989;

nine months ago, Honecker vowed that the Wall would remain for 100 years. When the great breach finally came, it started undramatically. At a press conference last (1.) Thursday, Schabowski announced almost offhandedly that starting at midnight, East Germans would be free to leave at any point along the country's borders, including the crossing points through the Berlin Wall, without special permission, for a few hours, a day or forever". Zu der Reaktion des amerikanischen Präsidenten berichtete der Artikel von George J. Church, dass US - Präsident George Bush sich vor Journalisten im Oval Office sehr erfreut zeigte, aber auch nicht durch übermäßige Emotionen Spannungen in Ostdeutschland provozieren wolle. Zu den Reaktionen der Bonner Politik war in dem Time – Artikel vom 20. November 1989 zu lesen, dass in Bonn Mitglieder des Bundestages während einer Bundestagsdebatte Tränen in den Augen hatten und spontan die dritte Strophe des Deutschlandliedes sangen. Außerdem unterbrach Bundeskanzler Dr. Kohl seinen Polenreise, um an einer Veranstaltung in Berlin zur Maueröffnung teilzunehmen (1.).

Michael Meyer schrieb am 20. November 1989 in der „Newsweek“ unter der Überschrift ‚Is it possible?‘ enthusiastisch über die Maueröffnung vom 9. November 1989: „The folk song's German name roughly translates as „Such a beautiful day should last forever“. The tune is song at soccer matches and on birthdays. In Berlin last week, just after the gate swung open to freedom, it was everywhere - a top the wall, in the crossing points, up and down the boulevards of a city whose people had been divided for 28 cold – war years. Suddenly West Berlin blazed with neon, fireworks – and emotion. On Kurfürstendamm, West Berlin's fashionable shopping boulevard, BMWs mingled with East Berlin's tiny Trabants, as West Berliners lining the streets pounded the troops of visiting cars in triumphant welcome“ (2.). Der Kommentar zeugte von der euphorischen Stimmung in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 in Berlin.

Der britische Historiker Timothy Garton Ash trat in seinem Zeitungsbeitrag ‚The lamps coming on all over Europe‘ im „Independent“ vom 24. November 1989 für eine Intensivierung der britisch – deutschen Beziehungen ein. Er meinte dazu folgendes: „The British – West German alliance has been described as quiet. It should become less so. Relations between London and Bonn have been cooler than they should be, even before this new challenge arose. The quiet alliance is anyway too much based on the post – war military presence, rather than the kind of ties that will matter in the new

(1.) „Time“; 20. November 1989;

(2.) „Newsweek“; 20. November 1989; S.16 ff;

Europe. Germany's political elites, in East and West need active support, reassurance and critical dialogue (1.).

Die „Washington Post“ trat am 30. November 1989 auch mit dieser Begründungsweise für eine Friedenkonferenz für Deutschland ein: „Amid the euphoria evoked by the sudden, unexpected and almost total collapse of rigid repression in East Germany, one wonders whether the president and his advisers have considered the need for a peace conference and the desirability of issuing a call for it. East Germans crowd into West Germany, West Germans greet them as a fellow citizens. And more than four decades of Cold War melt away. Under the ice reemerges the shape of things before the freeze. The future of the Germans is not rooted in the ice, but goes deep into what now emerges from the thaw. And it will take more than the Germans alone to deal with what has been under the ice“ (2.).

In einem redaktionellen Beitrag mit der Überschrift, ‚The up side of German unity‘, war im „Independent“ vom 1. Dezember 1989 zum Thema deutsche Wiedervereinigung zu lesen: „There is no reason to believe that a democratic Europe would be destabilised by a united Germany within the present borders of the two states. The greatest danger would come from the denial of unification when it was demonstrably desired by the vast majority of the people within two democratic German states. Such a denial might provoke a revival of German nationalism. So too might an enforced neutrality, or the undue prolongation of the residual powers of the four Allied powers, notably in Berlin. These should be signed away in a peace treaty which would also ratify existing borders. Never again must Germany's eastern frontiers become an issue. Finally, East – West arms reductions and treaty arrangements must ensure that a united Germany could never be regarded as a potential source of military threat, however small that danger might in reality be“ (3.). Die britische Zeitung „Independent“ trat schon frühzeitig nach dem Mauerfall dafür ein, den Wunsch der Deutschen nach einer Wiedervereinigung nicht zu vereiteln.

William Rees – Mogg sah am 4. Dezember 1989 in seinem Kommentar ‚Year of change that heralds a German age‘ im „Independent“, ein neues deutsches Zeitalter heraufkommen, Er meinte hierin letztlich: „I have faith in the capacity of both individuals and nations to recover from – and even to be transformed by - the most terrible

(1.) „Independent“, 24. November 1989; S. 19;

(2.) „Washington Post“, 30. November 1989; A 27;

(3.) „Independent“, 1. Dezember 1989;

breakdowns, the breakest evil. I do not believe that Hitler has permanent lodging in the German soul, or Stalin in the Russian. On the contrary, I think nations can come to have a determination that historic evils for which they have been responsible shall never happen again. History has put 80 millions Germans with their discipline and idealism at the heart of Europe which is again the rising continent. We shall see in the next century what use they make of that influence (1.). William Rees – Mogg sah eine Wiedervereinigung positiv abwartend entgegen.

Am 4. Dezember 1989 veröffentlichte die „Time“ diese Leserbriefe zu dem Fall der Mauer und der damit wieder intensiver aufkommenden Debatte zu einer möglichen Deutschen Wiedervereinigung:

„The people of East Germany have proved that the power of communication and the will of the people are the most potent weapons in the fight for freedom. Communist theory is like many other hypotheses that have been proposed over the centuries, perfect on paper but untenable in practice.“

Dominick Mazzone, Wenonah, New York

„Mikhail Gorbachev will probably allow the East European bloc to disintegrate, and he will be replaced. He may go down in history as the man who abolished oppression and tyranny in the Soviet Union, not realizing this was the glue that held the country together.“

George Podzanzky, Berwyn, Illinois

„My father told me of his joy the day World War II ended: people singing, dancing in the streets of New York, and everyone with smile on his face. On November 9, as I stood on the Berlin Wall, I saw happily united people from both sides of the divided city. Now I know how my father must have felt.“

Mark T. Beckmann, Berlin

It seems to me that my countrymen, from both East and West, are waiting for the reunification of Germany with impatience. But not me. A change of regime or democracy would serve the East Germans just as well as reunification, and all our neighbors would sleep much better at night. A Germany under one government was an exception in history and lasted only 74 years. Before 1871, Germany was a more or less tight alliance of independent countries and cities.

Stefan Jaudas, Stuttgart

„Events in Eastern Europe suggests what most Westerners have suspected all along. Communism is workable as a form of government only if someone is holding a gun to

(1.) „Independent“; 4. Dezember 1989; S. 19;

your head. Drop the coercion and lose the convert.“

David J. Wayman, Erie, Pennsylvania

„I am 26 years old, and for as long as I can remember, listened to and watched news reports about how East Germans have died in their attempts to get under, over and through that damned Wall. Tear it down!“

William R. Henninger III, Newton, Iowa (1.)

Auch waren die Leserbriefschreiber in der „Time“ vom 4. Dezember 1989 in der Beurteilung des Falls der Mauer eher positiv gestimmt. Dennoch waren skeptische Reaktionen in Hinblick auf eine künftige Wiedervereinigung und das politische Schicksal des Generalsekretärs der KPdSU, Michail Gorbatschow zu vernehmen.

Die Deutschlanddebatte setzte sich in der nächsten Ausgabe der „Time“ auf den Leserbriefseiten fort:

„And now East Germany. Who says the domino theory is baloney?“

Amy T. Henasey, Whitehall, Pennsylvania

„Communist leaders are at least getting the idea that people grave freedom and that guarding populations like prisoners is costlier than letting them choose their own path. As liberating winds bring change, the world becomes safer.“

Doug Wittmer, Topeka, Kansas

„The Iron Curtain is like a wisp of gauze.“

Phyllis T. Kernick, Pittsburgh, Pennsylvania

„After 28 long years, the inhuman Wall is coming down. What next? Free elections without manipulation? A nonsocialist government? Reunification? Maybe in the future. Now is the moment to say thank God Almighty, they are free at last.“

Klaus Wellmann, Recklinghausen, West Germany

„An open Wall need not mean reunification. I would be happy with one Germany, but I would like to see if the East Germans can create a real socialism based on true democracy. The Western system is not all gold.“

Dominik Finheide, Berlin

„East Germany and other Communist countries should recognize what a college professor once taught me: „Freedom remembered is always the first step toward

(1.) „Time“; 4. Dezember 1989;

freedom regained.“

Jon Tunberg, Illinois (1.)

Auch am 11. Dezember 1989 zeigte sich unter den Leserbriefschreibern in der „Time“ eine positive Grundhaltung gegenüber einer den Ereignissen in Berlin. Aber auch hier wurde eine mögliche Wiedervereinigung zum Teil mit Skepsis gesehen.

Am 6. Dezember 1989 forderte Richard Cohen in der „Washington Post“ in seinem Artikel ‚No double standard for Germany‘, dass es keine völkerrechtlich andere Behandlung Deutschlands nach einer Wiedervereinigung geben dürfe. Folgende Passagen aus seinem Kommentar sind daher von besonderem Interesse: „The polls tell us that most Americans support German reunification. The figures are overwhelming – 67 percent – and a German reading those figures might take both comfort and pride in them. Not so fast, Helmut. The cold war may be over, but in certain neighbourhoods World War II is still being on fought. ... Let me make a prediction: It’s only a matter of time until those favorable figures nosedive. That’s because it’s only a matter of time until Germany, both East and West, becomes, well, Germany. I rever to a chauvinistic renaissance, an explosion of nationalism that is bound to make both the United States and Europe anxious. When that happens, a whole lot of people are going to say, „I told you so“. They will be wrong. ... Germany justifiably still remains on parole. But if a united Germany is ever to take its place among nations it has to be allowed to act much like any other nation. To treat it differently, to feed a German sense of victimization would only repeat the mistakes of the past“ (2.).

Zu der Debatte um die deutsche Wiedervereinigung kommentierte George Will, im „Orlando Sentinel“ vom 14. Dezember 1989 unter der Überschrift ‚West should show less crabbed spirit on German reunification‘, dies: „Regarding Germany, Western leaders, who seem to believe that history can be tamed by communique, are dotting I’s and crossing T’s and missing the point: The European Community recently revised its formulation to say that the German people should recover unity through „free expression of the popular will“ rather than „through free self – determination“. The difference, whatever it means , may be related to Secretary of State Baker’s belief that German reunification is not just for Germans to decide. ... President Bush, who is a Pekingese curled around the ankles of China’s tyrants, is a German shepherd barking impertinently at the German people. Most of the German people have compiled a 40 – year record of democracy, and the rest of them would like to participate, right now. Unification says Bush, must be gradual. Oh? Soviet – imposed tyranny has stolen 40

(1.) „Time“; 11. Dezember 1989;

(2.) „Washington Post“; 6. Dezember 1989; A 29;

years from the lives of East Germans that's enough“ (1.). George Will kritisierte im Besonderen die nach wie vor zurückhaltende Handhabung der Frage der deutschen Wiedervereinigung durch den 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, seinen Außenminister und die Europäische Gemeinschaft.

Zum 11. Dezember 1989 kamen erstmals nach 18 Jahren Botschafter der vier Alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkriegs zu einem Kontrollratstreffen in Berlin zusammen unter der Überschrift ‚Ein Hauch von Versailles‘ kritisierte die „New Yorker Staatszeitung und Herold“ dieses Treffen und meinte in ihrem Leitkommentar am 16. Dezember 1989: „Über die Ehrung der Toten soll man nicht die Lebendigen vergessen. Es ist höchste Zeit, dass man den Deutschen erlaubt ein normales Volk zu sein wie die Franzosen, Briten oder Italiener. Diese Chance besteht, wenn nicht nur die Mauer und der Stacheldraht im inneren Deutschlands abgebaut werden sollte, sondern auch die künstliche Teilung in zwei separate Staaten schrittweise aufgehoben wird. Es wäre fatal, wenn der Eindruck entstünde, dass die Franzosen den in Gang gekommenen Prozeß der deutschen Einigung zu hintertreiben. Es wäre zu befürchten, dass sich unter den Deutschen dieselbe Art von Verbitterung breitmachen würde, wie nach dem Versailler Vertrag von 1919. Wir können nur hoffen, dass die Regierung Bush in ihrer maßvollen bedächtigen Art darauf hinwirkt, dass die Hoffnung auf Einigkeit und Recht und Freiheit nicht an nationalstaatlicher Eifersüchtelei scheitert“ (2.).

Die „Newsweek“ druckte am 18. Dezember 1989 unter anderem diese Leserbriefe zum Fall der Mauer in Berlin ab:

„I cry tears of joy for the East Germans, whose peaceful reunion with their brothers brings worldwide acclaim. However, my heart bleeds for my brothers in China who have been initiators of this same good cause, but have been ruthlessly and sadly crushed by a few senile and unyielding leaders“.

C.S.K. Chan, Hong Kong

„One must admire Mikhail Gorbachev's guts for lifting the lid off the Soviet empire's formerly tightly controlled system; however, it must never be forgotten that these changes did not come voluntarily, but through constant international pressure and growing unrest from within the Eastern bloc. I therefore believe that Gorbachev sometimes receives excessive credit for what he is doing, when, in fact, we are witnessing a grass – roots revolution“.

Karl H. Pagac, London

(1.) „Orlando Sentinel“; 14. Dezember 1989; A 23;

(2.) „New Yorker Staatszeitung und Herold“; 16. Dezember 1989; S. 3;

Too much is at stake for the United States and the rest of the West to rely on Mikhail Gorbachev's domestic reforms to yield results in time to sustain the current wave of liberalization movements in the Eastern bloc. Despite immense savings on defense costs and the huge business opportunities that can be created out of a liberalized communist world, Gorbachev's economic reforms have not been given any helping hand by either the governments or the business communities of the Western World. This is very alarming“.

T.S. Chow, Hong Kong

„Tumultuous events seem to have overtaken us in Eastern Europe. Perhaps not a bad thing, though I often wonder if journalists ever consult an atlas. Your description of East Berlin as being isolated is somewhat misleading. It is West Berlin which is surrounded by the wall and deep within East Germany. East Berliners can now, thankfully, travel freely while we Westerners still need visas to get in and out. It is wonderful that the liberation of Eastern Europe is taking place, but please don't give out the impression that the Easterners were confined in the same way the West Berliners were and still are“.

S. Warren – Gray, West Berlin, Germany

In August 1961, the Berlin wall divided my mother's family. This past summer I traveled to Europe and my first stop was Berlin. I arranged myself to go to the East to meet my 19 – year – old cousin Claudia. After a day touring East Berlin, we arrived at the Brandenburg Gate. Claudia looked as she were about to cry. When I asked what was wrong, she replied, „This ist he end of my world“. Last week when the wall came down, I thought to myself, „Not anymore“!

Alex Feinberg, West Hurley, New York (1.).

Die Reaktionen der Leserbriefschreiber in der „Newsweek“ auf das Ende der Berliner Mauer waren im Grundsatz positiv.

Der deutsch - jüdischstämmige französische Politikwissenschaftler Alfred Grosser kommentierte die Entwicklungen in der deutschen Frage aus der seiner Meinung nach französischen Perspektive unter der Überschrift ‚German question, French anxiety‘, über den Fortgang in der Debatte um die deutsche Frage, in der „New York Times“ vom 26. Dezember 1989, wie folgt: „How do the French feel about the German reunification? Events in Eastern Europe are proceeding at such a dizzying pace that inconsistent reactions are inevitable. Vivid worries are being expressed by French businessmen, diplomats, journalists and politicians. ... There is a systematic skepticism

(1.) „Newsweek“; 18. Dezember 1989; S. 5 f;

among French policy makers toward any declaration or move by the West German Government. No matter how much German leaders reinforce the idea of German community, it will be said that their real and hidden intention is to form a „GreaterGermany“ outside the European Community. The prospect of a community partner of 80 million inhabitants leads of fears of political trusteeship stemming from a united Germany's potential economic domination of France. There is also a fear that the Federal Republic would drastically reduce its contribution to Western defense, a fear rooted in two elements, one poorly founded the others quite legitimate“ (1.). Für Alfred Grosser war die Meinung der französischen Elite von viel Skepsis gegenüber einem wiedervereinigten Deutschland geprägt. Nach seiner Ansicht wurde vielfach ein wirtschaftlich Frankreich dominierendes Großdeutschland gefürchtet, das sich von der Europäischen Gemeinschaft abwenden würde.

In der Diskussion um eine mögliche Wiedervereinigung Deutschlands setzte sich die „New Yorker Staatszeitung und Herold“ in ihrer Ausgabe vom 30. Dezember 1989 unter dem Titel ‚Ein Friedensvertrag für Deutschland‘, für einen Friedensvertrag Deutschlands mit den vier Alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkriegs ein, um die deutsche Frage als Problematik der internationalen Beziehungen endgültig zu lösen. Begründet wurde dies letztlich so, dass Frankreich, Großbritannien, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika als die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, Verantwortlichkeiten für Deutschland als Ganzes und für Berlin haben. Wenn die beiden Staaten in Deutschland jetzt über mehrere Zwischenstufen gewiss, die Einheit erstreben, dann ist das für die Siegermächte der Zeitpunkt ihren Verpflichtungen nachzukommen und durch einen Friedensvertrag einen Schlußstrich unter den Zweiten Weltkrieg zu ziehen und damit die deutsche Frage als Unruhefaktor aus der Welt zu schaffen. Nur ein Friedensvertrag mit Deutschland oder seinen beiden Teilen kann den Völkern in Europa, vor allem den Polen, so die Zeitung die Sicherheit im Hinblick auf ihre Grenzen geben, die sie Wünschen“ (1.).

Am 8. Januar 1990 waren zur Deutschlanddebatte in der „Time“ diese Leserbriefe abgedruckt:

„With the prospect of German reunification, one sees that the cold war only covered up anti – German feelings among Western allies. In this historic situation, it is anachronistic to revive the role of the victors of World War II. What is required instead

(1.) „New York Times“; 26. Dezember 1989; A 27;

(2.) „New Yorker Staatszeitung und Herold“; 30. Dezember 1989; S. 3;

is mental perestroika to accept a unified Germany as a partner.“

Mathias Metzdorff, Freudenstadt, West Germany

„The real peace comes from the successful suppression of nationalism by the West Europeans in their economic union. The European Community has been a club of equals, rising from the ashes of World War II to seek a future of prosperity and cooperation among national interest. Two factors endanger Europe's stability: the intransigence of Britain as it clings to the wreckage of past glories and the unification of Germany. The German question poses a greater threat to peace because a unified Germany could dominate the European Community to its detriment. The call for reunification is nationalism in the '90s.“

Adrian L. Weisberg, Yehud, Israel

„The whole world is thinking that mankind is not ready for a unified Germany. The country cut in half is quite enough to contend with right now. Only time will tell if the Germans can handle being a superpower once again while their European neighbors tremble to see who gets stomped next by them.“

Robert Falcon, Houston (1.)

Die vorangehend zitierten Leserbriefschreiber in der „Time“ von 8. Januar 1990 standen einer deutschen Wiedervereinigung eher ablehnend gegenüber.

Einen weiteren Diskussionsbeitrag lieferte Lord Gladwyn, Mitglied des House of Lords im „Independent“ vom 8. Januar 1990 mit seinem Leserbrief ‚Reunion of Germany‘. Hierbei ist folgender Auszug von besonderem Interesse:

„Are we not becoming unnecessarily preoccupied with the possibility of German reunification, or, more properly by the prospect of the integration of two of the three existing German states? All are agreed that if the GDR really does become „democratic“, or rather if it has become a genuinely free market economy and a pluralistic society, it will if it so desires, and short of some Soviet intervention, become part of the Federal Republic. But this does not mean that German reunion is inevitable or even, as such desirable. For it does come about, it will certainly pose the question of the Eastern frontiers of the reunified state; probably its relations with the Soviet Union involving the possible end of NATO; and very likely the end of the European Community in its present (or projected) form. After all, the German people were for centuries divided into several political entities and have only once in history

(1.) „Time“; 8. Januar 1990;

been united in a single state – a precedent which is hardly encouraging“.

Gladwyn, House of Lords, London, SW 1 (1.)

Auch Lord Gladwyn, Mitglied des „House of Lords“ sprach sich in seinem Leserbrief gegen die deutsche Wiedervereinigung aus.

Im Gegensatz dazu stand der Leserbrief von Mr Weale im „Independent“ vom 11. Januar 1990. Unter der Überschrift ‚The prospects for a united Germany‘ meinte er vor allem: „Lord Gladwyn (letter 8 January) may be right in pointing to political obstacles to the reunification of Germany, but he must be mistaken in identifying economic problems as well. ... It may take 20 years for the East to catch up, but in the meantime, because of the relatively small size of the GDR, the Federal government can afford to be reasonably generous. Set free of communism, an independent East Germany would probably be an economic success, as it will be an independent Czechoslovakia. But the economic risks will be lower in a reunited Germany and, if they wish to proceed in that direction, we should encourage the Germans along the road“.

M.R. Weale, Cambridge (2.)

Die Antwort auf den Leserbrief von Lord Gladwyn durch M.R. Weale fiel klar zu Gunsten einer deutschen Wiedervereinigung aus.

Zu der Debatte um eine mögliche deutsche Wiedervereinigung druckte die „Washington Post“ am 10. Januar 1990 den Leserbrief von Franz Richard Drees unter der Überschrift ‚A unified Germany – no cause for alarm‘. In diesem war zu lesen:

„Should we fear a unified Germany? Talk of reunification abounds, and West Germany’s neighbors in the East and the West shudder at the thought of a revitalized and potentially aggressive giant in Central Europe. Historical precedents seem too obvious and their lesson strikingly ominous: was it not a united Germany that plunged the world into two wars in a span of only 25 years? And yet the historical parallels are misleading. Germany today is one of the world’s most profoundly non – militaristic countries, and the reunification that appears to lie in the near future is likely to be very different from the consolidation that produced Bismarck’s united Germany“. ...

Franz Richard Drees, Bethesda (3.)

(1.) „Independent“; 8. Januar 1990; S.16;

(2.) „Independent“; 11. Januar 1990; S.28;

(3.) „Washington Post“; 10. Januar 1990; A 18;

Franz Richard Drees drückte in seinem Leserbrief vom 10. Januar 1990 aus, dass ein wiedervereinigtes Deutschland ein Deutschland sein würde, von dem, im Gegensatz zu vor 1945, keine Gefahr mehr ausginge.

Fazit

Allgemein ist festzuhalten, dass Kommentatoren und Leserbriefschreiber sowohl im Vereinigten Königreich als auch in den Vereinigten Staaten von Amerika in ihrer Gesamtheit keine eindeutige Position bezogen zu den Ereignissen in Berlin vom 9. November 1989 als auch zu der Frage einer möglichen Wiedervereinigung Deutschlands. Zum Beispiel begrüßte Trevor Kavanagh in der „Sun“ am 10. November 1989 unter der Überschrift ‚End of the Berlin Wall‘, den Mauerfall. Im „Daily Telegraph“ vom 10. November 1989 machte sich George Walden in seiner Analyse ‚The Wall comes tumbling down‘ sogar Gedanken darüber, wie die Europäische Gemeinschaft mit den ökonomischen Herausforderungen durch den Berliner Mauerfall umgehen sollte. Der Leitkommentar der „Arkansas Gazette“ drückte unter der Überschrift ‚Democracy knocks in East Germany‘ vom 10. November 1989 sehr große Freude über den Fall der Berliner Mauer aus. Zwiespältig kommentierte Elie Wiesel, Friedensnobelpreisträger und Holocaustüberlebender, in einem persönlichen Beitrag für die „New York Times“, der kurz nach der Maueröffnung erschien und am 15. Dezember 1989 in der „Zeit“ mit dem Titel "Vergeßt ihr die Vergangenheit?" veröffentlicht wurde, die Gefühle vieler Holocaustüberlebender, auf der einen Seite die Freude über den Sieg der Freiheit auf der anderen Seite die Belastung des Erlebten, also der im deutschen Namen begangenen schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit zwischen 1933 und 1945. Am 13. November 1989 kommentierte W. F. Deedes die Wiedervereinigungsdebatte im „Daily Telegraph“ unter der Überschrift ‚The rise of the Fourth Reich is far from nigh‘, wo er nicht die Bedenken der Gegner der deutschen Wiedervereinigung teilte und dies auch mit persönlichen Erfahrungen nach 1945 begründete. Ganz im Gegensatz dazu trat Anne – Marie Burley in ihrem Kommentar ‚High – stakes poker at the Berlin Wall‘ in der „New York Times“ vom 13. November 1989 für die Beibehaltung der deutschen Zweistaatlichkeit und die Anerkennung der DDR – Staatsbürgerschaft ein. Für die Spaltung auch ganzer Zeitungsredaktionen zur deutschen Frage spricht auch die unterschiedliche Kommentierung des besonnenen Verhaltens des 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zum Fall der Berliner Mauer. So, beispielsweise die Kommentare

in der „Washington Post“ von Mary McGrory mit ihrem Kommentar ‚Berlin and Bush’s emotional wall‘ vom 14. November 1989, die dieses Verhalten kritisierte und Charles Krauthammer mit seinem Kommentar ‚Danger of Liberation‘ in der „Washington Post“ vom 17. November 1989, der wiederum den damaligen demokratischen Mehrheitsführer im Senat dafür kritisierte, dass er Präsident Bush für sein besonnenes Verhalten kritisierte. Die positive Grundhaltung zur deutschen Frage der Kommentatoren im „Independent“ wurde zum einen durch einen Gastbeitrag ‚The lamps coming on all over Europe‘ im „Independent“ vom 24. November 1989 des britischen Historikers Timothy Gordon Ash hervorgehoben, da er sich für engere Beziehungen zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich stark machte. Von Interesse war aber auch die Auseinandersetzung der Leserbriefschreiber Lord Gladwyn, Mitglied des Oberhauses, mit seinem Leserbrief ‚Reunion of Germany‘ im „Independent“ vom 8. Januar 1990, der eine deutsche Wiedervereinigung klar ablehnte, und M. R. Wheale, der sich am 11. Januar 1990 unter der Überschrift ‚The prospects for a united Germany‘ im „Independent“ klar für eine Wiedervereinigung aussprach. Die Berichte und Kommentare in den Printmedien im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika waren nach einer kurzen Euphorie nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 tendenziell eher skeptisch gegenüber einer Entwicklung hin zu einer möglichen deutschen Wiedervereinigung. Besonders ausgeprägt waren die Gegensätze im Vereinigten Königreich, wo in der Berichterstattung und der Kommentierung der anglikanischen Kirchenzeitung „Church of England Newspaper“ eine starke Ablehnung der Wiedervereinigung geäußert wurde und sogar die freudige Stimmung in Berlin in der Nacht vom 9. November 1989 auf den 10. November 1989 mit der Atmosphäre auf NSDAP – Parteitag in Nürnberg verglichen wurde. Dagegen stach im Vereinigten Königreich die auffallend wohlwollende Berichterstattung des „Independent“ gegenüber Deutschland zur Maueröffnung und der Zeit danach hervor. In den Vereinigten Staaten von Amerika war die Berichterstattung und Kommentierung der „New York Times“ schon mit der Maueröffnung durchweg deutschlandkritisch. Die meisten anderen Zeitungen berichteten und kommentierten die Ereignisse in Berlin und die damit einhergehende Diskussion um die deutsche Frage insgesamt eher zurückhaltend oder versuchten wie die „Washington Post“ sowohl die Argumente des deutschlandfreundlicheren Lagers als auch des deutschlandkritischeren Lagers abzubilden. Die analysierten jüdischen Zeitungen brachten vor allem die Empfindungen von in den Vereinigten Staaten von Amerika lebenden Überlebenden des Holocaust

zum Ausdruck, die sich zum Teil mit den Menschen in Berlin freuten, aber gleichzeitig von den Erinnerungen an die Leiden, die ihnen im deutschen Namen zugefügt wurden, belastet wurden. Dies drückte auch aus seiner persönlichen Sicht, der am 2. Juli 2016 gestorbene Friedensnobelpreisträger und Holocaustüberlebende Elie Wiesel in einem Meinungsbeitrag in der „New York Times“ aus, der dort kurz nach der Maueröffnung erschien und in der deutschen Wochenzeitschrift „Zeit“ am 15. Dezember 1989 übersetzt wiedergegeben wurde, aus. Auffällig in der Berichterstattung war auch, dass der Mehrheitsführer der Demokraten im Senat George J. Mitchell das zurückhaltende Verhalten des republikanischen US – Präsidenten Bush nach der Berliner Maueröffnung kritisierte, während der ehemalige US – Sicherheitsberater und Außenminister unter den republikanischen Präsidenten Richard Nixon und Gerald Ford, Henry Kissinger, sowie der republikanische Senator Rudy Boschwitz, beide deutsch – jüdischer Herkunft, entweder eine deutsche Wiedervereinigung nicht begrüßten aber auch als nicht verhinderbar ansahen oder ganz ablehnten. Bezeichnend für die offizielle eher vorsichtige Haltung des 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu jener Zeit sind, die von Robert L. Hutchings, dem Direktor für Europaangelegenheiten im nationalen Sicherheitsrat beim Präsidenten der Vereinigten Staaten am 10. November 1989 festgehaltenen Positionierungen. So war dort unter der Überschrift GDR Crisis Contingencies zu lesen: „US Interests: The future of the GDR means the future of divided Germany, which in term means the future of divided Europe. Nothing than to save the U.S – Soviet strategic relationship is more central to our national security. U.S. interests are best served by a peaceful and gradual evolution in the GDR“ (1.). Nachdem die „New York Times“ von einer Meinungsumfrage berichtet hatte, dass eine überwiegende Mehrheit der Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika eine deutsche Wiedervereinigung unterstützen würde und nachdem sich auch eine Trendwende in der Haltung der sowjetischen Führung zur deutschen Frage abzeichnete, von der auch die US – Printmedien berichteten, richtete Robert L. Hutchings das Memorandum ‚Your breakfast with Kissinger: Managing the German Ouestion‘ am 26. Januar 1990 an den damaligen nationalen Sicherheitsberater des US – Präsidenten, Brent Scowcroft. Darin wurden im Kern folgende Punkte für eine offensivere Politik der US – Administration zugunsten einer deutschen Wiedervereinigung festgehalten:

1. „We support rapid German reunification.

(1.) Robert L. Hutchings; 10. November 1989; „GHW Bush Library“;

2. We endorse the proposal for a reunited Germany in NATO with GDR territory demilitarized (and guaranteed by treaty)
3. The CFE process will continue and will result in significant further reductions in the size of NATO, and especially German, forces.
4. We consider present FRG/GDR borders to be the fixed borders of a reunited Germany“ (1.)

Diese vier Punkte entsprachen im Wesentlichen den späteren vertraglich fixierten Abmachungen im „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ vom 12. September 1990.

Bedauerlich ist, dass Professor Dr. Andreas Rödder in seinem Buch „Geschichte der Deutschen Wiedervereinigung“ faktisch nicht auf die direkten internationalen Reaktionen zu den Ereignissen in Berlin vom 9. November 1989 einging und auch nicht die für die weitere Diskussion in der deutschen Frage so interessante Berichterstattung über die Empfindungen der Shoa – Opfer (2.).

3.2 Die Lage in der DDR und die Darstellung der Reformdebatte aus der Sicht der Printmedien

Zum Umbruch innerhalb der SED schrieb Francine S. Kiefer vom „Christian Science Monitor“ am 10. November 1989 in dem Zeitungsartikel ‚Communists bow to calls for reform‘, unter anderem: „The Communist Party in East Germany is testing the waters of reform and freedom. But it yet has to dive in. The party’s Central Committee approved a new Politburo, with Egon Krenz at the head. It shrank from 21 members to 11 – a sort of self – criticism for past misdeeds, Western analysts say. But in this top policymaking body, only four faces are new“ (3.). Francine S. Kiefer stelle in dem Zeitungsartikel den Reformprozess der SED als nur halbherzig dar.

Am 13. November 1989 wurde der bis dahin als erster Sekretär der SED – Bezirksleitung in Dresden tätige und damals in der SED als Reformler geltende Politiker Hans Modrow in der Nachfolge des Altstalinisten Willi Stoph von der DDR – Volkskammer zum Vorsitzenden des Ministerates der DDR gewählt. William Drozdiak schrieb darüber in der Ausgabe der „Washington Post“ vom 14. November 1989 unter

(1.) Blackwill Robert D.; 26. Januar 1990; S. 4; „GHW Bush Library“;

(2.) Rödder, Andreas; 2011;

(3.) „Christian Science Monitor“; 10. November 1989; S.3;

der Überschrift ‚East German Assembly elects reformist as prime minister‘: „East Germany’s legislature, awakening to popular calls for more democracy and critical debate, today elected the Communist Party’s leading advocate of reform to the post of prime minister and voted to install a non – Communist as speaker. Hans Modrow the former Dresden party chief recently elevated to the party’s 11 – man ruling Politbüro, was formally approved as prime minister“ (1.).

Serge Schmemmann informierte die Leser der „New York Times“ in seinem Zeitungsartikel ‚The Earliest marchers see a long road yet to travel‘ in der Ausgabe vom 14. November 1989 über den Fortgang der Montagsdemonstrationen in Leipzig auch nach der DDR - Grenzöffnung im Kern so: „The throng for the weekly march around Leipzig’s old inner city was somewhat smaller than others in the last two weeks, with estimates ranging upward of 200.000. But it was sufficient to demonstrate that the will of the people that had forced the Communist leadership to promise dramatic changes and to grant the cherished freedom to travel was not exhausted or quelled“ (2.). Auffallend war, dass Serge Schmemmann schon nach der ersten Leipziger Montagsdemonstration nach den Ereignissen vom 9. November 1989 über Diskussionen über eine mögliche deutsche Wiedervereinigung unter den Montagsdemonstranten in Leipzig berichtete.

Zu der Situation der DDR – Staatspartei, SED, nach dem Ende der Berliner Mauer war, in dem Zeitungsartikel ‚East German party fears its demise‘ von David Binder in der „New York Times“ vom 14. November 1989, zu lesen: „East Germany’s ruling Communist Party is in the midst of its most profound crisis since it was founded 43 years ago, according to members of its governing Central Committee. „I can see the end coming“, Hans Modrow, the new Prime Minister, confided to a fellow Central Committee member“ (3.). Aus dem Zeitungsartikel ging klar hervor, dass in der SED Untergangsstimmung herrschte.

Zum Amtsantritt der DDR - Regierung von Hans Modrow, schrieb Wilbur G. Landrey in der „St. Petersburg Times“ mit dem Titel ‚No turning back, East Germany told‘ in der Ausgabe vom 18. November 1989, dass der neue DDR – Ministerpräsident der, keinen Weg zurück für den eingeschlagenen Reformprozess sehe. So war daher zu lesen: „Prime Minister Hans Modrow announced his new Cabinet on Friday along with

(1.) „Washington Post“; 14. November 1989; A 1;

(2.) „New York Times“; 14. November 1989; A 18;

(3.) „New York Times“; 14. November 1989; A 18;

sweeping proposals that tried to square radical reform with continued Communist rule in East Germany. „What has happened ... is irreversible“, the reform – minded Modrow told East Germany's 500 – member legislature, the Volkskammer, in attacking the totalitarian rule of the past. „The people would sweep aside anyone who dared to reinstate former conditions“ (3.).

Über die weiteren politischen Schritte in Richtung Demokratie in der DDR informierte Patricia Clough die Leser des „Independent“ vom 18. November 1989 in ihrem Zeitungsartikel ‚Parliament proclaims a new East Germany‘, worin stand: „The East German parliament, the Volkskammer, yesterday accepted an ambitious plan for a new East Germany presented by the Prime Minister, Hans Modrow. It was a plan for a democratic socialist society with a more market – oriented economy, open to cooperation with the West. The huge and costly state bureaucracy would be partly dismantled, the hated Ministry for State Security with its ubiquitous secret police would be replaced and the education system geared to produce „yes – sayers“ would be reformed“ (1.). Laut Patricia Clough plante das DDR – Parlament und die DDR – Regierung weitreichende Reformen.

Marc Fisher berichtete am 19. November 1989 in der „Washington Post“ unter der Überschrift ‚New cabinet takes office in East Berlin‘ über die Amtsübernahme des Kabinetts Modrow. Er schrieb vor allem: „A reform minded government took office in East Germany today pledging to win the people's trust as the country's parliament set up commissions to investigate official corruption and to study constitutional changes including a more open legislative process. As the new government announced Friday by Prime Minister Hans Modrow was sworn in, 50.000 East Germans in Leipzig joined in the first legal demonstration organized by the opposition movement New Forum. The group, which the East Berlin government had dubbed illegal only two months ago, sought and received permission for the protest, which called for the resignation of Communist Party leaders. In East Berlin, the 500 – member People's Chamber, or parliament approved Modrow's 28 – member cabinet by a show of hands, with only five votes against confirmation and six abstentions“ (2.). Neben dem Amtsantritt der Regierung Modrow informierte Marc Fisher über die erste genehmigte Demonstration

(1.) St. Petersburg Times; 18. November 1989 ;

(2.) „Independent“; 18. November 1989; S.1;

(3.). „Washington Post“; 19. November 1989; A 31 und A32;

des Oppositionsbündnisses „Neues Forum“ in Leipzig, an der 50.000 Menschen teilnahmen.

Über den Plan der SED – Führung erst in einem Jahr demokratische Wahlen zuzulassen und den Fortgang der Ereignisse in Ost – Berlin, schrieb David Marsh in seinem Artikel ‚Poll in East Germany a year away‘ in der „Financial Times“ vom 21. November 1989: „East Germany’s Communist leadership declared it was ready to hold free elections, but they said it would not take place until autumn next year or spring, 1991. The message was conveyed by Mr Egon Krenz, the East German party leader, to a senior West German official preparing for the visit to East Germany next month of West German Chancellor Helmut Kohl. The timetable conveyed to Mr Rudolf Seiters, the West German Chancellery Minister who held talks with Mr Krenz yesterday, is likely to disappoint pro – reform demonstrators who again last night took to the streets of Leipzig to urge democratic renewal. Around 100.000 people part in the demonstration – the ninth consecutive Monday of street protest in Leipzig – with an unusually large number of banners yesterday calling for re – unification of the German states“ (1.). Aus dem Zeitungsartikel ging die große Enttäuschung von Reformbefürwortern in der DDR über die zögerliche Reformpolitik der neuen DDR - Staatsspitze hervor und, dass bei den Montagsdemonstrationen in Leipzig immer mehr Forderungen nach einer Wiedervereinigung gestellt wurden.

Bemerkenswert war auch der Zeitungsartikel ‚Krenz pledges to resign if rejected by the party‘ von Patricia Clough im „Independent“ vom 21. November 1989. Darin versprach der DDR – Staats- und Parteichef Egon Krenz zurückzutreten, wenn er das Vertrauen der Partei nicht mehr hätte: „Egon Krenz, the East German leader, has said he is prepared to resign if the Communist Party wants him to. In a remarkable interview on East German television, Mr Krenz said he would fight to make the East Germany’s political „turn – around“ irreversible. If the party voted as its special congress in December that he should stay on, he was willing to do so. If it did not, it would choose another leader“ (2.).

John Eisenhammer schrieb zu der Diskussion um mögliche Transferzahlungen der Bonner Regierung an die DDR – Machthaber zurück zu halten im „Independent“ vom 22. November 1989 den Artikel ‚Bonn to hold back aid until East Berlin brings in

(1.) „Financial Times“; 21. November 1989; S. 1;

(2.) „Independent“; 21. November 1989; S.12;

reforms'. Darin war zu lesen, dass die kommunistische Führung in Ost – Berlin wird von Westdeutschland zunächst keine weitere finanzielle Unterstützung erhalten, wie Kanzleramtsminister Rudolf Seiters bei seinem Besuch in Ost – Berlin am Tag zuvor mitteilte, da auch die Erwartungen der Menschen weitergingen, als was ihnen von der SED bisher angeboten worden ist (1.). Offenkundig wollte die Bonner Regierung der amtierenden Ost – Berliner Führungsmannschaft finanziell nicht stärker unter die Arme greifen, bis diese sich zu weitergehenden Reformen durchringen würde.

Die „Washington Post“ vermeldete am 23. November 1989 in ihrem Artikel ‚East Germany's Communists seek talks with the opposition‘, dass die kommunistische Staats- und Parteiführung zu Gesprächen mit Oppositionsgruppen bereit sei. Jackson Diehl berichtete diesbezüglich: „East Germany's Communist Party today proposed holding „round – table“ talks with opposition groups to prepare for free elections and constitutional changes in an initiative that appeared modeled after the landmark political negotiations staged in Poland and Hungary earlier this year. A brief statement issued by the official news agency ADN said that the party's ruling Politbüro had proposed that the Communists and the five smaller parties in the governing coalition convene talks with other „political forces in the country“ (2.).

Am 23. November 1989 berichtete Patricia Clough in einem Zeitungsartikel ‚Krenz offers all – party conference‘ im „Independent“, über den Vorschlag von DDR Staats- und Parteichef Egon Krenz, eine All – Parteienkonferenz abzuhalten, die sich an dem im Frühjahr 1989 abgehaltenen „Runden – Tisch“ in Warschau orientieren sollte, einer mehrtägigen Konferenz zwischen Regierung und Opposition in Polen über die weiteren Reformschritte des Landes. Patricia Clough schrieb dazu: „East Germany's Communist Party yesterday proposed Polish – style round – table talks with the established coalition parties and opposition groups to prepare the way for democracy. In a brief statement, the party's Politbüro said the talks could include the new electoral law, procedures for free elections and a reform of the constitution. Spokespersons for two of the main opposition groups, New Forum and Democratic Awakening, welcomed the proposals but said they would have to look closely to see if there were any conditions attached“ (3.). Die Idee von Egon Krenz einer All – Parteienkonferenz nach Vorbild des polnischen Runden Tisches abzuhalten, stieß, laut des Zeitungsartikels von Patricia Clough, bei einem Teil der Opposition auf Zustimmung.

(1.) „Independent“; 22. November 1989; S. 12;

(2.) „Washington Post“; 23. November 1989; A 59.

(3) „Independent“; 23. November 1989; S. 10;

Von Interesse ist auch ein Artikel ‚Germans come clean‘ im „Jewish Chronicle“ von David Kantor am 24. November 1989, in welchem berichtet wurde, dass die DDR – Behörden erstmals Antisemitismus in der DDR einräumten: East Germany has admitted that antisemitism is prevalent in the country. Details of 300 incidents involving people in the past 18 months have just been passed on to Jewish community leaders. Mr Harri Mueller, chief prosecutor in the Rostock region in the north, said in a statement reported by ADN, the official East German news agency, that the practice of concealing anti – Jewish incidents was being reassessed. He said that a Jewish cemetery had been desecrated by neo – Nazi in the summer, and that, in Stralsund, six young farm workers had circulated antisemitic propaganda and sung antisemitic songs“ (1.).

Ein weiterer aufschlussreicher Artikel über die Versuche der SED – Führung einerseits den Menschen in der DDR mehr Rechte einzuräumen, andererseits so viel Macht wie möglich beizubehalten, war derjenige von Jackson Diehl unter der Überschrift ‚Krenz pledges to end party’s power guarantee‘ in der „Washington Post“ vom 25. November 1989. Hier berichtete der Journalist beispielsweise: „Communist Party leader Egon Krenz, struggling for political survival as a key party congress approaches, publicly committed himself today to strike out the constitutional article guaranteeing the Communist‘ predominance in East German political and social life. Krenz’s pledge, in an interview with the party daily „Neues Deutschland“, met one of the principal demands of the popular opposition movement which has staged mass demonstrations around the country in recent weeks. It also represented another in a series of reversals by the Communist leader, who has been steadily abandoning orthodox party principles in an effort to remake his tarnished public image. ... Krenz however, still appears far from accepting such a major shift in the Communist Party’s role in the country. In the interview published today, he reiterated his view that the Communists should maintain their organisations in workplaces, which have played a key role in party control over the economy as well as over state workers. Asked about demands that the party to stop interfering in economic and social life, he responded: One has to say very clearly that we will interfere with all our energy, not least because we represent a considerable part of the population particularly the working class“ (2.). In dem Egon Krenz nicht den

(1.) „Jewish Chronicle“; 24. November 1989; S.1;

(2.) „Washington Post“; 25. November 1989; A 16;

Einfluß seiner Partei auf das wirtschaftliche Leben aufgeben wollte, zeigte er, dass er nach wie vor nur halbherzig zu Reformen in der DDR bereit war.

Hinsichtlich des Schocks über das Ausmaß, dass in der SED – Spitze an Korruption, Luxus- und Verschwendungssucht herrschte, bei den Menschen in der DDR, berichtete David Binder in seinem Zeitungsartikel ‚Reports of corruption in East Berlin shock even the party rank and file‘ in der „New York Times“ vom 25. November 1989. So schrieb der Journalist hierzu, dass in den letzten zwei Tagen die ostdeutschen Printmedien die Bürger informiert hätten, dass Anklagen wegen Korruption gegen führende Persönlichkeiten in der ehemaligen Führung unter Erich Honecker erhoben worden ist. Zum ersten Mal haben die Menschen von den (1.).

Über die panikartigen Veränderungen in der SED - Parteiführung, vor allem hinsichtlich des Rücktritts des Kurzzeit SED - Parteichefs Egon Krenz, schrieb Marc Fisher in der „Washington Post“ in seinem Zeitungsbericht ‚East German chief Krenz, party hierarchy resign vom 4. Dezember 1989: „East German Communist chief Egon Krenz and his entire leadership, including the ruling party Politbüro and Central Committee resigned as a swiftly widening corruption scandal left the country in the political disarray. With the government under pressure from opposition groups to investigate past wrongdoing, three recently fired Politbüro members were arrested on corruption charges, and a senior trade official being pursued by investigators was reported to have fled the country. After a tumultuous weekend, the government of Premier Hans Modrow remains nominally in charge, but the Communist Party, which directs the government, is now in the hands of a temporary 25 – man committee, none of whose members have served on the Politbüro“ (2.).

Am 5. Dezember 1989 berichtete der „Orlando Sentinel“ über den Versuch einiger Teilnehmer der vorangegangenen Montagsdemonstration die örtliche Zentrale des DDR – Staatssicherheitsdienstes in Leiptig zu besetzen. Unter der Überschrift ‚Leipzig crowd divided over how far to go‘, war zu lesen: „Mobs of East Germans chanting „rotten rabble“ peeled off from a crowd of more than 200.000 protesters Monday night to besiege security police offices in Leipzig. Opposition groups stood as barrier to protect the building. Witnesses said the opposition – from New Forum, Democratic Awakening and church groups – linked arms to prevent several thousand people from reaching the sealed doors of the regional Office of National Security. There was no violence or pushing but the crowd, outraged at reports of corruption and eager to examine security

(1). New York Times; 25. November 1989 ;

(2.). Washington Post“; 4. Dezember 1989; A 1;

files for evidence, chanted repeatedly, „Let us in, let us in“ (1.). Der Zeitungsartikel zeigte seinen Lesern klar auf, wie verbittert aber trotzdem gewaltlos sich die Mehrheit der Menschen in der DDR gegenüber dem abtretenden SED – Regime und seinen Verbrechen waren und verhielten.

Zum Abtritt von Egon Krenz als SED – Generalsekretär mit der gesamten Parteiführung, der laut „Pacific Daily News“, unter großem Jubel verkündet wurde, vermeldete die auf den Marianneninseln erscheinende Zeitung, in ihrer Ausgabe vom 5. Dezember 1989 unter der Überschrift ‚East German party leadership resigns‘: „Communist leader Egon Krenz and the entire party leadership resigned, and a 25 – member panel of reformers took over temporarily in a desperate effort to rescue the Communist Party. The historic action, announced by megaphone to a widely cheering crowd, stripped power from Krenz less than six weeks after he replaced hard – liner Erich Honecker. Krenz was left off the new panel, which will control East Germany’s ruling party until a party congress later this month“ (2.).

Patricia Clough beschäftigte sich auch mit den Forderungen beim ersten Treffen „des Runden Tisches“ in der DDR am 7. Dezember 1989, in ihrem Artikel ‚East Germans demand early free elections‘ im „Independent“ vom 8. Dezember 1989. So war hier zu lesen: „Leaders of opposition groups, the churches and the Communist – led coalition parties, meeting in East Germany’s first round – table talks, voted last night to call on the government to hold elections on 6 May and to disband the dreaded secret service. They proposed that the Office for National Security, formerly the Ministry for State Security, or Stasi, be replaced by a new civilian service under civilian control. The round table was entitled only to make proposals, but the government was expected to agree. It had previously said elections would be held around the end of next year“ (3.). Das erste Treffen des „Runden Tisches“ zeigte, laut Patricia Clough, auf, dass die Forderungen nach zeitnahen demokratischen Wahlen in der DDR immer stärker wurden.

Zu der Wahl von Gregor Gysi zum Vorsitzenden der SED war in der „Pacific Daily News“ in der Ausgabe vom 11. Dezember 1989 unter der Überschrift ‚Reformer takes

(1.) „Orlando Sentinel“; 5. Dezember 1989; A 16;

(2) „Pacific Daily News“; 5. Dezember 1989;

(3) „Independent“; 8. Dezember 1989;

over East German communist', zu lesen: „East Germany Communist Party apologized Saturday for leading the country into crisis and overwhelmingly elected as its new chief Gregor Gysi, a 41 year – old reformer known for defending the rights of the opposition. Gysi promised that the Communists are willing to enter into a government coalition with other parties after free elections proposed for May. He also said the party is abandoning its claim to absolute rule and held up a huge janitor's broom, symbolizing his determination to make a clean sweep and start anew“ (1.). Die „Pacific Daily News“ stellte den DDR – Rechtsanwalt und SED – Politiker in ihrem Zeitungsbericht als Reformers dar.

Bezüglich der Wahl von Gregor Gysi zum SED – PDS Vorsitzenden schrieb Sidney Lightman im „Jewish Chronicle“ vom 15. Dezember 1989 unter dem Titel ‚East German hopes‘: East German Jews are optimistic about their future, following the appointment of Mr Gregor Gysi, 41, a Jewish lawyer, as head of the East German Communist Party. Dr. Peter Kirchner, president of East Berlin's community, told the „Jewish Chronicle“ this week: „Although not a practising Jew, Mr Gysi has always identified with the Jewish community. „He is disposed towards us as a friend and comes to some meetings. He is a good lawyer and very popular generally“. Mr. Gysi, the first Jew to head an East European Communist party for more than 30 years, was born in East Berlin. He is the son of former East German Minister of Cults Mr. Klaus Gysi. He has represented dissident groups throughout his career. His principal recent achievement has been legal recognition for the main opposition group, New Forum. He is a member of „We for Ourselves“, a group of younger Jews who met regularly to discuss Jewish problems“ (2.). Die Wahl des jüdischstämmigen DDR – Rechtsanwalts Gregor Gysi zum SED – PDS - Vorsitzenden wurde in jüdischen Kreisen über die DDR hinaus als hoffnungsvolles Zeichen für die Juden in der DDR dargestellt.

Über die offizielle Wiedereröffnung des Brandenburger Tores in Berlin durch DDR – Ministerpräsident Hans Modrow und Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, die Mauerkrone vor dem Brandenburger Tor in Berlin galt 28 Jahre als Symbol für die Teilung der Stadt und des Landes, berichtete Serge Schmemmann in der „New York Times“ vom 23. Dezember 1989. Darin hielt er fest: „Leaders of the two Germanys reopened the Brandenburg Gate, breaching a barrier that more than any other had come to symbolize the division of the nation. Tens of thousands of Germans, obvious to a steady drizzle, packed both sides of Berlin's most famous gate to celebrate the formal

(1.) „Pacific Daily News“; 11. Dezember 1989;

(2.) „Jewish Chronicle“; 15. Dezember 1989; S.1;

inauguration of two new pedestrian crossings by West Germany's Chancellor, Helmut Kohl and East Germany's new Prime Minister, Hans Modrow" (1.). Aus dem Zeitungsartikel von Serge Schmemmann ging hervor, dass mehrere zehntausend Menschen die Wiedereröffnung des Brandenburger Tores in Berlin feierten.

Am 9. Januar 1990 brachte Marc Fisher in der „Washington Post“ unter der Überschrift ‚East German opposition halts talks‘, einen Artikel über die wieder zunehmenden Spannungen zwischen Führern der noch alle Macht innehabenden DDR - Staatspartei und der zersplitterten DDR – Opposition. So war zu lesen: „The frustrated and splintered East German opposition today threatened to call for strikes and mass demonstration if the ruling Communists do not relax their control of society and allow a fair election campaign. Outraged opposition leaders halted talks with the government in East Berlin this afternoon after the official in charge of disbanding the Stasi secret police revealed that 60.000 of the 86.000 agents and other employees are still on the payroll three months after the reviled security service supposedly was dissolved. ... Prime Minister Hans Modrow and Communist Party leader Gregor Gysi are using their control of the military police and news media to present the Communists as the only party that can protect East Germans against neo – Nazis and a buyout by West German businesses – two threats being played up by the state broadcast and print media. Opposition groups and the West German government content that the party's warnings about rising neo – facism are exaggerated“ (1.). Ärgerlich wurde von der DDR – Opposition aufgenommen, dass noch 60.000 Agenten der DDR – Staatssicherheit auf deren Gehaltsliste standen und damit wohl auch noch ihren Dienst versehen würden. Die Argumentation von Gregor Gysi und Hans Modrow, dass dies nötig sei, da die Ostdeutschen vor Neonazis geschützt werden müssten und die DDR vor dem Ausverkauf bewahrt werden müsste, wurde von der DDR – Opposition und der westdeutschen Regierung als überzogen angesehen.

Sorgen bereitete der internationalen Öffentlichkeit, ob die DDR – Regierung unter Ministerpräsident Hans Modrow wirklich faire Wahlen durchführen würde. Deshalb ging David Marsh in seinem Artikel, der lautete ‚Kohl warns East Germany over fair elections‘, vom 11. Januar 1990 in der „Financial Times“ auf eine Aufforderung des westdeutschen Bundeskanzlers an die Modrow – Regierung ein, faire Wahlen durchzuführen. Außerdem versuchte Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl die Menschen in der DDR zu überreden, dort zu bleiben: „Mr. Helmut Kohl, the West German

(1.) „New York Times“; 23. Dezember 1989;

(2.) „Washington Post“; 9. Januar 1990; A 1;

Chancellor, warned East Germany's Communist leadership that failure to grant the opposition equal chances in elections on May 6 would endanger economic help from the West. Indicating his anxiety over continued emigration from East Germany of well over 1000 people a day, Mr. Kohl appealed to disaffected East Germans to stay in their country and support the reform process there. „It is the task of the Federal Republic to help strengthen confidence, so that the people in Leipzig and Halle will stay“, he said“ (1.).

David Kantor beschäftigte sich im „Jewish Advocate“ in der Ausgabe vom 11. Januar 1990 unter dem Titel ‚West German Neo – Nazis to set up branches in the east‘ mit dem in der DDR immer offener hervortretenden Antisemitismus. So schrieb er dazu: „The end of 40 years of Communist domination in East Germany seems to have unleashed a wave of anti – Semitic incidents out of proportion to the size of organized Jewish community, which numbers no more than 400 in a population of 16,6 million. Anti – Jewish slogans and swastikas have been daubed on walls in several towns with few or no Jews, the official news agency ADN reported“ (2.)

Über Pläne des DDR – Ministerpräsidenten die Oppositionsgruppierungen in die Regierungsarbeit miteinzubinden, berichtete Marc Fisher am 12. Januar 1990 in der „Washington Post“ unter der Überschrift ‚East German premier seeks opposition role in government‘. Dies bezüglich führte er unter anderem aus: „Prime Minister Hans Modrow, faced with a threatened walk – out by three non – Communist parties in his two – month – old rulling coalition, sought today to shore up flagging popular support by drawing the opposition into the government. In a 90 – minute speech to the legislature, Modrow declared East Germany to be „irreversibly on the path to democracy“ and said: „We are waiting on proposals on how competent members of the opposition could take part in government directly and responsibly“. The prime minister proposed consultations with the opposition on the writing of new economic laws“ (1.).

Im „St. Louis Post – Dispatch“ ging die Berichterstattung unter der Überschrift ‚West Germany issues appeal for east – west reunification‘ am 19. Januar 1990 besonders auf die anhaltende Fluchtbewegung von Ost- nach Westdeutschland ein. Dazu war zu lesen: „Alarmed by acontinuing flood of East German immigrants, the West German government said that a freely elected East German government must join West

(1.)„Financial Times“; 11. Januar 1990; S. 2;

(2.)„Jewish Advocate“; 11. Januar 1990; S. 3;

(3.)„Washington Post“; 12. Januar 1990; A 25;

Germany in declaring unity as their goal. ... The interim East German government has treated the „community of treaties“, initially proposed by Premier Hans Modrow, as end itself in itself. East Germany has opposed reunification. Both sides had hoped that the opening of the inter – German border and the promise of democratic elections would curtail the dramatic westward flight of East Germans last year. That would have brought a measure of instability. But the flight of East Germans has continued at a rate of almost 2.000 a day since the first of the year. More than 340.000 East Germans moved to West Germany last year, and 25.500 had arrived this year by January 16“ (1.).

Zu den weiteren Umbrüchen in der Noch – Staatspartei SED - PDS berichtete Serge Schmemann am 22. Januar 1990 in der „New York Times“ mit der Überschrift ‚East German party purges ex – leaders‘: „Faced with growing rebellion and defections in its ranks over the slowness of internal change, leaders of East Germany’s Communist Party decided after an emergency session that ended to purge several more former leaders, but rejected calls that it dissolve altogether. ... No sooner was the meeting over than the party was rocked anew, this time by the defection of 40 party members in Dresden led by Wolfgang Berghofer, the liberal mayor and vice chairman of the party since it ousted its old leadership in December. The group said it would support social democracy but would not run in the May elections“ (2.). Laut Serge Schmemann war die SED – PDS immer noch tief zerrissen. Auch der Ausschluss ehemaliger Spitzenfunktionäre befriedete die Partei nicht, denn kurz darauf traten in Dresden 40 reformorientierte Parteimitglieder, unter ihnen der Dresdner Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer, aus der Partei aus.

Die immer schwierigere Situation der DDR zwang DDR – Ministerpräsident Hans Modrow der DDR – Opposition am 22. Januar 1990 letztlich sogar ein Koalitionsangebot zu machen. Dazu schrieb Serge Schmemann in seinem Zeitungsartikel ‚East German Premier offers a coalition‘ vom 23. Januar 1990 in der „New York Times“ unter anderem: „Facing spreading disaffection and a growing loss of confidence in his leadership, the head of East Germany’s interim Government urged the opposition to join his Cabinet and share the responsibility for guiding the country through its troubles. „This offer is not simply a friendly gesture, but a reflection of the current conditions“, Prime Minister Hans Modrow told leaders of the Government and opposition gathered for regular and round – table – talks“ (3.).

(1.) „St. Louis Post – Dispatch“; 19. Januar 1990; A 20;

(2.) (1)„New York Times“; 22. Januar 1990; A 7;

(3.) (2)„New York Times“; 23. Januar 1990;

Marc Fisher veröffentlichte am 25. Januar 1990 in der „Washington Post“ einen Bericht mit der Überschrift ‚East German Communists scrambling to jettison Stalinist past‘, in dem er sich unter anderem mit der Auseinandersetzung der DDR – Regierung mit der stalinistischen Vergangenheit des von ihr verwalteten Teiles Deutschlands befasste. So stellte der Journalist die Situation folgendermaßen in seinem Artikel dar: „East Germany’s struggling Communist government plans to put its former leadership on trial next month. The Communists also are turning their network of vacation estates into public playgrounds. And the party’s economics chief affirms there is no alternative to market economy. The nine – week – old caretaker government of Prime Minister Hans Modrow is trying to persuade East Germans that the country is in capable hands and that the Communist Party has truly jettisoned its Stalinist past. Despite these efforts, Modrow is presiding over a government that considers its own survival even up to scheduled May 6 elections doubtful. Modrow raised today the possibility of street violence among supporters of various opposition“ (1.).

Bezüglich der weiter starken Abwanderung aus dem Gebiet der damaligen DDR und einem quasi dort zusammenbrechenden Staatswesen berichtete Marc Fisher am 5. Februar 1990 in der „Washington Post“ unter der Überschrift ‚For East Germany, a time of disaray‘. So war hier zu lesen: „Here amid a maze of steel mills and chemical plants, where exhaust fills the murky sky and workers trudge from crowded streetcars through factory gates, East Germany is rapidly vanishing from the map. People are moving to West Germany, workers stay home and refuse to work, shops grow emptier and local governments barely exist anymore“ (2.).

Über die Berufung von acht Ministern aus der bisherigen außerparlamentarischen Opposition in das Kabinett von Hans Modrow bei gleichzeitiger Verhärtung der politischen Atmosphäre und Verschärfung der ökonomischen Krise in Ostdeutschland veröffentlichte die „Washington Post“ am 6. Februar 1990 den Artikel ‚East Germans broadens government‘. Darin schrieb Michael Z. Wise vor allem: „Eight opposition representatives joined the East German government today giving non – Communist control of the cabinet for the first time in 40 years. ... The government also announced today that industrial production drop by 4 to 5 % this year, largely as a result of East German emigration to the West. Meanwhile, a demonstration in Leipzig by more than 100.000 East Germans calling for government reforms and German unification was

(1)„Washington Post“; 25. Januar 1990; A 32;

(2)„Washington Post“; 5. Februar 1990; A 1;

marred by violence tonight. Hundreds of skinheads and neo – Nazis were reported to have smashed storefront windows and goose – stepped through the streets, shouting „Sieg Heill!“ and anti – Jewish slogans. It was the most violent outbreak during demonstrations that have taken place weekly in Leipzig“ (1.).

Adrian Bridge verfasste für den „Independent“ am 9. Februar 1990 den Bericht ‚Opposition ministers join Modrow‘, der sich als Hauptthema ebenfalls mit der erstmaligen Aufnahme von Menschen aus der DDR – Bürgerrechtsbewegung in die Regierung der DDR beschäftigte: „For the first time in East Germany’s 40 – year history, representatives of the country’s mushrooming opposition groups and parties have joined forces with the government. In a televised vote yesterday, East Germany’s parliament approved the appointment of eight ministers from the opposition to what the Prime Minister, Hans Modrow, described as a government of national responsibility to steer the country through the difficult weeks leading up to national elections on 18 March“ (2.). Aus dem Zeitungsartikel ging hervor, dass sich die erweiterte DDR – Regierung mit den acht oppositionellen Ministern ohne Geschäftsbereich, als Regierung der nationalen Verantwortung sah.

Fazit

Über die innere Entwicklung in der DDR nachdem Mauerfall wurde im Wesentlichen in Printmedien im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika berichtet, dass zum einen die SED nur halbherzig den notwendigen Reformprozeß weiter entwickelte, so zum Beispiel Francine S. Kiefer mit ihrem Zeitungsbericht ‚Communists bow to calls for reform‘ vom 10. November 1989 im „Christian Science Monitor“. Ein weiteres Thema in diesem Unterkapitel war der Amtsantritt der mehr reformorientierten Regierung von Hans Modrow, wie unter anderem Marc Fischer in seinem Zeitungsbericht vom 19. November 1989 mit dem Titel ‚New cabinet takes office in East Berlin‘ darlegte. Doch klangen auch danach die Zweifel am Reformwillen der Staats- und Parteiführung bis auf weiteres nie ganz ab ‚wie die Zeitungsberichte von Jackson Diehl unter der Überschrift ‚Krenz pledges to end party’s power guarantee‘ in der „Washington Post“ vom 25. November 1989 oder von David Marsh mit seinem Artikel ‚Kohl warns East Germany over fair elections‘, vom 11. Januar 1990 in der „Financial Times“ belegten. Der Zeitungsbericht im „Orlando Sentinel“ ‚Leipzig

(1) „Washington Post“, 6. Februar 1990; A 16;

(2) „Independent“, 9. Februar 1990; S. 9;

crowd divided over how far to go' vom 5. Dezember 1990, zeigte die Verbitterung aber auch die hohe Protestbereitschaft nach wie vor vieler Menschen gegenüber dem SED – Regime. Intensiv war auch die Berichterstattung zum Rücktritt von Egon Krenz von allen seinen Ämtern, wie in der „Pacific Daily News“ vom 5. Dezember 1989 unter der Überschrift ‚East German party leadership resigns‘. Sidney Lightman brachte im „Jewish Chronicle am 15. Dezember 1989 einen sehr ausführlichen Zeitungsartikel mit der Überschrift ‚East German hopes‘ über den Nachfolger von Egon Krenz an der Spitze der SED, Gregor Gysi, der der erste Politiker jüdischer Herkunft an des Spitze einer kommunistischen Kaderpartei war, was für internationale Beachtung sorgte. David Kantor beschäftigte sich im „Jewish Advocate“ in der Ausgabe vom 11. Januar 1990 unter dem Titel ‚West German Neo – Nazis to set up branches in the east‘, mit dem verstärkten Auftreten Rechtsradikaler in der DDR, was auch in anderen angelsächsischen Medien berichtet wurde. Hinsichtlich der sich weiter verschärfenden politischen und wirtschaftlichen Krise in der DDR einhergehend mit einer Verbreiterung der Regierung um oppositionelle Kräfte, schrieb Michael Z. Wise am 6. Februar 1990 den Artikel ‚East Germans broadens government‘ in der „Washington Post“. Die hier geschilderte Situation in der DDR beschäftigte in jener Zeit auch noch weiter angelsächsische Printmedien sehr stark. Die in diesem Abschnitt der Dissertation behandelten Zeitungsberichte zeugten von einem großen Interesse der angelsächsischen Printmedien an der weiteren inneren Entwicklung in der DDR nach dem Mauerfall. Die Entwicklung wurde überwiegend negativ dargestellt. Lediglich die Wahl von Gregor Gysi zum SED – Vorsitzenden fand international positive Resonanz, da es das erste Mal war, dass ein Politiker jüdischer Abstammung an die Spitze einer kommunistischen Kaderpartei gewählt wurde und man sich mit ihm einen Aufbruch in der DDR erwartete. Gleichzeitig wurde aber besorgt das verstärkte Auftreten Rechtsradikaler in der DDR wahrgenommen. Andreas Rödder beschrieb in seinem Buch „Geschichte der deutschen Wiedervereinigung“ die Situation der DDR nach dem Mauerfall auf folgende Weise. Er vertrat die Ansicht, dass „mit den Ereignissen des 9. November die SED endgültig die Kontrolle über den Gang der Dinge verloren hatte. Reisefreiheit und SED – Herrschaft waren bis zum Ende des Systems nicht vereinbar. In den Entscheidungsgremien brach, so seine Informationen, offene Konfusion aus. Der dritte Tag der ZK – Sitzung begann, wie der Zeithistoriker berichtete, mit schonungslosen Ausführungen von Gerhard Schürer zur ökonomischen Lage. Konsterniert und empört debattierten die Genossen über die Verantwortung für die desaströse Entwicklung; spontan traten vier Mitglieder des erst zwei Tage zuvor

neugewählten Politbüros zurück. Schuldzuweisungen wechselten sich ab mit planlosem Aktivismus, Selbstbezeichnungen und dramatischen Szenen, wie etwa des Generallintendanten des Leipziger Theater: „In mir ist alles zebrochen. Mein Leben ist zerstört. Ich habe geglaubt an die Partei... Ich habe an die Geneossen geglaubt!“ Um 12.30 Uhr verkündete Egon Krenz, laut Andreas Rödder, die Lage im Land habe sich „äußerst zugespitzt. Es macht sich Chaos und Panik breit.“ Vierzig Minuten später wurde die Sitzung unter tumultartigen Umständen vorzeitig abgebrochen“ (1.).

3.3. Der „10 – Punkte – Plan“ von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

3.3.1 Der „10 – Punkte – Plan“ im Lichte der angelsächsischen Printmedien

Schon am 28. November 1989 schrieb Sarah Lambert den Artikel ‚Kohl plans three steps towards one Germany‘ im „Independent“, über die weiteren Pläne von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl die Einheit Deutschlands voranzutreiben. So war darin zu lesen: „Helmut Kohl the West German Chancellor, plans to unveil a three stage plan for bringing East and West Germany closer to union, colleagues in his ruling coalition said. He is expected to present details of the scheme to Parliament today. Mr Kohl is reported to have said that the reunification of Germany could not happen overnight, and that he was not proposing to replace existing institutions and political alliances. His plans would set out steps towards confederation“ (2.). Laut dem Zeitungsartikel war Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl nicht an einer baldigen Wiedervereinigung interessiert, sondern zunächst an Schritte in Richtung einer Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten.

Ebenfalls am 28. November 1989 war in der „New York Times“ der Zeitungsartikel ‚Kohl to outline plan for German unity von Ferdinand Protzman zu lesen. Hierin stand geschrieben: „Chancellor Helmut Kohl will call for a form of confederation with East Germany as an interim step toward reunification, senior West German officials said. They said that the Chancellor’s speech to the Parliament on Tuesday will not be a blue print for reunification but noted that German unity had always been one of the Kohl’s Government’s primary goals. It is a goal mentioned in the nation’s constitution“ (3.)

(1.) Rödder, Andreas; 2011; S. 39;

(2.) „Independent“; 28. November 1989; S.1;

(3.) „New York Times“; 28. November 1989;

Auch nach Angaben dieses Zeitungsartikels wollte Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl bei einer Rede vor dem Deutschen Bundestag für eine Konföderation mit der DDR als Zwischenschritt vor einer Wiedervereinigung eintreten. Eine Vorlage für einen Weg zur deutschen Wiedervereinigung würde seine Rede nicht werden, auch wenn seine Regierung vom Grundgesetz her dem Ziel einer deutschen Wiedervereinigung verpflichtet sei.

Terrence Petty befasste sich mit seinem Zeitungsartikel ‚West Germany offers unity plan to east‘ in der „Philadelphia Daily News“ vom 28. November 1989 mit dem „10 – Punkte – Plan“ von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl. Er schrieb dazu: „Kohl’s 30 minute address to Parliament was the most thorough declination of his vision of eliminating the partition imposed at the end of World War II.... In a 10 – point plan, he proposed taking steps to „develop confederative structures between the two states in Germany in order to create a federation, a federal order“. He stressed however, that such measures could only be undertaken if there are free elections in East Germany that include non – socialist parties. East Germany’s new Communist leaders have said such elections could be held as early as next fall. Kohl also said steps toward German reunification must be linked to improved East – West relations and a new European order based on cooperation, economic integration and greater freedom of movement. „The future structure of Germany must fit into the whole architecture of Europe as a whole“, he said. Kohl suggested the creation of consultative committes with East Germany, including a joint parliamentary panel. „Such a coming together is in the interest of the continuation of German history“, Kohl said“ (1.). Der Zeitungsartikel skizzierte grob den „10 – Punkte – Plan“ von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, wobei die europäischen Bezüge betont wurden.

Über den 10 – Punkte – Plan von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vermeldete Marc Fisher in der „Washington Post“ vom 29. November 1989 unter der Überschrift ‚Kohl proposes broad program for reunification of Germany‘, auch folgendes: „West German Chancellor Helmut Kohl today proposed a „10 – point plan“ that could revise a political shape of Europe by rebuilding East Germany and reuniting a divided nation whose border has served for 44 years as the demarcation between East and West. Promising that a single Germany will never be a threat, but would rather help unite Europe. Kohl spelled out steps leading from economic assistance to a vague confederation of the two states and finally to a single nation – a goal steted in the preamble to the West

(1.) „Philadelphia Daily News“; 28. November 1989; S. 3;

German constitution. Kohl and his aides steered clear of any timetable for unity“ (1.). Zu dem 10 – Punkte – Plan von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl informierte Sarah Lambert die Leser des „Independent“ am 29. November 1989 in ihrem Bericht ‚Kohl sets out German federal unity plan‘, folgendermaßen: „Helmut Kohl, the West German Chancellor, told parliament that „reunification ... the re – establishment of federal unity, remains the Federal Republic’s ultimate political goal“. He outlined a 10 – point plan through which reunification might be realised, though setting a date for achievement. As a prerequisite, East Germany would be required to introduce free elections, he said. Mr Kohl foresaw the creation of confederative structures – including joint governmental, parliamentary and specialist committees – to bind East and West Germany, leading towards the establishment of a new federal order between the two states“(2.). Nach Angaben von Sarah Lambert ging für Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl der Weg zu einer möglichen deutschen Wiedervereinigung über konföderative Strukturen, die zunächst beide deutsche Staaten enger aneinander binden sollten.

Fazit

In der Berichterstattung in den Printmedien im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika über den „10 – Punkte – Plan“ zur Erreichung der deutschen Wiedervereinigung wurde hervorgehoben, dass Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl über konföderative Strukturen mit der DDR langfristig zu einer deutschen Wiedervereinigung kommen wollte. Auch wurde betont, dass Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl den Wiedervereinigungsprozess im europäischen Kontext gestalten wollte und keinen konkreten Zeitplan für eine deutsche Wiedervereinigung nannte. Dies ist in den Zeitungsartikeln von Terrence Petty, West Germany offers unity plan to east‘ in der „Philadelphia Daily News“ vom 28. November 1989, von Marc Fisher ‚Kohl proposes broad program for reunification of Germany‘ in der „Washington Post“ vom 29. November 1989 und von Sarah Lambert ‚Kohl sets out German federal unity plan‘ im „Independent“ vom 29. November 1989, besonders ersichtlich.

(1)„Washington Post“; 29. November 1989; A 1;

(1)„Independent“; 29. November 1989; S.1;

3.3.2 Kritik der Regierungen im Lichte der Printmedien

„East Germans react colly to Kohl plan for closer ties“ war die Überschrift von einem Zeitungsbericht von David Binder am 30. November 1989 in der „New York Times“ zu dem „10 – Punkte – Plan“ von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, in dem er die ostdeutsche Positionierung im Kern so darstellte: „The Communist leadership of East Germany reacted coolly to Chancellor Helmut Kohl’s proposal for a „confederative structure“ joining the Bonn and East Berlin Governments. But it did not reject the Kohl plan out of hand“ (1.). Zwar beschrieb der Autor die Reaktion insgesamt als zurückhaltend und kühl, dennoch wurde der „10 – Punkte – Plan“ von der DDR – Regierung nicht zurückgewiesen

Über den „10 – Punkte – Plan“ von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl informierte auch die „Pacific Daily News“ unter der Überschrift ‚German federation proposed by Kohl‘ ihre Leser, wobei sie die Aussagen des westdeutschen Regierungschefs ganz klar in den Vordergrund stellte. So konnte man hier lesen: „Chancellor Helmut Kohl proposed a German federation as part of a sweeping plan to reunite the two countries after four decades of post – war division. ... There are fears among Europeans in the East and the West about the political and economic power of a reunified Germany with 80 million people. Kohl in a speech to Parliament sought to allay those fears, saying: „The Germans will be a dividend for a Europe that is coming together, and never again a threat“. The United States favours reunification, and State Department spokeswoman Margaret Tutwiler reiterated that position in Washington. The Soviet Union has said the idea „is dangerous and unrealistic“(2.).

Francis X. Clines informierte die Leser der „New York Times“ am 6. Dezember 1989 unter der Überschrift „Kohl’s German unity plan is ‚dangerous‘, Soviets say“, dass die Staats – und Parteispitze der Sowjetunion den „10 – Punkte – Plan“ von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl als gefährlich ablehnte, weil eine deutsch-deutsche Konföderation zu Unruhen in der derzeitigen Situation führen könne (3.).

Auf die mangelnde Unterstützung des „10 – Punkte – Plans“ von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl im Ausland ging der Zeitungsbericht ‚Kohl’s vision of unity shows a subtle side‘, von Sarah Lambert im „Independent“ vom 7. Dezember 1989 ein, in dem sie zur

(1.) „New York Times“; 6. Dezember 1989; A 19;

(2.) Pacific Daily News“; 30. November 1989; S.17 ;

(3.) « New York Times » ; 6. Dezember 1989 ;

Geltung brachte: „The lifting of travel restrictions and the establishment of a currency fund to help keep East Germany solvent are the first fruits of the 10 – point plan for German confederation with which the West German Chancellor, Helmut Kohl, took the world by surprise a week ago. But his plan has not gone down well abroad: The Soviet Union has slightly softened its stance after Malta, but still regards it as unacceptable that Bonn should dictate to East Germany. Poland fears a reunited Germany, as does France. The United States is anxious to avoid destabilisation in Europe and mistrusts anything that may force the pace of change yet faster. Britain – here perhaps sharing some of the concerns of other European Community members – believes change in the East must be made in the context of development towards European integration“ (1.).

Bundeskanzler Dr. Kohl reagierte auf die Kritik an seinem 10 – Punkte – Plan. Marc Fisher schrieb darüber in seinem Artikel ‚Kohl will relax drive for unification of two Germanys‘ in der „Washington Post“ vom 16. Dezember 1989: „Bowing to international pressure to ease his drive for reunification, West German Chancellor Helmut Kohl conceded tonight that the United States and Soviet Union will play a major role in determining the future of the two Germanys. The security interests of the superpowers should be drawn into immediate consideration“, Kohl said in an interview on East German television. „We would do well to consider this if we are to follow a calm road to the future“ (2.).

Auch der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse, äußerte sich bei seinem Besuch bei der Europäischen Gemeinschaft und der NATO in Brüssel am 18. und 19. Dezember 1989, laut des Artikels ‚Moscow voices reservations on German unity‘ von David Osborne im „Independent“ vom 20. Dezember 1989, kritisch zum „10 – Punkte – Plan“ von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, wenngleich er eine deutsche Wiedervereinigung nicht mehr definitiv ablehnte: „Ending his historic visit to the European Community and NATO in Brussels, the Soviet Foreign Minister, Eduard Shevardnadse, yesterday spelt out for the first time, his deep reservations about possible German reunification. His statement, delivered to members of the European Parliament, amounted to a rebuttal to the 10 – point plan for German unity presented last month by the West German Chancellor, Helmut Kohl, in Bonn. It can have been no mistake that its delivery coincided with the visit by Dr Kohl to East Germany. While not rulling out German reunification for ever, Mr Shevardnadze warned against upsetting

(1)„Independent“, 7. Dezember 1989; S.12;

(2)„Washington Post“, 16. Dezember 1989; A 27;

the legal status quo in Europe as represented by current borders, the 1975 Helsinki Final Act and the Four Power Treaty for management of Berlin. These realities should be respected, he said“ (1.).

Fazit

Aus den bearbeiteten Zeitungsberichten geht klar hervor, dass die angelsächsischen Printmedien eine starke Ablehnungsfront bei den Regierungen in Europa, der Sowjetunion aber auch in den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber dem „10 – Punkte – Plan“ von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl sahen. Dies belegte auch ein Zeitungsartikel wie ‚Kohl’s vision of unity shows a subtle side‘, von Sarah Lambert im „Independent“ vom 7. Dezember 1989. Überraschend war dennoch die Reaktion von dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse, der, laut dem „Independent“ – Bericht ‚Moscow voices reservations on German unity‘ von David Osborne am 20. Dezember 1989, zwar bei seinem ersten Besuch bei der Europäischen Kommission und der NATO in Brüssel den „10 – Punkte – Plan“ massiv kritisierte, aber eine deutsche Wiedervereinigung unter Beachtung der Realitäten wie den bestehenden Grenzen, der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki von 1975 und dem Viermächteabkommen über Berlin nicht mehr für immer ausschließen wollte.

3.3.3 Kommentare und Leserbriefe

Peter Jenkins ging in seinem Kommentar, ‚Clear view of the world from Bonn‘ im „Independent“ vom 29. November 1989, im Zusammenhang mit dem „10 – Punkte – Plan“ von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, auf die grundsätzliche Distanz der britischen Premierministerin Margaret Thatcher zur deutschen Wiedervereinigung ein: „Even while the Prime Minister was speaking up for the status quo on panorama, events were once more setting pace. It was reported from Bonn that Chancellor Helmut Kohl would be presenting to the Bundestag a plan for a confederal Germany, and this he duly did. Mrs Thatcher, meanwhile was underlining the conclusions of President Francois Mitterrand’s dinner table summit in Paris at which, she emphasised, everyone had agreed that the issue of borders would not be raised and that democratisation was the

(1.) „Independent“, 20. Dezember 1989; S.1;

first priority for Eastern Europe. Herr Kohl did not exactly raise the issue of borders but he made plain that his plan for confederation was devised as the means to eventual federation of the two Germanies. From the beginning there has been a basis contradiction in Mrs Thatcher's position. She is in favour of self – determination but against German reunification; yet the first is almost bound into the second“ (1.). Peter Jenkins stellte in seinem Kommentar besonders heraus, dass nach seiner Überzeugung die britische Premierministerin, Margaret Thatcher gegen eine deutsche Wiedervereinigung sei, obwohl sie eigentlich für Selbstbestimmung eintreten würde und das eine mit dem anderen zusammenhinge.

Der Leitkommentar der „Baltimore Sun“ vom 29. November 1989 beschäftigte sich unter der Überschrift ‚Germany on the agenda‘ mit dem „10 – Punkte – Plan“ von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, in dem dort die Unvermeidbarkeit der deutschen Wiedervereinigung betont wurde. So war hier zu lesen: „Despite the trembling of other nations, Mr Kohl was talking about an inevitability. And he knew it. Latest polls show that 70 percent of West Germans and 67 percent of East Germans favor unity. Almost half the West German population now figures it will happen within the next decade. Not only this is an issue on which Bonn's Christian Democrats and Social Democrats agree; even East Germany's wobbly party boss, Egon Krenz, does not wholly disagree. „The question of reunification“ is not on the agenda at the moment, he told the „Financial Times“ of London last Friday, but the prospect could not be ruled out long – term, „in the framework of the common European home“. Chancellor Kohl put it more directly but not much differently in his address to the Bundestag. „Nobody knows how a reunified Germany will look but I am sure that unity will come if it is wanted by the German nation“, he declared. „The future structure of Germany must fit into the architecture of Europe as a whole“ (2.).

In der „Arkansas Gazette“ war am 29. November 1989 in dem Leitkommentar ‚Redrawing the lines in Western Europe‘ unter indirektem Bezug zum „10 – Punkte – Plan“ von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl folgendes zu lesen: „Now that barriers are down Germans of all persuasions are daring to think about the next step. Most people believed all along that division of the country was not permanent. „Inevitably, the concept of „reunification“ would thrust itself into the political debates. Germany and the rest of the world would have to consider the prospect of a „united“ Germany. The North Atlantic Treaty Organization, the Warsaw Pact, and the trade groups of East and West may view

(1)„Independent“; 29. November 1989;

(2.)„Baltimore Sun“; 29. November 1989; 14 A;

the prospect with trepidation or eager anticipation, but both sides should prepare for a development that seems inevitable. Chancellor Helmut Kohl of West Germany has approached the subject tentatively" (1.). Für den Leitkommentar der „Arkansas Gazette" war die deutsche Wiedervereinigung unausweichlich und Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl gehe diese Herausforderung behutsam an.

In Bezug auf die Bundestagsrede von Bundeskanzler Dr. Kohl vom 28. November 1989 zum 10 – Punkte – Plan meinte der Kommentator der „Washington Post" Jim Hoagland in seinem Artikel ‚Kohl: a modern Claudius‘: „Demonstrations in Leipzig the pacesetter for East German protests have already begun to concentrate on reunification slogans. Kohl aides believe that if the East German leaders fail to move quickly to guarantee free and fair elections the crowds will switch to demanding reunification as an alternative to democratic reform inside East Germany. The idea of 60 million fragantly affluent and productive West Germans combining with 17 million impecunious but hard – working East Germans is troubling enough for the rest of Europe. It is hard to believe, as the historian Fritz Stern has observed, that Germany will find its national vocation as a large, prosperous and peaceful version of Switzerland. But imagine the impact and the nature, Kohl is saying in the invisible subtitles of his unity speech, of a Germany that is brought to a decision on reunification by street action and popular protest. ... He is in fact a modern Claudius. In offering his unity plan to a skeptical Europe, Kohl is playing the scene in which the stutter in Roman emperor tries to persuade the senate to ratify the pretorian guard's choice of him for the throne" (2.). Für Jim Hoagland ist der Wunsch nach Wiedervereinigung nicht alleine Kohls Wille, sondern der Wunsch auch vieler ostdeutscher Demonstranten.

George Will meinte zum Abschluss seines Kommentars ‚Chancellor Kohl backs German reunification‘ in der „Pacific Daily News" vom 5. Dezember 1989: „If Europe's future belongs to producers, not warriors that future be made for – and by Germany. The Economist says, „Germany is set to win in peace the European supremacy that has twice eluded it in war“. Of course Germany will be the head of the European house. What else can it be? A big Switzerland? That is an oxymoron. But a big Germany needs to be ominous. Norman Stone, professor of modern history at Oxford, says of Germany: „She is easily, the outstanding European country. She fulfils the role that we (Britain) used to

(1.) Arkansas Gazette; 19. November 1989;

(2.) „Washington Post"; 5. Dezember 1989; A 25;

fulfil of combining economic efficiency, educational excellence and all – round seriousness with political liberalism and respect for peoples rights‘; sheis now the modern European country“ (1.). George Will ließ durch die Zitierung des Oxford Professors Norman Stone, klar stellen, dass er einer deutschen Wiedervereinigung nichts Negatives abgewinnen konnte.

Fazit

Die Zeitungskommentatoren in den Printmedien im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika hatten, wie aus den vorliegenden Beispielen ersichtlich, zumeist keine Probleme mit dem „10 – Punkte – Plan“ von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl. Peter Jenkins griff in seinem Kommentar zum „10 – Punkte – Plan“ ‚Clear view 180ft he world from Bonn‘ im „Independent“ vom 29. November 1989 sogar die britische Premierministerin Margaret Thatcher an, da sie ansonsten für Selbstbestimmung sei, von dieser aber bei der deutschen Frage nichts wissen wolle. Deutliche Sympathien für den 10 – Punkte – Plan von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl hegten US – Regionalzeitungen, wie die „Arkansas Gazette“ vom 29. November 1989 mit ihrem Leitkommentar ‚Redrawing the lines in Western Europe‘ oder George Will in seinem Kommentar ‚Chancellor Kohl backs German reunification‘ in der „Pacific Daily News“ vom 5. Dezember 1989. In den Kommentaren wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl den Prozess der deutschen Wiedervereinigung im europäischen Kontext durchführen wolle. Bei der intensiven Berichterstattung über die Ängste von europäischen Regierungen und der, laut der Printmedien, offiziell distanzierteren Haltung der Administration von Präsident Bush in den Vereinigten Staaten von Amerika hinsichtlich des „10 – Punkte – Plans“ von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl ist die gelassene bis zustimmende Kommentierung in den Printmedien im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika auf den ersten Blick überraschend. Dennoch verwundert die eher positive Kommentierung des „10 – Punkte – Plans“ nicht, wenn man bedenkt, dass der westdeutsche Bundeskanzler im Wesentlichen berücksichtigt hatte, keinen kurzfristigen Zeitplan vorzulegen, sondern das Vorgehen langfristig anzulegen und auf

(1)„Pacific Daily News“; 5. Dezember 1989; S. 30;

die Einbettung des deutsch – deutschen Einigungsprozesses im europäischen Kontext abzielte. Von Interesse ist die Darlegung und Interpretation, die Andreas Rödder in seinem Buch „Geschichte der Deutschen Wiedervereinigung“ hinsichtlich der Reaktion der US – Politik um Präsident George Herbert Walker Bush auf den Zehn - Punkte – Plan ausführte. So war hier zu lesen, dass „die amerikanische Präsidentialadministration Kohls „Zehn Punkte“ mit vier Prinzipien“ (1.). Zwar standen die Einschätzungen von Andreas Rödder auch hier im Kontext mit anderen Sichtweisen. Dennoch ging er nicht auf die Debatte in den Vereinigten Staaten ein, die der Präsident der Vereinigten Staaten in seinen Entscheidungen zu berücksichtigen hatte.

(1.) Rödder, Andreas; 2011;

4 Ottawa und die Folgen

4.1 Die Weiterentwicklung der Deutschlanddebatte mit ihren offenen Fragen und Zielen

4.1.1 Die Berichterstattung zur Positionierung der Regierungen in den Printmedien

Schon am 5. Dezember 1989 brachte Edward Cody in der „Washington Post“ einen Bericht, in dem er sich mit Gesprächen über eine mögliche Wiedervereinigung vor allem auf Seiten der vier Alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges befasste. Unter der Überschrift ‚Allies open talks on German unity berichtete er auch: „The United States and its European allies began an open discussion of German unification and its implications today, abandoning efforts to keep the thorny issue off the international agenda as long as possible. The newly explicit stand staked here by President Bush and his West European counterparts reflect the extent to which the rush of recent events has created a sense of inevitability about unification of the two German states. Laying out the the U.S. position at a special NATO summit conference, Bush said unification should come as a fruit of German self – determination, within a continued German commitment to the Western alliance and „due regard for the legal role and responsibilities of the allied powers“ (1.). Aus diesem Zeitungsabschnitt ging klar hervor, dass einerseits Gespräche im Hinblick auf mögliche Verhandlungen über eine deutsche Wiedervereinigung geführt wurden, dass aber andererseits ein sehr wichtiger Akteur, die Sowjetunion, die deutsche Einheit zu diesem Zeitpunkt ablehnte.

In seinem Artikel vom 7. Februar 1990 ‚US backs Bonn on NATO role in an unified Germany‘ legte David Marsh die Positionen der britischen Regierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, in der „Financial Times“ im Bezug einer NATO – Mitgliedschaft eines wiedervereinigten Deutschlands, so dar: „The US yesterday came out in favour of the West German proposal that a unified Germany should be part of NATO and that NATO forces would not be deployed in former East German territory. A senior Administration official traveling with Mr. James Baker, US Secretary of State, to Prague yesterday said that the proposal put forward by Mr Hans

(1.) „Washington Post“; 5. Dezember 1989; A 39;

Dietrich Genscher, the West German Foreign Minister was a pretty good one. „It is a way of maintaining the NATO structure and not having NATO forces further east“ (1.). Aus dem Artikel der „Financial Times“ vom 7. Februar 1990 war das eventuelle Festhalten an einer NATO – Mitgliedschaft eines wiedervereinigten Deutschlands durch die Bundesregierung und die US – Regierung eindeutig ersichtlich. Zu der aktuellen Positionierung der britischen Premierministerin Margret Thatcher zur deutschen Wiedervereinigung, vermeldete Sarah Lambert in ihrem Artikel ‚Thatcher changes heart on speed of unification‘ im „Independent“ vom 7. Februar 1990, auch unter Bezugnahme auf eine Äußerung des britischen Außenmininister dass Margaret Thatcher eine deutsche Wiedervereinigung mittlerweile als unausweichlich akzeptieren würde (2.).

Im Hinblick auf Auseinandersetzungen zwischen dem israelischen Premierminister Itzchak Shamir und dem deutschen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl über eine mögliche deutsche Wiedervereinigung berichtete der „Jewish Chronicle“ am 9. Februar 1990 unter der Artikelüberschrift ‚Reunification splits Shamir and Kohl‘: „Dr. Kohl wrote to Mr. Shamir, protesting at the views expressed in the interviews: Statements like those by Mr. Shamir were likely to cast a shadow over the otherwise good and tension free relations between Bonn and Jerusalem, Dr. Kohl stated. While the crimes comitted in the name of Germany should not be pushed aside and the memory of what had happened should be kept alive, Mr. Shamir was being unfair to the Germans of today. ... A democratically governed Germany would not threaten anybody, in Europe or elsewhere, Dr. Kohl wrote. In reply, Mr. Shamir wrote that the experience of Jewish people with Germany in the 1930s and 1940s had been „engraved indelibly in our memory“. Israel was the state of the Jewish people and the home of the European Jews who had survived the Holocaust. As their Prime Minister, he had „the duty to voice our doubts and express our anxieties“. At the same time, „our views should on no account be interpreted in such a way as to impair the special relations developed with great care over the years between Federal Germany and Israel“ (3.). Der israelische Premierminister Itzchak Shamir brachte, so dieser Zeitungsartikel, gegenüber dem deutschen Bundeskanzler seine Besorgnisse aufgrund der Shoa – Vergangenheit, klar zum Ausdruck. Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl versuchte diese zu zerstreuen.

Laut einem Artikel von David Usborne ‚European Community prepares for German reunification‘ im „Independent“ vom 9. Februar 1990, bereitete sich die Europäische

(1.) „Financial Times“; 7. Februar 1990; S. 2;

(2.) „Independent“; 7. Februar 1990; S.10;

(3.) „Jewish Chronicle“; 9. Februar 1990; S. 3;

Kommission auf eine deutsche Wiedervereinigung vor: „The European Commission has begun to consider how to manage the absorption of East Germany into the European Community, after publicly conceding for the first time that it regards German reunification as unstoppable and even imminent. Martin Bangemann, the former German Economics Minister, now Vice – President of the Commission, last night detailed a programme of work under way inside the Brussels bureaucrazy to consider the impact of reunification on Community plans“ (1.).

Kurz vor der Reise von Bundeskanzler Dr. Kohl zum Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow am 10. Februar 1990, berichtete Marc Fisher in der „Washington Post“ über die Ziele des führenden deutschen Politikers bezüglich seiner Reise nach Moskau. In dem Report des amerikanischen Journalisten mit der Überschrift ‚Kohl to press Soviets on speeding unification‘, war folgendes zu lesen: „West German Chancellor Helmut Kohl plans to tell Soviet President Mikhail Gorbachev in Moscow Saturday that although German unification ideally would take place in mesured steps, it cannot do so because of the continuing political and economic collapse of East Germany, Kohl and Bonn government sources said. ... The West Germans will offer Gorbachev help with his own problems, in the form of a \$ 120 million aid package including food deliveries and technological advice for the worsening Soviet economy“ (2.). Auf seiner Reise nach Moskau am 10. Februar 1990, wollte Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, diesem Zeitungsartikel zur Folge, Moskau von der Gefahr des ökonomischen Zusammenbruchs der DDR überzeugen. Gleichzeitig wollte er dem Generalsekretär der KPdSU ein wirtschaftliches Hilfspaket für sein wirtschaftlich ebenfalls angeschlagenes Land anbieten.

David Remnick schrieb am 11. Februar 1990 in der „Washington Post“ unter der Überschrift ‚Gorbachev won't block unification‘ über das Treffen des westdeutschen Bundeskanzlers mit dem Generalsekretär der KPdSU: „West German Chancellor Helmut Kohl said he won unequivocal assurances here from Soviet leader Mikhail Gorbachev that Moscow would respect the right of the two Germanys to decide for themselves the timing and structure of their reunification. Kohl indicated that the „negotiating proccess to achieve a large, single Germany would begin with talks involving the two German states and the four principal World War II victors – the United States, the Soviet Union, Britain and France – that have administered Berlin and maintained troops in both Germanys for

(1.) „Independent“; 9. Februar 1990; S. 1;

(2.) „Washington Post“; 10. Februar 1990; A 20;

more than four decades. Speaking to reporters after three hours of talks at the Kremlin with Gorbachev, Kohl said the process of reunification has accelerated and that negotiations would be carried out in an all – European process with the cooperation of the Soviet Union and the United States“ (1.). Aus den Äußerungen von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl ging nun deutlich hervor, dass Michail Gorbatschow einer deutschen Wiedervereinigung nicht mehr ablehnend gegenüber stand.

Craig R. Whitney informierte die Leser der „New York Times“ vom 11. Februar 1990 mit der Schlagzeile ‚Kohl says Moscow agrees unity issue is up to the Germans‘, dass der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, in einer Unterredung mit Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl dahin gehend überein gestimmt hatte, dass die deutsche Wiedervereinigung eine Angelegenheit der Deutschen sei: „Chancellor Helmut Kohl of West Germany said that he and President Mikhail Gorbachev of the Soviet Union had agreed that it was the right of the German people alone to decide whether to live together in one state“ But Mr Gorbachev’s comments on German self – determination were not unqualified. After three hours of talks with Mr Gorbachev in the Kremlin, Mr Kohl quoted him as saying the Germans should take the security interests „of our neighbors, friends, and partners in Europe and in the world“ into account“ (2.).

In der „Arkansas Gazette“ war zum Besuch von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl beim Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, am 10. Februar 1990 unter der Überschrift ‚Leaders discuss reunification plan‘ in der Ausgabe vom 11. Februar 1990 zu lesen: „West German Chancellor Helmut Kohl said that Soviet President Mikhail Gorbachev promised to respect German reunification and he declared it a „very good day for German“. ... At a news conference after talks with Gorbachev, Kohl gave a glowing assessment of relations with Soviet Union and the Kremlin’s attitude toward the accelerating developments between East and West Germany. Kohl said he acknowledged in his talk with Gorbachev that de facto reunification is occurring faster than anyone expected and said the two Germanys along with the Allies must work out a programme controlling it“ (3.). Auch die „Arkansas Gazette“ berichtete über das grundsätzliche Einverständnis Gorbatschows zur deutschen Wiedervereinigung beim Besuch von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in Moskau am 10. Februar 1990.

John Eisenhower berichtete im „Independent“ vom 12. Februar 1990 über das Treffen von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und dem Generalsekretär der KPdSU, Michail

(1.) „Washington Post“; 11. Februar 1990; A 1;

(2.) „New York Times“; 11. Februar 1990; A 1;

(3.) Arkansas Gazette“; 11. Februar 1990; S. 2 A;

Gorbatschow, am 10. Februar 1990, unter der Überschrift ‚Kohl hails open road to unity‘, folgendes: „The road to German unity is now open, declared Chancellor Helmut Kohl on his return to Bonn yesterday from Moscow. Calling the outcome of his talks with President Mikhail Gorbachev historic, the West German leader said that he did not think unity would take long now. „Unpack your bags and roll up your sleeves“, he urged East Germans. Mr Gorbachev had given the green light for the Germans themselves to decide the timing and manner of reunification, said an enthusiastic Chancellor, adding that he no longer ruled out the possibility of joint elections in East and West Germany before the year’s end“ (2.). Dass die Tür zu einer deutschen Wiedervereinigung, wenn auch nicht ohne Einschränkungen, offen stand, ging auch aus diesem Zeitungsartikel hervor.

Jeffrey Smith ging in seinem Artikel im zu der „Open Skies – Konferenz“ in Ottawa, bei der es eigentlich um das Thema einer ungehinderten militärischen Überwachung zwischen den Staaten des Warschauer Paktes und der NATO ging, auf das inoffizielle Thema der Wiedervereinigung ein. Unter der Überschrift ‚Two alliances differ on Germany’s future‘ war in der „Washington Post“ vom 12. Februar 1990 bezüglich der Wiedervereinigungsthematik zu lesen: „The North Atlantic Treaty Organization and the Warsaw Pact took opposite positions on the future of Germany tonight as the two military alliances gathered here for an unusual joint meeting to negotiate „Open Skies“ arrangement for monitoring East – West military activities. NATO Secretary – General Manfred Wörner said foreign ministers of the Atlantic alliance, including Secretary of State James A. Baker III agreed at a meeting here that „neutralization of Germany is not the solution“ to the increasingly urgent questions about the future there. But Soviet spokesman Vitaly Churkin said that a Warsaw Pact ministerial meeting here presided over by Soviet Foreign Minister Eduard Shevardnadse at nearly the same time heard „strong views“ in opposition to the idea that a unified Germany could become part of the NATO alliance. „We do not see this as possible or acceptable situation“, Churkin said“ (2.). Dieser Zeitungsartikel arbeitete in erster Linie die unterschiedlichen Sichtweisen über eine Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands in der NATO heraus. Während die NATO insbesondere eine Neutralität eines vereinten Deutschland ablehnte und eine Mitgliedschaft in der NATO forderte, wurde dies vom Warschauer Pakt abgelehnt. Paul Lewis berichtete in der „New York Times“ vom 13. Februar 1990 mit der Überschrift ‚U.S. presents plan for German unity‘ von einem Plan der Regierung der Vereinigten Staaten

(1.) „Independent“; 12. Februar 1990; S.10;

(2.) „Washington Post“; 12. Februar 1990; A 25;

von Amerika für die deutsche Wiedervereinigung. Er schrieb darüber: „The Bush Administration has proposed a process for realizing the speedy reunification of Germany while seeking to satisfy Soviet and European fears, a senior State Department official said today. Speaking on the first day of a meeting of NATO and Warsaw Pact foreign ministers, the official said the Administration had suggested that the two Germanys start working with each other on arrangements for unification as soon as East Germany has a democratic government in place after its March 18 elections. About the same time, the two Germanys would start discussing the foreign policy aspects of reunification – including Bonn’s demand that a united Germany belong to NATO – with Britain, France, the United States and the Soviet Union, the four World War II victors that maintain certain legal rights in Germany“ (1.). Der Vorschlag die außenpolitischen Aspekte der deutschen Wiedervereinigung in einem Verhandlungsformat bestehend aus den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs sowie den beiden deutschen Staaten aushandeln zu lassen, wurde mit den „Zwei + Vier – Verhandlungen“ schon bald Wirklichkeit.

Am 14. Februar 1990 meldete Don Oberdorfer in der „Washington Post“, dass es zu einer Einigung zwischen den beteiligten Staaten über das „2 + 4 - Verhandlungsformat“ gekommen sei. Unter der Überschrift ‚East, West agree on German unity talks, troop levels‘ schrieb er dazu im Besonderen: „East and West Germany and the Big Four allied powers who defeated Nazi Germany in World War II took the first step toward creating new security arrangements for a reunified Germany, a move tantamount to recognition of the inevitable merger of the two German states after 45 years of separation. A three – sentence statement issued by foreign ministers of the six countries came after a day of intensive meetings here and endorsed a new mechanism for working out „external aspects of the establishment of German unity, including the issues of security of neighboring states“. The six diplomats, including Secretary of State James A. Baker III and Soviet Foreign Minister Eduard Shevardnadze, said preliminary discussion will begin, shortly to be followed by high – level conferences“ (2.).

Peter Pringle meldete in seinem Bericht ‚Two plus four formula is agreed for talks on unity‘ im „Independent“ vom 14. Februar 1990, eine Einigung der beiden deutschen Staaten und der vier Alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, auf eine Gesprächsgrundlage zur Absicherung der außenpolitischen Rahmenbedingungen

(1.) „New York Times“; 13. Februar 1990; A 10;

(2.) „Washington Post“; 14. Februar 1999; A 1;

einer deutschen Wiedervereinigung: „The United States, Britain, France and West Germany agreed with Moscow and East Germany yesterday on a formula, known as „two plus four“, for negotiations on German unification. The new framework emerged as the main achievement of the meeting here of NATO and Warsaw Pact foreign ministers, which was originally planned to work out details of an open skies pact. The agreement means that there will be talks between the two Germanies first, after the East German elections in March, and then consultations with the four Second World War victors“ (1.).

Paul Lewis meldete am 14. Februar 1990 in der „New York Times“ mit der Schlagzeile ‚Accord in Ottawa‘, die Übereinkunft auf das „Zwei + Vier – Verhandlungsformat“, in dem zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Alliierten Siegermächte über die außenpolitischen Aspekte der deutschen Wiedervereinigung verhandelt werden sollte. Darin hieß es: „The four major World War II Allies and East and West Germany agreed on a framework for negotiating German reunification after 45 years of division. The agreement announced at the end of an East – West conference of foreign ministers, came as Moscow accepted President Bush’s proposal last month on Soviet and American troop reductions in central Europe and elsewhere in Europe. ... Although some difficult issues remain to be negotiated, the swift pace of agreements suggested that the unification of Germany, once thought to be a remote goal, could be achieved much sooner than anyone had anticipated. It also suggested that the major powers were on the verge of an agreement to reduce conventional military forces in Europe after more than 15 years of fruitless negotiations“ (2.).

Über gestörte Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich berichtete der Artikel ‚Thatcher snub by Kohl raises unity fears‘ von Robin Gedye, der am 14. Februar 1990 im „Daily Telegraph“ stand. Darin hieß es: „Animosity between Dr. Helmut Kohl and Mrs Thatcher over German reunification is threatening Anglo – German relations and has caused the West German Chancellor to avoid Britain during a round of visits he is making to the other wartime Allies. Following a weekend trip to Moscow, Dr. Kohl will see President Mitterand in Paris on Friday and travel to Camp David to meet President Bush in 10 days. But instead of traveling to London Dr. Kohl is sending Herr Genscher, his Foreign Minister, to brief the Prime Minister today on his way back from the East – West „Open Skies“ conference in

(1.) „Independent“; 14. Februar 1990; S.10;

(2.) „New York Times“; 14. Februar 1990; A 1;

Ottawa. Although other Western leaders have called out for caution. Mrs Thatcher has been singled out because her calls for „extensive consultations“ have been more strident and her approval of reunification less fulsome than those heard from France or America. Diplomats fear the politicians' personal dislike for one another, after many European Economic Community clashes on international issues, have begun to affect bilateral relations seriously“ (1.). Robin Gedye stellte die Situation so dar, dass die persönlich ohnehin schwierigen Beziehungen zwischen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, das deutsch – britische Verhältnis, gerade jetzt in der Phase hin zur deutschen Wiedervereinigung, schwer belasten würde.

Außerdem war im „Daily Telegraph“ vom 14. Februar 1990 ein Artikel von Boris Johnson unter dem Titel ‚European Economic Community to hold early talks on German unification‘, über die Absicht der Europäischen Gemeinschaft, zügig ein Gipfeltreffen über die deutsche Wiedervereinigung einzuberufen, enthalten. Hierin wurde folgendes den Lesern mitgeteilt: „An extraordinary summit of the 12 European Economic Community heads of state and government to discuss German reunification will be necessary soon after the East German elections in March, Mr Jaques Delors, President of the European Commission, said yesterday. ... Mr. Delors said the summit, which Mrs Thatcher would be attend was essential to prevent the future incorporation of East Germany disrupting the development of the European Economic Commission“ (2.).

Der Aufmacher von Andrew Brown mit der Schlagzeile ‚Thatcher stresses German perils‘ im „Independent“ vom 19. Februar 1990, war die Rede der britischen Premierministerin Margaret Thatcher vor der Versammlung der britischen Juden. Hier ging sie ausdrücklich mit historischen Bezügen auf ihre Position zu einer deutschen Wiedervereinigung ein: „We want to see Germany remain part of NATO with American and other troops stationed there, with some special arrangements for East Germany to meet the Soviet Union's security concerns. It would be quite reasonable for some Soviet troops to remain there, at least for a transitional period“. Mrs Thatcher continued. „We are already seeing a renewal of disputes and problems between nationalities which is reminiscent of the days before the First World War – and we remember how other countries can all too easily be dragged into such disputes. If we had had something equivalent to NATO in the 1930s we would never have had a

(1.) Daily Telegraph“, 14. Februar 1990; S.11;

(2.) „Daily Telegraph“; 14. Februar 1990; S. 11;

Second World War. We shall always have to have adequate defences because you never know where a new threat might come from“. (1.). In der Versammlung der britischen Juden brachte Margaret Thatcher klar ihre nach wie vor skeptische persönliche Haltung zu einer deutschen Wiedervereinigung zum Ausdruck.

US – Präsident George H. Bush und der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Kohl, sprachen sich in einer Pressekonferenz, nach einem Treffen am 24. und 25. Februar 1990 in Camp David, für einen Verbleib eines vereinten Deutschlands in der NATO aus, wie Lionel Barber in dem Artikel ‚Bush und Kohl agree on Germany‘ vom 26. Februar 1990 in der „Financial Times“ berichtete: „Präsident George Bush and Chancellor Helmut Kohl of West Germany agreed yesterday that a unified Germany should stay a full member of NATO and that US troops should remain as a guarantor of stability in Europe. However, the Soviet Union made clear it flatly rejected any proposal that a united Germany should join the NATO military alliance, thus setting the stage for tough negotiations on the terms of unification within the framework of the two plus four mechanism. This involves the two Germanys plus the US, the Soviet Union, France and the UK. The arrangement by the US and West Germany is part of a broader understanding on future security arrangements accompanying a reunited Germany, which both sides hope will reassure Western allies, Germany’s neighbours and the Soviet Union. Germany would remain a full member of a NATO alliance, likely to have a stronger political than military character“ (2.). Der Artikel Lionel Barber vom 26. Februar 1990 sprach ebenfalls von einer engen Übereinstimmung zwischen dem damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, George Bush, und dem deutschen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in der Frage der militärischen Bündniszugehörigkeit eine wiedervereinten Deutschlands.

Laut dem Zeitungsartikel von Nicholas Timmins im „Independent“ mit der Überschrift ‚Thatcher states terms for East Germans to join European Community‘ vom 26. Februar 1990, war Margaret Thatcher sehr skeptisch gegenüber einer baldigen Mitgliedschaft des Gebiets der DDR in der Europäischen Gemeinschaft. So stand in dem Zeitungsartikel dazu: „The Germans cannot automatically expect East Germany to be allowed to join the European Community, Margaret Thatcher said at the weekend, adding that the prospect of a united Germany was an argument against, not for, a more integrated Europe. To allow East Germany in would be like taking in Belgium, Denmark and the Irish Republic combined, she said in an interview in der „Sunday Times“.

(1)Independent“; 19. Februar 1990; S.1;

(2) „Financial Times“; 26. Februar 1990; S.1;

„Much worse that, this would mean taking a state that has been either communist or Nazi since 1930“ (1.).

Hinsichtlich der wiederaufgekommenen Debatte um mögliche Reparationsforderungen gegen Deutschland, war im Artikel ‚Unification plans revive issue of war reparations‘ von Alexander Ferguson im „Independent“ vom 2. März 1990 aufgeführt: „Until now West Germany has rejected reparation claims by pointing to a 1953 agreement. This paid off Germany’s pre – war debts in return for putting off a reparation settlement until a peace treaty was signed with a united Germany. Bonn has already spent 80 billion Deutschmarks in individual claims of the Nazis, including many Jews. And since the early 1950s it has given substantial aid to Israel. Alarmed by the huge bill a united Germany may face. Bonn has said unification should occur without a peace treaty. Instead the two German states should sign a deal with the four Second World War allies. German unification is moving ahead at such pace that the nation’s former enemies are divided on whether to press their claims on compensation“ (2.). Alexander Ferguson berichtete hier, dass Bonn wegen des Londoner Schuldenabkommens von 1953 bei einem Friedensvertrag fürchtete, dass ein vereintes Deutschland eine riesige Summe an Reparationen für den Zweiten Weltkrieg würde zahlen müssen und deshalb lediglich einen Vertrag mit den vier Alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkriegs abschließen wollte.

Unter der Überschrift ‚Kohl, writing to Rabbi, says fear of fascist Germany is unjustified‘ informierte Robert Pear in der „New York Times“ vom 2. März 1990 die Leser über die Aussagen des westdeutschen Bundeskanzlers in einem Briefwechsel mit dem kalifornischen Rabbiner Marvin Hier vom „Simon Wiesenthal Center for Holocaust Studies“ in Los Angeles. In diesem Zeitungsartikel stand unter anderem: „Chancellor Helmut Kohl of West Germany says he understands the anxieties of Holocaust survivors about the unification of Germany, but he insists that such fears are unjustified. Fed up with Communism and its distorted view of history, East Germans are immune to any new totalitarian temptations, Mr Kohl said in a philosophical letter discussing the Nazi era and the burden of German history. In recent years, Mr Kohl who will be 60 on April 3, has talked forthrightly about Nazi crimes. But the letter includes his most extensive comments since the push for German unification gave rise to fears about a resurgence of German power and nationalism“ (3.).

(1.) „Independent“; 26. Februar 1990; S. 2;

(2.) „Independent“; 2. März 1990; S.10;

(3.) „New York Times“; 2. März 1990; A 1;

Von Interesse ist dazu auch der Zeitungsbericht in der „Washington Post“ über den Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Dr. Kohl und dem kalifornischen Rabbiner Marvin Hier, vom „Simon Wiesenthal Center for Holocaust Studies“ in Los Angeles, zu der Thematik der deutschen Wiedervereinigung. Am 3. März 1990 berichtete der Journalist Jay Mathews unter der Überschrift ‚Kohl answers U.S. rabbi on unification‘: „West German Chancellor Helmut Kohl has told a prominent California rabbi that fears of resurgent antisemitism in a unified Germany are not justified and betray „an alarming act of information about the democratic and humanitarian instincts of modern Germans both East and West. Rabbin Marvin Hier, dean of Simon Wiesenthal Center for Holocaust Studies here, said, the February 28 letter from Kohl appeared to be the chancellor’s first long definite statement on the issue of Germany’s past since the unification movement began to accelerate late last year. In an interview, Hier said Kohl’s words had done little to ease his concerns over lingering negative attitudes towards Jews, particularly in East Germany. In a February 9 letter to Kohl, whom Hier has met several times, the rabbi said: „I am not among those in the cheering section applauding the rush towards reunification“. He noted that East Germans textbooks and site markers at former Nazi concentration camps include little if any information about the extermination of millions of Jews and other people during World War II“ (2.). Rabbin Hier drückte die Sorgen eines nicht unerheblichen Teils der Juden, aufgrund ihrer Erfahrung mit der Shoa, zu der anvisierten deutsch–deutschen Wiedervereinigung, aus.

Ein weiterer Artikel zu Beteiligung weiterer Staaten und zu weitergehenden Fragen an den „2 + 4 – Verhandlungen“ mit der Überschrift ‚Baker ask a NATO input on Germany‘ von Don Oberdorfer vom 3. März 1990, stand in der „Washington Post“. Beispielsweise war darin folgendes geschrieben: „Secretary of State James A Baker III, reacting to complaints that smaller European nations were not being consulted, asked NATO foreign ministers yesterday for ideas about alliance discussions of German unification. Baker’s request came in letters to all 15 foreign ministers of other NATO nations, department spokeswoman Margaret Tutwiller announced. Several NATO allies, including Belgium, Italy and the Netherlands, were reported to have been miffed at being frozen out of big – power talks on German unification. These nations have demanded a chance to express their views on Germany before further decisions that

(1) „Washington Post“; 3. März 1990; A 21

could affect their nations and Europe as a whole“ (1.). Aus dem Zeitungsartikel ging eine Missbilligung mehrerer europäischer Staaten hervor, nicht am „2 + 4 – Prozeß“ beteiligt zu sein.

Glenn Frenkel berichtete in der „Washington Post“ vom 4. März 1990 unter der Überschrift ‚Thatcher defies tide on unification issue‘ von der nach wie vor kritischen Haltung der britischen Premierministerin Margaret Thatcher gegenüber einer deutschen Wiedervereinigung. Im Kern war in dem Artikel zu lesen: „They are not exactly ready for a replay of World War II, but West German officials are wondering if Margaret Thatcher hasn’t mistaken herself for Winston Churchill in her outspoken animosity toward - and determination to hold back – German unification. In recent weeks, they say, the British prime minister has thrown up every possible obstacle to unity. First, she insisted that the subject was „not on the agenda“ because it might threaten the shaky rule of Soviet President Mikhail Gorbatschow. Then when Moscow gave its tentative blessing to the idea, Thatcher shifted to demanding security guarantees for NATO and Germany’s neighbors“ (2.). Danach beschäftigte sich die Regierungschefin von Großbritannien, so der Zeitungsartikel, mit wirtschaftlichen Aspekten der deutschen Wiedervereinigung, vor allem bezüglich der Integration der DDR in die Europäische Gemeinschaft. Sie äußerte sich hierzu wie folgt: „For Germans to expect East Germany automatically the Europe Community is like adding Belgium, Denmark and Ireland combined“, Thatcher told the Sunday times last weekend. „Much worse than that. This would mean taking a state that has been either Nazi or Communist since the 1930s“ (2.).

Zur weiteren deutschlandkritischen Positionierung der britischen Regierung zur deutschen Wiedervereinigung stand am 5. März 1990 im ‚Independent‘ der Artikel ‚Hurd warns unification will strain European Community‘ von David Osborne. Darin war zu lesen:, dass der britische Außenminister Douglas Hurd gewarnt hat, dass die Europäische Gemeinschaft von der deutschen Wiedervereinigung schwer herausgefordert werden würde, dabei hat er vor allem auf die oft schon ohnehin schwierigen Haushaltsverhandlungen verwiesen. Gleichzeitig hat er betont, dass er deshalb nicht für eine Verzögerung der deutschen Wiedervereinigung sei (3.)

Elena Neuman verfasste für den „Jewish Advocate“ am 15. März 1990 den Bericht ‚East German leader: Fears of anti – Semitism justified‘ über Einlassungen des DDR –

(1.) „Washington Post“; 3. März 1990; A 20;

(2.) „Washington Post“; 4. März 1990; A 29;

(3.) „Independent“; 5. März 1990; S.10;

Ministerpräsidenten Hans Modrow zu der der Thematik Anti – Semitismus in der DDR - Gesellschaft: „East German Prime Minister Hans Modrow says Jews are „definetely justified“ in their fears over a resurgence of anti – Semitism in a newly democratic East Germany, as unification with East Germany becomes increasingly imminent. In March 5 letter written to Rabbi Marvin Hier, dean of the Simon Wiesenthal Center, by an aid to Modrow, the Prime Minister addressed the same American Jewish concerns over reunification that West German Chancellor Helmut Kohl had confronted last month. According to Hier, however, Modrow’s letter was markedly more „frank“, and reflected a „remarkable difference in views“ from that of Kohl. The letter stated that „fears of resurgence of the spread of nationalism, racism and anti – Semitism in the GDR are definitely justified of a multi – party landscape“ (1.). Dieser Zeitungsartikel führte die Debatte über den mehr und mehr offen zu Tage tretenden Anti - Semitismus in der DDR weiter. Doch hatte der SED – Karriererist Modrow Unrecht das offene Ausbrechen des Anti – Semitismus auf das entstehende Mehrparteiensystem in der DDR zu schieben und dabei die eigentliche Verantwortung seiner Partei für das Negieren des in der DDR vorhandenen Anti – Semitismus und die nie in der DDR stattgefundene Aufarbeitung des nationalsozialistischen Unrechts zu verschweigen.

Fazit

Laut Sarah Lambert in ihrem Artikel ‚Thatcher changes heart on speed of unification‘ im „Independent“ vom 7. Februar 1990 zufolge, akzeptierte die britische Premierministerin Thatcher eine deutsche Wiedervereinigung als nicht mehr vermeidbar. Für den „Jewish Chronicle“ am 9. Februar 1990 unter der Artikelüberschrift ‚Reunification splits Shamir and Kohl‘ war eine Auseinandersetzung zwischen dem israelischen Premierminister Itzchak Rabin und dem bundesdeutschen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, in der Dr. Helmut Kohl mit einem Brief die von dem israelischen Politiker geäußerten Ängste zu zerstreuen versuchte, von herausgehobener Bedeutung. Neben vielen anderen Zeitungen berichtete auch die „Arkansas Gazette“ am 11. Februar 1990 unter der Überschrift ‚Leaders discuss reunification plan‘, über den Besuch des westdeutschen Bundeskanzlers beim Generalsekretär der KPdSU, bei dem Michail Gorbatschow seine grundsätzliche Zustimmung zu einer deutschen Wiedervereinigung bekräftigte. Sehr intensiv war die Berichterstattung über die Abmachung am Rande der „Open Skies – Konferenz“ im kanadischen Ottawa zur Einrichtung eines „Zwei + Vier –

(1.) „Jewish Advocate“; 15. März 1990; S. 4;

Verhandlungsformats“, zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkrieges zur Abklärung der außenpolitischen Fragen der deutschen Wiedervereinigung, wie beispielsweise der Zeitungsartikel ‚East, West agree on German unity talks, troop levels‘ von Don Oberndorfer in der „Washington Post“ vom 14. Februar 1990 darlegte. Ihre nach wie vor bestehenden Bedenken gegen eine deutsche Wiedervereinigung erläuterte die britische Premierministerin Margaret Thatcher, laut Andrew Brown unter der Überschrift ‚Thatcher stresses German perils‘ im „Independent“ vom 19. Februar 1990. ‚Bush and Kohl try to allay fears of a reunified Germany’s powers‘ war die Schlagzeile in der „New York Times“ vom 26. Februar 1990, über das Treffen zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und dem westdeutschen Bundeskanzler, das auch in den anderen angelsächsischen Zeitungen auf Resonanz stieß. Der Artikel ‚Unification plans revive issue of war reparations‘ von Alexander Ferguson im „Independent“ vom 2. März 1990, beschäftigte sich mit den in jener Zeit wieder aufgeworfenen Frage nach deutschen Reparationszahlungen für den Zweiten Weltkrieg. Ausführlich widmeten sich die „New York Times“ und die „Washington Post“ am 2. beziehungsweise 3. März 1990 einem Briefwechsel des Rabbiners Marvin Hier vom „Simon Wiesenthal Center“ in Los Angeles mit Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, in dem Hier dem westdeutschen Bundeskanzler die Sorgen vieler Holocaustüberlebender vor einer deutschen Wiedervereinigung darzulegen versuchte und der westdeutsche Bundeskanzler bei allem Verständnis für das Leiden der Holocaustüberlebenden, diese zu beruhigen versuchte.

4.1.2 Kommentare und Leserbriefe

Zu den Empfindungen der Nachbarstaaten zu der in Aussicht stehenden deutschen Wiedervereinigung stand in der „New York Times“ vom 6. Februar 1990 im Leitkommentar ‚To calm German neighbors‘ nerves‘: „Nearly everyone, in Germany and out, accepts unification as inevitable, but worries that it is moving too fast. The past pace has deepened European concerns about a strong, united Germany. Washington and Germany’s neighbors need to distinguish between the assurances they can obtain now, while they still have some leverage, and questions they can safely leave for later. The immediate priority is to obtain assurances that Germany will live within existing borders and renounce nuclear weapons. Those are reasonable requests and should

not offend German sensibilities. International guarantees on both points can be worked out among the members of NATO and other East Europeans“ (1.). Dieser Leitkommentar zeugte von einer tief sitzenden Unsicherheit gegenüber Deutschland unter den Nachbarstaaten.

Der Leitkommentar im „Daily Telegraph“ befasste sich am 15. Februar 1990 unter dem Titel ‚German unity: getting it right‘ folgendermaßen mit den europäischen Aspekten einer deutschen Wiedervereinigung: „An unexpected burden has fallen on Europe that of deciding its own future. The feeling of disorientation is palpable. The only country that seems to know what it wants and where it is going is Germany. Until very recently the impression was that other European powers – whether France, Britain or the Soviet Union – had been reduced to the role of anxious spectators as the new Europe was forged under their eyes but not their control. Now the process is taking clearer shape, and the issues are crystallising. In essence, there are three stages: the resolutions of the internal political and economic preconditions unity through the East German elections and a currency agreement; the convening of the conference of the Four Powers plus the two Germanies, agreed of the Ottawa meeting of NATO and Warsaw Pact representatives, and the formal blessing of whatever is decided there by the 35 – nations on Security and Cooperation in Europe later in the year“ (2.). Für den Leitkommentar im „Daily Telegraph“, zeichnete sich, trotz aller Unwägbarkeiten, eine mehr und mehr klarere Struktur auf dem Weg zu einer deutschen Wiedervereinigung, eingebettet in europäische Sicherheitsstrukturen, ab.

Peter Jenkins kommentierte das „Zwei + Vier – Verhandlungsformat“, im „Independent“ vom 15. Februar 1990 unter Schlagzeile ‚The power of four plus two‘, im Kern so: „The arrangement to hold talks between the four Powers and the two Germanies on the security aspects of a united Germany suggests that the Soviets will not in the end insist on a neutral Germany. At the same time, it usefully asserts the legitimate interest of the Four Powers in the implications of the German people exercising their undisputed right to self - determination. It had already been agreed that a conference of 35 nations that signed the Helsinki Final Act would be held later this year. A further advantage of the four – plus – two is that it involves Britain more positively in the transition to a united Germany and may thus help to undo the impression given that Britain was interested

(1.) „New York Times“; 6. Februar 1990; A 28;

(2.) „Daily Telegraph“; 15. Februar 1990; S. 20;

only in impeding and postponing the process“ (1.). Peter Jenkins sah weiter in dem sich anbahnenden deutschen Einigungsprozeß, eine vorteilhafte Rolle für Großbritannien.

Zur Einigung zum „Zwei + Vier – Verhandlungsformat“ zu Abklärung der außenpolitischen Aspekte der deutschen Wiedervereinigung, war im Leitkommentar in der „New York Times“ vom 15. Februar 1990 unter dem Titel ‚Steering the German steamroller‘, im Wesentlichen zu lesen: „Since the wall came tumbling down in a tide of German emotion, European leaders have been in a panic about reunification, fearing a new and unknown German menace yet also fearing to step in the way of this nationalistic steamroller. But on Tuesday in Ottawa, the foreign ministers of NATO and the Warsaw pact nations grabbed control of the steamroller and put it on a track that should insure serious deliberations on the toughest issues on European security. Such rapid, constructive action on so immense a problem is rare in the doleful history of world politics. Much of the credit goes to Hans – Dietrich Genscher, the West German Foreign Minister. He has been more responsible than his Chancellor, Helmut Kohl, in pressing the need to internationalize the path to reunification. The Ottawa meeting established a process for dealing with the German question, and that is what has been missing from the rush to reunification. The process is simple and sensible“ (2.). Der Leitkommentar der „New York Times“ unterstützte am 15. Februar 1990 das verabredete „Zwei + Vier – Verhandlungsformat“ zur Abklärung der außenpolitischen Aspekte der deutschen Wiedervereinigung.

Zur deutschen Frage äußerte sich Stanley Newman in seinem Kommentar ‚Is fear of Germany overblown?‘ im „Jewish Exponent“ vom 16. Februar 1990 so: „In its essentials, it was first the frustrations encountered by German nationalism in the 19th century in fashioning a united Germany out of the proliferation of German states, and then self – inflicted catastrophe that Germany suffered with its World War I defeat. These setbacks provided the Nazis with the nationalistic resentments that fueled the fire ignited by Hitler, which eventually consumed so much of Europe. Here, too, that history is beyond repeating. Today, Germany has fulfilled its main national, political and economic dreams. The coming reunification of the two Germanys will constitute little

(1)„Independent“; 15. Februar 1990; S. 29;

(2)„New York Times“; 15. Februar 1990; A 30;

more than the icing of the cake“ (1.). Stanley Newman betrachtete im „Jewish Exponent“ vom 16. Februar 1990, die Perspektive einer Wiedervereinigung als nicht besorgniserregend.

Im Sonntagskommentar ‚Leave Germany alone‘ von Peregrine Worstthorne im „Sunday Telegraph“ vom 18. Februar 1990, war als Resultat zu lesen: „At the moment Britain is sill independent enough to be able to refuse to share with Germany the economic burden of unification. That is just as well, since there is no reason why British taxpayers should contribute to a process over which they had no say and from which they have nothing to gain. In a federal Europe, dominated by Germany, however, they would have had no choice. European unity is no longer a way of healing old wounds. It is fast becoming the best way of opening up new ones. Diplomats can’t see this. But fortunately Mrs Thatcher can“ (2.). Peregrine Worstthorne sah durch die Kosten des deutschen Einigungsprozesses neue Probleme entstehen, denen sich Großbritannien durch einen Rückzug aus dem europäischen Einigungsprozeß entziehen sollte.

Zu dem Kommentar von Peregrine Worstthorne waren im „Sunday Telegraph“ vom 25. Februar 1990 unter dem Titel ‚Germany’s past and future‘ drei Leserbriefe zu lesen:

„In your leading article „Leave Germany alone“ (February 18) Peregrine Worstthorne makes a statement on Germany more mischievous than which I cannot remember in modern British journalism. „Armed with Russian connivance, Dr. Kohl proceeded to humiliate the East German Prime Minister in a manner quite odiously reminiscent of the treatment Dr. Schuschnigg of Austria received from Hitler on the eve of an earlier Anschluss“. ... Do Mr Worstthorne and the rest of us live in the same? Does he understand that he who has the privilege of uttering wrightly sentences in a normally much respected way newspaper assumes a very special responsibility not in mislead his readers with fanciful judgements and muddy the waters of history?“

George Urban, Hove, Sussex

„Peregine Worstthorne’s Sunday Comment of February left me rather depressed. Would he like Mr Murdoch have preferred the old SED – Government to stay in power in the DDR? I hope that Europe will show optimism and stand up to the challenge which the peaceful development in the East of Europe is presenting. I do not think I am unrealistic. The virtues which Mrs Thatcher is preaching have already once been practised by the millions of Germans fugitives who after the last war said „No“ to communism and state capitalism and just started to rebuild. That should not

(1)„Jewish Exponent“; 16. Februar 1990; S.37/96;

(2)„Sunday Telgraph“; 18. Februar 1990; S. 20;

benoverlooked in an assessment of the situation“.

Dieter Anders, Stone, Staffordshire

„Radek Sikorski writing from Warsaw cites an unnamed source outside Government circles saying that a Soviet military presence here is „of as much assistance in protecting Polish integrity as handcuffs for a swimmer. Who could have said this?“ I know of no conservative politician who have done so. ... I recognise Germany’s right to be united. But history shows that a strong Germany has twice in this century made trouble for worldwide stability and peace. Poles really do understand that our country is always between two superpowers and both of them would prefer Poland to be as weak as possible. We know that nobody in western Europe will fight for Gdansk. And that is why the Polish Government is so keen to keep a Soviet contingent and, as Mr Sikorski himself makes clear, press European opinion to include Poland in a six – country conference. Now that communism is wipped out Europe must have a new agreement securing stability of the borders and the economy“.

Andrzej Szozda, Warsaw, Poland (1.)

Auch im „Sunday Telegraph“ vom 4. März 1990 ging die Debatte über den Kommentar von Peregrine Worstthorne, ‚Leave Germany alone‘ in der Ausgabe des „Sunday Telegraph“ vom 18. Februar 1990, weiter. In dem Leserbrief von Malise Graham ‚Why the Prime Minister should stay wary of German Intentions‘ wurde folgende Sichtweise aufgeführt:

„Your correspondent Mr George Urban condemns (letter Column last week) Peregrine Worstthorne’s comparison of Chancellor Kohl’s humiliation of Prime Minister Modrow with Hitler’s treatment of Dr Schuschnigg (Austria) as „mischievous and misleading“. By omitting all mention of Dr Kohl’s other actions and equivocations over reunification which uncomfortably revive memories of the Thierties: Mr Urban’s critism falls into the same category. The Chancellor apparently acquiesced in the intemperate, by his subordinates, also of the British Prime Minister. ... This hard, imperious facts were not what brought General De Gaulle and Chancellor Adenauer to kneel together before the altar in Rheims Cathedral, or the Citizens of Coventry and Dresden to twin their cities. Until the signals change, they justify, indeed mandate, the Prime Minister’s caution“.

Malise Graham, Lewes, Sussex (2.).

Die Leserbriefe zeigten, dass die Einstellungen der Leserschaft des „Sunday Telegrph“

(1.) „Sunday Telegraph“; 25. Februar 1990; S. 22;

(2.) „Sunday Telegraph“; 4. März 1990; S. 22;

zur deutschen Wiedervereinigung und zu der diesbezüglichen Politik des westdeutschen Bundeskanzlers geteilt waren.

Zur Debatte der Mitgliedschaft in einem Militärbündnis eines wiedervereinigten Deutschlands oder gar der Neutralität stand im „Independent“ vom 20. Februar 1990 folgender Leserbrief mit der Überschrift ‚Germans‘ desire for neutrality‘ von Paul O‘Doherty:

„It may not be the case that „given the right guarantees, the East Europeans and Moscow will assuredly accept the logic of allowing all 77 million Germans to be wrapped firmly in the embrace of NATO ... (leading article, 15 February) but what do the Germans think themselves? Recent opinion polls have shown clear majorities in East and West Germany in favour of neutrality. Helmut Kohl has rightly insisted on the democratic right of the Germans to be reunited, if they so wish. However, his insistence that neutrality is out of the question shows a selective attitude to the wishes of majority which is reminiscent of Mrs Thatcher’s. That „Independent“ should also fail to consider the Germans‘ own wishes is disappointing. It is the feeling that other Europeans want to keep them on a leash which makes the Germans feel rootless and distrusted, not the idea of neutrality. A united neutral Germany could, in fact, show the rest of us the way to break out of Cold War military alliances and into a new era of mutual trust and respect“ (1.). Der Leserbriefschreiber trat für ein militärisch neutrales Deutschland ein.

Zum Zustandekommen des „2 + 4 – Verhandlungsformats“ zur Abklärung der außenpolitischen Fragen einer deutschen Wiedervereinigung meinte der Leitkommentar des „Jewish Advocate“, am 22. Februar 1990 unter der Überschrift ‚When 2 plus 4 equals 5‘, letztlich: „Experiences from the past, most notably in modern times the the era of the late 1930s, have revealed that treaties and agreements are only as sturdy as the intensions of all parties to enforce them. Imagine how different world history might have been had Hitler been stopped when he invaded in the Rhineland in 1936, unimpededly flaunting the terms of the treaty ending World War I. After the provisions of German rebirth are established, all 5 parties must make certain that they are punctiliously observed. Such a succesful human encounter with destiny, the sacrosanct maintaining of established order; will be the best monument possible now for those who suffered in World War II and the Jews who were decimated by the Holocaust“ (2.). Der Leitkommentar des „Jewish Advocate“ machte sich am 22. Februar 1990, unter Bezug auf die deutsche Vergangenheit, dafür stark, dass die

(1.) „Independent“; 20. Februar 1990; S. 19;

(2.) „Jewish Advocate“; 22. Februar 1990; S. 10;

Einhaltung von Vereinbarungen aus dem „2 + 4“ – Prozess, alle fünf Jahre überprüft würden.

Zu der Frage in wie fern die deutsche Wiedervereinigung die Vereinigten Staaten von Amerika berühren, war in dem Kommentar ‚Passion rules reins of unity‘ in der „Arkansas Gazette“ vom 25. Februar 1990 zu lesen: „The prospect of German reunification does not inspire the passion or fear among Americans that it does in Europe, officials note. A reunited Germany won’t threaten U.S. borders, nor will it swallow up the American economy, even though it may become a more powerful competitor. Nonetheless, they say, the shape of the future Germany will profoundly affect the United States’ role in Europe and as a world power. A security structure that has assured peace in Europe for 45 years is withering away, and the superpowers who kept it in place are making way for a new European power that is seizing the reins of its own destiny“ (1.). Aus dem Kommentar ging klar hervor, dass die Vereinigten Staaten von Amerika als Supermacht von den Entwicklungen in Europa betroffen seien und sich für eine neue Sicherheitstruktur in Europa stark machen müssten.

In seinem Kommentar ‚Two wars remind world of Germany‘ vom 26. Februar 1990 in der „Arkansas Gazette“ bedachte James McCartney die Erinnerung an die deutsche Verantwortlichkeit für die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts in Beziehung zu der Diskussion um die deutsche Wiedervereinigung. Letztlich stellte er sehr ängstliche Fragen dazu: „Reunification is a question in which all of Europe certainly, the United States absolutely, and the world community arguably have a stake. The larger question now, which the administration has preferred to sidestep, is what the world community, and the United States of America ought to do. Kohl has insisted that Germans should be permitted to decide their own fate. And that the world no longer has reason to fear Germany. ... But how is the world to be sure that Germany has learned the lessons of history? Suppose the world learns – too late – that it hasn’t?“ (2.).

R. W. Apple Jr. kommentierte das Treffen, des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, George Bush, mit dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Helmut Kohl in der „New York Times“ vom 26. Februar 1990 unter der Schlagzeile ‚A disquiet on Germany‘, so: „President Bush and Chancellor Helmut Kohl of West Germany spoke at length today about their similar views and common dreams, but on the difficult aspects of German reunification, they spoke with distinctly different voices

(1) „Arkansas Gazette“; 25. Februar 1990; 5 C;

(2) „Arkansas Gazette“; 26. Februar 1990; 6 C;

while avoiding outright discord“ (1.). Der Kommentator sah durch das Treffen zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, George Bush, und Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, noch nicht alle Zweifel bezüglich einer deutschen Wiedervereinigung ausgeräumt.

Die „Newsweek“ brachte in ihrer Ausgabe vom 26. Februar 1990 unter der Überschrift „The new superpower“ einen Kommentar von Russell Watson heraus, dass nach Auffassung der „Newsweek“ - Kommentators, ein wiedervereinigtes Deutschland eine Supermacht sei. Dies las sich so: „For 45 years, they paid. So crushing was the collective guilt for the barbarities of the Third Reich that self – effacement became a national reflex, even in an age of booming success. Now, quite suddenly, the Germans are learning to be German again. The Wall is down, and reunification is on the way, probably this year. Already West German Chancellor Helmut Kohl positions himself as a modern Bismarck who put the country back together with stunning speed. As the wealthy West absorbs a withered fragment of the fatherland, Germany becomes more than the sum of its parts“ (2.). Der Artikel ging vor allem von einer ökonomischen Führungsrolle des vereinigten Deutschlands aus. Gleichzeitig wurden auch die Vorbehalte von Opfern der NS – Diktatur, der deutschen Anreinerstaaten und auch mancher Deutscher zum Ausdruck gebracht.

Über die Probleme mit einem wiedervereinigten Deutschland in Hinblick auf seine Nachbarn und im Hinblick auf die Ansichten der britischen Premierministerin, Margaret Thatcher, schrieb Robert Mauthner in seinem Essay ‚Dilemma of a united Germany‘ in der „Financial Times“ vom 27. Februar 1990: „German public opinion egged on by some sections of the press, appears to have become increasingly exercised by what it sees as Mrs Margaret Thatcher’s hostility to unification. Some British commentators, too, consider that the Prime Minister is isolating herself from her European partners on this question. However, there is no convincing evidence for such an assertion, relevant as it might be to issues such as European Monetary Union or sanctions against South Africa. As is her wont, the Prime Minister has bluntly stated that German unification is a matter of deep concern, not only for the German people, but for all their allies in both Western Europe and North America. Others have been more diplomatic and careful not to offend German sensitivities. But the private comments of officials and press articles in Europe and the US show that most of the western allies are very much on the same

(1.) „New York Times“; 26. Februar 1990; A 1;

(2.) „Newsweek“; 26. Februar 1990; S. 9 ff;

wave – length. It would be bizarre – indeed irresponsible – if they were to adopt the attitude that German unification was a matter only for the German people“ (1.). Im Weiteren Verlauf machte sich der Autor für eine paneuropäische Sicherheitszusammenarbeit unter Beachtung der sowjetischen Sicherheitsinteressen stark.

Am 1. März 1990 befasste sich A. M. Rosenthal in seinem Kommentar mit dem Titel ‚Our German business‘ in der „New York Times“ unter anderem mit den Ängsten vor einer Deutschen Wiedervereinigung: „The reason for fear – German nationalism and what it spawned – was not even mentioned publicly when President Bush and Mr. Kohl met. The German Chancellor speak delicately of a „certain history“. What is needed desperately is for at least one allied leader to start at point A, saying out loud that while we are not against unification, the Germans do not have sole responsibility or interest. The „certain history“ makes Germany a very special case, overriding even some niceties of sovereignty. Germans have the right to vote to decide their future – but must remember as they vote and after that their country is our business, too. And that we have a right to mind it and intend to exercise it. Once that is said and accepted maybe we can move to accept German unification, not just with our bureaucratic mouth but with our troubled souls. That is point B“ (1.). A. M. Rosenthal sah offenkundig noch Diskussionsbedarf zu einer möglichen deutschen Wiedervereinigung.

Das politische Wochenmagazin „Time“ veröffentlichte am 5. März 1990 folgende Leserbriefe zu der sich fortsetzenden Debatte um die deutsche Wiedervereinigung:

„A unified neutral Germany? Given that nation’s heritage, such a phrase may prove to the decade. NATO was formed to protect the free – market systems that allowed us to maintain the integrity of our defences while being able to produce soap, toasters and practical automobiles. The disbanding of NATO would be an unreasonable reaction to the events taking place in Eastern Europe. You don’t shoot your sheep dog when a rabid wolf died“.

Kevin M. Matarese, Fulda, West Germany

„In a world rent by the winds of secession and communal disharmony, it is comforting to see a program of unification succeeding. The two Germanys deserve a big round of applause.“

Harsha Raghavan, Bombay

„A united Germany is bound to become an industrial and economic giant. Today it is

(1.) „Financial Times“; 27. Februar 1990; S. 27;

(2.) „New York Times“; 1. März 1990; A 27;

not necessary to be militarily strong in order to become a superpower. Look at Japan, for example“.

Harish Chandra Sharma, New Delhi

„You may think the citizens of Western Europe still want American soldiers stationed in their countries to protect them against a renewed Soviet expansion policy or possible great – German adventurism. On the contrary, fear of a Communist or even German invasion is not in the minds of the Belgian people, so we no longer need any foreign American protection. The only role of the Soviet and American troops would continue is to hinder and delay the unification of one great Europe“.

Joris Godssens, Borsbeke, Belgium

„Much has been written about the danger a unified Germany presents to Central and Western Europe. A peace treaty has never been negotiated between the Allies and Germany. Wouldn't this an opportunity to incorporate checks and balances to shore up that perceived threat“?

Johannes Klinckmueller, Acton, Massachusetts (1.)

Die Leserbriefschreiber in der „Time“ vom 5. März 1990 standen der deutschen Frage eher wohlwollend gegenüber, wenngleich auch Sorgen wegen einer wirtschaftlichen Übermacht Deutschlands betont wurden.

Steve Crawshaw schrieb über die Sichtweise des Generalsekretärs der KPdSU, Michail Gorbatschow, auf den deutschen Wiedervereinigungsprozess anfang März 1990, am 8. März 1990 im „Independent“ unter dem Titel ‚Gorbachev risks a retreat on Germany and NATO‘, dies: „In accepting the unification of Germany as a natural process, Mikhail Gorbachev has again bowed graciously to the inevitable. But in rejecting the new state's membership of NATO, he has taken a position from which he may well need to retreat. His statement on Tuesday night that relations between the Soviet Union and a united Germany had good prospects set the seal on the unification which Moscow had until a few weeks ago resisted fiercely. Equally, however, his declaration that any participation of a united Germany in NATO was absolutely ruled out seemed more definitive than the present circumstances would allow, unless it was meant as an expressed wish, rather than a confident belief“ (2.). Steve Crawshaw mutmasste, dass Michail Gorbatschow von seiner Position, dass ein vereintes Deutschland nicht Mitglied der NATO sein könne, im weiteren Verlauf des Einigungsprozesses würde abrücken müssen.

(1.) „Time“; 5. März 1990;

(2.) „Independent“; 8. März 1990; S.12;

Der seinerzeitige französische Außenminister Roland Dumas verknüpfte in einem Beitrag für die „New York Times“ das Ziel der europäischen Einheit mit der deutschen Wiedervereinigung. Unter der Überschrift „One Germany – if Europe agrees“, schrieb er am 13. März 1990: „It is time to build a greater Europe. The desire for liberty and democracy has overthrown outdated ideologies. Everywhere we hear the same demands: a society based upon democratic values, separation of powers to protect against arbitrary acts, multiparty systems that safeguard the will of the people, and end to suffocating bureaucracy. The German question lies at the heart of the challenge of building this new Europe. ... German unification can be achieved only if it is accepted by all European countries. For Germany's neighbors, and most of all for Poland, it must be absolutely clear that borders cannot be altered“ (1.).

Am 19. März 1990 äußerten sich diese Leser in der „Time“ zu der Frage der deutschen Wiedervereinigung:

„If German unification takes place, as many want, we'll have two strong countries, Germany and Japan, that could become the greatest economic forces on earth. The U.S. and the U.S.S.R. will be preoccupied in trying to manage their growing economic and social problems. However, I'm sure this struggle will end in a far better fashion than the last one.“

Javier Chocan, Bilbao, Spain

„If German politicians endorse maintaining the postwar border with Poland, they could be giving away a large portion of their country. For 45 years, Poles have had the use of German lands east of the Oder – Neisse line. Restoring Germany to the borders of 1937 seems unrealistic, but there are many possibilities between everything and nothing. A compromise is desirable, since the more just the peace, the more secure it will be“.

Hildegard von Ross, Kassel, West Germany

„Immediate unification of Germany should be opposed unless there are conditions to contain the bigger country within the existing borders. There is arrogance in the statements of the West German government and German Big Business. I'm not convinced that the Fourth Reich cannot happen, given the right environment“.

Peter Frankel, Limpsfield Common, England

Germany's neighbors are said to fear its rise as an armed superpower. Instead of a military might, what we should fear from a united Germany is tough competition based (1)„New York Times“; 13. März 1990; A 29;

on high – quality products. After Germany is unified, The French will still be the most romantic, the British the most noble and the Americans the funniest people. Let the Germans be the most industrious“.

Pekka Santonen, Tampere, Finland (1.)

Auch aus den Leserbriefen in der „Time“ vom 19. März 1990 war eine grundsätzliche Unterstützung einer deutschen Wiedervereinigungsperspektive herauszulesen. Dennoch gab es auch hier Ablehnung. Außerdem befassten sich einige Leserbriefschreiber wiederum mit dem wirtschaftlichen Potential eines wiedervereinigten Deutschlands.

Die „Newsweek“ veröffentlichte am 26. März 1990 unter anderem diese Leserbriefe zum Thema ‚Fears over German unity‘:

„Like it or not, a united Germany will be the largest, most powerful, if not dominant, state in Europe, and it has as much right to determine its own future as any other nation. To stracize or isolate it should only guarantee turmoil in the years ahead. A rich and democratic Germany, playing its rightful part within a rejuvenated, self – confident and social democratic Europe, is certainly to the benefit of all“.

John Schneider, Venice, California

Congratulations on your articles about Germany. As somebody who has lived in Germany for the past two years, I am concerned about German reunification. While I do not think a united Germany will pose a threat to Europe in the next five or 10 years, what about 50 or 60 years from now? There still is a strong hierarchical structure in all parts of German society. My Nazi neighbors were respected fellow villagers. Several times I reported Nazi graffiti on public walls to the German authorities but no action was ever taken. German authorities refuse to extradite known war criminals to Holland. The situation is quite different from Europe, and the Germans themselves don't seem to notice“.

Andre Wiering, Zwaagdijk, Netherlands

„Your constant reference to the „Third Reich“ and territorial expansion of a united Germany is quite unnecessary. „A united Germany at peace with itself and the world ... no longer a threat to its neighbors“, as you put it, may sound utopian, but one should not forget that Germany is one of the world's most stable democracies. The German nation has learned from its past mistakes and repetition of the Third Reich is unlikely, especially as it took special circumstances and a special person to exploit those circumstances the last time. These circumstances are missing this time, and therefore I

(1.) „Time“; 19. März 1990;

think all speculation on Germany taking the same path as in 1933 – 45 is unjustified“.

Marcia Hansen, London

For several years now, many young Europeans have been wishing that one day they would see the covers of international magazines announce the arrival of Europe as a new superpower. Not to fuel big – bloc rivalry, but to spur healthy competition in areas such as the economy, culture and aid to developing countries. Now, all of a sudden, Germany presents itself in a rather unabashed way as the new superpower, while the European Community fades away and future European Community talks will be made much more difficult by the disturbance in the fragile balance of European power. Older Europeans are somewhat afraid. They are of the past again: of nationalism, protectionism and war. We understand their concern. But young Europeans are more inclined to feel somewhat betrayed because we are thinking of the future. We have been promised that this would be one of European unity. We would like our political leaders to carry out their promises – that includes the German political leaders as well“.

Peter Schrijvers, Hasselt, Belgium

„I wonder when influential circles everywhere will finally see that the Holocaust and World War II were not the work of the Germans but of a relatively small gang of intelligent psychopaths and criminals and their brutish accomplices who succeeded in deceiving and seducing not only their own blue – eyed people but also misleading the rest of the world. I fear that of many generations to come there will remain or develop in the German heart an antipathy against all those both inside and outside Germany who do not cease to pronounce the majority of this nation guilty and in this way also justify the robbery of ancient German territories like Pomerania, Silesia and East Prussia“.

Wolfgang Quittnat, Lehrte, West Germany

As a West German exchange student in the United States, I have experienced firsthand the fears some Americans have concerning German reunification. However, for more than 40 years now, West Germany has not sought separation nor promoted its national interest against any European or other nation. As a member of various alliances, it has used its position to promote friendly coexistence. A united Germany could serve as a stabilizing factor in world politics, as a bridge between East and West, bringing the world closer together. The Wall of separation has been torn down. This is a chance not a threat.“

Felix Fiedler, Sand Springs, Oklahoma (1.)

(1.) „Newsweek“; 26. März 1990;

Aus den Leserbriefen in der „Newsweek“ vom 26. März 1990 war ersichtlich, dass unter dieser Leserschaft sehr viel Skepsis über die möglichen Entwicklungen in Deutschland vorhanden war.

Fazit

Die Kommentare und Leserbriefe brachten in den Printmedien sowohl im Vereinigten Königreich als auch den Vereinigten Staaten von Amerika ein uneinheitliches Meinungsbild zu der deutschen Wiedervereinigung in der Zeit um und nach der „Open Skies – Konferenz“ im kanadischen Ottawa hervor. Wichtig war dem Leitkommentar des „Daily Telegraph“ am 15. Februar 1990 unter dem Titel ‚German unity: getting it right‘ vor allem der europäische Aspekt der Frage der deutschen Wiedervereinigung. Große Aufmerksamkeit auch in den Kommentaren der angelsächsischen Medien erhielt die Einigung auf das „Zwei + Vier – Verhandlungsformat“ zur Abklärung der außen- und bündnispolitischen Fragen zur deutschen Wiedervereinigung am Rande der „Open Skies – Konferenz“ im kanadischen Ottawa, wie hier beispielsweise im Leitkommentar der „New York Times“ vom 15. Februar 1990 unter dem Titel ‚Steering the German steamroller‘. Zum Teil emotional aufgeladen war die Debatte über den Zeitungskommentar ‚Leave Germany alone‘ von Peregrine Worsthorne im „Sunday Telegraph“ vom 18. Februar 1990. Dieser deutschlandkritische Kommentar zog eine Menge sowohl zustimmender als auch ablehnender Leserbriefe nach sich. Für R. W. Apple Jr. waren nach seinem Kommentar in der „New York Times“ vom 26. Februar 1990 unter der Schlagzeile ‚A disquiet on Germany‘ zum Treffen des bundesdeutschen Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten auf dessen Landsitz in Camp David noch nicht alle Zweifel bezüglich einer deutschen Wiedervereinigung ausgeräumt. Schliesslich befasste sich am 1. März 1990 A. M. Rosenthal in seinem Kommentar mit dem Titel ‚Our German business‘ in der „New York Times“ unter anderem mit den Ängsten vor einer deutschen Wiedervereinigung. Die Debatte um die deutsche Wiedervereinigung entwickelte sich nach der Akzeptanz durch den Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow und die britische Premierministerin Margaret Thatcher dahingehend, dass in den angelsächsischen Printmedien über die Debatte über die Bündniszugehörigkeit eines wiedervereinten Deutschlands berichtet und auch in den Kommentaren und den Leserbriefen diskutiert wurde. Einen Unterschied zwischen der Berichterstattung und der veröffentlichten Meinung, in Kommentaren und Leserbriefen, gab es zwischen dem Vereinigten Königreich und den

Vereinigten Staaten von Amerika, auch in den dortigen Regionalmedien, nicht. In den Kommentaren und Leserbriefen reichte das Spektrum von der Zustimmung einer weiteren NATO – Mitgliedschaft Deutschlands über das Eintreten für eine mögliche Neutralität eines wiedervereinigten Deutschlands bis hin zur in Fragestellung einer deutschen Wiedervereinigung aufgrund von Ängsten wegen der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. Aus der Berichterstattung ging eindeutig hervor, dass die Regierungen in Washington und London sich klar für eine gesamtdeutsche Mitgliedschaft in der NATO aussprachen, während die sowjetische Staats- und Parteispitze dies nicht so ohne weiteres akzeptieren wollte. Auch war aus den angelsächsischen Printmedien ersichtlich, dass die Bundesregierung anstrebte, dass Deutschland als ganzes der NATO angehören solle, während vereinzelt zu lesen war, dass die veröffentlichte Meinung in Deutschland ein militärisch – neutrales Deutschland vorziehen würde. Ein CIA – Bericht vom 23. Februar 1990 unter der Überschrift ‚German neutrality cannot be ruled out‘ bestätigte dies. So hieß es hierin: „Although we believe a united Germany most likely will have some form of relationship with NATO, there is a possibility – no more than a 25 percent chance, in our view – that grassroots pressures could force the leaders of the new united Germany to opt for neutrality“ (1.). Intensive Aufmerksamkeit der Printmedien erhielten die Übereinkunft von Ottawa auf das „Zwei + Vier – Verhandlungsformat“ zur Abklärung der außen – und bündnispolitischen Fragestellungen einer deutschen Wiedervereinigung, die Ängste der europäischen Nachbarn Deutschlands sowie der Besuch von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl bei dem 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika George Herbert Walker Bush am 24. und 25. Februar 1990. Aus einem Gespräch zwischen dem Bundeskanzler Dr. Kohl und dem US – Präsidenten Bush in Camp David am 24. Februar 1990 sind folgende Aussagen des US – Präsidenten zu den Fragen des „Zwei + Vier – Verhandlungsformats“, den außen- und bündnispolitischen Fragestellungen bezüglich der deutschen Wiedervereinigung sowie den Ängsten der europäischen Nachbarn von Interesse. So äußerte er zur militärischen Bündnisfrage: „The concept of Germany being in NATO is absolutely crucial. I hate to think of another France in NATO. We need full participation for Germany in NATO. It will be stabilizing for Europe“ (2.). Zu den Diskussionen hinsichtlich der deutschen Vergangenheit meinte George Herbert Walker Bush in dem Gespräch: „We don’t fear the ghosts of the past; Margaret (Thatcher) does. But you and we must bend over backwards to consult, recognizing

(1.) Robert L. Hutchings; 23. Februar 1990; „GHW Bush Library“;

(2.) „Memorandum of Conversation“, 24. Februar 1990; „GHW Bush Library“;

our unique role in history. ... When you say Germany will be staying in NATO with full membership, that helps. Margaret told me today that everyone expects German unity (although six months ago she felt differently). But she said everyone is worried about the uncertainties. Germany being fully involved in NATO helps“ (1.). Zu den Aufgaben des „Zwei + Vier – Verhandlungsformats“ äußerte sich der 41. US – amerikanische Präsident so: „On the Two Plus Four, we don't want the Soviets to use this mechanism as an instrument to force you to create the Germany they might want. I am concerned that the Two Plus Four will not get in the way of your dialogue with the GDR on the nature of unification. I worry that too early an engagement in Two Plus Four talks will stimulate the Soviets to interfere. I told Margaret that the Two Plus Four should focus on giving up Four Power rights and responsibilities for Germany as a whole and for Berlin. I would hate to see the Two Plus Four get involved in the issue of Germany's full membership in NATO“ (2.). Für die Einstellung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zur deutschen Einheit war bezeichnend, dass er in bezug auf die deutsche Vergangenheit äußerte, dass die Vereinigten Staaten von Amerika keine Angst vor den Geistern der Vergangenheit hätten, während Margaret Thatcher dies hätte.

4.2 Die Debatte um die polnische Westgrenze

4.2.1 Die Darstellung der Sachlage aus der Sicht der Printmedien

Helen Womack berichtete im „Independent“ vom 15. Februar 1990 unter der Überschrift ‚Poles want place in German talks‘, über die polnische Forderung an den „Zwei + Vier – Gesprächen“ als gleichberechtigter Partner zu partizipieren, dass der polnische Ministerpräsident, Tadeusz Mazowiecki, gefordert hat, dass sein Land an den Gesprächen über die deutsche Wiedervereinigung teilnehmen darf (1.).

Steven Greenhouse vermeldete in der „New York Times“ vom 17. Februar 1990 unter der Überschrift ‚Poland demands guarantees on borders‘, über polnische Forderungen nach verbindlicher Anerkennung der polnischen Westgrenze durch beide deutsche Staaten vor der Wiedervereinigung. So schrieb er: „The Polish Government demanded today that before a reunited Germany emerges, full guarantees must be given in Bonn and East Berlin to Poland's existing borders. As Hans Modrow, the East German Prime Minister, visited the Polish Government pointedly declared before any merger, it

(1.) „Interdependent“; 15. Februar 1990; S.10;

wanted the Germans to initial a treaty that officially recognizes the border as it was redrawn after World War II, transferring large parts of what had been prewar Germany to Poland. The Poles added that such a treaty recognizing the present frontiers along the Oder and Neisse Rivers should be initiated by the two current Germanys and then signed after unification by the state that they form“ (1.).

Für die „New York Times“ informierte der Journalist Robert Pear am 24. Februar 1990 die Leser, dass US – Präsident George Bush den westdeutschen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, bei dem Treffen der beiden Politiker am 24. und 25. Februar 1990 in Camp David, unter Druck setzen wollte, die Ängste der Polen im Bezug auf ihre Westgrenze zu entkräften. Unter der Schlagzeile ‚Bush to press Kohl at Camp David on easing Poland’s border fears‘, schrieb er: „When President Bush meets over the weekend with Chancellor Helmut Kohl, he will urge the West German leader to calm Polish concerns about the future of the Polish – German border, Administration officials said today. Mr Kohl arrives on Saturday morning for two days of talks with Mr Bush in the informal atmosphere of Camp David. Mr Bush will ask Mr Kohl to clarify his timetable for German unification and will urge him to address Polish concerns about the boundary between Poland and Germany, the Administration officials said. Poland has asked for guarantees that the current border, along the Oder and Neisse rivers, be made permanent and that a united Germany formally forswear any effort to reclaim part of prewar Germany what is under Polish control“ (1.).

Serge Schmemmann beschäftigte sich in seinem Zeitungsbericht ‚Kohl’s political math‘ in der „New York Times“ vom 28. Februar 1990 mit der weiterhin unklaren Haltung des westdeutschen Bundeskanzlers zur polnischen Westgrenze, in dem er bisher eineindeutiges Bekenntnis zur deutsch – polnischen Oder – Neiße – Grenze, vermied. Er schrieb: „Chancellor Helmut Kohl’s reluctance to give Poland solid assurances that a united Germany will respect its borders derives to some degree from the ambiguity of postwar agreements and to a far greater degree from the arithmetic of West German politics. Mr Kohls equivocation on the issue, despite growing demands from Poland, the United States and other allies that he give some guarantee, has made the border into something of a litmus test of Bonn’s intentions for a united Germany. The differences broke into the open during Mr Kohl’s visit to Washington, when the Chancellor and President Bush stated differing positions, even while not

(1) „New York Times“; 17. Februar 1990; A 8;

(2) „New York Times“ ; 24. Februar 1990 ;

acknowledging a difference“ (2.).

Zur Haltung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zur Frage der Anerkennung der polnischen Westgrenze war in dem Artikel von Glenn Frenkel ‚Kohl asks joint vow on Polish border‘ in der „Washington Post“ vom 1. März 1990 im Wesentlichen zu lesen: „West German Chancellor Helmut Kohl suggested today that the legislatures of East and West Germany issue a joint pledge to honor Poland’s present border after German reunification. The statement was the latest attempt by the West German leader to mollify critics at home and abroad who have accused him of repeatedly dodging the question when asked about the future of the former German territory that was awarded to Poland after World War II. But Kohl’s suggestion still fell short of meeting the demands of Polish Prime Minister Tadeusz Mazowiecki that the two Germanys sign a peace treaty guaranteeing the present border between East Germany and Poland“ (3.). Glenn Frenkel hielt fest, dass der Versuch von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl gescheitert sei, die Entscheidung über die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze nach der Wiedervereinigung zu regeln.

‚Kohl gives way on Polish border‘ lautete die Titelzeile von Helen Womacks Bericht im „Independent“ vom 1. März 1990, in dem sie von dem Vorschlag von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl berichtete, dass beide deutsche Parlamente einen Entschließungsantrag über die polnische Westgrenze verabschieden sollten: „The West German Chancellor Helmut Kohl told the cabinet yesterday that he favoured a joint confirmation of respect for Poland’s Western border by the West German Bundestag and the Volkskammer in East Berlin“ (1.).

Am 1. März 1990 war, in der „New York Times“ folgender Zeitungsartikel mit der Überschrift ‚Kohl takes tentative step on Polish border proposal‘ von Serge Schmemmann, zu lesen. Darin stand: „Under pressure at home and abroad Chancellor Helmut Kohl took a tentative step toward meeting Poland’s demands for a guarantee of its western border once Germany is reunited, but he again declined Warsaw’s call for a provisional treaty. The Bonn Government spokesman, Dieter Vogel, said Mr Kohl expressed full understanding at a Cabinet meeting if the West German Parliament and the parliament to be elected in East Germany next month adopted resolutions reassuring Poland that the Germans would make no territorial demands on it now or in the future. But Mr Kohl also said the resolution should be like one passed by the West

(1) „New York Times“; 28. Februar 1990; A 1;

(2) „Washington Post“; 1. März 1990; A 27;

(3) „Independent“; 1. März 1990; S.10;

German Parliament last November, which included the prove that only a unified Germany had the authority to make a final settlement of the borders. That condition, though legally accurate, has been the main source of the current dispute. While Mr Kohl has repeatedly insisted that Poland has no reason to fear for its borders, he has added that the question can be settled only by a reunited Germany“ (1.). Für Serge Schmemmann hielt Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl am 1. März 1990, trotz geringfügiger Aufweichungen, immer noch an seiner Positionierung zur polnischen Westgrenze fest, dass diese erst ein gesamtdeutsches Parlament endgültig anerkennen könne.

Am 3. März 1990 veröffentlichte Helen Womack einen Zeitungsbericht ‚Bonn to agree border only if Poles drop reparation claims‘, in dem sie die Leser des „Independent“ informierte, dass Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl sich dafür ausgesprochen habe, die polnische Westgrenze anzuerkennen, wenn im Gegenzug die Republik Polen auf jegliche Reparationsansprüche aus dem Zweiten Weltkrieg verzichte: „The dispute over West Germany’s refusal to acknowledge unequivocally Poland’s western border took a bitter turn. Bonn said that such a committment could only be made if Warsaw renounced all claims to war reparations and guaranted the rights of ethnic Germans living in Poland. Chancellor Helmut Kohl was determined that these two conditions should form an integral part of a declaration on the Oder – Neisse line to be made by the two German governments following East Germany’s election on 18 march, said West Germany’s government spokesman, Dieter Vogel“ (1.).

Über die Haltung der Bundesregierung zur Frage der polnischen Westgrenze gab es innerhalb der Regierungskoalition in Bonn heftige Meinungsunterschiede. Marc Fisher brachte darüber in der „Washington Post“ vom 6. März 1990 den Artikel mit derÜberschrift ‚West German coalition split over guaranteeing Polish border‘, in dem er besonders hervorhob: „West Germany’s coalition government as locked in bitter in fighting over terms for German unification today after Foreign Minister Hans – Dietrich Genscher broke publicly with Chancellor Helmut Kohl over Kohl’s refusal to guarantee the existing German – Polish border. Genscher, Kohl’s partner in the conservative coalition, accused the chancellor of jeopardizing German unification by failing to state clearly that Poland’s postwar agreement with East Germany would not be questioned

(1)„New York Times“; 1. März 1990; A 16;

(2) „Independent“; 3. März 1990; S.1;

by a united Germany“ (1.). Dieser Zeitungsbericht befasste sich mit den Bonner Koalitionsstreitigkeiten zu der Debatte um die polnische Westgrenze, bei der Bundesaußenminister Hans – Dietrich Genscher von der FDP, eine Position einnahm, die eindeutig im Sinne Polens und der angelsächsischen Partnerstaaten war.

Im Hinblick auf die Positionierung der Europäischen Gemeinschaft auf die Frage der polnischen Westgrenze und der Haltung von Bundeskanzler Dr. Kohl war von David Usborne im „Independent“ vom 6. März 1990 unter der Überschrift ‚European Community tells Bonn to settle Polish status‘, zu lesen: „West Germany was told by its European Community partners immediately to clear up the controversy over the status of Poland’s borders after German unification. ... The European Community Foreign Ministers expressed unanimous concern over the insistence of the West German Chancellor, Helmut Kohl that any guarantee of Poland’s western borders after unification should be linked to Warsaw officially waiving its rights to war reparation“ (2.). Aus diesem Zeitungsartikel ging klar hervor, dass die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft die Haltung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zur Anerkennung der polnischen Westgrenze einhergehend mit der Verknüpfung der Frage von Kriegsreparationen nicht guthießen und eine endgültige Klärung der Frage der polnischen Westgrenze durch Westdeutschland im polnischen Sinne wünschten.

John Eisenhammer vermeldete am 7. März 1990 im „Independent“ mit der Titelüberschrift ‚Kohl backs down over Poland‘, ein Zurückrudern von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in der Frage der polnischen Westgrenze: „To save his coalition government from collapse, the West German Chancellor Helmut Kohl backed down from his insistence that formal recognition of the inviolability of the border with Poland be linked to a reunification by Warsaw of all claims of war reparations. ... Emerging from more than three hours of bitter debate on the border issue among senior coalition politicians, Mr Kohl admitted that „mistakes had been made by all sides also by me“. In a statement it was agreed that the parliaments and governments of both Germanies, as soon as possible after the East German election on 18 March, would issue a joint declaration guaranteeing the Oder - Neisse frontier“ (3.). Demnach trat Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl von seiner Verknüpfung der endgültigen Anerkennung der polnischen Westgrenze mit dem Verzicht der Republik Polen auf Reparationsforderungen zurück

(1) „Washington Post“; 6. März 1990; A 17;

(2) „Independent“; 6. März 1990; S.10;

(3.) „Independent“; 7. März 1990; S.1;

und versprach, dass beide deutsche Parlamente sich zeitnah mit einem Entschließungsantrag zu der Unverrückbarkeit der polnischen Westgrenze bekennen würden.

„United Germany will honor Poland's borders, Kohl says“ lautete die Schlagzeile in der „St. Petersburg Times“ vom 7. März 1990. In dem Zeitungsartikel wurde ausgeführt, dass sich Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl auf internationalen Druck hin zur Oder – Neiße – Grenze als der polnischen Westgrenze bekannte. William Tuohy schrieb darüber: „Chancellor Helmut Kohl knuckling under to international pressure on the controversy over Poland's postwar borders, agreed Tuesday that a reunited Germany would recognize those borders. Kohl's chief of staff, Chancellery Minister Rudolf Seiters, said the West German government would propose a motion Thursday in the Bundestag, the lower house of Parliament, calling for a treaty between Poland and unified Germany to formalize the exiting frontier, which follows the line of the Oder and Neiße rivers from the Baltic Sea to Czechoslovakia. The chancellor also backed down on his demand that Poland agree to drop any claims for war reparations and guarantee the rights of ethnic Germans in Poland in exchange for a border guarantee. The Polish government welcomed Kohl's change of heart but cautioned that it may not be enough“ (1.).

Über den Wunsch der polnischen Regierung nach einem verbindlichen deutsch – polnischen Grenzvertrag berichtete Patricia Clough am 8. März 1990 im „Independent“ mit ihrem Zeitungsartikel ‚Warsaw presses for a binding border treaty‘ folgendes: „Poland cautiously welcomed the West German declaration dropping all conditions for recognition of Poland's western border by a future united Germany. But it has not yet got what it wanted and what it was clear that the dispute between the two countries is far from over“ (2.).

Einen beachtenswerten Artikel, der die Wirkungen der Debatte um die polnische Westgrenze aufzeigte und auch auf eine immer stärker aufkommende Debatte um Reparationsforderungen Polens an Deutschland, aufgrund Zerstörungen im Namen des Deutschen Reiches in Polen im Zweiten Weltkrieg, einging, brachte Blaine Harden in der „Washington Post“ vom 9. März 1990, unter der Überschrift ‚German border controversy unites Poland's odd couple‘, heraus. Darin war hervorgehoben: „The general who imposed martial law and the former Solidarity editor who spent a year in the general's jails are travelling together to Paris on Friday to press Polish concerns

(1.) „St. Petersburg Times“; 7. März 1990; S. 1 A;

(2.) „Independent“; 8. März 1990; S.12;

about „the German problem“, an issue that is making strange bedfellows in democratic Poland. The general, President Wojciech Jaruzelski, and the former editor, Prime Minister Tadeusz Mazowiecki, are expected to insist in talks with French President Francois Mitterand on a treaty that will guarantee Poland's western border with Germany. They also will demand a seat at upcoming four – power talks with the two Germanys on their unification. Anxiety about German unification, and its possible impact on the Western third of Poland that belonged to Germany until 1945, has been raging in Poland for weeks. It was exacerbated by West German Chancellor Helmut Kohl's statement last week that border guarantees should be contingent upon Polish renunciation of all claims of World War II reparations. Kohl backed down from that argument this week, but on Thursday he told Bonn's legislature that he objects to unpredictable burdens being placed on Germany“ (3.).

Ebenfalls am 9. März 1990 informierte John Eisenhammer die Leser des „Independent“, unter dem Titel ‚Bundestag says Polish border is inviolable‘, über den Entschließungsantrag des Bundestages zur endgültigen Anerkennung der polnischen Westgrenze, folgendermaßen: „West Germany's parliament yesterday endorsed a government resolution unconditionally guaranteeing the inviolability of the border with Poland. After a tumultuous debate, in which Chancellor Helmut Kohl's behaviour came under furious attack from the opposition, the declaration – whose key element states that the Polish border will not be questioned by us Germans through territorial claims either now or in the future – was voted through by the coalition majority“ (1.).

Serge Schmemmann berichtete in seinem Zeitungsartikel in der New York Times vom 15. März 1990 ‚Poles are promised role in talks on German unity‘ über das Zugeständnis der „Zwei + Vier – Verhandlungspartner“ zu der Teilnahme der polnischen Regierung an den „Zwei + Vier – Verhandlungen“ zu Fragen der polnischen Westgrenze. Darin war zu lesen: „The two Germanies and the Four World War II Allies held their first formal talks on German unity today and emerged with an „agreement to include Poland in the discussions when they came to the question of Polish borders. The meeting under the „two plus four“ formula, was to have dealt largely with procedural matters, awaiting the elections in East Germany to start substantive discussions. But the fact that a decision was made on inviting Poland demonstrated the sensitivity and urgency the issue has attained in recent weeks, and it

(1) „Washington Post“; 9. März 1990;

(2) „Independent“; 9. März 1990; S.12;

was a triumph for Poland's campaign to gain reassurance that a united Germany will not try to reclaim territories transferred to Poland after the war" (1.).

Fazit

Im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika wurde von den Printmedien sehr ausführlich über die Debatte im Hinblick auf die Debatte um die völkerrechtliche Anerkennung der seit der Konferenz in Postdam 1945 festgelegten polnischen Westgrenze durch die Bundesrepublik Deutschland, für die Deutschland in den Grenzen von 1937 rechtlich noch nicht aufgegeben war und nach deren offizieller Rechtsauffassung, die Gebiete östlich der polnischen Westgrenze, die vor 1937 deutsch waren, bis 1990 lediglich unter polnischer beziehungsweise sowjetischer Verwaltung standen. Die Debatte flammte nach der Übereinkunft über das „Zwei + Vier – Verhandlungsformat“ zur Abklärung der außenpolitischen Fragen einer Wiedervereinigung auf und beruhigte sich nach der Zusicherung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl am 6. März 1990 die polnische Westgrenze zu akzeptieren. So berichtete schon Helen Womack im „Independent“ vom 15. Februar 1990 unter der Überschrift ‚Poles want place in German talks‘, dass Poland an den „Zwei + Vier – Verhandlungen“ beteiligt werden wolle. Steve Greenhose ging in seinem Zeitungsbericht in der „New York Times“ vom 17. Februar 1990 unter der Überschrift ‚Poland demands guarantees on borders‘, auf die polnischen Forderungen nach Garantien für die polnische Westgrenze ein. Am 3. März 1990 veröffentlichte Helen Womack einen Zeitungsbericht ‚Bonn to agree border only if Poles drop reparation claims‘ im „Independent“, in dem sie die Verknüpfung der Frage der polnischen Westgrenze mit dem Aufwerfen des Verzichts polnischer Reparationsforderungen durch Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl darlegte. Auch die Außenminister der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft stellten sich gegen die Positionierung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl wie der Zeitungsartikel von David Osborne im „Independent“ vom 6. März 1990 unter der Überschrift ‚European Community tells Bonn to settle Polish status‘ aufzeigte. ‚United Germany will honor Poland's borders, Kohl says‘ lautete schließlich die Schlagzeile in der „St. Petersburg Times“ vom 7. März 1990, wonach Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl sich letztlich vorbehaltlos für die Akzeptierung der polnischen Westgrenze durch die Bundesrepublik Deutschland aussprach, was auch viele weitere Zeitungen in Großbritannien und den Vereinigten

(1) „New York Times“; 15. März 1990; A 12;

Staaten von Amerika vermeldeten. Am 9. März 1990 informierte John Eisenhammer die Leser des „Independent“, unter dem Titel ‚Bundestag says Polish border is inviolable‘, über den Entschließungsantrag des Bundestages zur endgültigen Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die Bundesrepublik Deutschland.

4.2.2 Die veröffentlichte Meinung in den Printmedien mit Kommentaren und Leserbriefen

Schon am 17. Dezember 1989 war in der „Washington Post“ ein Meinungsbeitrag unter dem Titel ‚Germans and the Polish border‘ zu lesen. In diesem Beitrag wurde Bundeskanzler Dr. Kohl faktisch unterstellt die polnische Westgrenze in Zweifel zu ziehen. Letztlich war dies zu lesen: „President Bush as well as West Germany’s partners in the European Community have clearly stated, within the past two weeks, their support for German reunification – but only under conditions designed to preserve Europe’s stability. Some Germans complain that their allies are harping on the word stability and darkly suspect that it implies indefinite postponement. That’s wrong. What it means is reunification under circumstances that do not raise threats to other countries’ security or generate inflammatory nationalistic responses. It means a route to reunification that does not invite a violent reaction in the Soviet Union, distracting it from the reforms now under way. To put it bluntly, Germans who seek reunification owe a lot to Mikhail Gorbatschow and his perestroika. They ought to see it as a matter of simple self – interest to do nothing to undercut him. Mr. Kohl is to go to Dresden on Tuesday for talks with Hans Modrow, the new prime minister of East Germany. That would be an opportunity for both of them to say loudly and clearly that both governments accept the Polish border as it stands, without qualification“ (1.). Die „Washington Post“ bezog hier schon Partei für eine deutsche Wiedervereinigung unter definitiver Anerkennung der polnischen Westgrenze.

Im Leitkommentar des „Independent“ am 21. Februar 1990, war unter der Überschrift ‚Kohl has fuelled Polish fears‘, zur Positionierung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in der Debatte um die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze folgendes zu lesen: „Mr Mazowiecki has made his bid for two reasons: first, to assuage the anxieties of the broad mass of the Polish people, in whose collective memory the idea of a powerful Germany still strikes fear; second, because Chancellor Helmut Kohl has

(1.) „Washington Post“; 17. Dezember 1989; B 6;

failed to commit himself unequivocally to the Eastern border. The West German President, Richard von Weizsäcker, the foreign minister Hans – Dietrich Genscher, and the Social Democratic opposition have acknowledged its finality. As a sop to the nationalist right in this election year, Mr Kohl has shrunk from an unconditional commitment. That, he told the East German Prime Minister last week, could only come from the united parliament, of a united Germany. Such formula does Mr Kohl not credit and can only create anxiety among neighbours with painful memories“ (1.). In diesem Leitkommentar wurde herausgearbeitet, dass es Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl bisher vermieden hatte, sich eindeutig zur polnischen Westgrenze zu bekennen.

Der „Newsweek“ – Korrespondent Andrew Nagorski forderte in seinem Kommentar ‚Germany must hold the line‘ vom 26. Februar 1990, dass Bundeskanzler Dr. Kohl die deutsch – polnische Nachkriegsgrenze mit einer nachdrücklichen Erklärung respektieren müsse. Er begründete seine Forderung unter anderem so: „In 1951 the three allied high commissioners in West Germany met with chancellor Konrad Adenauer on a crucial issue: the borders of a future unified Germany. John J. McCloy of the United States, Sir Ivone Kirkpatrick, of Great Britain and Andre Francois – Ponquet of France had decided to present him with an unequivocal message: they would support a unified Germany only within the postwar boundaries. Of the two Germanys. Nearly four decades later the border issue still lingers on – prompting Prime Minister Tadeusz Mazowiecki’s appeal last week for a deal for Poland in the reunification negotiations. Whatever is done about the request, the allies should recognize that now is the time to prod West Germany to take the final step of consigning the border issue to the oblivion it so richly deserves“ (2.).

Außerdem beschäftigte sich der Leitkommentar der „New York Times“ am 28. Februar 1990 unter der Überschrift ‚Germany’s duty to ugly history‘ mit den Diskussionen um die „Oder – Neiße – Grenze“. Beispielsweise war hier zu lesen: „The U.S. formally recognizes the current German – Polish border“, President Bush interjected helpfully at their joint news conference Sunday. But Mr Kohl still could not find the words to answer clearly. He acknowledged only that Germans had a „certain history“ that might arouse „certain fears“ in their neighbors. That’s not the reassurance those neighbors need. If Mr Kohl cannot summon the words, or the courage to say them, then others will have to, preferably other West German leaders. They can renounce any interest in changing Germany’s eastern borders. And since words alone won’t now be very reassuring, they

(1) „Independent“, 21. Februar 1990; S. 20;

(2) „Newsweek“, 26. Februar 1990; S. 4;

can invite the Four Powers, and ultimately all West and East Europeans, to guarantee those borders against aggression. Ugly history presses a responsibility on Germans – to reassure others that the future will not repeat the past. ... Guaranteed borders are the cornerstone of a securely unified Germany. More, they are the foundation for a secure, post – cold – war Europe“ (1.).

Auch ein Leserbrief von Jan Nowack, dem, wie er schrieb, Direktor des polnisch – amerikanischen Kongresses in der „Washington Post“ vom 1. März 1990 unter dem Titel ‚The danger from German expansionists‘, gab viel Aufschluss, welche Bedeutung das Thema polnische Westgrenze im Prozess der deutschen Wiedervereinigung hatte: „At the press conference at Camp David on Sunday, Chancellor Helmut Kohl made several grossly inaccurate statements with respect to the critical issue of Germany’s border with Poland. Chancellor Kohl said: „According to the legal situation in our country, it is a freely elected parliament, the sovereign of the people, which has to decide these border questions. And this is laid down also in the treaties of 1970 and has been mentioned in the conversations which took place in those years again and again“. Contrary the Bonn – Warsaw treaty of 1970 does not contain any clause that it would expire at the time of reunification and would have to be reaffirmed by the parliament of a reunited Germany. Further it is not true that according to German law only the Parliament of a united Germany can finally decide the border questions. In the postwar period, the Federal Republic concluded treaties with Belgium (September 24, 1956), Holland (April 8, 1960), the Soviet Union (August 10, 1970) and Poland (December 7, 1970). Treaties with the Soviet Union and Poland were concluded even though the Federal Republic has no common border with either these two states“

Jan Nowak, Annandale (1.)

Im Leitkommentar der „Washington Post“ zu der Thematik der polnischen Westgrenze vom 2. März 1990 mit dem Titel ‚Mr. Kohl’s borders‘ war im Kern zu lesen: „True enough Germany is going into crucial election this year, and like any candidate Mr Kohl is not eager to ruffle voters. But no one else at the top level of German politics has hesitated to reassure the Poles regarding the border. In its President, Richard von Weizsäcker, West Germany has a spokesman of great moral authority. He has been explicit. So have the foreign minister, the speaker of the parliament and the leader of the opposition Social Democratic party. But Mr. Kohl speaks for the government. He

(1)„New York Times“; 28. Februar 1990; A 26;

(2)„Washington Post“; 1. März 1990; A 24;

says that only the elected parliament of a unified Germany will have the authority to make final agreements on boundaries. At one level that's merely a legalism, and one with a long history. But at another it has been used by extreme nationalists to suggest that all commitments of the past 45 years are only temporary, to be reconsidered when the great day of unification comes. If the Polish border is open to renegotiation, how about the Austrian border? Or for that matter the French border? As a tactical device Mr. Kohl's argument has the advantage of permitting him to slide through the December election without taking a firm stand on the eastern borders. But for Germany present and future, the costs of these equivocations are running high" (1.). Der Leitkommentar der „Washington Post“ vom 2. März 1990 kritisierte das Verhalten von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, da seine Haltung in der polnischen Grenzfrage auch andere Grenzen wie die zu Österreich oder zu Frankreich in Frage stellen könnten. Die Kosten dieses Verhalten könnten, nach Ansicht des Leitkommentars, für die deutsche Gegenwart und Zukunft hoch sein.

Im „Daily Telegraph“ vom 6. März 1990 war zur Positionierung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zur Frage der polnischen Westgrenze der Leitkommentar, ‚A failure of statesmanship‘, zu lesen. Hierin stand: „Dr Kohl's reputation has always been an avuncular rather than an iron – willed chancellor. Until recently, through his handling of the reunification issue, he appeared to be growing in stature, resisting any temptation to respond with nationalistic rhetoric to expressions of concern – particularly in Britain – over the speed of the march towards unity. In Moscow he won support from Mr Gorbachev for the principle of reunification without the pre – condition of neutralism, so opening the way for unity in NATO. During his meeting with the American President he allowed himself to be persuaded that the time had come for more decisive noises on the Polish frontier, to reassure his allies and the Russians as much as the Poles. Against this background, his linking of the stability of the Polish border to the renouncing of any reparations claims by the Poles is an extraordinarily glumsy gesture. In the West those who have stressed the dangers of unification will feel vindicated, and raise the volume „of their protestation accordingly“ (2.). Auch der Leitkommentar des „Daily Telegraph“ kritisierte die Verknüpfung der Frage der Anerkennung der polnischen Westgrenze durch ein wiedervereinigtes Deutschland mit dem Verzicht auf mögliche Reperationsforderungen durch die Republik Polen durch den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

(1.) Washington Post“; 2. März 1990; A 22;

(2.) „Daily Telegraph“; 6. März 1990; S.16;

Zu der Frage der polnischen Westgrenze meinte, in seinem Leserbrief im „Daily Telegraph“, mit dem Titel ‚Poles‘ western frontier can still be changed‘ vom 6. März 1990, Edward Neafcy, dies: „Shifting borders and the forced migrations of the war and of 1945 to 1948 have left many people foreigners in the lands in which they were born, and not just Germans and Poles. The main insecurity for the Poles must arise because a united Germany may want to restore its 1937 eastern border and be strong to do something about it, whereas Poland will not be strong enough to restore its own 1937 eastern border, unless the Soviet Union dissolves altogether. But suppose that happens? Apart from incorporating the three Baltic republics, the Soviet Union annexed land from Finland, Poland, Czechoslovakia, Germany, Romania and Japan. Polish land was given to Lithuania and 20 percent of Germany was given to Poland. Will all Stalin imposed borders be regarded as untouchable? In Western Europe, by comparison, a little Italian mountain pass was given to France – virtually nothing to review“.

Edward Neafcy, Holtby, Yorkshire (1.)

Edward Neafcy stellte im Zusammenhang mit der Debatte um die polnische Westgrenze die Frage, ob nicht andere von Stalin verschobene Grenzen auch hinterfragt werden müssten.

Der seinerzeitige Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen und spätere CSU – Bundestagsabgeordnete des Bundestagswahlkreises Bayreuth, Hartmut Koschyk, legte im „Newsday“ vom 23. März 1990 unter der Überschrift ‚To us, these lands are not Poland, they are Germany‘, die Position des Bundes der Vertriebenen, dem Dachverband, der regionalen Verbände, der nach 1945 aus den ehemals deutsch besiedelten Gebieten in Ost- und Mitteleuropa vertriebenen Deutschen, zur Frage der Anerkennung der Oder – Neiße – Grenze als der polnischen Westgrenze, dar. So betonte er: „I was born and raised in Bavaria. But it has never been my only home. My parents did not opt to live there. Expelled after World War II, they ended up there. The family’s home is really Upper Silesia, one of the German provinces in an area Poland claims. It lies east of the Oder River and its tributary, the Neiße. From the Czech border to the Baltic, these rivers form the line that Poland wants Germany to recognize, unconditionally and immediately, as the final Polish border. It’s not hard to see why many Germans refuse to do so. ... There is no need for a rash recognition of the Oder – Neiße line. Germans and Poles have all the time in the world to talk frankly about all the aspects involved and work out a solution. Reconciliation cannot be found by

(1.) „Daily Telegraph“; 6. März 1990; S.16;

accepting injustice. Only truth and justice can reconcile Germans and Poles, whose relationship is crucial for Europe“ (1.). Der Bund der Vertriebenen akzeptierte damals die Anerkennung der „Oder – Neiße – Grenze“ als polnische Westgrenze nicht.

Fazit

Sowohl die Kommentierung als auch die Leserbriefe waren im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika in den Printmedien sehr kritisch gegenüber der zunächst bestehenden Positionierung des damaligen Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl zur definitiven Anerkennung der polnischen Westgrenze. Selbst die eigentlich einer deutschen Wiedervereinigung positiv eingestellte Kommentierung des „Independent“ kritisierte am 21. Februar 1990, unter der Überschrift ‚Kohl has fuelled Polish fears‘ das Fehlen von Kohls klarem Bekenntnis zur polnischen Westgrenze. In der „Washington Post“ ging der Leitkommentar 2. März 1990 mit dem Titel ‚Mr Kohl’s borders‘ soweit rhetorisch zu fragen, ob dieses Verhalten des westdeutschen Bundeskanzlers eventuell noch andere Grenzen Deutschlands mit Frankreich oder gar Österreich in Frage stellen würde. ‚A failure of statesmanship‘ war schliesslich die Überschrift des Leitkommentars des „Daily Telegraph“ vom 6. März 1990, in dem die Verknüpfung von polnischen Reparationsforderungen aus dem Zweiten Weltkrieg mit der Anerkennung der polnischen Westgrenze durch Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl massiv angegriffen wurde. Etwas aus dem Rahmen fiel die US – amerikanische „Newsday“, die mit dem Gastbeitrag ‚To us, these lands are not Poland, they are Germany‘ von Hartmut Koschyk am 23. März 1990 der Positionierung des Bundes der Vertriebenen zur Frage der polnischen Westgrenze einen publizistischen Raum ließ.

Die Debatte um die polnische Westgrenze wurde in den Printmedien im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika sowohl in der Berichterstattung als auch in den Kommentaren und Leserbriefen sehr ausgiebig wiedergegeben. Die Berichterstattung in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten von Amerika gab insgesamt ein negatives Meinungsbild, bezüglich der als zögerlich empfundenen Haltung des westdeutschen Bundeskanzlers zur endgültigen Akzeptanz der polnischen Westgrenze, wieder. Dies spiegelte sich auch überwiegend in den Kommentaren und Leserbriefen ab. Einfluss auf die in den Medien wiedergegebene Haltung des 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu polnischen Westgrenze könnte auch ein Brief des polnischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowieck am 21. Februar

(1.) „Newsday“, 23. März 1990;

1990 gegeben haben, in dem im Kern zu lesen war: „Poland proposes to conclude, at the outset of the unification, a treaty containing provisions to that effect and reaffirming the final and permanent status of the existing Polish – German border. That border should not be changed in any way. The text of the treaty will be initialled by the two German States and Poland as a result of the discussions indicated by the Ottawa communique. The treaty will be signed by the unified German State and Poland upon the establishment of that unified German State“ (1.). In seinem Gespräch mit Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl machte der US – Präsident seine Haltung zur Akzeptanz der polnischen Westgrenze durch die Bundesrepublik Deutschland unmissverständlich deutlich: „I’m concerned when I hear the Polish Prime Minister talks about keeping Soviet troops in Eastern Europe. I’m not enthralled when I hear Poland might the Soviets to stay because of the issue of the Polish – German border. I don’t like that, and I don’t want to accept that“ (2.). Eindeutig wiedergegeben wurde die Position des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika auch in einem Schreiben von Michael M. Hornblow, einem leitenden Mitarbeiter des Außenministeriums an Chris C. Kowalski, dem Präsidenten der südkalifornischen Sektion des polnisch – amerikanischen Kongresses vom 9. April 1990, wo zu der Thematik geschrieben war: „President Bush has made it clear that the United States formally recognizes the current border between Poland and Germany as constituting the permanent German – Polish border. No responsible politician in the United States or Europe believes otherwise. Consequently, the United States will make sure that decisions that affect Poland’s interests will not be made without Poland’s involvement“ (3.). Zu der kurzzeitig, wenn auch nicht in massgeblichen Printmedien, aufgeworfenen Stettinfrage, also den seit 1945 polnischen Gebieten westlich der Stadt Stettin, einschließlich des östlichen Teils der Insel Usedom um die Stadt Swinemünde, nahm das US - Außenministerium in einem Informationsmemorandum von R. G. H. Seitz an Robert Zoellick, einem damals leitenden Mitarbeiter des nationalen Sicherheitsrates beim Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und späteren Weltbankpräsidenten, im Wesentlichen folgendermaßen Stellung: „The Szczecin issue arises from a dispute at the Potsdam conference, at which the U:S. initially resized inclusion of Szczecin as part of Polish territory. The issue ultimately was resolved with the transfer of Szczecin to Polish administration. Although the wording of the Potsdam Protocol is imprecise on this point, the negotiating history and the post – conference

(1.) Hutchings, Robert L.; 21. Februar 1990; S. 3 f; „GHW Bush Library“;

(2.) „Memorandum of Conversation“; 24. Februar 1990; GHW Bush Library“;

(3) Bush, George Herbert Walker; 9. April 1990; „GHW Bush Library“;

conduct of the parties reflects an intent to include Szczecin as Polish territory. Throughout the post era Szczecin's inclusion in Poland has not been questioned by the FRG, GDR or any of the Four Powers" (1.). Zu der vor allem durch die Verknüpfung der Frage der Anerkennung der polnischen Westgrenze mit im Raum stehenden polnischen Reperationsforderungen für den Zweiten Weltkrieg an Deutschland von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, die in den Printmedien hart kritisiert wurde, sagte der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika in seinem Gespräch mit Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl am 24. Februar 1990: „We don't support the idea of Polish reperations" (2.). Aufschlussreich zu der Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu der Reperationsfrage ist auch eine Diskussionsvorlage von Condoleezza Rice, der späteren Außenministerin der Vereinigten Staaten von Amerika und damaligen Mitarbeiterin des nationalen Sicherheitsrates beim Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, wo sie unter der Überschrift ‚Claims and reperations‘ aufführte: „We do not want to address claims, debts or reperations in the „Two – plus – Four“ process, but allow a unified Germany to deal with this issues in seperate negotiations. ...Talking points for bilateral discussions with Germans:

- We believe that claims, debts or reperations should be resolved between a united Germany and those states or individuals pursuing claims, debts or reperations. This issue should not be discussed in „Two – plus – Four – Talks“
- We should arrive ar a mutually satisfactory approach to pursuing resolution of our outstanding U.S. citizens and Jewish claims against GDR. (1.)

Auffällig ist, dass die Administration von Präsident Bush hinsichtlich der Frage der polnischen Westgrenze, dieselbe Positionierung wie die Printmedien in den Vereinigten Staaten von Amerika veröffentlicht wurde vertrat und sich den Standpunkt der polnischen Regierung zu eigen machte, aber in der Frage der Reperationen grundsätzlich einen verhalten ablehnenden Kurs fuhr und nur in Fragen von Ansprüchen und Forderungen von Bürgern der Vereinigten Staaten von Amerika und Juden gegen das NS – Regime oder das SED – Regime zur Unterstützung bereit war. Andreas Rödder schrieb in seinem Buch „Geschichte der Deutschen Wiedervereinigung“ zu der teilweise sehr emotional geführten Debatte um die Art und Weise der endgültigen Anerkennung der polnischen Westgrenze im Wesentlichen, „dass international die polnische Position breite Unterstützung fand, wobei er

(1.) Blackwill; Robert D.; 5. April 1990; S. 1; „GHW Bush Library“;

(2.) „Memorandum of Conversation“; 24. Februar 1990; „GHW Bush Library“;

(3.) Rice, Condoleezza, 1989 – 1990; S.1; „GHW Bush Library“

besonders die französische Regierung hervorhob“ (1.). Andreas Rödder ging in seinem Buch nicht auf die Reperationsfrage, auf die Stettinfrage und auf das persönliche Engament des 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika für die polnische Westgrenze ein. Dies stellt im Vergleich zu der Dissertation einen Mangel dar, da diese Aspekte eine nicht unerhebliche Rolle auf dem Höhepunkt der Debatte über die Art und Weise sowie den Zeitpunkt der Anerkennung der polnischen Westgrenze spielen.

(1) Siehe auch Rödder, Andreas ; 2011; S. 75;

5. Die ersten freien Volkskammerwahlen in der DDR vom 18. März 1990 und die Folgen

5.1 Ereignisse und Regierungsreaktionen in den Printmedien

Marc Fisher informierte die Leserschaft der „Washington Post“ am 19. März 1990 unter der Überschrift ‚Parties allied to Kohl win in East Germany‘ über das Wahlergebnis der ersten und letzten freien und geheimen Volkskammerwahl in der DDR vom 18. März 1990. In diesem Zeitungsbericht wurde unter anderem hervorgehoben: „East German voters on Sunday produced a resounding call for a quick German reunification and a market economy by strongly endorsing a coalition of conservative parties allied with West Germany’s ruling Christian Democrats. The voting was the first democratic election here in 57 years and the first in a springtime of free election throughout the former Soviet – led Communist bloc in Eastern Europe. The results were expected to quicken the pace of unification and bolster the electoral prospects of West German Chancellor Helmut Kohl“ (1.). Für Marc Fisher ist das Votum der Menschen in der DDR ein klares Votum für die Wiedervereinigung und die Einführung einer Marktwirtschaft.

Serge Schmemmann informierte die Leser der „New York Times“ vom 19. März 1990 über den Ausgang der ersten freien Volkskammerwahl in der DDR, mit der Schlagzeile ‚Mandate for unity as soon as possible‘. Darin schrieb er: „In their surprising endorsement of a conservative alliance led by the Christian Democrats, the East Germans declared loudly that, as a young voter, named Susanna Frank, put it, „We should get out of this mess as soon as possible“. The large vote for the Christian Democrats and more generally for parties backed by Bonn was in effect a death sentence for the German Democratic Republic and an endorsement of absorption, as quickly as possible, into big, rich West Germany. Even those worried about their jobs and social benefits seemed to accept that unification was like an injection – painful, frightening, but unavoidable and so best gotten over with“ (1.). Für Serge Schmemmann drückte das Votum der Wahlberechtigten Menschen in der DDR am 18. März 1990 den Wunsch nach Wiedervereinigung aus.

Über die Reaktion von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl auf den Wahlsieg der Allianz für Deutschland am 18. März 1990 schrieb Patricia Clough den Zeitungsartikel ‚Kohl

(1.) „New York Times“; 19. März 1990; A 1;

(2.) „New York Times“; 19. März 1990; A 1;

predicts pan – German triumph‘ im „Independent“ vom 20. März 1990. Hierin hieß es: „Sensing the prize of the chancellorship of a united Germany within his grasp, an embullient Helmut Kohl said yesterday he was confident that the center – right alliance would triumph in eventual all – German elections. „We have an excellent chance“, he said, stressing the importance of swiftly bringing about currency and economic union with East Germany. „We must not dissapoint the expectations of the citizens and voters of East Germany. The confidence and trust that people put in us and our police must be justified“ (1.). Wichtig war für Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, laut Patricia Clough, das Vertrauen der Menschen in der DDR, dass diese in die Politik der Bundesregierung gesetzt hätten, nicht zu enttäuschen.

Bezüglich des Standpunkts des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jaques Delors, zum Ergebnis der DDR – Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 informierte David Usborne die Leser des „Independent“ am 20. März 1990 mit dem Artikel ‚Delors says unification must be linked to European Community‘, wie folgt: „Jaques Delors, the President of the European Community Commission, warned that German unification, likely to be accelerated by the results of Sunday’s East German elections, could not be pursued in isolation from the European Community. Commenting on the election victory of the centre – right parties, which supported by the West German Chancellor, Helmut Kohl, promissed fast unification, Mr Delors said the creation of a single German state could only be negotiated with cross – reference to European Community laws, which, eventually would have to be enforced on East German ground“ (2.). Nach Angaben von David Usborne betonte der Präsident der Europäischen Kommission, Jaques Delors, dass die deutsche Einheit nicht unter Auslassung des europäischen Rechts gestaltet werden könne.

Im Hinblick auf die Reaktion Moskaus auf den Wahlausgang in der DDR vom 18. März 1990 war im „Independent“ vom 20. März 1990, unter der Überschrift ‚Moscow warns Berlin to make haste slowly‘, zu lesen, dass die sowjetische Führung die Wahlsieger in der DDR ermahnt haben, langsam vorzugehen. Außerdem war zu lesen, dass sich der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Genndi Gerasimov, gegen die NATO – Mitgliedschaft eines wiedervereinigten Deutschlands ausgesprochen hat (3.)

Über die Reaktionen der westeuropäischen Staats- und Regierungschefs, insbesondere der britischen Premierministerin Margaret Thatcher auf das Wahlergebnis zur ersten freien und geheimen DDR - Volkskammerwahl vom 18. März

(1) „Independent“; 20. März 1990; S.10;

(2)„Independent“; 20. März 1990; S.10;

(3) „Independent; 20 März 1990; S.10

1990, schrieb Craig R. Whitney in der „New York Times“ vom 20. März 1990 unter dem Titel ‚West Europe leaders voice praise plus worry about German election‘: „Western European governments today hailed the results of the first free election in East Germany in 40 years as a triumph of democracy, and worried nervously what it meant. Many of Chancellor Helmut Kohl’s colleagues also recognized the victory of the conservative coalition led by East Germany’s Christian Democrats as a personal triumph for the West German leader, who had promised the what the voters clearer wanted most: the fastest possible route to German unification. It is a great day for East Germany and for Europe“, Prime Minister Margaret Thatcher of Britain said, congratulating Mr Kohl on the result of his hard work and then hinting at the enormous problems that Germany and its neighbors will now have to solve. „It’s now for the people of East Germany to decide through their elected representatives when they wish to seek unification“, she said. In anticipation of their view, we are already considering the external consequences of unification“ (1.). Der Hinweis der britischen Premierministerin auf die Beachtung der außenpolitischen Konsequenzen bei einer möglichen deutschen Wiedervereinigung, drückte zu diesem Zeitpunkt auch nach wie vor die vorhandenen Ängste und Sorgen vieler anderer westeuropäischer Staats- und Regierungschefs aus.

Am 22. März 1990 war in der „Washington Post“ ein Artikel von Marc Fisher unter der Überschrift ‚U.S. welcomes fastes feasible German unity‘, in dem er die Unterstützung, für eine zügige Wiedervereinigung der US – Administration, darstellte. Dazu schrieb er im Besonderen: „The United States wants the two Germanys to unite as quickly as possible and does not object if Soviet troops remain in what is now East Germany after unification, a U. S. diplomat said on Wednesday. In one of the strongest statesment yet of American support for a single German state, the diplomat told reporters that although Washington hopes a united Germany will remain part of the NATO, membership in the Western alliance is not a condition for American support for unification. „The speed of the unification process does not worry us“, said the official who insisted on anonymity but said he was speaking for the U.S. government. A united German government should belong to NATO, „but that’s a decision Germans themselves have to make“ (2.).

Über die erste Sitzung der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR schrieb Marc Fisher, in seinem Artikel ‚First free assembly meets in East Berlin‘, in der „Washington Post“ vom 6. April 1990: „East Germany’s first – and most likely last freely elected

(1.) „New York Times“; 20. März 1990; A 12;

(2.) „Washington Post“; 22. März 1990; A 25;

legislature convened in East Berlin on Thursday and immediately filled the chamber with sounds most unlike the country's Stalinist past – laughter, an official invocation of God's name, and, in the first time in 40 years, a vote that wasn't even close to unanimous. The Volkskammer, or People's Chamber formally named Lothar de Maiziere, whose Christian Democrats won the March 18 election, as the country's first non – Communist prime minister. The chamber eliminated the preamble to the constitution, which called East Germany „a socialistic state of farmers and workers“, and scrapped the collective presidency that was former Communist leader Erich Honecker's rubber stamp“ (2.). Laut diesem Bericht war in dieser ersten frei gewählten Volkskammer vieles anders als in den vorangegangenen Volkskammerlegislaturperioden.

Auch Adrian Bridge informierte die Leser des „Independent“ am 6. April 1990 mit dem Artikel ‚East Berlin inaugurates its chamber of democracy‘ im Kern, über die erste Zusammenkunft der ersten demokratisch gewählten Volkskammer der DDR: „East Germany's first democratic elected Volkskammer held its inaugural session and quickly set Lothar de Maiziere, the leader of the country's largest party, the CDU, the task of creating a government whose principal aim will be to lead the state into unity with West Germany“ (3.).

Über eine wachsende Zustimmung zu einer deutschen Wiedervereinigung in den Vereinigten Staaten von Amerika, berichtete Andrew Rosenthal in seinem Zeitungsartikel ‚Support for German unity found growing in U.S.‘ in der „New York Times“ vom 6. April 1990. Er schrieb dazu: „While Americans seem uneasy about whether the change in Europe is permanent support for the unification of East and West Germany has grown and two of three Americans say they do not fear that a united Germany would threaten peace in Europe, according to the latest New York Times/CBS Poll. But the poll showed somewhat more concern about the economic consequences of recreating a single German nation: nearly 4 out of 10 Americans surveyed said a unified Germany would seek to dominate Europe economically“ (1.).

Zu einem sowjetischen Vorschlag, dass das wiedervereinigte Deutschland sowohl der NATO als auch dem Warschauer Pakt angehören solle, bekundete die US – Regierung ihre Ablehnung, da für sie dieser Vorschlag auf eine faktische deutsche Neutralität hinaus laufen würde, die die politisch Verantwortlichen in Washington nicht gut hießen.

(1.) „Washington Post“; 6. April 1990; A 1;

(2.) „Independent“; 6. April 1990; S.10;

(3.) „New York Times“; 6. April 1990; A 8;

Thomas L. Friedman schrieb dazu in seinem Zeitungsartikel vom 12. April 1990 in der „New York Times“ unter der Schlagzeile ‚White House bars a united Germany in both alliances‘, folgendes: „In its first detailed comment on a Soviet proposal that a unified Germany belong to NATO and the Warsaw Pact, the Bush Administration rejected the idea today as a guise for making a united Germany neutral. During his talks in Washington last week, Foreign Minister Eduard A. Shevardnadse of the Soviet Union signaled more clearly than ever that Moscow was prepared to drop its insistence that a united Germany be neutral“ (1.)

Zum Amtsantritt der ersten demokratisch legitimierten Regierung in der Geschichte der DDR veröffentlichte Adrian Bridge im „Independent“ vom 13. April 1990 den Artikel ‚East Germans choose cabinet for unity talks‘, in welchem er folgendes herausstellte: „East Germany formally stepped out of the shadow of its Communist past yesterday when its newly elected Volkskammer approved the appointment of Lothar de Maiziere, a Christian Democrat, as Prime Minister to head a 24 – strong grand coalition government. Mr de Maiziere’s election came after nearly four weeks of tough negotiating between the country’s non – Communist parties since the first genuinely democratic election on 18 March. His cabinet comprised 11 Christian Democrats, seven Social Democrats, three liberals, three members from the CDU’s two conservative allies and one independent“ (2.). Erster aus einer demokratischen Wahl hervorgegangener Ministerpräsident der DDR wurde, Lothar de Maiziere von der CDU der DDR. Er führte eine Koalitionsregierung mit den Volkskammerparteien DSU, DA, SPD und den unter dem Bund der Liberalen zusammengeschlossenen liberalen Parteien in der Volkskammer.

Über die Bitte um Versöhnung für die Verbrechen, die durch die Nationalsozialisten im Namen des Deutschen Volkes in der Shoa begangen wurden, seitens der neugewählten DDR – Volkskammer, für die sich das SED – Regime niemals verantwortlich fühlte, schrieb Marc Fisher in seinem Artikel vom 13. April 1990 in der „Washington Post“ mit dem Titel ‚New East German legislature asks forgiveness for Holocaust‘: „The Volkskammer broke with 40 years of East German denials of responsibility for the war crimes and genocide comitted by Nazi Germany, East Germany’s Communist leaders had argued that its hands clean because the Nazis had imprisoned many Communists, including several who became top East German politicians. But yesterday, the parliament acknowledged the East German responsibility

(1.) „New York Times“; 12. April 1990; A 1;

(2.) „Independent“; 13 April 1990; S.1;

for Nazi deeds and asked Jews around the world and the Soviet Union for forgiveness. „Immeasurable suffering was inflicted on the peoples of the world by Germans during the time of National Socialism“, the statement said. „Nationalism and racial madness led to genocide, particularly of the Jews in all European countries, of the people of the Soviet Union, the Polish people, and the Gypsy people. Parliament admits joint responsibility on behalf of the people for the humiliation, expulsion and murder of the Jews. „We feel sad and ashamed and acknowledge this burden of German history. We ask the Jews of the world to forgive us. We ask the people of Israel to forgive us for the hypocrisy and hostility of official East German policies toward Israel and for the persecution and degradation of Jewish citizens also after 1945. In our country. We declare our willingness to contribute as much as possible to the healing of mental and physical sufferings of survivors and to provide just compensation for material losses“ (1.).

Des Weiteren erwähnte Marc Fisher auch, dass sich DDR – Volkskammer bei den Menschen in der Tschechoslowakei für die Rolle, die die DDR – Führung bei der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ am 21. August 1968 spielte, entschuldigte. Das schnelle Voranschreiten zu deutschen Wiedervereinigung bereitete der Sowjetunion Sorgen. Dies ging aus einem Zeitungsbericht, in der „New York Times“ vom 19. April 1990 mit der Überschrift ‚Rapid moves to German unity vex Soviets‘, hervor. In dem zu lesen war: „The Soviet Union has spelled out concerns about German unification in an unofficial note to the new East German Prime Minister, Lothar de Maiziere, a Government spokesman said. The spokesman, Mathias Gehler, said Vyacheslav Kochemasov, the Soviet Ambassador to East Berlin, conveyed the note to Mr de Maiziere on Tuesday. Mr. Gehler said that East Germany’s new governing coalition had taken notice of this paper but stressed that the message was not official and was being treated by the Government society as a basis for discussion“ (1.).

Zum Amtsantritt von Lothar de Maiziere als erster demokratisch legitimerter Ministerpräsident der DDR schrieb die ‚New Yorker Staatszeitung und Herold‘ unter der Schlagzeile ‚De Maiziere regiert in Berlin‘ in ihrer Ausgabe vom 21. April 1990: „Die Volkskammer der DDR bestätigte am Donnerstag vergangener Woche den Ministeratsvorsitzenden de Maiziere und seine Regierung. Von 382 Stimmen erhielt de Maiziere 265 bei 108 Gegenstimmen und neun Enthaltungen. Die Minister seiner Regierungskoalition, der außer der CDU die beiden anderen Allianz – Parteien DSU und Demokratischer Aufbruch sowie die Liberalen und die SPD angehören, erhielten

(1.) „Washington Post“; 13. April 1990; A 1 und A 21;

(2.) „New York Times“; 19. April 1990; A 12;

247 von 380 Stimmen bei 109 Gegenstimmen und 23 Enthaltungen; eine Stimme war ungültig.

Der Ministerpräsident dankte für das ihm ausgesprochene Vertrauen. Außerdem dankte er unter dem Beifall des Hauses namentlich der Übergangsregierung unter ihrem Ministerpräsidenten Hans Modrow sowie dem „Runden Tisch“ als einem Wegbereiter der Demokratie. Auch fügte er „Dank speziell für den Einsatz unserer Kirchen“ hinzu“ (1.).

Die „New Yorker Staatszeitung und Herold“ vermeldete in ihrer Ausgabe vom 21. April 1990 unter der Überschrift ‚Bush: Deutschen vergeben – nicht vergessen‘, dass der 41. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika dazu bereit war, den Deutschen den Holocaust zu vergeben, diesen aber nicht zu vergessen (2.).

Als weiteres Zeichen für die weitergehenden Umwälzungen in der DDR, brachte Adrian Bridge im „Independent“ am 25. April 1990 die Entscheidung der Bürger von Chemnitz sich nicht mehr länger Karl – Marx - Stadt zu nennen, unter der Überschrift ‚Chemnitz isn't Karl Marx's kind of town any longer‘: „On the road to Karl – Marx – Stadt, the message is clear. Beneath a large sign bearing the name of the city, a new one has been hastily affixed. „Chemnitz, Land Sachsen“ it states. The new sign bears testimony to the strength of feeling in this city, which, 37 years after it was given the name of the author of the Communist Manifesto, has decided it wants to revert to its old name forth with. ... According to the first count, of the 190.000 people that voted 145.000 put their cross in favour of Chemnitz while only 45.000 opted for Karl – Marx – Stadt“ (3.).

Über den Antrittsbesuch von DDR – Ministerpräsident Lothar de Maiziere beim sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow war in dem Zeitungsbericht, ‚East Berlin, Soviets split on NATO‘ in der „Washington Post“ vom 30. April 1990, zu lesen: „The East German leadership said that despite Moscow's objections, it was willing to become part of a „changed“ NATO security alliance after the formation of a unified Germany. After meetings with Soviet President Mikhail Gorbachev, East German Prime Minister Lothar de Maiziere told reporters that the two long – time allies had disagreed on the sensitive issue of security alliances, with Moscow pushing for a unified Germany to be nonaligned and for the North Atlantic Treaty Organization and Warsaw Pact alliances to be replaced by an „all – European“ security – system. „Gorbachev said that Germany's presence in NATO was unacceptable, de Maiziere said. „We stressed that we would not enter NATO as it exists now, but we will push for

(1.) „New Yorker Staatszeitung und Herold“; 21. April 1990; S.1;

(2.) „New Yorker Staatszeitung und Herold“; 21. April 1990; S.1;

(3.) „Independent“; 25. April 1990; S.10;

different NATO structures and strategies in discussions with West Germany“ (1.). Im Hinblick auf Lothar de Maiziere war in dem Zeitungsbericht zu lesen, dass er gegenüber dem sowjetischen Staats- und Parteichef, Michail Gorbatschow, ein neutrales Deutschland ablehnte und die Mitgliedschaft eines wiedervereinigten Deutschlands in einer reformierten NATO befürwortete. Von Seiten der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass wurde bestätigt, dass Michail Gorbatschow an seiner negativen Einstellung zu einer Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands in der NATO festhielt.

Fazit

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit der Berichterstattung in den Printmedien im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika in Folge der ersten freien und geheimen Volkskammerwahl in der DDR und ihren Folgen. So informierte Marc Fisher am 19. März 1990 unter der Überschrift ‚Parties allied to Kohl win in EastGermany‘ über das Wahlergebnis der ersten und letzten freien und geheimen Volkskammerwahl in der DDR vom 18. März 1990. Dies war auch die Thematik vieler weiterer Berichte in den Printmedien im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika. Der „Independent“ befasste sich am 20. März 1990 in zwei Artikeln zum einen unter der Überschrift ‚Delors says unification must be linked to European Community‘, mit der Reaktion des Präsidenten der Europäischen Kommission auf das Wahlergebnis und unter dem Titel ‚Moscow warns Berlin to make haste slowly‘ über Warnungen der sowjetischen Führung an die Ost - Berliner Wahlsieger nicht allzu schnell mit der Wiedervereinigung voranzuschreiten. Für Craig R. Whitney war am 20. März 1990 unter der Überschrift ‚West Europe leaders voice praise plus worry about German election‘, die Reaktionen anderer westeuropäischer Staats- und Regierungschefs, insbesondere Margaret Thatcher ein Thema. Am 22. März 1990 schließlich war in der „Washington Post“ ein Artikel vom Marc Fisher unter der Überschrift ‚U.S. welcomes fastes feasible German unity‘, in dem er die Unterstützung, für eine zügige Wiedervereinigung der US – Administration darlegte. Adrian Bridge ging im „Independent“ am 6. April 1990 mit dem Artikel ‚East Berlin inaugurates its chamber of democracy‘ auf das Zusammentreten der ersten frei gewählten DDR – Volkskammer in Ost – Berlin ein. Andrew Rosenthal informierte über eine wachsende Zustimmung zu einer deutschen Wiedervereinigung in den

(1)„Washington Post“; 30. April 1990; A 1;

Vereinigten Staaten von Amerika in seinem Zeitungsartikel ‚Support for German unity found growing in U.S.‘ in der „New York Times“ vom 6. April 1990. Mit den sowjetischen Vorstellungen zur militärpolitischen Zukunft eines wiedervereinigten Deutschlands und deren Ablehnung durch die Vereinigten Staaten von Amerika befasste sich am 12. April 1990 in der „New York Times“ Thomas L. Friedman unter der Schlagzeile ‚White House bars a united Germany in both alliances‘. Marc Fisher ging in seinem Artikel vom 13. April 1990 in der „Washington Post“ mit dem Titel ‚New East German legislature asks forgiveness for Holocaust‘ auf die Anstrengungen der demokratisch gewählten DDR – Volkskammer ein, einen Ausgleich mit den Überlebenden des Holocaust zu finden. Die „New Yorker Staatszeitung und Herold“ vermeldete in ihrer Ausgabe vom 21. April 1990 unter der Überschrift ‚Bush: Deutschen vergeben – nicht vergessen‘, dass der 41. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika dazu bereit war, den Deutschen den Holocaust zu vergeben.

5.2 Kommentare und Leserbriefe

Isabel Hilton kommentierte das Wahlergebnis mit der Schlagzeile ‚After the revolution, it’s time to stop and think‘ im „Independent“ vom 19. März 1990 im Wesentlichen mit den Worten: „With the resounding victory for the parties of the right, the extraordinary chapter in East Germany’s history that began with the people’s revolution last autumn has come to a close. It has been a chapter filled with conflicting emotions – of hopes born of the collapse of the old regime mixed with uncertainty as the impact of change began to be felt. The result is an overwhelming endorsement of the desire for unification and a vote of confidence in the man East Germans believe can best make it happen – Helmut Kohl, the West German Chancellor“ (1.). Isabel Hilton sah in dem Wahlergebnis ein Vertrauensbeweis in die Politik von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl. Zu der Deutschlandpolitik von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl war im Leitkommentar in der „New York Times“ vom 20. März 1990 unter der Überschrift ‚Mr Kohl’s divisive appeal for unity zu lesen: „Voting in their first free elections since 1932, East Germans commendably turned out en masse to register their desire for a quick, sharp break with their Communist past. They threw their support behind right – of – center parties backed by West Germany’s Chancellor, Helmut Kohl, who held out hope that rapid unification soon would bring prosperity. But Mr Kohl’s highly partisan handling of the unification issue may come back to haunt him, Germany and Europe – unless he and (1.) „Independent“; 19. März 1990; S.1;

other German leaders demonstrate appropriate sensitivity to European concerns, particularly about the inviolability of borders. Reports from Bonn now indicate Mr Kohl's new and welcome intention to proceed more slowly and cautiously on unification.“ (1.). Dieser Leitkommentar stellte im Weiteren eine Aufforderung an Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl dar, bei seiner Deutschlandpolitik die Interessen der deutschen Freunde und Nachbarn zu berücksichtigen.

Zur DDR – Volkskammerwahl vom 18. März 1990 war im „ Plain Dealer“ vom 20. März 1990 unter der Überschrift ‚Germany: toward the Anschluss‘ zu lesen: „All Western democracies surely rejoice at East Germany's return to self – determination, but the transition to one Germany will unsettle the global political balance. Thankfully, the new Germany will be integrated within stabilizing institutions: The European Community, The Atlantic military alliance and the Helsinki diplomatic process. Such safeguards should ease the fears of Germany's neighbors, who recall what happened the last time a powerful, purposeful Germany dominated the Continent“ (2.). In dem Zeitungsartikel wurde hervorgehoben, dass ein wiedervereinigtes Deutschland fest in Institutionen wie der Europäischen Gemeinschaft, der NATO oder dem aus der KSZE – Schlussakte von 1975 herrührenden diplomatischen Prozeß verankert sein würde und somit das internationale politische Gleichgewicht nicht gefährden würde.

Am 22. März 1990 verfasste Jim Hoagland in der „Washington Post“ den Kommentar ‚What Kohl has wrought‘. Darin meinte er im Besonderen: „The victory of the Christian Democrats in East Germany transforms the diplomatic landscape surrounding German unification. Chancellor Helmut Kohl the most superficially superficial of modern rulers, has won his high – risk gamble that the East German would vote for a leadership committed to the fastest route to unification. Kohl will convert his victory to new pressure on the international community to accept unification within the next year. That goal is now within his grasp“ (3.). Auch für den Kommentator Jim Hoagland in der „Washington Post“ vom 22. März 1990 war der Wahlausgang der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 eine klares Votum für eine Regierung, die dem zügigsten Weg zur Wiedervereinigung verpflichtet ist. Seiner Meinung nach würde Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl dieses Ergebnis nutzen, um neuen Druck auf die internationale Gemeinschaft auszuüben, die Wiedervereinigung innerhalb des nächsten Jahres zu akzeptieren.

(1)„New York Times“; 20. März 1990; A 22;

(2)„Plain Dealer“; 20. März 1990;

(3)„Washington Post“; 22. März 1990; A 23;

James O. Jackson schrieb am 2. April 1990 in der „Time“, bezug nehmend auf den Wahlausgang der ersten und letzten freien und geheimen Volkskammerwahl in der DDR, unter der Überschrift ‚The Marks on the Ballots‘, diesen Artikel: „It was a taste of what is rapidly coming to East Germany, and what the people voted for last week in East Germany’s first free elections: a market economy, the Deutsche Mark and unification ... Arrangements for the final interment of a failed 40 – year experiment in socialism have only begun. Victorious conservatives in East Berlin must build a government to guide East Germany toward unification, and Chancellor Helmut Kohl must his West German compatriots to pay for the merger“ (1.). Für James O. Jackson stimmten die Menschen in der DDR bei der Wahl am 18. März 1990 mehrheitlich für eine Marktwirtschaft, für die Einführung der Deutschen Mark auf dem Gebiet der DDR und für die deutsche Wiedervereinigung.

Philip Perlmutter sah in seinem Kommentar ‚Bluntly Speaking‘ im „Jewish Advocate“ vom 22. März 1990, keine Gefahr durch eine deutsche Wiedervereinigung. So gab er für seine These in seinem Kommentar unter anderem als Gründe an: „The concerns of some or many Jews about the reunification of Germany are unwarranted, at least as far as Jews are concerned. There simply aren’t many Jews in Germany, nor in Eastern Europe, to hurt. The huge Jewish population that had existed in those areas were decimated by Nazi Germany. Another reason why Jews have little to fear is that since that WWII’s end, Germany has been democratic – and solidly and prosperously so – unlike after WWI“ (2.).

Über den weiteren Weg im Hinblick auf die außenpolitische Gestaltung der Wiedervereinigung aus der Sicht von Großbritannien, äußerte sich Sarah Helm in ihrem Zeitungsartikel ‚Britain softens on German treaty‘, am 26. März 1990 im „Independent“: „A global peace treaty to restore full sovereignty is no longer seen by Britain as the best way to wind up the rights imposed on Germany by the four Allied powers after the Second World War. Instead, when Britain, the United States, France and the Soviet Union meet next month for the first detailed discussion on ending the controls, Britain is expected to argue for a less emotive solution under a series of individual treaties and arrangements. This would be preferable to a symbolic peace treaty which would only serve to revive past enmities officials believe. A treaty might also provoke endless claims from 57 countries involved in the war which could say they

(1) „Time“, 2. April 1990; S. 14 ff;

(2) „Jewish Advocate“, 22. März 1990; S. 8;

had an interest to pursue“ (1.). Laut diesem Artikel war die britische Regierung nicht mehr an einem umfangreichen Friedensvertrag mit Deutschland interessiert, sondern an weniger emotionalen Lösungen unter mehreren Verträgen und Übereinkommen. Auch würde nach Ansicht der britischen Regierung ein Friedensvertrag endlose Forderungen von 57 Staaten, die am 2. Weltkrieg gegen das Deutsche Reich eingebunden waren, nach sich ziehen.

Bezüglich der Weiterentwicklung der deutsch – amerikanischen Beziehungen äußerte John Eisenhammer in seinem Zeitungskommentar ‚Bonn and US forge closer links over unification issue‘ im „Independent“ vom 27. März 1990 dies: „The turbulence of the course towards German unification is already bringing about potentially significant changes in the relationship within the Western alliance. The most important of these is the emergence of a much stronger axis between Washington and Bonn, while traditional ties within Western Europe itself, between the West German capital and Paris and London, are undergoing strain“ (2.). John Eisenhammer bemerkte in seinem Artikel, dass es unter der westlichen Staatengemeinschaft im bisher laufenden deutschen Einigungsprozess zu neuen Allianzen zwischen Bonn und Washington auf der einen Seite und zwischen Paris und London auf der anderen Seite gekommen sei. Auf die nach wie vor angespannten persönlichen Beziehungen zwischen der britischen Premierministerin Margaret Thatcher und dem deutschen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, ging John Eisenhammer in seinem Artikel ‚Fingers crossed as Kohl heads for London‘ im „Independent“ vom 29. März 1990 ein: „The big dipper of Anglo – German relations begins another circuit today when Chancellor Helmut Kohl arrives in Britain for a series of meetings with the Prime Minister Margaret Thatcher. Senior officials in both camps are hoping to get through the course without, once again, finding their stomachs in their mouths. Just when it seemed that everything was going as smoothly as could be expected for the summit, given the well – known lack of sympathy the leaders have for one another, Mrs Thatcher sent relations into a vertiginous plunge. Her statement in an interview with „Der Spiegel“ magazine at the weekend that she had heard Mr Kohl say that he would not guarantee the Polish border and did not recognise present borders provoked Bonn to take the unusual step of a public rebuke. The chancellor, who has been severely bruised by international reaction to his tortuous equivocation on the border issue, felt that the Bonn’s government’s formal declaration had ended the

(1)„Independent“; 26. März 1990; S. 10;

(2)„Independent“; 27. März 1990; S.12;

controversy“ (1.). Die persönlichen Beziehungen zwischen beiden Regierungschefs waren nach Ansicht von John Eisenhammer so angespannt, dass schon die kleinste Fehlinterpretation zu diplomatischen Verstimmungen führen konnte.

Bezug nehmend auf die Stellungnahmen der britischen Premierministerin Margaret Thatcher und von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl auf der 40. Britisch - Deutschen Königswintertagung in Cambridge, schrieb Isabel Hilton unter dem Titel ‚Bonn’s position is logical and consistent, but Britain is not‘ im „Independent“ vom 30. März 1990 vor allem: „Chancellor Kohl fresh from the electoral triumph of the allies of his CDU in the East German elections is clearly enjoying his status as most courted, if not always the most popular, politician in Europe. Riding the wave of events in Germany, Mr Kohl has demonstrated what even his enemies say of him – that he is a sure – footed political operator who has managed to keep ahead of fast – moving and potentially threatening political events. Mrs Thatcher, on the other hand, is at a political low, unpopular at home and increasingly seen as out of step with the international scene“ (2.). Im persönlichen Vergleich zwischen der britischen Premierministerin, Margaret Thatcher, und dem deutschen Bundeskanzler, Dr. Helmut Kohl, durch Isabell Hilton, schnitt der Bundeskanzler mit seinen Erfolgen und der höheren Popularität eindeutig besser ab.

Der Leitkommentar des „Independent“ analysierte das deutsch – britische Verhältnis unter der Überschrift ‚Ties of Anglo – German friendship‘ am 31. März 1990 im Kern so: „Many, perhaps most, Britons would rather be stranded on a desert island with a German than with a Frenchman. Despite enmity in two world wars, the British and Germans believe they have certain virtues in common, like dependability, straightforwardness, pragmatism and a businesslike approach to life. The French and British tend to see in each other vices, like arrogance, selfishness and duplicity; and most Britons cannot understand the French addiction to abstract argument. All such generalisations are tendentious and gratuitous. Yet stereotypes are built on a kernel of truth and nothing could be more relevant to Britain’s role in the world than the underlying realities of Anglo – German relations. Despite any contrary impression which Margaret Thatcher may periodically give, there is great goodwill towards the Federal Republic in this country“ (3.). Für den Leitkommentar des „Independent“ vom 31. März 1990, entwickelte sich das britisch – deutsche Verhältnis, trotz mancher

(1) „Independent“, 29. März 1990; S.12;

(2) „Independent“, 30. März 1990; S.11;

(3) „Independent“, 31. März 1990; S. 12;

Äußerungen von Margaret Thatcher, gut.

Zu der aktuellen Entwicklung in Deutschland äußerte Sir Ralf Dahrendorf im „Independent“ vom 13. April 1990 unter der Überschrift ‚Dreams and delusions of unity‘ unter anderem folgendes: „The German problem of 1990 has to do with money and with identity, both shrouded in dreams and delusions. Perhaps the East Germans will rise up again, once they discover that instead of voting for unity on 18 March they have elected a government bent on recreating their non – existent state and on engaging in endless national and international negotiations. West Germans on the other hand, seem more worried than pleased about the prospect of unity. They are worried about the value of Deutschmark, jobs and housing“ (1.). Sir Ralf Dahrendorf, der britisch – deutsche Sozialwissenschaftler, der für die FDP zeitweise im deutschen Bundestag saß und unter Bundeskanzler Willy Brandt als Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt der Bundesregierung angehörte, gab zu bedenken, dass der Einigungsprozeß in den beiden Teilen Deutschlands vor allem mit den Sorgen der jeweiligen Bevölkerung begleitet würde.

Am 16. April 1990 veröffentlichte die „Time“ diese Leserbriefe in der Debatte über die deutsche Wiedervereinigung:

„America supposedly wishes self – determination for all people, and should applaud German unification. Those Germanphobes who speculate on the „German question“ and a „Fourth Reich“ are as politically naive as those folks who warn that the changes in Eastern Europe are only Communist ruse.“

John Mc Donnell, Stevens Point, Wisconsin

„The East Germans moved from a Nazi dictatorship directly to a Stalinist one and were never taught the rules of democracy. These people may need to be educated according to Western precepts before successful unity can be achieved.“

Glenda Flüeck, Siegenburg, West Germany

„What happened during the Third Reich could occur anywhere at any time. It was the precision with which the Germans fulfilled their ideas that was fatal.“

Dietmar Fiebig, Weilheim, West Germany

„As a Briton living in West Germany, I say it's time to stop blaming today's Germans for the sins of their fathers. ... Any emerging nationalism in the Germanys is no more than a healthy patriotism that other countries have been permitted to enjoy for decades. Could it be the that West Germany's neighbors are jealous of its financial success,

(1)„Independent“, 13. April 1990; S. 21;

earned with dedication over the years?“

Diana Hellbusch, Wehrheim, West Germany

I was in my teens in the 1930s. I can still hear Hitler's voice screaming at the crowds. I can still see Chamberlain waving that worthless piece of paper. And I can still remember my first night at an Army barracks, I will not be celebrating the unification of Germany.“

Warren Harris, West Hartford, Connecticut

„When I was in the U.S. Air Force in the in the 1980s. I lived in West Berlin. I came to know my German neighbors, both good and bad. Although I understand that we must remember the past in order not to repeat it, we must start looking to the future with some amount of trust, or we will never find the humanity that is within us all. People can learn from their mistakes“.

Matthew S. Vollman, San Jose, California (1.)

Unter diesen Leserbriefschreibern waren die Ansichten geteilt. Auf der einen Seite gab es solche, die einer Wiedervereinigung wohlwollend gegenüberstanden. Auf der anderen Seite, Leserbriefschreiber, die negative Erfahrungen mit dem Deutschen Reich des Zweiten Weltkrieges gemacht hatten. Auffällig ist aber, dass eine deutsche Leserbriefschreiberin sich negativ zu der anvisierten Wiedervereinigung äußerte.

Die Forderung des 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, George Bush, den Deutschen den Holocaust zu vergeben, kommentierte A.M. Rosenthal in der „New York Times“ vom 26. April 1990 unter dem Titel ‚The German question remains open‘, so: „George Bush: The time has come to forgive the German Holocaust“, read the major headline in the German newspaper that the flight attendant offered me when I sat down. I told the President and myself, as I buckled in, that there was no statute of limitations about forgiveness of a volcano was cold and out, before settling down on its slopes again. ... Before and after unification, Germans can establish in Germany a continuing conclave between Germans in Germany invaded and the peoples it slaughtered. Yes, officials should take part, but also artists, scientists, students and workers. No doubt they will waste time and bore each other frequently. But perhaps they will come up with ideas on how the world can live with a new Germany in something approaching trust and truth. Perhaps they can work out freedom of action Germany must give up for that boon. Over the decades of a divided Germany, West German diplomats always had the same sentence to emphasize that unification was the goal: Die deutsche Frage bleibt offen“. Unless Germany itself makes sure that all

(1.) „Time,“ 16. April 1990;

the victims of its history can express their fears and hopes, that sentence will echo generation after generation in a dozen languages: „The German Question remains open“ (1.). A. M. Rosenthal war, im Gegensatz zum 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, der Meinung, dass die Zeit noch nicht reif sei, den Deutschen den Holocaust zu vergeben.

Fazit

Isabell Hilton sah in ihrem Kommentar mit der Schlagzeile ‚After the revolution, it’s time to stop and think‘ im „Independent“ vom 19. März 1990 in dem Wahlergebnis bei der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 ein Vertrauensbeweis in die Politik von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl. Im „Plain Dealer“ vom 20. März 1990 wurde unter der Überschrift ‚Germany: toward the Anschluss‘ betont, dass das wiedervereinigte Deutschland in internationale Strukturen eingebettet sein würde. Philip Perlmuter sah in seinem Kommentar ‚Bluntly Speaking‘ im „Jewish Advocate“ vom 22. März 1990, keine Gefahr durch eine deutsche Wiedervereinigung für die Juden. Nach Ansicht von Sarah Helm in ihrem Zeitungskommentar ‚Britain softens on German treaty‘, am 26. März 1990, bestand die britische Regierung nicht mehr auf einen Friedensvertrag Deutschlands mit allen gegnerischen Kriegsteilnehmern des Zweiten Weltkriegs, da dies in einen zu langen Verhandlungsmarathon ausarten würde. John Eisenhower sah in seinem Kommentar ‚Bonn and US forge closer links over unification issue‘ im „Independent“ vom 27. März 1990, ein engeres deutsch – amerikanisches Verhältnis sich anbahnen. Dennoch wies John Eisenhower in seiner Analyse ‚Fingers crossed as Kohl heads for London‘ im „Independent“ vom 29. März 1990, auf die nach wie vor persönlich angespannte Beziehung zwischen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und der Premierministerin Margaret Thatcher hin. Für den Leitkommentar des „Independent“ entwickelte sich das deutsch – britische Verhältnis unter der Überschrift ‚Ties of Anglo – German friendship‘ am 31. März 1990 trotzdem gut. A.M. Rosenthal vertrat in der „New York Times“ vom 26. April 1990 unter dem Titel ‚The German question remains open‘ im Gegensatz zu Präsident Bush schliesslich die Ansicht, dass es noch nicht an der Zeit sei, den Deutschen den Holocaust zu vergeben. Dieses Kapitel der Dissertation befasst sich primär mit der Berichterstattung und Kommentierung zu den Ergebnissen und Folgen der ersten freien Volkskammerwahlen in der DDR am 18.

(1) „New York Times“; 26. April 1990; A 31;

März 1990, deren Folgen und der damit einhergehenden Weiterentwicklung des deutsch – deutschen Einigungsprozesses im Lichte der Printmedien im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika. Sowohl in der Berichterstattung als auch in der Kommentierung wurde als Wahlsieger der westdeutsche Bundeskanzler gesehen. Ausschlaggebend hierfür war der Kommentierung zur Folge der Wunsch nach der deutschen Wiedervereinigung, sowie einer zügigen deutsch – deutschen Währungsunion. Wichtig für die Berichterstattung waren auch die Reaktionen in der Sowjetunion und den anderen europäischen Ländern. Nach der Kommentierung im „Independent“ zu schließen entwickelte sich auch das deutsch – britische Verhältnis in dieser Zeit, trotz mancher Äußerungen der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, positiv. In den Vereinigten Staaten von Amerika, war die allgemeine Stimmung, laut einer Umfrage der New York Times, sehr wohlwollend gegenüber einer deutschen Wiedervereinigung. Dies zeigte sich auch an einem Kommentar im britischen Independent, der eine engere Beziehung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika ausmachte. Auch gab es Berichte über weiterhin fortgesetzte Versuche eine Neutralisierung eines vereinten Deutschlands durch die Sowjetunion, die aber von der Administration der Vereinigten Staaten von Amerika zurückgewiesen wurden. So war dazu im Kern, in einem Informationsmemorandum des damaligen Mitarbeiters des U. S. - Außenministeriums Raymond G. H. Seitz an den damaligen Abteilungsleiter im U. S. – Außenministerium und späteren Weltbankpräsidenten Robert G. Zoellick am 5. April 1990 unter dem Titel ‚The Soviet approach to German unification‘ um auf die sowjetischen Vorstellungen diplomatisch geschickt zu reagieren, zu lesen: „In the final analysis what will be decisive is Soviet political agreement to a democratic unified Germany within the current borders of the FRG, GDR and Berlin, free to make its own political arrangements (e.g., continued membership in NATO). The West should try to gain Soviet commitment to this political outcome, either indirectly through a simple reunification of rights or directly through exact specification of the outcome, while at the same time sealing off legal avenues via which the Soviets later could try to undermine the settlement“ (1.).

(1.) Blackwill, Robert D.; 5. April 1990; S. 6; „GHW Bush Library“

6. Die deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion aus britischer und US – amerikanischer Sichtweise

6.1 Die Darstellung des Sachverhalts in den Printmedien

Robin Gedye berichtete im „Daily Telegraph“ vom 7. Februar 1990 unter der Überschrift ‚Kohl and bank split on monetary union‘ über Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und dem damaligen Bundesbankpräsidenten Karl – Otto Pöhl über eine deutsch – deutsche Wirtschafts- und Währungsunion. So war darin zu lesen, dass Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl die Ratschläge der westdeutschen Bundesbank ignoriert hat, indem er sich für sofortige Gespräche über eine Währungsunion ausgesprochen hat, während sich Karl – Otto Pöhl bei einem Besuch in Ost-Berlin gegen eine Währungsunion der ost- und westdeutschen Währungen ausgesprochen hat (1.).

Der Brüsseler Korrespondent des „Daily Telegraph“ Boris Johnson schrieb über die Haltung der Kommission der Europäischen Gemeinschaft zu einer deutsch – deutschen Wirtschafts- und Währungsunion am 7. Februar 1990 im „Daily Telegraph“ den Artikel ‚Single mark plan backed in Brussels‘. Darin stand unter anderem: „The European Commission welcomed moves to monetary union between the two Germanies as a forerunner of a single currency in the European Economical Community as a whole. Sources close to Mr Delors, Commission president, said the use of the West German Deutschmark in East Germany could sweep away psychological barriers. One said: „If we saw economic and monetary union between East and West Germany, that could lay to rest problems between, say, Germany and Holland“. ... But there is growing concern about the possible impact of the move on the mark. Some believe the opening up of East Germany will be an economic windfall analogous to Britain’s discovery of North Sea oil, while others fear inflation of the Deutschmark“ (2.). Boris Johnson berichtete von einer grundsätzlichen Zustimmung der Europäischen Kommission zu einer deutsch – deutschen Wirtschafts- und Währungsunion. Gleichzeitig aber brachte er vor allem Ängste vor einer stärkeren Inflation in Europa zum Ausdruck.

(1.) „Daily Telegraph“; 7. Februar 1990; S.10;

(2.) „Daily Telegraph“; 7. Februar 1990; S. 10;

Die „Baltimore Sun“ vom 9. Februar 1990 beschäftigte sich im Rahmen der Debatte um eine mögliche deutsch – deutsche Währungsunion mit der im Raume stehenden Insolvenz der DDR. Unter der Überschrift ‚East Germany on brink of insolvency‘, Bonn official says‘, hieß es unter anderem: „East Germany is only days away from economic collapse,a West German official said. A senior government official, who spoke on condition of anonymity, said the East German economy has moved to the point where „insolvency could be within a few days“. That would mean the communist nation where the government virtually owns all the components of the economy, would be unable to pay the workers“ (1.).

Zu der Debatte um eine deutsch – deutsche Währungsunion einhergehend mit einer drohenden Insolvenz der DDR, war im „Orlando Sentinel“, unter dem Titel ‚Official Bonn stirs up row‘ in der Ausgabe vom 10. Februar 1990, zu lesen: „West German, pushing for monetary union and political unification with East Germany stirred up an embarrassing row Friday over its partner’s economic health. The trouble started when a Bonn official raised the prospect of an imminent East German collapse. Insisting on anonymity he told reporters: „There are signs that, in only a few days, East Germany could become insolvent“ (2.).

Im Hinblick auf das Treffen zwischen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und DDR – Ministerpräsident Hans Modrow vom 13. Februar 1990 veröffentlichte Robin Gedye im „Daily Telegraph“ vom 14. Februar 1990 den Artikel ‚Bonn cash talks still leave East in the red‘. Dieser beschäftigte sich mit Aussagen der beiden Regierungschefs zu einer deutsch – deutschen Währungsunion: „West and East Germany agreed to begin work on achieving monetary union during a meeting between the countries leaders. ... Dr. Kohl concluded his appraisal of the first day of talks with Herr Modrow and a galaxy of financial and economical experts by referring to „a whole row of questions over which we were in complete disagreement“. Herr Modrow, questioned on the apparent lack of agreement between the two leaders, acknowledged to laughter from the audience that the most they had in common had been the „goodwill“ to achieve the best for Germany“ (3.). Aus diesem Zeitungsartikel ging zum einen der Willen von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl hervor die Wirtschafts- und Währungsunion zu vollziehen, zum anderen ging Robert Godye auf das angespannte Verhältnis zwischen dem DDR – Ministerpräsidenten Hans Modrow und Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl ein.

(1.) „Baltimore Sun“; 9. Februar 1990; A 7;

(2.) „Orlando Sentinel“; 10. Februar 1990; A 14;

(3.) „Daily Telegraph“; 14. Februar 1990; S.11;

John Eisenhammer hob in seinem Zeitungsartikel, ‚Kohl reassures East and West Germans on unification question‘ im „Independent“ vom 16. Februar 1990, vor allem auf die Sichtweise von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl auf die deutsche Wiedervereinigung im Hinblick auf wirtschaftliche Fragestellungen und die anvisierte deutsch – deutsche Währungsunion ab: „Unification will not endanger the livelihood or welfare of people in either East or West Germany, Chancellor Helmut Kohl emphasised yesterday. The goal of unity had never been nearer after this historic breakthroughs achieved in Moscow and Ottawa during the past week, he said. Despite the enormity of the challenge that lay ahead, West Germany was strong and confident enough to meet it successfully. ... In the face of fears about an early move to monetary union, Mr Kohl said the situation in East Germany had forced Bonn’s hand. „Because of this, and only because of this, have we made this historic decision to offer East Germany monetary union, an offer for which no historical parallel exist“, he said. „For West Germany this means giving our strongest economic asset – the Deutschmark“ (1.). Nach Aussagen von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, war es die immer schwieriger werdende Situation in der DDR, einhergehend mit dem Auswanderungsdruck der Menschen von dort, die die Bundesregierung zu der Ansicht brachte, den Menschen in der DDR mit dem Ziel der Einführung der D – Mark, dem stärksten wirtschaftlichen Markenzeichen Westdeutschlands, ein Zeichen der Hoffnung zu geben, dass sie in ihrer Heimat eine Zukunft haben würden.

Über die Auswirkungen der Debatte über eine deutsch – deutsche Währungsunion auf das wirtschaftliche Handeln der Menschen in der DDR schrieb Adrian Bridge am 5. März 1990 in dem „Independent“ den Zeitungsartikel ‚East Germans catch speculation fever‘. Darin ließ er unter anderem verlauten: „East Germany’s rush to embrace the West German Deutschmark has had a surprising impact on the unofficial value of its own currency – it has sent it soaring. At the beginning of the year, the going rate in West Berlin banks and on the black market sank to 16 Ostmarks for one Deutschmark as East Germans clamoured to buy goods they were unable to obtain in their own country. Now it is four – to – one and the signs are it will edge even closer. „The exception on imminent currency union has generated a worrying surge in speculative dealing“, said Wolfgang Ullmann, a recently appointed minister in the caretaker government of Prime Minister, Hans Modrow“ (2.). Laut dem Bericht von Adrian Bridge brach Anfang März 1990 eine massive Spekulationswelle um die DDR – Mark aus.

(1.) „Independent“, 16. Februar 1990; S. 10;

(2.) „Independent“, 5. März 1990; S.1;

Über den Umtauschkurs der DDR – Mark zur D – Mark brach Anfang April 1990 eine intensive Debatte aus. Damals befasste sich der Zeitungsbericht von Ferdinand Protzman mit der Schlagzeile ‚Bonn’s new plan for single Mark set off a furor‘ in der „New York Times“ vom 1. April 1990 mit dieser Thematik. Darin stand: „A heated political debate broke out as the West German Government confirmed a report that it was considering a plan for German monetary union under terms far less favorable to East Germans than those originally discussed by Bonn. Under the new plan for monetary union, a step considered one of the most important for reunification, all East German currency except a small portion of private savings would be absorbed by West Germany under an exchange rate of one West German mark for two East German marks. A maximum of only 2.000 marks in savings could be exchanged at a one – to – one rate. The plan would in effect halve the East German wages and pensions, as well as the bulk of savings. A report on the plan was published today in the West german newspaper Frankfurter Rundschau and confirmed by a senior Government official“ (1.). Aus diesem Zeitungsartikel gingen die Befürchtungen hervor, dass bei einer deutsch – deutschen Währungsunion bei einem Umtauschkurs von zwei DDR – Mark zu einer D – Mark sich der Wert der Ersparnisse, Renten und Löhne der Menschen in der DDR halbieren würde.

Über die Lageeinschätzung zu einer möglichen deutsch – deutschen Währungsunion von Experten der deutschen Bundesbank schrieb John Eisenhammer im „Independent“ vom 7. April 1990 in dem Artikel ‚Bundesbank expects surge in East German wages‘: „The West German Bundesbank expects East German wages to rise by an average of 70 per cent if its proposal for the conversation of East German marks into Deutschmarks at a rate of two to one is accepted. If this happened the fears of East Germans that their already low wages will be halved – fears which led to a demonstration by 100.000 people in East Berlin – would have been proved unfounded. The Bundesbank’s calculations underlying its preference for a two to one conversation rate have not been disclosed. But it is understood that the assumption of a 70 per cent rise in wages is built into the proposed rate“ (2.). Nach John Eisenhammer, gingen diese Experten davon aus, dass die Löhne bei einem Umtauschkurs von 1 D – Mark zu 2 DDR – Mark, um bis zu 70 Prozent steigen würden.

Am 20. April 1990 berichtete Marc Fisher in der „Washington Post“ unter der Überschrift ‚East German seeks swift merger with West, 1 – to – 1 money swap‘ über

(1.) „New York Times“; 1. April 1990; A 1;

(2.) „Independent“; 7. April 1990; S. 19;

den Teil einer Rede des DDR – Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere zur geplanten Wirtschafts- Währungs- und Sozialunion. Im Kern lautete der Teil des betreffenden Artikels so: „The yes to unity has been spoken“, he said, but „we will have a decisive say about how to reach it“. The prime minister said he will fight for a one – to – one exchange rate between the valuable West German mark and the relatively worthless East mark“ (1.). Nach Angaben dieses Berichts der „Washington Post“ vom 20. April 1990, sprach sich DDR – Ministerpräsident Lothar de Maiziere in der Währungsunion für einen Umtauschkurs von 1 D – Mark zu 1 DDR – Mark aus.

John Eisenhammer vermeldete, am 24. April 1990 im „Independent“ mit dem Titel ‚Kohl gives way over currency union rate‘: „West Germany offered a generous exchange rate for a currency union with East Germany yesterday, brushing aside warnings from the Bundesbank. ... In a clear signal that is fear of political chaos outweighed possible economic difficulties, Chancellor Helmut Kohl’s center – right coalition proposed a general exchange rate of one Deutschmark for one Ostmark“ (2.). Laut dem Zeitungsbericht John Eisenhammers, war es die Furcht vor politischem Chaos, die die Sorgen vor ökonomischen Schwierigkeiten überwogen, die die Bundesregierung zu der Entscheidung für den Umtauschkurs der DDR – Mark zu D – Mark von 1 zu 1 veranlaßten.

Am 25. April 1990, war in der „Washington Post“ der Artikel ‚Two Germanys set July 1 as date for monetary merger‘ von Marc Fisher zu lesen. Darin berichtete er im Besonderen: „West German Chancellor Helmut Kohl and East German Premier Lothar de Maiziere set July 1 as „Day X“ the popular term for the date on which East Germany will cease to exist as a seperate economic entity. „What is most important for us is that we fix a date“, Kohl said after his first formal discussions with de Maiziere since the East German leader’s election last month. „We have decided that currency union, a common economy and social unity will happen on July 1“ (3.). Aus diesem Zeitungsbericht ging hervor, dass am 1. Juli 1990 geplant war die deutsch – deutsche Währungsunion zu vollziehen und damit die DDR als eigenständiger Wirtschaftsraum aufhören würde zu existieren.

Ebenfalls war dem „Independent“ vom 25. April 1990 in dem Zeitungsbericht ‚Germanies set date for economic union‘ von John Eisenhammer zur Terminsetzung

(1.) „Washington Post“; 20. April 1990; A 19;

(2.) „Independent“; 24. April 1990; S.1;

(3.) „Washington Post“; 25. April 1990; A 33;

für die Wirtschafts-, Währungs-, und Sozialunion zum 1. Juli 1990 zu entnehmen: „West and East Germany set 1 July as the target date for economic union. Chancellor Helmut Kohl and his East German counterpart, Lothar de Maiziere, agreed this ambitious goal during three hours of talks in Bonn. Both sides emphasised that they would do all they could to forge the arrangements for this economic, currency and social union as soon as possible. ... The amount of work that has to be accomplished by both sides if the July deadline is to be met remains enormous. Experts are to begin intensive talks in East Berlin. Well aware of the dangerous mixture of fear and expectation continually brewing in East Germany, Chancellor Kohl emphasised that it is vital for the time plan now agreed upon to be respected“ (1.). Zusätzlich wurde in dem Zeitungsartikel darauf hingewiesen, dass sowohl DDR – Ministerpräsident, Lothar de Maiziere als auch Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, davon ausgingen, dass noch viele Anstrengungen zur Verwirklichung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion notwendig wären.

Am 25. April 1990 vermeldete auch Ferdinand Protzman in der „New York Times“ unter der Überschrift ‚German leaders agree on a July 1 unification date‘, dass sich die beiden deutschen Regierungen auf den 1. Juli 1990 als den Beginn der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion geeinigt hatten. Er schrieb dazu: „Chancellor Helmut Kohl of West Germany held a hastily arranged meeting here with Prime Minister Lothar de Maiziere of East Germany, and the two leaders agreed to set July 1 as the date for a monetary, economic and social union of the two Germanys“ (2.).

Peter Passellt berichtete in der „New York Times“ vom 25. April 1990 unter der Überschrift ‚Experts fear a German inflation rise‘, dass der Umtauschkurs von einer DDR – Mark zu einer D – Mark nach der Ansicht von Finanzexperten, die Inflation und Arbeitslosigkeit vor allem in Ostdeutschland befeuern würde. So war in dem Zeitungsartikel zu lesen: „It is widely agreed that Bonn’s decision to ground a German monetary union on a one – for – one exchange of currencies will make East Germans very happy indeed. And by pleasing East German voters, the consession is likely to serve the immediate interests of West Germany’s rulling party, the Christian Democratic Union. But the economic implications of the deal are not so easily pinned down. According to Jan Vanous of the Plan Econ consulting firm in Washington, the inflationary impact of increasing the cash value of the savings of East Germans is likely to be small and transitory. But many economists do worry, however, that the decission

(1.) „Independent“; 25. April 1990; S.10;

(2.) „New York Times“; 25. April 1990; A 14;

to set the wages and pensions of East Germans far above the rates justified by labor productivity will set off a spiral of inflation and unemployment that will be difficult to check“ (1.).

Für die Finanzierung der Anpassung Ostdeutschlands an Westdeutschlands warnte die Bundesbank vor Steuererhöhungen, während die Bundesregierung diese ausschloss, wie John Eisenhammer in seinem Zeitungsartikel ‚Taxes may rise to fund East Germany, Bundesbank warns‘ im „Independent“ vom 27. April 1990 berichtete: „Tax increases could not be ruled out to finance the regeneration of East Germany, Karl Otto Pöhl, the head of the Bundesbank, said. But the Government in Bonn has repeatedly insisted that tax increases are out of question. Speaking at the conference of the Association of West German Banks in Bonn, Mr Pöhl said that the offer of a parity exchange rate for currency union with East Germany went „to the limits of what is economically justifiable“. He regretted that as a result of irresponsible debate, „expectations had been awakened among East Germans which were difficult, if not impossible, to reconcile with the financial capabilities of the Federal Republic of Germany“ (2.).

Über Sorgen einiger G 7 Notenbankiers, der Gruppe um die sieben stärksten westlichen Industrienationen, zu denen auch die Bundesrepublik Deutschland zählte, im Hinblick auf die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion informierte Peter Torday die Leser des „Independent“ am 3. Mai 1990 in seinem Artikel ‚German unity moves worry G 7 bankers‘. Hier war zu der Thematik zu lesen: „Several central banks in the group of Seven fear German monetary union could bring more inflationary pressures than the Bundesbank claims. Their senior officials believe that the move, due to take place on 1 July, risks forcing up interest rates in the main industrial countries. The US Federal Reserve, which has privately conveyed the deepest misgivings about the prospect of a new upsurge of inflation in Europe, is due to review its monetary policy in two weeks time. ... Moreover, both the Fed and the Bundesbank are expected to underline that only Japan can protect its currency, by raising its interest rates if necessary“ (3.).

Für die „Time“ schrieb Barbara Rudolph am 7. Mai 1990 den Artikel ‚One for the Money‘ über die geplante deutsch – deutsche Währungsunion: „As the unification of East and West Germany has come ever closer, no debate has caused more tumult – or has dealt with bigger stakes than the behind the scenes struggle over the rate of

(1.) „New York Times“; 25. April 1990; A 14;

(2.) „Independent“; 27. April 1990; S. 22;

(3.) „Independent“; 3. Mai 1990; S. 28;

exchange between the pallid East German Mark and the robust Deutsche Mark. Currency equivalent to tens of billions of dollars is at issue. ... The issue has been bubbling since March, when Chancellor Helmut Kohl during the East German election campaign appeared to support a 1 – for – 1 swap, which could make the cost of economic union an estimated \$ 120 billion. ... Kohl's Ostmark decision drew the expected popular response: 16 million East Germans were jubilant. ... The Association of West German Chambers of Industry and Commerce hedged in response, calling the proposal a „political compromise“ which tries to keep the dangers to stability of the Deutsche Mark as low as possible ... although the offer is still very risky“ (1.). Die „Time“ ging weiter auf die Bedeutung der Währungsunion an den internationalen Devisenmärkten ein. Über mögliche Auswirkungen der deutsch – deutschen Währungsunion auf das internationale Finanzsystem wusste die „Time“ zu berichten, dass Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl einer Gruppe von Bankern versprach, alles in seiner Macht stehende zu unternehmen, um die Stabilität der Deutschen Mark zu wahren.

Ferdinand Protzman schrieb in der „New York Times“ vom 11. Mai 1990 den Zeitungsartikel ‚Kohl pressing East for an accord on monetary treaty‘, in dem er schilderte, dass Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl die ostdeutsche Regierung zu weitergehenden wirtschaftlichen Reformen aufforderte, bevor die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in Kraft treten könne. Der Journalist führte dazu aus: „Chancellor Helmut Kohl of West Germany said that the East German Government must agree to major economic changes contained in the proposed state treaty on monetary, economic and social union before the Deutsche mark can become the sole legal tender in both nations. The treaty is viewed as the single most important step toward political unification of the two nations. Mr Kohl's comments were made in a parliamentary debate on German unity, and were seen as an effort to sweep aside last – minute obstacles and rapidly conclude negotiations on the treaty“ (2.).

Am 19. Mai 1990 veröffentlichte Ferdinand Protzman den Zeitungsartikel ‚Germanys sign pact binding economies‘ über die Unterzeichnung des Vertrages zur deutsch – deutschen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in der „New York Times“. Die Vertragsunterzeichnung, die für die DDR – Wirtschaft, nach Ansicht von Ferdinand Protzman, den Übergang von einer Plan- in eine Marktwirtschaft ebnete, fand statt, obwohl noch nicht alle Fragen geklärt waren. Der Journalist schrieb zu der

(1.) „Time“; 7. Mai 1990; S. 8 ff;

(2.) „New York Times“; 11. Mai 1990; A 12;

Vertragsunterzeichnung vor allem: „East and West Germany's Finance Ministers signed a state treaty to merge their economies and make the West German mark the sole legal tender in both nations by July 1, in what Chancellor Helmut Kohl of West Germany called „a first decisive step on the path to unity“. The treaty, which requires the approval of the two German Parliaments, will not make only the West German Deutsche mark the sole currency for both countries but also convert East Germany's economy from socialist central planning to free market principles. East Germany will also adopt West Germany's unemployment insurance and tax systems“ (1.).

Über die geplante Integration der DDR – Wirtschaft in die Europäische Gemeinschaft war am 27. Mai 1990 in der „New York Times“ der Zeitungsartikel ‚Europe struggles to admit Germans‘ von Alan Riding zu lesen: „With the economic and monetary unification of the two Germanys now planned for early July, the European Community is struggling to find ways of absorbing East Germany without disrupting the 12 – nation Common Market. Although East Germany will join the Community automatically as part of a single German state, community officials say the integration of a territory with no market – economy tradition may pose problems greater than those ceated by the entry of Spain and Portugal in 1986. Some countries notably Spain, Portugal, Greece and Ireland, are worried that the regions that today make up East Germany will begin competing for scarce development funds that are at present assigned to helping the less – developed members oft he community. More prosperous countries are also eager for East Germany to move rapidly to bring its agricultural, trading and enviromental policies into line with those of the community. „Obviously it will need a special transition period“, said Frans Andriessen, vice president of the European Comission“ (2.). Der Zeitungsbericht von Alan Riding zeugte von starken wirtschaftlich- und strukturpolitischen Vorbehalten mehrere Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft gegenüber einer schnellen wirtschaftlichen Eingliederung der DDR in die Europäische Gemeinschaft.

Am 22. Juni 1990 schrieb Adrian Bridge im „Independent“ den Zeitungsartikel ‚Berlin converts to capitalism on 1 July‘, der die definitive gesetzliche Verabschiedung und Einführung der deutsch – deutschen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zum 1. Juli 1990 behandelte: „The East German Volkskammer agreed yesterday to the beginning of its own end when it voted in favour of the state treaty with West Germany covering currency, economics and social union between the two states to take effect on

(1.) „New York Times“; 19. Mai 1990; A 6;

(2.) „New York Times“; 27. Mai 1990; A 15;

1 July. Approval in Bonn and East Berlin yesterday of the State Treaty on economic union opens the way for one of the biggest financing programmes in history. With the assent of the upper house today in Bonn today regarded as a formality. East Germany's overnight conversion to capitalism will go ahead on July 1 with the introduction of the deutschmark" (1.).

Über das erfolgte Zustandekommen der deutsch – deutschen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zu 1. Juli 1990 berichtete Marc Fisher in der „Washington Post“ vom 1. Juli 1990, unter der Überschrift ‚East Germans jubilant as economy merges with West‘, im Kern: „At the stroke of midnight, hundreds of thousands of East Germans shot off fireworks and cheered the first moment of the economic merger of East and West Germany, the most significant step so far to political unification. Car horns sounded and champagne bottles popped this morning as crowds swarmed through the Alexanderplatz vying for a chance to watch as the first of their countrymen entered a branch of West Germany's Deutschebank to exchange their money for the currency of their future – the West German mark.“ (2.). Marc Fisher informierte seine Leserschaft über jubelnde Ostdeutsche als die deutsch – deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion startete. Aber er verwies auch auf die kommenden wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen dieses Ereignisses wie höhere Preise und steigende Arbeitslosigkeit.

Zu der Einführung der D – Mark in der DDR zum 1. Juli 1990 veröffentlichte Adrian Bridge im „Independent“ einen Zeitungsartikel mit der Schlagzeile ‚Deutschmark rolls into East Berlin‘, in dem unter anderem zu lesen war: „East Germany ceased to be part of Eastern Europe yesterday, when the Deutschmark rolled in across dismantled borders. As the clock struck midnight, West Germany's biggest bank, the Deutsche Bank, opened its doors to the thousands waiting outside in Berlin Alexanderplatz, East Berlin, for the chance to get their hands at last on hard marks. As the head of West Germany's Bundesbank, Karl – Otto Pöhl – „the man who brought the money“ – recently enthused to East Germans: „The world is now your market“. But the thoughts of most East Berliners staring into the radically redesigned and restocked shop windows seem to dwell on matters closer to home. East German goods had all but disappeared, replaced by Italian shoes, West German electrical goods, Japanese cameras and Western fashion clothes“ (3.). Der Zeitungsartikel von Adrian Bridge hob die die neuen Konsummöglichkeiten durch die Einführung der D – Mark in Ostdeutschland hervor,

(1.) „Independent“; 22. Juni 1990; S. 8;

(2.) „Washington Post“; 1. Juli 1990; A 1;

(3.) „Independent“; 2. Juli 1990; S.1;

ließ aber auch nicht unerwähnt, dass viele ostdeutsche Waren mit dem 1. Juli 1990 aus den Regalen verschwanden.

Serge Schmemann brachte am 2. Juli 1990 in der „New York Times“ zu der Einführung der D – Mark in der DDR am Tag zuvor, den Zeitungsartikel ‚In a leap toward unity, 2 Germanys meld currencies‘. Darin stand, dass die Menschen über die ganze DDR verteilt in geordneten Reihen gestanden haben, um ihre D-Mark zu bekommen. Dies sei, so der Zeitungsbericht in der Hoffnung auf neuen Wohlstand geschehen. (1.). Im weiteren Verlauf des Zeitungsartikels schilderte Serge Schmemann einerseits die Begeisterung vieler Menschen in der DDR über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Allerdings ging er auch auf die Mahnung des DDR – Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere ein, dass noch schwierige Wochen bevorstehen würden.

Über den Verlauf der Einführung der deutsch - deutschen Währungsunion schrieb in einem Artikel Edward Cody in der „Washington Post“ mit der Überschrift, ‚East Germans new cash with caution‘: „A wave of East German shoppers wandered through new and restocked stores with hard cash but displayed remarkable caution at the cash register. At bright new electronic shops and remodeled department stores, wary customers prepared salesmen with questions and compared prices. Shoppers waited in long lines to get into supermarkets where Western goods jammed shelves that only days before had been stocked with a limited selection of Eastern bloc products. Their reluctance to buy followed warnings from authorities to avoid a spending spree that could sent inflation soaring. The two nations‘ monetary and economic sytems were joined Sunday under the terms of a May 18 treaty that scraps the centrally controlled economy imposed on East Germany when the communists took power after World War II and creates a single free – market economy in Germany“ (2.). Edward Cody vermeldete, dass die Ostdeutschen mit Zurückhaltung und Vorsicht auf die neuen Konsummöglichkeiten nach der Einführung der D – Mark in der DDR zum 1. Juli 1990 reagierten.

Zum endgültigen Zustandekommen der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen beiden deutschen Staaten zum 1. Juli 1990, wartete die „New Yorker Staatszeitung und Herold“ am 7. Juli 1990 mit der Schlagzeile ‚Hupkonzerte,

(1.) „New York Times“; 2. Juli 1990; A 1;

(2.) „Washington Post“; 3. Juli 1990; A 16;

Feuerwerke und deutsche Fahnen' auf. In dem Zeitungsbericht war darüber zu lesen: „Mit Freudenkundgebungen begrüßten Hunderttausende von Menschen in der DDR um Mitternacht zum 1. Juli 1990 die Einführung der D – Mark als Zahlungsmittel. Knapp acht Monate nach Öffnung der Mauer ist damit der Staatsvertrag in Kraft, der die Bundesrepublik Deutschland und die DDR in einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion verbindet. Beide Staaten bilden 42 Jahren wieder ein einheitliches Währungsgebiet. Die DDR hat damit wesentliche Souveränitätsrechte aufgegeben und den bislang wichtigsten Schritt zur Vereinigung mit der Bundesrepublik getan. Um Mitternacht wurden auch die Personenkontrollen an den innerdeutschen Grenzen ersatzlos gestrichen“ (1.). Auch die „New Yorker Staatszeitung und Herold“ berichtete von der großen Freude bei den Menschen in der DDR über die zum 1. Juli 1990 in Kraft getretene deutsch – deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion.

Fazit

Mit der Überschrift ‚Single mark plan backed in Brussels‘ informierte der Brüsseler Korrespondent des „Daily Telegraph“, Boris Johnson, über die Haltung der Europäischen Kommission zu der anvisierten deutsch – deutschen Währungsunion am 7. Februar 1990. Die Befürchtung einer möglichen Insolvenz der DDR war das Thema der Zeitungsberichte ‚East Germany on brink of insolvency‘ in der „Baltimore Sun“ vom 9. Februar 1990 und ‚Official Bonn stirs up row‘ im „Orlando Sentinel“ vom 10. Februar 1990. Über die intensiv geführte Debatte zum Umtauschkurs von DDR - Mark zu D – Mark schrieb Ferdinand Protzman in der „New York Times“ vom 1. April 1990 den Zeitungsbericht ‚Bonn’s new plan for single Mark set off a furor‘. Nach einer langanhaltenden Debatte berichtete John Eisenhammer am 24. April 1990 im „Independent“ mit dem Titel ‚Kohl gives way over currency union rate‘ über den endgültigen Vorschlag grundsätzlich die Währungsunion mit einem Umtauschkurs von 1 DDR – Mark zu 1 D – Mark durchzuführen. Über die Angst, dass der Umtauschkurs von 1:1 zu mehr Inflation und auch Arbeitslosigkeit führen könnte informierte am 25. April 1990 Peter Passellt unter dem Titel ‚Experts fear a German inflation rise‘ die Leser der „New York Times“. ‚Taxes may rise to fund East Germany, Bundesbank warns‘ im „Independent“ vom 27. April 1990 war die Überschrift eines Berichts von John Eisenhammer, in dem dieser aussagte, dass die Deutsche Bundesbank vor

(1.) „New Yorker Staatszeitung und Herold“; 7. Juli 1990;

Steuererhöhungen zur Finanzierung der deutschen Wiedervereinigung warnte. Des Weiteren informierte Peter Torday die Leser des „Independent“ am 3. Mai 1990 in seinem Artikel ‚German unity moves worry G 7 bankers‘ über die Sorgen der G 7 Notenbanker in Bezug auf die finanz- und wirtschaftspolitische Gestaltung der deutschen Wiedervereinigung. ‚Germanys sign pact binding economies‘ war am 19. Mai 1990 die Überschrift des Zeitungsartikels von Ferdinand Protzman über die Unterzeichnung des Vertrages zur deutsch – deutschen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in der „New York Times“. Weiterhin ein herausragendes Thema in jener Zeit war die Integration der DDR – Wirtschaft in die Europäische Gemeinschaft wie der Zeitungsbericht vom 27. Mai 1990 in der „New York Times“ unter der Überschrift ‚Europe struggles to admit Germans‘ von Alan Riding belegte. Stellvertretend für viele andere Zeitungsberichte war der Zeitungsartikel von Marc Fisher in der „Washington Post“ vom 1. Juli 1990, unter der Überschrift ‚East Germans jubilant as economy merges with West‘, der die Freude vieler Menschen in der DDR über die Einführung der westdeutschen D – Mark als Währung in der DDR behandelte.

6.2 Kommentare und Leserbriefe

Die „New York Times“ beschäftigte sich in ihrer Ausgabe vom 7. Februar 1990 mit der Debatte um eine deutsch – deutsche Währungsunion. Jonathan Fuerbringer meinte in seinem Kommentar ‚Exchange rate crucial in a move to one mark‘: „If West Germany and East Germany move rapidly toward a single currency, the crucial decision for both the politicians and the economist will be the rate which the East German mark is exchanged for the West German mark several economists said yesterday. Moreover some economists warned, a monetary union should not occur until other important economic changes, like the removal of price controls and Government subsidies, were undertaken in East Germany. Without such reforms, the potential benefits of a single currency and monetary policy would be undermined. They also agreed that biggest concern about such a move at this time is that it would create a burst of inflation in West Germany, which would then force a sharp increase in interest rates to curb the price rises“ (1.). Jonathan Fuerbringer benannte in seinem Kommentar vor allem die Risiken einer deutsch – deutschen Währungsunion.

Im Leitkommentar des „Daily Telegraph“ war, am 14. Februar 1990 zur geplanten

(1.) „New York Times“; 7. Februar 1990; A 15;

deutsch – deutschen Währungsunion unter dem Titel ‚Mark of unity‘, zu lesen: „German monetary union is now inevitable. The impetus that came from West Germany’s urgent need to stem the incoming tide of East Germans, and East Germany’s need to avert the collapse of its depopulated and demoralised industries, has led to formal agreement between the two to set up a commission that will start work next week. By the time of next month’s East German election, it might already have established the ground rules on which Deutschemarks will become legal tender in East Germany. But this will not be a smooth process. The decisions to be taken on the details are of critical importance to East Germany, considerable moment to its larger brother, and concern to the whole European Community“ (1.). Der Leitkommentar des „Daily Telegraph“ vom 14. Februar 1990 arbeitete die Gründe für die deutsch – deutsche Währungsunion heraus. Außerdem betonte er auch die möglichen Auswirkungen dieser Wirtschafts- und Währungsunion auf Westdeutschland sowie die Europäische Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit.

Robert J. Samuelson meinte zu den Plänen einer einzigen Währung für beide deutsche Staaten in seinem Kommentar, ‚Of Deutschmarks...‘ in der „Washington Post“ vom 21. Februar 1990, im Kern: „The real significance to the talks to create single currency is that they allow the West Germans to demand quick legal changes of the East Germans. These would include private property rights and rules for foreign investment. Final decisions will probably have to await East Germany’s March 18 elections. Even under favorable circumstances, though the transformation of East German economy won’t be painless. Competition will intensify. Companies that produce shoddy goods may go bust. Other firms may have to lay off workers to become more efficient. West German voters may have to pay higher taxes to underwrite unemployment benefits and adequate old – age pensions for East Germany’s 2.2 million elderly. These problems look very manageable. West Germany’s trade surplus has recently exceeded 6 percent of its GNP. Extra spending and investment for East Germany can be supported by diverting production from exports. Meanwhile East Germany should benefit from new technology, machinery – management and competition“ (2.). Trotz Risiken im Hinblick auf die Kosten einer deutsch – deutschen Wirtschafts- und Währungsunion, sah der Kommentator einer solchen insgesamt positiv entgegen.

‚The Bundesbank strikes back‘ war die Überschrift des Leitkommentar des „Independent“ vom 2. April 1990, in welchem auf die weiteren Auseinandersetzungen

(1.) „Daily Telegraph“; 14. Februar 1990; S.18;

(2.) „Washington Post“; 21. Februar 1990; A 21;

um die deutsch – deutsche Währungsunion zwischen dem Bundesbankpräsidenten Karl – Otto Pöhl und Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl eingegangen wurde: „The Bundesbank’s plan for German monetary union which became known at the weekend should be greeted with relief. It strikes a blow for sound money in West Germany, in Europe and perhaps around the world. Karl Otto Pöhl, the President of West Germany’s politically independent Bundesbank has come out in favour of exchanging one West German mark for two East German marks. The exception will be the first 2000 marks of every East German’s savings, whether kept under the mattress or in a savings account. The bundesbank plan stands in sharp contrast to Helmut Kohl’s vague promise to the East Germans, made during the recent election campaign, that their entire savings would soon achieve parity with the West German mark“ (1.). Der Deutsche Bundesbankplan, die deutsche Währungsunion zu einem Kurs von 1 D – Mark für 2 DDR – Mark durchzuführen, stand, laut diesem Zeitungsbericht, in scharfem Gegensatz zu dem Wahlversprechen im Wahlkampf zur Wahl der Volkskammer vom 18. März 1990 von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, einen Umtauschkurs von 1 zu 1 bei der Währungsunion von DDR – Mark zu D - Mark durchzuführen.

Sarah Hogg kommentierte zu der deutsch – deutschen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion unter dem Titel ‚The profits and perils of German fusion‘ im „Daily Telegraph“ vom 24. Mai 1990: „Decade ago, when Mrs Thatcher her monetarist remedies, the American economist J. K. Gaibraith caused some offence by distingenuously thanking the British for donating themselves to science. Now it is the Germans who are walking into the economic laboratory, at an even more handlong pace; and they will not thank you for talking about experiments, either. In just a few weeks, German monetary and economic union will percipitate a centrally planned economy – once the showcase of the Eastern bloc – into the marketplace of Europe’s richest and most super – competitive capitalist economy. The rich of the East will become the poor of the West“ (2.). Sarah Hogg sah ein Wirtschaftslabor in Deutschland entstehen. Des Weiteren war sie der Meinung, dass die Reichsten des Ostblocks, die Ostdeutschen, nun die Ärmsten der westlichen Welt werden würden.

Zu der anstehenden Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion veröffentlichte Hamish McRae am 29. Juni 1990 im „Independent“ den Zeitungskommentar ‚The Deutschmark rolls in‘, worin zu lesen war: „On Sunday the two German economics become one. Political union comes later, but in a world where economic power is at least as

(1.) „Independent“; 2. April 1990; S.18;

(2.) „Daily Telegraph“; 24. Mai 1990; S. 20;

important as military might or political influence, the most important aspect of union will have happened. The East German hamprung by a flawed economic system and a non – convertible currency, are catapulted into the market economy of the European Community and exchange their Ostmark for the mighty Deutschmarks. The West Germans, having made an extraordinary success of building Europe's best economy, now have a new land to run. It is a takeover, not a merger, and the symbol of that takeover is the invasion of the Deutschmark across the plains of East Germany. Sheer size will ensure that Germany becomes an even greater economic superpower than it is already“ (1.). Hamish McRae ging auf die zum 1. Juli 1990 erfolgende Einführung der D – Mark in Ostdeutschland ein. Für ihn bedeutete dies, dass Deutschland wegen seiner Größe eine noch stärkere Wirtschaftsmacht werden würde als bisher, weshalb innovative Länder wie Großbritannien stärker in diesem Einigungsprozeß gefordert sind, um mit Deutschland in Zukunft konkurrenzfähig zu bleiben.

Der „Independent“ kommentierte in seinem Leitkommentar ‚A path paved with Deutschmarks‘, die anstehende deutsch – deutsche Wirtschafts-, Währungs-, und Sozialunion am 30. Juni 1990, im Wesentlichen so: „The Great events of the past year have stemmed from popular anger in Eastern Europe at the poverty, inhumanity, corruption and incompetence bred by the communist system. The union on Sunday of the East and West German economies, and the replacement of the Ostmark by the Deutschmark, is of the same historic order. But it is an act of government rather than a revolution, and one well, if swiftly prepared. The goal is prodigiously ambitious: for the first time in history, to absorb a rigidly planned, centralised and thouroughly obsolete economy into that of a highly developed, capitalist neighbour“ (2). Für den Leitkommentar des „Independent“ bedeutete die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der beiden deutschen Staaten am 1. Juli 1990 die historisch einzigartige Transformation einer sozialistischen Planwirtschaft in eine existierende Marktwirtschaft. Das endgültige Zustandekommen der deutsch – deutschen Währungsunion am 1. Juli 1990 kommentierte David D. Hale, unter der Überschrift ‚Deutsche Mark über alles‘ in der „Washington Post“ vom 1. Juli 1990, so: „Germany is embarking upon one of the boldest experiments of this modern era - the rapid and total transition of Eastern bloc nation from communism to capitalism. Today that tranformation begins in earnest with the „Big Swap“, the phassing out of the East German Ost – mark and the introduction of the Deutsche Mark as the currency of both countries. In the university libraries of the

(1.) „Independent“, 29. Juni 1990; S.19;

(2.) „Independent“, 30. Juni 1990; S.16;

Western world today, there are a hundreds of books about economies shifting from capitalism to communism, but no one has ever written a blueprint for making a transition the other way. As a result for economic changes now occurring in East Germany with the West; they are a potential role model for other Soviet bloc countries attempting to make similar transition“ (1.). David H. Hale sah in dem durch die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion eingeleiteten Transformationsprozeß, ein Muster für die anderen Ostblockstaaten.

Fazit

Schon der Kommentar ‚Exchange rate crucial in a move to one mark‘ von Jonathan Fuerbringer am 7. Februar 2014 betonte vor allem die Risiken einer deutsch – deutschen Währungsunion. Der Leitkommentar des „Independent“ ‚The Bundesbank strikes back‘ vom 2. April 1990 befasste sich in erster Linie mit der Kritik der Bundesbank an der Politik der Bundesregierung im Hinblick auf die geplante deutsch – deutsche Währungsunion. Mit der Währungsunion zwischen West- und Ostdeutschland sah Sarah Hogg im „Daily Telegraph vom 24. Mai 1990, in ihrem Kommentar ‚The profits and perils of German fusion‘, schließlich ein Wirtschaftslabor entstehen. David D. Hale meinte, laut seinem Kommentar ‚Deutsche Mark über alles‘ in der „Washington Post“ vom 1. Juli 1990, in der erfolgten deutsch – deutschen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ein Beispiel für den Transformationsprozess in den anderen Ostblockstaaten. In der Berichterstattung und in den Kommentaren wurde das Entstehen der deutsch – deutschen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit großem Interesse aber oftmals auch kritisch in den Printmedien im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika begleitet. Hervorzuheben sind das Interesse der Medien an der innerdeutsch sehr kontrovers geführten Debatte über den grundsätzlichen Umtauschkurs 1 : 1 von DDR – Mark zu D – Mark und die grundsätzliche Entscheidung der Bundesregierung für diesen Umtauschkurs. Des Weiteren wurde über die Bedenken von Finanzmarktexperten und auch den Leitern der Notenbanken der G 7 Staaten über die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung im Hinblick auf die deutsche Wiedervereinigung, wegen möglicher Auswirkungen auf die internationalen Finanzmärkte, berichtet. Ausführlich dargestellt wurde der Vollzug der Wirtschafts- Währungs- und Sozialunion zwischen Ost- und Westdeutschland zum 1. Juli 1990 und

(1.) „Washington Post“; 1. Juli 1990; B 1;

die Freude vieler Menschen in Ostdeutschland darüber. Hinsichtlich der zum 1. Juli 1990 stattgefundenen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion äußerte sich Andreas Rödder in seinem Buch „Geschichte der deutschen Wiedervereinigung“ knapp auf den Punkt bringend, dass „die schlagartige Ausdehnung des westdeutschen Währungsgebietes auf die DDR zum 1. Juli 1990 war ein logistischer Kraftakt und vor allem für das Beitrittsgebiet eine Schocktherapie bedeutete“ (1.) Auch hier gab Rödder den ohnehin bekannten Forschungsstand lediglich wieder. Auf die in der Dissertation benannten Ängste in bezug auf die internationale Finanzmarktstabilität wegen der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, die in den angelsächsischen Printmedien klar zum Ausdruck kamen, ging der Historiker aber nicht ein.

(1.) Rödder, Andreas; 2011; S. 95;

7. 1990 – Der Sommer zur Einheit

7.1 Der Gipfel von Washington D. C.

7.1.1 Die Betrachtung des Gipfels und den unmittelbar vorangehenden sowie nachfolgenden Ereignissen in den angelsächsischen Printmedien

Zu der Eröffnung der ersten „2 + 4 – Konferenz“ auf Ministerebene in Bonn schrieb John Eisenhammer unter der Überschrift ‚Kohl declares new era after Bonn meeting‘ am 7. Mai 1990 im „Independent“, hinsichtlich von Äußerungen von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: „The end of the post – war era has begun, the West German chancellor, Helmut Kohl, declared, saying that the historic meeting of foreign ministers of the four war victors and the two Germanies in Bonn on Saturday had removed all the obstacles from the path towards unification. In an optimistic appraisal of the of the opening round of the „Two – plus – Four“ process, Bonn is focussing on a remark made by the Soviet Foreign Minister, Eduard Shevardnadse, that the timing of German unification and the settlement of the external aspects can be seperated“ (1.). Bei der Eröffnung der „2 + 4 – Gespräche“ auf Außenministerebene am 5. Mai 1990 in Bonn zeigte sich der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, laut John Eisenhammer, optimistisch. Am 9. Mai 1990 vermeldete Marc Fisher in der „Washington Post“ unter der Überschrift ‚Kohl rejects Soviet negotiation poker‘, dass Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl den Vorschlag des sowjetischen Aussenministers Eduard Schewardnadse ablehnte, über die militärische Bündniszugehörigkeit des vereinten Deutschlands auch noch nach der Wiedervereinigung weiterzuverhandeln und solange die Rechte der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges über Deutschland weiterbestehen. In der „Washington Post“ stand diesbezüglich: „West German Chancellor Helmut Kohl dismissed a Soviet proposal that, while allowing the two Germanys to reunite quickly, would postpone a decision on whether the new country could belong to NATO. Kohl called the proposal by Soviet Foreign Minister Eduard Shevardnadse „negotiation poker“ and said it would be „a fatal development“ in the drive by the two Germanys to unite and regain the full sovereignty the nation lost when its Nazi government surrendered to Allies 45 years ago“ (2.).

(1.) „Independent“; 7. Mai 1990; S. 8;

(2.) „Washington Post“; 9. Mai 1990; A 18;

Über den Besuch einer Delegation des jüdischen Weltkongresses unter der Leitung des Präsidenten des jüdischen Weltkongresses Edgar Bronfman im Haus der Wannseekonferenz, in dem am 20. Januar 1942 unter der Bezeichnung „Endlösung der Judenfrage“ der schon angelaufene millionenfache Völkermord an den Juden durch die nationalsozialistischen Schergen endgültig beschlossen wurde, informierte Serge Schmemmann die Leser der „New York Times“ am 9. Mai 1990 in seinem Bericht ‚150 Jews visit a house where genocide was born‘. Darin führte der Journalist aus: „Proclaiming that „memory is stronger than its enemies“, about 150 representatives of Jews from around the world gathered at Wannsee Villa, the lakeside mansion where officials of the Third Reich met 48 years ago to outline the policy of the Nazi genocide. Standing in the forested approach to the stately house under a brilliant spring sky, the group listened somberly, some in tears, as speakers in Hebrew, English and German read a poignant Wannsee Declaration written for the occasion by Elie Wiesel, the Nobel laureate and survivor of Nazi concentration camps. Mr Wiesel himself did not attend“ (1.).

Nach Angaben von Charles Hoffman im „Jewish Advocate“ vom 10. Mai 1990 präsentierte Edgar Bronfman, der Präsident des jüdischen Weltkongresses, auf dessen Zusammenkunft in Berlin, Forderungen, die Juden gegenüber einem wiedervereinigten Deutschland machen müssten. Unter der Überschrift ‚WJC sets demands for united Germany‘ wurden folgende Forderungen aufgeführt: „The new Germany must forever teach what happened (during the Holocaust), so that the lowest point ever reached in man’s humanity can never occur again. The new Germany must be a true democracy, which means that all minorities are guaranteed equal protection under the law. The German people must always support Israel. They must never help those who would help destroy the Jewish state. Germany must never become a nuclear power. Nor must it have the means of perpetrating mass killing or destruction through biological or chemical warfare. It should also not help a third party to attain such a capability. Germany must enact strong legislation to prevent such threats against mankind and against Israel, and vigilantly enforce that legislation“ (2.).

Im Hinblick auf die Einigkeit, auf einem gemeinsamen Treffen im Weißen Haus in Washington am 17. Mai 1990, zwischen dem 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, George Bush, und dem westdeutschen Bundeskanzler, Dr. Helmut Kohl, dass ein wiedervereinigtes Deutschland Mitglied in der NATO sein sollte und die

(1.) „New York Times“; 9. Mai 1990; A 12;

(2.) „Jewish Advocate“; 10. Mai 1990; S.1;

Rechte der vier alliierten Besatzungsmächte enden sollten, berichtete Paul Lewis in der „New York Times“ vom 18. Mai 1990 unter dem Titel ‚Bush and Kohl agree that reunited Germany should remain in NATO‘: „President Bush, in his most emphatic statement of support for German unity to date, said that he and Chancellor Helmut Kohl of West Germany agreed that once Germany was united, it should remain in NATO and the rights of the World War II victors should be ended. The Soviet Union has not only opposed a unified Germany’s membership in the North Atlantic Treaty Organization, but also has said that after unification, the four major victors in World War II – Britain, France, the Soviet Union and the United States – should retain some residual rights to control the political course of the enlarged Germany. After three and a half hours of talks at the White House, which included a working lunch, Mr Bush and Mr Kohl read statements to the press in which they stated once again that a united, sovereign Germany would be a full participating member of the NATO“ (1.).

Über das unaufhaltsame Tempo Richtung deutsche Wiedervereinigung schrieb John Eisenhammer in seinem Zeitungsbericht ‚No stopping Germany’s unity train‘ im „Independent“ vom 18. Mai 1990, dass das Ziel der Regierungen in Bonn und Ost – Berlin sei, dass Deutschland bis Weihnachten wiedervereinigt ist. Dies solle, so der Zeitungsartikel, über Artikel 23 des Grundgesetzes geschehen. Germany united by Christmas: this is now the goal of the governments in Bonn and East Berlin. Whether they can cram everything in and hold pan – German elections in early December, as the West German government is determined to do, will be immaterial as the world will probably have greeted the advent of the new, enlarged Federal Republic of Germany then. East Germany will be absorbed during the autumn according to the provisions of Article 23 of the West German Constitution. In eight months, the terms East and West Germany will be, the two governments now believe, relicts of the past“ (2).

Am 18. Mai 1990 meldete die „Washington Post“, dass Bundeskanzler Dr. Kohl bei einem Treffen mit US – Präsident Bush versicherte, dass ein wiedervereinigtes Deutschland weiterhin Teil der NATO sein werde. Dazu war in dem Zeitungsartikel ‚Germany will continue role in NATO, Kohl assures Bush‘ von John M. Goshko zu lesen: „West German Chancellor Bush reassured President Bush that a unified Germany intends to be a full member of the North Atlantic Treaty Organization, and Bush replied that he will tell Soviet President Michail Gorbachev that the new German

(1.) „New York Times“; 18. Mai 1990; A 6;

(2.) „Independent“; 18. Mai 1990; S. 10;

state must be free to choose its security alliances. Their agreement that Germany must remain in NATO came at a White House meeting where they discussed the positions Bush will take at his May 30 - June 3 summit here. At a joint appearance and at Kohl's later news conference, they stressed that while the Soviet Union must have reasonable assurances for its security, the West must make clear that German NATO membership is not negotiable" (1.).

Vom baldigen Ende der „Vier – Mächte – Kontrolle“ über Deutschland ging der Präsident der Vereinigten Staaten, George H. Bush, am Rande eines Treffens mit Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl aus, wie Colin Hughes die Leser des „Independent“ mit seinem Artikel ‚Bush foresees end to four – power control‘ am 18. Mai 1990 informierte: „The four powers‘ post – war authority in Germany should end completely the moment Germany is united, President George Bush insisted yesterday after a meeting here with Helmut Kohl, the West german Chancellor. Mr Bush's insistence on the sovereign right of a united Germany to determine its own fate amounted to a prior rejection of any compromise deal with the Soviet Union on Germany's future defence status“ (2.).

‚Bush gibt Kohl Rückendeckung‘ war schließlich die Überschrift eines Berichts über das vorangegangene Treffen zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, George Herbert Walker Bush, und dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Helmut Kohl im „New Yorker Staatsanzeiger und Herold“ vom 26. Mai 1990: „Der amerikanische Präsident hat Bundeskanzler Kohl vollen Rückhalt für die Vereinigungspolitik gegeben und will sich nun beim Treffen mit dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow auch für die deutschen Belange einsetzen. Nach Unterredungen mit Kohl sagte Bush in Washington, die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland teilten das Ziel der deutschen Einheit und hätten den gleichen Ansatz zur Lösung: „Wir beide wünschen ein vereinigtes Deutschland, das volle Souveränität genießt; ein geeintes Deutschland, das ein volles Mitglied der westlichen Gemeinschaft und der NATO einschließlich der Teilnahme an ihren integrierten Militärstrukturen ist, ein vereintes Deutschland, das – wie die Bundesrepublik schon seit mehr als vierzig Jahren – ein Modell, für Freiheit, Toleranz und freundschaftliche Beziehungen mit seinen Nachbarn ist“ (3.). Auch in diesem Zeitungsartikel wurde die Unterstützung des 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika für die Politik der Bundesregierung im Hinblick auf die deutsche

(1.) „Washington Post“; 18. Mai 1990; A 24;

(2.) „Independent“; 18. Mai 1990; S.10;

(3.) „New Yorker Staatsanzeiger und Herold“; 26. Mai 1990; S. 3;

Wiedervereinigung deutlich.

Über die Gespräche hinsichtlich der deutschen Wiedervereinigung während des sowjetisch – amerikanischen Gipfels vom 31. Mai 1990 bis 3. Juni 1990 in Washington D.C. schrieb Peter Ridell in der „Financial Times“ vom 1. Juni 1990 in seinem Artikel ‚Superpowers raise hope of breakthrough on Germany‘: „The opening day of the superpower summit between President George Bush and President Mikhail Gorbatschow brought a possible breakthrough on the future of Germany. At the end of lengthy talks at the White House, Mr Gorbachev said he and Mr Bush had a substantive discussion over Germany. This meant, he said, that „something has emerged that requires serious discussion“. Mr James Baker, US Secretary of State, and Mr Eduard Shevardnadse, the Soviet Foreign Minister, have been asked to take charge of the German question in intensive talks over the next two days of the four – day summit to see what progress can be made. Mr. Bush said last night that a „better understanding had been reached“. Later Mr Marlin Fitzwater, the White House presidential press spokesman, said there was a promise of narrowing of differences. New US proposals have been prepared after close consultation with the Bonn government“ (1.). Es wurde hier berichtet, dass beide Seiten glaubten, dass ein substantieller Fortschritt in Richtung deutscher Einheit gemacht werden könnte.

Über die Reaktion der Bundesregierung bezüglich der Gipfelgespräche im Hinblick auf die deutsche Wiedervereinigung war, in dem von Edward Cody in der „Washington Post“ vom 4. Juni 1990 verfassten Artikel ‚Bonn says reunification is eased‘, im Kern zu lesen: „West Germany declared tonight that the U.S. – Soviet summit conference showed problems raised by German unification can be overcome in time despite persistent Soviet misgivings about a combined Germany’s continued membership in NATO. Chancellor Helmut Kohl and Foreign Minister Hans – Dietrich Genscher, in separate statements, carefully ignored a suggestion from President Mikhail Gorbachev in Washington that the Soviet Union will have to take a hard look at its security position, if a reunited Germany becomes a full partner in the NATO as planned. The West German government appeared determined instead to emphasize positive effects on Germany’s unification process that it said will flow from signs of U.S. – Soviet agreement in other fields“ (2.). Die westdeutsche Regierungsspitze wertete, laut Edward Cody, die Gipfelsergebnisse insgesamt als positiv für Deutschland.

(1.) „Financial Times“; 1. Juni 1990; S. 1;

(2.) „Washington Post“; 4. Juni 1990;

R. W. Apple Jr berichtete unter Schlagzeile ‚The doubts that linger‘ in der „New York Times“ vom 4. Juni 1990, dass die Frage, ob ein wiedervereinigtes Deutschland weiterhin der NATO angehören könne, nach dem Washingtoner Gipfel zwischen dem sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow und dem 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika noch nicht geklärt sei. Dazu stand in dem Zeitungsartikel: „For month senior American officials have expressed confidence that President Mikhail S. Gorbachev would give way, if offered enough inducements, and agree to NATO – membership for a united Germany, thus settling the most intractable issue facing Moscow and Washington. But that confidence is fading fast. After three days of talks between President Bush and the Soviet leader, which produced no real progress on the German question and the shape of post cold war Europe, United States policy – makers say they are beginning to believe that Mr Gorbachev’s domestic political situation may be too delicate for him to make such a concession at any time soon, and that a protracted period ambiguity may result“ (1.).

Thomas L. Friedman informierte die Leser der „New York Times“ am 5. Juni 1990 unter der Überschrift ‚U.S. will press the Soviets to accept plan on Germany‘, dass die US – Regierung bestrebt sei, auf die sowjetische Regierung Druck auszuüben, das wiedervereinigte Deutschland als Mitglied der NATO zu akzeptieren. Hierzu hieß es in dem Zeitungsartikel: „Bush Administration officials say they have given the Soviet leadership a nine – point plan designed to induce Moscow to accept the presence of a united Germany in the North Atlantic Treaty Organization. The program, which brings together many different elements related to the future of NATO and German – Soviet relations, was largely designed by Washington and Bonn and first presented to the Soviet Foreign Minister Eduard Shevardnadze, in Moscow in mid – May and then reiterated for President Mikhail Gorbachev last week the officials said. While virtually all elements of the plan have been discussed in public, the Administration wanted to package them in one document to be presented to the Soviets as parts of the American strategy for convincing Moscow that the West is seriously trying to address Soviet concerns on German membership in NATO“ (2.).

Hinsichtlich der Ziele der US – Administration in Hinblick auf die NATO – Mitgliedschaft eines wiedervereinigten Deutschlands, war in dem Zeitungsartikel ‚Bush says accord on Germany issue will be incremental‘, von James Gerstenzwang vom 5. Juni 1990 im

(1.) „New York Times“; 4. Juni 1990; A 1;

(2.) „New York Times“; 5. Juni 1990; A 17;

„Austin American Statesman“, zu lesen: „The U.S goal is to induce the Soviets to drop their objections to NATO membership for the new and stronger Germany that will emerge when East is combined with West Germany. The plan includes a lower military profile for NATO, faster negotiations to eliminate all short – range nuclear weapons, fewer U.S. and Soviet troops, a German pledge to acquire neither nuclear nor chemical weapons, and several steps toward deeper cuts in conventional forces throughout Europe later on“ (1.). Das Ziel für die Außenpolitik, laut diesem Zeitungsartikel der U. S. – Administration, war, so der Zeitungsartikel, die Beibehaltung der deutschen NATO – Mitgliedschaft bei einer geringeren Betonung des militärischen in der NATO, schnelleren Verhandlungen zur Abschaffung der atomaren Kurzstreckenraketen, eine geringere Truppenstärke der Armeen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika, ein deutsches Versprechen nie nukleare oder chemische Waffen zu betreiben und ein stärkerer Abbau konventioneller Streitkräfte in ganz Europa.

Am 9. Juni 1990 war in der Folge des Gipfels, ein Zeitungsbericht von Dan Balz unter der Überschrift ‚Bush reports progress on easing Soviet fears on Germany in Nato‘, in der ‚Washington Post‘, zu lesen. Darin hieß es: „President Bush, after two – hour meeting with West German Chancellor Helmut Kohl, said „we’re making progress“ in allaying Soviet fears about a unified Germany remaining in the NATO alliance and said he hoped further steps would be taken at next month’s NATO meeting in London. ... Bush also said the fact that the Soviets paid „lip service“ to the concept of a united Germany free to determine its own alliances gave him hope that eventually the two sides could find „common ground“. Bush and others were surprised by Gorbachev’s acceptance of that concept, an administration official said, and the President pressed the Soviet leader to be sure that they understood one another. The Soviets also signed off on the text of Bush’s Sunday news conference statement, in which he repeated the concept, the official said. But Gorbachev’s insistence that there be a transition period for a unified Germany seemed to contradict, that, and U.S. officials hoped Baker’s talks with Shevardnadse would clarify the Soviet position“ (2.). Dan Balz berichtete hier, dass Präsident Michail Gorbatschow gegenüber Präsident Bush, nach Auskunft des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, dem wiedervereinigten Deutschland zugebilligt hatte, über Bündniszugehörigkeit frei zu entscheiden, dennoch trat Michail Gorbatschow dies bezüglich für eine Übergangsperiode ein. Mitglieder der US – Regierung hofften deshalb, dass Gespräche zwischen den Außenministern

(1.) „Austin American Statesman; 5. Juni 1990“; S. A 8;

(2.) „Washington Post“; 9. Juni 1990; A 24;

beider Staaten die sowjetische Positionierung klären würde.

Zu dem geplanten erstmaligen Empfang eines DDR – Ministerpräsidenten im Weißen Haus in Washington durch einen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, führte Serge Schmemmann, in der „New York Times“ vom 9. Juni 1990 unter der Überschrift ‚A first U.S. visit, and maybe a last‘, aus: „For Lothar de Maiziere, the idea that he is about to be the first East German leader to visit the United States is not really that extraordinary. „Everywhere I travel it’s for me for the first time“, said the former orchestra musician who emerged as much to his own surprise as anyone else’s as the first democratically elected Prime Minister of East Germany. „After all, I’m a citizen of the German Democratic Republic and always have been“. The statement played both on the fact that East Germany’s former Communist leaders were not widely welcomed in the West and that for ordinary citizens, Western travel used to be a rare privilege“ (1.). ‚Moscow will accept a NATO Germany‘ war die Schlagzeile eines Zeitungsartikels von Colin Brown im „Independent“ vom 11. Juni 1990, in diesem stand: „Margaret Thatcher returned from the Soviet Union last night convinced that Mikhail Gorbachev is ready to back down over his demands that a unified Germany should remain neutral. She has also emerged from her summit visit to the Soviet Union prepared to recommend to the London NATO summit meeting next month that the alliance adopt measures which would raise Mr Gorbachev’s confidence as Germany unites. Officials with Mrs Thatcher noted that Mr Gorbachev was no longer pressing his case that a united Germany must be outside NATO’s defence structure“ (2.). Colin Brown berichtete, dass die britische Premierministerin, Margaret Thatcher, nach einem Treffen mit dem sowjetischen Staatspräsidenten, Michail Gorbatschow, davon ausging, dass dieser die Mitgliedschaft eines wiedervereinigten Deutschlands in der NATO akzeptieren würde.

Zu Berichten über wirtschaftliche Milliardenhilfen von Bonn an Moskau, vermeldete John Eisenhammer in seinem Zeitungsartikel ‚Bonn denies bid to buy off Moscow‘ im „Independent“ vom 12. Juni 1990: „The West German Foreign Minister, Hans – Dietrich Genscher, denied yesterday that Bonn was seeking to buy Moscow’s acceptance of a united Germany in NATO with \$ 20 billion aid package. Warning against the assumption that „on such matters one can simply buy things“, Mr Genscher underlined that plan under discussion and no such figure. Recognising the seriousness of the economic difficulties in the Soviet Union, he said that Bonn was willing to support

(1.) „New York Times“; 9. Juni 1990; A 4;

(2.) „Independent“; 11. Juni 1990: S.1;

closer economic and financial cooperation with Moscow. „We are talking about this, but any discussion of the contents along the lines suggested in reports simply cannot be confirmed“ (1.). Nach Angaben von John Eisenhower, verneinte Bundesaußenminister Hans – Dietrich Genscher, dass sich die Bundesregierung die deutsche Wiedervereinigung in der NATO damit erkaufen wolle, dass sie ein \$ 20 Milliarden Hilfspaket für Moskau bereitstelle. Er bekräftigte aber, dass die Bundesregierung eine engere finanzielle und wirtschaftliche Kooperation mit der Regierung in Moskau anstrebe, um dieser bei der Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion zu helfen.

Am 13. Juni 1990 berichtete David Remnick in der „Washington Post“ unter der Überschrift ‚Gorbachev shifts stance on German alliances‘, dass der sowjetische Staatspräsident Gorbatschow doch nicht eine NATO – Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands so einfach hinnehmen wollte und deshalb noch eigene Vorschläge bezüglich dieser Thematik präsentierte. Dazu schrieb der US – amerikanische Journalist: „Soviet President Mikhail Gorbachev said that he could accept a unified Germany as a member of NATO as long as any military force in what is now East Germany maintains what he called an associate membership in the Warsaw Pact. Western leaders immediately rejected the suggestion.“ (2.). Laut dem „Washington Post“ – Bericht vom 13. Juni 1990 konnte sich der sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow, eine NATO – Mitgliedschaft Deutschlands, als gleichzeitige assoziierte Mitgliedschaft im Warschauer Pakt vorstellen, ohne, abgesehen von Truppenstatutbestimmungen, zu definieren, was er damit meinte.

Über eine Annäherung Moskaus an die Position der NATO zu der militärischen Bündniszugehörigkeit eines vereinten Deutschlands in der NATO informierte Rupert Cornwell die Leser des „Independent“ am 13. Juni 1990 unter der Titelzeile ‚Moscow shifts on NATO role on Germany‘: „The Soviet Union inched a little closer to acceptance of a united Germany joining NATO as President Gorbachev indicated that Moscow could tolerate the idea of associate German membership, as part of overall European security arrangements guaranteeing Moscow’s interest. In a report to the Soviet parliament on his meeting with President Bush this month, the Soviet leader for the first time set out a scenario whereby, under certain circumstances, he could

(1.) „Independent“; 12. Juni 1990; S. 8;

(2.) „Washington Post“; 13. Juni 1990; A 33;

swallow the pill of losing Germany to the Atlantic alliance“ (1.). Rupert Cornwell stellte den Vorschlag einer assoziierten Mitgliedschaft des sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow, als Annäherung an die NATO – Position dar.

Auch Bill Keller vermeldete unter der Schlagzeile ‚Gorbachev yields on alliance roles in a new Germany‘ in der „New York Times“ vom 13. Juni 1990, dass sich der sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow in der umstrittenen militärischen Bündnisfrage eines wiedervereinigten Deutschlands, mit dem Vorschlag einer „assozierten Mitgliedschaft“ im Warschauer Pakt unter Berücksichtigung der Verpflichtungen der beiden deutschen Staaten in beiden Militärbündnissen, auf die Position von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und dem 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zubewegen würde. Dazu stand in dem Zeitungsartikel: „President Mikhail S. Gorbatschow removed one of the main conditions that his country had imposed on German unification. He agreed for the first time that West German troops could remain in the North Atlantic Treaty Organization without a corresponding role for the East – Germans in the Soviet – led Warsaw Pact. His offer made during a report to the Soviet Parliament on his talks with President Bush in Washington falls short of Western demands that a united Germany be allowed to remain in NATO without conditions. (2).

Ray Moseley schrieb am 15. Juni 1990 in der „Chicago Tribune“ den Zeitungsartikel ‚Soviet Jews find a haven in East Germany‘, indem er über die steigende Anzahl von nach Ostdeutschland emigrierenden sowjetischen Juden informierte. So führte der Journalist dazu aus: „East Germany – A half – century after Adolf Hitler tried to exterminate the Jews, a new German government is offering refuge to Soviet Jews who felt under threat at home. ... In recent weeks, about 100 Soviet Jews have come to East Germany. Some have moved in with relatives or friends, but about 60 are being sheltered at government expense in a secluded, well – maintained reception camp in Ahrensfelde on the northeastern outskirts of Berlin. ... Several Jews, some of them reluctant to give their names, said the recent rise of anti – semitism in the Soviet Union had made them fearful of progroms directed against Jews.“ (3.).

Am 18. Juni 1990 berichtete Adrian Bridge im „Independent“ unter der Schlagzeile ‚Volkskammer members seek unification now‘ über Bestrebungen einzelner

(1.) „Independent“; 13. Juni 1990; S.12;

(2.) „New York Times“; 13. Juni 1990

(3.) „Chicago Tribune“; 15. Juni 1990; D 8;

Volkskammermitglieder zu einer sofortigen deutschen Wiedervereinigung zu kommen: „An astonishing proposal that East Germany should cede its sovereignty immediately and enter full political union with West Germany triggered an emotive debate yesterday in the East German Volkskammer where a special session had been called to consider the future of the country’s nationalised industries. The motion which came from the far right – wing German Social Union, suffered an early setback when the Prime minister, Lothar de Maiziere, said that although he supported early German unification more time was needed to build comparable structures in the two German states“ (1.).

Über eine gute Stimmung bei den „Zwei + Vier“ – Verhandlungen“ schrieb John Eisenhammer in seinem Zeitungsartikel ‚Two – plus – four nations confident‘ im „Independent“ vom 22. Juni 1990: „Foreign ministers of the two Germanies and the four wartime allies begin their second round of talks today on settling the security arrangements for a united Germany on an optimistic note. While Moscow has not budged from its opposition to a united Germany in NATO, the US, British, French and West German participants in the two – plus – four talks detect that the Soviet Union has got over its initial period of helpless confusion and is thinking hard about the sort of compromise that can be sold domestically“ (2.).

Allerdings gab es weiterhin unterschiedliche Ansichten über die Gestaltung der Bündniszugehörigkeit des vereinten Deutschlands bei dieser Runde der „Zwei + Vier – Verhandlungen“. So verfasste Robert Mauthner am 23. Juni 1990 in der „Financial Times“ den Artikel ‚Baker critical of Soviet plan for unified Germany‘ mit diesem Inhalt: „The aim of the talks is to reach agreement on the external aspects of German unification. Referring to a new proposal made by Eduard Shevardnadse, Soviet Foreign Minister, earlier the day. Mr. Baker accused Moscow of seeking to restrict German sovereignty after unification, expected at the end of the year. Mr Shevardnadse, arguing that the creation of new arrangements in the centre of Europe would take time to work out, had proposed that the allies rights and responsibilities for Germany should be extended for a transition period of up to five years after unification. ... Mr. Shevardnadze’s plan would clearly delay the right of an united Germany to become a member of NATO, on which the allies have always insisted.“ (3.).

Am 23 Juni 1990 berichtete Ferdinand Protzman über den geplanten Kredit in Höhe

(1.) „Independent“; 18. Juni 1990; S. 8;

(2.) „Independent“; 22. Juni 1990; S. 8;

(3.) „Financial Times“; 23. Juni 1990; S. 2;

von 3 Milliarden US - Dollar eines westdeutschen Bankenkonsortiums an die Sowjetunion, für den die Bundesregierung eine Bürgschaft übernahm, in der „New York Times“ unter der Schlagzeile ‚Bonn to aid Kremlin reforms with a \$ 3 billion bank credit‘: „The West German Government said that it would guarantee a bank credit of five billion Deutsche marks, for the Soviet Union in an effort to bolster President Mikhail Gorbachev’s flagging reform program. It is the largest single credit that the Soviet Union has received from Western banks, and the conditions are extremely favorable, economists said. They described the credit a spart of an effort by West Germany to extract concessions from the Soviet Union to German reunification. The announcement was made as the two plus four talks on German reunification got under way in Berlin, and the timing reinforces the view“ (1.).

Auch die „Los Angeles Times“ befasste sich am 23. Juni 1990 sich mit dem Zeitungsbericht ‚West Germany to guarantee \$ 3 billion credit for Soviets‘ mit der der Bürgschaft der Bundesregierung für den 3 Milliarden US - Dollar Kredit durch ein westdeutsches Bankenkonsortium an die Sowjetunion. So wurde hier berichtet: „West Germany announced that it will guarantee a bank credit of about \$ 3 billion to the Soviet Union to help President Mikhail Gorbachev’s economic reform programm. Government spokesman Hans Klein said the government decided to guarantee a credit of a consortium of German banks after Gorbachev met with Helmut Kohl. „The credit guaranteed by the federal government is designed to help the Soviet economic reform program steer through a difficult transitional period“, Klein said“ (2.).

Von Interesse ist auch der Artikel „Ambivalence amid Plenty“ von Howard G. Chua – Eoan in der „Time“ vom 25. Juni 1990 über die Situation der jüdischen Gemeinden in Deutschland, in der die Erinnerung an den Holocaust zu jener Zeit noch sehr präsent war: „Without Jews there is no German identity,“ writes the West German historian Michael Wolffsohn, „without the Germans, no Jewish one.“ One of the paradoxical results of the Holocaust is that Jews and Germans are forever tied to each other in linkages in which guilt, recrimination, memory and forgetfulness convulse and contend. For most of the Jews who survived the concentration camps of Europe – as well as for many outside – the solution to psychological and physical trauma was distance from Germany and things German. ... For the majority of the survivors the answer was to abandon Germany for the U.S., Canada, Australia and especially Israel. Others would refuse even to consider setting foot on German soil. Yet Jews remain in Germany

(1.) „New York Times“; 23. Juni 1990; A 1;

(2.) „Los Angeles Times“; 23. Juni 1990; S. 7;

today. Their number is minicule, their presence barely visible – certainly nothing like the vibrant and bustling pre – Hitler communities in Berlin, Frankfurt and other cities that accounted for nearly 1% of the population before 1933. Those who have choosen to live in Germany explain their presence in many ways: a continuing sense of a shared culture, a mission to prod German conscience and memory, and business opportunities“ (1.).

Im „Orlando Sentinel“ vom 2. Juli 1990 war ein Bericht mit der Überschrift ‚World should fear Germany, Israely says‘ abgedruckt. Darin wurde über die Ängste des Präsidenten der Knesseth, Dov Shilansky, einem Holocaust – Überlebenden, vor einer deutschen Wiedervereinigung berichtet. Dazu hieß es: „The Israely Parliament speaker said Sunday that the world should be afraid of a unified Germany because a „mountain of ashes and bones“ still seperated Jews and Germans. Dov Shilansky, who lost most of his family when the Nazis killed 6 million Jews in World War II, spoke after East and West Germany merged their economies to prepare for the end of 45 years as seperate states. Shilansky told Israel radio that he made the point when he met the visiting speakers of both German parliaments last week. „I told them that seperating us from them is a mountain of ashes and bones surrounded by a river of Jewish blood and tears, and this mountain is impossible to pass“, Shilansky said. Comparing the present situation to that in Germany before the war, the 66 – year – old Holocaust survivor said: „Form e there’s no difference – East Germany, West Germany, it is the same Germany – and I believe the worry should be mainly that of the entire free world“ (2.). Dennoch gab es in Israel auch andere Stimmen, so hoffte, laut dem Zeitungsartikel, der israelische Ministerpräsident Yitzchak Shamir, auf andauernde freundschaftliche Beziehungen, zwischen dem aus seiner Sicht hoffentlich freien und demokratischen Deutschland und dem jüdischen Staat.

In der „Washington Post“ vom 7. Juli 1990 informierte Jeffrey Smith unter der Überschrift ‚Kohl’s surprising pledge called gesture to Moscow‘, die Leser über einen Vorschlag von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl auf dem NATO – Gipfel in London, England, am 6. Juli 1990, in dem dieser die drastische Reduzierung und Begrenzung der gesamtdeutschen Armee versprach. Im Wesentlichen war darüber in dem Artikel zu lesen: „The surprising pledge at the NATO meeting here by West German Chancellor Helmut Kohl to set a limit on the size of the army in a unified Germany is being seen by western officials as a bit to ease Soviet concerns about the impending unification of East and West Germany. Kohl’s proposal, endorsed by the Western

(1.) „Time“; 25. Juni 1990; S.40 f;

(2.) „Orlando Sentinel“; 2. Juli 1990; A 9;

alliance, departed from his government's previous insistence that any Western troop declaration not single out forces in a united Germany. The Germans are sensitive about any imposed measures that appear to punish the nation for its role as an aggressor in two world wars. Together with another NATO pledge that officials said will eventually lead to the elimination of all U.S. ground – based nuclear – weapons in a united Germany, the decision to limit German troops could dramatically reshape security arrangements in Central Europe“ (1.).

Am 13. Juli 1990 wurden im „Independent“ unter dem Titel ‚Britons favour European Community union and trust the Germans‘ Ergebnisse des Eurobarometer, den die Europäische Kommission herausgibt, veröffentlicht. Darin war zu der deutschen Frage zu lesen: „Sixty – four per cent were in favour of German unification while only 18 per cent opposed it. When Britons were asked how much they trusted Germans, 64 per cent had either a lot of trust or some trust in West Germans; 17 per cent had not very much and 8 per cent had no trust at all“ (2.). Aus dem Eurobarometer ging ein positives Deutschlandbild der Briten hervor. ‘

Fazit

John Eisenhower informierte am 7. Mai 1990 im „Independent“ mit dem Titel ‚Kohl declares new era after Bonn meeting‘ über den, aus der Sicht von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, erfolgreichen Start der „Zwei + Vier – Gespräche“. Den Wunsch der sowjetischen Regierung auch nach Vollzug der deutschen Wiedervereinigung über die militärische Bündniszugehörigkeit zu verhandeln, lehnte Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, laut Marc Fisher in der „Washington Post“ am 8. Mai 1990 unter der Überschrift ‚Kohl rejects Soviet negotiation poker‘, ab. Serge Schmemmann informierte die Leser der „New York Times“ am 9. Mai 1990 in seinem Bericht ‚150 Jews visit a house where genocide was born‘, über den Besuch von 150 Juden im Haus der Wannseekonferenz unter der Führung von Edgar Bronfman, dem Leiter des jüdischen Weltkongresses am Rande der erstmaligen Tagung des jüdischen Weltkongresses in Berlin. Dort wurden auch Forderungen an ein künftiges wiedervereinigtes Deutschland gerichtet, wie Charles Hofmann im „Jewish Advocate“ am 10. Mai 1990 unter dem Titel ‚WJC sets demands for united Germany‘ darlegte. ‚Germany will continue role in NATO, Kohl assures Bush‘ war die Überschrift eines Berichts von John M. Goshko in der „Washington Post“ vom 18. Mai 1990, in dem, wie in vielen anderen Zeitungen über

(1.) „Washington Post“; 7. Juli 1990; A 19;

(2.) „Independent“; 13. Juli 1990; S. 2;

den Besuch des deutschen Bundeskanzlers im Weißen Haus in Washington D. C. bei Präsident Bush berichtet wurde und dessen Versicherung einer weiteren Mitarbeit eines wiedervereinigten Deutschlands in der NATO betont wurde. Hoffnung auf einen Durchbruch in der deutschen Bündnisfrage beim Gipfeltreffen des amerikanischen Präsidenten George Herbert Walker Bush mit dem sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow weckte Peter Ridell in der „Financial Times“ vom 1. Juni 1990 in seinem Artikel ‚Superpowers raise hope of breakthrough on Germany‘. Für die Bundesregierung stellte sich nach Angaben im dem von Edward Cody in der „Washington Post“ vom 4. Juni 1990 verfassten Artikel ‚Bonn says reunification is eased‘ der Prozess der Wiedervereinigung als einfacher dar. R. W. Apple Jr berichtete unter der Schlagzeile ‚The doubts that linger‘ in der „New York Times“ vom 4. Juni 1990, dass nach dem Washingtoner Gipfel, die Frage, ob ein wiedervereinigtes Deutschland der NATO angehören könne noch nicht geklärt sei. Thomas L. Friedman informierte die Leser der „New York Times“ am 5. Juni 1990 unter der Überschrift ‚U.S. will press the Soviets to accept plan on Germany‘, von dem Ziel der US – Administration gegenüber der sowjetischen Regierung, ihre Vorstellungen zur bündnispolitischen Zukunft eines vereinten Deutschlands zu akzeptieren. Der Zeitungsbericht ‚Bush says accord on Germany issue will be incremental‘, von James Gerstenzwang vom 5. Juni 1990 im „Austin American Statesman“, erwähnte das klare Ziel der US – Außenpolitik sei, dass Deutschland in der NATO bleibe, aber stark abrüste und auf ABC – Waffenverzichte. ‚Moscow will accept a NATO Germany‘ war die Schlagzeile eines Zeitungsartikels von Colin Brown im „Independent“ vom 11. Juni 1990, in dem mitgeteilt wurde, dass dies der Eindruck der britischen Premierministerin Margaret Thatcher nach einem Besuch beim sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow gewesen sei. John Eisenhower ging in seinem Zeitungsartikel ‚Bonn denies bid to buy off Moscow‘ im „Independent“ vom 12. Juni 1990 auf geplante Milliardenhilfen der Bundesregierung für die Sowjetunion ein. In der „Washington Post“ vom 13. Juni 1990 berichtete David Remnick unter der Überschrift ‚Gorbachev shifts stance on German alliances‘, dass der sowjetische Staatspräsident doch nicht bereit war, eine Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands in der NATO zu akzeptieren. Dagegen informierte Rupert Cornwell die Leser des „Independent“ am 13. Juni 1990 unter der Titelzeile ‚Moscow shifts on NATO role on Germany‘ über eine Annäherung der sowjetischen Position an die deutsche Positionierung in Bezug auf die NATO – Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands. Mit dem verstärkten Zuzug russisch – jüdischer Migranten in die DDR beschäftigte sich Ray Moseley am 15. Juni 1990 in der

„Chicago Tribune“ in seinem Zeitungsartikel ‚Soviet Jews find a haven in East Germany‘. John Eisenhammer stellte in seinem Zeitungsartikel ‚Two – plus – four nations confident‘ im „Independent“ vom 22. Juni 1990 die Gespräche im Rahmen des „Zwei + Vier“ – Verhandlungsformats als positiv dar. Doch Robert Mauthner berichtete am 23. Juni 1990 in der „Financial Times“ in dem Artikel ‚Baker critical of Soviet plan for unified Germany‘ über Differenzen im Rahmen des Außenministertreffens der „Zwei + Vier“ – Staaten in Berlin. Viel Aufmerksamkeit zog auch weiterhin der anvisierte 5 Milliarden D – Mark Kredit eines westdeutschen Bankenkonsortium an die Sowjetunion nach sich, wie die Beispiele ‚Bonn to aid Kremlin reforms with a \$ 3 billion bank credit‘ von Ferdinand Protzman in der New York Times vom 23. Juni 1990 und ‚West Germany to guarantee \$ 3 billion credit for Soviets‘ in der „Los Angeles Times“ vom 23. Juni 1990 belegten. Der Zeitungsbericht ‚Ambivalence amid Plenty‘ von Howard G. Chua – Eoan in der „Time“ vom 25. Juni 1990 befasste sich mit der Situation der jüdischen Gemeinden in Westdeutschland. Unterschiedliche Sichtweisen aus Israel auf die deutsche Wiedervereinigung stellte der „Orlando Sentinel“ in seinem Zeitungsbericht ‚World should fear Germany, Israely says‘ vom 2. Juli 1990 dar. Über die Zustimmung der Mehrheit der Briten zur deutschen Wiedervereinigung informierte der „Independent“ am 13. Juli 1990 unter der Überschrift ‚Britons favour European Community union and trust the Germans‘.

7.1.2 Kommentare und Leserbriefe

Peter Jenkins kommentierte den Auftakt der „2 + 4 – Gespräche“ am 9. Mai 1990 im „Independent“ unter dem Titel ‚Alliances for the new order‘ im Kern: „German unification was brought a step nearer when the „Two – plus – Four“ met at ministerial level for the first time on Saturday. The Soviet plan for spinning out discussions on the international implications of unity, while bowing to the fact that the two Germanies will unite in any event, appears to have been put forward in conciliatory fashion and was received by the West in that spirit. There is intense awareness at the moment of the depths and no desire to contribute to them unnecessarily“ (1.). Für Peter Jenkins war klar, dass alle Gesprächspartner sich der Zweifel am „2 + 4 – Prozess“ bewusst waren, und dass kein Interesse bestand diese noch zu stärken.

(1.) „Independent“; 9. Mai 1990; S. 21;

Zur Debatte um die deutsche Wiedervereinigung veröffentlichte die „Newsweek“ am 14. Mai 1990 unter anderem diese Leserbriefe:

„West Germans forget that they enjoy the good life because the Western Allies poured billions of dollars of aid into rebuilding their economy after World War II. Meanwhile their East German brethren have suffered under the thumb of communism. As the saying goes „There but for the grace of God ...“

Patricia A. Skomars, Berlin, West Germany

You have written that East Germany has no „excuse“ for existing without the Berlin wall or the constitutional guarantee of a leading role for the Communist Party. If we are to take this contention seriously, what excuse do other German – speaking countries have to exist independently of the Federal Republic of Germany? That East and West participated in a unitary state for some 75 years, a state ended 45 years ago, is a poor reason to think that no other political configuration is possible or desirable for the security of Europe. Your refusal to acknowledge that East Germany, like any other state, has a right to independence is dangerous. That it may unify with West Germany is also, perhaps, its right, but this is an entirely different matter“.

Ray Lurir, Geneva, Switzerland

I think Mr Kohl of West Germany (sorry – Unified Germany) and his disciples should understand that creating boundary problems with neighbors may help them in their forthcoming elections, but will also create chaos everywhere in the world. Who knows but that one fine more reporting the Turks reclaiming their Ottoman Empire and Britains reclaiming their British Empire. So, Mr. Kohl, I suggest that in your own interest, please do not let the genie out of the bottle“.

Khizer Amin, Lahore, Pakistan (1.)

Aus den Leserbriefen in der „Newsweek“ zu der Thematik der deutschen Wiedervereinigung vom 14. Mai 1990 gingen vielfach Zweifel an einer deutschen Wiedervereinigung hervor.

Zum Gipfelthema Nummer eins, des Zusammentreffens zwischen dem 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, George Bush, und dem sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow, vom 31. Mai 1990 bis zum 3. Juni 1990, erklärte die „Baltimore Sun“ in ihrem Leitkommentar ‚Summit topic number 1: Germany‘ vom 31. Mai 1990, Deutschland. Zu der deutschen Frage war daher zu lesen: „As the summit begins, there is disagreement between Presidents Bush and Gorbachev on whether a

(1.) „Newsweek“; 14. Mai 1990; S.8;

united Germany will remain a full pledged member of NATO, with sovereign rights no different than those of its partners, or be placed under restraints that reflect age – old Russian fears of German military power. In our opinion, this is an issue on which German view, rather than American or Soviet views, are bound to prevail. Both superpowers recognized early on that they could not stop German reunification once the Berlin Wall was breached last November. While they retain „occupation rights“ that are fast becoming an anachronism, they cannot prevent Germany from fashioning its own destiny in the post – Cold War era“ (1.). Für den Leitkommentar der „Baltimore Sun“ ging die Entwicklung in der deutschen Frage eindeutig in Richtung deutsche Wiedervereinigung, was die beiden Supermächte auch bemerkt hätten.

Ebenfalls am 1. Juni 1990 war in einem Kommentar von Ronald Evans in der „Washington Post“ unter der Überschrift ‚Assurances on Germany‘ im Kern zu der Gipfelthematik Deutschland zu lesen: „Only hours before President Gorbachev stepped onto U.S. soil did President Bush and Secretary of State James Baker III correctly read what the signs long had been telling them. Moscow will not accept military membership in NATO by a unified Germany, as the United States has always assumed. What’s more, the Kremlin will insist on complete military reciprocity with the United States in any final German settlement. No matter how hard the two presidents try to paper over this seminal disagreement on the world’s biggest political question, Gorbachev’s demand for fully equality has chilled the Americans“ (2.). Der Kommentator, Ronald Evans, in der „Washington Post“, ging am 1. Juni 1990 davon aus, dass die sowjetische Staatsspitze nie eine militärische Zugehörigkeit eines wiedervereinigten Deutschlands zur NATO akzeptieren würde.

Den Washingtoner Gipfel kommentierte „Daily Telegraph“ in seinem Leitkommentar unter der Überschrift ‚A new Yalta‘ am 5. Juni 1990 so: „Churchill in his memoirs, recounts the story of how at Yalta Stalin penned his proposed division of Europe on a single sheet of paper. When the British Prime Minister suggested that the Russian leader might like to keep momentous a document, he was told. „No, you keep it“. The issues discussed in the summit which has just ended in Washington were as significant as those at Yalta, even if the approach was – mercifully – less casual. The leaders of the United States and the Soviet Union were attempting to shape what Mr Gorbachev correctly describes as the „architecture“ of Post – Cold War Europe. The Yalta blueprint lasted nearly half a century, so the gravity of the task can hardly be overstated –

(1.) „Baltimore Sun“; 31. Mai 1990; 10 A;

(2.) „Washington Post“; 1. Juni 1990; A 19;

although Mr. Gorbachev's domestic troubles did much to deflect attention from it" (1.). Zwar zog die Tageszeitung „Daily Telegraph“ in ihrem Leitkommentar, im Hinblick auf den Washingtoner Gipfel zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, George Bush, und dem sowjetischen Staats- und Parteichef, Michail Gorbatschow, Bezüge zu der Konferenz von Jalta. Doch blieb für den Leitkommentar die Frage unbeantwortet, wie das europäische Sicherheitssystem mit einem geschwächten Rußland und einem gestärkten Deutschland umgehen wollen würde.

Hugh Macdonald schrieb, in seinem Leserbrief ‚Containing a reunified Germany vom 26. Juni 1990 im „Independent“, folgendes zu der Debatte über ein möliches wiedervereinigtes Deutschland: „As a potential superpower, Germany troubled every Cabinet in Europe for 50 years before the advent of Hitler. The containment of Germany's potential and ambition was, during that period, as it may be again, the common problem which proved impervious to common resolution; even when, as with Bismark then or Genscher now, there is a German leader who understands the importance of limited aims. ... However necessary it is, secret diplomacy must not dominate this process; for if it outcomes are to avoid the tragedies of the past, it must commit Germany to a European international order whose competences, unlike those of the League of Nations, are understood and accepted by men and women in every society on this continent, and in the United States and Canada as well“.

Hugh Macdonald, Lecturer International Relations, Department of Politics, University of Nottingham

Nottingham, England (2.)

Hugh Macdonald trat dafür ein, Deutschland in einer internationalen europäischen Ordnung zu integrieren, deren Kompetenzen, von Frauen und Männern in jeder Gesellschaft auf diesem Kontinent sowie in den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada, akzeptiert würden.

Die Sinnhaftigkeit einer gesamtdeutschen NATO – Mitgliedschaft stellte Ronald Steel, in seinem Kommentar in der „New York Times“ vom 28. Juni 1990 mit dem Titel ‚Germany in NATO? – Not important‘, in Frage. Darin hieß es: „While the threat of Soviet invasion virtually vanished, with U.S. forces eventually cut by two – thirds or more, with economic rather than military power calling the tune, an evolving Europe will be far less responsive to U.S. wishes. Even Europe's reliance on U.S. nuclear protection will loosen. To contain a weakened Russia, the French and British nuclear forces, with a German voice on the board of directors, may be deterrent enough ...

(1.) „Daily Telegraph“; 5. Juni 1990; S.18;

(2.) „Independent“; 26. Juni 1990;

Thus, the current argument over whether a unified Germany should be allowed to join NATO is less important than it seems. In or out of NATO, Germany will be the major actor in tomorrow's Europe. The Europe of two superpower blocs will give way to a European entity, perhaps unified, perhaps not, in which Brussels or Berlin will carry more weight than Washington" (1.).

Im Hinblick auf die Weiterentwicklung des „Zwei + Vier – Prozesses“ schrieb die „New Yorker Staatszeitung und Herold“ in ihrer Ausgabe vom 30. Juni 1990 in ihrem Leitkommentar unter der Überschrift ‚Die Lehren von Versailles‘, dies: „In der neuen Ordnung, die erst 45 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zustande kommt, darf es für keinen Staat eine wie auch immer geartete „Sonderrolle“ geben, weder, für das künftige vereinigte Deutschland noch für die Sowjetunion, die im Rahmen des deutschen Einigungsprozesses wohl die meisten Zugeständnisse wird machen müssen. Neue Strukturen sind vielmehr gefragt, auch wenn darunter manche aus der Nachkriegsordnung seit 1945 stammen mehr oder weniger deutlich verändert werden. Die Nachkriegsordnung hat sich immerhin bewährt, im Gegensatz zur Versailler Friedensordnung und den nachfolgenden Versuchen vieler Staaten, Bündnisse und Verträge miteinander unter Dach und Fach zu bringen. Das ist wohl auch der Grund, warum der jüngste Vorschlag Schewardnadses wenig Chancen hat, Realität zu werden. Was der sowjetische Außenminister am Wochenende in Ost – Berlin vortrug, enthält Elemente eines Friedensvertrages, die die Sowjetunion festschreiben will, während sich die vier Mächte längst darauf verständigt haben, die neue Ordnung ohne Friedensvertrag in Kraft zu setzen, auch dies wieder in Erinnerung an Versailles“ (2.). Der Zeitungsartikelabschnitt zeigte eindrucksvoll auf, wie sehr die Erinnerung an die Friedensverträge von Versailles nach dem ersten Weltkrieg mit ihren dramatischen Folgen die „Zwei + Vier – Verhandlungen“ noch 1990 leiteten.

Am 1. Juli 1990 war im „Sunday Telegraph“ von Bruce Anderson der Artikel ‚The German conquest‘ zu lesen. Er schrieb vor allem: „Germany has won the struggle for the mastery of Western Europe. Buoyed up by unification, the Germans are now psychologically ready to convert economic strength into political leadership. And Bankkrieg is even more effective than Blitzkrieg, for it cannot be thwarted by the English. Deutschmark über Alles. ... The Germans may not be celebrating unification with huge public displays of patriotism, but the effect on their psyche has been profound. The combination of nationalism with a movement for democracy and human

(1.) „New York Times“; 28. Juni 1990; A 25;

(2.) „New Yorker Staatszeitung und Herold“; 30. Juni 1990; S. 3;

rights has always been potent, as 19th – century European history demonstrates. It was only by rejoining the German nation that the East Germans have been able to free themselves. For many Germans, this has vindicated their German national identity. ... The rest of Europe will be trying to cope with this new German confidence. This is nowhere more true than in the East; the struggle for the mystery of Eastern Europe is about to begin“ (1.). Der Autor dieses „Sunday Telegraph“ – Kommentars sah ein angebliches neues deutsches Selbstvertrauen als Herausforderung für das restliche Europa an.

Über den am 5. und 6. Juli 1990 in London, England stattfindenden NATO – Gipfel meinte Jeffrey Smith in einer Analyse für die „Washington Post“ vom 6. Juli 1990 mit dem Titel ‚Power shifts presages‘ unter anderem: „Behind the bargaining at the NATO summit this week lies a major shift that has take place in the 16 – nation alliance over the past year. West Germany is up and calling many of the shots Britain and France are down and gumbling, and the United States is in the middle, trying to keep everybody happy. On the aidelines is an unlikely but important kibbitzer: NATO’s former adversary, the Soviet Union. The new tilt toward Bonn was evident as Western nations accepted despite misgivings in some cases, West Germany’s position in their opening summit statement on the future of NATO. President Bush won broad support for a series of initiatives explicitly proposed in deference to the special political and military needs of a unified Germany to the Western desires to win Soviet approval for Germany’s continued membership in NATO officials here said. It was a pairing of interests of the new superpower, Germany, with an old one, the United States, that shapped the new NATO consensus“ (2.). Für Jeffrey Smith standen alle NATO – Staaten mit Ausnahme von Großbritannien im Wesentlichen hinter der von der Bundesregierung und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika forcierten polititischen Strategie das Militärbündnis weg von der militärischen Strategie des kalten Krieges zu führen.

In der „Newsweek“ vom 9. Juli 1990 setzte sich Michael Meyer in seinem Zeitungsartikel „The Myth of German Unity“ mit dem Mythos der deutschen Einigung auseinander, da besonders Unterschiede zwischen Ost und West weiter bestehen würden. So schrieb er: „The German Question has thus been reincarnated in new form. The problem? The Federal Republic is prosperous, tolerant and solidly democratic. The German Democratic Republic is impoverished, intolerant and undemocratic – a product of oppresion on the one hand ideological condicioning on the other. Now they will

(1.) „Sunday Telgraph“; 1. Juli 1990;

(2.) „Washington Post“; 6. Juli 1990; A 28;

merge, out to become what? No one knows. The new Germany will be as much an enigma for the Germans as for the rest of us". (1.). Weiter berichtete der Journalist, dass laut Meinungsumfragen für viele Westdeutsche die Wiedervereinigung zu schnell verlaufe. Besonders die Jüngeren und Gebildeteren hinterfragen, ob diese überhaupt vollzogen werden solle. Im weiteren Verlauf des Artikels wurde von ausländerfeindlichen Zwischenfällen in Ostdeutschland berichtet. Außerdem wurde aufgrund der Meinung der Ostdeutschen, dass der Staat eine große Verantwortung für soziale Fürsorge habe, die Meinung wiedergegeben, dass Deutschland politisch nach links rücken werde. Insgesamt wurde die Passivität der Deutschen kritisch gesehen. Zuletzt kommentierte Michael Meyer noch, dass die Sorge bestünde, dass eine Art neuer Führungskult entstünde, wenngleich das Bestreben nach einem Vierten Reich nicht vorhanden sei. Dies würde aber trotzdem einen Schritt zurück bedeuten.

In der „Newsweek“ standen am 6. August 1990 diese Leserbriefe, die sich mit der Thematik der deutschen Einheit befassten und auf den Zeitungsartikel von Michael Meyer vom 9. Juli 1990 bezogen:

„Michael Meyer explains the East German longing for unity only in economic terms („The myth of German unity“, Europe, July 9). I should have invited him along on my trips to East Germany, a country he characterizes as intolerant and undemocratic. It's a shame he couldn't experience the numerous signs of patriotism and sincere gestures of friendship I came across. For instance, in December 1989 I was welcomed by a woman in a village near the border. She presented me with little bottles of beer and sausages, confessing tenderly: „We are one people“. I'm happy for the historical chance of unity with such sensitive people“.

Rolf Joachim Siegen, Cologne, West Germany

„Your article on German reunification is based on too few and rather questionable views and convictions and, as such comes to the wrong conclusion that the new Germany will be one nation but two peoples. These generalizations seem inexcusably happy – go – lucky. As an old German who has watched and studied closely the events in East and West Germany since the blessings of the Third Reich stopped, I feel obliged to correct the impression you convey to your readers. What is true is this; the great majority of Germans in the GDR, like their Western counterparts, believe that they are one people. To say that after 45 years the two societies have grown apart

(1.) Newsweek, 9. Juli 1990; S.12;

believes a very superficial way of judging the political, social and cultural background of present – day Germany and German history“.

Wolfgang Quittnat, Lehrte, West Germany

„There is no denying that 40 years of political repression in the German Democratic Republic have influenced the people’s way of life. But at the same time the East Germans have become very much aware of their personal predicament and the political development of the world beyond the wall. It was this very limitation of personal and political freedom that finally made them turn against their totalitarian government. Reducing this powerful collective movement to „Mercedes democracy“, as your correspondent does, is an insult to all those in East Germany who staked their lives for the sake of freedom. In five or 10 years’ time, the Germans east and west of the river Elbe will be as similar as the Germans north and south of the river Main, which divides Germany into its northern and southern halves. If there is one German question left open, it is whether or not the Germans will really succeed in overcoming their authoritarian character, which was the cause of so many evils in the past century. I am sure they will“

Peter Horr, Dreieich, West Germany (1.)

Die Leserbriefschreiber, die alle aus Deutschland stammten, stellten Michael Meyer ein insgesamt positives Deutschlandbild entgegen.

Am 16. Juli 1990 setzte die „Time“ die Veröffentlichung von Leserbriefen zu der Thematik „Deutsche Wiedervereinigung“ fort:

„Following World War II Germany was in social and economic ruin. Once again there will soon be one big Germany, the new superpower of Europe. All this happened in a very short period of history. No one can be really happy about German unity; it’s unfair to the ones who died and fought for freedom and their families.“

Ezequiel Szafir, Buenos Aires (2.)

Ezequiel Szafir äußerte sich in dem Leserbrief in der „Time“ vom 16. Juli 1990 zu der im Raum stehenden Wiedervereinigung sehr negativ.

Fazit

Peter Jenkins meinte im „Independent“ unter der Überschrift ‚Alliances for the new order‘ am 9. Mai 1990, dass sich alle Teilnehmer des „Zwei + Vier – Prozesses“ hinsichtlich der Zweifel an den Fragen der Bündniszugehörigkeit eines

(1.) Newsweek, 6. August 1990;

(2.) „Time“, 16. Juli 1990;

wiedervereinigten Deutschlands bewusst waren. ‚Summit topic number 1: Germany‘ war die Überschrift eines Leitkommentars vom 31. Mai 1990 in der „Baltimore Sun“, der die deutsche Frage zum Hauptthema des Gipfeltreffens zwischen dem sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow und dem 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika George Herbert Walker Bush vom 31. Mai 1990 bis 3. Juni 1990 erklärte. Mit der Überschrift ‚A new Yalta‘ wartete am 5. Juni 1990 der britische „Daily Telegraph“ zu den Ergebnissen des vorangegangenen Washingtoner Gipfels auf, bei dem für den Leitkommentar letztlich die Frage der Zukunft des europäischen Sicherheitssystems unbeantwortet blieb. Die deutsche NATO – Mitgliedschaft stellte Ronald Steel, in der „New York Times“ vom 28. Juni 1990 mit dem Titel ‚Germany in NATO? – Not important‘, sogar in Frage. Analytisch kommentierte Jeffrey Smith unter dem Titel ‚Power shifts presages‘ den NATO – Gipfel vom 5. und 6. Juli 1990 in London in der „Washington Post“ am 6. Juli 1990. Michael Meyer beschäftigte sich in seinem Zeitungsartikel ‚The Myth of German Unity‘ in der „Newsweek“ vom 9. Juli 1990 mit dem Mythos der deutschen Einheit. Auch der in diesem Kapitel analysierte Berichterstattungszeitraum von Mitte Mai bis Mitte Juli 1990 war sowohl in den analysierten Zeitungsartikeln als auch in den Kommentaren sehr vielfältig. Auffällig war, dass sich in der jüdischen Berichterstattung der jüdische Weltkongress und der israelische Ministerpräsident mit der deutschen Wiedervereinigung abzufinden schienen. Dennoch traten bei einigen Zeitungskommentatoren und Leserbriefschreibern nach wie vor Vorbehalte hervor. Von besonderem Interesse ist die Berichterstattung über das Gipfeltreffen zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, George Bush, und dem sowjetischen Staatspräsidenten, Michail Gorbatschow. Bezüglich der Lösung der Frage der militärischen Bündniszugehörigkeit eines wiedervereinigten Deutschlands wurden in dieses Gipfeltreffen große Hoffnungen gesteckt. Ob diese Hoffnungen während des Gipfels erfüllt wurden, darüber waren die Reaktionen in den Printmedien unterschiedlich, auch wenn sich mit Einschränkungen eine Annäherung der sowjetischen Position an die der Bundesregierung, der NATO und der US – Regierung, den Printmedien zur Folge, gerade auch in den Wochen nach dem Gipfeltreffen, mehr und mehr abzeichnete. Laut dem 1997 veröffentlichten Buch der damaligen Präsidentenberaterin im Nationalen Sicherheitsrat und späteren amerikanischen Außenministerin Condoleezza Rice ‚Sternstunde der Diplomatie‘, war bezüglich der Behandlung der deutschen Bündnisfrage dieser Dialog zwischen dem sowjetischen

Staatspräsidenten und dem US – Präsidenten zu lesen: „George Bush: „Gemäß der KSZE – Schlussakte hätten alle Staaten das Recht, ihre Bündniszugehörigkeit frei zu wählen. Also sollte auch Deutschland selbst entscheiden dürfen, welchem Bündnis es sich anschließen wolle. Dies sei doch richtig“? Gorbatschow nickte und pflichtete Bush bei. ... George Bush: „Ich freue mich, dass sie offenbar mit mir darin übereinstimmen, dass jedes Land sein Bündnis frei wählen kann“. „Wir formulieren also wie folgt“, erwiderte Gorbatschow. „Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sprechen sich dafür aus, ... dem vereinten Deutschland selbst die Entscheidung zu überlassen, zu welchem Bündnis es gehören will“. Bush schlug eine etwas andere Formulierung vor: „Die Vereinigten Staaten sprechen sich eindeutig für eine Mitgliedschaft des vereinten Deutschland in der NATO aus, allerdings werden wir, falls es sich anders entscheiden sollte, die Entscheidung nicht anfechten, sondern tolerieren“. Gorbatschow war einverstanden“ (1.). Nach diesem, in dem Buch von Condoleezza Rice, wiedergegebenen Dialog, hatte der sowjetische Staatspräsident, Michail Gorbatschow, bereits beim Gipfeltreffen in Washington im Grundsatz eine Mitgliedschaft eines wiedervereinten Deutschlands in der NATO akzeptiert, sofern sich das vereinte Deutschland aufgrund seines völkerrechtlich garantierten Selbstbestimmungsrechts sich dafür entschiede, ohne dass diese Aussage ihrer Tragweite entsprechend in der internationalen Öffentlichkeit vermittelt wurde. Möglicherweise lag dies auch an den diplomatisch zurückhaltenden Äußerungen von U.S. - Präsident Bush und dem sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow, zur deutschen Militärbündniszugehörigkeit, auch wenn implizit, das, in dem von Condoleezza Rice beschriebenen Dialog vereinbarte, zum Ende des Gipfeltreffens auf einer Pressekonferenz, wie sie aus den Unterlagen zu dieser Pressekonferenz von Seiten des 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu ersehen ist, zum Ausdruck kam. So ist diesen Unterlagen unter anderem zu entnehmen: „George Bush: „On the matter of Germany’s external alliances, I believe, as do Chancellor Kohl and numbers of the Alliance, that the united Germany should be a full member of NATO. President Gorbachev, frankly, does not hold that view. But we are in full agreement that the matter of Alliance membership is, in accordance with the Helsinki Final Act, a matter for the Germans to decide. And we’ve got collective decisions to take with NATO allies on matters of this nature, but we in the final analysis, it’s the question for Germany to decide that. And may be we’ve closer on that but I would defer on

(1.) Rice, Condoleezza; 1997; S. 384;

President Gorbachev“ (1.). Der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow wird dazu im Anschluss im Kern so wiedergegeben: „We’re not insisting that it should be an option of the Soviet Union. We are not saying that this should be a version by the United States of America or anybody else’s option. What we are talking about is an option or a solution of external problems related to German unification“ (1.). Weitergehend als die in der Dissertation abgebildete Berichterstattung ging auch die Kommentierung des Gesprächs und dessen Hintergründe in Bezug auf die deutsche Wiedervereinigung zwischen dem sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow und dem 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika George Herbert Walker Bush bei ihrem Gipfeltreffen am 31. Mai 1990 im Weissen Haus in Washington D.C. durch Andreas Rödder in seinem Buch „Geschichte der deutschen Wiedervereinigung“ nicht. So schrieb der Historiker dort, „am 31. Mai 1990 wurde in Washington der Durchbruch in der Bündnisfrage erzielt, wobei diese seiner Auffassung nach, aufgrund Gorbatschows Sprunghaftigkeit noch nicht unumkehrbar war“ (2.).

7.2 Ridley – Affäre und die Vorgeschichte des Treffens von Chequers

7.2.1 Berichterstattung

Die Hauptschlagzeile des „Independent“ vom 13. Juli 1990 lautete ‚Beleaguered Ridley expected to quit‘. In dem Zeitungsbericht von Anthony Bevins war zu lesen: „The ministerial days of Nicholas Ridley, Secretary for Trade and Industry and the Prime Minister’s closest remaining Cabinet ally, were said to be numbered last night after White hall and Westminster colleagues condemned his intemperate onslaught against Britain’s European Community partners. In an interview for „Spectator“, Mr Ridley spoke contemptuously of bossy Germans attempting an European Community takeover with the backing of French poodles. Referring to reject politicians on the European – Commission, and a surpine Euro – Parliament, he said: „I am not against

(1)National Security Council; George Herbert Walker Bush Presidential Records; 3. Juni 1990; « GHW Bush Library »

(2)Rödder, Andreas; 2011; S. 78;

giving up sovereignty in principle, but not to this a lot. You might as well give it to Adolf Hitler, frankly“ (1.). Anthony Bevins ging in seinem Zeitungsbericht davon aus, dass Handelsminister Ridley, aufgrund seiner Ausfälle gegen die europäische Gemeinschaft und besonders gegen Deutschland und Frankreich würde zurücktreten müssen.

Für ihre Verhältnisse sehr ausführlich widmete sich die englische Boulevardzeitschrift „Sun“ der Ridley – Affäre. Unter der Überschrift ‚It’s war – Germans demand Ridley’s sacking over Hitler storm‘ war in dem Artikel von Simon Walters vom 13. Juli 1990 zu lesen: Germans last night accused Trade and Industry Secretary Nicholas Ridley of declaring war with a „scandalous jibe“ about Hitler. They claimed he was comparing their leader Chancellor Helmut Kohl with the Nazi monster, and demanded Mr Ridley’s sacking. The bitter row exploded after Mr Ridley claimed Germany was trying to take over Europe, and predicted a bloody revolution. He added: „You might just as well give it to Adolf Hitler, frankly“. Mr Ridley later apologised for the attack in the Spectator magazine, but the damage was done. Dr. Kohl’s office described the Minister’s remarks as „scandalous and insulting“. A leading MP in Dr. Kohl’s Christian Democrat party, Klaus Daweke, 47, said: „Ridley is trying to find a foreign enemy to distract from the troubles at home. In the old days that meant war. Ridley has declared war verbally“. Mr Daweke added: „Ridley is worse than the British football hooligans“ (1.). In der „Sun“ wurde die bundesdeutsche Reaktion auf das Ridley – Interview im „Spectator“ so dargestellt, als habe man in Deutschland empfunden, das Nicholas Ridley Deutschland den Krieg erklärt habe.

Über den folgenden Rücktritt des Handelsministers Nicholas Ridley berichtete Trevor Kavanagh in der „Sun“ mit dem Titel ‚Over – the – top Ridley blew Maggie’s plan‘ am 13. Juli 1990: „Premier Mrs Thatcher knew in advance about meverick Trade Secretary Nick Ridley’s decision to lash German domination of Europe, it emerged last night. At a recent Downing Street meeting, she gave him the go – ahead to express Government fears about German expansion. But the plan backfired when Mr Ridley went over the top in the „kraut bashing“ interview in yesterday’s edition of the Tory „Spectator“. The first Mrs Thatcher heard of it was when she turned on the radio after flying back from the World Economic Summit yesterday morning. She hit the roof as Mr. Ridley wrecked her „charm offensive“ by likening German leaders to Hitler recalling the concentration camps of Ausschwitz. Within minutes, she ordered officials to track down Mr Ridley in

(1.) „Independent“; 13. Juli 1990; S.1;

(2.) „Sun“; 13. Juli 1990; S.1;

Hungary and tell him to issue a grovelling spology and „unequivocal withdrawal“. He said: „On reflection I very much regret the remarks and unreservedly withdraw them“. Mrs Thatcher issued an official rebuke, insisting his views were „not Government policy – and not mine either“ (2.). In diesem Zeitungsbericht wurde die Sachlage so dargestellt, als habe Nicholas Ridley in dem Interview den Auftrag von der britischen Premierministerin Thatcher gehabt, die Bedenken der britischen Regierung vor einer deutschen Expansion zum Ausdruck zu bringen. Doch sei er ihr mit seinen Äußerungen zu weit gegangen.

Im Zuge der Ridley – Affäre, fand nochmals eine weitaus größere Beachtung, dass Margaret Thatcher im Landhaus der britischen Premierminister in Chequers ein Seminar über den Charakter der Deutschen hatte schon am 24. März 1990 abhalten lassen. Unter der Titelzeile ‚Thatcher briefed fear on Bonn‘ schrieb Marc Fisher in der „Washington Post“ vom 16. Juli 1990 dazu: „Three months before her trade minister’s tirade against West Germany and the European Community, British Prime Minister Margaret Thatcher convened a secret seminar where she heard a similarly skeptical view of the German character. Meeting at Chequers, Thatcher’s country retreat, five top British and American experts on Germany said some of the same things that cost Nicholas Ridley the job, according to a confidential memo describing the March 24 seminar that surfaced in London’s Sunday Independent newspaper and West Germanys „Der Spiegel“ newspaper magazine. The academics said the Germans suffer from „anxiety, aggression, arrogance, lack of consideration, smugness, an inferiority complex and sentimentality“, according to a summary of the meeting written by Thatcher’s top policy advicer, Charles Powell“ (2.). In diesem Seminar wurden, laut Marc Fisher, negative Punkte von Akademikern über die Deutschen herausgearbeitet, über deren zugespitzte Äußerung drei Monate später Nicholas Ridley stürzte.

Von Interesse ist, wie die britische Premierministerin Margaret Thatcher schließlich die Haltung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zur Ridley – Affäre interpretierte. Antony Bevins schilderte dies unter der Schlagzeile ‚Thatcher cites Kohl to critics‘ im „Independent“ vom 18. Juli 1990: „The Prime Minister yesterday invoked Helmut Kohl to deflect criticism of the Government’s alleged anti – German stance in the light of the Ridley affair. After a highly personal paliamentary row with Roy Hattersley, Labours deputy leader, Margaret Thatcher pointed out that Chancellor Kohl had told an earlier press conference „that he understood the concerns – especially on the part of Britain –

(1)„Sun“; 13. Juli 1990; S. 2;

(2)„Washington Post“; 16. Juli 1990; A 1;

of those whose entire national existence had been at stake in the fight against Hitler. „He went on to say that he had not taken Mr Ridley's comments amiss - the man has been punished enough“. Mrs Thatcher added that all concerned agreed on the wisdom of learning the lessons of history“ (1.). Nach Angaben von Antony Bevin, hob die britische Premierministerin Margaret Thatcher hervor, dass Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl Verständnis für diejenigen, besonders in Großbritannien, hatte, deren nationale Existenz im Kampf gegen Hitler herausgefordert worden war, und dass er gegenüber Nicholas Ridley nicht nachtragend sei. Wichtig für Margaret Thatcher war auch, dass alle Betroffenen darin übereinstimmten, von der Weisheit aus der Geschichte gelernt zu haben.

Fazit

Auf viel Beachtung in den Printmedien vor allem im Vereinigten Königreich aber auch in den Vereinigten Staaten von Amerika stieß das Interview des seinerzeitigen britischen Handelsminister Nicholas Ridley mit dem konservativen „Spectator“, indem er den Deutschen vorhielt mit ihren französischen Puddeln Europa übernehmen zu wollen und gleichzeitig sich dagegen Aussprach irgendwelche britische Souveränitätsrechte an die Europäische Gemeinschaft abzutreten, da man diese dann auch hätte an Hitler abtreten können. Anthony Bevin rechnete in seinem Zeitungsartikel im „Independent“ vom 13. Juli 1990 unter der Überschrift ‚Beleaguered Ridley expected to quit‘ mit dem Rücktritt des Politikers. Laut der Boulevardzeitschrift „Sun“, wäre für deutsche Politiker, dass Ridley – Interview in früheren Zeiten eine Kriegserklärung gewesen, wie Simon Walters in seinem Zeitungsartikel ‚It's war – Germans demand Ridley's sacking over Hitler storm‘ am 13. Juli 1990 schrieb. Die Gründe für den Rücktritt des Ministers stellte schließlich Trevor Kavanagh in der „Sun“ mit dem Titel ‚Over – the – top Ridley blew Maggie's plan‘ am 13. Juli 1990 dar. Viel Beachtung fand im Zusammenhang mit der Ridley – Affäre noch einmal ein Seminar, dass die britische Premierministerin am 24. März 1990 im Landhaus der britischen Premierminister in Chequers über den Charakter der Deutschen abhalten ließ, worüber auch Marc Fisher, in der „Washington Post“ am 16. Juli 1990 unter der Überschrift ‚Thatcher briefed fear on Bonn‘, informierte.

(1.) „Independent“, 18. Juli 1990; S. 1;

7.2.2 Kommentare und Leserbriefe

Sir Ralf Dahrendorf meinte in seinem Kommentar ‚Going back to the future‘ zu der Ridley – Affäre im „Evening Standard“ vom 13. Juli 1990 im Besonderen: „If Mr Ridley does not believe that Germany will ever change, it is hard to believe that his apparent commitment to Poland and Czechoslovakia is serious. Then there is the issue of Europe. It would have been better if a backbencher had made Mr Ridley's points for if a government makes them, the whole country pays for their intemperateness in international confidence. Trade and industry will certainly not benefit from these attacks on the Commission, on European partners, and on the President of the German Bundesbank, Karl Otto Pöhl. Mr Ridley fears that „Herr Pöhl and the Bundesbank“ will boss Britain about, and that is why Germany wants European Monetary Union. He has obviously not listened to Herr Pöhl. The fact is not that the Bundesbank is not very eager to see Britain in any European monetary arrangement. Herr Pöhl would prefer a two – tier Europe with Britain looking on from the second tier. It was Mr Ridley's colleague, the Chancellor of the Exchequer, who insisted on joint progress in monetary matters. Thus it would seem that Mr Ridley is in fact defending Herr Pöhl's corner and fighting his own Cabinet Colleagues“ (1.). Sir Ralf Dahrendorf meinte, dass Nicholas Ridley den britischen Interessen geschadet habe. Außerdem verwies er darauf, dass der von Ridley angegriffene Bundesbankpräsident Karl – Otto Pöhl, Großbritannien gar nicht in einer gemeinsamen europäischen Währungsunion sehen wollte, wie von Nicolas Ridley behauptet, sondern dies der Wunsch seines Kabinettskollegen, dem Schatzkanzler und späteren britischen Premierminister John Major entsprach.

Im Leitkommentar des „Independent“ vom 14. Juli 1990 war, zu der Ridley – Affäre mit der Überschrift ‚Ridley's inferiority complex‘, zu lesen: „It would be a pity if the Ridley row strengthened existing misconceptions about the German economic success. The British tend to assume that because German manufacturing industry is the most efficient and productive in Europe, the Germans are better served by their economy as a whole, and enjoy a standard of living that reflects a gross national product between 40 and 50 percent higher than Britain's. The truth is more complicated. The essential difference is that West Germany is a producer society, while Britain is a consumer society: the British are not so much a nation of shopkeepers as of shoppers. Our balance of payments, constantly in huge deficit, is a monument to the national appetite for consumer goods, and to the failure of the British economy to produce enough of the

(1.) „Evening Standard“; 13. Juli 1990; S. 7;

right ones. The German surplus offers a mirror image“ (1.). Der Leitkommentar des „Independent“ versuchte durch die Darstellung der wirtschaftlichen Stärke Westdeutschlands im Vergleich zur britischen Wirtschaft zu untermauern, worin die wirtschaftliche Stärke begründet war. Vor allem wurde hervorgehoben, dass Westdeutschland eine Industriegesellschaft sei, während die britische Gesellschaft mehr konsumorientiert sei.

Zu der Ridley – Affäre waren am 14. Juli 1990 unter der Überschrift ‚Ridley’s intellectual hooliganism‘ folgende Leserbriefe im „Independent“ abgedruckt“:

„If an ambassador or a civil servant had published an article one quarter as outrageous as that of Nicholas Ridley he would of course have been instantly dismissed, and rightly so. Mr Ridley’s responsibilities are greater than those of any civil servant, the harm he has done is correspondingly greater, and the necessity for his dismissal is commensurat. No unreserved withdrawal would save a civil servant, and it should not save Mr Ridley. Listening to Mrs Thatcher’s comments during Prime Minister’s questions, I was astonished not to hear a singleword of appology for the deeply wounding insults her colleague has directed a tour allies and the European Commisioners. I hope she will soon rectify this, publicly“

William Hayter, Stanton St John, Oxfordshire, The writer was ambassador to the Soviet Union, 1953 – 57.

„As a British citizen working in West Germany, I wish to register my disgust and my dismay at the remarks of one of our leading politicians, Nicholas Ridley. My German colleagues were shocked that such views are still to be found 45 years after the Second World War and in an era when the member countries of the European Community have chosen to participate in the unification of Europe. During the World Cup we heard so much about British hooligans and how they damage our reputation abroad. How much greater is the damage when intellectual hooliganism is practised by a member of the Government. Mr Ridley is seen by the citizens of Europe as a representative of the British people and as such speaks in our name. Can we really accept his views as our views?“

John Robinson, Riedstadt, West Germany

„Last autumn as the dominoes fell in Eastern Europe and Mikhail Gorbachev took no action to stop them it was speculated that the hawks in Moscow would be complaining that the Russian gains from the Second World War were being thrown away. I in no way condone the opinions expressed by Nicholas Ridley but it occurs to me that he

(1)„Independent“, 14. Juli 1990;

may be taking a complementary view that of the Moscow hawks. If so, then an admittedly contentious view of Europe 45 years after the end of the war would be that in the long run Britain has lost, likewise Russia, but Germany is close to achieving the domination they sought in the 1930s“.

J. Edwarde, Redhill, Surrey (1.)

Die Leserbriefschreiber hier kritisierten überwiegend die Äußerungen von Nicholas Ridley.

Im Leitkommentar des „Sunday Telegraph“ mit dem Titel ‚Mr Ridleys buffooneries‘ vom 15. Juli 1990, war zu der Ridley – Affäre zu lesen: „The most unforgivable thing Mr Ridley has done has been to queer the pitch for those of us who are worried – on saner grounds than he is – about German unification. As the two Germanies have moved towards each other, this page, almost alone in British quality press, has been sounding, what might be turn a measured alarm. We have been worried about a united Germany dominating an increasingly federal European Community into which much of the British officialdom wants to incorporate this country. And we have been worried about a united Germany coming into conflict with Eastern Europe, or feeling that it must somehow involve itself in that region – a region into whose struggles the bigger powers have so often been drawn. One can be concerned about developments without believing that the present West Germany’s model institutions are going to be eroded once Germany is unified. A big country must involve itself in the affairs of a smaller neighbour, for fear that another big nation – and therefore a rival – might do so.“ (2.). Der Leitkommentar des „Sunday Telegraph“ äußerte sich inhaltlich zwar verständnisvoll zu den Äußerungen von Nicholas Ridley, distanzierte sich aber von der Art und Weise wie der Handelsminister seine Argumente vorgebracht hatte.

Am 15. Juli 1990 brachte Craig R. Whitney in der „New York Times“ zum Rücktritt des britischen Handelsministers Nicholas Ridley, aufgrund seiner hetzerischen Äußerungen gegen Europa und die Deutschen, den Zeitungskommentar ‚A Thatcher ally quits amid furor‘. Darin war im Kern zu lesen: „Prime Minister Margaret Thatcher’s closet Cabinet ally resigned on the third day of a controversy over an interview in which he denounced European monetary union as a „German racket designed to take over the whole Europe“. ... The Prime ministers acceptance of the resignation suggests an awareness that no leader of the Conservative party or of Britain could effectively continue in office

(1.) „Independent“; 14. Juli 1990; S.17;

(2.) „Sunday Telegraph“; 15. Juli 1990; S.20;

with a Cabinet secretary appearing to have such outspoken anti – German views, particularly as Europe moves toward fuller political and economic integration by 1993. European governments officially deplored Mr Ridley's judgement in speaking out in an interview with „Spectator“ magazine and an aide to Chancellor Helmut Kohl in Bonn demanded that the remarks be disvowed“ (1.). Für Craig E. Whitney konnte kein britischer Premierminister einen Minister mit solch deutschlandfeindlichen Einstellungen im Amt lassen.

Zum Rücktritt von Handelsminister Nicholas Ridley schrieb Anthony Bevins unter dem Titel ‚Ridley quits to defend his integrity‘ am 16. Juli 1990 im „Independent“ vor allem: „After a stout rearguard action against the inevitable, Nicholas Ridley resigned as Secretary of State for Trade and Industry on Saturday because his integrity could not have survived further humiliating scrutiny of his views on the German threat to the European Community. Margaret Thatcher moved swiftly to replace him with another close supporter, Peter Liley, Financial Secretary to the Treasury. But the political consensus yesterday was that the balance of Cabinet had been further tilted towards those more strongly committed to European integration“ (1.). Anthony Bevins analysierte, dass mit dem Ausscheiden von Nicholas Ridley die britische Regierung europafreundlicher geworden wäre.

Verständnisvoll kommentierte die „Church of England Newspaper“ die Äußerungen des zurückgetretenen Handelsminister Nicholas Ridley am 20. Juli 1990 unter der Kommentarüberschrift ‚Mr Ridley's revealing interview‘. So war beispielsweise zu lesen, dass der Handelsminister die tiefe Wahrheit über Deutschland, über seine historische und gegenwärtige Macht in Europa, und dass 90 % im Grundsatz mit Nicholas Ridley übereinstimmen (2.).

Unterschiedliche Sichtweisen zu den Äußerungen des zurückgetretenen Handelsministers Nicholas Ridley veröffentlichte Simon Roker unter dem Titel ‚Ridley's comments spark Board row‘ im „Jewish Chronicle“ vom 20. Juli 1990. So war darin zu lesen: „An elderli rabbi was shouted down at the Board of Deputies on Sunday when he asked the „Jewish community to give its congratulations to Mr Nicholas Ridley for his remarks on Germany. Cries of „No, no“ swamped 78 – year old Rabbi Myer Frydman's call for support for the former Trade and Industry Ministers outspoken attack on Germans ambitions in Europe. „In view of the situation in the world, especially with

(1)„New York Times“; 15. Juli 1990; A 9;

(2)„Independent“; 16. Juli 1990; S.2;

(3)„Church of England Newspaper“; 20. Juli 1990; S. 2;

Nazism raising its head everywhere, especially in Poland, I think the community should congratulate Mr Nicholas Ridley on his outspokenness“, said. ... On Monday , Sir Sigmund Steinberg, chairman of the executive committee of the International Council of Christians and Jews, issued a statement praising West Germany as an opponent of racism and claiming that Mr Ridley’s remarks helped „the forces of antisemitism“. Sir Sigmund said that the country was a positive committed partner in the fight against racism and antisemitism. To denigrate them, as did Mr Ridley, is to help the forces of ... racialism and of antisemitism. „One cannot forgive Hitler’s Germany or forget what happened but ... successive post – war Federal Republic Governments have done more than those in any other country to establish racial harmony“ (1.).

Am 21. Juli 1990 brachte die „New Yorker Staatszeitung und Herold“ folgenden Zeitungsartikel mit der Schlagzeile ‚Rücktritt eines Deutschenhassers‘ zur Ridley – Affäre heraus. Darin war im Kern zu lesen: „Sechs Stunden nach einem 15 – minütigen Telefongespräch mit Premierministerin Thatcher gab am Wochenende Nicholas Ridley seinen Rücktritt bekannt. ... Seine Äußerungen in einem Interview mit der Wochenzeitschrift „Spectator“ über Deutschland, das die Europäische Gemeinschaft schlucken wolle, und über die Europäische Kommission, die aus abgehalfterten Politikern bestünde, machten die Position des Ministers zuletzt unhaltbar, obwohl rechte Kreise in seiner Partei ihn zum Bleiben aufgefordert hatten. In seinem Abschiedsbrief an Frau Thatcher bestreitet Ridley den Eindruck, dass er das heutige Deutschland mit der Vergangenheit assoziiere. „Dies ist nicht meine Auffassung“. Er wiederholt jedoch seinen Widerstand gegen eine europäische Währungsunion und meinte: „Ich glaube, dass die in diesem Brief geäußerten Ansichten weitgehend mit denen der Regierung übereinstimmen“ (2.). Für sich spricht in diesem Zeitungsbericht, dass Nicholas Ridley in seinem zitierten Abschiedsbrief an die britische Premierministerin Thatcher vorgab, besonders im Hinblick auf seine Europaschelte, die Haltung der Regierung zu vertreten.

Fazit

Sir Ralf Dahrendorf äußerte im “Evening Standard“ vom 13. Juli 1990 unter der Überschrift ‚Going back to the future‘ die Ansicht, dass Nicholas Ridley, mit seinen Verbalinjurien gegen Deutschland und den europäischen Integrationsprozess, den

(1.) „Jewish Chronicle“; 20. Juli 1990; S. 7;

(2.) New Yorker Staatszeitung und Herold; 21. Juli 1990; S.1;

britischen Interessen geschadet hätte. Auch der Leitkommentar des „Independent“ vom 14. Juli 1990 stellte unter der Überschrift ‚Ridley’s inferiority complex‘, dessen Äußerungen gegen Deutschland und die europäische Integration kritisch dar. Auch unter den Leserbriefschreibern des „Independent“ unter der Überschrift ‚Ridley’s intellectual hooliganism‘ vom 14. Juli 1990 herrschte die Kritik an den Äußerungen des konservativen Politikers vor. Der Leitkommentar des „Sunday Telegraph“ mit dem Titel ‚Mr Ridleys buffooneries‘ vom 15. Juli 1990 gab Nicholas Ridley in der Sache zwar Recht kritisierte aber dessen Wortwahl. ‚A thatcher ally quits amid furor‘ war die Überschrift des Kommentars von Craig R. Whitney in der „New York Times“ vom 15. Juli 1990 zum Rücktritt von Nicholas Ridley, indem es für den Autor keine Möglichkeit für die britische Premierministerin gab, diesen offen deutschfeindlichen Minister im Amt zu lassen. Verständnis brachte die „Church of England Newspaper“ in ihrem Kommentar ‚Mr. Ridley’s revealing interview‘ für die Äußerungen des zurückgetretenen Handelsminister auf. Simon Roker führte unter dem Titel ‚Ridley’s comments spark Board row‘ im „Jewish Chronicle“ vom 20. Juli 1990 unterschiedliche Kommentierungen zu den vielfach kritisierten Äußerungen von Nicholas Ridley auf. Die Debatte um die deutschlandfeindlichen und gegen die Europäische Gemeinschaft gerichteten Äußerungen des ehemaligen britischen Handelsministers Nicholas Ridley beschäftigte besonders die britischen Printmedien sowohl in der Berichterstattung als auch in Kommentierung und Leserbriefen. Verständnis und Zustimmung wurden dem konservativen Politiker besonders vom „Sunday Telegraph“ und der „Church of England Newspaper“ zu Teil. Große Kritiken kamen ihm von den Kommentatoren des „Evening Standard“ und des „Independent“ entgegen. Beachtung auch in den Printmedien fand noch einmal das Treffen von Chequers vom 24. März 1990, bei welchem die britische Premierministerin sich mit Wissenschaftlern über den Nationalcharakter der Deutschen austauschte. Auffällig war, dass im britischen „Jewish Chronicle“ in der Debatte über die Ridley – Äußerungen neben einer unterstützenden Positionierung für den britischen Politiker auch eine kritische und deutschlandfreundliche Stellungnahme gleichgewichtig dargestellt wurde.

7.3 Erfolg im Kaukasus

7.3.1 Berichterstattung

Im Vorfeld der Reise von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in die Sowjetunion am 15. und 16. Juli 1990, verfasste Marc Fisher in der „Washington Post“ vom 14. Juli 1990 den Artikel ‚Kohl views Soviet trip as way to unity‘. In diesem Artikel hob der Journalist besonders im Hinblick auf die bundesdeutsche Verhandlungsstrategie gegenüber der sowjetischen Staats- und Parteispitze hervor: „Like a confident salesman, West German chancellor Helmut Kohl heads for Moscow on Saturday hoping Soviet President Michail Gorbachev is moving toward closing the deal on German unification. Gorbachev has invited Kohl to spend two days, in the Caucasus, the region where the Soviet leader grew up – a move the chancellor has taken as a sign that Gorbachev wants to form the kind of close personal relationship that has developed recently between Kohl and President Bush. The payoff for such a relationship and a package of offers that many German newspapers are calling the bribe could be the long – sought Soviet green light for Kohl’s unification express. The Soviets retain significant leverage over the otherwise unhindered German merger this December. The German strategy is to prevent Gorbachev from losing face at home“ (1.). Für Marc Fisher zielte die bundesdeutsche Strategie in den Verhandlungen mit der Sowjetunion vor dem Gipfeltreffen am 15. und 16. Juli 1990 darauf ab, die Wiedervereinigung Deutschlands in ihrem Sinne zu erreichen, ohne dass der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow in der Sowjetunion sein Gesicht verlieren würde.

Zum Durchbruch, im Hinblick auf die Bündniszugehörigkeit eines wiedervereinigten Deutschlands in der NATO bei Gesprächen zwischen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und dem sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow, in dessen kaukasischer Heimat bei Stawropol, berichtete Helen Womack im „Independent“ vom 17. Juli 1990 unter der Schlagzeile, ‚Gorbachev and Kohl strike NATO deal‘, im Kern dies: „After closeting themselves away all day in a Soviet mountain resort, President Mikhail Gorbachev and Chancellor Helmut Kohl emerged yesterday to announce a historic agreement that will allow a united Germany to join NATO provided Moscow feels no military threat emanating from what is now East German territory. „We have been engaging in Realpolitik“, said a beaming Mr Gorbachev, explaining the climbdown

(1.) „Washington Post“, 14. Juli 1990; A 13;

from his earlier refusal to countenance all – German membership of the Western alliance. German – Soviet relations were at a „new high point“, said an obviously delighted Mr Kohl, as he saw the last obstacle to German unity fall away“ (1).

Die „New York Times“ wartete zu der Einigung im Kaukasus zwischen dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow und dem westdeutschen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, am 17. Juli 1990 mit der Schlagzeile auf ‚Gorbachev clears way for German unity, dropping objection to NATO membership‘. Serge Schmemmann schrieb dazu: „The Soviet Union and West Germany agreed to let a united Germany join NATO and to lift virtually all other remaining barriers to German reunification. The breakthrough was announced at this spa in the foothills of the Caucasus Mountains by President Mikhail Gorbachev of the Soviet Union and Chancellor Helmut Kohl of West Germany after two days of talks marked by unusual displays of harmony and confidence“ (2.).

Zu den Reaktionen in den Vereinigten Staaten von Amerika auf die deutsch – sowjetische Einigung über den Verbleib eines wiedervereinigten Deutschlands in der NATO war unter der Überschrift ‚As Bush hails decision many see Bonn gaining‘, in dem Beitrag von R. W. Apple Jr. in der „New York Times“ vom 17. Juli 1990 unter anderem zu lesen: „President Bush hailed the Soviet Union’s decision to accept a united Germany as a member of NATO, describing it as an act of statesmanship. He said the move resulted, at least in part, from measures adopted by the alliance at its meeting in London 10 days ago. „We think the solution is in the best interests of all the countries of Europe including the Soviet Union“, he said in a written statement. But officials and others in Washington were keenly aware of the symbolism in the fact that the agreement was worked out by Chancellor Helmut Kohl and President Mikhail Gorbachev at a meeting in the Caucasus, albeit along lines that the United States had strongly endorsed, with Mr Bush more than 5.000 miles away. ... Representative Lee H. Hamilton of Indiana, a major Democratic spokesman on foreign affairs said: „This makes it clearer than ever that the Germans are leading Western policy toward Soviet Union“ (3.). Aus diesem Zeitungsbericht ging eine gewisse Bitterkeit hervor, dass die Verständigung zwischen dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow und dem westdeutschen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl über die militärische

(1)Independent“; 17. Juli 1990; S. 1

(2)„New York Times“; 17. Juli 1990; A 1;

(3)„New York Times“; 17. Juli 1990; A 9;

Bündniszugehörigkeit eines wiedervereinigten Deutschlands letztlich ohne Beteiligung der US – Politik erfolgte.

Am 18. Juli 1990 stand unter der Schlagzeile ‚Bush declares he does not feel left out by Gorbachev and Kohl‘ in einem Zeitungsartikel von Andrew Rosenthal in der „New York Times“, dass sich der US - Präsident George Bush nicht von dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow und dem westdeutschen Bundeskanzler Dr Helmut Kohl bei ihrem Übereinkommen, hinsichtlich der Mitgliedschaft eines wiedervereinigten Deutschlands in der NATO, übergangen fühlte, sondern dass diese Übereinkunft eine Folge der US – Politik schon vor dem Fall der Mauer sei. Dazu war in dem Zeitungsartikel zu lesen: „President Bush sought to dispel any suggestion that Germany and the Soviet Union had reached an independent agreement on German unification, saying the United States „has been in the fore front on the issue since before the Berlin wall was opened“ (3.).

Bezüglich der Reaktion des US – Präsidenten George H. Bush auf die Ergebnisse des Zusammentreffens von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und dem sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow am 15. und 16. Juli 1990 schrieb Ann Devroy unter der Überschrift ‚Bonn – Moscow accord is praised by Bush‘ in der Washington Post vom 18. Juli 1990: „President Bush, claiming some credit for himself, hailed the „exceptional qualities of leadership“ of Soviet President Gorbachev and West German Chancellor Helmut Kohl that produced an agreement that a reunified Germany can join NATO. ... Illustrating the relationship the two superpowers leaders have established, Bush ruefully noted, „You talk about a guy getting hit from all sides. I mean, I felt just totally relaxed about what’s happening in this country“. During an interview with magazine publishers, Bush offered a lengthy outline of the U.S. role in reaching the agreement on Germany’s status in NATO. The president called the Soviet – German agreement „very, very significant and very important“ and said it would make a major contribution to stability and peace in Europe.“ (2.). Laut Ann Devroy beurteilte der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, George Bush, die Einigung des deutschen Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl mit dem sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow, über eine mögliche Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands in der NATO, als positiv.

Unter der Schlagzeile ‚Moskau akzeptiert deutsche NATO – Mitgliedschaft‘ informierte die „New York Staatszeitung und Herold“ über die Ergebnisse des Gipfels des

(1) „New York Times“; 18. Juli 1990; A 1

(2) „Washington Post“; 18. Juli 1990; A 18;

sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow mit dem deutschen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in dessen russischer Heimat am 15. und 16. Juli 1990. Über das historische Treffen war zu lesen: „Die Sowjetunion akzeptiert die Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands in der NATO und gibt damit grünes Licht für die Wiedervereinigung Deutschlands noch in diesem Jahr. Dies ist das Ergebnis der Gespräche, die Bundeskanzler Kohl mit dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow bei seinem Besuch in der Sowjetunion führte. ... Bundeskanzler Kohl erklärte, er habe die sowjetische Regierung informiert, dass Gesamtdeutschland Mitglied der NATO werden wolle. Zum Ausgleich werde Deutschland mit der Sowjetunion einen Vertrag abschließen, der alle Bereiche bilateraler Beziehungen zwischen den beiden Staaten behandeln werde“ (1.).

Von Interesse ist der Artikel ‚Soviet youth, elders differ on Germany‘ von Michael Dobbs in der „Washington Post“ vom 18. Juli 1990, in der über die unterschiedliche Betrachtungsweise der Generationen zu der deutschlandpolitischen Entwicklung in der Sowjetunion Stellung genommen wurde: „At the eternal flame beneath the Kremlin wall, symbol of the 27 million dead of World War II, opinion was divided over the prospect of a united Germany’s becoming a member of a hostile military alliance. „It’s normal. Why should we be worried“? said Dmitri Sidov, 22. „This was not a war between Germany and Russia. It was a war between fascism and Stalinist – type communism. Both our countries have changed since then“. „Of course I’m concerned“, said Alexei Ivanov, a 65 – year – old war veteran from the western Soviet city of Brest, which was ceded to Germany in World War I and reclaimed after World War II. „I can accept that Germany should become one nation again. But why do they want to join an alliance that is opposed to us? I fear that history could repeat itself“. The clash of views at the eternal flame, a vivid reminder of the terrible losses suffered by the Soviet Union in what is referred to here as the Great Patriotic War, reflects a wider generational rift. Young people who have grown up since the country’s last war tend to take a much more benign view of Germany than their parents, who still vividly remember the horror of the Nazi invasion“ (2.). Der Zeitungsartikel wollte herausstellen, dass die jüngere Generation in der Sowjetunion der deutschen Wiedervereinigung offener gegenüberstand als die ältere Generation, die zum Teil noch Erfahrungen mit dem Zweiten Weltkrieg gemacht hatte.

(1)„New Yorker Staatszeitung und Herold“; 21. Juli 1990; S.1 und S. 2;

(2)„Washington Post“; 18. Juli 1990; A 16;

Am 21. August 1990 informierte David Binder die Leser der „New York Times“ unter der Überschrift ‚Violence by bands of racist skinheads stalks East Germany‘, über die Gewalttaten mit denen Gruppen von rassistischen Skinheads Ostdeutschland belästigten. Er schrieb dazu: „Less than a year after the fall of the Communist Government of East Germany, which had preached „anti – fascism“ as a central article of faith of four decades, right – wing radical organizations are gathering strength here. And some of them openly echo Hitler’s anti – Semitic slogans. ... Since last March, virtually every week has seen reports of rallies where Nazi slogans and salutes were manifest, of violent physical attacks on foreign workers, of swastikas and anti – Jewish epithets daubed on walls and on tombstones. A common dominator in this scene is young men identifiable as skinheads – most of them young factory workers – whose hostility is directed against anyone they deem „un – German“, including political – leftist, blacks and other foreigners, Jews and homosexuals“ (1.).

Über die Unterzeichnung des deutsch - deutschen Einigungsvertrages am 31. August 1990 berichtete die „Washington Post“ unter der Überschrift ‚East, West Germany sign final accord for unity‘ am 1. September 1990 im Wesentlichen: „The treaty leaves crucial decisions facing a united Germany to the new government that will be elected to lead the country on December 2. The 900 – page document, signed by West German Interior Minister Wolfgang Schäuble and East Germany’s top unity negotiator Günther Krause is expected to be approved by the Parliaments of the two nations next week. The treaty promises that the united Germany will respect the borders of its European neighbors. It also reconciles some fundamental legal and political differences between the two nations that followed vastly different paths after they were carved from the conquered Nazi empire“ (2.). Der deutsch – deutsche Einigungsvertrag, der am 31. August 1990 unterzeichnet wurde, zielte darauf ab, die rechtlichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland nach der Wiedervereinigung durch festgelegte Übergangsperioden einzuebnen.

Fazit

Marc Fisher befasste sich am 14. Juli 1990 in der „Washington Post“ unter der Überschrift ‚Kohl views Soviet trip as way to unity‘ mit den Zielen der Reise von

(1) „New York Times“; 21. August 1990; A 8;

(2) „Washington Post“; 1. September 1990; A 14;

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in die Sowjetion am 15. und 16. Juli 1990. Beispielhaft für viele andere Printmedien im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika berichtete Helen Womack im „Independent“ vom 17. Juli 1990 unter der Schlagzeile ‚Gorbachev and Kohl strike NATO deal‘ und Serge Schmeman in der „New York Times“ mit dem Titel ‚Gorbachev clears way for German unity, dropping objection to NATO membership‘ über die endgültige Einigung zwischen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und dem Staatspräsidenten der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, über das Verbleiben eines vereinten Deutschlands in der NATO. Über die Debatte in den Vereinigten Staaten von Amerika, ob Präsident Bush bei dem deutsch – sowjetischen Treffen übergangen wurde ging auch der Beitrag ‚As Bush hails decisssion many see Bonn gaining‘, von R. W. Apple Jr. in der „New York Times“ vom 17. Juli 1990. Mit der Schlagzeile ‚Bush declares he does not feel left out by Gorbachev and Kohl‘ war schließlich der Zeitungsbeitrag von Andrew Rosenthal in der „New York Times“ vom 18. Juli 1990 überschrieben, laut dem, Präsident Bush dieser Einschätzung widersprach. Michael Dobbs erläuterte seinen Lesern unter dem Titel ‚Soviet youth, elders differ on Germany‘ in der „Washington Post“ vom 18. Juli 1990, dass die jüngere Generation in der Sowjetunion deutlich positiver einer deutschen Wiedervereinigung gegenüberstand als die ältere Generation. Am 21. August 1990 thematisierte David Binder in der „New York Times“ unter der Überschrift ‚Violence by bands of racist skinheads stalks East Germany‘, das Problem gewalttätiger Übergriffe Rechtsradikaler in der DDR. In dem Zeitungsbericht der „Washington Post“ ‚East, West Germany sign final accord for unity‘ zur Unterzeichnung des deutsch – deutschen Einigungsvertrages am 1. September 1990, wurde die dortige Festschreibung der polnischen Westgrenze herausgehoben erwähnt.

7.3.2 Kommentare und Leserbriefe

Im Leitkommentar der „Washington Post“ vom 17. Juli 1990 war unter dem Titel ‚Germany restored‘ im Hinblick auf die Ergebnisse des deutsch – sowjetischen Gipfels vom 15. und 16. Juli 1990 zu lesen: „Once German reunification swerved onto the express, logic and history demanded that the new Germany permanently be fastened in NATO and not permitted to float out under some separate or neutralist flag. This was always the best way to guarantee the rest of Europe against the specter of a powerful, revived maneuvering Germany. Naturally, the Soviet Union sought the best terms

available for a step that was bound to be politically and emotionally traumatic for it. This step President Gorbachev has now taken in his agreement with Chancellor Helmut Kohl to surrender Soviet rights in Germany as a victorious power of World War II and to grant the reuniting democratic Germany's right to choose its internal development and its international orientation as well" (1.). Dieser Leitkommentar der „Washington Post“ begrüßte das Ergebnis der westdeutsch – sowjetischen Konsultationen vom 15. und 16. Juli 1990, dass das wiedervereinigte Deutschland in der NATO bleiben würde, und sah die bisherige Aufgabe der Vereinigten Staaten von Amerika damit als erfüllt an. Die zukünftige Aufgabe der Vereinigten Staaten von Amerika würde, nach Ansicht des Kommentars sein, die NATO als wichtig sichtbar in der neuen Familie der internationalen Institutionen zu erhalten, in der die europäische und transatlantische Zukunft erarbeitet werden würde.

Dem Leitkommentar der „New York Times“ war am 17. Juli 1990 unter der Überschrift ‚Vision becomes reality for Europe‘ zu entnehmen, dass eine Vision, die im Jahr davor niemand für möglich gehalten hätte, dass ein wiedervereinigtes Deutschland Mitglied der NATO werden würde, ohne dass sich die Sowjetunion dadurch bedroht fühlen würde, Wirklichkeit werden würde. So war in dem Kommentar zu lesen: „President Gorbachev showed great courage in accepting a unified Germany in NATO. And Chancellor Kohl of West Germany demonstrated high statemanship in agreeing to limit the future all – German troop levels below those now possessed by West Germany alone, and to grant credits to Germany's longtime adversary. The arrangement will help to assure two critical goals: A united Germany will not feel strong and alone, and the Soviet Union will not feel threatened and isolated. These constitute the essential building blocks of a stable and peaceful Europe“ (2.).

Der Leitkommentar des „Independent“ ‚Onwards to unification‘ vom 18. Juli 1990 meinte zu den gewaltigen Fortschritten in den außenpolitischen Fragen des deutsch – deutschen Einigungsprozesses: „Chancellor Helmut Kohl can be proud of having won Mikhail Gorbachev's agreement to permit a united Germany to join NATO. Yet the Soviet leader's assent was inevitable. There was no case for a powerful but unattached Germany floating between NATO and the Soviet Union. Mr Gorbachev must have recognised all the dangers that such a situation would hold Europe. His earlier idea – that Germany might belong to NATO and Warsaw Pact – was palpably unrealistic, not least because the Warsaw Pact now has only one effective member: the Soviet Union.

(1.) „Washington Post“; 17. Juli 1990; A 16;

(2.) « New York Times“; 17. Juli 1990; A 20;

Yet Mr Gorbachev's reluctance to give away his only worthwhile negotiating card was understandable. He has parted with it somewhat earlier than expected, and with considerable grace" (1.). Der Leitkommentar wertete die Rolle von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl im Hinblick auf die Zustimmung des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow zu einer möglichen Mitgliedschaft eines wiedervereinigten Deutschland in der NATO als positiv.

Einen kritischen Unterton hatte der Kommentar von Jim Hoagland ‚The Bonn – Moscow connection‘ in der „Washington Post“ vom 19. Juli 1990, in welchem er kritisierte, dass Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in seinen Vereinbarungen mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow, die westlichen Alliierten vor vollendete Tatsachen gestellt hätte. Dazu ist in dem folgenden Auszug aus seinem Kommentar zu lesen: „Mikhail Gorbachev's acceptance of German unification in NATO is good news, not only for the West but also for the Soviet leader. He has finally reached a bottom line from which he can rebuild Soviet influence in Europe with German help. But it that last bit good news for America? You do not have to be an Old Thinker to feel uneasy about the West German chancellor sitting beside the Soviet president in the foothills of the Caucasus mountains and casually disclosing that U.S., British and French troops will leave Berlin when the last Soviet troops withdraw from the eastern sector of reunited Germany. ... Kohl also presented his American allies with another fait accompli by agreeing with Gorbachev on a permanent denuclearization of East German territory, a position that was not agreed to by NATO prior to Kohl's departure for the Soviet Union. Bush and Baker had to grin and swallow that one, too“ (2.).

Flora Lewis beurteilte in ihrem Kommentar ‚Now a new Europe‘ in der „New York Times“ vom 21. Juli 1990, die Richtung des deutsch – deutschen Wiedervereinigungsprozesses im europäischen Kontext als positiv. Sie meinte im Wesentlichen dazu: „Now comes the long, intricate process of reorganizing Europe. The last couple of weeks – the NATO summit meeting, the Kohl – Gorbachev accord, the Paris talks on Germany – have removed all important barriers that kept Germany and the Continent divided since World War II. ... Once again Mikhail Gorbachev has shown his capacity to do a flip – flop, moving with events when he is convinced he cannot forestall them. The interaction among him, Mr Kohl and Mr Bush has been a

(1)„Independent“, 18. Juli 1990; S. 20;

(2)„Washington Post“, 19. Juli 1990; A 23;

good sign, each showing an ability to take the others' needs into account. It enabled NATO's two – fisted Secretary General, Manfred Wörner to go to Moscow and declare soothingly, „We intend to steer change in Europe so that there are no losers only winners“. This is only the start. But the direction is right“ (1.).

Des Weiteren folgten in der „Time“ vom 30. Juli 1990 unter anderem diese Leserbriefe bezüglich der bevorstehenden Wiedervereinigung:

„Everyone seems to shout down objections to German unification. Ten years from now, when Germany has again made life living hell for its neighbours, some of us will say I told you so.“

David N. LaFontaine, Minneapolis, Minnesota

„Hans Magnus Enzensberger expressed my views on the absurd side of German unification. I perceive a crankiness among Germans beyond the usual, sometimes nitpicking, cultural preoccupation with order. When my friendly fruit – and vegetable vendor turned surly, I took note. German acquaintances provided a theory:

Zukunftsangst. Germans are not superhuman. They are too anxious about the brave new world awaiting them.“

Polly Ross Hughes, Munich

„Some seem to regard Hitler as an accident of history. Yet he was not an an extraterrestrial who descended on the Germans: he and the Nazis received popular German support in the 1930s. The entire world would wishes Germany the best in its new political and economic future, but we are watching to ensure that political movements and social – neo Nazi philosophies play no part. We owe this to the millions who died as a result of such ideas.“

Danny Zinsenwine, Ra'ananna, Isreal (2.)

Die Leserbriefe in der „Time“ vom 30. Juli 1990 zeugten von einer skeptischen bis negativen Einstellung der Leserbriefschreiber zur deutschen Wiedervereinigung.

In dem Artikel ‚Can Germany be contained‘ beschäftigte sich Scott Sullivan in der „Newsweek“ vom 30. Juli 1990 mit den möglichen Konsequenzen des Kohl/Gorbatschow – Gipfels vom 15. und 16 Juli 1990. Der „Newsweek“ – Journalist schrieb beispielsweise: „Helmut Kohl's trip to the Soviet Union almost assured his election as the first chancellor of a united Germany in 45 years. But the rush to unify makes problems for both Germany and the West. His dealings with Mikhail

(1.) New York Times“; 21. Juli 1990;

(2.) „Time“; 30.Juli 1990;

Gorbatschow last week irritated and embarrassed allied officials, who learned about it after the fact. Western capitals buzzed with speculation that an enlarged German state would attain de facto hegemony over the rest of Europe. Ironically, too, Kohl's successful battle to overcome a Soviet veto on the united Germany's membership in NATO may seriously undermine the Atlantic alliance itself. So long as Gorbachev threatened to block the new Germany's participation in the Western Alliance, and insisted on maintaining Soviet troops in what is now the German Democratic Republic, the need for NATO to maintain a vigorous defensive stance in Central Europe was clear. A substantial American force would have to remain in West Germany. But last week's Kohl – Gorbachev pact undercut the logic behind maintaining NATO forces on German soil“ (1.). Etwas unterschwelliger wurde auch in diesem Zeitungsartikel kritisiert, dass Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl bei den westdeutsch – sowjetischen Konsultationen, vom 15. und 16. Juli 1990, die Interessen der westlichen Alliierten nicht berücksichtigt hätte.

Fazit

Die Leitkommentare der „Washington Post“ und der „New York Times“ vom 17. Juli 1990 mit den Titeln ‚Germany restored‘ beziehungsweise ‚Vision becomes reality for Europe‘ bewerteten das Ergebnis der Reise von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in die Sowjetunion als positiv. Auch der Leitkommentar des „Independent“ ‚Onwards to unification‘ vom 18. Juli 1990, schloss sich dieser wohlwollenden Sichtweise an. Kritischer beurteilte Jim Hoagland in seinem Kommentar ‚The Bonn – Moscow connection‘ in der „Washington Post“ vom 19. Juli 1990 die Vereinbarungen zwischen dem westdeutschen Bundeskanzler und dem sowjetischen Staatspräsidenten. Für Flora Lewis deutete sich auch im europäischen Kontext mit der deutschen Wiedervereinigung eine positive Entwicklung an, wie sie in der „New York Times“ vom 21. Juli 1990 unter der Überschrift ‚Now a new Europe‘ schrieb. Am 30. Juli 1990 druckte die „Time“ Leserbrief ab, die der deutschen Wiedervereinigung gegenüber pessimistisch eingestellt waren. Die Einigung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl mit dem Staatspräsidenten der Sowjetunion Michail Gorbatschow, dass die wiedervereinigte Bundesrepublik Deutschland in der NATO bleiben könne, traf zwar überwiegend auf Zustimmung in den angelsächsischen Printmedien sowohl in der Berichterstattung als auch in der

(1.) Newsweek; 30. Juli 1990; S.16;

Kommentierung, dennoch gab es vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika Kritik, dass die Interessen der westlichen Staatengemeinschaft vom westdeutschen Bundeskanzler missachtet worden wären und er sich politisch zu offen gegenüber der Sowjetunion gezeigt hätte. Diese Kritik verstummte auch nicht, als der 41. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, George Bush, ihr, nach Medienangaben, entschieden entgegen trat. Professor Dr. Andreas Rödder skizzierte in seinem Buch „Geschichte der Deutschen Wiedervereinigung“ die Ergebnisse des Gipfels von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und dem sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow im Wesentlichen wie auch die angelsächsische Berichterstattung wie folgt: „Gorbatschow setzte also die gesamtdeutsche NATO – Mitgliedschaft voraus, und insofern musste weder in Moskau noch im Kaukasus, wie es oftmals heißt, ein „Durchbruch“ in der Bündnisfrage erzielt werden. Doch steckte der Teufel im Detail konkreter Regelungen und Formulierungen, und hier war Gorbatschows Position auch nicht ganz klar. So blieb die deutsch – sowjetische Übereinkunft zu besiegeln, als sich die Delegationen am Nachmittag in den Kaukasus aufmachten. Nach langen und gewundenen Verhandlungen in Gorbatschows Haus einigten sich beide Seiten, dass die verbliebenen Vier – Mächte – Rechte mit der Vereinigung erlöschen sollten und Deutschland mit diesem Tag seine volle Souveränität erhalte. Einigung wurde auch übereinen sowjetischen Truppenabzug innerhalb von drei bis vier Jahren erzielt, der von einem Überleitungsvertrag über deutsche Hilfen bei Wohnungsbau, Umschulung etc. begleitet werden sollte. Schließlich wurde die personelle Obergrenze der Bundeswehr auf 370.000 Mann festgelegt, was die zusammengezählten Streitkräfte von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee um 45 Prozent verringerte. Zugleich artikulierte Kohl die „Vision des umfassenden Vertrages“, um eine neue Qualität der Beziehungen einzuleiten“. Der Historiker ging aber nicht auf die inneramerikanische Debatte über das Treffen Kohl/Gorbatschow ein. Auch setzten sich weiterhin Menschen in Leserbriefen entschieden gegen die deutsche Wiedervereinigung ein. Des Weiteren gab es Berichte über das Agieren gewalttätiger Rechtsradikaler in der DDR.

7.4 Verträge zur deutschen Wiedervereinigung

7.4.1 Die Verträge im Lichte der Printmedien

Bezüglich der Kostenübernahme für die Unterhaltung und den Abzug der Roten Armee aus Ostdeutschland, einem der letzten Streitpunkte vor der Unterzeichnung des „Zwei + Vier – Vertrages“, berichtete der „Washington Post“ – Korrespondent Marc Fisher über das Zugeständnis der Bundesregierung, die Kosten in Höhe von 8 Milliarden Dollar zu tragen. Dazu schrieb er unter dem Titel ‚Bonn to pay \$ 8 billion for Soviet troops in East Germany‘ in der Washington Post vom 11. September 1990: „Reunified Germany will pay \$ 8 billion to support move, house and retrain the 360.000 Soviet soldiers still stationed in East Germany, according to Bonn officials responding to a statement by Soviet Foreign Minister Eduard Shevardnadse. ... Chancellor Helmut Kohl promised Soviet President Mikhail Gorbachev at their meeting in July that West Germany would ease the financial strain of supporting Soviet troops in a country that made a cold – turkey switch to hard currency and Western prices. But the two leaders did not reach agreement on a price, and their negotiators move further apart in weeks of talks. Last week, the Soviets upped the ante, demanding \$ 11,5 billion and threatening to withhold agreement on the return of full sovereignty when the two Germanys complete their unification on October 3. Bonn meanwhile was offering \$ 4,5 billion“ (1.).

Im Hinblick auf die letzte Verhandlungsrunde im „Zwei + Vier – Prozess“ informierte Rupert Cornwell unter der Überschrift ‚United Germany awaits the last nod from Moscow‘ im „Independent“ vom 12. September 1990, dass bis zuletzt über Probleme gerungen wurde. So war zu lesen : „Foreign ministers of the four wartime Allies and the two Germanies will today sign in a Moscow hotel the momentous treaty signifying the world’s agreement to a united Germany. ... The last problems were being ironed out in talks between the US secretary of State, James Baker, and Eduard Shevardnadze, the Soviet Foreign Minister. These revolve around, in Mr Baker’s words, „what might or might not happen on what was the territory of East Germany“, the state which will formally disappear on 3 October“ (2.).

Hinsichtlich der Unterzeichnung des „Zwei + Vier – Vertrages“ vom 12. September 1990 und den letzten Hindernissen vor Ort in Moskau schrieb David Hoffman, von der

(1.) „Washington Post“; 11. September 1990; A 14;

(2.) Independent“; 12. September 1990; S.10;

„Washington Post“ in seinem Artikel ‚Treaty signed on Germany‘ am 13. September 1990: „The four victorious World War II powers signed a treaty terminating their rights and responsibilities over Germany and restoring its sovereignty, lost with the defeat of the Nazis in 1945. ...The planned signing ceremony almost came unglued at the last moment. Experts had put months of work into refining compromise language on such as the Polish border and Germany’s military status. However on Tuesday night as the Foreign Ministers arrived in Moscow, there was a disagreement over what kinds of military maneuvers NATO troops could conduct in what is now East Germany. Genscher raced over to the hotel where Baker was sleeping and woke him up, and they talked until 1.30 a.m. At morning, Baker met with Hurd, Genscher and Dumas. Some Soviet officials wondered loud if they should postpone the signing ceremony. Baker and Genscher then went to see Shevardnadze, and they agreed to a one – paragraph attachment to the treaty. U.S. officials said“ (1.). Der Zeitungsartikel von David Hoffman zeugte von intensivem diplomatischen Feilschen bis kurz vor der Unterzeichnung des „Zwei + Vier – Vertrages“.

Zu der Unterzeichnung des „Zwei + Vier – Vertrages“ stand in der „New York Times“, am 13. September 1990, der Zeitungsartikel ‚Four Allies give up rights in Germany‘ von Thomas L. Friedman, in welchem vor allem hervorgehoben, dass in diesem Vertrag die vier Alliierten Siegermächte aus dem Zweiten Weltkrieg ihre Rechte über Deutschland zur Wiedervereinigung aufgaben. So war in dem Zeitungsartikel dazu zu lesen: „The four wartime Allies who defeated Nazi Germany many 45 years ago signed a treaty relinquishing all their occupation rights, leaving the two German nations that emerged after the war finally free to reunite“ (2.).

Über die letzten Hürden vor dem Abschluss des „2 + 4 – Vertrages“ am 12. September 1990 berichtete Daniel Benjamin in seinem Artikel ‚Goodbye to all that‘ in der „Time“ am 14. September 1990: „With less than 48 hours remaining before the crucial meeting in Moscow, West German Chancellor Helmut Kohl found himself desperately wishing to conclude a treaty that would give his country full sovereignty in its October merger with East Germany, but he was stymied by one behemoth obstacle – the disposition of Soviet troops in the East. Within half an hour both sides had what they wanted. Gorbachev wrested from Kohl a commitment of \$ 8 billion, most of it allocated for the withdrawal and resettlement back home of Soviet troops stationed in East Germany; \$ 4,9 billion will be spent to build 36.000 new apartments in the Soviet Union, and some

(1)„Washington Post“; 13. September 1990; A 1 und A 27;

(2)„New York Times“; 13. September 1990; A 1;

of the rest will be pay for retraining the soldiers for civilian jobs. In return, Kohl got a virtual guarantee that the Two – plus – Four treaty, ending all postwar rights for the World War II victors, would be concluded smoothly in Moscow. Said Gorbachev, obviously fancying himself the shrewder operator: „In my opinion, the sums are not bad.“ The entire deal also helped conclude some auspicious diplomacy“ (1.). Für Daniel Benjamin war besonders die Zusicherung von Bundeskanzler Dr Helmut Kohl zur Zahlung von 8 Milliarden US – Dollar, für die Rückführung und Wiedereingliederung der Soldaten der Roten Armee in Ostdeutschland in die Sowjetunion an die sowjetische Regierung, das letzte wesentliche Hindernis, dass vor der Unterzeichnung des „Zwei + Vier – Vertrages“ überwunden wurde.

Bezüglich des Vertrages zur guten nachbarschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion schrieb David Remnick in der „Washington Post“ vom 14. September 1990 unter der Überschrift ‚West Germans, Soviets initial 20 – year treaty of fiendship‘: „West Germany and the Soviet Union initialed a 20 - year friendship treaty, a document that is designed to create the basis for a new political and economic relationship between the two main European powers after decades of postwar animosity. The friendship treaty and the agreement of the World War II allied powers to restore sovereignty to a united Germany marked a historic reordering of Europe“ (2.). Der Vertrag zur guten nachbarschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion, war nach Ansicht von David Remnick dazu initiiert, Ängste vor einem wiedervereinigten Deutschland in der Sowjetunion entgegen zu wirken.

Fazit

‚Bonn to pay \$ 8 billion for Soviet troops in East Germany‘, der Zeitungsbericht von Marc Fisher in der „Washington Post“ vom 11. September 1990, behandelte die im Vorfeld der Beendigung der „Zwei + Vier – Verhandlungen“, hoch umstrittene Höhe der Finanzierung des Abzugs der Roten Armee aus der DDR und die Einigung auf einen zu zahlenden Betrag durch die Bundesrepublik Deutschland zwischen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und dem sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow. Die Unterzeichnung des „Zwei + Vier – Vertrages“ selber stieß auf große Resonanz. Daniel Benjamin ging in seinem Artikel ‚Goodbye to all that‘ in der „Time“ am 14. September

(1.) „Time“; 14. September 1990; S. 36;

(2.) „Washington Post“; 14. September 1990; A 18;

1990 neben der Unterzeichnung des Vertrags ‚über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland‘ auch auf bis zuletzt Meinungsunterschiede, ob auf dem Boden der DDR auch militärische NATO – Manöver abgehalten werden dürfte ein. David Remnick befasste sich in der „Washington Post“ am 14. September 1990 besonders mit dem am 12. September 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion geschlossenen Vertrag zur guten Nachbarschaftlichen Zusammenarbeit, unter der Überschrift ‚West Germans, Soviets initial 20 – year treaty of fiendship‘, ein.

7.4.2 Kommentierung

Zur Unterzeichnung des „Zwei + Vier – Vertrages“, war am 13. September 1990 dem Leitkommentar des „Daily Telegraph“ mit der Überschrift ‚Germany reunites‘ dies zu entnehmen: „It is quite legitimate to hold some reservations about the re - emergence of the new colossus in our midst – although we should acknowledge that there is precious little we can do about it, and that four decades of democratic good behaviour probably cancels the record of two world wars. When Germany is reunited in all but the most legalistic sense on October 3, all the inhabitants of our continent should hope towards it, as a locomotive of prosperity and a new and civilised voice in the world“ (1.). Der Leitkommentar des deutschlandkritischen „Daily Telegraph“ vom 13: September 1990 zur Unterzeichnung des „Zwei + Vier – Vertrages“ wurde die Hoffnung ausgedrückt, dass Deutschland nach seiner Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990, die Lokomotive für Wohlstand und eine neue zivilisierte Stimme in der Welt werden würde.

Im Leitkommentar des „Independent“ vom 13. September 1990 war, unter dem Titel ‚Germany’s Final Settlement‘ zu der Unterzeichnung des „Zwei + Vier – Vertrages“ in Moskau am vorangegangenen Tag, zu lesen: „The agreement signed yesterday in Moscow between the two Germanies and the four wartime Allied Powers was not an event to stir the blood like the breaching of the Berlin Wall on 9 November. Men in suits, signing documents with fountain pens, do not generate excitement. Yet this was an event of historical significance none the less. It draws the line under the Second World War and the subsequent Cold War, conflicts whose cost in human lives and human pain have had few rivals in History“ (2.). Für den Leitkommentar des „Independent“ vom 13. September 1990 zur Unterzeichnung des „Zwei + Vier –

(1.) „Daily Telegraph“; 13. September 1990; S. 20;

(2.) „Independent“; 13. September 1990; S. 26;

Vertrages“ am 12. September 1990, war mit diesem Vertrag die Hoffnung auf einen Schlussstrich unter den Zweiten Weltkrieg und unter den Kalten Krieg verbunden, für dessen Kosten an Menschenleben und menschlichem Schmerz es wenig Vergleichbares in der Geschichte gab.

Zur Unterzeichnung des ‚Vertrags über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland‘ zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkrieges‘ sowie des Vertrages über gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion kommentierte die „New Yorker Staatszeitung und Herold“ in ihrem Leitkommentar in der Ausgabe vom 22. September 1990 mit der Überschrift ‚Nicht neutral, aber ...‘ in der Hauptsache so: „Die „abschließenden Regelungen über Deutschland“ sind ohne Zweifel ein Dokument von größter historischer Bedeutung, verzichteten die Alliierten doch in ihnen auf ihre Besatzungsrechte und gewähren dem vereinten Deutschland die volle Souveränität. Bei aller symbolischen Bedeutungsschwere dieses Vertrages wird man sich aber vielleicht bald fragen, ob die Zukunft Deutschlands und die Gestalt Europas nicht in viel stärkerem Maße von dem zweiten Vertrag geprägt wird, der in Moskau unterzeichnet wurde. Die Rede ist von „Generalvertrag“ über alle Gebiete der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion, den Genscher und Schewardnadse am Donnerstag vergangener Woche paraphierten“ (1.). Die New Yorker Staatszeitung und Herold legte in ihrem Leitkommentar vom 22. September 1990 mehr Bedeutung auf den, zu dem Vertrag ‚über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland‘ unterzeichneten Vertrag ‚über gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion‘.

Fazit

Der Leitkommentar des „Daily Telgraph“ drückte unter der Überschrift ‚Germany reunites‘ am 13. September 1990 die Hoffnung aus, dass das wiedervereinigte Deutschland ein besseres Deutschland sein würde. Dieser Hoffnung schloss sich ebenfalls unter Bezug auf die deutsche Vergangenheit der Leitkommentar des „Independent“ unter der Überschrift ‚Germany’s Final Settlement‘ am 13. September 1990 an. Die „New Yorker Staatszeitung und Herold“ legte in ihrem Kommentar ‚Nicht neutral, aber ...‘ am 22. September 1990 zur Unterzeichnung des „Zwei + Vier – Vertrages“ mehr Gewicht auf die Unterzeichnung des Vertrages über gute

(1) „New Yorker Staatszeitung und Herold“; 22. September 1990; S. 3;

nachbarschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Schwerpunkt dieses Unterkapitels war, wie in den Printmedien im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika, die Unterzeichnung des Vertrages ‚über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland‘ vom 12. September 1990 in Berichten und Kommentaren dargestellt wurde. Dabei wurde häufig über die Verhandlungen hinsichtlich der Höhe der Finanzierung des Abzugs der Truppen der Roten Armee von dem Territorium der DDR und des Streitpunktes, ob ausländische Truppen oder ausländischen Militärbündnissen untergeordnete Truppen im Beitrittsgebiet stationiert oder an Manövern teilnehmen dürften. Da die Angaben in den Zeitungen zu den Einigungen nicht genau waren, wird hier ergänzend Alexander von Plato aus seinem Buch ‚Die Vereinigung Deutschlands - ein weltpolitisches Machtspiel‘ zitiert: „Für die Finanzierung des Truppenabzugs wurde eine Einigung dahingehend gefunden, dass „15 Milliarden DM von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und dem sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow insgesamt ins Auge gefasst wurden“ (1.). Bezüglich der Einigung zur Stationierung ausländischer Truppen im Vertrag ‚über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland‘, die bis zuletzt kontrovers verhandelt wurde, schrieb Alexander von Plato: „Artikel 5 regelt die Territorialverteidigung auf dem Gebiet der heutigen DDR in Übereinstimmung mit dem § 4, also die Stationierung ausschließlich deutscher Verbände, „die nicht in die Bündnisstrukturen integriert sind“. Für die Dauer des Aufenthalts sowjetischer Streitkräfte werden auf deutschen Wunsch Streitkräfte der drei westlichen Verbündeten in Berlin stationiert bleiben. Ihre Zahl soll nicht stärker sein als zur Zeit der Vertragsunterzeichnung. Nach dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlin können in diesem Teil auch deutsche Streitkräfte stationiert werden, die der NATO zugeordnet sind allerdings ohne Kernwaffenträger“. Und dann folgt der bis zuletzt umstrittene Satz: „ Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt“ (2.). In Kommentaren wurde nach dem erfolgreichen Abschluss der „Zwei + Vier – Verhandlungen“, in Bezug auf die deutsche Vergangenheit vielfach die Hoffnung geäußert, dass ein besseres Deutschland entstehen möge.

Andreas Rödder äußerte zum „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ in seinem Buch „Geschichte der deutschen Wiedervereinigung“ im Kern, dass „die Bundesrepublik mehr erreicht hatte als Helmut Kohl selbst in seinem Zehn –

(1) von Plato, Alexander; 2002; S. 397;

(2) von Plato, Alexander; 2002; S. 403;

Punkte – Programm zu hoffen gewagt hatte; eine Vereinigung Deutschlands zu westlichen Maximalkonditionen, einschließlich der gesamtdeutschen Mitgliedschaft in der NATO. Auch schrieb er in ebenso großem Maße war diesen Triumph der amerikanischen Politik zu, die ihre „Vier Prinzipien“ für eine Vereinigung Deutschlands vom November 1989 ohne Einschränkungen durchgesetzt hatte und als einzige Weltmacht aus dem säkularen Ost – West – Konflikt hervorging.“ (1.). Auch hier ging Andreas Rödder auf die in der Dissertation herausgearbeitete Berichterstattung und Diskussion in den Printmedien der angelsächsischen Partnerstaaten zum „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ nicht ein. Die historisch bedeutsame Unterzeichnung des „Vertrages über gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion“ erwähnte er überhaupt nicht.

(1)Rödder, Andreas ; 2011; S. 87;

8. Der 3. Oktober 1990 – Wiedervereinigung und Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990

8.1 Behandlung in den Printmedien

Am 21. September 1990 berichtete Adrian Bridge unter der Überschrift ‚East and West vote decisively for united Germany‘ im „Independent“, über den Beschluss der deutschen Parlamente den Einigungsvertrag zur deutschen Wiedervereinigung anzunehmen. Der britische Journalist schrieb dazu: „The Volkskammer in East Berlin and the Bundestag in Bonn voted by an overwhelming majority for ratification of the unification treaty, paving the way of the new Germany at one minute past midnight on 3 October. Although the outcome was hard in doubt, there was tumultous applause when the announcement came in East Berlin that the two – thirds majority required for ratification had been comfortably attained. The East German Prime Minister, Lothar de Maiziere, said the treaty had clarified „all the essential preconditions as to how the two Germanies will grow together again“ (1.).

Über den Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt berichtete Marc Fisher in der „Washington Post“ in seinem Artikel, ‚East Germany drops out of Soviet – led alliance‘ am 25. September 1990: „The Warsaw Pact, the once monolithic Soviet – led East European military alliance, began the final stage of its collapse as East Germany formally renounced its membership. East Germany’s Disarmament and Defense Minister pacifist clergyman Rainer Eppelmann, performed one of his last official acts in presenting his country’s resignation to General Pyotr Lushev, the Soviet supreme commander of pact forces. „I wish you all the best for the future“, Lushev told Eppelmann as the two men cut the 35 – year – old military bond between their countries in a brief ceremony in East Berlin. East Germany, once the Soviet Union’s most prized ally, now has just nine days left to live out its future.“ (2.).

Michael Kallenbach berichtete für den „Jewish Chronicle“ in seinem Artikel ‚Germans give up unity pledge‘, dass von offizieller deutscher Seite, jüdischen Ängsten im Hinblick auf die kommende Wiedervereinigung, mit ernst gemeinten Zusagen entgegnet wurde. So stand in dem Bericht: „With heightened Jewish concerns at the prospect that Germany’s Nazi past will be lost in the rush towards unification, which becomes a reality next Wednesday, both the West German Chancellor, Mr

(1.) „Independent“; 21. September 1990; S. 9;

(2.) „Washington Post“; 25. September 1990; A 14;

Helmut Kohl, and his Foreign Minister, Mr Hans Dietrich Genscher, have made bold efforts to calm such fears. In separate messages on Rosh Hashanah, they gave public assurances that a united Germany had no plans to consign the „special responsibility towards Jews“ to the dustbin of history. Mr Kohl promised an uncompromising fight against the rise of anisemitic incidents on German soil in recent months“ (1.).

Zu der Positionierung im Hinblick auf nationalistisches Gedankengut von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zur deutschen Wiedervereinigung berichtete Robin Gedye im „Daily Telegraph“ vom 2. Oktober 1990 in seinem Bericht ‚Kohl urges countrymen to reject nationalism‘, dass Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl die Menschen in Deutschland aufforderte, Nationalismus abzulehnen und größere internationale Verantwortung zu übernehmen (2.)

Hugh Davies stellte, in seinem Artikel ‚Thatcher rejects UN seat for Bonn‘ im „Daily Telegraph“ vom 2. Oktober 1990, die nach wie vor skeptische Haltung der britischen Premierministerin Margaret Thatcher zur deutschen Wiedervereinigung sowie ihre Ablehnung eines deutschen Sitzes im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, dar: „Mrs Thatcher rejected the idea that the united Germany be allowed a permanent seat on the United Nations Security Council. The Prime Minister, speaking in a lot of interviews for United States television, also voiced her fears about a unified Germany dominating Europe“ (3.).

Ray Moseley informierte die Leser der „Chicago Tribune“ vom 2. Oktober 1990 unter der Überschrift ‚On day before unification, Kohl says Germany to play wider role‘, dass Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl am Tag vor der deutschen Wiedervereinigung ankündigte, dass Deutschland sich nicht in eine politische Nische zurückziehen würde, sondern neue Verpflichtungen auf Deutschland zukommen würde. So war hier zu lesen: „West German Chancellor Helmut Kohl promised Monday that the united Germany to be created at midnight Tuesday will become more active in dealing with world crises such as that in the Persian Gulf. „With the unification of Germany, we are not only regaining full sovereignty, we are acquiring new obligations. There can be no withdrawal into a comfortable niche in world politics“, Kohl told a conference in Hamburg. ... He said Germany, whose constitution has been interpreted as barring military action outside the NATO area, could not in the future sit back comfortably while other countries „pulled the

(1.) „Jewish Chronicle“; 28. September 1990; S.1;

(2.) „Daily Telegraph“; 2. Oktober 1990; S.13;

(3.) „Daily Telegraph“; 2. Oktober 1990; S.13;

chestnuts out of the fire“. Germany must play its part in averting dangers to world peace in good time“, he said, promising anew that he would seek constitutional amendment to allow German soldiers to join UN military operations“ (1.).

Zum Vollzug der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 um 0.00 Uhr schrieb Marc Fisher in der „Washington Post“ vom 3. Oktober 1990 unter dem Titel ‚Two Germanys merge into one in historic night of celebration‘, vor allem: „At the stroke of midnight, a massive German flag – now the only German flag – rose where the Berlin Wall stood only months ago. In a moment no one dared to imagine a year ago, East Germany ceased to exist and no one of the most elusive and powerful goals of modern times, the quest for German unity, stood fulfilled as the West German black, red and gold banner was hoisted in front of the 96 – year – old Reichstag building. The emotional moment, cheered by a roaring crowd that spread throughout the long – divided city carrying torches and flags, capped a day of ceremony and transition. It was the birth of a new Germany, a nation that ended its 45 – year probation with speed and smoothness of historic proportions“ (2.).

Marc Fisher vermeldete in seinem Artikel ‚A new holiday for a new Germany‘ über die Feierlichkeiten und die internationalen Reaktionen zu der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990, in der „Washington Post“ am 4. Oktober 1990: „The new capital of a new nation was one massive street festival, as governments around the world welcomed the united Germany with varying degrees of warmth and concern and Germans reveled in the first celebration of their new national holiday, the German Unity Day. ... In a message to the nations of the world. Chancellor Helmut Kohl promised that „only peace will emanate from German soil in the future“. From Washington to Warsaw, Kohl’s words and the Germans’ whirlwind rush to unity were welcomed. „The desperation and scars cannot be erased from our minds“, said Vaclav Havel, president of the Czechoslovakia, a nation that suffered from Nazi aggression. „But it is necessary and possible to overcome them“. But British Prime Minister Margaret Thatcher an early and persistent critic of unification, said that despite her official congratulations to Bonn, „it will be up to the rest of us to see that Germany does not dominate. Others of us have powerful voices. Israeli Prime Minister Yitzchak Shamir said he hoped his country and Germany would continue to have good relations, but he noted his disappointment that the unity agreement between the two states made no

(1.) „Chicago Tribune“; 2. Oktober 1990; S. 4;

(2.) „Washington Post“; 3. Oktober 1990; A 1;

mention of the Nazi slaughter of the Jews. The Polish ambassador to Bonn, Janusz Reiter, said, „Poland has no fear of a united Germany“ (1.). Die internationalen Reaktionen auf die deutsche Wiedervereinigung beschrieb Marc Fisher als insgesamt positiv. Zusätzlich erwähnte Marc Fisher daraufhin, dass an der polnisch – deutschen Grenze polnische Autofahrer beim Passieren der Grenze von und nach Polen mit Steinen beworfen wurden.

Über Aussagen von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und Bundespräsident Richard von Weizsäcker zur Deutschen Einheit schrieb John Eisenhammer im „Independent“ vom 4. Oktober 1990 unter der Überschrift ‚Kohl promises peace with reconciliation‘, folgendes: Chancellor Helmut Kohl sent a message to heads of foreign governments assuring that a united Germany would be a dependable and peacefully ally. He restated Germany’s commitment to European unification and the NATO alliance. President Richard von Weizsäcker called upon his fellow countrymen in the East and West to make unity work through solidarity and understanding. „Unity is about learning to share“, he said. „We have first to get to know each other better. Only when we recognise that each side is bringing with it important experiences and qualities which are worth safeguarding in unity and we will be on the right road“ (2.). John Eisenhammer ging in seinem Zeitungsartikel darauf ein, dass Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in einer Botschaft an die Staatsführungen anderer Staaten versichert hatte, dass das vereinte Deutschland ein verlässlicher und friedlicher Alliiertes sein werde. Auch erwähnte er, dass der Bundespräsident Richard von Weizsäcker seine Landsleute in Ost und West dazu aufgerufen habe die Einheit durch Solidarität und Verständnis füreinander zu leben.

Wie die deutsche Wiedervereinigung aus israelischer Sicht gesehen wurde, berichtete David Horowitz in seinem Artikel ‚Israel takes a pragmatic view of unification‘ im „Independent“ vom 4. Oktober 1990. So war in dem Artikel beispielsweise zu lesen: „There is nothing for Jews to celebrate in the unification of Germany, Dov Shilansky, the Speaker, of the Israeli Knesset, said yesterday. It was rather a time for mourning and lamentation, when Jews the world should „dress sackcloth and put ashes on their heads. ... Overall, the Israeli response to unification has been surprisingly low – key, with President Chaim Herzog politely expressing the hope that the new Germany would give „public expression to the special background“ of relations with Israel, and the Prime Minister, Yitzchak Shamir, remonstrating only mildly that the articles of unity made „no

(1.) „Washington Post“; 4. Oktober 1990; A 1 und A 40;

(2.) „Independent“; 4. Oktober 1990; S. 11;

proper mention of the lessons of the holocaust“ (1.). Zwar gab es in Israel laut David Horowitz, Stimmen wie die des Parlamentspräsidenten, Dov Shilansky, der zur deutschen Wiedervereinigung meinte, dass Juden sich mit Säcken Kleiden sollten und Asche auf ihre Köpfe streuen sollten, in Bezug auf die Vergasung von 6 Millionen europäischer Juden durch die im deutschen Namen handelnden Nationalsozialisten während des Zweiten Weltkriegs. Doch dies war nur eine Meinung unter vielen. Allerdings bemängelte der damalige israelische Regierungschef, Yitzchak Shamir, dass in den Verträgen zur deutschen Wiedervereinigung keine Erwähnung der Lehren aus der Shoa aufgeführt wurden.

Über Aufmärsche rechtradikaler Gruppierungen im wiedervereinigten Deutschland schrieb Michael Kallenbach in seinem Artikel ‚Neo – Nazis march in Dresden‘ im „Jewish Chronicle“ vom 26. Oktober 1990: „The Berlin Jewish Community feels that the demonstrations of what formerly East Germany has gone far enough, following a neo – Nazi march in Dresden. Mr Heinz Galinski, head of the community in the Western part of Berlin, said that the march had been an insult to the memory of victims of Nazis. Since the breaching of the Berlin Wall a year ago, Jews inside and outside Germany have been become increasingly concerned at the resurgence of antisemitism. Some 500 people, many of them young, took part in the march, which needed 200 police to control it. The marchers chanted Nazi slogans and called for the expulsion of foreigners from united Germany. As they sang „Deutschland Über Alles“, they gave the Hitler salute“ (2.). Michael Kallenbach berichtete über die große Sorge des damaligen Zentralratsvorsitzenden der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, über Neo – Nazi Aufmärsche in Dresden, bei denen zu „Deutschland über Alles“ mit dem Hitlergruß salutiert wurde.

Marc Fisher veröffentlichte am 3. Dezember 1990 in der „Washington Post“ einen Bericht über die Bestätigung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in seinem Amt bei den ersten freien gesamtdeutschen Wahlen seit 1932. Der Journalist betonte in seinem Artikel insbesondere folgendes: „Germans from both sides of their formerly divided country rewarded Helmut Kohl, steward of the smooth, quick route to German unity, by electing him the first chancellor of their united county. Voting together for the first time since they gave Adolf Hitler’s national Socialist, or Nazis a plurality 58 years ago, Germans expressed confidence in Kohl’s calm management of the historic

(1.) „Independent“; 4. Oktober 1990; S. 11;

(2.) „Jewish Chronicle“; 26. Oktober 1990; S. 2;

transformation of Communist East Germany into Western society. Final returns showed Kohl's Christian Democrats winning 44 percent of the vote, about the same as in 1987. With the support of Foreign Minister Hans – Dietrich Genscher's middle – of – the – road Free Democrats, who won 11 percent, Kohl will lead the same center – right majority coalition that has maintained the German boom economy through even the rocky early stage of reconstructing the former East Germany“ (1.). Wichtig war Marc Fisher zusätzlich, dass die bundesdeutsche Regierungskoalition unter Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl bei den ersten Bundestagswahlen nach der Wiedervereinigung sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland die Mehrheit erhalten hatte.

Fazit

Am 21. September 1990 berichtete Adrian Bridge im „Independent“ unter dem Titel ‚East and West vote decisively for united Germany‘, dass beide deutsche Parlamente den Einigungsvertrag angenommen hätten und somit der Weg für die deutsche Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 frei sei. Marc Fisher ging in seinem Zeitungsartikel ‚East Germany drops out of Soviet – led alliance‘ für die „Washington Post“ am 25. September 1990 auf den Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt ein. Jüdischen Ängsten vor der deutschen Wiedervereinigung wurde, so Michael Kallenbach im „Jewish Chronicle“ vom 28. September 1990 unter der Überschrift ‚Germans give up unity pledge‘, mit dem erstgemeinten Versprechen seitens der Bundesrepublik Deutschland entgegnet, dass sich die Vergangenheit, gemeint war die Shoa, nicht mehr wiederholen würde. Robin Gedye erwähnte im „Daily Telegraph“ vom 2. Oktober 1990 in seinem Bericht ‚Kohl urges countrymen to reject nationalism‘, dass Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl seine Landsleute aufgefordert hatte, Nationalismus abzulehnen. Ray Moseley informierte die Leser der „Chicago Tribune“ vom 2. Oktober 1990 unter der Überschrift ‚On day before unification, Kohl says Germany to play wider role‘, dass nach Ansicht von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl mit der Wiedervereinigung sich Deutschland nicht in eine Nische der internationalen Politik zurückziehen könne, sondern seinen größeren Verpflichtungen nachkommen müsse. Hugh Davies stellte, in seinem Artikel ‚Thatcher rejects UN seat for Bonn‘ im „Daily Telegraph“ vom 2. Oktober 1990, nicht nur die Ablehnung eines Sitzes für Deutschland im UN – Sicherheitsrat dar, sondern er ging auf ihren nach wie vor bestehenden Argwohn gegen die deutsche

(1.) „Washington Post“; 3. Dezember 1990; A 1;

Wiedervereinigung ein. Wie viele andere Journalisten berichteten ‚Israel takes a pragmatic view of unification‘ war die Überschrift eines Zeitungsartikels im „Independent“ vom 4. Oktober 1990 von David Horovitz, der sich mit dem Umgang der Israelis mit der deutschen Wiedervereinigung beschäftigte. Die Aufmärsche rechtsradikaler Gruppierungen im Beitrittsgebiet war das Thema von Michael Kallenbach in seinem Bericht ‚Neo – Nazis march in Dresden‘ vom 26. Oktober 1990 im „Jewish Chronicle“. Großes Aufsehen in der internationalen Berichterstattung erregte auch noch der Wahlsieg der bundesdeutschen Regierungskoalition bei den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen am 2. Dezember 1990, wie auch der Bericht hierüber in der „Washington Post“ von Marc Fisher am 2. Dezember 1990 belegte.

8.2 Reaktionen in Kommentaren und Leserbriefen

Rita Koch, die Herausgeberin der „Jüdischen Woche“ in Wien/Österreich, schrieb in einem Kommentar zur anstehenden deutschen Wiedervereinigung unter der Überschrift ‚Austrian Jewish editor doesn't fear reunification‘ im „American Israelite“ vom 27. September 1990 zur deutschen Wiedervereinigung: „As far as the Jews in the rest of Europe are concerned, I can only say that anti – Semitism today is for instance, much stronger in France, even in Great Britain, not to speak of the Soviet Union. On the contrary, the now democratic republic of (East) Germany has now, after the fall of its pro – Arab Communist regime that never wanted to recognize its responsibility for what happened to the Jews in Nazi Germany, a much better attitude not only to the Jewish State but to the understanding of the past and accepting German guilt towards our people. The recent act by the new democratic parliament in East Germany accepting German responsibility for the Holocaust and seeking forgiveness from the Jewish people is a dramatic example of the new climate in East Germany. ... A strong and united Germany in a united Europe, where we do not have only friends, may be of great help to Israel, and it will be up to Israeli diplomacy to call Germany to account whenever it should turn against our interests, which at least for the near future, I do not expect at all“ (1.). Frau Koch brachte zum Ausdruck, dass auch sie die deutsche Wiedervereinigung nicht fürchte.

In der Ausgabe des „Jewish Chronicle“ vom 28. September 1990 gab Rabbi, Lord Jakobovits, am Ende seines Kommentars ‚In defence of democracy‘ zu bedenken:

(1.) „American Israelite“; 27. September 1990; S. 4;

„The danger is not at present when conditions in Germany are stable. Hitler fed his monstrous machine on disgruntlement and economic hardship of the German people after Versailles and in the depression of the early 1920s. To prevent such consequences from ever occurring again in twenty or fifty years' time, every possible provision should be made now to ensure that the international community will not tolerate fanning the flames of hatred against vulnerable groups. The world must face the truth and never forget that, had it cared about the sufferings initially inflicted only upon Jews in the Nazi era, mankind could have been saved the agonies and the fearful human sacrifices of the Second World War and its bitter aftermath. The time to prevent a repetition, for the sake and the safety of all humans, is now, not when the danger is at hand“ (1.). Auch die Einlassungen von Rabbi Lord Jakobovits bewiesen abermals, dass die Ängste von Menschen jüdischen Glaubens, aufgrund der nationalsozialistischen Barbarei in deutschem Namen gegenüber den europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg, vor einem vereinten Deutschland noch massiv vorhanden waren.

Des Weiteren kommentierte der Leitkommentar der „Washington Post“ unter der Überschrift ‚Germany made whole‘ am 3. Oktober 1990 zur Deutschen Wiedervereinigung: „The two German states are now one, brought together in a breathless process that began just a year ago with East German citizens demanding to share in the Soviet bloc's renewal and that culminated today in East Germany's unprecedented voluntary self-effacement and its absorption into West Germany. Free Germany is not only united, it is independent – no longer subordinated to the wartime allies' rights. Thus has been achieved the end of the war division of Germany, and of Europe, and indeed the dilution of the very idea of East and West, of the structure of the world as it has been shaped since World War II“ (2.). Der Leitkommentar der „Washington Post“ ging am 3. Oktober 1990 in seinem Kommentar zur deutschen Wiedervereinigung noch einmal knapp auf die deutsche Geschichte der vergangenen 45 Jahre ein, wobei der atemberaubend kurze Prozeß von der DDR – Grenzöffnung am 9. November 1989 bis hin zu deutschen Wiedervereinigung hervorgehoben wurde. Am Tag der deutschen Wiedervereinigung, am 3. Oktober 1990, fand sich in der „Financial Times“ unter der Überschrift ‚Germany's third chance‘ folgender Kommentar zu diesem Ereignis: „From today begins the third chance for a united Germany to become what it must become, for its own sake and that for its neighbours: the central

(1.) „Jewish Chronicle“; 28. September 1990; S. 7;

(2.) „Washington Post“; 3. Oktober 1990; A 22;

pillar of a stable European order. Bismarck created the first such chance; defeat in the First World War offered the second; and the collapse of Soviet power, along with the success of the Federal Republic itself, has now given rise to the third. This chance came unexpectedly. Less than a year ago Mr Erich Honecker railed against West German forces, which - he blamed were plotting against his shabby little despotism. Poor, deluded Honecker, little did he realise that the forces arrayed against his state – the disgust of his own people and the indifference of Mr. Mikhail Gorbachev – were not those in front, but those at his back. The East Germans were responsible for the first peaceful revolution for freedom. By their actions the former East Germans have given the newly enlarged Federal Republic the best possible birthday, even though they themselves will not enjoy the cake for some time“ (1.). Auch dieser Zeitungsbericht ging noch einmal auf die vorangegangenen historische Ereignisse im Zusammenhang mit Deutschland, vor allem wurde betont, dass die Ostdeutschen mit der ersten friedlichen Revolution für die Freiheit in die Geschichte eingegangen sind. Die „Financial Times“ schrieb weiter, dass Deutschland weiter in die Strukturen der Europäischen Gemeinschaft und der NATO eingebunden sei, aber beide Bündnisse würden sich ändern müssen.

Zu der Situation der Deutschen in ihrem wiedervereinigten Land war im Leitkommentar der „New York Times“ mit dem Titel ‚Germans, first class and second‘ am 3. Oktober 1990 zu lesen: „The two Germans have become one. But will the two German peoples, having grown apart for 41 years, come together, and what the values will they share? Much of Europe’s future hangs on that German question. And only Germans can answer it. ... Neighbors rightly wonder how Germans can reach out to them while begrudging each other. That’s especially troubling to those east of Germany, beyond the Oder – Neisse border, which threatens to become the poverty line of Europe. West Germany’s leaders have for the most part responded to these worries with sensitivity, showing comity and compassion. Now it’s up to new Germany to avoid becoming so preoccupied with its own problems that it ignores the needs of a new and larger Europe“ (2.). Der Leitkommentar zeigte auf wie gespalten Deutschland zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung innerlich war.

Francine S. Kiefer analysierte die deutsche Wiedervereinigung in dem Kommentar ‚Unity achieved, Germany ponders future role‘ im „Christian Science Monitor“ vom 3. Oktober 1990 im Kern so: „Today the Germans realize their 40 – year – old dream of reunification. The division of the nation and the post – war era of East – West

(1.) „Financial Time“; 3. Oktober 1990; S. 20;

(2.) „New York Times“; 3. Oktober 1990; A 32;

confrontation have ended. The remarkable process of change by candlelight street protests in East German cities last October has been accomplished in just under one year. But ahead lies a long period of adjustment for the Germans: internally, as they try to integrate two different economies and societies; externally, as their role in world politics evolves, especially in relation to Eastern Europe and the Soviet Union“ (1.).

Die Meinung, dass die Welt Deutschland zu seiner Wiedervereinigung das Beste wünschen sollte, vertrat der Leitkommentar der „Seattle Times“ in seinem Kommentar ‚A reunited Germany stirs mixed emotions‘ am 3. Oktober 1990. So war hier zu lesen: „The historic reunification of Germany stirs emotions ranging from outright joy to object fear, with a large dose of uncertainty in between. The joy is fully justified: To see the people of a divided nation come together, after living decades with a stark wall between them, is cause for celebration in humanitarian terms alone. The 16 million East Germans and 61 million West Germans, many with close family bonds, will be one Volk again: simply Germans. ... In many ways today's Germans are less nationalistic anyone in Europe, and more are determined to become contributing, cooperative members of the European Community and the new post – Cold War order. The world should wish them well“ (2.).

‚Die Sternstunde des Helmut Kohl‘ lautete die Überschrift des Leitkommentars in der „New Yorker Staatszeitung und Herald“ vom 6. Oktober 1990 zur am 3. Oktober 1990 vollzogenen deutschen Wiedervereinigung. Letztlich war hierin zu lesen: „Es waren die Sternstunden des Kanzlers. Seine geschickte, mutige und schnörkellose Politik hat die Feierstunden in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990 möglich gemacht. Deutschland und die Welt feierte ihn. Die Schnitzer, die er im Laufe seiner Kanzlerschaft gemacht hat – Bitburg zum Beispiel, oder die Bemerkung, in der er Goebels mit Gorbatschow verglich – sind längst vergessen und vergeben. Gewiss, der Enthusiasmus von heute und die nationale Begeisterung werden abklingen. Der Euphorie über die Wiedervereinigung dürften harte Fragen folgen, wenn der politische Alltag wieder einzieht. Vor allem gilt es mit der drohenden Arbeitslosigkeit in der früheren DDR fertig zu werden. Ohne Opfer wird es nicht abgehen, wenn das Vereinte Deutschland, in Einigkeit und Recht und Freiheit so blühen soll wie die Bundesrepublik bisher“ (3.). Die „New Yorker Staatszeitung und Herald“ stellte in ihrem Leitkommentar in der Ausgabe vom 6. Oktober 1990, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl als

(1.) „Christian Science Monitor“; 3. Oktober 1990; S. 1;

(2.) „Seattle Times“; 3. Oktober 1990; S. A 6;

(3.) „New Yorker Staatszeitung und Herald“; 6. Oktober 1990; S. 3;

erfolgreichen Vollender der Deutschen Einheit dar.

Bruce W. Nelan schrieb, mit einer vorangegangenen Erinnerung an die deutschlandpolitischen Ereignisse seit der DDR – Grenzöffnung vom 9. November 1989, über die Wiedervereinigung, für die „Time“ am 8. Oktober 1990 in seinem Artikel ‚And now there is one‘: „The most unforgettable and heartquickenng breakthrough was the first, the fall of the Wall last November 9. Then came free elections in the East on March 18, economic Union on July 1 and the September 12 agreement of the four World War II Allies to end their remainig occupation rights in Berlin. Any one of those could be taken as the point at which unification became inevitable. But the date that will be celebrated this in the future comes this week, October 3, when the Freedom Bell in Schöneberg city hall in West Berlin tolls and the flag of the Federal Republic of Germany is raised in Front of the 96 – year – old Reichstag building. At that moment, the German Democratic Republic, a relic of Stalin’s postwar empire ceases to exist“ (1.). Des Weiteren erinnerte der Artikel, dass sich Westdeutschland als Konsequenz aus dem Horror des nationalsozialistischen Regimes internationale politische Zurückhaltung auferlegt hatte. Auch hier wurde der fortan gültige Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion erwähnt. Außerdem gingen aus dem Kommentar, die nach wie vor vorhandenen Vorbehalte gegen eine deutsche Wiedervereinigung, besonders in Vereinigten Königreich, hervor. Außerhalb Großbritannien, so Bruce W. Nelan gab es auch noch Sorgen und massive Vorbehalte in Polen, der Tschechoslowakei, Frankreich und den Niederlanden.

Von Interesse ist eine Kolumne des ostdeutschen Schriftstellers Stefan Heym unter dem Titel ‚Did it have to happen this way?‘ vom 15. Oktober 1990 in der Newsweek, in der er zu Deutschen Wiedervereinigung schrieb: „It was hardly beloved, the German Democratic Republic. Who didn’t have to say someting bad about it? And only seldom were there moments when citizens felt any closeness to the country. How many of them turned their backs on it with great inner relief ? And still, now that its little hour has ended, one asks oneself: did it have to happen this way? Those who stood not even a year ago on the Alexanderplatz in Berlin and announced „We are the people“! did not want this end, at least not in this form. I remember how my colleague playwright Rolf Hochhuth, a West German, walked around the sqare – it was black with people – and said with astonishment, „But this is not a solution for German reunification“! What did they want? The old state, only refurbished, with a little less police, less corruption and a tolerably functioning economy? A new state with new structures, and if so, what kind of

(1.) „Time“; 8. Oktober 1990: S.10 ff;

structures? A mixture of socialism and free – market economics”? (1.). Der gebürtige Chemnitzer, der wegen seiner religiösen Herkunft als Jude vor den Nationalsozialisten emigrieren musste, als US – Soldat im Zweiten Weltkrieg wieder nach Deutschland zurückkehrte und eine gute Zeit seines Lebens in der DDR als Dissident agierte, stellte sehr kritische Fragen, in dem er auch den Sinn der deutschen Einheit insgesamt in Frage stellte.

Über die Einheitsfeierlichkeiten äußerte sich der „Newsweek“ – Korrespondent Michael Meyer in seinem Artikel ‚Bier und Beethoven‘ vom 15. Oktober 1990 so: „Helmut! Helmut!“ The chants exploded just before midnight. Germans had dreamed for 45 years, and Chancellor Helmut Kohl delivered. As an enormous red, black and gold banner inched up the flagpole in front of the Reichstag, quarter million people burst into song. „Unity the first word of the German national anthem, swelled across the packed lawn. After 40 years spent searching for their national identity, the Germans celebrated October 3 with fireworks, church bells and tears“ (2.). Hier wurde von einer feierlichen Stimmung auf den Einheitsfeierlichkeiten in Berlin berichtet. Wie die vollzogene Einheit im internationalen Kontext gesehen wurde beschrieb der Newsweek – Journalist folgendermaßen: „U.S. President George Bush praised Germany as a „partner“ in world leadership. Britain’s Prime Minister Margaret Thatcher issued congratulations but also warned against the dangers of German „domination“ in Europe. The prime minister was not alone in her ambivalence. The most tepid reaction of all came from Germany’s eastern neighbors in Poland. Officials in Warsaw worried that the economic „shock“ of German unity - East Germany had been a major market for Polish goods – could bankrupt Poland’s struggling capitalist economy. Their fears were not misplaced“ (2.). Für Michael Meyer ragte bei den Äußerungen zur deutschen Wiedervereinigung neben den Befürchtungen der britischen Premierministerin Margaret Thatcher vor den Gefahren einer deutschen Dominanz in Europa, die Angst in Polen vor einem wirtschaftlichen Schock des vereinten Deutschlands, was die kämpfende polnische Wirtschaft in den Ruin treiben würde, da Ostdeutschland ein bedeutender Markt für polnische Güter war.

Zu der Wiedervereinigung schrieben Leser der „Time“ in der Ausgabe vom 29. Oktober 1990:

„I must own up to uneasiness. Memories still echo across the psyche of France, my nation, and a fear seems to be dawning across Europe. But let us not scare ourselves.

(1.) „Newsweek“, 15. Oktober 1990; S.17;

(2.) „Newsweek“, 15. Oktober 1990; S.16 f;

It is true that we should never forget, but why not forgive? We must allow the newborn Germany to rid itself of its psychological shackles.“

Nicolas Garchon, Aubagne, France

„The cover illustration – with its golden backdrop, the eagle’s head as an underlined Deutsche Mark and the wings open to both directions – was a work of art.“

Helmut Hirsch, Düsseldorf

The streets are alive with people celebrating Germans unity. I hope they won’t forget why the country was torn apart in the first place.“

David M. Griffiths, Hamburg

„Unfortunately, it was Germans who contributed considerably to the plight of many East bloc countries. Germany is now aware of its responsibility. With its great economic and technological potential, it is particularly intent on helping the hard – hit East European countries. The new Germany will be the locomotive of an era of peace and prosperity in Europe.“

Georg Schwarzmann, Lichtenfels, Germany (1.)

Trotz einiger Bedenken, neigten die Leserbriefschreiber in der „Time“ vom 29. Oktober 1990 doch zur Hoffnung in Bezug auf das wiedervereinigte Deutschland.

Im Leitkommentar der „Washington Post“ vom 4. Dezember 1990 war unter der Überschrift ‚Mr. Kohl’s steamroller‘ über den Wahlsieg der Bonner Regierungskoalition, beispielweise zu lesen: „Germany’s center – right coalition has now won another decisive victory, for the very good reason that it read the country’s mood more accurately than anyone else. This was a single – issue election, and the issue was German unity. In a curious reversal of roles, it was the opposition Socialists who kept querulously asking how much it was going to cost and how much it was going to cost and whether it wouldn’t require a tax increase: Chancellor Helmut Kohl and his coalition understood that western Germans, prosperous and secure, felt, a compelling obligation to reach out immediately to those other Germans who had lived under foreign domination for 45 years and to worry about the costs later“ (2.).

‚Left behind in Germany‘ lautete die Überschrift des Leitkommentars in der „New York Times“ vom 4. Dezember 1990. Darin war in erster Linie zu lesen: „The latest milestone of German unity has brought results that are simultaneously obvious, surprising and deceptive. The governing right – center coalition was surely expected to win the first all – German elections since 1933. The surprise came in the size of the

(1.) „Time“, 29. Oktober 1990;

(2.) „Washington Post“; 4. Dezember 1990; A 16;

losses suffered by opposition parties. How could the left lose, given the addition of all the former East German Communist to the electorate? The answer, and the deceptive aspect of the returns, is that the right and center ate the left's lunch. Now the winners will have to pay for their campaign promises and the Americans will have to recognize that, if only for reasons of domestic politics, Germany will have to find its own way" (1.). Der Leitkommentar wies besonders darauf hin, dass das linke politische Lager in Deutschland eine massivere Wahlniederlage erhielt, als erwartet worden war.

Über den Wahlsieg von Bundeskanzler Dr. Kohl bei der ersten demokratischen gesamtdeutschen Parlamentswahl seit 1932 am 2. Dezember 1990 schrieb Daniel Benjamin in der „Time“ vom 10. Dezember 1990 unter der Überschrift ‚A once unthinkable thirst‘: „The election was to be stirring climax to 13 month of breathing change. As the first all – German ballot since 1932, when Adolf Hitler and his National Socialist Party gained power, Sunday's vote was portrayed as the ultimate moment of a historical closure. A little more than a year after the fall of the Berlin Wall and two months after unification, the polling for a new Bundestag would be a celebration of democracy and the end to years of division. Although the voting surely was such a milestone, it appeared had had enough, at least for a while, of history on a grand scale. Christian Democratic Chancellor Helmut Kohl, 60, and his coalition partners took 19 – point lead into the election, seemingly assuring them of victory over Social Democrat Oskar Lafontaine“ (2.). Daniel Benjamin setzte den Wahlsieg von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl ebenfalls in einen deutschen historischen Kontext seit den letzten demokratischen Reichstagswahlen seit dem 6. November 1932. Danach behandelte der Artikel vor allem die schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Prozesse der Wiedervereinigung.

Fazit

‚Austrian Jewish editor doesn't fear reunification‘ war die Überschrift eines Kommentars im „American Israelite“ vom 27 September 1990 von Rita Koch, in welchem sie darlegte, warum sie als Jüdin vor der deutschen Wiedervereinigung keine Angst hatte. Dagegen stellte Rabbi Lord Jakobovitz im „Jewish Chronicle“ unter der Überschrift ‚In defence of democracy‘ die Ängste vieler Juden, aufgrund der jüdischen Erfahrungen mit dem Holocaust. Der Leitkommentar der „Washington Post“ beschäftigte sich unter

(1.) „New York Times“; 4. Dezember 1990; A 30;

(2.) „Time“; 10. Dezember 1990; S.18;

der Überschrift ‚Germany made whole‘ am 3. Oktober 1990 mit der deutschen Geschichte der vorangegangenen 45 Jahre. Mit der Situation der Deutschen in ihrem Land befasste sich der Leitkommentar der „New York Times“ am 3. Oktober 1990 unter der Überschrift ‚Germans, first class and second‘ am 3. Oktober 1990. Eine Analyse der deutschen Wiedervereinigung führte Francine S. Kiefer in dem Kommentar ‚Unity achieved, Germany ponders future role‘ im „Christian Science Monitor“ vom 3. Oktober 1990 durch. Trotz der gemischten Gefühle, die die deutsche Wiedervereinigung auslöste, fand der Leitkommentar der „Seattle Times“ unter dem Titel ‚A reunited Germany stirs mixed emotions‘ am 3. Oktober 1990, solle man den Deutschen für die Zukunft nur Gutes wünschen. ‚Die Sternstunde des Helmut Kohl‘ war die Überschrift des Leitkommentars in der „New Yorker Staatszeitung und Herold“ vom 6. Oktober 1990, in der der deutsche Bundeskanzler als erfolgreicher Wegbereiter der deutschen Wiedervereinigung dargestellt wurde. Kritisch mit der vollzogenen deutschen Wiedervereinigung setzte sich der deutsch – jüdische Schriftsteller Stefan Heym unter dem Titel ‚Did it have to happen this way?‘ vom 15. Oktober 1990 in der Newsweek auseinander. Auch die Leserbriefe in der „Time“ zur vollzogenen deutschen Wiedervereinigung brachten neben Hoffnungen auch noch einige Bedenken gegenüber dem wiedervereinigten Deutschland zum Ausdruck. Die Leitkommentare in der „Washington Post“ ‚Mr. Kohl’s steamroller‘ am 4. Dezember 1990 und der „New York Times“ vom 4. Dezember 1990 ‚Left behind in Germany‘ beschäftigten sich mit dem deutlichen Wahlsieg der Regierungskoalition unter Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl bei den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen. Das letzte Kapitel der Dissertation befasst sich in erster Linie mit den Reaktionen in den angelsächsischen Printmedien auf den Vollzug der deutschen Wiedervereinigung zum 3. Oktober 1990. Abschließend wird noch ein Blick auf die Reaktion der angelsächsischen Medien auf das mit der deutschen Wiedervereinigung sehr stark zusammenhängende Wahlergebnis der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 eingegangen. Festzuhalten ist, dass vor allem rund um den 3. Oktober 1990 noch einmal eine sehr intensive Berichterstattung über die deutsche Wiedervereinigung sowohl in überregionalen Medien im Vereinigten Königreich als auch in den Medien in den Vereinigten Staaten von Amerika stattfand. Auch war die Kommentierung der Wiedervereinigung sehr vielfältig. Ein Unterschied zwischen dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika an sich gab es nicht. Wie in den vorangegangenen Kapiteln waren Unterschiede eher zwischen den Printmedien in den beiden Staaten auffällig. Es gab weiterhin die Printmedien, die der deutschen

Wiedervereinigung wohlwollender Gegenüberstanden als andere. Häufig wurde auch noch in Zeitungsartikeln um den 3. Oktober 1990 auf die deutsche Vergangenheit während des Nationalsozialismus verwiesen. Einerseits um nach wie vor bestehende Ängste zur Geltung zu bringen. Andererseits um die positive Entwicklung Deutschlands seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu betonen. Bemerkenswert war, dass in jüdischen Zeitungen, Stimmen zu Wort kamen, die sich zur deutschen Wiedervereinigung positiv äußerten, wie Rita Koch die damalige Herausgeberin der „jüdischen Woche“ in Wien/Österreich, im „American Israelite“. Dennoch wurden auch die Erfahrungen der Juden mit der Shoa weiterhin in der jüdischen Presse thematisiert. Unterschiedlich waren auch die in den Printmedien hervorgebrachten Reaktionen aus Israel, die von der Hoffnung auf eine gute und pragmatische Zusammenarbeit seitens der israelischen Regierung und des israelischen Präsidenten bis hin zur entschiedenen Ablehnung der deutschen Wiedervereinigung, aufgrund persönlicher Erfahrung mit dem im deutschen Namen handelnden nationalsozialistischen Völkermörderregime, gingen. Bedauert wurde auf israelischer Seite, dass sowohl im ‚Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland‘ zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkrieges‘ als auch im ‚deutsch – deutschen Einigungsvertrag‘ nicht an die Verbrechen der Shoa erinnert wurde. Auch gab es im „Jewish Chronicle“ kurz nach der Wiedervereinigung einen Bericht über rechtsradikale Aufmärsche in den neuen Bundesländern. Der Wahlsieg, der von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl geführten Regierungskoalition, wurde in den beispielhaft aufgeführten angelsächsischen Printmedien und anderen Printmedien, den Verdiensten der Bundesregierung um die Erlangung der deutschen Wiedervereinigung zugeschrieben. Zum Vollzug der deutschen Wiedervereinigung kommentierte Andreas Rödder in seinem Buch „Geschichte der Deutschen Wiedervereinigung“, dass als die Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 vor dem Berliner Reichstag symbolisch vollzogen wurde, indem die schwarz – rot – goldene Bundesflagge des vereinten Deutschland unter Feuerwerksfontänen gehisst, die nun gesamtdeutsche Nationalhymne gesungen und im Schöneberger Rathaus die Freiheitsglocke geläutet wurde, die Bundesrepublik um 16,4 auf insgesamt 78,7 Millionen Einwohner wuchs und ihr Territorium um gut 108.000 auf nunmehr 357.000 Quadratkilometer zunahm. Zugleich war die deutsche Frage, die das 19. und 20. Jahrhundert immer wieder in Atem gehalten hatte, staatsrechtlich definitiv beantwortet“ (1.). Auch hier beschrieb

(1.) Rödder, Andreas ; 2011; S.93;

Andreas Rödder, nicht die für eine abschließende Wertung der Ereignisse erforderlichen internationalen Reaktionen, wie sie in der Dissertation an der vielseitigen Berichterstattung und Kommentierung in den Printmedien der angelsächsischen Partnerstaaten dargelegt wurde.

Fazit

Zum Abschluss der Dissertation „Der Prozess der deutschen Wiedervereinigung aus der Sicht der angelsächsischen Partner, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika“ ist festzuhalten, dass die Rede des 40. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Ronald Reagan, vom 12. Juni 1987, mit seiner Aufforderung an den Generalsekretär der KPdSU die Berliner Mauer nieder zu reißen zweieinhalb Jahre später faktisch Wirklichkeit wurde. Die Rede von Ronald Reagan fand, so der Grundtenor der Berichterstattung der „Time“ damals, vor einer ambivalenten Situation in der geteilten Stadt statt. Für das Bild der beiden deutschen Staaten in den Printmedien im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika lässt sich vor dem Sommer 1989 grob das Bild zeichnen, dass Ostdeutschland überwiegend negativ in der Berichterstattung weg kam und Westdeutschland eher positiv in der Berichterstattung und im Meinungsbild besetzt war. Die im zweiten Abschnitt behandelte Flucht der Menschen aus der DDR sowie die Demonstrationen gegen die DDR – Machthaber stießen auf große Sympathien in der veröffentlichten Meinung auf Seiten der Flüchtlinge und Demonstranten in den Printmedien in den angelsächsischen Partnerländern, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika. Die parallel aufkommende Diskussion um eine mögliche deutsche Wiedervereinigung wurde in den Zeitungsberichten, Kommentaren und Leserbriefen beiderseits des atlantischen Ozeans unterschiedlich gewertet. Die zunächst überwiegend freudigen Reaktionen auf das definitive Ende des brutalen DDR – Grenzregimes am 9. November 1989 in den Printmedien im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika, die aber im weiteren Verlauf oftmals von der Angst vor einem wiedererstarkenden vereinten Deutschland geprägt waren, bildet der dritte Abschnitt der Dissertation ab. Von großem Interesse für die Berichterstattung in den angelsächsischen Partnerstaaten war auch die Weiterentwicklung des Reformprozesses in der DDR nach dem „Berliner Mauerfall“ vom 9. November 1989. Viel Beachtung fand auch in der angelsächsischen Medienlandschaft der „10 – Punkte – Plan“ zur schrittweisen Überwindung der deutschen Teilung unter Betonung der Beachtung der Eingebundenheit in den europäischen Prozess der Wiedervereinigung, von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, wenngleich er in den Kommentaren nicht die Kritik erfuhr, die laut Medienberichten von verschiedenen Regierungen kamen. Intensiv war die Berichterstattung und Kommentierung über die Verabredung des „Zwei + Vier –

Verhandlungsformats“ zur Abklärung der außenpolitischen Fragen der deutschen Wiedervereinigung am Rande der „Open Skies – Konferenz“ im kanadischen Ottawa zwischen den vier Alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkriegs und den beiden deutschen Staaten. Dabei wurde zum Teil sehr emotional in den Kommentaren und den Leserforen in den Printmedien in Großbritannien und den USA über die sich abzeichnende deutsche Wiedervereinigung und der militärischen Bündniszugehörigkeit eines wiedervereinigten Deutschlands diskutiert. Große Kritik gab es an der zögerlichen Bereitschaft von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl die polnische Westgrenze endgültig zu akzeptieren, wie sowohl aus der Berichterstattung und auch in den Kommentaren sowie Leserbriefen der meisten bearbeiteten britischen und US – amerikanischen Zeitungen und politischen Magazine ersichtlich war. Die ersten freien und demokratischen Volkskammerwahlen in der DDR vom 18. März 1990, die internationalen Reaktionen auf das Wahlergebnis, die Bildung einer aus demokratischen Parteien zusammengesetzten DDR – Regierung und die Bereitschaft der neu konstituierten DDR – Volkskammer sich mit Israel und den Opfern des Holocaust auszusöhnen rief große Beachtung sowohl in der Berichterstattung als auch in der Kommentierung hervor. Wichtig war für viele Kommentatoren in den bearbeiteten angelsächsischen Printmedien, dass das Wahlergebnis vom 18. März 1990 ein eindeutiges Votum für eine zügige deutsche Wiedervereinigung war. Eine wichtige Rolle in der Debatte um die deutsche Wiedervereinigung spielte auch die Diskussion um die deutsch - deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, die zum 1. Juli 1990 erfolgte, die auch in den Printmedien im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika in der Berichterstattung und in Kommentaren wiedergegeben wurde. Mit Sorge wurde hier zum Teil der größtenteils angewandte Umtauschkurs von 1 DDR – Mark zu 1 D – Mark registriert, der laut der zitierten Zeitungen, bei manchen Notenbankern und Finanzmarktanalysten Ängste vor einer internationalen Inflationsspirale mit Auswirkungen auf die weltweiten Finanzmärkte auslöste. Einen nachhaltigen Schub für den deutsch – deutschen Wiedervereinigungsprozeß löste das Gipfeltreffen zwischen dem 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika George Bush und dem sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow in Washington D.C. vom 31. Mai 1990 bis zum 3. Juni 1990 aus. Allerdings fand das historische Einlenken Gorbatschows mit seiner prinzipiellen Zustimmung, dass die Deutschen selbst entscheiden könnten zu welchem militärischen Bündnis sie dazu gehören wollten zunächst nicht die große Aufmerksamkeit in den britischen und US – amerikanischen Printmedien. Die „Ridley –

Affäre“ führte vor allem in Großbritannien zu sehr engagierten Kommentaren und Diskussionen in den Leserforen der britischen Printmedien. Ausführlich war auch die Berichterstattung über die Einigung zwischen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und dem sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow, bei ihrem Treffen am 15. und 16. Juli 1990 in der Sowjetunion, dass die Sowjetunion eine gesamtdeutsche Mitgliedschaft in der NATO akzeptieren würde. Allerdings wurde danach dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in Kommentaren in US - Printmedien vorgehalten, er sei vom westdeutschen Regierungschef, vor vollendete Tatsachen gestellt worden, die für die Vereinigten Staaten ungünstig wären, was dieser zurückwies. Beachtung in den Zeitungen in Großbritannien und den USA fand auch die Unterzeichnung der Verträge ‚über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland‘ und ‚über gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion‘ vom 12. September 1990, bei denen vor allem bei ersterem Vertrag wegen Kritikpunkte der britischen Regierung bis zuletzt hart verhandelt wurde. Im letzten Abschnitt wird die vielseitige Berichterstattung über die Einheitsfeier in den Printmedien der angelsächsischen dargestellt. In einigen Berichten und Kommentaren wurden weiterhin Zweifel an dem wiedervereinten Deutschland geäußert, während in anderen Publikationen Freude und Zuversicht über das wiedervereinigte Deutschland zum Ausdruck gebracht wurde. Der Hauptteil der Dissertation wird abgerundet mit Berichten und Kommentaren zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Der Wahlsieg der Regierungskoalition um Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl wurde auch in den Printmedien im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika vielfach ihren Verdiensten um die deutsche Wiedervereinigung zugeschrieben. Letztlich gab es diesseits und jenseits des Atlantiks in den Printmedien der angelsächsischen Partnerstaaten Zustimmung und Ablehnung der deutschen Wiedervereinigung. In den Vereinigten Staaten von Amerika waren die Kommentare in der „New York Times“ der deutschen Einheit nach dem Mauerfall zunächst am kritischsten gegenüber eingestellt, während es in der „Washington Post“ in den Kommentaren sowohl Zustimmung als auch Ablehnung zu einer deutschen Wiedervereinigung gab, was für die Berichterstattung in den Printmedien in den Vereinigten Staaten von Amerika sehr repräsentativ war. Von den untersuchten britischen Zeitungen gab sich die „Church of England Newspaper“ in ihrer Berichterstattung und in den Kommentaren mit Abstand am deutschlandkritischsten.

Die liberal geprägte Londoner Tageszeitung „Independent“ war der deutschen Wiedervereinigung sehr wohlwollend gegenüber eingestellt.

Zu den in der Dissertation häufig zitierten Zeitungsberichten und Kommentaren, gehörten besonders auch solche jüdischer Zeitungen. Über Empfindungen von Juden über die deutsche Wiedervereinigung ist hervorzuheben, dass viele jüdische Zeitungen vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika davon berichteten, dass Holocaust – Überlebende sich zwar einerseits über den Fall der Berliner Mauer freuten, andererseits aber dabei auch von ihrer persönlichen Leidensgeschichte während der Shoa übermannt wurden. Aus den Presseberichten ging darüber hinaus hervor, dass die israelische Regierung, unter Ministerpräsident Yitzchak Shamir, dessen Familie von den nationalsozialistischen Schergen ausgelöscht wurde, sich nach anfänglicher Reserviertheit, bereit war, sich mit einer deutschen Wiedervereinigung abzufinden. Das zum wissenschaftlichen Vergleich herangezogene Buch „Geschichte der deutschen Wiedervereinigung“ von Andreas Rödder bestätigt im Wesentlichen den in der Dissertation wiedergegebenen Forschungsstand. Allerdings geht die vorliegende Dissertation noch weit darüber hinaus, in dem sie die veröffentlichte Meinung in den angelsächsischen Partnerstaaten, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika versucht abzubilden. Des Weiteren spielen in dem Buch des Mainzer Historikers im Gegensatz zur Dissertation die Empfindungen von Überlebenden der Shoa wie auch die kritische Berichterstattung zu vermehrt offener auftretenden Rechtsradikalen im Beitrittsgebiet keine Rolle, was einen Mangel darstellt, da diese Sachverhalte in den Debatten um die deutsche Wiedervereinigung in den angelsächsischen Partnerstaaten schon von Bedeutung war.

In wie fern die Berichterstattung, die Kommentierung und die Leserbriefe in den Printmedien im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika Einfluss auf das Regierungshandeln in London, England oder Washington D. C. hatte lässt sich letztlich nicht genau belegen. Auffällig ist, dass die britische Regierung, trotz der großen Vorbehalte von Premierministerin Margaret Thatcher gegenüber einer deutschen Wiedervereinigung, deren Verwirklichung ab Februar 1990, den Printmedien zur Folge, mehr und mehr akzeptierte. Eine Rolle dürfte dabei gespielt haben, dass, laut Umfragen, in Großbritannien eine Mehrheit der Befragten eine deutsche Wiedervereinigung nicht ablehnten. Auch fand Margaret Thatcher unter den vier Alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkriegs nachdem sich der französische Staatspräsident Francois Mitterand und schließlich auch der sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow mit einer deutschen Wiedervereinigung Anfang

1990 abgefunden hatten, keine Verbündeten mehr, die deutsche Einheit zu verhindern. Die nochmals im Juli 1990 im Eurobarometer gemessene offensichtlich deutschlandfreundliche Haltung der Mehrheit der britischen Bevölkerung, lies die britische Regierung wohl auch am 12. September 1990 bei der Frage, ob auch NATO – Truppen nach der deutschen Wiedervereinigung auf dem Boden der ehemaligen DDR stationiert werden dürften, zurückweichen und den Kompromiss akzeptieren, dass das wiedervereinigte Deutschland NATO – Mitglied bleiben dürfe, ohne dass NATO – Truppen auf dem Territorium des Beitrittsgebiets stationiert werden dürften. Schließlich wollte die britische Regierung auch nicht als Verhinderin der Lösung der deutschen Frage vor ihren eigenen Bürgern da stehen. In den Vereinigten Staaten war 1989 mit George Herbert Walker Bush ein Präsident ins Amt gekommen, der schon zu Amtsantritt als deutschlandfreundlich galt. Seine Zurückhaltung nach dem Berliner Mauerfall galt realpolitischen Erwägungen, wie die Sowjetunion nicht provozieren zu wollen. Dazu wurde ihm auch von seinen Mitarbeitern geraten. Auch ist aus der US – amerikanischen Medienberichterstattung ersichtlich, dass es Ablehnung und Skepsis gegenüber einer deutschen Wiedervereinigung aus seiner eigenen Partei gab, am prominentesten durch den ehemaligen republikanischen US – Außenminister Henry Kissinger, der deutsch – jüdischer Herkunft war. Die oppositionellen Demokraten begeisterten sich sehr frühzeitig für die Vorgänge in Deutschland und kritisierten die Zurückhaltung des Präsidenten. Meinungsumfragen zeigten darüber hinaus, dass es sehr bald nach dem Berliner Mauerfall unter den US – Bürgern sehr große Sympathien für eine deutsche Wiedervereinigung gab. Dies unterstützte vermutlich den 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika offensiv eine Politik zu betreiben, die auf eine zügige deutsche Wiedervereinigung in den europäischen und transatlantischen Strukturen ausgerichtete Politik der westdeutschen Bundesregierung, zum Erfolg zu verhelfen. Zu seiner Einstellung gegenüber der deutschen Teilung schrieb George Herbert Walker Bush in seinem 1999 auf Deutsch erschienenen Buch ‚Eine Welt‘ deutlich, dass ihm die deutsche Spaltung, seit seinem Besuch in dem damals durch eine Mauer geteilten oberfränkisch – thüringischen Dorf Mödlareuth am 5. Februar 1983, sehr nahe ging. Auch hatte er eine persönlich sehr negative Meinung über die DDR – Machthaber. Dies alles waren wohl noch weitere Gründe für seinen massiven persönlichen Einsatz für die deutsche Wiedervereinigung. So schrieb er in seinem Buch: „Ich konnte den ostdeutschen Teil von Mödlareuth durch den Zaun sehen, während wir durch den Schnee an der Grenze entlang liefen. Die typisch deutschen Häuser waren gleichförmig gestrichen und ordentlich, obwohl man mir

erzählte, dass der Ort nur teilweise bewohnt war. Die Gebäude waren nach außen gut gepflegt, um ostdeutschen Wohlstand zu demonstrieren – ein falsches Antlitz, das die Schädlichkeit und den Verfall verdecken sollte. Sogar die Lichter in den leeren Häusern waren eingeschaltet, um den Schein zu wahren. Es war ein trauriger Gegensatz zu der Wärme, den Farben und der Geschäftigkeit im westlichen Teil dieses Bauerndorfes, das so gar nicht so verschieden war von den vielen Dörfern, die ich im Herzen Amerikas besucht hatte. Ich spürte schon vor diesem Ausflug eine regelrechte Abneigung gegen die DDR. Zu meiner Zeit in der CIA hatte ich erfahren, dass Ostdeutschland einer der schlimmsten Übeltäter in Belangen wie dem Training von Terroristen oder dem Destabilisieren von anderen Ländern war. Sie waren vielleicht die aggressivsten überhaupt im Spionagegeschäft, und sie schreckten vor nichts zurück, um ihre Ziele zu erreichen. Zur Erledigung der hässlichsten Aufgaben bediente sich die Sowjetunion meistens der Ostdeutschen. Sie waren die Rabauken des Ostblocks. Mödlareuth machte mir die persönlichen Tragödien und die Kosten eines geteilten Landes und des kalten Krieges auf eine Weise deutlich, wie es die Berichte und Fotos nicht konnten. Eltern und Kinder, Brüder und Schwestern – allesamt Deutsche – konnten durch den Zaun blicken, und nur ein paar Schritte entfernt ihre Verwandte sehen, aber keinen Kontakt zu ihnen aufnehmen. In ganz Deutschland waren viele Familien seit Jahrzehnten getrennt, mit der Ausnahme von vielleicht einigen Besuchen, seitdem die Spannungen zurückgegangen waren. Es war wie ein kalter Hauch und eine traurige Erinnerung an die Wirklichkeit des kalten Krieges für die Menschen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs“ (1.).

(1) Bush, George; 1999; S. 142

**Zeittafel zur friedlichen Revolution in der DDR und zur deutschen
Wiedervereinigung 1982 – 1990**

1. Oktober 1982: „Dr. Helmut Kohl wird Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
26. Juni 1984: 55 Menschen aus der DDR suchen Zuflucht in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost – Berlin – Nach zähen Verhandlungen wird den Menschen Straffreiheit und die zügige Bearbeitung ihrer Ausreiseanträge zugesichert, woraufhin diese die Ständige Vertretung in Ost – Berlin verlassen.
- Oktober 1984 bis Januar 1985: In mehreren Bundesdeutschen Botschaften in Osteuropa suchen weitere Flüchtlinge aus der DDR Zuflucht. Diesen wird ebenfalls eine wohlwollende Prüfung ihrer Ausreiseanträge zugesichert, woraufhin diese die Botschaften ebenfalls verlassen.
11. März 1985: Michail Gorbatschow wird Generalsekretär der KPdSU
12. Juni 1987: „Tear down this wall“! - US – Präsident Ronald Reagan fordert bei einer Rede vor dem Brandenburger Tor in Berlin den Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, auf, die Berliner Mauer nieder zu reißen.
7. – 11. September 1987: Erich Honecker zu Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland. Es kommt zu Vereinbarungen über Erleichterungen für die Menschen in der DDR beim Besuchsverkehr und der Familienzusammenführung mit Westdeutschland
25. November 1987: Durchsuchung der Umweltbibliothek der Zionsgemeinde in Ost – Berlin. 7 Personen werden von dem DDR – Staatssicherheitsdienst inhaftiert, aber auf westdeutschen Druck wieder freigelassen. Die oppositionelle Umweltbibliothek wird durch diese Aktion populärer und künftig von den DDR –

- Machthabern geduldet.
17. Januar 1988: Bei der alljährlichen Demonstration der DDR – Staatsführung zum Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht werden einige oppositionelle Menschen in der DDR, die diese Veranstaltung zum Protest gegen die DDR – Staatsführung nutzten, ebenfalls inhaftiert.
20. Januar 1989: George Bush wird 41. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika
5. Februar 1989: Chris Gueffroy wird an der Berliner Mauer erschossen. Er ist das letzte bekannte Mordopfer der DDR – Grenztruppen.
2. Mai 1989: Ungarn beginnt seinen Grenzzaun an der Grenze zu Österreich zu entfernen. Ab diesem Zeitpunkt Versuchen vermehrt Menschen aus der DDR über Ungarn nach Westdeutschland zu fliehen.
7. Mai 1989: Kommunalwahlen in der DDR. Zunehmender Protest gegen die massiven Wahlfälschungen durch das SED – Regime.
12. bis 15. Juni 1989: Von der Bevölkerung stark umjubelter Besuch des Generalsekretärs der KPdSU, Michail Gorbatschow, in der Bundesrepublik Deutschland.
- August/September 1989: Starker Anstieg der Fluchtbewegung aus der DDR über Ungarn nach Westdeutschland. Aber auch Flucht in die bundesdeutschen Botschaften in Warschau/Polen, Prag/Tschechoslowakei sowie in Flüchtlingslager bei Budapest/Ungarn und am Plattensee/Ungarn. Außerdem Versuche über die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost – Berlin nach Westdeutschland zu gelangen.
19. August 1989: Bei einem ungarisch – österreichischen grenzüberschreitenden Picknick der Paneuropa Union bei Sopron/Ungarn gelingt 700 Menschen aus der DDR die Flucht nach Westdeutschland.

4. September 1989: Beginn der allwöchentlichen Montagsdemonstrationen gegen das SED – Regime nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche. Diese Demonstrationen zogen bis zum Ende des SED – Regimes immer mehr Menschen an.
9. September 1989: Bürgerrechtler und Regimekritiker in der DDR schließen sich zur Bürgerbewegung „Neues Forum“ zusammen. Ein Antrag auf offizielle Genehmigung wird der Bürgerbewegung vom DDR – Innenministerium zunächst verwehrt.
10. September 1989: Die ungarische Regierung gewährt den in Ungarn festsitzenden Flüchtlingen aus der DDR die Ausreise über Österreich nach Westdeutschland.
30. September 1989: Die Bundesregierung erreicht, dass die DDR – Botschaftsflüchtlinge in Prag und in Warschau in Zügen über das DDR – Gebiet nach Westdeutschland ausreisen dürfen.
6. und 7. Oktober 1989: Erich Honecker feiert pompös den 40. Jahrestag der DDR – Gründung. Michail Gorbatschow mahnt die DDR – Machthaber unmissverständlich zu Reformen. Bei friedlichen Demonstrationen gegen die DDR – Führung kommt es zu Ausschreitungen durch den DDR – Staatssicherheitsdienst.
18. Oktober 1989: Erich Honecker wird von allen seinen Ämtern entbunden. Sein Nachfolger wird Egon Krenz.
4. November 1989: Größte Demonstration in der DDR – Geschichte auf dem Berliner Alexanderplatz gegen das SED – Regime
9. November 1989: Aufgrund einer Fehlinterpretation des neuen DDR – Reisegesetzes durch das SED – Politbüromitglied Günter Schabowski öffnet die DDR ihre Grenzen nach West – Berlin und Westdeutschland. Viele Menschen in der DDR nutzen die Gelegenheit und fahren nach West – Berlin und Westdeutschland. Das

- Ereignis wird von vielen Deutschen gemeinsam gefeiert.
28. November 1989: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl legt seinen 10 – Punkte Plan vor.
22. Dezember 1989: Am Brandenburger Tor wird ein Fußgängerübergang eröffnet.
14. März 1990: Michail Gorbatschow wird Staatspräsident der Sowjetunion.
18. März 1990: In der DDR finden zum ersten und letzten Mal freie und geheime Wahlen zur DDR – Volkskammer statt. Wahlsieger ist die von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl unterstützte Allianz für Deutschland
12. April 1990: Wahl von Lothar de Maiziere zum einzigen demokratisch gewählten DDR – Ministerpräsidenten durch die DDR – Volkskammer.
1. Juli 1990: Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Die bundesdeutsche D – Mark wird mit einem Umtauschkurs von 1 zu 1 zur DDR – Mark gesamtdeutsche Währung.
31. August 1990: Der Einigungsvertrag zur Überleitung von DDR – Recht in gesamtdeutsches Recht wird unterzeichnet.
12. September 1990: Unterzeichnung des „Zwei + Vier – Vertrages
3. Oktober 1990: Die DDR tritt um 0 Uhr nach Artikel 23 GG der Bundesrepublik Deutschland bei. Das Ereignis wird in Berlin mit einem großen Feuerwerk gefeiert.
1. Dezember 1990: Erste gesamtdeutsche Bundestagswahl“

Siehe auch:

www.chronik-der-mauer.de/todesopfer; vom 3. September 2016;

www.hdg.de/lemo/biografie/michail-gorbatschow; vom 3. September 2016;

www.kas.de/wf/de37.8236; vom 3. September 2016;

www.zeitclicks.de/top-menu/zeitstrahl; vom 3. September 2016

Archiv der George Herbert Walker Bush Library

Blackwill, Robert D., Your breakfast with Kissinger: Managing the German Question; George H. W. Bush Presidential Records; 26. Januar 1990; College Station, Texas; (Gesprächsvorlage)

Blackwill, Robert D.; Status of Szczecin; George H. W. Bush Presidential Records; 5. April 1990; College Station, Texas; (völkerrechtliche Analyse)

Blackwill, Robert D.; The Soviet approach to German unification; George H. W. Presidential Records; 5. April 1990; College Station, Texas; (Lageanalyse)

Bush George Herbert Walker; Germany reunited; Presidential records; 9. April 1990; College Station, Texas; (Lageanalyse)

Hutchings, Robert L.; GDR crisis contingencies; George Herbert Walker Bush Presidential Records; 10. November 1989; College Station, Texas; (Lageanalyse)

Hutchings, Robert, L.; German reunification; George Herbert Walker Bush Presidential Records; 21. Februar 1990; College Station, Texas; (Lageanalyse)

Hutchings, Robert L. German neutrality: low probability scenarrio; George Herbert Walker Bush Presidential Records; 23. Februar 1990; College Station, Texas; (Lageanalyse)

Memorandum of Conversation; Meeting with Helmut Kohl, Chancellor of the Federal Republic of Germany; 24. Februar 1990; George Herbert Walker Bush Presidential Reports; College Station, Texas; (Gesprächsprotokoll)

National Security Council; Press Conference by President Bush and President Mikhail Gorbachev; George Herbert Walker Bush Presidential Records; 3. Juni 1990; College Station, Texas; (Pressekonferenzprotokoll)

Rice, Condoleezza; Claims and reparations; George Herbert Walker Bush; Presidential Records; 1989 – 1990; College Station, Texas; (völkerrechtliche Analyse)

Quellenverzeichnis

- Anderson, Bruce; The German conquest; Sunday Telegraph; 1. Juli 1990; London, England;
- Anderson, Harry; Gorbomania in Germany; Newsweek; 26. Juni 1989; New York, New York;
- Anderson, Harry; Holes in the Iron Curtain; Newsweek; 28. August 1989; New York, New York;
- Anderson, Harry; The flight to freedom; Newsweek; 16. Oktober 1989; New York, New York;
- Apple Jr., R.W.; A disquiet on Germany; New York Times; 26. Februar 1990; New York, New York;
- Apple Jr., R.W. The doubts that linger; New York Times; 4. Juni 1990; New York, New York;
- Apple Jr. R. W.; As Bush hails decision may see Bonn Gaining; New York Times; 17. Juli 1990; New York, New York;
- Arkansas Gazette; East Berlin sums it up; 10. November 1989; Little Rock, Arkansas;
- Arkansas Gazette; Wall of shame becomes a relic; 10. November 1989; Little Rock, Arkansas;
- Arkansas Gazette; Democracy knocks in East Germany, 10. November 1989; Little Rock, Arkansas;
- Arkansas Gazette; Redrawing the lines in Western Europe; 29. November 1989; Little Rock, Arkansas;
- Arkansas Gazette; East Germany to compensate Jewish survivors; 9. Februar 1990; Little Rock, Arkansas;
- Arkansas Gazette; Leaders discuss reunification plan; 11. Februar 1990; Little Rock, Arkansas;
- Arkansas Gazette; Passion rules reins of unity; 25. Februar 1990; Little Rock, Arkansas;
- Ash, Timothy Garton; The lamps coming on all over Europe; Independent; 24. November 1989; London, England;
- Atkins, Ralph; Kinnock outlines his vision for Europe; Financial Times; 19. Oktober 1989; London, England;
- Baltimore Sun; Germany on the agenda; 29. November 1989; Baltimore, Maryland;

Baltimore Sun; East Germany on brink of insolvency; 9. Februar 1990; Baltimore, Maryland;

Baltimore Sun; Summit topic number 1: Germany; 31. Mai 1990; Baltimore, Maryland;

Balz, Dan; Bush reports on progress on easing Soviet fears on Germany in NATO; Washington Post; 9. Juni 1990; Washington, D.C.;

Bandow, Doug; The Germans need a nuclear arsenal; New York Times; 2. Mai 1989; New York, New York;

Bandy, Alex; Thousands of Germans poised to flee; Pacific Sunday News; 3. September 1989; Guam, Guam;

Barber, Lionel; Bush and Kohl agree on Germany; Financial Times; 26. Februar 1990; London, England;

Benjamin, Daniel; The Great Escape; Time; 25. September 1989; New York, New York;

Benjamin, Daniel; Goodbye to all that; Time; 24. September 1990; New York, New York;

Benjamin, Daniel; A once unthinkable First; Time; 10. Dezember 1990; New York, New York;

Bevins, Anthony; Beleaguered Ridley expected to quit; Independent; 13. Juli 1990; London, England;

Bevins, Anthony; Ridley quits to defend his integrity; Independent; 16. Juli 1990; London, England;

Bevins, Anthony; Thatcher cites Kohl to critics; Independent; 18. Juli 1990; London, England;

Binder, David; East German party fears its demise; New York Times; 14. November 1989; New York, New York;

Binder, David; Reports of corruption in East Berlin shock even the party rank and file; New York Times; 25. November 1989; New York, New York;

Binder, David; East Germans react colly to Kohl plan for unity; New York Times; 30. November 1989; New York, New York;

Binder, David; Violence by bands of racist skinheads stalks East Germany; New York Times; 21. August 1990; New York, New York;

Birnbaum, Susan; Holocaust survivors confront their feelings for a changing Germany; Jewish Advocate; 16. November 1989; Boston, Massachusetts;

Blonston Gary; Thoughts of unified Germany chill many who recall country's past; Patriot News; 13. November 1989; Mechanicsburg, Pennsylvania;

Boston Globe; East Germany willing to talk to Israel; 27. Januar 1990; Boston, Massachusetts;

Brinkley, Joel; Israelis speak of misgivings over German reconciliation; New York Times; 13. November 1989; New York, New York;

Bridge, Adrian; Opposition ministers join Modrow; Independent; 9. Februar 1990; London, England;

Bridge, Adrian; East Germans catch speculation fever; Independent; 5. März 1990; London, England;

Bridge, Adrian; East Berlin inaugurates its chamber of democracy; Independent; 6. April 1990; London, England;

Bridge, Adrian; East Germans choose cabinet for unity talks; Independent; 13. April 1990; London, England;

Bridge, Adrian; Chemnitz isn't Karl Marx kind of town any longer; Independent; 25. April 1990; London, England;

Bridge, Adrian; Volkskammer members seek unification now; Independent; 18. Juni 1990; London, England;

Bridge, Adrian; Berlin converts to capitalism on 1 July; Independent; 22. Juni 1990; London, England;

Bridge, Adrian; Deutschmarks rolls into East Berlin; Independent; 2. Juli 1990; London, England;

Bridge, Adrian; East and West vote decisively for united Germany; The Independent; 21. September 1990; London, England;

Broder, David; Berlin Wall breakdown means Germany united; 16. November 1989; Pacific Daily News; Guam, Guam;

Brown, Andrew; Thatcher stresses German perils; Independent; 19. Februar 1990; London, England;

Brown, Colin; Moscow will accept a NATO Germany; Independent; 11. Juni 1990; London, England;

Buchan, David; European Community could embrace East Germany; Financial Times; 13. November 1989; London, England;

Burley, Anne – Marie; High – stakes poker at the Berlin Wall; New York Times; 13. November 1989; New York, New York;

Chua – Eoan, Howard G.; Ambivalence amid plenty; Time; 25. Juni 1990; New York, New York;

Church, George J.; Back to the Wall; Time; 22. Juni 1987; New York, New York;

Church, George J.; Freedom!; Time; 20. November 1989; New York, New York;

Church of England Newspaper; Church calls for reforms; 15. September 1989; London, England;

Church of England Newspaper; We're happy but not satisfied; 17. November 1989; London, England;

Church of England Newspaper; Comment: The wall fell down; 17. November 1989; London, England;

Church of England Newspaper; Comment: Mr. Ridley's revealing interview; 20. Juli

Clines, Francis X.; Kohl's German unity plan is 'dangerous', Soviets say; New York Times; 6. Dezember 1989; New York, New York;

Clough, Patricia; Germany celebrates its transition to a successful democracy; Independent; 24. Mai 1989; London, England;

Clough, Patricia; Hungary holds back fleeing East Germans; Independent; 1. August 1989; London, England;

Clough, Patricia; Bonn tries to control flight to West; Independent; 14. August 1989; London, England;

Clough, Patricia; Picnic break for East Germans; Independent; 21. August 1989; London, England;

Clough, Patricia; East Germany springs a surprise with its new soft line; Independent; 27. September 1989; London, England;

Clough, Patricia; West Germans believe new mood in East augurs reunification; Independent; 21. Oktober 1989; London, England;

Clough, Patricia; Dialogue with New Forum begins; Independent; 27. Oktober 1989; London, England;

Clough, Patricia; Half a million demand reform in latest Leipzig demonstration; Independent; 31. Oktober 1989; London, England;

Clough, Patricia; Parliament proclaims a new East Germany; Independent; 18. November 1989; London, England;

Clough, Patricia; Krenz pledges to resign if rejected by the party; Independent; 21. November 1989; London, England;

Clough, Patricia; Krenz offers all – party conference; Independent; 23. November 1989; London, England;

Clough, Patricia; East Germans demand early free elections; Independent; 8. Dezember 1989; London, England;

Clough, Patricia; Warsaw presses for a binding border treaty; Independent; 8. März 1990; London, England;

Clough, Patricia; Kohl predicts pan – German triumph; Independent; 20. März 1990; London, England;

Cody, Edward; Notion of one Germany stirs unease in Europe; 13. November 1989; Washington Post; Washington D.C.;

Cody, Edward; Allies open talks on German unity; 5. Dezember 1989; Washington Post; Washington D.C.;

Cody, Edward; Bonn says reunification is eased; Washington Post; 4. Juni 1990; Washington D.C.;

Cody, Edward; East Germans new cash with caution; Washington Post; 3. Juli 1990; Washington D.C.;

Cohen, Richard; No double standard for Germany; 6. Dezember 1989; Washington Post; Washington D.C.;

Colitt, Leslie; East Germany likely to free civil rights activists; Financial Times; 9. Februar 1988; London, England;

Colitt, Leslie; Stalinist bulwark fends off tide of reform; Financial Times; 31. August 1989; London, England;

Colitt, Leslie; East Germany blames exodus on kidnappers; Financial Times; 22. September 1989; London, England;

Colitt, Leslie; 100.000 join East Germany's biggest protest; Financial Times; 17. Oktober 1989; London, England;

Colitt, Leslie; Honecker steps down in East Germany after protests; Financial Times; 19. Oktober 1989; London, England;

Colitt, Leslie; East Germany braced for rule by the hardliner nobody loves; Financial Times; 19. Oktober 1989; London, England;

Colitt, Leslie; East Germany eases travel curbs; Financial Times; 6. November 1989; London, England;

Cornwell, Rupert; Moscow shifts on NATO role on Germany; Independent; 13. Juni 1990; London, England;

Cornwell, Rupert; United Germany awaits the last nod from Moscow; Independent; 12. September 1990; London, England;

Crawshaw, Steve; East Germany's refugees may return to homeland; Independent; 21. Oktober 1989; London, England;

Crawshaw, Steve; For thousands in East Berlin, the times have yet come to change; Independent; 23. Oktober 1989; London, England;

Crawshaw, Steve; 250.000 march in Leipzig as East German turmoil grows; Independent; 24. Oktober 1989; London, England;

Crawshaw, Steve; Gorbachev risks a retreat on Germany and NATO; The Independent; 8. März 1990; London, England;

Dahrendorf, Ralf Sir; Dreams and delusions of unity; Independent; 13. April 1990; London, England;

Dahrendorf, Ralf Sir; Going backwards into the future; Evening Standard; 13. Juli 1990; London, England;

Daily Telegraph; Making history: 10. November 1989; London, England;

Daily Telegraph; Letters to the editor; 10. November 1989; London, England;

Daily Telegraph; Mark of unity; 14. Februar 1990; London, England;

Daily Telegraph; German unity: getting it right; 15. Februar 1990; London, England;

Daily Telegraph; A failure of statesmanship; 6. März 1990; London, England;

Daily Telegraph; Letters to the editor: Poles' western frontier can still be changed; 6. März 1990; London, England;

Daily Telegraph; A new Yalta; 5. Juni 1990; London, England;

Davies; Hugh; Thatcher rejects UN seat for Bonn; Daily Telegraph; 2. Oktober 1990; London, England;

Deedes, W. F.; Comment: The rise of the Fourth Reich is far from nigh; Daily Telegraph; 13. November 1989; London, England;

Dempsey, Judy; Hungary cautions East Germany against rash decision; Financial Times; 13. September 1989; London, England;

Dempsey, Judy; East Germany lets refugees leave; Financial Times; 5. Oktober 1989; London, England;

Devroy, Ann; Bush declares 'The time is right' to let Europe be whole and free; Washington Post; 1. Juni 1989; Washington D.C.;

Devroy, Ann; Bonn – Moscow accord is praised by Bush; Washington Post; 18. Juli 1990; Washington D.C.;

Dewar, Helen; Mitchell urges Bush to visit West Berlin; Washington Post; 14. November 1989; Washington D.C.;

Diehl, Jackson; East Germany's Communists seek talks with opposition; Washington Post; 23. November 1989; Washington D.C.;

Diehl, Jackson; Krenz pledges to end party's power guarantee; Washington Post; 25. November 1989; Washington D.C.;

Diehl, Jackson; Prospect of reunified Germany raises concern in Israel; 2. Februar 1990; The Washington Post; Washington D.C., USA;

Dobbs, Michael; Gorbachev shifts on unification; Washington Post; 31. Januar 1990; Washington D.C.;

Dobbs, Michael; Soviet youth; elders differ on Germany; Washington Post; 18. Juli 1990; Washington D.C.;

Drozdiak, William; East German assembly elects reformist as prime minister; Washington Post; 14. November 1989; Washington D.C.;

Dumas, Roland; One Germany – if Europe agrees; New York Times; 13. März 1990; New York, New York;

Eisenhammer, John; Czechs try to stop East Germans; Independent; 20. September 1989; London, England;

Eisenhammer, John; Bonn to hold back aid until East Berlin brings in reforms; Independent; 22. November 1989; London, England;

Eisenhammer, John; Kohl hails open to road to unity; Independent; 12. Februar 1990; London, England;

Eisenhammer, John; Kohl backs down over Poland; Independent; 7. März 1990; London, England;

Eisenhammer, John; Bundestag say Polish border is inviolable; Independent; 9. März 1990; London, England;

Eisenhammer, John; Bonn and US forge closer links over unification issue; Independent; 27. März 1990; London, England;

Eisenhammer, John; Fingers crossed as Kohl heads for London; Independent; 29. März 1990; London, England;

Eisenhammer, John; Bundesbank expects surge in East German wages; Independent; 7. April 1990; London, England;

Eisenhammer, John; Kohl gives way over currency union rate; Independent; 24. April 1990; London, England;

Eisenhammer, John; Germanies set date for economic union; Independent; 25. April 1990; London, England;

Eisenhammer, John; Taxes may rise to fund East Germany, Bundesbank warns; Independent; 27. April 1990,; London, England;

Eisenhammer, John; Kohl declares new era after Bonn meeting; Independent; 7. Mai 1990; London, England;

Eisenhammer, John; No stopping Germany's unity train; Independent; 18. Mai 1990; London, England;

Eisenhammer, John; Bonn denies bid to buy off Moscow; Independent; 12. Juni 1990; London, England;

Eisenhammer, John; Two – plus – four nations confident; Independent; 22. Juni 1990; London, England;

Eisenhammer, John; Kohl promises peace with reconciliation; Independent; 4. Oktober 1990; London, England;

Evans, Ronald; Assurances on Germany; Washington Post; 1. Juni 1990; Washington D.C.;

Ferguson, Alexander; Unification plans revive issue of war reparation; Independent; 2. März 1990; London, England;

Financial Times; East Germany's 35 – year itch; 8. Oktober 1984; London, England;

Financial Times; Germany's third chance; 3. Oktober 1990; London, England;

Fisher, Marc; New cabinet takes office in East Berlin; Washington Post; 19. November 1989; Washington D.C.;

Fisher, Marc; Kohl proposes broad program for reunification of Germany; Washington Post; 29. November 1989; Washington D.C.;

Fisher Marc; East German chief Krenz, party hierarchy resign; Washington Post; 4. Dezember 1989; Washington D.C.;

Fisher, Marc; Kohl will relax drive for unification of two Germanys; Washington Post; 16. Dezember 1989; Washington D.C.;

Fisher, Marc; East German opposition halts talks; Washington Post; 9. Januar 1990; Washington D.C.;

Fisher, Marc; East German premier seeks opposition role in government; Washington Post; 12. Januar 1990; Washington D.C.;

Fisher Marc; Bonn's balancing act: Allies' fears on unity versus more refugees; Washington Post; 20. Januar 1990; Washington D.C.;

Fisher Marc; East German Communists scrambling to jettison Stalinist past; Washington Post; 25. Januar 1990; Washington D.C.;

Fisher, Marc; West Germans laud Gorbachev on unification; Washington Post; 1. Februar 1990; Washington D.C.;

Fisher, Marc; For East Germany, a time of Disarray; Washington Post; 5. Februar 1990; Washington D.C.;

Fisher Marc; Kohl to press Soviets on speeding unification; Washington Post; 10. Februar 1990; Washington D.C.;

Fisher, Marc; West German coalition split over guaranteeing Polish border; Washington Post; 6. März 1990; Washington D.C.;

Fisher, Marc; Parties allied to Kohl win in East Germany; Washington Post; 19. März 1990; Washington D.C., USA;

Fisher Marc; U.S. welcomes faster feasible German unity; Washington Post; 22. März 1990; Washington D.C.;

Fisher Marc; First free assembly meets in East Berlin; Washington Post; 6. April 1990; Washington D.C.;

Fisher, Marc; New East German legislature asks forgiveness for Holocaust; Washington Post; 13. April 1990; Washington D.C.;

Fisher, Marc; East German seeks swift merger with west, 1 – to – 1 money swap; Washington Post; 20. April 1990; Washington D.C.;

Fisher Marc; Two Germanys set July 1 as date for monetary merger; Washington Post; 25. April 1990; Washington D.C.;

Fisher, Marc; Kohl rejects Soviet negotiation poker; Washington Post; 9. Mai 1990; Washington D.C.;

Fisher, Marc; East Germans jubilant as economy merges with West; 1. Juli 1990; Washington Post; Washington D.C.;

Fisher, Marc; Kohl views Soviet trip as way to unity; Washington Post; 14. Juli 1990; Washington D.C.;

Fisher, Marc; Thatcher briefed on fear of Bonn; Washington Post; 16. Juli 1990; Washington D.C.;

Fisher, Marc; Bonn to pay \$ 8 billion for Soviet troops in East Germany; Washington Post; 11. September 1990; Washington D.C.;

Fisher, Marc; East Germany drops out of Soviet – led alliance; Washington Post; 25. September 1990; Washington D.C.;

Fisher, Marc; Two Germanys merge into one in historic night of celebration; Washington Post; 3. Oktober 1990; Washington D.C., USA;

Fisher, Marc; A new holiday for a new Germany; Washington Post; 4. Oktober 1990; Washington D.C.;

Fisher, Marc; Grateful Germans vote to keep Kohl; Washington Post; 3. Dezember 1990; Washington D.C., USA;

Frenkel, Glenn; Kohl asks joint vow on Polish border; Washington Post; 1. März 1990; Washington D.C.;

Frenkel, Glenn; Thatcher defies tide on unification issues; Washington Post; 4. März 1990; Washington D.C.;

Friedman, Thomas L.; U.S. worry rises over Europe's stability; New York Times; 10. November 1989; New York, New York;

Friedman, Thomas L.; U.S. ties with West Germany begin to eclipse relationship with Britain; New York Times; 10. Dezember 1989; New York, New York;

Friedman, Thomas L.; White House bars a united Germany in both alliances; New York Times; 12. April 1990; New York, New York;

Friedman, Thomas L.; U.S. will press the Soviets to accept plan on Germany; New York Times; 5. Juni 1990; New York, New York;

Friedman, Thomas L.; Four allies give up rights in Germany; New York Times; 13. September 1990; New York, New York;

Fuerbringer, Jonathan; Exchange rate crucial in a move to one mark; New York Times; 7. Februar 1990; New York, New York;

Gedda, George; Not everyone foresees united Germany; Pacific Daily News; 13. November 1989; Guam, Guam;

Gedye, Robin; Kohl and bank split on monetary union; Daily Telegraph; 7. Februar 1990; London, England;

Gedye, Robin; Bonn cash talks still leave East in the red; Daily Telegraph; 14. Februar 1990; London, England;

Gedye, Robin; Thatcher snub by Kohl raises unity fears; Daily Telegraph; 14. Februar 1990; London, England;

Gedye, Robin; Kohl urges countrymen to reject nationalism; Daily Telegraph; 2. Oktober 1990; London, England;

Gerstenzwang, James; Bush says accord on Germany will be incremental; Austin American Statesman; 15. Juni 1990; Austin, Texas;

Goldman, Ari L; East Germany agrees to pay reparations to the Jewish victims of the Nazis; New York Times; 9. Februar 1990; New York, New York;

Goodhart, David; Unification of Germany on agenda; 1. September 1989; Financial Times; London, England;

- Gordon, Michael R., Kissinger expects a united Germany; New York Times; 16. November 1989; New York, New York;
- Goshko, John M.; East Germans charge Bonn with inducing exodus; Washington Post; 20. September 1989; Washington D.C.;
- Goshko, John M.; Germany will continue role in Nato; Kohl assures Bush; Washington Post; 18. Mai 1990; Washington D.C.;
- Greenhouse, Steven; Poland demands guarantees on borders; New York Times; 17. Februar 1990; New York, New York;
- Grosser, Alfred; German question, French anxiety; New York Times; 26. Dezember 1989; New York, New York;
- Hale, David D.; Deutsche Mark über alles; Washington Post; 1. Juli 1990; Washington D.C.;
- Harden, Blaine; Refugees face new obstacle; Washington Post; 5. September 1989; Washington D.C.;
- Harden, Blaine; East German refugees pour into embassy; Washington Post; 26. September 1989; Washington D.C.;
- Harden, Blaine; East Berlin agrees to let refugees go; Washington Post; 1. Oktober 1989; Washington D.C.;
- Harden, Blaine; More East Germans flee to Bonn's embassies; Washington Post; 2. Oktober 1989; Washington D.C.;
- Harden, Blaine; East Germany lets refugees leave, bars free travel to Czechoslovakia; Washington Post; 4. Oktober 1989; Washington D.C.;
- Harden, Blaine; German border controversy unites Poland's odd couple; The Washington Post; 9. März 1990; Washington D.C.;
- Helm, Sarah; Britain softens on German treaty; Independent; 26. März 1990; London, England;
- Heym, Stefan; Did it have to happen this way?; Newsweek; 15. Oktober 1990; New York, New York;
- Hilton, Isabel; European Community verdict on German question; Independent; 11. Dezember 1989; London, England;
- Hilton, Isabel; After the revolution, it's time to stop and think; Independent; 19. März 1990; London, England;
- Hilton, Isabel; Bonn's position is logical and consistent, but Britain's is not; Independent; 30. März 1990; London, England;

Hoagland, Jim; Honeckers Götterdämmerung; Washington Post; 18. September 1989; Washington D.C.;

Hoagland Jim; Leaders worry how German events might affect European Community integration plans; Washington Post; 11. November 1989; Washington D.C.;

Hoagland, Jim; Kohl: a modern Claudius; Washington Post; 5. Dezember 1989; Washington D.C.;

Hoagland, Jim; What Kohl has wrought; Washington Post; 22. März 1990; Washington D.C.;

Hoagland, Jim; The Bonn – Moscow connection; Washington Post; 19. Juli 1990; Washington D.C.;

Hoffman, Charles; WJC sets demands for united Germany; Jewish Advocate; 10. Mai 1990; Boston, Massachusetts;

Hoffman, David; Bush hails dramatic decision; Washington Post; 10. November 1989; Washington D.C.;

Hoffman, David; Treaty signed on Germany; Washington Post; 13. September 1990; Washington D.C.;

Hogg, Sarah; The profits and perils of German fusion; Daily Telegraph; 24. Mai 1990; London, England;

Horovitz, David; Israel takes a pragmatic view of unification; Independent; 4. Oktober 1990; London, England;

Hughes, Colin; Kohl prompts fear of NATO split; Independent; 24. April 1989; London, England;

Hughes, Colin; Bush foresees end to four – power control; Independent; 18. Mai 1990; London, England;

Independent; Letters: Short – range missiles in Germany: 3. Mai 1989; London, England;

Independent; The best Germany we have had; 25. Mai 1989; London, England;

Independent; The exodus from East Germany; 10. August 1989; London, England;

Independent; A state which has lost its meaning; 12. September 1989; London, England;

Independent; Letters: Germany in his own image; 14. September 1989; London, England;

Independent; Letters: No fear of a German threat; 15. September 1989; London, England;

Independent; Letters; 22. September 1989; London, England;

Independent; East Berlin bows to pressure; 19. Oktober 1989; London, England;

Independent; The up side of German unity; 1. Dezember 1989; London, England;

Independent; Letters: Reunion of Germany; 8. Januar 1990; London, England;

Independent; Letters: The prospects for a united Germany; 11. Januar 1990; London, England;

Independent; Kohl has fuelled Polish fears; 21. Februar 1990; London, England;

Independent; Letters: Germans' desire for neutrality; 20. Februar 1990; London, England;

Independent; Moscow warns Berlin to make haste slowly; 20. März 1990; London, England;

Independent; Ties of Anglo – German friendship; 31. März 1990; London, England;

Independent; The Bundesbank strikes back; 2. April 1990; London, England;

Independent; Letters: Containing a reunified Germany; 26. Juni 1990; London, England;

Independent; A path paved with Deutschmarks; 30. Juni 1990; London, England;

Independent; Britons favour European Community union and trust the Germans; 13. Juli 1990; London, England;

Independent; Ridley's inferiority complex; 14. Juli 1990; London, England;

Independent; Letters: Ridley's intellectual hooliganism; 14. Juli 1990; London, England;

Independent; Onwards to unification; 18. Juli 1990; London, England;

Independent; Germany's Final Settlement; 13. September 1990; London, England;

Jackson, James O.; The marks on the Ballots; Time; 2. April 1990; New York, New York;

Jakobovits, Rabbi, Lord; In defence of democracy; Jewish Chronicle; 28. September 1990; London, England;

Jenkins, Peter; Gorbachev's dreams means NATO disarray; Independent; 27. April 1989; London, England;

Jenkins, Peter; One answer to the German question; Independent; 13. September 1989; London, England;

Jenkins, Peter; Clear view of the world from Bonn; Independent; 29. November 1989; London, England;

Jenkins, Peter; The power of four plus two; Independent; 15. Februar 1990; London, England;

Jenkins, Peter; Alliances for the new order; Independent; 9. Mai 1990; London, England;

Jewish, Advocate; When 2 + 4 equals 5; 22. September 1990; Boston, Massachusetts;
 Jewish Chronicle; Reunification splits Shamir and Kohl; 9. Februar 1990; London, England;

Johnson, Boris; Single mark plan backed in Brussels; Daily Telegraph; 7. Februar 1990; London, England;

Johnson, Boris; European Economical Community to hold early talks on German unification; Daily Telegraph; 14. Februar 1990; London, England;

Kallenbach, Michael; Germans give unity pledge; Jewish Chronicle; 28. September 1990; London, England;

Kallenbach, Michael; Neo – Nazi march in Dresden; Jewish Chronicle; 26. Oktober 1990; London, England;

Kamm, Henry; A riddle for Communists: Why does the East German economy prosper? ; New York Times; 13. März 1989; New York, New York;

Kamm, Henry; Hungary's motive: Earning Western good will; New York Times; 15. September 1989; New York, New York;

Kamm, Henry; East Berliners march for democrazy; New York Times; 22. Oktober 1989; New York, New York.;

Kantor, David; Rethink urged in East Germany; Jewish Chronicle; 17. November 1989; London, England;

Kantor, David; Germans come clean; Jewish Chronicle; 24. November 1989; London, England;

Kantor, David; West – German Neo – Nazis to set up branches in the East; Jewish Chronicle; 11. Januar 1990; London, England;

Karacs, Imre; No one looks back as East Germans cross to new life in West; Independent; 12. September 1989; London, England;

Karacs, Imre; Kohl vision of one Germany within a united Europe; Independent; 19. Dezember 1989; London, England;

Karas, Imre; Hungary to help East Germans flee; Washington Post; 1. September 1989; Washington D.C.;

Karas, Imre; Hungary allows thousands of East Germans to flee to the West; Washington Post; 11. September 1989; Washington D.C.;

Kavanagh, Trevor; End of the Berlin Wall; Sun; 10. November 1989; London, England;

Kavanagh, Trevor; Over – the – top Ridley blew Maggie's plan; Sun; 13. Juli 1990; London, England;

Kay, John; Hard – man Honecker out! ,Kid‘ Krenz in; Sun; 19. Oktober 1989; London, England;

Keller, Bill; Gorbachev yields on alliance roles in a new Germany; New York Times; 13. Juni 1990; New York, New York;

Kiefer, Francine S.; Communists bow to calls for reform; Christian Science Monitor; 10. November 1990; Boston, Massachusetts;

Kiefer, Francine S.; Unity achieved, Germany ponders future role; Christian Science Monitor; 3. Oktober 1990; Boston, Massachusetts;

King, Larry; Joy, fear over a near Germany; Philadelphia Inquirer; 22. November 1990; Philadelphia, Pennsylvania;

Kissinger, Henry; Superpowers and the new Europe; Washington Post; 10. Oktober 1989; Washington D.C.;

Koch, Rita; Austrian Jewish editor doesn't fear reunification; American Israelite; 27. September 1990; Cincinnati, Ohio;

Koschyk, Hartmut; To us, these lands are not Poland, they are Germany; Newsday Inc.; 23. März 1990; Melville, New York;

Krauthammer, Charles; Dangers of Liberation; Washington Post; 17. November 1989; Washington D.C.;

Lambert, Sarah; Kohl plans three steps towards one Germany; Independent; 28. November 1989; London, England;

Lambert, Sarah; Kohl sets out German federal unity plan; Independent; 29. November 1989; London, England;

Lambert, Sarah; Kohl's vision of unity shows a subtle side; Independent; 7. Dezember 1989; London, England;

Lambert, Sarah; Thatcher changes heart on speed of unification; Independent; 7. Februar 1990; London, England;

Landrey, Willibur G.; No turning back, East Germany told; St. Petersburg Times; 18. November 1989; St. Petersburg, Florida;

Lewis, Flora; Go slow on Germany; New York Times; 12. September 1989; New York, New York;

Lewis, Flora; East Berlin must move; New York Times; 22. Oktober 1989; New York, New York;

Lewis, Flora; Now a new Europe; New York Times; 21. Juli 1990; New York, New York;

Lewis, Paul; U.S. presents plan for German unity; New York Times; 13. Februar 1990; New York, New York;

Lewis, Paul; Accord in Ottawa; The New York Times; 14. Februar 1990; New York, USA;

Lewis, Paul; Bush and Kohl agree that reunited Germany should remain in NATO; New York Times; 18. Mai 1990; New York, New York;

Lightman, Sidney; East German hopes; Jewish Chronicle; 15. Dezember 1989; London, England;

Livingston, Robert Gerald; There's little to fear in a united Germany; New York Times; 15. Mai 1989; New York, New York;

Los Angeles Times; West Germany to guarantee \$ 3 billion credit for Soviets; 23. Juni 1990; Los Angeles, Kalifornien;

Lucas, Edward; Embassy in Prague is besieged by East Germans; Independent; 26. September 1989; London, England;

Lucas, Edward; Revolving door at besieged Prague embassy; Independent; 27. September 1989; London, England;

Lucas, Edward; Bonn worried about embassy; Independent; 30. September 1989; London, England;

Marsh, David; East Germany makes offer to fugitives in Prague; Financial Times; 27. September 1989; London, England;

Marsh David; Poll in East Germany a year away; Financial Times; 21. November 1989; London, England;

Marsh, David; Kohl warns East Germany over fair elections; Financial Times; 11. Januar 1990; London, England;

Marsh, David; US backs Bonn on NATO role in unified Germany; Financial Times; 7. Februar 1990; London, England;

Mathews Jay; Kohl answers U.S. Rabbi on unification; 3. März 1990; Washington Post; Washington D.C.;

Mauthner, Robert; Dilemma of a unified Germany; Financial Times; 27. Februar 1990; London, England;

Mauthner, Robert; Baker critical of Soviet plan for unified Germany; Financial Times; 23. Juni 1990; London, England;

McCartney, James; Two wars remind world of Germany; Arkansas Gazette; 26. Februar 1990; Little Rock, Arkansas;

McCartney, Robert J.; Bonn seeks more independent NATO role; Washington Post; 2. Mai 1989; Washington D.C.;

- McCartney, Robert J.; Gorbachev, Kohl pledge peace effort; Washington Post; 14. Juni 1989; Washington D.C.;
- McCartney, Robert J.; The new route to freedom; Washington Post; 5. August 1989; Washington D.C.;
- McCartney, Robert J.; Bonn, Budapest discuss East German escapes; 26 August 1989; Washington Post; Washington D.C.;
- McCartney, Robert J.; Soviet pressure seen playing role in decision; Washington Post; 2. Oktober 1989; Washington D.C.;
- McCartney, Robert J.; Tens of thousands protest in East Germany; Washington Post; 10. Oktober 1989; Washington D.C.;
- McCartney, Robert J.; German migration worrying Bonn; Washington Post; 7. November 1989; Washington D.C.;
- McCartney, Robert J.; East German cabinet steps down; Washington Post; 8. November 1989; Washington D.C.;
- McGrory, Mary; Berlin and Bush's emotional wall; Washington Post; 14. November 1989; Washington D.C.;
- McRae, Hamish; The Deutschmark rolls in; Independent; 29. Juni 1990; London, England
- Meyer, Michael; A scar that will last; Newsweek; 6. März 1989; New York, New York;
- Meyer, Michael; Egon, here we come; Newsweek; 13. November 1989; New York, New York;
- Meyer, Michael; Is it possible? ; Newsweek; 20. November 1989; New York, New York;
- Meyer, Michael; Kohl the cautious; Newsweek; 2. April 1990; New York, New York;
- Meyer, Michael; The myth of German unity; Newsweek; 9. Juli 1990; New York; New York;
- Meyer, Michael; Bier and Beethoven; Newsweek; 15. Oktober 1990; New York, New York;
- Mortimer, Edvard; Too close for NATO's comfort; Financial Times; 13. Juni 1989; London, England;
- Mortimer, Jonathan; Christians show little support for Krenz; Church of England Newspaper; 3. November 1989; London, England;
- Moseley, Ray; Soviet Jews find a haven in East Germany; Chicago Tribune; 15. Juni 1990; Chicago, Illinois;
- Moseley, Ray; One day before unification, Kohl says Germany to play a wider role; Chigago Tribune; 2. Oktober 1990; Chigago, Illinois;

Muller, Steven; Call a peace conference for Germany; Washington Post; 30. November 1989; Washington D.C.;

Nagorski, Andrew; Why Hungary opened the Gates; Newsweek; 25. September 1989; New York, New York;

Nagorski, Andrew; Confronting a new Europe; Newsweek; 2. Oktober 1989; New York, New York;

Nagorsky, Andrew; Germany must hold the line; Newsweek; 26. Februar 1990; New York, New York;

Nelan, Bruce W.; And now there is one; Time; 8. Oktober 1990; New York, New York;

Neuman, Elena; East German leader: Fears of anti – Semitism justified; Jewish Advocate; 15. März 1990; Boston, Massachusetts;

Newman, Stanley; Is fear of Germany overblown; Jewish Exponent; 16. Februar 1990; Philadelphia, Pennsylvania;

Newsweek; The Mail; 3. April 1989; New York, New York;

Newsweek; The Mail; 10. April 1989; New York, New York;

Newsweek; The Mail; 13. November 1989; New York, New York;

Newsweek; The Mail; 18. Dezember 1989; New York, New York;

Newsweek; The Mail; 6. Dezember 1989; New York, New York;

Newsweek; The Mail; 26. März 1990; New York, New York;

Newsweek; The Mail; 14. Mai 1990; New York, New York;

Newsweek; The Mail; 6. August 1990; New York, New York;

New Yorker Staatszeitung und Herold; Ernste Meinungsverschiedenheiten Bonn – London; 11./12. März 1989; Long Island City, New York;

New Yorker Staatszeitung und Herold; Auch DDR – Bürger wollen Perestroika; 6./7. Mai 1989; Long Island City, New York;

New Yorker Staatszeitung und Herold; Ernste Allianzkrise; 13./14. Mai 1989; Long Island City, New York;

New Yorker Staatszeitung und Herold; Bonn war bereits unterrichtet; 26./27. August 1989; Long Island City, New York;

New Yorker Staatszeitung und Herold; Gorbatschow kritisiert Honecker; 14./15. Oktober 1989; Long Island City, New York;

New Yorker Staatszeitung und Herold; Ein Hauch von Versailles; 16. Dezember 1989; Long Island City, New York;

New Yorker Staatszeitung und Herold; NATO sieht neue Möglichkeiten; 23. Dezember 1989; Long Island City, New York;

New Yorker Staatszeitung und Herold; Ein Friedensvertrag für Deutschland; 30. Dezember 1989; Long Island City, New York;

New Yorker Staatszeitung und Herold; Bush: Deutschen vergeben – nicht vergessen; 21. April 1990; Long Island City, New York;

New Yorker Staatszeitung und Herold; De Maiziere regiert in Berlin; 21. April 1990; Long Island City, New York;

New Yorker Staatszeitung und Herold; Bush gibt Kohl Rückendeckung; 26. Mai 1990; Long Island City, New York;

New Yorker Staatszeitung und Herold; Die Lehren von Versailles; 30. Juni 1990; Long Island City, New York;

New Yorker Staatszeitung und Herold; Hupkonzerte, Feuerwerke und deutsche Fahnen; 7. Juli 1990; Long Island City, New York;

New Yorker Staatszeitung und Herold; Rücktritt eines Deutschenhassers; 21. Juli 1990; Long Island City, New York;

New Yorker Staatszeitung und Herold; Moskau akzeptiert deutsche NATO – Mitgliedschaft; 21. Juli 1990; Long Island City, New York;

New Yorker Staatszeitung und Herold; Nicht neutral, aber ...; 22. September 1990; Long Island City, New York;

New Yorker Staatszeitung und Herold; Die Sternstunde des Helmut Kohl; 6. Oktober 1990; Long Island City, New York;

New York Times; What rings in German streets: hope; 21. Juni 1989; New York, New York;

New York Times; How to slow the East German exodus; 6. Oktober 1989; New York, New York;

New York Times; East Germany's great awakening; 10. November 1989; New York, New York;

New York Times; To calm German neighbors' nerves; 6. Februar 1990; New York, New York;

New York Times; Stearing the German steamroller; 15. Februar 1990; New York, New York;

New York Times; Germany's duty to ugly history; 28. Februar 1990; New York, New York;

New York Times; Mr Kohl's divisive appeal for unity; 20. März 1990; New York, New York;

New York Times; Rapid moves to German unity vex Soviets; 19. April 1990; New York, New York;

New York Times; Vision becomes reality for Europe; 17. Juli 1990; New York, New York;

New York Times; Germans, first class and second; 3. Oktober 1990; New York, New York;

New York Times; Left behind in Germany; 4. Dezember 1989; New York, New York;

Nordland, Rod; Hungary's East – West hot potato; Newsweek; 18. September 1989; New York, New York;

Oberdorfer, Don; East, west agree on German unity talks, troop levels; The Washington Post; 14. Februar 1990; Washington D.C.;

Oberdorfer, Don; Baker asks NATO input on Germany; 3. März 1990; Washington D.C., USA;

Orlando Sentinel; East Germany opens door of hope; 10. November 1989; Orlando, Florida;

Orlando Sentinel; Seize the moment, Mr Bush; 11. November 1989; Orlando, Florida;

Orlando Sentinel; Leipzig crowd divided over how far to go; 5. Dezember 1989; Orlando, Florida;

Orlando Sentinel; Soviet: United Germany merits Nazi victims' vote; 3. Februar 1990; Orlando, Florida;

Orlando Sentinel; Kohl rejects Soviet idea for unity vote; 4. Februar 1990; Orlando, Florida;

Orlando Sentinel; Official in Bonn stirs up a row; 10. Februar 1990; Orlando, Florida;

Orlando Sentinel; World should fear Germany; Israeli says; 2. Juli 1990; Orlando, Florida;

Pace, Eric; Scholars say veneer of nonchalance masks worry on German unification; New York Times; 26. November 1989; New York, New York;

Pacific Daily News; Gorbachev to visit West Germany; 12. Juni 1989; Guam, Guam;

Pacific Daily News; Refugees allowed to leave; 2. Oktober 1989; Guam, Guam;

Pacific Daily News; East Germany opens borders; 11. November 1989; Guam, Guam;

Pacific Daily News; Not everyone foresees a united Germany; 13. November 1989; Guam, Guam;

Pacific Daily News; German federation proposed by Kohl; 30. November 1989; Guam, Guam;

Pacific Daily News; East German party leadership resigns; 5. Dezember 1989; Guam, Guam;

Pacific Daily News; Reformer takes over East German communist; 11. Dezember 1989; Guam, Guam;

Pacific Daily News; Baker: Effort to rush German reunification risks instability; 12. Dezember 1989; Guam, Guam;

Painton, Frederick; Gorbi! Gorbi! Gorbi!; Time; 26. Juni 1989; New York, New York;

Painton, Frederick; One Germany?; Time; 11. September 1989; New York, New York;

Painton, Frederick; Bleak Anniversary; Time; 16. Oktober 1989; New York, New York;

Passellt, Peter; Experts fear a German inflation rise; New York Times; 25. April 1990; New York, New York;

Pear, Robert; U.S. considers East German measures inadequate; New York Times; 7. November 1989; New York, New York;

Pear, Robert; Bush to press Kohl at Camp David on easing Poland's border fears; New York Times; 24. Februar 1990; New York, New York;

Pear, Robert; Kohl writing to Rabbi, says fear of fascist Germany is unjustified; New York Times; 2. März 1990; New York, New York;

Perlmutter, Philip; Bluntly speaking; Jewish Advocate; 22. März 1990; Boston, Massachusetts;

Petty, Terence; West Germany offers unity plan to East; Philadelphia Daily News; 28. November 1989; Philadelphia, Pennsylvania;

Pivat, Pascal; The GDR's unhappy birthday; Newsweek; 9. Oktober 1989; New York, New York;

Plain Dealer; Germany toward to Anschluss; 20. März 1990; Cleveland, Ohio;

Pringle, Peter; Two plus four formula is agreed for talks on unity; Independent; 14. Februar 1990; London, England;

Protzman, Ferdinand; East German with new job; New York Times; 19. Oktober 1989; New York, New York;

Protzman, Ferdinand; Kohl to outline plan for German unity; New York Times; 28. November 1989; New York, USA;

Protzman, Ferdinand; Bonn's new plan for single mark sets off a furor; New York Times; 1. April 1990; New York, New York;

Protzman, Ferdinand; German leaders agree on a July 1 unification date; New York Times; 25. April 1990; New York, New York;

Protzman, Ferdinand; Kohl pressing East for an accord on monetary treaty; New York Times; 11. Mai 1990; New York, New York;

Protzman, Ferdinand; Germany's sign pact binding economies; New York Times; 19. Mai 1990; New York, New York;

Protzman, Ferdinand; Bonn to aid Kremlin reforms with a \$ 3 billion bank credit; New York Times; 23. Juni 1990; New York, New York;

Rau, Jes; Die Wiedervereinigung ist wieder möglich; 23./24. September 1989; New Yorker Staatszeitung und Herold; Long Island City, New York;

Rees – Mogg, William; Year of change that heralds a German age; Independent; 4. Dezember 1989; London, England;

Remnick, David; Willkommen Gorbachev!; Washington Post; 13. Juni 1989; Washington D.C.;

Remnick, David; Gorbomania is more than a passing ecstasy; Washington Post; 15. Juni 1989; Washington D.C.;

Remnick, David; Wall not eternal, Gorbachev says; Washington Post; 16. Juni 1989; Washington D.C.;

Remnick, David; East Germans stage protest; Washington Post; 8. Oktober 1989; Washington D.C.;

Remnick, David; Soviets accept Wall's fall, not reunification; Washington Post; 11. November 1989; Washington D.C.;

Remnick, David; Gorbachev won't block reunification; Washington Post; 11. Februar 1990; Washington D.C., USA;

Remnick, David; Gorbachev shifts stance on German alliances; Washington Post; 13. Juni 1990; Washington D.C.;

Remnick, David; West Germans, Soviets initial 20 – year treaty of friendship; Washington Post; 14. September 1990; Washington D.C.;

Richter, Stephan Götz; West, not East, for young Germans; New York Times; 7. Juli 1989; New York, New York;

Ridell, Peter; Superpowers raise hope of breakthrough on Germany; Financial Times; 1. Juli 1990; London, England;

Riding, Alan; Europe backs idea of one Germany; New York Times; 10. Dezember 1989; New York, New, York;

Riding, Alan; Europe struggles to admit Germans; New York Times; 27. Mai 1990; New York, New York;

Rocker, Simon; Ridley's comments spark Board row; Jewish Chronicle; 20. Juli 1990; London, England;

Rosenfeld, Stephen S.; Striking a balance on Germany; Washington Post; 17. November 1989; Washington D.C.;

Rosenthal, A.M.; Our German business; New York Times; 1. März 1990; New York, New York;

Rosenthal, A.M.; The German Question remains open; New York Times; 26. April 1990; New York, New York;

Rosenthal, Andrew; Support for German unity found growing in U.S.; New York Times; 6. April 1990; New York, New York;

Rosenthal, Andrew; Bush declares he does not feel left out by Gorbachev and Kohl; New York Times; 18. Juli 1990; New York, New York;

Rubin, Trudi; East German changes catch West unprepared; Arkansas Gazette; 13. November 1989; Little Rock, Arkansas;

Rudolph, Barbara; One for The Money; Time; 7. Mai 1990; New York, New York;

Samuelson, Robert J.; Of Deutschmarks; Washington Post; 21. Februar 1990; Washington D.C.;

Sanger, David E.; West Europe is called open to trade with East Germany; New York Times; 14. November 1989; New York, New York;

Schmemann, Serge; Bonn declaration: Heal the wounds; New York Times; 14. Juni 1989; New York, New York;

Schmemann, Serge; East German rulers' fate: clinging to the old faith; New York Times; 29. August 1989; New York, New York;

Schemann, Serge; East Germany tries to persuade its refugees in Hungary to return; New York Times; 6. September 1989; New York, New York;

Schmemann, Serge; East Germany tries to keep soul – searching in the party; New York Times; 15. Oktober 1989; New York, New York;

Schmemann, Serge; New chapter promised by East German leader; New York Times; 20. Oktober 1989; New York, New York;

Schmemann, Serge; Krenz gives Bonn reason to wait for reunification; New York Times; 22. Oktober 1989; New York, New York;

Schmemann, Serge; A draft law grants East Germans the right to travel or emigrate; New York Times; 7. November 1989; New York, New York;

Schmemann, Serge; The earliest marchers see a long road yet to travel; New York Times; 14. November 1989; New York, New York;

Schmemann, Serge; Cheers as Brandenburg Gate reopens; New York Times; 23. Dezember 1989; New York, New York;

Schmemann, Serge; East German party purges ex – leaders; New York Times; 22. Januar 1990; New York, New York;

Schmemann, Serge; East German Premier offers a coalition; New York Times; 23. Januar 1990; New York, New York;

Schmemann, Serge; Kohl's political math; New York Times; 28. Februar 1990; New York, New York;

Schmemann, Serge; Kohl takes tentative step on Polish border proposal; New York Times; 1. März 1990; New York, New York;

Schmemann, Serge; Poles are promised role in talks on German unity; New York Times; 15. März 1990; New York, New York;

Schmemann, Serge; Mandate for unity as soon as possible; New York Times; 19. März 1990; New York, New York;

Schmemann, Serge; 150 Jews visit a house where genocide was born; New York Times; 9. Mai 1990; New York, New York;

Schmemann, Serge; A first U.S. visit, and maybe a last; New York Times; 9. Juni 1990; New York, New York;

Schmemann, Serge; In a leap toward unity, 2 Germanies meld currencies; New York Times; 2. Juli 1990; New York, New York;

Schmemann, Serge; Gorbachev clears way for German unity; New York Times; 17. Juli 1990; London, England;

Seattle Times; A reunited Germany stirs mixed emotions; 3. Oktober 1990; Seattle, Washington;

Smale, Alison; Let us have a beer over there; Arkansas Gazette; 10. November 1989; Little Rock, Arkansas;

Smith Jeffrey; Two alliances differ on Germany's future; Washington Post; 12. Februar 1990; Washington D.C.;

Smith, Jeffrey; Power shifts presages the future Germany; Washington Post; 6. Juli 1990; Washington D.C.;

Smith, Jeffrey; Kohl's surprising pledge called gesture to Moscow; Washington Post; 7. Juli 1990; Washington D.C.;

Smolowe, Jill; Lending an Ear; Time; 23. Oktober 1989; New York, New York;

Smolowe, Jill; Trading Places; Time; 30. Oktober 1989; New York, New York;

St. Louis Post – Dispatch; West Germany issues appeal for east – west reunification; 19. Januar 1990; St. Louis, Missouri;

Steel, Ronald; Germany in NATO? – Not important; New York Times; 28. Juni 1990; New York, New York;

Steen, Edward; One Germany wouldn't worry Moscow; Independent; 13. Mai 1989; London, England;

Steen, Edward; West Germans turn to talk of reunification; Independent; 14. September 1989; London, England;

Streichen, Girard C.; Gorbachev urges patience in East Berlin; Pacific Sunday News; 8. Oktober 1989; Guam, Guam;

Sullivan, Scott; What do we do next?; Newsweek; 20. November 1989; New York, New York;

Sullivan, Scott; Can Germany be contained; Newsweek; 30. Juli 1990; New York, New York;

Sunday Telegraph; Letters: Germany's past and future; 25. Februar 1990; London, England;

Sunday Telegraph; Letters to the editor; Why the Prime Minister should stay wary of German intentions; 4. März 1990; London, England;

Sunday Telegraph; Mr Ridley's buffooneries; 15. Juli 1990; London, England;

Tagliabue, John; East Berlin faults Bonn for Exodus; New York Times; 12. September 1989; New York, New York;

Tagliabue, John; Bonn seeks to allay fears of Poland and Hungary; New York Times; 12. November 1989; New York, New York;

Time; East Germany - Heavy Traffic - a failed assassination; 24. Januar 1983; New York, New York;

Time; Meanwhile, in East Berlin; 22. Juni 1987; New York, New York;

Time; Letters – Open this Gate; 13. Juli 1987; New York, New York;

Time; Letters – Gorbi – Mania; 17. Juli 1989; New York, New York;

Time; Letters – The Great Escape; 16. Oktober 1989; New York, New York;

Time; Letters – Not if, but when; 4. Dezember 1989; New York, New York;

Time; Letters – Freedom!; 11. Dezember 1989; New York, New York;

Time; Letters – By a thread; 8. Januar 1990; New York, New York;

Time; Letters – Going, Going ...; 5. März 1990; New York, New York;

Time; Letters – Closer and Closer...; 19. März 1990; New York, New York;

Time; Letters – The Germans; 16. April 1990; New York, New York;

Time; Letters – Germany, toward unity; 16. Juli 1990; New York; New York;

Time; Letters – Germany, toward unity; 30. Juli 1990; New York, USA;

Time; Letters – Germany is one; 29. Oktober 1990; New York, New York;

Timmins, Nicholas; Thatcher states terms for East Germans to join European Community; The Independent; 26. Februar 1990; London, England;

Toner, Robin; Survey finds Americans favor a reunited Germany; New York Times; 1. Dezember 1989; New York, New York;

Torday, Peter; German unity moves worry G 7 bankers; Independent; 3. Mai 1990; London, England;

Tuohy, William; United Germany will honor Poland's borders; St. Petersburg Times; 7. März 1990; St. Petersburg, Florida;

Usborne, David; Moscow voices reservations on German unity; Independent; 20. Dezember 1989; London, England;

Usborne, David; European Community prepares for German reunification; Independent; 9. Februar 1990; London, England;

Usborne, David; Hurd warns unification will strain European Community; Independent; 5. März 1990; London, England;

Usborne, David; European Community tells Bonn to settle Polish status; Independent; 6. März 1990; London, England;

Usborne, David; Delors says unification must be linked to European Community; Independent; 20. März 1990; London, England;

Walden, George; The Wall comes tumbling down; Daily Telegraph; 10. November 1989; London, England;

Walters, Simon; It's war – Germans demand Ridley's sacking over Hitler storm; The Sun; 13. Juli 1990; London, England;

Villanova University; Gale directory of publications and broadcast; 1990 – 2018; Villanova, Pennsylvania;

Vaughn, Stephen L. ; Encyclopedia of American Journalism; 2008; Routledge Taylor and Francis Group; New York, New York;

Wallace, Aurora; Newspaper and the Marking of Modern America; 2005; Greenwood Press; Westport, Connecticut;

Washington Post; Hundreds of East Germans flee to Austria at picnic; 20. August 1989; Washington D. C.;

Washington Post; East German hopes and dangers; 23. August 1989; Washington D.C.;

Washington Post; 8000 join protest in Leipzig; 26. September 1989; Washington D.C.;

Washington Post; East Germans on the move; 4. Oktober 1989; Washington D.C.;

Washington Post; Letters to the editor; 16. Oktober 1989; Washington D.C.;

Washington Post; East Germany changes hands; 19. Oktober 1989; Washington D.C.;

Washington Post; Letters to the editor; 26. Oktober 1989; Washington D.C.;

Washington Post; East Germany opens the gate; 10. November 1989; Washington D.C.;

Washington Post; Germans and the Polish border; 17. Dezember 1989; Washington D.C.;

Washington Post; Letters to the editor; 10. Januar 1990; Washington D.C.;

Washington Post; Letters to the editor; 1. März 1990; Washington D.C.;

Washington Post; Mr. Kohl's borders; 2. März 1990; Washington D.C.;

Washington Post; Soviets split on NATO; 30. April 1990; Washington D.C.;

Washington Post; Germany restored; 17. Juli 1990; Washington D.C.;

Washington Post; East, West Germany sign final accord for unity; 1. September 1990; Washington D.C.;

Washington Post; Germany made whole; 3. Oktober 1990; Washington D.C.;

Washington Post; Mr. Kohl's steamroller; 4. Dezember 1990; Washington D.C.;

Watson, Russell; Facing up the German question; Newsweek; 16. Oktober 1989; New York; New York;

Watson, Rusell; A model apparatchick; Newsweek; 30. Oktober 1989; New York, New York;

Watson, Rusell; The new superpower; Newsweek; 26. Februar 1990; New York, New York;

West, Paul; United Germany allied to West, seen by Quayle; Baltimore Sun; 14. November 1989; Baltimore, Maryland;

Whereatt, Robert; Boschwitz opposing reunification of East, West Germany; Star Tribune; 25. November 1989; Minneapolis, Minnesota;

Whitney, Craig R.; West Europe leaders voice praise plus worry about German election; New York Times; 28. März 1990; New York, New York;

Whitney, Craig R.; A Thatcher ally quits amid furor; New York Times; 15. Juli 1990; New York, New York;

Will, George F.; Germany's importance; Washington Post; 4. Mai 1989; Washington D.C.;

Will, George; Chancellor Kohl backs German reunification; Pacific Daily News; 5. Dezember 1989; Guam, Guam;

Will, George; West should less crabbed spirit on German reunification; Orlando Sentinel; 14. Dezember 1989; Orlando, Florida;

Wise, Michael Z.; East Germany broadens government; Washington Post; 6. Februar 1990; Washington D.C.;

Wolffsohn, Michael; Keine Angst vor Deutschland; 1992; Ullstein Sachbuch; Berlin, Deutschland;

Womack, Helen; Poles want place in German talks; Independent; 15. Februar 1990; London, England;

Womack, Helen; Kohl gives way on Polish border; Independent; 1. März 1990; London, England;

Womack, Helen; Bonn to agree border only if Poles drop reparation claims; Independent; 3. März 1990; London, England;

Womack, Helen; Gorbachev and Kohl strike NATO deal; Independent; 17. Juli 1990; London, England;

Wortsthorne; Peregrine; Leave Germany alone; Sunday Telegraph; 18. Februar 1990; London, England;

Internetquellenverzeichnis

www.americanisraelite.com; vom 12. Juni 2016;

www.arkansasonline.com; vom 12. Juni 2016;

www.baltimoresun.com; vom 12. Juni 2016;

www.bostonglobe.com; vom 12. Juni 2016;

www.buchenwald.de/919/; vom 24. Juni 2017;

www.chicagotribune.com; vom 12. Juni 2016;

www.churchnewspaper.com; vom 12. Juni 2016;

www.csmonitor.com; vom 12. Juni 2016;

www.chronik-der-mauer.de/node171315; vom 14. Mai 2016;

www.ekmd.de/presse/pressemitteilungen/archivpressestelleerfurt/34713.html; vom 16. Juni 2017;

www.ft.com; vom 12. Juni 2016;

www.germancorner.com/NYStaatsZ; vom 12. Juni 2016;

www.guampdn.com; vom 12. Juni 2016;

www.historic-newspapers.co.uk/old-newspapers/daily-telegraph vom 22.09.2018;
www.historic-newspapers.co.uk/old-newspaper/finacial-times vom 22.09.2018;
www.historic-newspapers.co.uk/old-newspaper/independent vom 22.09.2018;
www.historic-newspapers.co.uk/old-newspapers/the-sun vom 22.09.2018;
www.independent.co.uk; vom 12. Juni 2016;
www.inquirer.com; vom 12. Juni 2016;
www.latimes.com; vom 12. Juni 2016;
www.newsday.com; vom 12. Juni 2016;
www.newsweek.com; vom 12. Juni 2016;
www.nytimes.com; vom 12. Juni 2016;
www.orlandosentinel.com; vom 12. Juni 2016;
www.pennlive.com; vom 12. Juni 2016;
www.philly.com; vom 12. Juni 2016;
www.plaindealer.com; vom 12. Juni 2016;
www.seattletimes.com; vom 12. Juni 2016;
www.standard.co.uk; vom 12. Juni 2016
www.startribune.com; vom 12. Juni 2016;
www.statesman.com; vom 12. Juni 2016
www.stltoday.com; vom 12. Juni 2016
www.tampabay.com; vom 12. Juni 2016
www.telegraph.co.uk; vom 12. Juni 2016
www.thejc.com; vom 12. Juni 2016
www.thejewishadvocate.com; vom 12. Juni 2016
www.thesun.co.uk; vom 12. Juni 2016
www.time.com; vom 12. Juni 2016
www.vera-lengsfeld.de; vom 14. Mai 2016;
www.washingtonpost.com; vom 12. Juni 2016
www.wikipedia.org/wiki/Rudy_Boschwitz; vom 18. Juni 2017;

Literaturverzeichnis

Apel, Andreas H.; Von der Volkskammerwahl zur Deutschen Einheit: Voraussetzungen, Bedingungen und Verlauf; 2011; Metropol – Verlag; Berlin;
Blessing, Klaus; Wer verkaufte die DDR? Wie leitende Genossen den Boden für die Wende bereiteten; 2016; Berlin;

- Bozo, Frederic; German reunification – A multinational history; 2017; London, England/New York, New York;
- Bordtfeldt, Heinrich; Washington, Bonn, Berlin – Die USA und die deutsche Einheit; 1993; Bouvier Verlag; Bonn;
- Bush, George Herbert Walker; Eine Welt; Ullstein Buchverlage GmbH; 1999; Berlin, Deutschland;
- Danek, Barbara; Die Sowjetunion und die deutsche Einheit. Eine Analyse sowjetischer Gesprächsprotokolle und Pressemeldungen; 2017; Saarbrücken;
- Fuchs, John Andreas; Angelsächsische Widersprüche: Die Reaktionen Londons und Washingtons auf den deutschen Einigungsprozess; in Zentralinstitut für Mittel- und Osteuropastudien der Katholischen Universität Eichstätt – Ingolstadt; Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 14. Jahrgang; 2010; Böhlau Verlag GmbH; Köln;
- Görtemaker, Manfred; Unifying Germany, 1989 – 1990; 1994; St. Martin's Press; New York, New York;
- Kalb, Martin; Die Herstellung der deutschen Einheit – Der Beitrag von George Bush; 2007; VDM Verlag Dr. Müller e.K. und Lizenzgeber; Saarbrücken;
- Küsters, Hanns Jürgen; Der Zerfall des Sowjetimperiums und Deutschlands Wiedervereinigung. The decline of the Soviet Empire and Germany's reunification; 2016; Rice, Condoleezza; Sternstunde der Diplomatie; Ullstein Verlag; 1997; Berlin, Deutschland; Köln;
- Ritter, Gerhard A.; Hans – Dietrich Genscher das Auswärtige Amt und die deutsche Vereinigung; 2013; Verlag C. H. Beck oHG; München;
- Rödler, Andreas; Deutschland einig Vaterland - Die Geschichte der Wiedervereinigung; 2009; Verlag C. H. Beck oHG München;
- Rödler, Andreas; Geschichte der deutschen Wiedervereinigung; 2011; Verlag C. H. Beck oHG; München;
- Sabrow, Martin; Experiment Einheit. Zeithistorische Essays; 2015; Göttingen;
- Sabrow, Martin; Die schwierige Einheit; 2016; Leipzig;
- Schubert, Venanz; Deutschland in Europa – Wiedervereinigung und Integration; 1996; EOS Verlag Erzabtei Sankt Ottilien; Sankt Ottilien;
- Von Plato, Alexander; Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel; 2002; Christoph Links Verlag – LinksDruck GmbH; Berlin, Deutschland;

Weidenfeld, Werner; Außenpolitik für die Deutsche Einheit; 1998; Deutsche Verlagsanstalt; Stuttgart;

Wirsching, Andreas; Abschied vom Provisorium, 1982 – 1990, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland; 2006; Deutsche Verlagsanstalt; München;

Wirsching, Andreas; Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, 3. Band; 2011; C.H. Beck Verlag; GmbH München;

Lebenslauf



Persönliche Daten:

Name: Jörg Beck
 Spangenbergweg 5
 63741 Aschaffenburg
 E - Mail: beck1703@web.de

Geburtsdatum: 17. März 1977

Studium:

05.14 – 08.16 Promotionsstudium an der Universität Bayreuth
 Thema der Dissertation:
 Der Prozess der deutschen Wiedervereinigung aus Sicht der
 der angelsächsischen Partner, dem Vereinigten Königreich und
 den Vereinigten Staaten von Amerika
 Rechercheaufenthalte in London, England und Washington D.C
 sowie College Station, Texas

10.07 - 07.09 Masterstudiengang „Internationale Beziehungen“
 an der Katholischen Universität Eichstätt – Ingolstadt
 Abschluss „Master of Arts“ (Note: 1,87)
 Thema der Masterarbeit:
 „Der deutsch-sowjetische Aushandlungsprozess zur deutschen
 Wiedervereinigung 1989/1990“ (Note: 1,3)

10.03 – 10.06 Bachelorstudiengang „Politik und Organisation“
 an der Fernuniversität Hagen
 Abschluss „Bachelor of Arts“ (Note: 2,7)
 Thema der Bachelorarbeit:
 „Die Herausforderung der US-Außenpolitik durch die
 Terroranschläge am 11. September 2001“ (Note: 2,6)

Schulischer und beruflicher Werdegang

Berufsausbildung:
 10.11 - 04.13 Ausbildung zum Diplom – Verwaltungsfachwirt an der
 Verwaltungsfachhochschule in Hof und dem Bezirk Oberbayern in
 München

09.98 – 10.03 Rechtspflegerausbildung am Oberlandesgericht Bamberg

Schulbildung:
 06.98 Abitur an der Oberstufe der Lindenaus Schule in Hanau

Praktika:

09.13 – 11.13 Praktikum im Regionalprogramm „Health in Central Asia“ der Deut-
 schen Gesellschaft für Internationale Beziehungen (GIZ) GmbH in
 Bischkek/Kirgistan

- Entwurf eines Informationsblattes für eine Veranstaltung beim kir-
 gisischen Ministerium für soziale Entwicklung zum Welttag für
 Menschen mit Behinderungen am 3. Dezember 2013
- Aufbereitung von deutschen Gesetzen wie dem SGB IX für nation-
 ale Mitarbeiter/-innen der GIZ GmbH
- Recherche über die Situation von Schüler/-innen mit Behinderung
 In Deutschland für nationale Mitarbeiter/-innen der GIZ GmbH

- 08.10 – 01.11
- Vertiefung der Kontakte der GIZ GmbH zu Elterninitiativen von Eltern von Kindern mit Behinderungen und dem kirgisischen Kinderheim für Kleinkinder mit Behinderungen in Tokmok
 - Praktikum im Sektorvorhaben „Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ und der Personalbereitstellung bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH in Eschborn
 - Mitorganisation des 2. Runden Tisches zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit
 - Unterstützung von Maßnahmen zur Sensibilisierung der Mitarbeiter/-innen bei der Eingliederung von Menschen mit Behinderungen als Mitarbeiter/-innen bei der GIZ GmbH
 - Referat zum Thema „Menschen mit Behinderungen: Herausforderungen in der Sanitärversorgung“ beim Seminar „Toiletten für Schulen und öffentliche Einrichtungen in Entwicklungsländern“ der German Toilet Organization (GTO) e.V.
- 08.08 – 10.08
- Praktikum im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung in Wiesbaden
- Selbständiges Einarbeiten in die zu führende Adressendatei, Überprüfung und Überarbeitung vorhandener Adressen sowie Anlegung neuer Adressen nach vorhergehenden Recherchearbeiten
- 11.06 - 02.07
- Praktikum beim Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. in Frankfurt am Main
- Mitarbeit beim Projekt „Selbstorganisation älterer Menschen“, zur Entwicklung innovativer Seniorenarbeit unter Einbeziehung älterer Menschen
 - Beteiligung an der Organisation und Durchführung der Fachveranstaltung „Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen in ihrer Kommune – Eine Win - Win - Situation“ mit anschließendem Projektkommunentreffen des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend

Zusatzqualifikationen:

Fremdsprachen: Englisch (Advanced)
Französisch

EDV - Kenntnisse: MS - Office Programme

Bayreuth, 12. Oktober 2016

Jörg Beck

Anlage zum Antrag auf Zulassung zur Promotion**Eidesstattliche Versicherung**

Ich versichere hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit ohne unzulässige Hilfe Dritter und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe; die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher weder im Inland noch im Ausland in gleicher oder ähnlicher Form einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und ist auch noch nicht veröffentlicht.

Bayreuth, den *12. Oktober 2016*

Yong Beck
.....
Unterschrift des Bewerbers / der Bewerberin